

HERAUSGEGEBEN VOM HEIDELBERGER GESCHICHTSVEREIN E. V.

BW

JAHRGANG 3

HEIDELBERG

JAHRBUCH ZUR
GESCHICHTE DER STADT

1998

Heidelberg Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 1998

Herausgegeben vom Heidelberger Geschichtsverein

Jahrgang 3

Redaktion:

Jochen Goetze, Ingrid Moraw,
Petra Nellen, Reinhard Riese;

für den Vorstand:

Hans-Martin Mumm und Norbert Giovannini



KURPFÄLZISCHER VERLAG

ZA 10 572, 3.1998

LS

00 2722

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Heidelberg : Jahrbuch zur Geschichte der Stadt / hrsg. vom Heidelberger

Geschichtsverein. – Heidelberg : Kurpfälzischer Verl.

Erscheint jährl. – Aufnahme nach Jg. 1. 1996

Jg. 1. 1996–



© Copyright bei den Autoren

Bestellungen über den Herausgeber:

Heidelberger Geschichtsverein e.V.

c/o Hans-Martin Mumm

Kaiserstraße 10

69115 Heidelberg

Kurpfälzischer Verlag Dr. Hermann Lehmann – Heidelberg

Umschlaggestaltung: Ingrid Sauer

Basistypographie: Brigitte Müller, Heidelberg

Druck: Druck Partner Rübemann, Hemsbach

ISBN 3-924566-09-7

ISSN 1432-6116

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
I. Stadtgeschichte	
<i>Achim Wendt</i> „... den stul der pfalsgraftschafft in dysze übertrefflich burg zu verandern.“ Zur Residenzbildung Heidelbergs im 13. und 14. Jahrhundert	9
<i>Jochen Goetze</i> Blinde Werkzeuge mit drei Flintensteinen. Der Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833 und die Folgen	31
<i>Robert Zepf</i> Mit dem Resultat einer Seifenblase? Der Auszug der Heidelberger Studenten nach Neustadt an der Weinstraße im Juli 1848	65
<i>Petra Nellen</i> Ein Regiment Weiber für die Revolution ... Frauen und Frauenvereine in der 1848/49er Revolution	107
<i>Malte Woydt</i> Die „Vaterländer“. Die außerparlamentarischen Aktivitäten der Heidelberger Liberalen in der Revolution von 1848	125
<i>Norbert Giovannini</i> Die „Verwertung“ der 1848/49er Revolution im lokalen Kontext	145
<i>Jo-Hannes Bauer</i> Hingabe an die Gegenwart. Kinos in Heidelberg vor dem 1. Weltkrieg	179
II. Baugeschichte	
<i>Annemarie Seeliger-Zeiss</i> IN MEMORIAM Johannes Dunki – Historische Inschriften als Quelle für die Geschichte der Heidelberger Providenzkirche	197
<i>Inge Kumlehn/Wilfried Maag</i> Das Gebäude Kleingemünder Straße 8 in Ziegelhausen. Bemerkenswerter Erhaltungszustand von Baukörper und Fachwerkbemalung aus dem Jahr 1601	211

III. Miszellen*Christian Burkhart*

Thomas Jefferson besucht Heidelberg
und die Kurpfalz (April 1788) 227

Günter Plümacher

Ein Eilwagen-Reise-Schein von 1848.
Ein Beitrag zur badischen Postgeschichte 235

Hans-Martin Mumm

Aus den Erinnerungen eines
Heidelberger Gymnasiasten 1847–1849 241

Ludwig Merz

Flucht vor den „Schwarzen Dragonern“.
Eine Geschichte aus der badischen Revolution 249

Klaus Kempter

Sozialfürsorge oder Sozialpolitik?
Camilla Jellinek und das „Kellnerinnenelend“ 253

Norbert Giovannini

„... dass Sie eine Welt schildern, in der auch ich gelebt habe.“
Karl Jaspers an Hugo Marx 1965 269

IV. Berichte*Renate Ludwig*

Funde und Ausgrabungen in und um Heidelberg 1997 279

Christian Burkhart

Ludwig Merz – 90 Jahre. Leben und Werk
(Mit einer Auswahlbibliographie) 283

Dietrich Bahls

Die Ziegelhäuser Landstraße.
Ein historischer Spaziergang zur Baugeschichte 295

Eugen Holl

Das Tiefburgarchiv in Handschuhsheim 305

V. Literatur zur Stadtgeschichte

Rezensionen 309

Neue Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte 323

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 331

Vorwort

Tres faciunt seriem. Noch lange nicht ist der dritte Jahrgang des Jahrbuchs des Heidelberger Geschichtsvereins zur Routine geworden, aber ein Stück Beständigkeit wird doch lesbar. Zuspruch zu und Kritik an den beiden ersten Bänden haben uns in dieser Beständigkeit bestärkt.

Im Unterschied zu den bisherigen Ausgaben haben wir diesmal dem Inhalt einen thematischen Schwerpunkt gegeben. Im Blick auf das Revolutionsgedenken 1998/99 hatte der Geschichtsverein schon im Vorjahr seine Vortragsreihe dem Thema „1848“ gewidmet. Die meisten dieser Vorträge liegen nun schriftlich ausgearbeitet vor, ergänzt um kleinere themenbezogene Beiträge. Aber auch für andere Themen bleibt Platz: die Frühgeschichte der Stadt, Untersuchungen zu Bauten und Baumeistern ihrer Blütezeit, die Anfänge der bewegten Bilder und ein unveröffentlichter Brief des Philosophen Karl Jaspers.

Ludwig Merz wird am 24. 12. 1998 90 Jahre alt. Sein Lebenswerk, über viele Jahre zusammen mit Berndmark Heukemes erarbeitet, liegt in vielen Einzelveröffentlichungen verstreut vor. Christian Burkhart, der in Dossenheim die Gesamtheit der Burg- und Ortsgeschichte vertritt, hat eine Bibliographie zusammengestellt, deren Veröffentlichung hier allen Interessierten nützen und Ludwig Merz selbst würdigen soll.

Die Abteilung „Berichte“ informiert wie gewohnt über Vereinsaktivitäten, über die Bestände befreundeter Archive und über das Jahresergebnis der Heidelberger Archäologie. Renate Ludwig und dem Kurpfälzischen Museum sei hier für diese regelmäßige Berichterstattung gedankt.

Die Abteilung „Rezensionen“ und die „Listen der Neuveröffentlichungen“ haben wir auf das jeweils abgelaufenen Kalenderjahr umgestellt. Hier bleiben wir stets auf Hinweise angewiesen, gerade was entlegenorts erschienene Monografien und Aufsätze betrifft. Unsere halbjährige Veranstaltungsreihe „Erlesenes Heidelberg“, stets ebenso exzellent vorbereitet wie karg besucht, erschließt zwar ein Gutteil der Literatur, von unserem Ziel, einem vollständigen „Thesaurus Heidelbergensis“, sind wir aber noch ein Stückweit entfernt.

Wie hält es ein Geschichtsverein mit der Rechtschreibreform? Die Lehrenden unter uns kennen seit einer Weile nur noch die neuen Regeln und bauen auf deren vereinfachende Wirkung. Andere beklagen den Verlust an Gewohnheit und vermissen die logische Stringenz der Reform. Wer immer

Umgang hat mit alten Texten, weiß um die Relativität von Schreibweisen. Dieses Jahrbuch wird auch in den kommenden Jahren Texte in beiderlei Gestalt zulassen, je nach den Wünschen der Schreibenden. Zu vermuten ist, daß/dass sich die neuen Regeln durchsetzen werden.

Zu danken haben wir vielen Mithelfenden. Susanne Himmelheber ist auf eigenen Wunsch aus der Redaktion zurückgetreten. Martin Langner hat die Herstellung, Hermann Lehmann die Verlagstätigkeit betreut. Ohne die Mithilfe bei Satz und Vertrieb seitens des Vereins wäre diese Publikation ohnehin undenkbar. Entscheidend für die Qualität sind die Autorinnen und Autoren sowie die Arbeit der Redaktion. Dem Buchhandel sei Dank für gute Präsentation und Abnahme. Das Jahrbuch des Geschichtsvereins scheint seinen Platz in Heidelberg gefunden zu haben.

Heidelberg, im September 1998

Für den Vorstand des Heidelberger Geschichtsvereins

Hans-Martin Mumm, Norbert Giovannini

Achim Wendt

Den stul der pfalsgraftschafft in dysze ubertrefflich burg zu verandern

Zur Residenzbildung Heidelbergs im 13. und 14. Jahrhundert.

Selten formt eine vergangene Epoche die Wahrnehmung einer Stadt so nachhaltig, wie das für Heidelberg in der Residenz der Pfalzgrafen bei Rhein zur Wirkung kam. Die Reduktion auf das Wesentliche vermag das prägnant in zwei Miniaturen des Stadtbildes zu veranschaulichen (Abb. 1 und 2): Die älteste Darstellung von 1526 in Sebastian Münsters *Calendarium Hebraicum* und das Bild einer jüngst zum Stadtjubiläum 1996 entworfenen Briefmarke spiegeln über Jahrhunderte unveränderte ikonographische Inhalte. Ob als Bedeutungsträger fürstlicher Selbstdarstellung oder transformiert in die romantisierte „Corporate Identity“ touristischer Vermarktung, ohne die unverwechselbar das berühmte Stadtbild prägenden Denkmäler landesherrlicher Vergangenheit, allen voran die von den Pfalzgrafen geschaffene Trias von Schloß – Heiliggeistkirche und Alter Brücke hätte wohl kaum jemand sein „Herz in Heidelberg verloren“.

Stadtbilder drücken Machtverhältnisse aus¹: Als steingewordener Schatten ihrer landesherrlichen Vergangenheit beherrscht die hochgelagerte Bau- maße der Schloßruine die Altstadt zu ihren Füßen. Der in diesem Bild vereinte Gegensatz versinnbildlicht eine auch heute noch ungebrochene ästhetische wie ökonomische Abhängigkeit von der Residenz der Pfalzgrafen. Nicht umsonst konnte Wolfgang Braunfels in seinem bekannten Werk über die „Abendländische Stadtbaukunst“ Heidelberg den Stellenwert eines „klassischen Denkmals“ jener durch die Bipolarität zwischen Bergresidenz und Bürgergemeinde charakterisierten Stadtgestalt des späten Mittelalters zugeschrieben². Im Folgenden wird der Versuch unternommen, diese im Stadtbild ikonographisch in so wenigen charakteristischen Zügen abstrahierter Wahrnehmung mit ihren Ursprüngen zu verbinden und der Entwicklung Heidelbergs zur Residenz nachzugehen.

Das Mittelalter kennt die Residenz nur im engeren Begriffsinhalt als Sitz des Fürsten, also die Pfalz oder Burg. Vermutlich in diesem Sinne begegnet zuerst 1260 eine Heidelberger Burg als „*nostrum palatium*“³ und noch in der ausgangs des Mittelalters entstandenen Stadtbeschreibung Peter Luders



Abb. 1. Älteste Abbildung Heidelbergs auf einem Holzschnitt in Sebastian Münsters *Calendarium Hebraicum*, 1526. (Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg, Graphische Sammlung)



Abb. 2. Heidelberg auf der Sondermarke zum 800-jährigen Stadtjubiläum, 1996.

firmiert allein das Schloß als „*stul der pfalsgraffschaft*“⁴. Die stadthistorische Wendung der Fragestellung muß also lauten: Ab wann geht die Bergresidenz der Pfalzgrafen mit der Gemeinde zu ihren Füßen Verbindungen ein und welche Inhalte und Auswirkungen dieser Wechselbeziehung gestalten sie zur Residenzstadt? Methodisch erfordert dies vorab eine Auswahl derjenigen Kriterien, die uns erlauben, die Begriffsinhalte einer „*Haupt- und Residenzstadt*“ – wie Heidelberg dann im Verlauf des 16. Jahrhunderts bezeichnet wird – erfüllt zu sehen⁵.

Kehren wir an dieser Stelle noch einmal zu dem von Braunfels gezeichneten Bild zurück. Als Stadtgestalt steht Heidelberg exemplarisch für jene mittelalterlich geprägte Frühform städtischer Residenzen, deren Definition das isolierte Neben- und Gegeneinander der als Zwingburg befestigten Bergresidenz zu der von ihr beherrschten Bürgergemeinde bestimmt. Eine, freilich etwas jüngere, Perspektive aus dem um 1588/90 entstandenen Heidelberger Skizzenbuch vermag das eindrucksvoll zu veranschaulichen (Abb. 3). Der Versuch des Fürsten, die seine Herrschaft sichernde Festung mit der Stadt zu einer Einheit zusammenzuschließen, manifestiert die Entwicklung zur Residenzstadt – sie wird zur topographischen Erweiterung des Herrschersitzes. Die Erfordernisse als ideeller und administrativer Mittelpunkt des Territoriums ließen dann die Stadt schließlich



Abb. 3. Blick auf Heidelberg von Nordwesten. Federzeichnung Jan Brueghel d. Ä., 1588/89. (Stuttgart Staatsgalerie, Graphische Sammlung).

zum Rahmen der Regierung und Entfaltung eines glanzvollen Hoflebens werden.

Als schließlich in Mannheim 1720 das Idealbild einer absolutistischen Residenzvorstellung umgesetzt wurde, führte dieses in Heidelberg zur Konservierung des spannungsreichen Gegensatzes der noch mittelalterlich geprägten Heidelberger Stadtgestalt. Gerade aber der abrupte Abbruch der Fürstenpräsenz offenbart auch den umfaßenden materiellen, ideellen und symbolischen Wert, den die Residenz – trotz aller Ab- und Widerstände zur barocken Idealvorstellung – erreicht hatte. Die anschaulich drohende Pro-
phezeiung des verärgerten Landesherrn, daß er die Stadt soweit bringen werde, „daß sie einem Dorfe ähnlich werden und das Gras vor den Häusern wachsen soll“⁶ karikiert prägnant einen der wesentlichen Wirkungsinhalte. Mit dem Status als Landesmittelpunkt ging für die „alte berühmte Stadt Heidelberg“ in der Tat die Quelle ihres Ansehens und Reichtums über lange Zeit verloren. Dem Abzug von Landeszentralbehörden und kurfürstlichen Einrichtungen folgten Hofadel und Hofpersonal und damit beträchtliche Teile der innerhalb der Stadtmauern wohnenden Bevölkerung. Das auf die Versorgung des umfangreichen Hofes spezialisierte Handwerk zog nach oder verlor seine gewerblichen Grundlagen.

Dieser vereinfachend pointierte Vorgriff läßt einige für Heidelberg besonders wirksame Momente der Residenzbildung hervortreten. Als ein entscheidendes ökonomisches wie soziales Moment kommt der mit der Fürstenpräsenz verknüpfte Hof- und Verwaltungs- bzw. Versorgungsapparat zum Ausdruck. Für die Ausgangsfrage bedeutet das, die Kontinuitätsbildenden Anfänge der Fürstenpräsenz und der Verbindung von Regierung und Hof mit der Stadt in den Mittelpunkt unserer Untersuchung zu stellen. In Anbetracht der außergewöhnlich bruchstückhaften Überlieferung – Stadt und Archive verbrannten bekanntlich im pfälzischen Erbfolgekrieg – wird es kaum möglich sein, die in Heidelberg wirksamen Momente der Residenzbildung in ihrer ganzen Palette und Komplexität zu erschließen. Die ausgewählten Teilaspekte wurden daher zwangsläufig vom Überlieferungszufall mitbestimmt und fügen sich erst vor dem Hintergrund einer vergleichenden Städte- und Residenzenforschung zu einem aussagekräftigen Bild.

Der erste, im vorliegenden Band vorgestellte Teil des Beitrags befaßt sich mit der Anbindung des Landesherren an Heidelberg. Da im gegebenen Platz- und Zeitrahmen bei weitem keine vollständige Zusammenstellung pfalzgräflicher Aufenthaltsbelege zu leisten war, beschränkt sich die Auswertung auf die Regesten der Pfalzgrafen 1200–1410. Damit ist der Darstellung freilich auch ein chronologischer Rahmen gesetzt, der vertretbar erscheint, da die konstituierende Phase der Heidelberger Residenzbildung mit den allgemeinbekannten Eckmarken der Universitätsgründung 1386 und dem Königtum Ruprechts von der Pfalz (1400–1410) ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte. Die zur Verfügung stehenden Daten erscheinen für eine detaillierte Itineraranalyse kaum ausreichend, sind der Quantität nach als repräsentatives Sample wohl aber ausreichend, um über die statistische Auswertung einfacher Aufenthaltskonzentrationen die für die Residenzbildung wichtige Frage nach der Ablösung der traditionellen Reiseherrschaft und der Anbindung des Landesherren an bestimmte Herrschaftsschwerpunkte nachzuvollziehen⁷. Die Ergebnisse finden sich für den Zeitrahmen von 1255–1390 in einem graphischen Anhang illustriert (Abb. 4–10).

Als Nachweis gelten nur die zweifelsfrei mit Ortsangabe und vollem Datum versehenen Urkundungen. Der Quellengattung folgend liegt das Aussagegewicht freilich mehr auf der Rolle als politischer Handlungsort, denn allein auf dem Fürstenaufenthalt. Besonders für das 14. Jahrhundert dürfte das verstärkt über die ortsfest werdende pfalzgräfliche Kanzlei zutreffen, was als Anzeiger der Residenzbildung aber wenigstens ebenso zutrifft. Allein die landesherrliche Präsenz und Urkundungsquantität rei-

chen freilich nicht aus, um den Charakter als Residenz festzulegen. Die Darstellung wird daher mit qualitativen Anzeigern für eine feste Hofhaltung parallelisiert. Wichtig erschien gerade auch dafür die Einbeziehung in den größeren Rahmen des bayerischen Anspruchsgebietes, da die Rolle und Bedeutung Heidelbergs in der Wittelsbacher Herrschaftskonzeption bis zur Landesteilung von 1329 allein anhand der rheinischen Verhältnisse kaum zu erfassen ist.

Die Verankerung der Residenz innerhalb der Stadt war angesichts der sehr uneinheitlichen und bruchstückhaften Quellenbestände zur Stadtgeschichte noch am besten anhand der vergleichsweise zahlreich überlieferten Archivalien zu Besitzverhältnissen nachzuvollziehen. Der zweite, im folgenden Band 1999 erscheinende Teil der Darstellung konzentriert sich daher auf die Etablierung der Hofgesellschaft mit ihren Besitz- bzw. Wohnstandorten im Stadtgefüge. Die Fragestellung zielt auf die vielfach belegbare, aber erst ansatzweise erforschte Konvergenz von Sozialtopographien und Machtstrukturen, die wesentlich zur Gestalt der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städte beigetragen haben. Zur Konkretisierung der in Heidelberg für den in Frage stehenden Zeitraum dünnen Überlieferung wurden auch jüngere Quellen einbezogen. In einem ersten Schritt werden die verfügbaren Nachweise mit den wichtigsten dafür in Frage kommenden Verwaltungs- und Hofeinrichtungen sowie den damit verbundenen Personengruppen vorgestellt, in einem weiteren Schritt dann eine Interpretation der daraus resultierenden Wirkungen auf die Stadtstruktur versucht.

Die beiden hier zur Residenzbildung gelieferten Beiträge verstehen sich als erste, hauptsächlich auf publizierten Quellengrundlagen basierende, keineswegs aber vollständige Annäherung an dieses für die Stadtentwicklung so zentrale Thema. Bedeutende Aspekte wie die Universitätsgründung oder auch rechtsgeschichtliche Inhalte bleiben beispielsweise ausgeblendet, wurden aber im Gegensatz zu den ausgewählten Momenten schon anderweitig intensiver behandelt. Die Ergebnisse sind daher als Arbeitshypothesen aufzufassen und dienen der Anregung zu Perspektiven und Fragen, die es für die Heidelberger Stadtgeschichte zu vertiefen gilt.

Die Voraussetzungen Heidelbergs als urbaner Mittelpunkt der frühen Pfalzgrafschaft

Die Bedeutungssteigerung der Stadt gegenüber dem älteren und weniger ausbaufähigen Organismus der (Höhen-) Burg als Element der Herrschaftsbildung sollte sich im späten Mittelalter gerade für die Ausbildung von Residenzstädten als zentraler Wirkungsfaktor erweisen.

Exemplarisch sei auf eine Untersuchung H. M. Maurers verwiesen, die das Verhältnis des Hochadels zu Burg und Stadt in Südwestdeutschland bis Mitte des 13. Jahrhunderts klar zugunsten der Burg belegt, dann aber zwischen 1280 und 1290 von 40% auf 20% zugunsten der in bzw. bei Städten abgeschlossenen Amtshandlungen abnimmt⁸. Eine innerhalb der Pfalzgrafschaft unter Ludwig II. verstärkte feststellbare Städtepolitik fügt sich recht gut in diese Tendenz. Dennoch wirkt das städtische Element gegenüber den Verhältnissen in den Wittelsbacher Kernlanden, man denke an die bedeutenden Donaustädte, als vergleichsweise schwach ausgebildet. Die rheinischen Zentralorte in Wittelsbacher Besitz besaßen zwar städtischen Charakter, waren als solche aber abgesehen von Heidelberg rechtlich wie auch im baulichen Gefüge weniger entwickelt⁹.

Betrachtet man die jeweilige Disposition in dem erst punktuell ausgebildeten territorialen Gefüge der Pfalzgrafschaft, so verfügte unter diesen städtischen Mittelpunkten nur Heidelberg über ein flächenhaft geschlosseneres Umfeld. Im linksrheinischen Raum sind die Gebietskerne weit undeutlicher wahrzunehmen. In den siebziger und achtziger Jahren sind wohl auch daher verstärkte Bestrebungen zum Ausbau der Positionen um Neustadt, Alzey und Bacharach festzustellen, doch bleiben die territorialen Grundlagen auch weiterhin auf vergleichsweise begrenzte Ansatzpunkte mit zum Teil rechtlich umstrittenen Herrschaftsrechten beschränkt. Die im Gefolge der Aufwertung der Pfalzgrafschaft durch die erste Wittelsbacher Landesteilung von 1255 – auch gewaltsam – forcierten Arrondierungsbestrebungen der weit dichteren Besitzlandschaft an Bergstraße, Odenwald und Neckar offenbaren vermutlich Ambitionen, das ohnehin bereits gefestigte Heidelberger Umfeld zum territorialen Kern des rheinischen Landes teils auszubauen¹⁰.

Wenn das städtische Element als Herrschaftsinstrument also im Verlauf des 13. Jahrhunderts zunehmend in das Interesse der Bayernherzöge und Pfalzgrafen rückte, fanden sie am Rhein vermutlich einzig in Heidelberg einen tragfähigen städtischen Organismus vor. Als Stadt 1225/35 erwähnt, wird mit dem Aufbau der beiden Bettelordenklöster – das Barfüßerkloster zunächst freilich noch außerhalb der Stadtmauern – eines großen Hospitalkomplexes und dem Bau der Neckarbrücke im Verlauf des zweiten Drittels des Jahrhunderts eine mit keiner anderen pfalzgräflichen Stadt vergleichbare Urbanisierung faßbar¹¹. Gegenüber den benachbarten Metropolitanstädten mag sich das frühe Heidelberg vergleichsweise unbedeutend angenommen haben, überragte aber zweifelsohne sämtliche Wittelsbacher Orte „in partibus Rheni“. Mit zwei Burgen, eine davon als pfalzartig ausgedehntes Kastell in Anschluß an die ummauerte Stadt und einem nahezu

geschlossenem territorialem Umfeld mit entsprechend ausgebildeten Versorgungsmöglichkeiten, stellte der Ort sicher den bedeutendsten wirtschaftlichen wie militärischen Machtfaktor zur Durchsetzung von Territorialisierungsbestrebungen der Pfalzgrafschaft dar¹².

Heidelberg als Aufenthaltsort der Pfalzgrafen im 13./14. Jahrhundert

Die 1220/30 verfaßte „vita Eberhardi“ berichtet von der historisch für glaubwürdig erachteten Verlegung des pfalzgräflichen Hofes von dem traditionellen Sitz auf Stahleck über Bacharach nach Heidelberg¹³. Der um 1180 angesetzte Vorgang stimmt mit der urkundlich überlieferten räumlichen Konzentration der Pfalz durch Konrad von Hohenstaufen im unteren Neckarland überein, der hier seit Mitte des 12. Jahrhunderts den territorialen Kern der späteren Kurpfalz begründete. Der inzwischen auch archäologisch nachgewiesene Aufbau eines mit repräsentativen Adelsitzen ausgestatteten Burgweilers am Austritt des Klingenteichbaches bestätigt entsprechend datierte Aktivitäten im Heidelberger Taltrichter¹⁴. Vielleicht gewinnen vor diesem Hintergrund längst vergessene Chronistennachrichten wieder an Glaubwürdigkeit, die von „*Conradus, comes palatinus Rheni, Heidelbergae habitans...*“¹⁵ oder „*habitavit in oppido Heidelberg et arce aedificata amplificavit et decoravit oppidum, ante eum nihil hic erat nomini memorabili dignum*“¹⁶ berichten. Auch wenn die aus dieser frühen Zeit nur vereinzelt erhaltenen Urkunden keine Aufenthaltsnachweise Konrads in Heidelberg beibringen – auch die urkundliche Ersterwähnung Heidelbergs erfolgte erst ein Jahr nach seinem Tod – ist der Ort als ein zentraler Mittelpunkt der frühen pfalzgräflichen Besitzlandschaft nach wie vor ebensowenig anzuzweifeln, wie auch in einer sicher vorhandenen – vermutlich auf der heutigen Molkenkur gelegenen – Burg der wichtigste Aufenthaltsort des Staufers am unteren Neckar zu lokalisieren ist. Wenn die wenigen erhaltenen Urkundenausstellungen der Pfalzgrafen in der Region bis in das 13. Jahrhundert zumeist noch auf Schönau oder Worms bezogen sind, entspricht das der im Hochmittelalter noch durchaus geläufigen Gewohnheit, herrschaftliche Amtshandlungen auf Klöster und kirchliche Zentren zu konzentrieren¹⁷.

Erstmals werden dann in Heidelberg bzw. der gleichnamigen Burg vorgenommene Amtshandlungen mit dem Übergang der Pfalzgrafschaft an die Wittelsbacher greifbar. Ludwig I. ist hier 1220 urkundlich nachzuweisen¹⁸. Vorausgesetzt, die spärliche Überlieferung spiegelt einigermaßen repräsentative Verhältnisse wider, erscheint die Stadt besonders in den zwanziger/dreißiger Jahren recht unvermittelt als einer der meist frequentierten Mittelpunkte der Pfalzgrafen und Bayernherzöge. Diese auffällige Aufenthalts-

verdichtung wird durch die Geburt Ludwig II. auf der Burg zu Heidelberg noch unterstrichen¹⁹. Bemerkenswert erscheint vor diesem Hintergrund die Tatsache, daß zur gleichen Zeit die Aufenthalte Ludwigs I. und Ottos II. in den anderen rheinpfälzischen Zentren nur eingeschränkt zu belegen sind, die Stadt am Neckar also für den rheinischen Landesteil als landesherrlicher Handlungsort bereits eine herausragende Rolle spielt. Es wäre für diese Epoche freilich überzogen, darin bereits zwingende Determinanten für die spätere Residenzbildung zu sehen. Betrachtet man nun die weitere Entwicklung, bleibt das hohe Präsenzniveau keineswegs konstant. Bis zur Landesteilung von 1255 ist wieder ein deutlicher Rückgang zu verfolgen, konzentrierten sich doch die politischen Aktivitäten der frühen Wittelsbacher auf die Durchsetzung territorialer Ansprüche im bayerischen Kernraum. Trotz der lückenhaften Überlieferung erscheint dieses Bild einigermaßen repräsentativ, da für das Itinerar Ottos II. erstmals Bayern als eindeutig bevorzugter Aufenthaltsraum nachzuweisen ist, wie auch die damit verbundene allmähliche Reduktion der Reiseherrschaft in der hohen Zahl in Landshut ausgestellter Urkunden (21%) zum Ausdruck kommt²⁰. Die 1204 von vornherein als zentraler Stützpunkt angelegte Gründung Landshuts markiert zugleich den zukunftsweisenden Schritt zur Einbindung des städtischen Elements in das Herrschaftssystem, dem schon bald die traditionelle Orientierung an den alten mit der Kirche verflochtenen Herzogspfalzen ablösen sollte. Der Ausbau Heidelbergs markiert offensichtlich eine entsprechende Parallelentwicklung am Rhein, wie sie regional der starke Rückgang von Urkundungen in Schönau und Worms seit den zwanziger Jahren des 13. Jahrhunderts folgerichtig gegenzeichnet.

Die Landesteilung von 1255 bedeutete einen entscheidenden Entwicklungsschub für den weiteren Territorialisierungsprozess. Für Ludwig II. stellte die Pfalz fortan einen bedeutenden Teil seiner Besitzlandschaft dar und rückte damit ungleich stärker in das Interesse der Herzogs²¹. Abgesehen von seiner intensiven Tätigkeit in der Reichspolitik verlagerte sich der Aktivitätsschwerpunkt Ludwigs zunächst an den Rhein. In Bayern ist er im Jahrzehnt nach 1255 nur sporadisch nachzuweisen²². Entsprechend umgekehrt zu den Vorgängen unter Otto II. wird der Herzog nun wieder verstärkt in Heidelberg greifbar. Die Präsenzverteilung in den oberbayerischen und pfälzischen Zentralorten zeigt, daß Heidelberg bis Mitte der sechziger Jahre in der Tat als der bevorzugte Aufenthaltsort auszumachen ist. Unter Berücksichtigung der Einbindung in den größeren Rahmen der wittelsbachischen Territorialpolitik erweist sich die Besuchsfrequenz jedoch auch diesmal, wenn auch auf hohem Niveau, als weiterhin unbeständig. Besonders die rasche Aufwertung Münchens drängt die oberbayerischen Orte am

Donauweg und – gemessen an der Bedeutung für den Landesherren – auch Heidelberg immer stärker in den Hintergrund. Trotz dieser Entwicklung folgt Heidelberg mit zunächst 7% später 9% gegenüber München mit 10% bzw. 12% an zweiter Stelle aller Aufenthaltsorte Ludwigs II. Die Relation innerhalb der rheinpfälzer Stützpunkte vermag die funktionale Bedeutung innerhalb des Wittelbacher Herrschaftskonzepts ungleich schärfer zu fassen: Im engeren Umfeld der Pfalz läßt die Steigerung der Präsenzverteilung von 42% auf 72% inzwischen eine vergleichbar zentralisierte Dominanz für Heidelberg erkennen, wie sie sich in München schon früher für Oberbayern entwickelt hatte. Im Zusammenhang mit der Residenzbildung Heidelbergs wird daher nicht unberechtigt auf die Regierungszeit Ludwigs II. verwiesen, wobei in der Regel als Belege Geburt und Tod des Herzogs, wie auch für 1260 die erstmalige Bezeichnung der Burg als „*nostrum palatium*“ – unsere Pfalz – angeführt werden. Diese Indizien verleiten in der Tat dazu, bereits hier den roten Faden aufzunehmen, der dann zwangsläufig die Residenz des 14. Jahrhunderts zu determinieren scheint.

Bei Berücksichtigung der Einbindung in eine letztlich immer noch stärker auf die bayerischen Stammlande bezogene Herrschaftskonzeption bleibt der Stellenwert aber weiterhin stark zu relativieren. Die unter Ludwig II. eingeleitete Residenzbildung Münchens wird durch seinen ältesten Sohn und Nachfolger Rudolf I. konsequent weitergeführt²³. Nach 1294 tritt die Stadt gegenüber den anderen Handlungsorten des Herzogs immer weiter in den Vordergrund. Der Urkundungsanteil steigt bis 1310 gegen 60% der innerhalb des eigenen Besitzes vorgenommenen Amtshandlungen. Die alte Herzogspfalz Regensburg verliert seitdem endgültig ihre Bedeutung für den oberbayerischen Landesteil. Heidelberg vermag in diesen Jahrzehnten bei einem Präsenzniveau von 9% innerhalb des Gesamtterritoriums in der Tat an die Stelle als bedeutendstem Aufenthaltsort nach München vorzurücken. Die dominante Besuchskonzentration auf die oberbayerische Metropole offenbart jedoch eine so erhebliche Differenz, daß die Bedeutung Heidelbergs doch weit mehr auf eine funktionale Rolle als Herrschaftsschwerpunkt der abgelegenen westlichen Besitzlandschaft beschränkt scheint, ohne daß dafür ein residenzartiger Charakter zwingend erscheint. Die früh durch Privilegierungen oder Ausbildung eigenständiger Höfe Wittelbacher Familienzweige ausgezeichneten Zweit- und Nebenresidenzen wie Landshut, Straubing oder Burglengenfeld entwickelten sich folgerichtig zuerst im bayerischen Kernraum, wahren das fürstliche Präsenzniveau gewöhnlich durchaus unter dem Heidelbergs rangierte.

Eine Veränderung dieses fortschreitend zementierten Verhältnisses war fortan nur im Falle verstärkten Handlungsbedarfes in der Pfalz oder tief-

greifender politischer Störungen in Bayern zu erwarten. Eine entsprechende Situation ergab sich gegen Ende des 13. Jahrhunderts durch die Auseinandersetzungen Rudolfs mit seinem jüngeren Bruder Ludwig, die auch den auf München konzentrierten Residenzbildungsprozess vorübergehend in Mitleidenschaft gezogen haben dürften²⁴ und damit auch Verselbständigungstendenzen des abgelegenen Pfälzer Landesteils Vorschub leisteten. So zog sich Rudolf nach der verlorenen Schlacht bei Göllheim 1298 prompt nach Heidelberg zurück²⁵. Nach einem erneutem Ausbruch der Feindseligkeiten verwüstete König Albrecht zunächst Rudolfs bayerische Besitzungen und zog dann wieder an den Rhein, um den Pfalzgraf schließlich 1301 in Heidelberg – erfolglos – zu belagern. Die Stadt offenbart dabei so etwas wie eine aufgrund der Sachlage erwungene Rolle als Rückzugsort, wenn die sonst bevorzugte Position in Bayern gefährdet war. Entsprechend zeigt auch die Untersuchung der Aufenthalte 1307 keine belegbare intentionell geplante Aufwertung Heidelbergs. Im Gegenteil deutet sich langfristig vielmehr eine Fortsetzung der bevorzugten Stellung Münchens an. Den 13 durch Rudolf I. in Heidelberg ausgestellten Urkunden stehen zwischen 1300 bis 1310 insgesamt 50 aus München gegenüber. Dort – und nicht etwa am Neckar – formierte sich um die Herzogenwitwe auch weiterhin der Widerstand gegen Ludwig den Bayern. Als dieser schließlich die Situation für sich entschied und 1314 zum König gewählt wurde, baute er konsequenterweise München zur königlichen Residenz aus.

1308/09 war die Landesherrschaft faktisch geteilt, wobei Rudolf sich auf den Pfälzer Teil gestützt haben soll²⁶. 1310 hatte Ludwig der Bayer dann die Teilung auch rechtlich erzwungen, womit sich möglicherweise eine gesteigerte Urkundungszahl Rudolfs in Heidelberg für die Folgezeit erklärt. 1313 wird nach Ludwigs Sieg bei Gammelsdorf erneut von einer Flucht Rudolfs nach Heidelberg berichtet: „*audiens fratrem suum de prelio triumphasse, declinavit a terra, recipiens se in Heidelberch cum domina sua Maechthildi ...*“²⁷. Im selben Jahr kam man zwar überein, wieder gemeinsam zu regieren, um sich jedoch 1314 erneut zu entzweien. Entsprechend steigt die Besuchsfrequenz in diesem Jahr wieder. Nach seiner „Entmachtung“ lebte Rudolf dann bis zu seinem Tod 1319 faktisch im Exil. Vermutlich hatte er sich wieder an den Rhein²⁸ zurückgezogen. Vielleicht sind vor diesem Hintergrund seine beiden letzten, 1318 in Heidelberg ausgestellten Urkunden zu sehen. Vorbehaltlich der nur schlaglichtartig beleuchteten Verhältnisse könnte man den Moment der zunächst informellen, wenn auch nur kurzfristig rechtswirksamen Herrschaftsteilungen der vorangegangenen Jahre als Anzeichen einer zunehmenden Verselbständigung der Rheinpfalz werten. In Anbetracht der unter den bayerischen Wittelsbachern seit 1290 zu beob-

achtenden Tendenz, selbst bei ungeteilter Regierung die verschiedenen Brüder auf unterschiedlichen Sitzen angesiedelt zu finden, darf darin eine deutliche Wirkung auf die Residenzbildung vermutet werden. Gerade die Landesteilungen erwiesen sich im Wittelsbacher Herrschaftsbereich als entscheidend für die Entwicklung zu kleinräumigen Teilherzogtümern: „Man teilte fast immer nach Residenzen mit dem umliegenden Landesteil auf“²⁹ Eben diese Vorstellung scheint auch in Heidelberg wirksam geworden zu sein, nur daß Rudolf mehr unfreiwillig vor seinem Bruder von dem bevorzugten München nach Heidelberg ausweichen mußte. Die recht wahrscheinliche Funktion als Witwen- und Kindersitz nach Rudolfs Tod, wie auch die erneute Aufnahme des Widerstands gegen Ludwig den Bayern von Heidelberg aus³⁰ unterstreicht eine womöglich bereits ortsfestere Hofhaltung der rudolfinischen Wittelsbacher. Wenn mit der gewaltsam erzwungenen Verselbständigungstendenz auch die Anfänge der späteren Entwicklung allmählich vor Augen treten, konnten diese Grundlagen doch erst im Moment der territorialen Selbständigkeit ihre Wirkung für eine Residenzbildung in der Pfalz entfalten.

Wie schon die Landesteilung von 1255 die Stellung des Landes als territoriale Größe schließlich etablierte, so schuf der Teilungsvertrag von Pavia 1329 schließlich die Voraussetzungen der eigenständigen staatlichen Konsolidierung. Die rheinische Besitzlandschaft und die Oberpfalz fielen an die rudolfinische Linie der Wittelsbacher. Durch die endgültige Bereinigung des Konflikts ergaben sich aus der wiedergewonnenen Nähe zu dem inzwischen zum Kaiser gekrönten Bayern erhebliche Vorteile der territorialen Arrondierung. Mit der aus dem 13. Jahrhundert tradierten Herrschaftspraxis war zu Beginn der eigenständigen Territorialisierung inzwischen der enge Bezug der Pfalzgrafen zu Heidelberg längst determiniert. Die fortan gegebene Einschränkung des Herrschaftsgebietes und die erhebliche Reduktion in Frage kommender Anlaufpunkte läßt erwarten, daß es in Zukunft den Landesherren möglich war, ihre Besuche um so stärker auf die wenigen in der Pfalz vorhandenen Zentralorte zu konzentrieren und damit langfristig als retardierender Faktor auf die Praxis der Reiseherrschaft zu wirken.

Bereits in ihrer Jugend hatte sich vermutlich eine enge Bindung der zukünftigen Landesherren Ruprecht I. und Rudolf II. – die Söhne Rudolfs I – an Heidelberg ergeben, die im Kontext der politischen Situation ihres Vaters zu sehen ist. Nach dessen Tod 1319 lebten beide Brüder zunächst unter Vormundschaft Johanns von Nassau vermutlich in Heidelberg, wohin sich ihre Mutter zurückgezogen hatte, um von dort den Widerstand gegen Ludwig den Bayern wiederaufzunehmen³¹. Dort scheinen sie auch gemeinsam mit ihrem früh verstorbenen älteren Bruder Adolf die folgenden Jahre

bis zur Mündigkeit, 1323 bzw. 1327³² verbracht zu haben. Die getrennte Betrachtung der bevorzugten Aufenthaltsorte der zunächst gemeinsam regierenden Pfalzgrafen während der 30er Jahre ergibt die bemerkenswerte Tatsache, daß Ruprecht I. seitdem bis zur Herrschaftsteilung 1338 kaum in Heidelberg zu finden ist. Der ältere Bruder Rudolf II. urkundet dagegen häufiger in der Stadt. Von den 19 zwischen 1329 und 1338 in pfälzischen Orten ausgestellte Urkunden entfallen 11 auf Heidelberg. Während der gemeinsamen Herrschaft entwickelte sich offensichtlich kein anderes Zentrum zum Sitz einer der beiden Regenten, obwohl dies nach geläufiger Wittelsbacher Herrschaftspraxis durchaus zu erwarten gewesen wäre³³. Erwartungsgemäß halten sich die beiden Landesherren zunächst verstärkt innerhalb der eigenen Besitzlandschaft auf. Mit 64% scheint die dem Territorium zugeordnete Präsenz nach wie vor hoch. Der Oberpfalz als dem fortan assoziierten aber abgelegenen Landesteil kommen dabei, auf ähnlichem Niveau wie vordem im Verhältnis der Pfalz zum bayerischen Kernland ca. 12% der Aufenthaltsnachweise zu. Mit 26% am gesamten Itinerar und 40% innerhalb der in Orten des eigenen Besitzes vorgenommenen Urkundungen bleibt der den Herrschaftsschwerpunkt in Heidelberg kennzeichnende Anteil etwa unverändert. Seit der ersten Teilung des pfälzer Territoriums 1338 entwickelt sich dann das zuvor als Handlungsort nahezu unbedeutende Neustadt mit einem Anteil von 36% am Itinerar Rudolfs II. unvermittelt zum meistfrequentierten Zentrum am Rhein und überflügelt damit erstmals die traditionellen Nebenzentren Bacharach und Alzey, kurzfristig sogar Heidelberg, wo Ruprecht I. zwischen 1338 und 1353 nur 14%, und Rudolf 6% der (wenigen überlieferten) Urkunden ausstellten.

Der ältere Pfalzgraf erhielt im Teilungsvertrag zunächst den rechtsrheinischen Landesteil mit Heidelberg. Da er aber „*lieber und gerner wonte an den wahssichen als an der bergstrazzen*“³⁴, also links des Rheins, wurde getauscht. Bleibt diese Entscheidung nicht nur hinsichtlich der vorgezeichneten Schwerpunktrolle Heidelbergs sondern auch im Vergleich der wirtschaftlichen, administrativen und militärischen Größenordnungen der zur Wahl stehenden Zentralorte weithin undurchsichtig, so markiert der Zeitpunkt doch einen qualitativ bemerkenswerten Markstein zur Residenzbildung in der Pfalz. Selbst wenn die Vorliebe eines der Brüder für einen bestimmten Lieblingsort als einsichtiger Grund für einen Besitztausch glaubhaft erscheinen mag, dürfen hinter diesem Vorgang pragmatischere Gründe vermutet werden. Mit dem Plan zur Umwandlung der Neustadter Pfarrkirche in eine Stiftskirche und fürstliche Grablege³⁵ wird dann auch auf Initiative Rudolfs II. dem Residenzanspruch erstmals in einer pfälzischen Stadt sichtbarer Ausdruck verliehen. Die bevorzugte, auch rechtlich wie wirt-

schaftlich demonstrierte Privilegierung Neustadt, entspringt möglicherweise dem bewußten Aufbau eines Gegengewichts zu Heidelberg auf dem Hintergrund einer sich allmählich anbahnenden Konkurrenzsituation³⁶.

Wie in vielen Territorien erwiesen sich vor allem auch unter den bayerischen Wittelsbachern Landesteilungen und die Rivalität einzelner Teilerzöge als ein forcierendes Moment im Residenzbildungsprozeß³⁷. Wie bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts wurde in der Regel nach dem Prinzip der Teilung nach Verwaltungseinheiten bzw. Residenzen vorgegangen, die dann auch namengebend für das Teilerzogtum wurden³⁸. Entsprechend handelt es sich auch bei den pfälzischen Teilerzogtümern von 1338 im Kern um die Verwaltungseinheiten des jeweiligen Viztumamtes. So begegnet folgerichtig für Rudolf II. – nur kurzfristig bis zum Umzug nach Neustadt – die Bezeichnung als der „*Herzog von Heidelberg*“³⁹, nach dem administrativen Hauptort also. Unter Verweis auf den Teilungsvertrag wurde auch zur Wiedervereinigung 1353 der rechtsrheinische Landesteil nochmals explizit als der „*theil von heidelberg*“ bezeichnet⁴⁰. Der unvermittelte Aufstieg Neustadts sollte dementsprechend im Kontext einer nach geläufigem Wittelsbacher Muster umgesetzten Landesteilung zu sehen sein⁴¹. Mit dem Tag der Teilung ist Rudolf II. in den 15 Jahren bis zu seinem Tod in der Tat nur noch fünf mal mit Amtshandlungen in Heidelberg greifbar⁴². Der außerordentlich hohe Anteil seiner von nun an in Neustadt bzw. auf der benachbarten Burg Winzigen ausgestellten Urkunden bestätigt den residenzfördernden Charakter der Landesteilung und deutet an, wie stark die Herrschaft in der Pfalz bereits in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts ortsfest gebunden war.

Mit lediglich 14% feststellbarer Präsenz in Heidelberg scheint die Herrschaftspraxis Ruprechts I. diesem Trend, zumindest oberflächlich, kaum zu folgen. Das ohnehin statistisch schwach zu untermauernde Ergebnis relativiert sich, wenn man berücksichtigt, daß sich der Pfalzgraf aufgrund seiner kaisernahen Politik zu über 60% außerhalb der Pfalz bewegte, gleichzeitig aber knapp 40% der dem eigenen Territorium zugeordneten Präsenz in der Stadt verbrachte. Deutlicher tritt Heidelberg auch in den Vordergrund, wenn man die Stadt als politischem Handlungsort in Abwesenheit des Pfalzgrafen betrachtet. Von insgesamt 27 Nachweisen entfallen drei Viertel (20) der ohne belegbare Anwesenheit des Landesherren in pfälzischen Ortschaften getätigten Amtshandlungen auf Heidelberg⁴³. Soweit die dürftige Quellenlage Einblicke gewährt, fungierte die Stadt vielleicht also weiterhin als traditioneller Mittelpunkt für das Gesamtterritorium⁴². Die anfangs starke Reisetätigkeit Ruprechts I. dürfte sich demnach kaum noch negativ auf den Residenzbildungsprozess ausgewirkt haben. Bei der Privilegierung des Dils-

berges 1347 findet sich der feste Herrschaftssitz in Heidelberg dann auch erstmals als sichere Perspektive formuliert, da die Neckarfestung in Kriegzeiten zukünftig als Zuflucht für den „Hof in Heidelberg“ dienen soll⁴³.

Mit dem söhnelosen Tod des älteren Bruders fiel Ruprecht I. seit 1353 die alleinige Herrschaft zu. Über die seit 1354 einsetzenden Registerbücher bewegt sich die statistische Auswertung für den hinsichtlich der Residenzbildung ausschlaggebenden Zeitraum bis zur Universitätsgründung fortan auf sicher quantifizierbarer Basis. Allein für die drei Jahrzehnte bis 1384 sind 866 Belege zu ermitteln, davon allein für das erste Regierungsjahrzehnt 320. Die Aufschlüsselung in Zehnjahresabschnitten erscheint daher aussichtsreich.

Der Vergleich des Engagements des Landesherren im pfälzischen gegenüber dem nicht pfälzischen Bereich deutet in der Tat eine so plötzliche wie vehemente Umkehr der Aktivitätsschwerpunkte an. War Ruprecht zwischen 1338–1353 noch zu 66% außer Landes anzutreffen, steigern sich die Aufenthalte in pfälzischen Ortschaften binnen des folgenden Jahrzehnts auf 63%. Die außerpfälzischen Aufenthalte reflektieren den auch weiterhin dominanten Akzent der persönlichen Nähe Ruprechts zum Kaiser: Allein 70% der auswärtigen Besuchstage des Pfalzgrafen lassen sich für diesen Zeitraum auf gemeinsame Aufenthalte mit Karl IV. zurückführen. Die Frequenz erweist sich erwartungsgemäß als repräsentativer Spiegel von Ruprechts wechselvollem Verhältnis zu den Luxemburgern⁴⁶. Die gefestigte Bedeutung Heidelbergs als unbestrittenem Herrschaftsschwerpunkt des Pfalzgrafen beweist die von 14% geradezu schlagartig auf 40% gestiegene Urkundungsfrequenz, die bezogen auf die Stellung innerhalb der pfälzischen Orte sogar bei durchschnittlich über 60% liegt. Den konkurrenzlosen Vorrang unterstreicht die Differenz zu den anderen pfälzischen Zentren, deren keines mehr als 6 bis 9% der erfassten Urkundungen auf sich vereinigt. In Neustadt erscheint Ruprecht nur noch durchschnittlich zu 4%. Die Frage, inwiefern der Sitz Rudolfs II. seinen Residenzcharakter behielt oder sogar Heidelberg den Rang hätte ablaufen können, bleibt aufgrund der so eindeutigen wie unvermittelten Verhaltensänderung Ruprechts nach 1353 wohl zu bezweifeln. Vergegenwärtigt man sich die weitere Entwicklung, deutet sich eine konsequente Fortsetzung der eingeleiteten Entwicklung an. Bis 1390 steigt der Anteil der im eigenen Territorium verbrachten Tage auf bis zu 80–90%. Es wird deutlich, wie der Pfalzgraf im Verlauf der zweiten Jahrhunderthälfte immer stärker auf die eigene Besitzlandschaft Bezug nahm, bzw. umgekehrt Reiseaktivitäten gegenüber standortgebundenem politischen Handeln an Bedeutung verloren. Zugleich erreichte die Aufenthaltsfrequenz in Heidelberg jetzt ein konstant

hohes Niveau, das den Anteil am Itinerar des Pfalzgrafen seit den sechziger Jahren des Jahrhunderts nicht mehr unter 50% sinken ließ, bezogen auf die innerterritoriale Frequenz sogar Werte zwischen 62–66%. Ein Anteil von beinahe zwei Dritteln der Amtshandlungen in pfälzischen Ortschaften entfiel damit auf Heidelberg. Jährlich aufgeschlüsselt, erweisen sich die hier ausgestellten Urkundungen nur noch im Bereich über 50% als eine variable, von beinahe regelmäßig erfolgten Einbrüchen gekennzeichnete Kurve. Für die Zeitabschnitte 1357–61, 1363–65, 1367 und 1371 sind sogar regelmäßige Konzentrationen von stets über 60% feststellbar, wobei auf Spitzen mit 70–80% etwa ein Viertel der Nachweise entfällt. Seit 1379 zeigt sich schließlich eine ansteigend hohe Frequenz von regelmäßig über 75 % in Heidelberg ausgestellten Urkunden.

Im Überblick ist kaum daran zu zweifeln, daß die schon früher in Bayern feststellbare Tendenz zur Ausbildung fester Herrschaftschwerpunkte zu Lasten der Reiseherrschaft 1329 auch am Rhein längst vorbereitet war. Den Willen, seinem Landesteil einen den frühen Wittelsbacher Residenzen entsprechenden Herrschaftsmittelpunkt zu geben, bringt der ältere Pfalzgraf in Neustadt deutlich zum Ausdruck. So erklärt sich die auffällige Abwesenheit Ruprechts I. von Heidelberg wohl kaum durch eine rückwärtsgewandte Regierungspraxis, sondern mit der Übernahme „außenpolitischer“ Herrschaftsaufgaben für das Gesamtterritorium. Man gewinnt zumindest den Eindruck, daß Heidelberg seine im 13. Jahrhundert vorgezeichnete Bedeutung als Mittelpunkt der Pfalzgrafschaft nicht eingebüßt hatte. Anders ist es kaum zu verstehen, daß Ruprecht sofort nach der Herrschaftsübernahme 1353 mit steil ansteigender Tendenz und großem Abstand zu den anderen Zentren des Territoriums seinen Aufenthalt in Heidelberg nahm, während die (politische) Mittelpunktfunktion Neustadts sofort wieder verschwand. Seit dieser Zeit sollten die mit Ortsangabe versehenen Belegstellen freilich nicht mehr allein als Anzeiger der vom Landesherren in Heidelberg verbrachten Aufenthalte gewertet werden, sondern zunehmend auch im Zusammenhang mit einer davon unabhängig aber ortsfest arbeitenden Kanzlei gesehen werden. Für die Eigenschaft als Residenz erweist sich letzteres ohnehin als der ausschlaggebende Wirkungsfaktor, bleiben doch in vielen Territorien des 15. Jahrhunderts Residenz- und (meist eingeschränkte) Reiseherrschaft zwei sich gegenseitig nicht ausschließende Phänomene. Das mag in der Kurpfalz noch einmal in eingeschränktem Maße für die Zeit Ruprechts III. (1400–1410) gelten. Als König hatte er über seine Verpflichtungen in der Reichspolitik wieder ungleich viel mehr Zeit im Sattel zu verbringen als seine Vorgänger⁴⁷. Heidelberg blieb aber sein unbestrittenes und auch weiter ausgebauten Herrschafts-

zentrum des Landes. Gleichsam als dynastisches Symbol beschrieb Peter Luder schon 1458 die feste Residenz in Heidelberg als so alte wie unverrückbare Tatsache: „Her umb ... die fursten des rynes, den stul der pfalzgrieffschaft for vil vergangenzen zeyden in dysze ubertrefflich burg zu verandern nit heben gezwifelt“.

Anhang

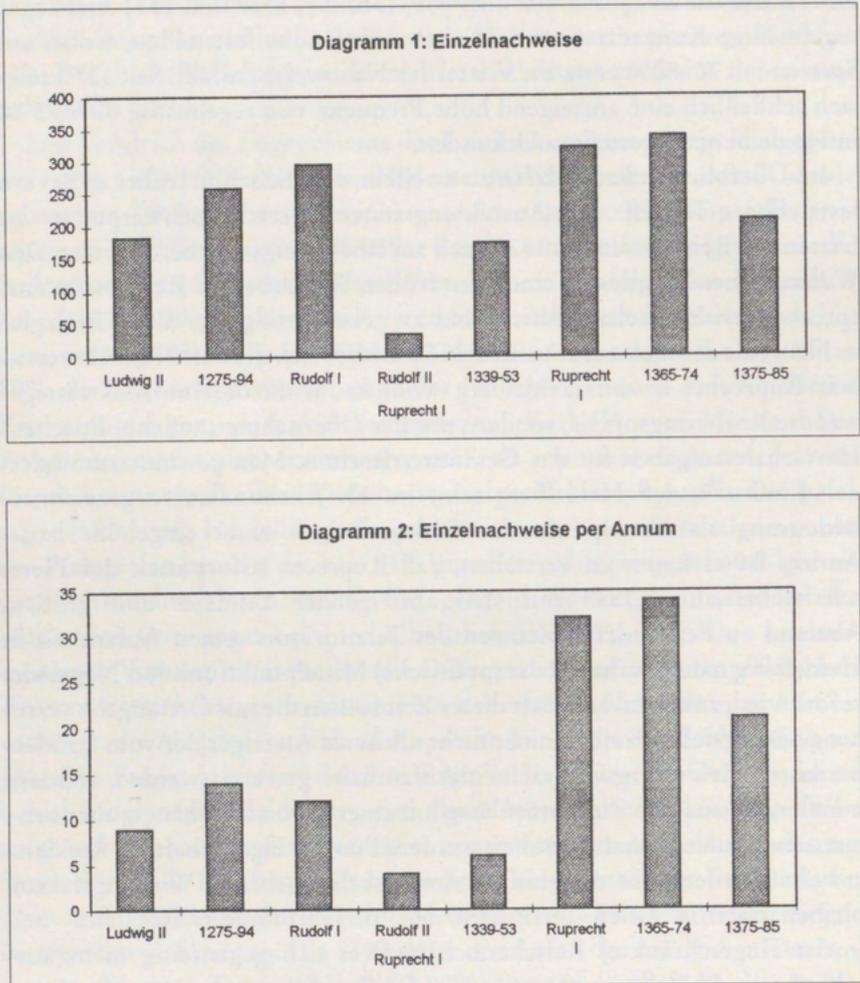


Abb. 4. Gesamtanzahl der auswertbaren pfalzgräflichen Aufenthaltsnachweise. Oben: Einzelbelege aufgeschlüsselt nach den der Auswertung zugrundeliegenden Zeitabschnitten. Unten: jährlich aufgeschlüsselt.

Diagramm 3: Präsenzverteilung auf sämtliche Besuchsorte

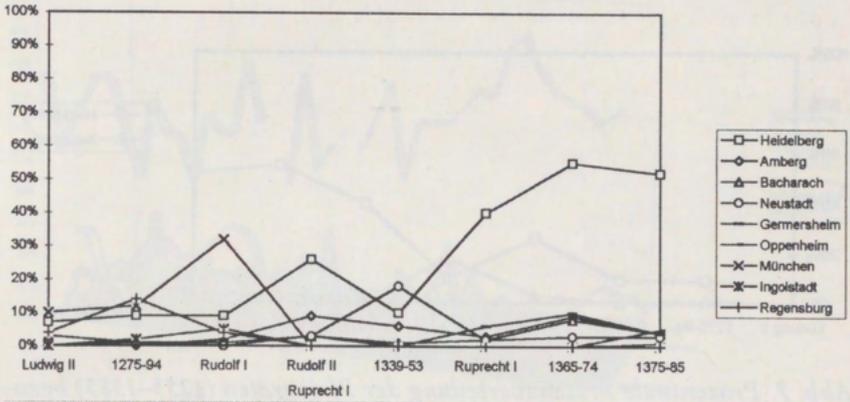


Abb. 5. Prozentuale Präsenzverteilung der Pfalzgrafen (1255–1385) bezogen auf die Gesamtzahl der Nachweise (bis 1329 incl. Oberbayern). Mit eigenen Siglen dargestellt ist die Kurve für Heidelberg gegenüber einer Auswahl der bedeutendsten Vergleichsstädte.

Diagramm 4: Präsenzverteilung auf Heidelberg, München und Regensburg

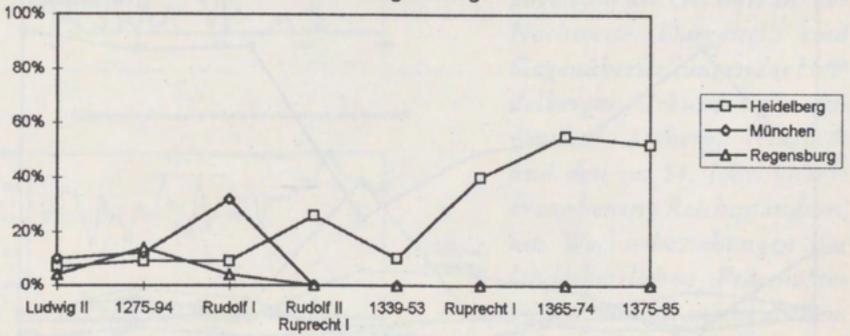


Abb. 6. Prozentuale Präsenzverteilung der Pfalzgrafen (1255–1385) bezogen auf die Gesamtzahl der Nachweise. Dargestellt sind die Vergleichskurven zwischen Regensburg, München und Heidelberg.

Diagramm 5: Präsenzverteilung auf Heidelberg und Neustadt

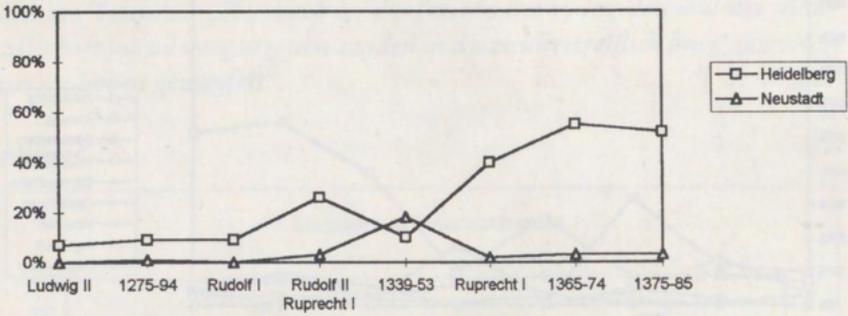


Abb. 7. Prozentuale Präsenzverteilung der Pfalzgrafen (1255–1385) bezogen auf die Gesamtzahl der Nachweise. Dargestellt sind die Vergleichskurven zwischen Heidelberg und Neustadt.

Diagramm 6: Präsenzverteilung auf rhein- und oberpfalz. Zentren

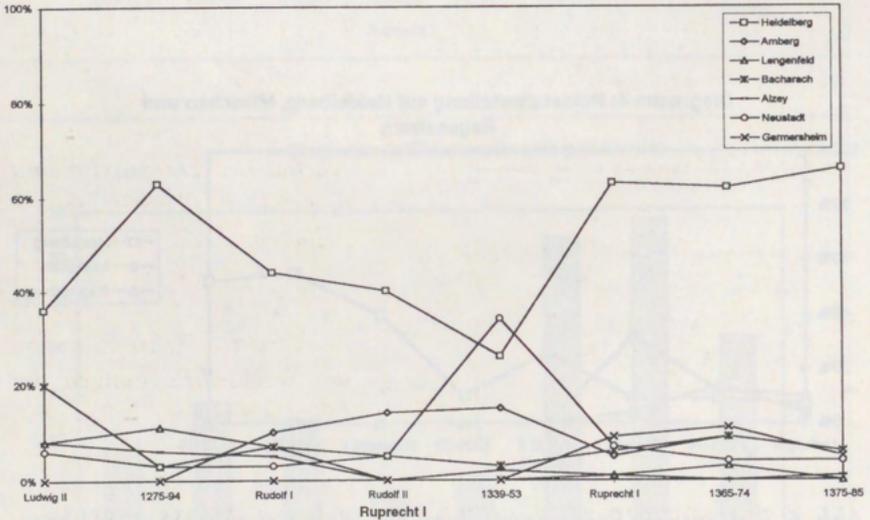


Abb. 8. Prozentuale Präsenzverteilung der Pfalzgrafen (1255–1385) bezogen auf die Gesamtzahl der Nachweise. Dargestellt sind die Vergleichskurven zwischen den bedeutendsten Zentralorten in der Pfalzgrafschaft am Rhein und der Oberpfalz.

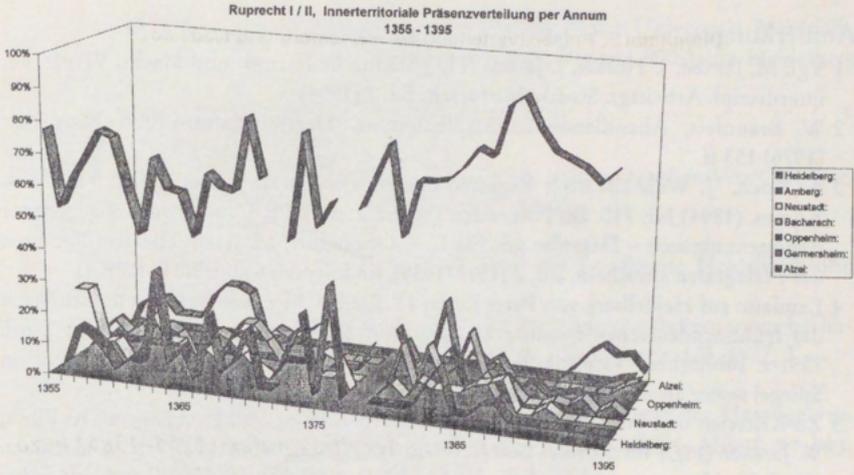


Abb. 9. Jährlich aufgeschlüsselte prozentuale Präsenzverteilung für den Kurfürsten Ruprecht I. (1255–1385) bezogen auf die Gesamtzahl der Nachweise. Dargestellt sind die Vergleichskurven der bedeutendsten Zentren des pfälzischen Territoriums.

Diagramm 2: Präsenzverteilung auf Heidelberg und Amberg

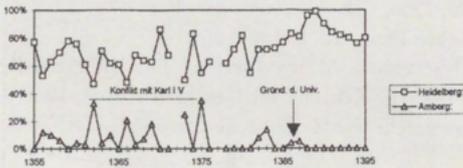


Diagramm 3: Präsenzverteilung auf Heidelberg und Neustadt

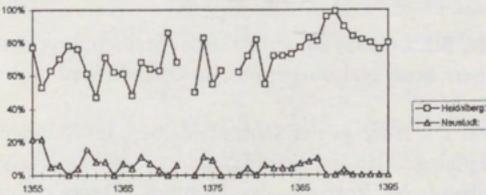


Diagramm 4: Präsenzverteilung auf Heidelberg, Oppenheim und Gernersheim

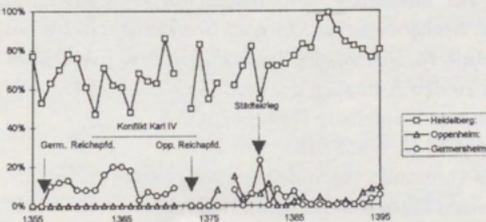


Abb. 10. Jährlich aufgeschlüsselte prozentuale Präsenzverteilung für den Kurfürsten Ruprecht I. (1255–1385) bezogen auf die Gesamtzahl der Nachweise. Dargestellt sind Gegenüberstellungen der Heidelberger Urkundungen gegenüber Amberg, Neustadt und den im 14. Jahrhundert erworbenen Reichspfändern, um Wechselbeziehungen der landesherrlichen Präsenzfrequenz zu veranschaulichen. Zusätzlich eingetragen sind mögliche Wirkungsfaktoren.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. M. Jansen, J. Hoock, J. Jarnut (Hg.) *Städtische Formen und Macht. Veröff. der interdisziplin. Arbeitsgr. Stadtkulturforsch.* Bd. 1 (1994)
- 2 W. Braunfels, *Abendländische Stadtbaukunst. Herrschaftsform und Baugestalt* (1976) 153 ff.
- 3 A. Koch, J. Wille (Bearb.), *Regesten der Pfalzgrafen am Rhein*. Bd. 1 *Bad. Hist. Komm.* (1894) Nr. 710. Im Folgenden abgekürzt als RPR I. mit jeweils angegebener Regestennummer; – Dasselbe gilt für L. v. Oberndorf, M. Krebs (Bearb.) *Regesten der Pfalzgrafen am Rhein*. Bd. 2 (1912/1939), im folgenden abgekürzt RPR II.
- 4 *Laudatio auf Heidelberg* von Peter Luder 11. 2. 1458, hier und im folgenden zit. nach der frühhochdeutschen Fassung Matthias von Kemnats, *Codex Palatinus* 870, fol. 159r-v. *Bibliotheca Vaticana*, Rom, abgedruckt bei R. Kettenmann, Heidelberg im Spiegel seiner ältesten Beschreibung (1986).
- 5 Zu Kriterien und Forschungsstand der Residenzbildung vgl. grundlegend: K. Flink, W. Janssen (Hg.) *Territorium und Residenz am Niederrhein* (1993); – K. Andermann (Hg.), *Residenzen – Aspekte hauptstädtischer Zentralität von der frühen Neuzeit bis zum Ende der Monarchie*. *Oberr. Studien* 10 (1992) – H. Patze, W. Paravicini (Hg.), *Fürstliche Residenzen im spätmittelalterlichen Europa* (1991) – P. Johanek (Hg.) *Vorträge und Forschungen zur Residenzenfrage* (1990); – H. Patze, G. Streich, *Die landesherrlichen Residenzen im spätmittelalterlichen Deutschen Reich*, in: *Bll. für dt. Landesgesch.* 118, 1982, 205 ff. – *Die Residenzstadt in Südwestdeutschland. Protokoll über die IV. Arbeitstagung des Arbeitskr. für südwestdt. Stadtgesch. Forsch.*, in: *Zeitschr. für Württ. Landesgesch.* 25, 1966, 1 ff.
- 6 L. Häusser, *Geschichte der Rheinischen Pfalz*, Bd. 2 (1924) 865.
- 7 Methodisch orientiert an der Analyse von E. Müller-Mertens, *Die landesherrliche Residenz in Berlin und Köln 1280-1486*, in: *Zeitschr. für Gesch.wiss.* 36/1, 1988, 140 ff. – aber der Fragestellung nach vereinfacht wie H. Patze, G. Streich, *landesherrliche Residenzen* 118, 1982, 211.
- 8 H. M. Maurer, *Untersuchungen zur Rechtsgeschichte der südwestdeutschen Burg im 13. Jahrhundert*. *Masch. schriftl. Protokoll über die Arbeitstagungen zum Thema: Probleme der mittelalterlichen Burgenverfassung im deutschen Sprachraum*, Bd. 3 (1973) 7 f.
- 9 M. Schaab, *Geschichte der Kurpfalz*, Bd. 1 (1988) 85 und 89 – *Zur Städtepolitik der Pfalzgrafen* vgl. S. Schmitt, *Landesherr, Stadt und Bürgertum*, in: *Oberrh. Studien* 14 (1994) ff.
- 10 Ders. *Kurpfalz*, a.a.O., 80 ff. – Ders., *Die Anfänge der Stadt Heidelberg im Rahmen des Unteren Neckarlandes und der pfalzgräflichen Territorialbildung*, in: *Heidelberg – Stadt und Universität. Sammelband der Vorträge des Studium Generale der Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg im Sommersemester 1996* (1997) 9 ff.
- 11 A. Wendt, *Von der Staufenburg zur kurpfälzischen Hauptstadt*. R. Ludwig, B. Rabold (Hg.), *Kultur(ge)schichten. Archäologie am Unteren Neckar*. *Arch. Inf. aus Bad. Württ.* 23 (1997) 82 f. – A. Wendt, M. Benner, *800 Jahre Heidelberg – Archäologische und bauhistorische Befunde zu den Anfängen der Stadt*, in: *Z.G.O.* 145, 1997, 23 ff. – H. Derwein, *Die Flurnamen von Heidelberg* (1940) 67 und 5.
- 12 Wendt, Benner, *800 Jahre Heidelberg*, 15 ff., bes. 53 ff.
- 13 F. Schneider, *Die Vita Eberhardi de Commeda* (auch *de Stalecke* genannt) als rheinische Geschichtsquelle für die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts, in: *Z.G.O.* 110, 1962, 53 ff.

- 14 M. Caroll-Spillecke, Die Untersuchungen im Hof der Neuen Universität. Materialh. zur Archäologie in Bad. Württ. 20 (1993) – Wendt, Benner, 800-Jahre Heidelberg a.a.O. Anm 11.
- 15 C.L. Tolner, *Historia Palatina* (1700) 308
- 16 Hellwig, *antiquit. Lauresh.* 185.
- 17 Vgl. versch. Beiträge in H. Glaser (Hg.), *Die Zeit der frühen Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig dem Bayern. Wittelsbach und Bayern I/1* (1980).
- 18 RPR I 113.
- 19 M. Schaab, *Geschichte der Stadt. Die Stadt- und die Landkreise Heidelberg und Mannheim. Bd. 2* (1970) 20.
- 20 W. Störmer, Die oberbayerischen Residenzen der Herzöge von Bayern unter besonderer Berücksichtigung von München, in: *Bll. für dt. Landesgesch.* 123, 1987, 3.
- 21 Schaab, *Kurpfalz Bd. I*, 73 ff.
- 22 S. Hoffmann, *Urkundenwesen, Kanzlei und Regierungssystem der Herzöge von Bayern und Pfalzgrafen bei Rhein von 1180/1214 bis 1255/1294. Münchner hist. Stud., Abt. Geschichtl. Hilfswiß.* 3 (1967) 220 f. und 240 ff.
- 23 Störmer, *oberbayer. Residenzen*, 7 f.
- 24 Ders. *A.a.O.* 8.
- 25 RPR I 1395, 1396.
- 26 Schaab *Kurpfalz Bd. I*, 78.
- 27 RPR I 1720.
- 28 RPR I 1780.
- 29 W. Ziegler, Die niederbayerischen Residenzen im Spätmittelalter, in: *Bll. für dt. Landesgesch.* 123, 1987, 37.
- 30 RPR I 1961; – P.A. Sprinkart, *Kanzlei, Rat und Urkundenwesen der Pfalzgrafen bei Rhein und Herzöge von Bayern 1294 bis 1314 (1317). Forschungen zum Regierungssystem Rudolfs I. und Ludwigs IV.* (1986) ff.
- 31 RPR. I 1961 und 2041; – Vgl. Sprinkart, *Urkundenwesen*, 43 ff.
- 32 RPR I 2042; RPR. I 2396; RPR I 2030.
- 33 Ziegler, *niederbayerische Residenzen*, 34.
- 34 RPR I 6743.
- 35 RPR I 2394 – vgl. J. Kaiser, *Zur bau- und kunstgeschichtlichen Bedeutung der Stiftskirche. Die Stiftskirche in Neustadt an der Weinstraße*, in: *Der Turmhahn* 5/6, 1992, 16 ff.
- 36 H. Patze, *Die Bildung der landesherrlichen Residenzen im Reich während des 14. Jahrhunderts. Beitr. zur Gesch. der Städte Mitteleuropas, Bd. 2* (1972) 17.
- 37 Störmer, *oberbayer. Residenzen*, 15; – H. Patze, W. Paravicini (Hg.) *Fürstliche Residenzen* (1991) 474 f.
- 38 Ziegler, *niederbayer. Residenzen*, 34.
- 39 RPR. I: 2216. – H. J. Probst weist auf den gelegentlichen Gebrauch des „bemerkenwerten“ Titelsynonyms noch für das 15. Jahrhundert hin: u.a. „der Herzog Friedrich von Heidelberg oder der Pfalzgraf von Heidelberg“. H.J. Probst, *Die Pfalz als historischer Begriff*, in: *Mannheimer Hefte* 1985, 87.
- 40 1353. RPR I 2787.
- 41 Th. Karst, *Neustadt als linksrheinisches Zentrum pfalzgräflich-kurpfälzischer Herrschaft und Verwaltung. K.P. Westrich (Hg.) Neustadt an der Weinstraße – Beiträge zur Geschichte einer pfälzischen Stadt* (1975) 157.
- 42 RPR I 2173, 2301.

- 43 RPR I 2457, 59, 72, 80, 83, 90, 95; 2514, 21, 31, 52, 75, 86, 88, 91; 2631, 37, 57, 85, 87, 92; 2700, 04, 05, 26, 33, 44.
- 44 RPR I 2460, 2467, 2516, 2565, 2587.
- 45 M. Schaab, Der Dilsberg und seine Freiheiten, in: Z.G.O. 113, 1965, 442 ff.
- 46 Ders., Kurpfalz Bd. I, 101.
- 47 Ders., Kurpfalz Bd. I, 140 f.

Jochen Goetze

Blinde Werkzeuge mit drei Flintensteinen

Der Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833 und die Folgen *

Am Abend des 3. April 1833, Mittwoch vor dem Osterfest dieses Jahres, versuchten Studenten, durchweg Burschenschaftler, unter Führung einiger kaum älterer Oppositioneller, durchweg Akademiker, mit einem Angriff auf die Frankfurter Hauptwache und deren Erstürmung ein Zeichen für die Auslösung einer allgemeinen Revolution in Deutschland zu setzen.

Das erste, militärische Ziel des Unternehmens gelang zunächst, doch der daraus erhoffte revolutionäre Funke sprang nicht – wie als sicher erwartet – auf die Bevölkerung über, daraufhin brach der Versuch in sich zusammen und die deutsche Revolution fand in diesem Jahre nicht statt.

Dies ist mit knappen Worten eine Schilderung der Ereignisse; im gleichen Umfang werden sie in der Regel in der Literatur abgehandelt, und die dann folgende Beurteilung kennzeichnet den Vorgang als ‚Dummejugenstreich‘, als an ‚mangelhafter Organisation und Vorbereitung gescheitert‘ oder als ‚Vorwegnahme der Revolution von 1848‘ im günstigsten Falle. Aus den verschiedenen Blickwinkeln sind sicher alle diese Würdigungen richtig oder treffen doch für Teilaspekte der Ereignisse vom 3. April 1833 zu. Doch sich allein mit einer knappen Schilderung des Mißerfolges als eines eigentlich unbedeutenden und marginalen Intermezzos zwischen den Karlsbader Beschlüssen und der französischen Julirevolution von 1830 einerseits und der Revolution von 1848 andererseits zu begnügen, wird der Bedeutung des ‚Frankfurter Wachensturmes‘ oder ‚Attentates‘ nicht gerecht. Gewiß haben hier die an dem Revolutionsversuch beteiligten 40 Studenten verschiedener deutscher Universitäten Realität und Erwartung nicht trennen können, Euphorie mit Organisation verwechselt und den Versprechungen und Hoffnungen ihrer nicht allzuviel älteren Anführer und Verführer geglaubt, die sie zudem kaum kannten. Die Strukturen der Vorbereitung des Revolutionsversuches, die gedankliche, organisatorische und logistische Durchdringung des geplanten Unternehmens jedoch war in den Ansätzen richtig und methodisch sinnvoll, mußte jedoch an einer absolut unrealistischen

* Erweiterte Fassung eines Vortrages vom 16. April 1997 im Rahmen der Vortragsreihe des Heidelberger Geschichtsvereins zur Revolution von 1848.

Einschätzung der allgemeinen Bereitschaft der Bevölkerung zu einer großen deutschen Revolution scheitern, dennoch bleibt der Frankfurter Wachensturm das spektakulärste Ereignis des Vormärz.

Der Versuch mißlang, und so unbedeutend er auch gewesen sein mag, hat er Folgen nach sich gezogen, die aus der Furcht vor weiteren Konspirationen in scheinbar geradezu hysterischen Reaktionen zur Einrichtung des ‚Central-Informations-Bureaus‘ in Mainz führten, eines von Österreich im Alleingang gegen den Willen der anderen Bundesstaaten installierten Geheimdienstes. Er wurde mit überraschender Schnelligkeit bereits im Mai 1833 – nur gut einen Monat nach dem seine Begründung auslösenden Ereignis, dem Frankfurter Wachensturm – in Mainz begründet und bestand bis zum Ende der Verfolgung der vermuteten und tatsächlichen Teilnehmer am Frankfurter Wachensturm im Jahre 1848¹. Mit bezahlten Spitzeln und Agenten wurden Verdächtige, deren Kreis sich bald aus dem engeren Bereich der Teilnahme am Frankfurter Wachensturm verselbständigte und bundesweite Dimensionen in der nicht nur der österreichischen Regierung eigenen Abneigung gegen liberale Regungen annahm, selbst noch in den privaten Äußerungen observiert. Zur allfälligen Verwertungen wurden die gelegentlich auch höchst zweifelhaften und dubiosen Beobachtungsergebnisse an Metternichs ‚Central-Informations-Comitee‘ nach Wien weitergeleitet und hier im Sinne der Demagogenverfolgungen ausgewertet. Ergänzt wurde diese Zentrale Einrichtung durch die sogenannten ‚Schwarzen Kabinette‘ bei den Zentralen Postverteilungsstellen². Hier wurden ohne zimperliche Skrupel Briefe geöffnet, gelesen und abgeschrieben und die Ergebnisse nach Wien weitergeleitet. Verführt durch die bald erreichte Vollständigkeit der so gesammelten geheimdienstlichen Daten über verdächtige und auch nicht verdächtige Personen richtete die Bundesversammlung am 20. Juni 1833 die Frankfurter ‚Bundes-Central-Behörde‘ ein, die alle ‚gegen die öffentliche Ordnung in Deutschland gerichteten Komplotte‘ aufdecken sollte³. Zwar konnten die Mitarbeiter der Behörde nicht selbständig Untersuchungsverfahren durchführen, auch nicht bereits von den zuständigen lokalen Instanzen begonnene Verfahren an sich ziehen, doch waren sie befugt, bei den Untersuchungen zugegen zu sein und Einsicht in die Akten zu nehmen. Die rasch wachsende Fülle des Materials, über die die Bundes-Zentralbehörde bereits nach kurzer Zeit verfügte, erlaubte schnell einen Überblick über mögliche konspirative Bewegungen und Vorgänge in Deutschland. Und bald schon konnte die Zentralbehörde bei den zuständigen lokalen Behörden und Gerichten auf Untersuchungen und Verhaftungen der von ihr verdächtigten Personen dringen. Unter dem Vorwand der Demagogenverfolgungen wurde so ein außerordentlich feinmaschiges

Raster von Überwachung und geheimdienstlichen Aktivitäten geschaffen, dem kaum eine Regung entgegen konnte.

Bereits im März 1848, unmittelbar nach den ersten revolutionären Eruptionen in Südwestdeutschland, wurde das gesamte Archiv der Zentralbehörde samt den Verhörprotokollen und Sammlungen von Flugblättern, Zeitungsausschnitten und Briefabschriften auf Veranlassung des österreichischen Gesandten beim Bundespräsidialamt in Frankfurt, Anton von Schmerling, vernichtet⁴.

Durch die Einrichtung dieser beiden Behörden und deren offizielle und zum Teil auch subversive Tätigkeiten wurde ein engmaschiges Netz von Verdächtigungen und Verfolgungen gesponnen, das vielfach als Terror empfunden wurde⁵ und die liberalen und oppositionellen Regungen aus der Legalität in die Illegalität verbannte.

Der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich hatte 1833 mit dem Frankfurter Wachensturm schnell einen Grund gefunden, die Existenz und Notwendigkeit seiner Mainzer Behörde zu legitimieren. Parallel mit dem Stil und der Arbeitsweise der beiden Behörden ging die Art, wie in den folgenden Jahren an deutschen Universitäten die studentischen Teilnehmer am Wachensturm verfolgt wurden. Anders als 1848/49, als beispielsweise der Senat der Universität Heidelberg in ausgesprochen liberaler Haltung die Beteiligung von Heidelberger Studenten an der Revolution zu verheimlichen und zu verharmlosen suchte, setzte bereits wenige Tage nach Bekanntwerden des Frankfurter Wachensturmes eine Welle von Untersuchungen gegen Heidelberger Studenten ein, die der Mitgliedschaft in den verbotenen Burschenschaften oder der auch verbotenen Vaterländischen Gesellschaft verdächtigt wurden.

Heidelberg und die Heidelberger Universität vor dem Wachensturm

Nur nach außen hin galt Heidelberg in den 10er und 20er Jahren des 19. Jahrhunderts als eine ruhige, fast verschlafene Stadt; in der Bürgerschaft lebte die durch den Umzug des katholischen Teil der Theologischen Fakultät an die Universität Freiburg als einer katholischen badischen Landesuniversität genährte Furcht, die gesamte Universität könne bei mangelndem Wohlverhalten der Stadt gegenüber der Universität ebenfalls nach Freiburg verlegt werden. Immer noch stellte die Universität neben dem allmählichen Aufkeimen eines frühen Tourismus im Gefolge der Romantiker das wirtschaftliche Rückgrat der Stadt dar⁶. Die Professorenschaft der Universität nahm am bürgerlichen Leben der Stadt so gut wie keinen Anteil, sondern

lebte in ihren Studierstuben und konnte nur wenig Interesse und noch weniger Verständnis für das aufbringen, was außerhalb ihres engeren Bereiches geschah. Beständig war auch die Furcht vor studentischen Geheimorden und -verbindungen, von deren möglicher Existenz man gerüchteweise gehört hatte, die aber nie nachzuweisen waren. Mit einer Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen versuchte man die studentischen Vereinigungen im Keim zu ersticken, deckte man die eine auf und verbot sie, entstand sie unter anderen Prämissen und mit einem neuen Namen erneut⁷.

Insbesondere die nach dem Wartburgfest 1817 gegründete Heidelberger Burschenschaft war den Professoren und der staatlichen Obrigkeit suspekt. Mit den mehr gesellschaftlich orientierten ersten Corps, die seit 1810 entstanden, und den nach der geographischen Herkunft der Studenten organisierten Landsmannschaften hatte man sich arrangieren können, da sie keinerlei politische Überzeugung vertraten und die scheinbare politische Ruhe nicht störten. Anders dagegen die Burschenschaften: aus dem Geiste der Deutschen Bewegung entstanden, sahen sie in den Universitäten Institutionen, an denen die Studenten nicht nur in den Wissenschaften sondern auch zum politischen Dienst an der Gesellschaft erzogen werden sollten. Hier setzten sich eindeutig die Ideen Friedrich Ludwig Jahns und Ernst Moritz Arndts durch. Natürlich mußten dergleichen Ideen auf die Heidelberger Professoren und die badische Landesregierung geradezu abschreckend wirken, und wie zu erwarten, reagierte man mit harten Verboten. Eine rechtliche Handhabe lieferten 1819 die Karlsbader Beschlüsse⁸. Nach der Ermordung des russischen Staatsrates August von Kotzebue durch den Theologiestudenten und Burschenschaftler Karl Ludwig Sand im März 1819 in Mannheim kamen die Deutschen Bundesstaaten in Karlsbad dahingehend überein, daß ein staatlich bestellter Kurator nicht nur die Studenten, sondern auch die Professoren der deutschen Universitäten politisch zu überwachen habe, daß die Burschenschaften, die Turnerbewegung und die patriotischen Vereine zu verbieten seien, die Vorzensur eingeführt wurde und in Mainz eine Bundeszentralbehörde, die sogenannte ‚Schwarze Kommission‘ eingerichtet wurde, die revolutionäre Umtriebe untersuchen sollte. Damit waren die ‚Demagogenverfolgungen‘ eingeleitet, mit denen in den folgenden Jahren nahezu alle prominenten Liberalen überzogen werden sollten, so die schon genannten Jahn und Arndt, aber auch Joseph von Görres, der sich der drohenden Verhaftung in Preußen durch Flucht nach Straßburg entziehen konnte, der Theologe Friedrich Schleiermacher, der Jurist Karl Friedrich Eichhorn, der aus Berlin nach Göttingen fliehen konnte.

In den 20er Jahren war die Heidelberger Burschenschaft nicht besonders hervorgetreten und von der Universität weitgehend geduldet worden⁹. Im April 1822 berichtete das Heidelberger Universitätsamt auf Aufforderung der badischen Regierung, daß die Burschenschaft nach wie vor bestehe, daß sie sich jedoch allein den studentischen Zwecken widme¹⁰. Auch die in den folgenden Jahren immer wieder angestellten Untersuchungen ergaben als Ergebnis nur, daß die Heidelberger Burschenschaft sich entweder aufgelöst habe oder sich politisch nicht betätige.

Schlagartig veränderten sich jedoch in Heidelberg die Verhältnisse mit der Gründung der ‚Museumsgesellschaft‘ im Jahre 1828. Die Gesellschaft, bestehend aus Professoren, Beamten und Honoratioren der Stadt, versagte den Studenten Stimmrecht und die Ausleihe von Büchern aus der Bibliothek, ein Vorgang, der zu einer Solidarisierung der Corps und der Burschenschaften führen sollte. Gemeinsam verhängen sie deshalb einen Verruf¹¹ über die Universität. Als daraufhin der Vorstand der Burschenschaft verhaftet und 40 Burschenschaftler mit Stadtarrest belegt wurden, stürmten Studenten den Karzer der Universität und befreiten die dort inhaftierten Vorstandsmitglieder der Burschenschaft. Am folgenden Tage zogen insgesamt 400 Studenten aus Heidelberg aus und ließen sich im rheinbayerischen Frankenthal nieder, um von dort aus mit der Universität zu verhandeln. Die akademischen Behörden sicherten zwar Straffreiheit zu, nicht aber für die Karzerstürmer. Darauf wiederholten sie den Verruf der Universität Heidelberg auf drei Jahre¹².

Insbesondere die Burschenschaftler hielten den Verruf ein, so daß die Zahl der Heidelberger Studenten sich deutlich verringerte, nicht ohne Folgen für die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt und die Reputation der Universität. Nur wenige badische Burschenschaftler, die durch Landesverordnung gezwungen waren, in Heidelberg zu studieren, blieben in Heidelberg, und sie bildeten den Kern der nach Ablauf der Verrufung in bescheidenem Maße wieder entstehenden Burschenschaft. Dennoch vermochte sich in den folgenden Jahren die Burschenschaft nicht wieder zu etablieren, zu groß waren inzwischen Mißtrauen und Abneigung der akademischen Behörden geworden. Zwar gelang es im Wintersemester 1831/32 unter dem Decknamen Franconia eine erneute Zulassung durch den Senat der Universität zu erreichen, sie wurde jedoch bald widerrufen.

Unterdessen wandten sich einige der Burschenschaftler anderen, nicht weniger politischen Betätigungen zu: in privaten Arbeitskreisen wurde politische und historische Literatur gelesen und interpretiert, und man wandte sich dem ‚Preßverein‘ zu. Dieser war im Januar 1832 in Zweibrücken als ‚Deutscher Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse‘

gegründet worden¹³. Zweck des Vereins war die finanzielle Absicherung von liberalen und oppositionellen Zeitungen, die durch Zensur und Beschlagnahmung in ihrer Existenz bedroht waren. Der Verein organisierte sich dezentral, d.h. an einzelnen Orten schlossen sich Beitrittswillige zu sogenannten ‚Filialkomitees‘ zusammen¹⁴. So auch in Heidelberg. Bereits im Februar bildete sich in Heidelberg ein Filialkomitee, dem eine große Zahl von Studenten beitrug, auch die Heidelberger Burschenschaft erwarb unter dem Namen Franconia Mitgliedschaften.

Dem Senat der Universität schien der Preßverein höchst verdächtig, insbesondere auch, daß Heidelberger Studenten sich an den Aktivitäten des örtlichen Filialkomitees führend beteiligten. Am 17. Mai schließlich bedrohte er durch Anschlag am Schwarzen Brett der Universität die studentischen Mitglieder des Filialkomitees mit dem Entzug des akademischen Bürgerrechts¹⁵. Gegen diese Ankündigung reichten insgesamt 136 Studenten einen schriftlichen und namentlich unterzeichneten Protest ein¹⁶. Der Senat erklärte wenige Tage darauf, daß er das Protestschreiben der Studenten als Beschwerde verstehe und kontingenterweise an das Innenministerium in Karlsruhe weitergeleitet habe¹⁷. Mehr geschah nicht. Wohl noch unter dem Eindruck der drastisch zurückgegangenen Studentenzahlen nach dem dreijährigen Verruf der Universität im Jahre 1828 wurde die Sache aus Furcht vor einer möglichen Wiederholung nicht weiter verfolgt.

Eindrucksvoller Höhepunkt der bürgerlich-liberalen Opposition im Vormärz war das Hambacher Fest am 27. Mai 1832¹⁸. Es wurde von mehr als 20.000 Teilnehmern besucht, allein aus Heidelberg beteiligten sich etwa 300 Studenten¹⁹, nicht gerechnet die nichtstudentischen Teilnehmer, die sich vorwiegend aus Kreisen der Handwerksgesellen zusammensetzten.

Die in den Hambacher Reden²⁰ erhobenen Forderungen nach ‚Wiedergeburt und Umgestaltung des Deutschen Vaterlandes‘, ‚Herstellung der Einheit Deutschlands‘, ‚Preßfreiheit‘, nach einer ‚nationaldemokratischen Republik‘ oder ‚legaler Revolution‘ mußte notwendigerweise die Reaktion auf den Plan rufen. Insbesondere die österreichische Regierung reagierte sofort. Preußen wurde zu unverzüglichem Vorgehen gegen dergleichen Umtriebe aufgefordert und der bayerischen Regierung dringend empfohlen, Vorsorge zur Verhinderung weiterer Vorkommnisse zu treffen²¹. Die bayerische Regierung reagierte folgsam: fast die halbe bayerische Armee wurde unter dem ‚außerordentlichen Hofcommissär‘ Fürst Karl-Friedrich von Wrede²² in die Pfalz geschickt, wo Wrede mit harter Hand die verfassungsmäßige Ordnung wiederherstellte, die durch lokale Unruhen im Gefolge des Hambacher Festes in einigen Städten der Rheinpfalz entstanden waren.

Wie schon beim Zustandekommen der Karlsbader Beschlüsse im Jahre 1819, wo die Ermordung Kotzebues den Vorwand abgegeben hatte, wurde jetzt das Hambacher Fest von Österreich und Preußen als höchst willkommener Anlaß benutzt, um durch einen Bundesbeschluß die ‚Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ruhe und Ordnung in Deutschland‘, eben die berüchtigten ‚6 Artikel‘ vom 28. Juni 1832 und das ‚Maßregel-Gesetz‘ vom 5. Juli 1832 in Kraft zu setzen²³. Insbesondere dieses zweite Gesetz gestattete dem Bund und den Einzelstaaten nahezu unbeschränkte Eingriffsmöglichkeiten gegenüber der Opposition. Da man davon ausging, daß die ‚Nationalrevolutionäre Partei‘ am tiefsten durch Beeinträchtigung ihrer in Zeitungen, Flugblättern und auf Volksversammlungen vorgetragenen Agitationen getroffen werden könnte²⁴, setzte man hier den Hebel an. Verboten wurden:

- Verbreitung von ausländischen Zeitschriften oder Druckschriften,
- Politische Vereine,
- Volksversammlungen und Volksfeste, sofern sie nicht der lokalen Tradition entsprachen,
- öffentliche Reden politischen Inhaltes,
- öffentliches Tragen von Abzeichen, Kokarden und Fahnen,
- Aufstellen von Freiheitsbäumen und sonstigen ‚Aufruhrzeichen‘²⁵.

Mit diesem Maßnahmenkatalog war eine nahezu uneingeschränkte Vorgehen der einzelnen Regierungen gegen politisch verdächtige oder mißliebige Oppositionelle legalisiert und mußte diese notwendigerweise in die Illegalität treiben. Kein Wunder also, daß sich Zorn und Wut der Liberalen gegen die Bundesversammlung in Frankfurt richtete und diese zum Ziel revolutionärer Überlegungen und Pläne werden ließ. Für Baden insbesondere hatte der Bundesbeschluß die Folge, daß das am 1. März 1832 in Kraft getretene und in der Zweiten Badischen Kammer ursprünglich heftig umstrittene Pressegesetz, das im Lande Pressefreiheit garantierte²⁶, durch den Bundesbeschluß wieder aufgehoben wurde und damit auch Baden der verschärften Handhabung des Bundes-Pressegesetzes unterlag.

Unmittelbar nach dem Hambacher Fest war es der bayerischen Polizei gelungen, die Organisatoren und Hauptredner des Hambacher Festes zu verhaften und vor Gericht zu stellen²⁷. Zunächst nicht verhaftet werden konnte der Heidelberger Jurastudent Karl Heinrich Brüggemann. Er muß wohl ein versierter und charismatischer Redner gewesen sein und hatte auch beim Hambacher Fest eine mitreißende, wenn auch im Inhalt politisch gemäßigte Rede gehalten²⁸. Die badischen Behörden verhafteten den

damals Zweiundzwanzigjährigen in Amtshilfe für die bayerische Polizei am 24. Juni in Heidelberg und steckten ihn in den Karzer der Universität, das Hofgericht in Mannheim bestätigte die Verhaftung wegen mangelnder Verdachtsmomente jedoch nicht; Brüggemann wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Am 19. Juli wurde er erneut verhaftet und im September nach Bayern gebracht, das ihn jedoch sofort an Preußen auslieferte. Aufgrund seiner preußischen Staatsangehörigkeit wurde Brüggemann vom Berliner Kammergericht wegen Zugehörigkeit zu den in den Karlsbader Beschlüssen verbotenen Burschenschaften zum Tode verurteilt, dann zu Festungshaft begnadigt und in der Generalamnestie anlässlich des Regierungsantritts König Friedrich Wilhelms IV. 1840 freigelassen²⁹.

Brüggemann war in Heidelberg einer der führenden Köpfe der Burschenschaft, er, den man den ‚kleinen Preußen‘ nannte, erfreute sich unter den Kommilitonen außerordentlicher Beliebtheit, und seine Verhaftung erregte die Heidelberger Studentenschaft in ganz besonderem Maße. Die Protestaktionen der Heidelberger Studenten beschäftigten den Engeren Senat der Universität noch bis zum Frühjahr 1833³⁰. Zusammen mit den einschränkenden Maßnahmen der badischen Regierung und des Senats der Universität trug insbesondere die Verhaftung Brüggemanns zur weiteren politischen Radikalisierung der Heidelberger Studentenschaft bei. Der Heidelberger Burschenschaftler Hermann von der Hude faßte in einem am 18. Juni 1832 an einen Jenenser Studenten und Burschenschaftler geschriebenen Brief die Situation in Heidelberg dahingehend zusammen, daß die Heidelberger Studentenschaft ‚bis auf den letzten Mann revolutionär‘ sei³¹. Bei Brüggemanns Verhaftung im Juli 1832 fand man bei diesem das Konzept eines Briefes, in dem er sich ähnlich äußerte: 20–30 Heidelberger Studenten seien wohl zu revolutionären Handlungen bereit, und im Ernstfalle könnten 200–300 aufgeboten werden³². Weiter erwähnt Brüggemann in dem Briefkonzept, daß Dr. R[auschenplat]³³ in Heidelberg gewesen sei und Mitteilungen gebracht habe – in Braunschweig gäbe es eine Gruppe ‚entschlossener und doch besonnener junger Männer, die mit dem Süden in Verbindung zu treten wünschten‘. Darauf scheinen die Heidelberger beschlossen zu haben – so deutet der Brief weiter an – den ehemaligen Heidelberger Jurastudenten und jetzt wegen politischer Aktionen aus Köln flüchtigen Jakob Venedey³⁴ nach Braunschweig und Hannover zu schicken, um dort Erkundigungen einzuholen. In Braunschweig, Göttingen, Hannover, Sachsen und Hessen-Kassel hatte es 1830 Umsturzversuche und Verfassungskämpfe gegeben³⁵, und diese hatten bei den Umstürzlern, soweit sie nicht verhaftet worden waren, ein gefährliches Potential an Unzufriedenheit und revolutionärer Bereitschaft hinterlassen.

Das will natürlich noch keineswegs heißen, daß in der Heidelberger Studentenschaft bereits offen über eine Revolution gesprochen wurde, doch scheint zumindest in den führenden Köpfen die Bereitschaft latent vorhanden gewesen zu sein. Einen Hinweis geben die beiden genannten Briefe; leider ist unbekannt, an wen Brüggemann seinen Brief schreiben wollte, der Brief von der Hudes war an den Jenenser Burschenschaftler Heinrich Maximilian Rüder gerichtet. Dieser, im Sommer 1832 bereits ein hohes Semester, nahm in der Jenenser Burschenschaft eine führende Position ein, war an vielen Universitäten herumgekommen³⁶, hatte seine Burschenschaft auf verschiedenen Tagungen vertreten und muß wohl bereits frühzeitig, vor dem Jahre 1832, ein gewaltsames revolutionäres Vorgehen ohne konkretere Ziele erwogen und mit anderen Burschenschaftlern diskutiert haben³⁷. Zu seinem Bekannten-, wenn nicht sogar Freundeskreis, zählte der bereits ältere Burschenschaftler Franz von Florencourt³⁸. Dieser etwas schillernde und unruhige Charakter war an vielen deutschen Universitäten gewesen und hatte durch seine ausgedehnte Reisetätigkeit einen großen Kreis von Bekannten und Gesinnungsgenossen gesammelt, auf die er offensichtlich auch Einfluß ausüben konnte. Im Sommer 1832 scheint er – wie viele andere auch – die Rolle eines Multiplikators übernommen zu haben, und ebenso wie er reisten in diesem Sommer viele der führenden Burschenschaftler durch Deutschland. Der Zweck der Reisen kann vermutet werden: Einschätzung der Lage in Deutschland, in den Zentren vermuteter revolutionärer Bereitschaft, Festigen von Verbindungen, die sich wahrscheinlich schon auf dem Hambacher Fest angebahnt hatten³⁹. Ein Übriges taten die weiteren Ereignisse des Sommers 1832, die insgesamt mit zur fiebrigen Situation beitrugen.

Für Weihnachten 1832 hatten die Burschenschaften einen Tag in Stuttgart anberaumt. An diesem waren die von Erlangen, Heidelberg, Kiel, München und Würzburg vertreten; die Einladung an die Jenenser war verspätet dort eingetroffen.

Alles, was im Sommer und Herbst 1832 an Informationen gesammelt und an Plänen erörtert worden war, sollte in Stuttgart seine konkrete und endgültige Form finden, und längst schon hatte man sich von der auf Vermittlung und Kompromiß bedachten Linie der Liberalen entfernt und eine eigene radikaldemokratische revolutionäre Richtung eingeschlagen. Diese hatte der Frankfurter Burschenschaftstag im Herbst 1831 bereits als Rahmen festgelegt, den es nun endgültig auszufüllen galt⁴⁰.

Der Stuttgarter Burschenschaftstag faßte daher – neben anderen, burschenschaftsinternen Ergebnissen – den Beschluß, daß der in Frankfurt vorgezeichnete Weg „einer praktisch-politischen Tendenz beizubehalten

und daß der Weg der Revolution als der einzige für jetzt dazu verfolgt werde“.

Für die Burschenschaften war damit ein endgültiger Entschluß gefallen, jetzt galt es, die Verbindung zu anderen revolutionären Gruppen herzustellen, das über den Sommer von den Emissären gesponnene Netz zu festigen und die endgültigen und praktischen Vorbereitungen für das geplante Unternehmen einzuleiten.

Die Heidelberger Burschenschaft, in Stuttgart durch den aus Celle stammenden Carl von Reitzenstein⁴¹ vertreten, wurde für das Vorhaben zur Geschäftsführerin bestimmt, zweifellos wegen der für die praktische Durchführung so günstigen Nähe zu Frankfurt.

Die lückenhaften Kenntnisse über die Vorbereitungen des Frankfurter Wachensturmes entstammen hauptsächlich den Vernehmungsprotokollen, die nach dem erfolglosen Versuch von den einzelnen verfolgenden Behörden erstellt wurden. Sie fügen sich insgesamt zu einem nahezu vollständigen Bild zusammen, dem freilich einige Details fehlen. Insbesondere wegen der vom Engeren Senat der Universität gegen die der Teilnahme an einer verbotenen Vereinigung verdächtigten Studenten der Universität – in den folgenden Jahren immerhin 65 Einzeluntersuchungen – fließen die Informationen über die burschenschaftlichen Vorbereitungen reichlich; im Dunkeln bleiben die in Frankfurt selbst getroffenen Vorbereitungen. Wie schon auf dem Stuttgarter Burschenschaftstage Weihnachten 1832 beschlossen, sollten als erste Maßnahme die offensichtlich bereits vorhandenen Kontakte zu den entsprechenden Frankfurter Kreisen vertieft werden, insbesondere mit dem Filialkomitee des Frankfurter Vaterlandsvereines. Aus dem Ablauf des Wachensturmes geht deutlich hervor, daß seit Beginn des Jahres 1833 in Frankfurt im Geheimen Gelder gesammelt wurden und daß ein namhaftes Frankfurter Handelshaus nicht unerhebliche Summen bereit stellte, Waffen und Munition erworben und diese hauptsächlich in der Dienstwohnung des Frankfurter Münzrates Bunsen gelagert wurden, daß dessen Dienstwohnung als konspirativer Treffpunkt für die Vorbereitungen diente, daß dessen beide Söhne Dr. Gustav Bunsen, Arzt in Frankfurt und Dr. Georg Bunsen, Leiter einer Privatschule in Frankfurt, und einige andere Frankfurter Akademiker die dortigen Vorbereitungen besorgten, daß weitere Frankfurter Bürger, wohl Mitglieder des dortigen Vaterlandsvereines, für den Wachensturm mobilisiert wurden. Da sich die Frankfurter Teilnehmer am Wachensturm aufgrund ihrer Ortskenntnis und wohl auch mit Hilfe von Frankfurter Bürgern ganz überwiegend der Verhaftung und damit auch den Verhören entziehen konnten, hat dieser Strang der Vorbereitungen so gut wie keine Spuren hinterlassen. Dennoch läßt sich aus den Vernehmungs-

akten entnehmen, daß die Frankfurter Behörden mit äußerster Vorsicht vorgingen, um jede Vermutung, daß außer den festgenommenen Frankfurtern noch andere Bürger der Stadt als Mitwisser oder gar als Teilnehmer der Verschwörung in Frage kommen könnten, ausgeschlossen werden mußte. Und letztlich und eigentlich der Hauptpunkt der Vorbereitungen, es mußte für den Fall, daß die Verschwörer erfolgreich operierten, das weitere Vorgehen abgestimmt werden, d. h. die Theorie der Revolution mußte in die Praxis umgesetzt werden. Wie weit hierzu bereits Überlegungen und Pläne existierten, lassen die Verhörakten nicht erkennen.

Dennoch muß davon ausgegangen werden, daß in Frankfurt ein nicht unerhebliches revolutionäres Potential vorhanden war, wenn auch die gezielten Verwischungen der Frankfurter Behörden später darüber hinwegtäuschen sollten.

In Frankfurt bestand das mitgliederstärkste Filialkomitee des Pressvereins, und die Verlegung der Zentrale nach Frankfurt im Sommer 1832 nach der Auflösung des alten in Zweibrücken⁴² führt gleichzeitig auch zu einer neuen Dimension des Vereins: in Frankfurt, zwar nicht Haupt-, aber Kongreßstadt des Deutschen Bundes, konnte der Pressverein gesamtdeutsche Bedeutung annehmen und die auch geographisch eher periphere Situation abstreifen, dennoch muß auffallen, daß die neue Frankfurter Zentrale gegenüber der Gewohnheit der alten in Zweibrücken keine Verlautbarungen mehr herausgab. Daraus den Schluß zu ziehen, daß der Verein in Frankfurt im Untergrund arbeitete, ist sicher verfehlt⁴³. Sicher waren führende Frankfurter Teilnehmer, Mitwisser und Begünstiger am Wachensturm gleichzeitig Mitglieder des Pressvereins, doch existierten in Frankfurt noch weitere Zirkel, die ein Interesse an revolutionärer Veränderung haben konnten. Hierzu gehören die zahlreichen offenen und geheimen Versammlungen und Kränzchen, Lesezirkel und Debattierclubs, die unter dem Deckmantel bürgerlich-geselliger Betätigung abgehalten wurden und von denen ebenfalls eine zum Teil heftige Agitation ausging⁴⁴. Letztlich muß für die Stadt Frankfurt mit einem dichten Geflecht von Zirkeln gerechnet werden, die in ihren Zielen sicher nicht völlig übereinstimmten, die aber mithalfen, den Frankfurter Wachensturm als revolutionäres Ereignis vorzubereiten.

Eine besondere Rolle spielten dabei die Beziehungen zu den deutschen Burschenschaften. Ein großer Teil der Frankfurter Pressvereinsmitglieder waren Studenten, Buschenschaftler zudem, und es gelang dem Pressverein schnell, sich zunächst zur Mitgliederwerbung die Organisationsstruktur der Burschenschaften zunutze zu machen⁴⁵. Besonders gute Beziehungen der alten und neuen Zentrale des Pressvereins scheinen mit der Heidelber-

ger Burschenschaft bestanden zu haben, wobei die Trennung zwischen Burschenschaftlern und Mitgliedern des lokalen Filialkomitees freilich nicht gezogen werden kann. Immerhin hatte das Heidelberger Filialkomitee 225 Mitglieder, von denen die Hälfte Studenten gewesen sein dürften, damit nächst Frankfurt das zweitgrößte Filialkomitee⁴⁶; dabei sahen es die Burschenschaftler wohl fast als ihre Pflicht an, im örtlichen Komitee des Pressvereins Mitglied zu sein.

In Heidelberg stand Karl Heinrich Brüggemann mit Johann Georg Wirth, dem Begründer des Pressvereins und Herausgeber des zunächst in München, ab Januar 1832 in Homburg/Saar erscheinenden „Deutschen Tribüne“ in brieflichem Kontakt. Bereits im Januar oder Februar 1832 entstand das Heidelberger Lokalkomitee, und Wirth äußerte sich in der „Deutschen Tribüne“ mehrfach und anerkennend über die Heidelberger Filiale⁴⁷, versorgte auch die Heidelberger mit einer großen Zahl von Exemplaren seiner Schrift „Deutschlands Pflichten“, die von der Heidelberger an andere Burschenschaften weitergeleitet wurde.

Anfang des Jahres 1833 verdichteten sich dann die Verbindungen zwischen Frankfurt und Heidelberg. Die Heidelberger Burschenschaft schickte den Jurastudenten Johann Lorenz Kuchler, den späteren 1. Vorsitzenden des 1846 gegründeten Heidelberger Turnvereins⁴⁸, nach Frankfurt zu Rechtsanwalt Dr. Gustav Peter Körner, um Erkundigungen über das geplante Vorgehen einzuholen. In der Fastnachtswoche 1833 teilte Gustav Bunsen den Heidelbergern den ungefähren Termin des Ereignisses mit, gleichzeitig unternahmen die Frankfurter Körner und Friedrich Neuhoff Reisen durch Mitteldeutschland bis hin nach Leipzig, um für das Vorhaben zu werben. Sie kamen mit positiven Nachrichten zurück. Wohl überall hatte man Bereitschaft zum Umsturz gezeigt, auch die Bereitschaft des Militärs hervorgehoben, sich dem Umsturz nach dem Frankfurter Signal anzuschließen⁴⁹. Mochte es an den euphorischen Erwartungen und Hoffnungen der beiden Emissäre liegen – nichts dergleichen trat ein, auch die von Dr. Körner auf einer eiligen Reise nach Metz, Straßburg, Colmar und Freiburg in Frankreich vermuteten revolutionsbereiten Polen und deutschen Emigranten konnten nicht rechtzeitig mobilisiert werden.

Die Vorbereitungen in Heidelberg

Nach dem weihnachtlichen Burschenschaftstag in Stuttgart erkannte der eigentliche Führungskreis der Heidelberger Burschenschaft, daß man nicht alle der gut 100 Heidelberger Burschenschaftler in die Pläne einweihen

konnte, man wählte daher einen engeren Kreis von etwa 30 Studenten aus, die in Kenntnis gesetzt und mit den Vorbereitungen betraut wurden⁵⁰.

Da den Burschenschaftlern bald klar wurde, daß die Vorbereitungen finanzielle Mittel erforderten, die ihre vermutlich schmalen monatlichen Wechsel und Stipendien überschritten, versetzten sie als erste Maßnahme den Waffen-Apparat und die Bibliothek der Burschenschaft. Diese umfaßte immerhin 300 Bände und wurde in der Wohnung des Studenten Adolph Barth bei Schneidermeister Amman in der Großen Mantelgasse in Heidelberg aufbewahrt. Aus den Erlösen sollten das Reisegeld nach Frankfurt und sonst notwendige Ausgaben bestritten werden.

Die nicht an der Erstürmung der Frankfurter Wachen beteiligten Heidelberger Studenten des sogenannten Engeren Kreises der Burschenschaft wurden mittelbar an den revolutionären Maßnahmen beteiligt, indem sie für die Durchführung in Heidelberg und Mannheim folgende Aufgaben erhielten:

- in Heidelberg sollten sie sich der Kanonen der Bürgerwehr bemächtigen, die der Stadt vom Großherzog zum Geschenk gemacht worden waren⁵¹. Diese Aufgabe sei besonders leicht zu bewältigen, da man die Kanoniere allgemein für feige hielt,
- um eine allgemeine Kommunikation zu verhindern, sollten die Postpferde sichergestellt werden, andere Burschenschaftler sollten nach Mannheim fahren und dort die Rheinschanze besetzen, um den erwarteten Zuzug von Revolutionären aus der Pfalz zu ermöglichen. Wie auch für Frankfurt hoffte man für Mannheim auf dieses Zeichen hin, da es ja nicht unbemerkt vonstatten gehen könne, auf den Anschluß und die Unterstützung revolutionsbereiter Bauern; mit diesen zusammen sollte anschließend das Mannheimer Zeughaus gestürmt werden, wobei die Kanonen der Rheinschanze dazu benutzt werden sollten. Die studentischen Teilnehmer an der Mannheimer Unternehmung sollten sich rechtzeitig mit einer hinreichenden Zahl von ledernen Beuteln versehen, die, an Ort und Stelle mit Steinen gefüllt, als Munition für die Kanonen dienen sollten.

Die Heidelberger Studenten waren davon überzeugt, daß sie in Mannheim, da die Stimmung dort „sehr erregt“ sei, Unterstützung fänden, überdies habe in Mannheim „unter der Firma eines ‚Frauenvereines‘ ein revolutionärer Klubb“ bestanden.

Diese Maßnahmen waren Mitte März 1833 auf einer Versammlung der späteren Teilnehmer am Wachensturm beschlossen worden.

Aus den Aussagen der Heidelberger Studenten geht nicht hervor, wann in Heidelberg und Mannheim die besprochenen Unternehmungen stattfin-

den sollten, gleichzeitig mit dem Sturm auf die Frankfurter Wachen oder erst nachdem die Nachricht von dessen erfolgreicher Durchführung in Heidelberg eingetroffen war. Auf jeden Fall sind die Maßnahmen in Heidelberg und Mannheim nicht verwirklicht worden.

Als vom Stuttgarter Burschenschaftstag Weihnachten 1832 mit der Durchführung der Vorbereitungen beauftragt, informierte dann der Heidelberger Student Adolph Barth als Schreiber der Burschenschaft die der anderen deutschen Universitäten.

Im übrigen, so betonten alle Heidelberger Studenten in den Verhören, seien sie in die weitergehenden Pläne und Organisationsstrukturen nicht eingeweiht gewesen, die eigentliche Verantwortung habe bei Bunsen und Körner gelegen, sie, die Studenten, so betonte der Heidelberger Student Friedrich Moré, seien nur ‚blinde Werkzeuge‘ gewesen.

Der 3. April 1833

Der Ablauf des Frankfurter Wachensturmes selbst ist in den Details bekannt und schnell erzählt, dauerte das gesamte Unternehmen doch nur knapp eine Stunde⁵².

Am 31. März kamen die ersten Studenten nach Frankfurt. Sie quartierten sich in verschiedenen Gasthöfen ein, viele unter falschen Namen. Für den Nachmittag des 2. April folgten sie einer Einladung Körners und Gustav Bunsens nach Bockenheim, damals noch ein selbständiges Städtchen nordwestlich Frankfurts. Aus Heidelberg nahmen die Studenten Heinrich Eimer, Peter Feddersen, Eduard Fries, Ernst Mathiae, Friedrich Moré und Karl von Reitzenstein an der Vorbesprechung teil. Am Abend, so führte Bunsen in seiner Eröffnungsrede aus, werde in Frankfurt selbst eine Versammlung revolutionär gesinnter Frankfurter Bürger stattfinden. Die Studenten wurden also sorgfältig von den Frankfurtern getrennt, auch bei der Durchführung des Wachensturmes wachte man darüber, daß die Studenten nach Möglichkeit unter sich blieben; ihnen fiel die Erstürmung der Hauptwache, Frankfurter Bürgern die der Constablerwache zu. Alles, so fuhr Bunsen dann fort, sei bestens vorbereitet. Nach dem glücklichen Verlauf dieser ersten Phase würden etwa 2.000 Handwerksgelesen zu ihnen stoßen, und auf das verabredete Zeichen des Sturmbläutens hin würden bewaffnete Bauern aus Sachsenhausen in die Stadt kommen, zugleich würden an vielen anderen Orten in Deutschland gleichartige Aktionen ablaufen, vielfach auch unter Beteiligung des Militärs, das man für die Revolution habe gewinnen können. Die Studenten reagierten zum Teil mißtrauisch auf die

Absonderung von den Frankfurter Bürgern, ließen sich jedoch wieder beruhigen. Anschließend wurden die Studenten in drei Kompanien eingeteilt, die Gesamtleitung erhielt Dr. Rauschenplat, und zum Abschluß drückte man jedem der Studenten 3 neue Flintensteine für die Gewehrschlösser in die Hand. Den Abend verbrachten die Studenten in Frankfurt, und am nächsten Tag versammelten sie sich abends in der Wohnung Bunsens im Münzhof.

Am 3. April vormittags 9 Uhr wurde einem Würzburger Beamten, der zufällig in Frankfurt war, von einem ihm unbekanntem jungen Mann ein Zettel zugesteckt, der genaueste Informationen über den geplanten Umsturz enthielt. Der Beamte hielt den Inhalt des Schreibens für einen üblen Scherz und zerriß den Zettel. Als er jedoch später in der Nähe der Hauptwache den ihm bekannten Rauschenplat sah, von dem er wußte, daß er den Göttinger Privatdozentenaufstand angeführt hatte, erstattete er über einen ihm bekannten Würzburger Anzeige, die auch schließlich an den Frankfurter Bürgermeister von Guaita gelangte. Offensichtlich nahm man die Ankündigung des bevorstehenden Umsturzversuches nicht ernst, denn die daraufhin ergriffenen Maßnahmen lassen nicht erkennen, daß besondere Vorkehrungen getroffen wurden: die Wachmannschaft der Hauptwache wurde um 10 Mann verstärkt, aber in der Hauptwache selbst gehalten, die Gewehre blieben ungeladen. Dem 18-jährigen Kommandeur der Hauptwache teilte man lediglich mit, daß für den Abend möglicherweise einige „unruhige Auftritte“ zu erwarten seien. Sicherheitshalber wurden um die Hauptwache noch vier unbewaffnete Posten aufgestellt und zwei weitere an der Domkirche, die das eventuelle Eindringen ihnen unbekannter Männer in den Glockenturm beobachten sollten. Die Konstablerwache erhielt keine Verstärkung, doch wurden den Angehörigen des Frankfurter Linienmilitärs der Abendurlaub gesperrt, und sie wurden in die Kasernen befohlen.

Am Vormittag verbreiteten sich unter den Studenten wieder Zweifel am Zustandekommen der versprochenen Hilfe durch Frankfurter Bürger, da ihnen inzwischen zu Ohren gekommen war, daß die Angriffsmannschaft für die Konstablerwache, die ja aus Frankfurtern bestehen sollte, noch immer nicht aufgestellt worden war oder, wie die Studenten vermuteten, mangels bereitwilliger Frankfurter noch nicht hatte zusammengestellt werden können. Wieder gelang es Bunsen, die Zweifel der Studenten zu zerstreuen.

Bei der abendlichen Versammlung im Hause Bunsens erhielt jeder der Studenten eine geladene Flinte mit Bajonett, einen kleinen Vorrat an Munition und eine farbige Armbinde, außerdem wurde eine gemeinsame Parole ausgegeben.

Die Angriffstaktik war einfach: man wollte sich unbemerkt möglichst nahe an die Wache heranschleichen und dann mit Geschrei stürmen. Dabei sollte man hauptsächlich vom Bajonett Gebrauch machen, geschossen werden sollte nur im Notfall.

Kurz vor dem Beginn des Unternehmens verabredeten Bunsen oder Rauschenplat noch, daß der Kommandeur des Frankfurter Linienmilitärs Oberst von Schiller aus dem Wege geräumt werden sollte; es meldeten sich zwei Freiwillige. Man vermutete von Schiller in seiner Wohnung, dort sollte er erstochen werden. Aus unbekanntem Gründen kam es jedoch nicht zur Ermordung des Obersten.

Pünktlich um halb zehn Uhr abends rückten die Studenten, mit ihren Anführern insgesamt 33 Mann, durch eine Hintertür aus dem Münzhoftor ab, In Dreierreihen marschierten sie zur Hauptwache, Bunsen hatte sich in eine polnische Militäruniform mit goldenen Epauletten gekleidet. Die außen aufgestellten unbewaffneten Wächter bemerkten das Herannahen der Revolutionäre nicht, so daß diese unter lautem Geschrei – ‚Hurra‘ und ‚Fürsten zum Land hinaus‘ – die Wache stürmen konnten; durch eingeschlagene Fenster und Türen drangen sie in die Wachräume ein. Die Wachsoldaten hatten kaum Gelegenheit zu ernsthafter Gegenwehr, hingendoch ihre ungeladenen Gewehre in der Vorhalle der Hauptwache. Dennoch versuchten sie, sich der Überrumpelung zu widersetzen; zwei von ihnen wurden getötet, vier verwundet, wobei die späteren Verhöre nicht aufklären konnten, wer von den Aufrührern für den Tod der beiden Wachsoldaten verantwortlich war.

Unterdessen war einer der außen aufgestellten Wachposten zu den inzwischen herbeigeeilten Schaulustigen gelaufen und hatte um Hilfe gerufen, wurde aber nur ausgelacht.

In der Hauptwache wurde nun eine Rede an die überrumpelten Soldaten gehalten, die sie aufforderte, sich den Revolutionären anzuschließen, die sie aus ihrem „Sklavenjoch befreien“ und sie „sogleich zu Unteroffizieren machen“ wollten. Die Wachsoldaten zogen es aber vor, im Dunkel der Nacht unterzutauchen. Einige der Wachenstürmer sollen den Soldaten gegenüber ihr Bedauern über die zugefügten Verwundungen ausgedrückt und geäußert haben, man habe nicht anders handeln können; schließlich wurde den Verwundeten Erste Hilfe geleistet. Unmittelbar nach der Erstürmung der Hauptwache eilten einige der Aufrührer zu den im Obergeschoß gelegenen Arrestzellen und befreiten die dort einsitzenden Gefangenen, allesamt dort wegen politischer Vergehen festgehalten. Zunächst hatte man versucht, die Zellentüren mit Äxten einzuschlagen, schließlich aber holte man den in der Hauptwache wohnenden Wärter herbei und zwang ihn, die

Türen aufzuschließen. Die befreiten politischen Gefangenen wurden mit Gewehren versehen und zur Teilnahme an der Revolution aufgefordert. Diese entfernten sich jedoch ohne weiteres Aufheben und stellten sich am folgenden Tage den Frankfurter Behörden.

Unterdessen hatten sich einige der Aufrührer an die Schaulustigen gewandt, ihnen die Gewehre der Wachsoldaten mit der Aufforderung angeboten, sie jetzt für ihre Freiheit zu benutzen. Die Menge nahm die Gewehre jedoch nicht an, und dem Untersuchungsbericht zufolge wandten sich andere der Aufrührer mit weiteren Ansprachen an die Schaulustigen, wobei sich in ihren Reden Hoffnung, Resignation und Wut zu mischen begannen.

Rauschenplat versuchte inzwischen, das verabredete Zeichen für die erfolgreiche Erstürmung der Hauptwache zu geben, nämlich eine Rakete abzuschießen, in der Aufregung brachte er es jedoch nicht zustande, worauf ein Teil der Aufrührer zur Konstablerwache eilte, unter ihnen Bunsen und die Heidelberger Studenten Eimer, Feddersen, Fries und Matthiae.

Da die Planungen offensichtlich mit der Einnahme der Hauptwache endeten, entstand hier nun eine heftige Konfusion. Die vor der Hauptwache aufgestellten beiden Kanonen hatte bisher noch niemand beachtet, selbst dem so an Kanonen interessierten Rauschenplat waren sie entgangen.

An dem Überfall auf die Konstablerwache waren wie geplant keine Studenten beteiligt. Die Gewehre hatte – wie auch für den Sturm auf die Hauptwache – der Frankfurter Waffenhändler und Büchsenmacher Jakob Glauth besorgt.

Der Überraschungsangriff glückte auch hier, doch konnten sich die Wachsoldaten durch eine Hintertür in den Hof des Zeughauses flüchten. Bei der anschließenden Befreiung der politischen Gefangenen im Obergeschoß kam es zu einigen turbulenten Situationen, einerseits, weil die Gefangenen offensichtlich nicht informiert waren, andererseits, weil die Befreier die zum Teil prominenten politischen Gefangenen gar nicht kannten. Zudem kam es zu unkontrollierten Gewaltanwendungen und daher zu einer großen Zahl von Verletzten.

Die geflüchteten Wachsoldaten versuchte zwar einen Gegenangriff, wurden aus der Wache aber so heftig beschossen, daß sie sich in eine angrenzende Remise flüchteten und sich dort bis zum nächsten Morgen verbargen.

Auch an der Konstablerwache versuchten die Anführer die herbeigeeilten Schaulustigen für die Revolution zu begeistern und sie mit Gewehren zu versehen – mit genau so wenig Erfolg wie bei der Hauptwache.

Nach der Ankunft Bunsens und der Studenten stellt man einige Wachtposten auf und wandte sich dann dem Zeughaushofe zu, um sich der dort untergebrachten Kanonen samt Munition zu bemächtigen, mußte jedoch

bald feststellen, daß der Zugang nur über den Eingang von der Fahrgasse aus möglich war. Diesen konnten die Revolutionäre jedoch nicht aufbrechen, führten auch keine entsprechenden Werkzeuge mit sich, und ein in der Nachbarschaft wohnender Schmied weigerte sich, Werkzeuge auszuleihen.

Als weiteres Signal nach der erfolgreichen Einnahme der beiden Wachen war das Läuten der Sturmglocke der Frankfurter Domkirche vereinbart; dieses sollte die vor der Stadt wartenden bewaffneten Bauern aus Sachsenhausen informieren. Gegen 10 Uhr abends tauchten Bunsen und ein gutes Dutzend Verschwörer am Dom auf; auch hier stellten sich ihnen allerlei Hindernisse in den Weg. Der neben dem Dom wohnende Kirchenbuchführer Balsler, 73 Jahre alt, weigerte sich, Bunsen und seine Leute auf den Turm zu führen, und die beiden im Domhof postierten Polizisten wurden gezwungen, mit den Revolutionären den Turm zu besteigen; es gelang ihnen jedoch, sich oben im Turm zu verstecken. Bunsen und die anderen folgten den Polizisten bis vor die Wohnung des Türmers, und da dieser abwesend war, zwangen sie dessen Frau, die Sturmglocke drei Viertelstunden lang zu läuten.

Unterdessen war die Hauptwache vom Frankfurter Linienmilitär nahezu ohne Gegenwehr wiedererobert worden. Bei der Annäherung der Soldaten flüchteten die wenigen zurückgelassenen studentischen Wachen; die meisten entledigten sich ihrer Waffen und eilten in ihre Gasthäuser zurück, einige schlugen sich bis zur Konstablerwache durch. Auch hier war inzwischen Linienmilitär angerückt, das die Besatzer der Wache in ein kurzes heftiges Gefecht verwickelte. Bunsen, der inzwischen auch hier wieder auftauchte, versuchte zwar, die bald einsetzende allgemeine Flucht zu verhindern, vergeblich. Als der letzte verließ er, ein außerordentlich gewandter Fechter, den Platz vor der Konstablerwache.

Außerhalb Frankfurts war in Preungesheim die kurfürstlich Hessische Zollstätte als revolutionäre Tat überfallen und verwüstet worden, die Zollkasse jedoch nicht aufgebrochen. Auf die Nachricht aus Frankfurt, daß die Revolution gescheitert sei, gingen die Revolutionäre, vorwiegend Handwerker und Bauern aus der Umgebung Frankfurts, wieder nach Hause. Auch die bewaffneten Bauern aus Sachsenhausen zogen sich wieder zurück, als man ihnen an den Stadttoren Frankfurts den Eintritt in die Stadt verwehrte.

Damit war der Aufstand in sich zusammengebrochen.

Bereits während der Erstürmung der beiden Wachen waren die Frankfurter Stadttore geschlossen und bewacht worden, um das Einsickern weiterer Revolutionäre zu verhindern und gleichzeitig auch einer Flucht der Attentäter vorzubeugen.

In dem bereits während der Aktion einsetzenden Regen und der Dunkelheit der Nacht gelang es zunächst allen nicht Verwundeten, sich bis zum nächsten Tag zu verbergen, viele der nicht ernsthaft Verwundeten konnten von den Attentätern in Sicherheit gebracht werden. Insgesamt forderte der Wachensturm 9 Tote und 14 Verwundete. Unter den Todesopfern fanden sich 6 Soldaten, ein Frankfurter und 2 auswärtige Revolutionäre, unter den 24 Verwundeten 14 Soldaten, 8 Frankfurter und 2 auswärtige Revolutionäre.

Noch in der Nacht vom 3. auf den 4. April begannen die Frankfurter Behörden mit der Verhaftung Verdächtiger, die sich allerdings auf die in den Gasthäusern Logierenden beschränken mußte. Bis auf Feddersen wurden dabei alle Heidelberger Studenten verhaftet. Feddersen konnte von Frankfurter Sympathisanten versteckt und in der Nacht vom 5. auf den 6. April aus der Stadt gebracht werden; er entkam nach Helgoland, das damals unter englischer Hoheit stand, und war damit der Verfolgung durch die Bundesbehörden entzogen. Gustav Körner verließ, als junge Dame ausstaffiert, in Begleitung seiner Schwester in einer Chaise die Stadt Frankfurt. Auf ähnlich abenteuerliche Weise gelang allen Anführern die Flucht⁵³.

Die Heidelberger Studenten

Heinrich Eimer wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Auf seinen Antrag hin wurde seine Zuchthausstrafe in Festungshaft gewandelt, die er im badischen Kislau bei Bruchsal absitzen sollte. Auf Betreiben seiner Familie wurde er zu lebenslänglicher Verbannung nach Nordamerika begnadigt und reiste 1839 in die Vereinigten Staaten. 1845 wurde seine Verbannung auf die Stadt Frankfurt beschränkt, sodaß er nach Deutschland zurückkehren konnte. Am 5. März 1848 wurde er wie alle wegen politischer Delikte Verurteilten vom Senat der Stadt Frankfurt amnestiert.

Eduard Fries wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, konnte jedoch bei einem Massenausbruch am 10. Januar 1837 in die Schweiz entkommen. Er studierte anschließend Medizin und ließ sich in der Schweiz nieder. Auch er fiel unter die Frankfurter Generalamnestie vom 5. März 1848.

Ernst Mathiae, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, entkam wie Eduard Fries bei dem Massenausbruch im Januar 1837. Er wirkte später als Arzt in der Schweiz, sein Gnadengesuch an die Stadt Frankfurt wurde abgelehnt, da er als Sohn eines Frankfurter Bürgers sich gegen seine Vaterstadt vergangen hatte, dennoch fiel auch er unter die Amnestie des Jahres 1848.

Friedrich Moré wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und im Januar 1837 auf die Bundesfestung Hartenberg bei Mainz gebracht, nach-

dem die Zuchthausstrafe in Festungshaft umgewandelt worden war. Im Sommer 1838 wurde er zur Verbannung in die Vereinigten Staaten begnadigt, durfte das Gebiet des Deutschen Bundes nicht mehr betreten.

Karl von Reitzenstein erlitt während der Haft in Frankfurt eine psychische Erkrankung, von der er nicht wieder genesen sollte. Auf Betreiben seiner Mutter wurde er 1834 nach Hannover entlassen und von dort in die Irrenanstalt Hildesheim eingeliefert. 1838 wurde er zu Verwandten seiner Mutter nach Irland gebracht.

Heidelberg nach dem Wachensturm

Der Engere Senat der Universität Heidelberg erfuhr bereits am 4. April von dem Fehlschlag des Wachensturms in Frankfurt, er erfuhr allerdings nur, daß der Wachensturm fehlgeschlagen war und daß offensichtlich Heidelberger Studenten daran beteiligt gewesen waren. Daß alle Heidelberger Studenten gefangen genommen waren, war noch unbekannt, desgleichen ihre Zahl. In seiner Sitzung an diesem Tage, ob wegen der alarmierenden Nachrichten aus Frankfurt deswegen einberufen, geht aus dem Protokoll nicht hervor, beschloß der Senat, sofort tätig zu werden. Als erste Maßnahme ließ er die Pedellen der Universität abwechselnd Wachdienst auf der Alten Brücke tun, in der richtigen Annahme, daß die möglicherweise entkommenen Heidelberger Studenten die Alte Brücke als den einzigen Weg benutzen mußten, um von Norden her in die Stadt zu gelangen. Den Pedellen der Universität wurde auch eingeschärft, daß sie auf Verletzungen und Blessuren der Studenten als mögliche Indizien für die Teilnahme an dem Attentat zu achten hätten⁵⁴.

Bereits zwei Tage später, am 6. April – Ostersonnabend! – tagte der Senat wieder in der Angelegenheit der „außerordentlichen Excesse“, wie der offizielle Sprachgebrauch jetzt lautete. Inzwischen war wohl auch bekannt geworden, daß alle 6 Heidelberger Teilnehmer verhaftet worden waren, und man beriet etwas ratlos über präventive Maßnahmen zur Vorsorge gegen Wiederholung derartiger Excesse. An der Sitzung nahm auch Universitätskurator Staatsrat Karl Friedrich Nebenius⁵⁵ teil, der eigens aus Karlsruhe nach Heidelberg gekommen war; offensichtlich maß man den Frankfurter Ereignissen große Bedeutung bei. Dies wird auch dadurch deutlich, daß das Gendarmerie-Kommando in Heidelberg nach Möglichkeit von 6 auf 12 Mann vergrößert werden sollte. Dieser Punkt sollte noch lange strittig bleiben, da die Stadt Heidelberg, die die Gendarmen unterhielt, dazu natürlich nicht bereit war. Auf jeden Fall aber wurde die Zahl der Ober-

pedellen der Universität von 3 auf 4 erhöht, um den Gendarmen bei der Aufspürung etwaiger konspirativer Unternehmungen ‚Assistenz zu leisten‘. Abschließend äußerte Staatsrat Nebenius den Wunsch, ‚die Wirksamkeit des Ephorats möchte wieder mehr ausgedehnt‘ werden. Tatsächlich existierte das Ephorat, das nach dem Übergang der rechtsrheinischen Pfalz an Baden in dem die Dinge der Schulen und Universitäten regelnden 13. Reorganisationsedikt geschaffen war, immer noch, da es niemals abgeschafft worden war, tatsächlich aber war es nie richtig ins Leben getreten⁵⁶. Die Institution war seinerzeit geschaffen worden, um ‚auf den Lebenswandel und die Bildung zur Sittlichkeit ... genaue Aufsicht zu tragen‘. Sollten die Ephoren, von denen jährlich 4 gewählt werden sollten, darin Mängel bei den Studierenden feststellen, waren sie angehalten, ‚mit überredender Liebe, dann mit überweisendem Ernst die betreffenden Subjecte zurechtweisen‘, im Falle der Nutzlosigkeit solcher Mahnungen aber dem Senat Meldung machen. Staatsrat Nebenius stand mit seiner Meinung nicht allein da; vielen der Professoren der Universität Heidelberg, die in diesen Jahren als insgesamt durchaus konservativ einzuschätzen ist, behagte die relativ liberale Behandlung der Studierenden durch die neuere Universitätsgesetzgebung nicht, sie sahen darin den Beginn des Verfalls, der notwendigerweise zu Vorfällen wie dem Frankfurter Excess führen mußte.

Um den Anfängen der Sache näher nachgehen zu können, wurde der Amtmann in der Sitzung am 15. April aufgefordert, die längst abgeschlossene Akte des Studenten Karl Heinrich Brüggemann den Mitgliedern des Engeren Senats wieder vorzulegen⁵⁷.

Offensichtlich war der Engere Senat gewillt, sich intensiv in die Vorgänge einzuarbeiten, die er nicht hatte wahrnehmen und durchschauen können, die sich aber gewissermaßen unter seinen Augen abgespielt hatten, um anschließend mit gnadenloser Härte gegen die Studierenden vorzugehen, die im Verdacht standen, sich an verbotenen Organisationen beteiligt zu haben; die Gelegenheit dazu sollte sich bald in einer Vielzahl von Fällen ergeben.

Zunächst aber standen weitere Präventivmaßnahmen auf dem Programm des Engeren Senats. Der Karzer der Universität hatte sich in den vergangenen Jahren in einigen Fällen als nicht sicher gegen Ausbruchsversuche der dort Inhaftierten erwiesen. In der Sitzung vom 15. April beschloß man daher auch, einen möglichst ausbruchsicheren zusätzlichen Karzer zu schaffen; in diesem schon seit einem Jahrzehnt geplanten, aber nie realisierten ‚Criminal-Carcer‘ sollten die wegen krimineller Delikte angeklagten Studenten untergebracht werden⁵⁸. Dieser Plan schleppte sich über den Sommer hin, im August schließlich beauftragte man die Bau- und Ökono-

miekommission der Universität, ‚unter Beiziehung des Amtmannes und des Baumeisters‘ die erforderlichen Vorschläge zu machen⁵⁹. Während die Angelegenheit den langwierigen bürokratischen Weg zwischen den verschiedenen Zuständigkeiten innerhalb der Universität nahm, gewann die Sache plötzlich eine überraschende Aktualität, als der im Juni 1833 als Sprecher der insgeheim in Heidelberg wieder existierenden Burschenschaft Adolph Barth von einem Kommilitonen denunziert und anschließend verhaftet, am 19. Oktober die mangelnde Ausbruchssicherheit des Karzers unter Beweis stellte, indem er auf der Treppe den ihn begleitenden Pedellen überrumpelte und ausbrach⁶⁰. Der Engere Senat reagierte unverzüglich und beschloß am 29. Oktober, auf dem Nebengebäude des Karzers im zweiten Stockwerk den Criminal-Carcer einzurichten. Dazu mußte freilich der Oberpedell Ritter ausgelagert werden, und weiterhin sollte zur Bewachung der Criminal-Gefangenen ein lediger Mann eingestellt werden. Einen Monat lang ruhte die Angelegenheit. In dieser Zeit hatte man sich mit der Stadt Heidelberg in Verbindung gesetzt und einen Termin für die Besichtigung der von der Stadt als Gefängnis benutzten Gebäude vereinbart, die dann am 1. Dezember 1833 stattfand. Als kompetenter Sachkenner nahm Kurator Nebenius an der Besichtigung der Türme des Brückentores und des Mannheimer Tores teil. Offensichtlich beeindruckt von der Sicherheit der beiden städtischen Gefängnisse erging sogleich Weisung an den anwesenden Baumeister Wundt, die Sicherheitseinrichtung des Criminal-Carcers betreffend. Vorläufig wurde aus diesen Plänen freilich nichts, außer daß Amtmann Anton Christ⁶¹ die bestehende Karzerordnung in einigen Punkten ändern wollte, von denen die bedeutsamste wohl die ist, daß die Bedienung und Bewachung der Inhaftierten in Zukunft von eigens dazu eingestelltem Personal vorgenommen werden solle und nicht mehr von ‚Weibspersonen‘. Im Mai des folgenden Jahres schließlich mußte das badische Innenministerium auf dem Erlaßwege die Einrichtung eines Criminal-Karzers verfügen⁶². Der Engere Senat nahm die Verfügung zur Kenntnis und ließ sie ad Acta legen⁶³.

Auch die Verhandlungen mit der Stadt Heidelberg über die Zahl der Stadtgendarmen hatte ein für den Engeren Senat enttäuschendes Ergebnis, trotz eingehender Verhandlungen mit der Stadt und trotz des Angebotes des Engeren Senates, 400 Gulden für die Finanzierung von 2 Gendarmen jährlich bereitzustellen⁶⁴.

Als im Sommer des Jahres 1834, dem Höhepunkt der Verfolgung der burschenschaftlicher Betätigung verdächtigen Studenten, es immer häufiger zu Widerstand gegen die Verhaftungen gekommen war, beschloß der Engere Senat am 18. Oktober auf Antrag des Amtmannes Christ, einige der

Pedellen der Universität mit Waffen zu versehen, allerdings sollten die Pedellen genau darin unterwiesen werden, in welchen Fällen sie von der Waffe Gebrauch machen dürften⁶⁵. Diese Eigenmächtigkeit ging dem Innenministerium jedoch zu weit, am 8. März 1835 wurde die Universität angewiesen, die Waffen wieder einzuziehen, was zu heftigen Diskussionen im Engeren Senat führte, der sich auch über eine einhellige Stellungnahme zu dem Verbot nicht durchringen konnte und stattdessen *vota particularia* (Einzelvoten) in Aussicht stellte, die freilich nie abgegeben wurden.

Die hier ausführlich geschilderten Vorgänge und Beschlußfassungen des Engeren Senats werfen ein bezeichnendes Bild auf die Haltung der Universität zu den ‚außerordentlichen Excessen‘ der Heidelberger Studenten. Unter dem Eindruck des studentischen Auszuges von 1828, dem dann folgenden Verruf der Universität mit erheblich zurückgegangenen Studentenzahlen, den daraus resultierenden wirtschaftlichen Rückschlägen und dem Druck der Regierung in Karlsruhe, letztlich aber auch der eigenen liberalen bis konservativen politischen Einstellung der Professorenschaft der Universität Heidelberg konnte kaum ein anderes Verfahren erwartet werden. Es sollte dem Engeren Senat tatsächlich gelingen, die Studentenschaft wieder zur Ruhe zu bringen, freilich mit tätiger Unterstützung durch Preußen, das seinen Studenten verbot, in Heidelberg zu studieren⁶⁶. Die Studentenzahlen, die nach dem Ende des Verrufs von 1828 im Wintersemester 1831/32 erstmals die Zahl von 1.000 überschritten hatte, sank auf wenig über 500.

Die Heidelberger Demagogenverfolgungen

In gleicher Weise, wie nach dem Bekanntwerden des Frankfurter Wachensturmes die institutionellen Bedingungen für eine Verfolgung möglicher Teilnehmer und Mitwisser verschärfte wurden, setzte eine Welle von Untersuchungen, Verhaftungen und Verurteilungen gegen die Studenten ein, die der Teilnahme an verbotenen burschenschaftlichen und geheimbündlerischen Umtrieben verdächtigt wurden.

Rechtsgrundlage bildete das Reskript Großherzog Ludwigs v. 9. Oktober 1828, das in § 3 für die Anführer an geheimen Verbindungen als Strafmaß eine 6-monatige Festungshaft festlegte, zusätzlich noch die ‚geschärfte‘ Relegation, die eine weitere akademische Ausbildung grundsätzlich verhinderte. Für einfache und zur Teilnahme ‚verführte‘ Mitglieder wurde als Strafmaß eine 1–2-monatige Festungshaft und ebenfalls geschärfte Relegation angeordnet⁶⁷. Mit der Durchführung der Untersuchungen wurde der Amtmann der Universität betraut, dem nach seiner Amtsbeschreibung die

Pedellen der Universität zur Seite standen. Ihre Aufgabe war es, bereits vorgefallene oder noch im Stand der Planung befindliche ‚Ungebühnisse‘ auszuspionieren und dem Amtmann zur weiteren Verfolgung zu melden⁶⁸.

Zuständig für die gerichtliche Ahndung von Vergehen der Studenten waren seit 1810 der Engere Senat und in leichteren Fällen der eigens dazu eingesetzte Amtmann der Universität⁶⁹. Nach einer Reihe von Unzuträglichkeiten, die sich in den Jahren zwischen 1805 und 1809 durch die nicht ganz glückliche Konstruktion des damaligen Akademischen Gerichtes ergeben hatten, schritt die badische Regierung nach langen Auseinandersetzungen mit der Universität zu einer Neuordnung der Gerichtsverhältnisse der Studenten. Die Professoren waren bereits 1809 der ordentlichen Gerichtsbarkeit unterstellt worden, die Studenten behielten die eigene, noch aus der mittelalterlichen Privilegierung der Universität stammenden Sondergerichtsbarkeit bei⁷⁰.

Für die leichteren Vergehen der Studenten war jetzt der Amtmann der Universität zuständig. Er hatte bei der Immatrikulation der Studenten anwesend zu sein; er behandelte die bürgerlichen Rechtssachen der Studenten in Erster Instanz, in besonderen Fällen war eine Berufung an das Badische Hofgericht möglich. In Kriminalsachen der Studenten leitete er die Untersuchung ein, die Entscheidung lag beim Hofgericht. In Disziplinarangelegenheiten – Duelle ohne schwere Körperverletzung, Verbal- und Realinjurien, Störung der Öffentlichen Ordnung etc. – führte er die Untersuchungen und konnte auf Karzerstrafen bis zu 10 Tagen oder Straf gelder bis zu 15 Gulden erkennen. Bei schwereren Vergehen war der Engere Senat zuständig, in dem der Amtmann in diesen Angelegenheiten Sitz und Stimme hatte. Der Engere Senat konnte Karzerstrafen ab 10 Tagen, das unterschriebene Consilium abeundi, das Consilium abeundi selbst, Relegationen und Festungshaft verhängen.

Der Amtmann der Universität, der vormalige Rechtspraktikant Anton Christ, und der Engere Senat führten in den folgenden beiden Jahren insgesamt 65 Verfahren gegen verdächtige Studenten durch, die Mehrzahl von ihnen endete mit Verurteilungen zu Festungshaft oder Relegationen unterschiedlicher Grade⁷¹. Aus der Fülle der Untersuchungen seien hier nur zwei herausgegriffen, die besonders exemplarisch das Vorgehen und die Härte desselben erkennen lassen.

Es ist anzunehmen, daß dem Amtmann der Universität einige der führenden Mitglieder der verbotenen Buschenschaft als solche bekannt gewesen sein dürften, auch geht aus den Protokollen der Verhöre aufgrund der Fragestellungen Christs deutlich hervor, daß er relativ genaue Kenntnisse über die Struktur des Vaterländischen Vereines hatte, der ja auch dem Ver-

bot unterlag. Hier setzte Christ bei seinen Untersuchungen ein, gelegentlich entschlüpfte einem der Verhörten ein Name, gelegentlich setzte Christ erheblichen Druck ein, wohl ist es auch zu regelrechten Denunziationen gekommen; am Ende der Untersuchungen konnte Christ zufrieden auf den Erfolg seiner Tätigkeit zurückblicken, denn zumindest nach der Zahl der verhörten und verdächtigten Studenten hatte er wohl alle diejenigen erfaßt, die noch in Heidelberg geblieben waren.

Einer der Denunzierten war der Sprecher der Burschenschaft, der Jura-student Adolph Barth aus Wiesbaden; er hatte sein Studium in Jena begonnen und in Heidelberg fortgesetzt, im Wintersemester 1832/33 stand er mitten in seinen Examensvorbereitungen. Am Frankfurter Wachensturm hat Barth nicht teilgenommen, er gehörte jedoch zum ‚Engeren Club‘ innerhalb der Burschenschaft, ohne dessen Wissen und rege Hilfe die Vorbereitungen in Heidelberg nicht hätten durchgeführt werden können.

Barth wurde am 14. Juni 1833 mittags von den Pedellen der Universität verhaftet und im Karzer arretiert. Gründe für die Verhaftung wurden ihm auch auf seine Fragen hin nicht mitgeteilt. Abends gegen 9.00 Uhr trat Barth die hölzerne Tür seiner Arrestzelle ein, flüchtete aber nicht; als daraufhin der vom Oberpedell alarmierte Prorektor Rosshirt erschien, gab Barth an, er habe mit dem Aufbrechen der Tür die Aufmerksamkeit des Prorektors oder des Amtmannes wecken wollen, um endlich den Grund für seine Verhaftung zu erfahren. Die Gründe für die Verhaftung wurden Barth nicht angegeben, erst im Laufe der Verhör wurde ihm mitgeteilt, daß seine Arretierung ‚durch auswärtige Gründe veranlaßt‘ sei. In den folgenden Tagen wurde Barth langdauernden Verhören unterzogen, die allerdings nur spärlich protokolliert sind⁷². Zunehmend konzentrierte sich die Befragung durch Amtmann Christ auf die Tatsache, daß Barth im Frühjahr 1833 bei dem Heidelberger Antiquar Salomon Wolff für 80 Gulden Bücher versetzt hatte. Barth gab an, es seien seine eigenen Bücher gewesen, und er habe sie versetzt, um wegen seiner Examensvorbereitungen noch einige Wochen in Heidelberg bleiben zu können. Zu diesem Sachverhalt wurde dann auch der Vater Barth befragt, der jedoch so nichtssagende und ausweichende Antworten gab, daß Amtmann Christ sie für seine weiteren Untersuchungen nicht heranziehen konnte.

Über die Herkunft der Bücher wurde schließlich auch Barths Wohnungsvermieter, der Schneidermeister Anton Amman in der Großen Mantelgasse befragt. Der Name Ammans erscheint in einer großen Zahl der Verhörprotokolle, da er offensichtlich enge Kontakte zu vielen der Burschenschaftler unterhielt. Seine Aussagen zu Barths Büchern waren so gehalten, daß Christ den Schneidermeister Amman nach dem Verhör für

einen Analphabeten halten mußte. Auch die mit im Hause lebende Stieftochter Ammans, Louisa, wurde über die Bücher befragt; sie erklärte, zwar Bücher gesehen zu haben, ansonsten habe sie sich aber auf ihre Pflichten und Barths Bett konzentriert. Schließlich wurde Salomon Wolffs Buchhandelsdiener Peter Trau verhört, der aber nur angeben konnte, daß Barth die Bücher versetzt habe.

In diesem Stand der Verhöre ließ Amtmann Christ die bei Wolf noch vorhandenen Bücher beschlagnahmen und einer Sichtung unterziehen, immerhin 88 Bände, unter denen sich auch Werke des liberalen Politikers Karl von Rotteck und Theodor Körners befanden. In jedem der Bücher fand Christ einen Monogrammstempel ‚BB‘, den er als ‚Burschenschafts-Bibliothek‘ gedeutet wissen wollte, Barth jedoch beharrte auf seiner Version: ‚Barths Bibliothek‘.

Die Verhöre, häufig immer wieder zu denselben Punkten zurückkehrend, zogen sich bis in den Oktober hin. Am 20. Oktober mußte einer der Oberpedellen dem Akademischen Direktorat die Mitteilung machen, daß Barth am Abend zuvor aus dem Karzer entwichen sei. Am 19. Oktober hatte Barth abends gegen 20.30 Uhr auf dem Rückweg von einem Ausgang in die Stadt den ihn begleitenden Unterpedell Krastel auf der engen Karzertreppe überrumpelt und war geflüchtet. Barth hatte nach Abschluß der Verhöre Hafterleichterung erhalten und durfte in Begleitung Freigänge innerhalb der Stadt unternehmen. Seine Wächter schilderten Barth als ein ‚aufgeregtes Subjekt und in der That krankhaften Geistes‘⁷³. Pflichtschuldig berichtete der Engere Senat die Flucht Barths an das Innenministerium und an die Zentrale Untersuchungsbehörde in Frankfurt. Adolph Barth gelang die Flucht über die Schweiz nach Frankreich. Am 27. November 1835 wurde er vom Mannheimer Hofgericht in Abwesenheit wegen Teilnahme an einer hochverräterischen Verschwörung zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein zweiter Fall ist der des ehemaligen Jenenser, dann Heidelberger Jurastudenten Jonathan Winter, vierter Sohn des späteren Heidelberger Oberbürgermeisters Christian Friedrich Winter. 1810 geboren, legte er Ende 1832 an der Universität Heidelberg sein Examen für den juristischen Staatsdienst ab und war dann als Rechtspraktikant (Referendar) beim Oberamt Heidelberg beschäftigt⁷⁴. Als angeblicher Mitwisser des Frankfurter Wachensturms wurde er am 16. März 1834 verhaftet und zunächst im Karzer der Universität inhaftiert, nach kurzer Zeit jedoch in das städtische Gefängnis im Brückentor überführt und hier unter strenger Bewachung gehalten. Die Verhöre behandelten besonders die Frage nach der Bibliothek der Burschenschaft. Folgt man Amtmann Christs geläufiger Taktik, muß

wohl vorausgesetzt werden, daß Winter in naher Verbindung zum engeren Kreis der Heidelberger Burschenschaft gestanden hatte und Christ dafür Hinweise besaß, Jonathan Winter versuchte sich damit zu verteidigen, daß er zum Zeitpunkt der Verpfändung der Bibliothek wegen seiner Examensvorbereitungen aus der Burschenschaft ausgetreten sei und von der ganzen Angelegenheit nichts wisse; vom Frankfurter Wachensturm habe er übrigens erst aus der Zeitung erfahren.⁷⁵

Der Versuch seines damals in Heidelberg bereits einflußreichen Vaters, den Sohn gegen die Stellung einer Kaution und dessen ehrenwörtlichen Erklärung, sich weiteren Untersuchungen durch die Universität nicht durch Flucht zu entziehen, scheiterte. Amtmann Christ bestand darauf, Jonathan Winter weiter in Haft zu halten. Nach längeren Untersuchungen und Verhören wurde Jonathan Winter zu einer Festungshaft von einem halben Jahr verurteilt, die er in Kislau absaß. Bei der relativ milden und nach der Ansicht der Zeit nicht ehrenrührigen Strafe für politische Vergehen mögen das Ansehen und der Einfluß Vater Winters eine gewisse Rolle gespielt haben; andere Heidelberger Studenten wurden wegen geringerer Verdachtsmomente und Beweise zu Zuchthausstrafen verurteilt, die eine spätere Anstellung im Landesdienst unmöglich machten. Nach einigen Jahren unterschiedlicher Tätigkeiten in seinem erlernten Beruf wurde Jonathan Winter 1840 als Assessor in den administrativen und juristischen Dienst des Landes Baden übernommen. 1844 bekleidete er das Amt eines Amtmannes in Müllheim/Breisgau, 1849 fungierte er als Substitut des Staatsanwaltes in Freiburg und vertrat die Anklage gegen Revolutionäre das Jahres 1848. In der Badischen Revolution 1849 flüchtete er aus nicht unbegründeter Furcht vor den Maßnahmen der Revolutionäre in die Schweiz. Nach der Niederschlagung der Revolution machte Jonathan Winter eine schnelle Karriere im badischen Staatsdienst; 1877 wurde er auf eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzt und erhielt den Titel eines Geheimrates, nachdem er bereits 1872 in die III. Klasse des Ordens vom Roten Adler aufgenommen worden war.

Schluß

„Die revolutionäre Tendenz hat darin bestanden, daß wir auf die Umbildung der bestehenden deutschen Regierungsform hinwirken und jedes sich anbietende Mittel ergreifen wollten, welches zu jenem Zwecke führen könnte, die Ansichten waren verschieden, doch hat man allgemein der republikanischen Verfassung den Vorzug gegeben,⁷⁶ mit diesen Worten faßte der Heidelberger Student Friedrich Moré vor den Frankfurter Unter-

suchungsrichtern den gesamten Vorgang von 1833 zusammen. Ziel des revolutionären Umsturzes sollte die Umwandlung des Deutschen Bundes in eine Deutsche Republik sein, ein Ziel, das in der Revolution von 1848 nicht die liberalen Kräfte, sondern die Radikaldemokraten nach dem erkennbaren Scheitern des von den Liberalen angestrebten Kompromisses zwischen demokratisch-republikanischer Bürgerfreiheit und Beibehaltung des föderativ-monarchischen Prinzipes verfolgten. Die Revolutionäre des Jahres 1833 scheinen die sicher auch vorhandenen Tendenzen dieser Art ausgeschaltet zu haben, so ist wohl Morés Aussage zu verstehen, wenn er formuliert: ‚die Ansichten waren verschieden, doch hat man allgemein der republikanischen Verfassung den Vorzug gegeben‘. Während sich die Revolution von 1848 aus einer legalen parlamentarischen Opposition heraus entwickelte, der sich eine allgemeine Protestbewegung mit ihren Forderungen nach bürgerlichen Grundrechten anschloß und daraus eine Folge von Unruhen und Aufständen entstand, die Revolution in ihrem Anfangsstadium also fast öffentlich stattfand, lagen die Dinge 1833 anders. Die Anfänge bewegen sich im Dunkel einer Gruppe jugendlicher Konspiranten, die in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts ihre Studien in Heidelberg und an anderen deutschen Universitäten betrieben. Bunsen, Körner und andere, die zu den eigentlichen Initiatoren gerechnet werden müssen, hatten in den zwanziger Jahren studiert, einige von ihnen auch in Heidelberg. Wo und wann die Idee zum Revolutionsversuch von 1833 entstand, ist aus dem wenigen überlieferten Material nicht zu rekonstruieren; es waren geheime konspirative Vorbereitungen, über die naturgemäß nichts nach außen dringen sollte, und da man nach dem mißlungenen Versuch der Anführer nicht habhaft werden konnte, wurden sie nicht verhört. Bei den im April 1833 verhafteten Studenten stießen die Untersuchungsbeamten schnell an die Grenze der Unkenntnis, dann nämlich, wenn sie nach den Initiatoren fragten, konnten die Studenten allenfalls noch deren Namen angeben, weiteres war ihnen unbekannt.

Ende der zwanziger Jahre scheint jedoch die Bereitschaft unter den Studenten groß gewesen zu sein, trotz der äußerlichen Ruhe an den deutschen Universitäten im Falle einer subjektiv empfundenen Beeinträchtigung ihrer Überzeugung in eklatanter Weise dagegen zu protestieren. Das Beispiel der Heidelberger Museumsgesellschaft mag dies verdeutlichen. Auf dem Frankfurter Burschenschaftstag im Herbst 1831 scheint die Idee für einen radikalen Umsturz bereits ausgearbeitet gewesen zu sein. Eine wichtige Etappe stellte dann das Hambacher Fest dar, an dessen zweitem Tage in den Schießhausversammlungen heftig um die liberalen und radikalen Möglichkeiten eines Umsturzes gerungen wurde.

Die unmittelbaren Folgen des Hambacher Festes, das Maßregel-Gesetz, der 6-Punkte-Katalog mit dem Vereinsverbot und in Heidelberg die Verhaftung Brüggemanns standen dem Grundverständnis burschenschaftlicher Überzeugung diametral entgegen und sorgten letztlich für eine weitere Radikalisierung und möglicherweise auch Beschleunigung der Vorgänge. Brüggemann und von der Hude berichten in ihren Briefen von der revolutionären Bereitschaft der Heidelberger Studenten, in Jena sind ähnliche Entwicklungen festzustellen, gleichzeitig reisen die Initiatoren den Sommer über zu den Brennpunkten revolutionärer Bereitschaft.

Weihnachten 1832 scheint der gesamte Plan für den Frankfurter Wachensturm festgestanden zu haben. Die Heidelberger Burschenschaft wurde mit der Vorbereitung des Attentates beauftragt, lediglich der Termin stand noch nicht fest.

Der Plan der Revolutionäre war logisch und sinnvoll: der Sturm auf die Frankfurter Wachen sollte militärischen und polizeilichen Widerstand für die dann folgende Maßnahme von vornherein unmöglich machen, gleichzeitig auch die revolutionsbereite Bevölkerung mobilisieren. Als nächster Schritt war die Verhaftung der Bundestagsgesandtschaften geplant, womit die amtierende Bundesregierung praktisch beseitigt werden sollte. Die Initiatoren des Wachensturmes planten dann die Einsetzung einer provisorischen Regierung, die ihrerseits eine verfassunggebende Versammlung einberufen sollte. Nach Abschluß der Arbeiten an einer neuen Verfassung sollten allgemeine Wahlen stattfinden – grundsätzlich richtig gedacht, fehlerhaft nur die Projektion der eigenen revolutionären Bereitschaft auf die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands. Die politisch und gesellschaftlich unerfahrenen jungen Studenten waren zwar die Werkzeuge, aber auch die blinden Opfer.

Anmerkungen:

- 1 Hans Adler (Hrsg.): Literarische Geheimberichte. Protokolle der Metternich-Agenten, Bd. I: 1840–1843, Köln 1977, S. 13 und passim und neuerdings als knapper Überblick: Thomas Michael Mayer, Einleitung zu Reinhard Görisch und Thomas Michael Mayer (Hrsg.): Untersuchungsberichte zu republikanischen Bewegungen in Hessen 1831–1834, Frankfurt a.M. 1982, S. 12 ff.
- 2 Josef Marl Mayr: Metternichs geheimer Briefdienst. Postlogen und Postkurse. Wien 1935 = Inventare österreichischer Staatlicher Archive, Bd. V, 3, S. 20 ff, 55ff und passim.
- 3 Leopold Friedrich Ilse; Geschichte der politischen Untersuchungen, welche durch die neben der Bundesversammlung errichteten Commissionen, der Central-Untersuchungs-Commission zu Mainz und der Bundes-Central-Behörde zu Frankfurt in den Jahren 1819 bis 1827 und 1833 bis 1842 geführt sind. Frankfurt a.M. 1860, Nachdruck Hildesheim 1975, S. 21 und 260 f. Ferner Adolf Löw: Die Frankfurter Bundeszentralbehörde 1833–1842, Diss. phil. Frankfurt/M 1931. Gelnhausen 1932, S. 80

- 4 Anton Ritter von Schmerling, späterer Minister des Inneren und Sept. bis Dez. 1848 österreichischer Ministerpräsident.
- 5 Vergl. Görisch/Mayer, Untersuchungsberichte wie Anm. 1, S. 17f.
- 6 Dazu Eike Wolgast: Das bürgerliche Zeitalter, in: *Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg*, Bd. II, Heidelberg 1985, S. 8 f. Herbert Derwein: *Heidelberg im Vormärz und in der Revolution von 1848*, Heidelberg 1958, S. 22 f.
- 7 Wolgast wie Anm. 8 S. 9f und Franz Schneider: *Geschichte der Universität Heidelberg im ersten Jahrzehnt nach der Reorganisation durch Karl Friedrich (1803–1813)* = *Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte*, Heft 38, Heidelberg 1913, S. 312 ff.
- 8 Ernst Rudolf Huber: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd I, Reform und Restauration 1789–1830, Stuttgart 1957, S. 732 f. Druck der Karlsbader Beschlüsse bei: ders.: *Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. I, *Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850*, 3. Aufl. Stuttgart 1978, S. 100–105.
- 9 Vergl. Eduard Dietz: *Das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833 und die Heidelberger Studentenschaft*, Heidelberg 1906, S. 5 f. Dietz malt freilich für das Verhältnis von Burschenschaft und Universität ein zu schönes und harmonisches Bild.
- 10 Georg Heer: *Geschichte der Deutschen Burschenschaft*, Bd. II *Die Demagogenzeit*, Heidelberg 1927, S. 60 f.
- 11 Verruf = Aufforderung der Studenten einer Universität an alle Kommilitonen, die verrufene Universität für die im Verruf genannte Universität nicht zu besuchen.
- 12 Heer, *Burschenschaft* wie Anm. 10, S. 168, Wolgast, *Das bürgerliche Zeitalter*, wie Anm. 6, S. 10. Derwein *Vormärz*, wie Anm. 6, S. 20, Dietz, *Frankfurter Attentat* wie Anm. 8, S. 6.
- 13 Cornelia Foerster: *Das Fortwirken revolutionärer Bestrebungen vom Hambacher Fest bis zur Revolution von 1848/49*, in: *1832–1982 Hambacher Fest. Freiheit und Einheit, Deutschland und Europa. Katalog zur Dauerausstellung im Hambacher Schloß Neustadt an der Weinstraße, Neustadt an der Weinstraße 1982*, S. 201–206.
- 14 Cornelia Foerster: *Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33, Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes*, Trier 1982 = *Trierer Historische Forschungen* Bd. 3.
- 15 Dietz, *Frankfurter Attentat*, wie Anm. 9, S. 17 f.
- 16 Protokoll des Engeren Senats v. 29. 5. 1832. *Universitätsarchiv Heidelberg* – im folgenden UAHD – RA 812.
- 17 dto
- 18 Die Literatur zum Hambacher Fest ist nahezu unüberschaubar; eine knappe und repräsentative Auswahl verzeichnet der Katalog der Dauerausstellung auf dem Hambacher Schloß: *Hambacher Fest 1832–1982. Freiheit und Einheit, Deutschland und Europa*, hrsg. V. Kultusministerium Rheinland-Pfalz, div. Auflagen.
- 19 Wolgast, *Bürgerliches Zeitalter*, wie Anm. 9, S. 10 und die dort angegebene Literatur.
- 20 Die Reden sind teilweise abgedruckt in: Johann Georg Wirth: *Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach*, o.O. 1832
- 21 Die knappste und umfassendste Übersicht, auch über die Reden und deren Inhalte: Ernst Rudolf Huber: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. II: *Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830–1850*, 3. Überarbeitete Aufl. Stuttgart 1988, S. 148 ff.
- 22 1860 wurde ihm, der in Heidelberg geboren war, auf dem dann nach ihm benannten Platz – heute Friedrich-Ebert-Platz – ein Broncedenkmal gewidmet, das 1940 ein-

- geschmolzen wurde, vergl. Herbert Derwein: Die Flurnamen von Heidelberg, Heidelberg 1940, Nr. 1052.
- 23 Druck bei Huber, Dokumente Bd. I, wie Anm. 8, S. 132 f. und 134 f.
- 24 Huber, Verfassungsgeschichte II, wie Anm. 21, S. 162.
- 25 Dieser aus der französischen Revolution stammende Brauch hatte sich besonders in der Rheinpfalz heimisch gemacht; auf öffentlichen Plätzen wurden – ähnlich den Maibäumen – Bäume aufgerichtet, die mit allerlei politischen Zeichen und Fahnen geschmückt waren und an die Beschwerden und Anzeigen angeheftet werden konnten.
- 26 Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungsblatt II/1832 v. 12 Jan. 1832. Das Gesetz trat am 1. März 1832 in Kraft.
- 27 Vergl. die Zusammenstellung bei Huber, Verfassungsgeschichte II, wie Anm. 21, S. 175 ff.
- 28 Joachim Kermann: Harro Harring, die Burschenschaften und das Hambacher Fest. Das Burschenschaftsmotiv in seinem Drama „Der Deutsche Mai“, in: Helmut Asmus (Hrsg.): Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung. Zum 175 Jahrestag des Wartburgfestes. Berlin 1992, S. 202. Kermann stützt diese Aussage auf einen Bericht im Straßburger ‚Courier du Bas-Rhin‘ v. 6. Juni 1832.
- 29 Huber, Verfassungsgeschichte II, wie Anm. 21, S. 143, Dietz, Frankfurter Attentat, wie Anm. 9, S. 19 f. Heer, Burschenschaft, wie Anm. 9, Bd. II, S. 244 ff und 263 ff. Ferner Karl Buchheim: Karl Brüggemann als Revolutionär, in: Literatur- und Unterhaltungsblatt, Beilagen zu den Ausgaben 5, 12, 18, 24, 31, 39, 44, 49 und 58 der Kölner Zeitung Jahr. 1927.
- 30 Vergl. die Protokolle des Engeren Senats, UAHD RA 812.
- 31 Zitiert nach Heer, Burschenschaft, wie Anm. 10, Bd. II, S. 264.
- 32 Gedruckt bei Reinhard Görisch u. Michael Mayer (Hrsg.): Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen 1831–1834, Frankf./M. 1982, S. 124 ff, wiedergegeben auch bei Heer, Burschenschaft, wie Anm. 10, Bd. II, S. 264.
- 33 Dr. Johann Ernst Arminius Rauschenplat, 1807–1868, Privatdozent der Rechte in Göttingen, eine der führenden Köpfe des ‚Göttinger Privatdozentenaufstandes‘ von 1830, Teilnehmer am Hambacher Fest und auch am Frankfurter Wachensturm, später auch an Revolten in Spanien und Frankreich, trat schließlich in Metternichs Geheimdienst ein und arbeitete 1848 als Spitzel gegen die deutschen Revolutionäre. Über ihn: Wolfgang Gresky: Männer der Freiheitsbewegung von 1831 und 1848 in Südhannover, in: Göttinger Jahrbuch Bd. 22/1974, S. 170–177; über den Göttinger Privatdozentenaufstand: Huber, Verfassungsgeschichte II, wie Anm. 21, S. 88 f.
- 34 Jakob Venedey, 1805–1871, 1825–1827 Studium der Rechte in Bonn und Heidelberg, dann Advokatengehilfe bei seinem Vater in Köln, mußte Köln wegen einer Schrift gegen die preußischen Schwurgerichte verlassen, Teilnehmer am Hambacher Fest, Mitarbeiter des 1833 verbotenen „Wächter am Rhein“, 1833 als Demagoge verhaftet, bei der Überführung nach Preußen geflüchtet, in Paris Herausgeber der Zeitschrift „Der Geächtete“, Freund Börnes, Gegner Heines, 1848 Mitglied des Frankfurter Vorparlamentes, später Landwirt und Schriftsteller; ADB Bd. 39, S. 600 f, s.a. Heer, Burschenschaft II, wie Anm. 23, S. 265 f und Dietz, Frankfurter Attentat, wie Anm. 9, S. 20.
- 35 Vergl. Huber, Verfassungsgeschichte II, wie Anm. 21, S. 50 ff mit der einschlägigen Literatur.
- 36 1808–1880. Rüder immatrikulierte sich 1827 in Jena für die Rechtswissenschaften und legte im Sommer 1832 die Staatsprüfung ab, 1848 findet man ihn in der Frankfurter

- Nationalversammlung auf der Seite des Rechten Zentrums; ADB Bd. 29, S. 455 f. Heer, Burschenschaft, Bd. II, wie Anm. 23, passim.
- 37 So nach Heer, Burschenschaft II, wie Anm. 23, passim nach den Lebenserinnerungen Rüders.
- 38 1803–1861, 1834 in Kiel als Demagoge inhaftiert, jedoch freigesprochen, dann journalistische Tätigkeit, Landwirt, 1848 auf dem rechten Flügel; ADB, Bd. 48, S. 594 ff.
- 39 Vergl. die Darstellung bei Heer, Burschenschaften II, wie Anm. 23, passim.
- 40 Dazu zuletzt Maren Ballenstedt: Vom Bamberger zum Frankfurter Burschentag – Politische Aktivierung und Differenzierung der Burschenschaften 1826/27–1831. In: Helmut Asmus (Hrsg.): Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung. Zum 175. Jahrestag des Wartburgfestes, Berlin 1992, S. 181 ff.
- 41 Er wurde in Frankfurt gefangen genommen, verfiel während der Haft in eine psychische Krankheit und wurde Anfang 1834 in eine Irrenanstalt in Hildesheim gebracht, wenige Jahre darauf, da offensichtlich unheilbar krank, zu Verwandten seiner Familie nach Irland, vergl. Dietz, Frankfurter Wachensturm, wie Anm. 9, S. 44.
- 42 Vergl. dazu besonders Cornelia Foerster: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982, S. 43 ff und passim.
- 43 So Gustav H. Schneider: Der Preß- oder Vaterlandsverein 1832/33. Ein Beitrag zur Geschichte des Frankfurter Attentats (Diss. Heidelberg 1897), Berlin 1897, S. 101 und öfter.
- 44 Wolfgang Klötzer: Die Ausstrahlung des Hambacher Festes auf den mittelhessischen Liberalismus mit besonderer Berücksichtigung Frankfurts, in: Geschichtliche Landeskunde Bd. 1, Wiesbaden 1964, S. 56–72.
- 45 Foerster, Preßverein wie Anm. 41, S. 45 ff.
- 46 Dies. S. 194 ff. Übersichten über die Filialkomitees.
- 47 Dies. S. 47.
- 48 Über Kuchler vergl. Hans-Martin Mumm: Ein Mann von edler Denkweise und freier Geistesrichtung – Johann Lorenz Kuchler (1809–1859), der erste Vorsitzende des HTV. HTV-Nachrichten Nr. 108, 1. Quartal 1996 Jubiläumsausgabe 150 Jahre Heidelberger Turnverein 1846 e.V. S. 22–36.
- 49 Vergl. die Schilderung der Reisen und deren Ergebnisse bei Heer, Burschenschaft, II, wie Anm. 23, S. 292 ff.
- 50 Zum Folgenden vergl. die Aussagen der Heidelberger Studenten in: ‚Actenmäßige Darstellung des Ergebnisses der gerichtlichen Untersuchungen gegen die Teilnehmer an dem hochverrätherischen Complotte, welches am 3. April 1833 in Frankfurt a.M. zum Ausbruche gekommen ist; nach den, der Bundes-Zentral-Behörde bis Ende März 1834 zugekommenen Akten‘, abgedruckt bei Görisch/Mayer, wie Anm. 1. Die ‚Actenmäßige Darstellung‘ wurde von der Frankfurter Zentral-Behörde als Lithographie vervielfältigt und allen anderen mit der Verfolgung der Attentäter befaßten Behörden zugesandt, vergl. UAHD A 868, VIII, 1Nr. 63/9.
- 51 Die Kanonen, ihre Zahl ist unbekannt, befanden sich seit November 1832 im Besitz der Stadt Heidelberg, vergl. W. B(artmann): Die Kanonen der Stadt Heidelberg, in: Heidelberger Neueste Nachrichten, v. 19. Nov. 1834, S. 4.
- 52 Wie Anm. 49.
- 53 Gustav Körner hat die Frankfurter Ereignisse später autobiographisch zusammengefaßt: Memoires of Gustav Koerner 1809–1896, Hrsg. v. Thomas J. McCormac, Bd. I,

- Cedar Rapids, Iowa, 1909. Körners Erinnerungen stützen sich anscheinend auf eine große Zahl von zeitgenössischen Berichten und Darstellungen; auch scheinen ihm die amtlichen Untersuchungsergebnisse zur Verfügung gestanden zu haben. Vergl. dazu auch: H.A. Rattermann, Gustav Körner. Ein Lebensbild, in: Amerikanische Geschichtsblätter, Jg. 3, Chicago 1903, Beiheft, S. 221–386. Rattermann benutzte für seine biographische Studie die 1903 noch unedierten Briefe und Aufzeichnungen Körners.
- 54 Protokolle des Engeren Senats, UAHD RA 812 unter dem angegebenen Datum. Und UAHD 868, VIII, 1 Nr. 147, Akten des Amtmannes.
- 55 1784–1857, 1830 Staatsrat und Direktor im Innenministerium, 1838/39 und wieder 1845/46 Innenminister. Allgemeine Deutsche Biographie Bd. 23, S. 351 ff und Badische Biographien Bd. II, S. 99 ff.
- 56 Georg Jellinek (Hrsg.): Gesetze und Verordnungen für die Universität Heidelberg, Heidelberg 1908, S. 7.
- 57 UAHD RA 813
- 58 Zum Karzer vergl. Sabine Juschka: Das Karzergebäude, in: Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986, Bd. V Die Gebäude der Universität, Hrsg. v. Peter Anselm Riedl, S. 75.
- 59 Protokoll des Engeren Senats v. 31. August 1833, UAHD RA 813.
- 60 UAHD A 860, VIII, 1 Nr. 63.
- 61 Anton Christ, zuvor Rechtspraktikant, 1832–1838 Amtmann der Universität Heidelberg, später Ministerialrat im Innenministerium.
- 62 Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungsblatt, 1834, 24. Mai.
- 63 UAHD RA 814, Protokoll des Engeren Senats v. 31. Mai 1834.
- 64 Stadtarchiv Heidelberg UA 231, Fasc. 4. Am 4. März 1833 war nach dem Bericht des Oberamtes Heidelberg die Verminderung des Gendarmenkommandos von 12 auf 6 Mann bereits durchgeführt. Die Dienstordnung für die Gendarmen wurde jetzt dahingehend erweitert, daß nächtliche Patrouillengänge von je 2 Gendarmen durchgeführt werden mußten.
- 65 UAHD RA 814.
- 66 UAHD 869, IX, 13 Nr. 74.
- 67 UAHD RA 245, Statutenbuch der Universität Heidelberg 1805–1879, S. 96 f.
- 68 UAHD RA 923, Instruktionen des Innenministeriums für den Amtmann der Universität Heidelberg vom 15. Okt. 1810 im Rahmen der Regierungsverordnung v. 7. Mai 1810, s. Regierungsblatt Nr. XIX, 1810.
- 69 Dazu zuletzt und zusammenfassend Hermann Weisert: Verfassung der Universität im 19. Jahrhundert, in: Ruperto Carola 49/1971 S. 66–91, 50/1972 S. 126–137,
- 70 Die Sondergerichtsbarkeit der Studenten wurde 1868 aufgehoben, vergl. Weisert, Verfassung Teil IV, in: Ruperto Carola 52/1974, S. 15 f.
- 71 Vergl. dazu die Einzelakten UAHD A 860, VIII, 1 Nr. 110–192.
- 72 UAHD 868, VIII, 1 Nr. 116 a + b
- 73 UAHD 868, VIII, 1 Nr. 63.
- 74 Zu seiner Biographie vergl. bes. die sehr um die konservative Ehrenrettung Christian Friedrich Winters bemühten ‚Erinnerungen an die Großeltern Winter‘ von Luise Landfermann und Johanna Reimer, Heidelberg 1894.
- 75 UAHD 868, VIII, 1 Nr. 185.
- 76 Aussage des Heidelberger Studenten Friedrich Moré vor der Frankfurter Untersuchungsbehörde, in: Actenmäßige Darstellung. UAHD A 868, VIII, 1 Nr. 63/9.

Nach drei Sekunden ist alles Geschichte...

...sagt die Gehirnforschung. Nur drei Sekunden lang können wir Informationen zu anschaulichen Gebilden zusammenbinden, die wir als Gegenwart empfinden. Dann öffnet sich ein neues Fenster.

Viele Fenster, die (zu kurz) Gegenwart waren, öffnet Ihnen die Volkshochschule: Veranstaltungen zu geschichtlichen Themen gehören seit eh und je zu ihrem Programm. Das Angebot an Kursen, Vorträgen und Führungen ist im aktuellen Programmheft enthalten. Schauen Sie mal rein.

So finden / erreichen Sie uns:
Bergheimer Straße 76, 69115 Heidelberg
Telefon 0 62 21 - 91 19 11, Fax 16 51 33
Internet: <http://www.vhs-hd.de>

Robert Zepf

Mit dem Resultat einer Seifenblase?

Der Auszug der Heidelberger Studenten
nach Neustadt an der Weinstraße¹ im Juli 1848

Das Sommersemester 1848 markiert einen der entscheidenden Wendepunkte in der Geschichte der Universität Heidelberg im 19. Jahrhundert, nicht nur in politischer Hinsicht, sondern vor allem mit Blick auf die Attraktivität der Hochschule für Studenten: Gehörten die Jahre seit 1845 mit durchschnittlich 841 Studenten pro Semester zu den erfolgreichsten der Universität seit ihrem Bestehen², so erfolgte im Sommer des ersten Revolutionsjahres ein Einbruch, von dem sich die Universität erst Jahrzehnte später wieder erholen sollte: Erst 35 Jahre später wurden die 870 Studenten des Sommers 1847 übertroffen.

Das plötzliche Fernbleiben der Studenten im Mai 1848 kam überraschend und wurde sowohl von den Heidelbergern, für die die Studenten vor dem Aufkommen des Massentourismus die wichtigste Einnahmequellen waren, wie von der Universitätsleitung mit großer Sorge wahrgenommen. *Alles ist ruhig; statt der Studierenden sieht man Soldaten in den Straßen*, berichtete das Mannheimer Morgenblatt³: Drei Wochen nach Beginn der Immatrikulationen hatten sich *kaum 400*⁴ Studenten eingeschrieben – weniger als halb so viele wie im Wintersemester! –, so daß selbst *von den gefeierten Lehrern einzelne den Anfang ihrer Vorlesungen noch unbestimmt*⁵ ließen, und auch später erreichte die Zahl nur 564. Als Gründe für den Studentenschwund galten die unsicheren politischen Verhältnisse in Baden – der Aufstand Heckers im Süden des Landes lag nur wenige Wochen zurück –, vor allem aber auch die *Abwesenheit dreier Celebritäten unserer Universität (Mittermaier, Mohl und Gervinus, welche sämtlich als Abgeordnete für den verfassunggebenden Reichstag sich zu Frankfurt befinden)*.⁶ Für den Kurator der Universität, den konservativen Spitzenbeamten Joseph Alexander von Dahmen, der seit 1845 die politische und administrative Oberaufsicht über die Universität innehatte⁷, war jedoch gerade der von den Koryphäen mitbegründete fortschrittliche Ruf der Universität die Ursache für das Fernbleiben der Studenten: Verantwortliche Erziehungsberechtigte wollten *ihre Söhne und Pflégbefohlenen vor den unseligen*

*Verirrungen*⁸ der Revolution bewahren und mieden daher Heidelberg. Er zog daraus den konflikträchtigen Schluß, daß die Attraktivität der Universität nur durch eine strenge Disziplin gegenüber den Studenten wiederhergestellt werden könne.

Damit war die Bühne bereitet für das Ereignis, mit dem das Sommersemester 1848 vor allem in die Geschichte der Universität Heidelberg eingegangen ist: Die massivsten Studentenproteste, die Heidelberg im 19. Jahrhundert erlebte und die ihren Höhepunkt erreichten, als sich fast zwei Drittel der Studenten einem Auszug nach Neustadt an der Haardt anschlossen und damit die unbeirrt fortgesetzten Vorlesungen für neun Tage mehr oder weniger zur Farce machten. Entsprechend groß war das Aufsehen, das die Heidelberger Studenten erregten: Fast alle regionalen sowie die meisten überregionalen Zeitungen berichteten darüber, wenngleich das veröffentlichte Urteil sehr geteilt ausfiel: Demokratische Blätter begrüßten den Auszug zumeist als eine *große und edle That* und als *Demonstration des Fortschritts*⁹, während bürgerlich-konservative und liberale Zeitungen ihn von vornherein als ein *thörichtes Beginnen* verurteilten: *Niemals ist ein unsinnigerer Auszug erlebt worden.*¹⁰

Wenn der Auszug nach Neustadt neben der Sezession der Göttinger Studenten im März 1848 als „das meistbeachtete akademische Unternehmen des Revolutionsjahres“¹¹ gilt, so verdankt er diesen „Ruhm“ vor allem seinen unerwarteten Folgen: Er lieferte nämlich den Anlaß für eine politische Repressionsmaßnahme von landesweiter Bedeutung, das Verbot aller demokratischen Vereine in Baden. Damit versuchte die badische Regierung nichts geringeres als die Ausschaltung derjenigen politischen Richtung, die bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung im Mai und Juni 1848 im Land eine überwältigende Mehrheit der Mandate errungen hatte.¹²

I. Die Studentenschaft in der Märzrevolution

Ein derart folgenreiches politisches Auftreten der Heidelberger Studentenschaft war in den ersten Monaten der Revolutionsjahre nicht abzusehen. Universität und Stadt Heidelberg waren in den 1840er Jahren zwar ein anerkanntes Zentrum oppositioneller Aktivität, doch spielte die Studentenschaft dabei nach dem Scheitern einer Reihe von studentischen Initiativen Mitte der 1840er Jahre keine besondere Rolle mehr.¹³

Als Ende Februar 1848 die Nachricht von der französischen Februarrevolution in Heidelberg eintraf, bestand außer mehr oder weniger im Untergrund aktiven Studentenverbindungen und „Kränzchen“ kein orga-

nisatorischer Zusammenschluß der Studentenschaft, der ein gemeinsames Auftreten ermöglicht hätte. Zwar bestand bei vielen Studenten ein lebhaftes politisches Interesse, so daß sie, soweit sie in den Semesterferien in Heidelberg waren, an den Bürgerversammlungen in der Aula teilnahmen, doch eine maßgebliche Rolle spielten sie dabei nicht.¹⁴ Aktives revolutionäres Engagement entfalteten nur einzelne, allen voran die Mitglieder des „Nekkarbundes“, die schon seit 1846 durch ihre sozialistischen und atheistischen Ideen Aufmerksamkeit erregt hatten. Aus seinen Reihen stammten mehrere namhafte Köpfe der badischen Revolutionsbewegung, so Karl Blind und Gustav Adolf Schlöffel, die jedoch bereits im April 1848 die Universität verließen, um sich den gewaltsamen Revolutionären um Hecker und Struve anzuschließen. Die große Mehrheit ihrer Kommilitonen unterstützte jedoch den parlamentarischen Weg und erwartete die Beschlüsse der Nationalversammlung.

Die revolutionären Sympathien in größeren Teilen der Studentenschaft kamen daher in den ersten Wochen der Revolution lediglich in einer Grußadresse an die Wiener Studenten zum Ausdruck, die in einer Studentenversammlung am 22. März beschlossen wurde. Sie hatte die Unterstützung von immerhin 122 Studenten – angesichts der Semesterferien eine durchaus beachtliche Zahl, die knapp einem Siebtel der Immatrikulierten des Wintersemesters entsprach.¹⁵

Anders als in Wien bestand bei der Mehrheit der Heidelberger Studenten jedoch nur wenig Sympathie für die sozialen Forderungen der Bauern, Handwerker und Arbeiter, die gerade in Baden die Basis der revolutionären Volksbewegung stellten. Mehrheitlich vertraten sie demonstrativ bürgerliche Interessen: Am 28. März verlangte eine weitere Studentenversammlung¹⁶ als *kräftige deutsche Jugend* das Recht, sich zu bewaffnen und als Teil einer Bürgerwehr *Eingriffe gegen das Eigentum* bekämpfen zu dürfen.¹⁷

Auch aus Sicht der Universitätsleitung gab es keinen Zweifel daran, daß die Mehrheit der Studenten *vom besten Eifer durchdrungen sind, die gesetzliche Ordnung im gegenwärtigen kritischen Augenblick auf das Kräftigste zu unterstützen*¹⁸, so daß am 19. April mit Unterstützung der Universität – die Universitätskasse stellte 250 Gulden für den Kauf von Gewehren und Munition zur Verfügung¹⁹ – im Rahm der Bürgerwehr eine Studentenwehr gegründet wurde. Ihr schlossen sich etwa 100 Studenten an, d. h. die Mehrzahl der über Ostern in Heidelberg Anwesenden, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Korporation. Kommandeur der Truppe wurde der Physikprofessor Philipp Jolly, der in keiner Weise radikaler Sympathien verdächtig war und als jüngstes Mitglied des Engeren Senats im

Revolutionsjahr immer wieder zu Angelegenheiten der Studentenschaft konsultiert wurde. Er hatte einen Adjutanten aus den Reihen der Studentenschaft, den Senior des Corps Vandalia, Friedrich von Klinggraeff²⁰.

Der Universität ging es bei der Errichtung der Studentenwehr jedoch nicht um die Förderung studentischer Eigeninitiative, sondern vor allem um ihre Kanalisierung und Disziplinierung. Der Kurator begrüßte die Formation daher als ein geeignetes Mittel, die Studenten *unter sich und in Gemeinschaft mit ihren Lehrern auf der Seite der gesetzlichen Ordnung zu vereinigen, und so zu verhüten, daß nicht ein Theil bei dieser und ein anderer [...] auf der entgegengesetzten Seite fechtend aufrete und so noch ein akademischer Bürgerkrieg im engeren Sinne entzündet werde*.²¹ Durch die *einheitliche Bewaffnung und Organisation* sowie durch den Ausschluß der *glücklicherweise geringe[n] Anzahl der Störenfriede* würde verhindert, daß *Einzelne von den Aufrührern verführt werden*.

Tatsächlich bewährten sich Teile der Studentenwehr nur wenige Tage später in diesem Sinne: *Ein Quarre hiesiger Bürger mit Zuziehung einer Schaar von Studenten*²², darunter namentlich Mitglieder des Corps Suevia, traten am 24. April 1848 in einer hastig organisierten Aktion dem Sinsheimer Ostermontagszug entgegen, der die Republik ausrufen und zur Unterstützung Heckers nach Karlsruhe weiterziehen wollte. Allerdings wurde die Konfrontation durch Verhandlungen beendet, so daß nicht deutlich wurde, ob die Sinsheimer auch unter den Studenten Sympathisanten hatten, doch stellte der Heidelberger Korrespondent des bürgerlich-monarchistischen Mannheimer Morgenblatts im Rückblick auf die Ereignisse des April befriedigt fest: *Die Haltung unserer Studenten, den sogenannten Republikanern gegenüber, war in jeder Hinsicht lobenswerth*.²³

II. Der Allgemeine Studentenverein

Nach der Niederschlagung des Heckeraufstandes und mit Beginn des Sommersemesters 1848 verlagerte sich das Interesse der Studenten jedoch spürbar: Die Studentenwehr löste sich auf²⁴, das Verhältnis der Studenten zur Universitätsleitung wurde zunehmend von einer Atmosphäre der Konfrontation bestimmt. Bereits am ersten Immatrikulationstag des neuen Semesters kam es zu Spannungen, als unverändert das vormärzliche Einschreibverfahren angewandt wurde, das von den Studenten nicht nur den Nachweis der Studierfähigkeit verlangte, sondern auch ein Handgelübde auf die alten akademischen Gesetze, die ein Verbot der Zugehörigkeit zu nichtgenehmigten studentischen Zusammenschlüssen enthielten. Die Studenten sahen darin den Versuch, das immer wieder bekämpfte vormärz-

liche Überwachungs- und Repressionssystem an den Universitäten in die neue Zeit hinüberzuretten und begannen ihren Protest zu organisieren: Am 12. Mai 1848 fand im Englischen Hof, dem großen Kaffeehaus (und Verlagsgebäude) von Bürgermeister Winter an der Ecke Hauptstraße/Marstallstraße²⁵ eine erste allgemeine Studentenversammlung statt²⁶, aus der am 18. Mai der Heidelberger Studentenverein hervorging – wohl nicht zufällig am Tag der Eröffnung der Nationalversammlung, der in Heidelberg wie auch an anderen Orten des Odenwaldes und des Taunus mit einem großen Feuer auf dem Königsstuhl begangen wurde.²⁷

Dieser Studentenverein, über dessen Anfänge wenig überliefert ist²⁸, knüpfte organisatorisch und inhaltlich an die 1845 gegründete Allgemeine Studentenschaft²⁹ an, die bis zum Sommer 1846 bestanden hatte und im Zusammenhang mit der studentischen Progreßbewegung³⁰ stand, die sich den Abbau der traditionellen Spannungen zwischen Studentenschaft und städtischem Bürgertum sowie die Überwindung der Rivalitäten zwischen den Verbindungen zum Ziel gesetzt hatte. Kollektives Leitungsgremium des häufig auch „Allgemeiner Studentenverein“ genannten Heidelberger Studentenvereins war – analog zu 1845 – der *Ausschuß* oder *Verwaltungsausschuß*, in den *Abteilungen* von jeweils 15 Studenten ein Mitglied entsenden sollten. Einen Vorsitzenden gab es zumindest nach außen hin nicht, doch wurden die Schreiben an die Universitätsbehörden von einem Kreis von zunächst fünf Studenten unterschrieben, die auch später beim Auszug nach Neustadt als Anführer auftraten und unter denen die Jurastudenten mit Alexander Spengler³¹, Valentin May, Wilhelm Meuser und Ferdinand von Herder gegenüber dem einzigen stud. phil., Franz Xaver Rothermel, eindeutig dominierten. Zumindest Herder und Rothermel gehörten Verbindungen an, Herder der Burschenschaft Franconia. Dieser Ausschuß des Studentenvereins verstand sich als legitime Interessenvertretung aller Studierender und trat mit diesem Anspruch auch gegenüber den Universitätsorganen auf.

Zum Zeitpunkt der Gründung des Heidelberger Studentenvereins war dieser Anspruch auch in hohem Maße berechtigt, denn es war gelungen, alle Heidelberger Verbindungen, einschließlich der fünf Corps, die sich bisher gegenüber überkorporativen Zusammenschlüssen sehr zurückhaltend gezeigt hatten, in den neuen Verein einzubinden – ein Zeichen, daß angesichts der Reformunwilligkeit der Universitätsbehörden bei den Studenten ein breiter Konsens darüber bestand, daß sich etwas ändern müsse. Diese ungewöhnliche Geschlossenheit der Studentenschaft währte jedoch nur kurz: Gerade einmal eine Woche nach der Gründung des Studentenvereins traten vier der fünf Corps – Guestphalia, Nassovia, Saxoborussia und

Vandalia – wieder aus, lediglich das Corps Suevia verblieb im Studentenverein, bei gleichzeitigem Austritt aus dem Heidelberger Seniorenconvent.³² Die Sache des Studentenvereins erlitt dadurch erheblichen Schaden, denn der mehrheitliche Austritt der gesellschaftlich angesehenen Corps erleichterte es der Universitätsleitung, den von ihr als Anmaßung empfundenen Anspruch einer unabhängigen Studentenvertretung zurückzuweisen – in den Akten der Universität ist fast ausschließlich von dem *sich so nennenden allgemeinen Studentenverein*³³ die Rede. Doch auch nach dem Austritt der Corps vertrat der Heidelberger Studentenverein einen durchaus beachtlichen Anteil der Studentenschaft: Eine Anfang Juni an die Allgemeine Studentenversammlung nach Eisenach geschickte Adresse hatte mit 250 Unterschriften die Unterstützung von knapp der Hälfte der Immatrikulierten.

III. Der demokratische Studentenverein

Wenige Wochen später entstand am 11. Juni 1848³⁴, möglicherweise aus dem allgemeinen Studentenverein heraus³⁵ oder auf der Grundlage einer bereits bestehenden Lesegesellschaft³⁶, erstmals eine Studentengruppe mit explizit politischen Zielen, die sich zu den Errungenschaften der Märzrevolution bekannte und noch darüber hinausgehen wollte: der Demokratische Studentenverein. Diese „kleinere radikale Gruppe“³⁷ bestand zunächst aus 20–25, Anfang Juli aus 30 Mitgliedern, d. h. etwa 5% der Studentenschaft, und stand von Anfang an in engem Kontakt zum Arbeiterverein³⁸ und zum Ende Mai gegründeten Demokratischen Verein³⁹ unter Leitung des Geschichtsprofessors Karl Hagen⁴⁰, der ab Mitte Juli den Wahlkreis Heidelberg in der Nationalversammlung vertrat. Der Engere Senat der Universität sah in diesem studentischen Verein eine gezielt gegründete Vorfeldorganisation der Demokraten, da *der bürgerliche Demokratenverein dahier durch Verweigerung der Aufnahme der Studierenden auf die Bildung eines besonderen Studentenvereins hingewirkt habe*⁴¹, doch trotz der unbestreitbaren – und von den Studenten bewußt angestrebten – Nähe zu den anderen demokratisch gesinnten Vereinen, spricht alles dafür, daß der Demokratische Studentenverein ein durchaus eigenständiger, originär studentischer Verein war, obwohl er ein studentisches Standesbewußtsein entschieden ablehnte: *Seine Glieder betrachten sich nicht als Studenten, sondern als Menschen, betrachten alle Menschen nicht als ihre Knechte, sondern als ihnen gleichgestellt und gleichberechtigt*⁴². Dieses Spannungsverhältnis, ein studentischer Verein mit allgemeinpolitischer Zielsetzung zu sein, bestimmte auch das Verhältnis zum

Allgemeinen Studentenverein: Die demokratischen Studenten schlossen sich ihm nicht als Verein an, da *wir uns auf einem ganz anderen Boden befinden; jene[r] hat einen rein studentischen Zweck, wir einen bestimmt ausgesprochenen, einen politischen*, wohl aber waren die Meisten demokratischen Studenten zugleich Mitglieder des allgemeinen Studentenvereins⁴³ – und dies durchaus bewußt, denn sie wollten in ihm Einfluß gewinnen und ihn als Rekrutierungsfeld nutzen.⁴⁴

Mit dem „Goldenen Stern“ in der Haspelgasse⁴⁵ verfügte der Verein über ein eigenes Versammlungslokal, und er veröffentlichte seine Statuten in gedruckter Form. Diese demonstrative Ablehnung jeglicher Konspirativität, die bald zum Verbot des Vereins führen sollte, war durchaus programmatisch und wurde im Bewußtsein möglicher Folgen in mutiger Weise bekanntgemacht: *Seine Sitzungen sind öffentlich, er kennt keine Heimlichkeiten. Spione können offen auftreten, der Verein kennt im Bewußtsein seiner Berechtigung, Offenheit und Ehrlichkeit keine Furcht.*⁴⁶

In seiner Satzung⁴⁷ bekannte sich der Demokratische Studentenverein zur Republik, d. h. zu der Staatsform *in welcher die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklicht ist, und zwar, die Gleichheit nicht nur vor dem Gesetze, sondern soviel als möglich, auch im Leben* (§ 1). Zu ihrer Verwirklichung [...] *in unserm Vaterlande* wollte der Verein *nach Kräften* beitragen (§ 2), allerdings – zumindest satzungsgemäß – ausschließlich mit gewaltlosen Mitteln, wengleich § 10 jedes Mitglied verpflichtete, *soweit es ihm physisch möglich ist, in den Waffen sich zu üben*. Die Werbung für die Idee der Republik sollte sowohl im Rahmen der Studentenschaft wie auch *in dem Volke überhaupt* (§ 3) stattfinden, und zwar mit allen verfügbaren Mitteln (§ 4). An erster Stelle wurde dabei die Presse genannt – geplant war die Gründung einer eigenen Zeitschrift –, außerdem die Beteiligung an Volksversammlungen und die *Errichtung demokratischer Vereine an andern Orten, namentlich auf dem Lande*. Angesichts der erheblichen Bedeutung der *mündlichen Überzeugung* für die Verbreitung republikanischer Ideen sollten die vereinsinternen Treffen dazu dienen, *tüchtige Volksredner heranzubilden* (§ 6), d. h. die Mitglieder sollten freie Vorträge zu den *wichtigsten Fragen der Gegenwart* halten.

Die organisatorischen Bestimmungen der Satzung sahen einen dreiköpfigen Vorstand vor, der die montags und donnerstags abgehaltenen Sitzungen leitete und den Verein nach außen vertreten sollte (§ 11). An seiner Spitze stand – auch ein Ausdruck der republikanischen Gesinnung des Vereins – ein *Präsident*, der mit absoluter Mehrheit *vermitteltst schriftlicher Abstimmung auf 4 Wochen erwählt* wurde. Die Wiederwahl war nicht ausgeschlossen, und, soweit bekannt, gab es in der kurzen Vereinsgeschichte

nur einen einzigen Präsidenten, den aus Halberstadt gebürtigen 18-jährigen stud. phil. Adolph Hirsch⁴⁸ – seine beiden Vorstandskollegen waren stud. phil. Adolph Böhringer aus Mannheim und stud. jur. Eduard Winckelmann aus Düsseldorf. Hirsch, dessen Vater Kaufmann in Magdeburg war und der erst im Mai sein Studium begonnen hatte, war in diesem Trio eindeutig die dominierende Persönlichkeit: Trotz seines geringen Alters war er ein charismatischer Redner, der große Versammlungen mitreißen konnte, die Register der Polemik beherrschte und keiner Konfrontation aus dem Wege ging. Die Tatsache, daß Hirsch Jude war, wurde von den Behörden und der liberalen und konservativen Öffentlichkeit mit durchaus antisemitischem Unterton vermerkt: Prorektor Richard Rothe beschrieb ihn als *einen Juden [...], der sich mit der äußersten Frechheit gebahrte*⁴⁹, und für das regierungsfreundliche Mannheimer Morgenblatt war er *ein junger, talentvoller „Israelit“ aus Magdeburg*.⁵⁰ Für seine Kommilitonen dagegen war Hirschs Herkunft und Religionszugehörigkeit offenbar kein Thema und erst recht kein Hindernis, sich ihm anzuschließen.⁵¹

Unter seiner Führung beschloß der Demokratische Studentenverein Anfang Juli, an die Öffentlichkeit zu gehen, zunächst in Form eines folgen-schweren Aushangs am Schwarzen Brett der Universität:

Kommilitonen!

Das Vaterland ist in Gefahr, und die Freiheit, deren Morgenröthe kaum erschienen ist, wird von vielen Seiten bedroht! Zwar könnte es scheinen, es hätten sich die Wogen der Zeit Etwas gelegt, als wären die größten Gefahren vorüber, aber für den Tieferblickenden ist diese Ruhe nur die Schwüle vor dem Gewitter. Wahrlich, Deutschland wie ganz Europa geht einem Sturm entgegen, einer Erschütterung, wie noch keine die Weltgeschichte je erlebt hat. Die bisherige Ordnung der politischen wie sozialen Verhältnissen der Völker stürzt zusammen; die Geschichte gebiert eine neue Epoche, und die Wehen sind furchtbar. – Einmal stehn sich die verschiedenen Nationalitäten feindlich gegenüber; schon lodert der Kampf im Norden und Süden, und ein noch furchtbarer Krieg steht uns bevor, der Krieg des Westens gegen den Osten, der Zivilisation gegen die Barbarei; über Nacht kann er ausbrechen. Wir könnten diesem Kampfe muthig und freudig entgegen-sehn, wenn nicht daheim, an unserm innersten Marke ein Wurm fräße: unsere sozialen Verhältnisse; diese verlangen vor Allem eine schleunige, vollkommene Heilung! Die Anarchie, welche aus den unteren und unterdrückten Ständen droht, kann nicht beschworen werden, indem man die sozialen Fragen bei Seite schiebt, und den Unglücklichen sich selbst überläßt oder wohl gar gewalthätig gegen ihn verfährt, sondern nur, wenn man mit allem Ernst sich seiner Sache annimmt, seine Lage gründlich verbessert und seine vernachlässigte Bildung zu heben sucht. Welche furchtbare Gefahr im Verzug ist, lehrt das Pariser Blutbad zu Genüge.

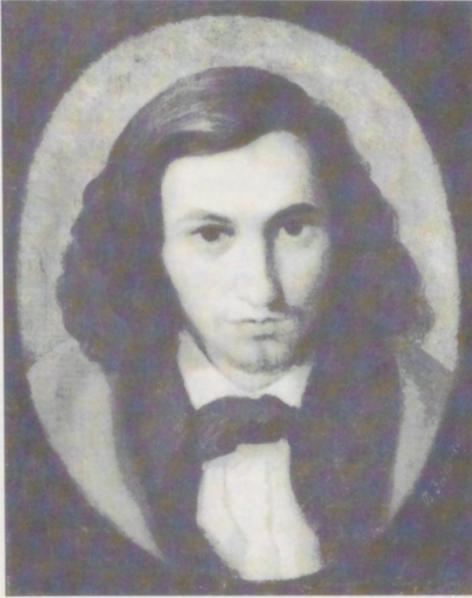


Abb. 1: Student Adolf Hirsch (1830–1901), Ölgemälde von Bernhard Fries, 1849 (Kurpf. Museum Heidelberg)

In einer solchen schweren Zeit ist es die heilige Pflicht eines Jeden, dem Vaterlande und der Sache der Freiheit alle seine Kräfte zu widmen. Vor allem aber darf derjenige Theil des Volkes, welcher der intelligentere ist, die Hände nicht in den Schooß legen, und am allerwenigsten diejenigen, welche mit der Intelligenz den Muth und die Kraft der Jugend verbinden; die Vorkämpfer vielmehr müssen sie sein für die Sache der Freiheit und der Humanität. Sind uns nicht die Studenten in Wien und Berlin mit einem glorreichen, ewig ruhmvollen Beispiele vorangegangen? Und können wir auch nicht so Großes wirken, so können wir doch, so müssen wir doch thun, was in unsern Kräften steht; auch in einem engeren Kreise läßt sich segensreich wirken.

Von diesem Gedanken geleitet, haben viele Studenten sich verbunden und einen Demokratischen Studentenverein gegründet; die näheren Zwecke des Vereins und die Mittel, die er zur Erreichung seiner Tendenz anzuwenden gedenkt, sind aus den {NB.} gedruckten Statuten zu ersehen. Der Grund, weshalb wir uns nicht als Zweigverein der allgemeinen Studentenverbindung untergeordnet haben, liegt einfach darin daß wir uns auf einem ganz andern Boden befinden; jene hat einen rein studentischen Zweck, wir einen bestimmt ausgesprochenen, politischen. Wir stehen daher durchaus in keiner Opposition zur allgemeinen Studentenverbindung, was schon daraus hervorgeht, dass die meisten jetzigen Mitglieder des Vereins zugleich Mitglieder der allgemeinen Studentenverbindung sind.

Kommilitonen! Wem von Euch für Freiheit und Volkswohl ein Herz im Busen schlägt, und wer consequent genug ist, die einzig mögliche Verwirklichung dieser Freiheit in der Republik zu erkennen, den fordern wir auf: Tritt unserm Vereine bei!

Im Namen des Vereins
Der Vorstand

NB. zu haben bei Winter, Buchh.⁵²

Das Ziel des Aufrufs, aus dem dann doch eine gehörige Portion studentischen Elitebewußtseins spricht, war es, Aufmerksamkeit auf den Demokratischen Studentenverein zu lenken, und dieses Ziel erreichte der mit revolutionärem Pathos und apokalyptischer Rhetorik getränkte, aber in seinen konkreten Forderungen doch eher unspektakuläre Text sofort – allerdings weniger bei seiner Zielgruppe, der Studentenschaft, als vielmehr bei der Universitätsleitung und den Behörden. Nur vier Tage nach seinem Erscheinen am Schwarzen Brett erfolgte das Verbot des Vereins durch das badische Ministerium des Innern.

IV. Der politische Hintergrund

Dieses überraschend schnelle und drastische Einschreiten des Innenministers zeigt, daß man in Karlsruhe keineswegs unvorbereitet auf das Auftreten des Demokratischen Studentenvereins reagierte und daß der Aufruf Adolph Hirschs und seiner Freunde lediglich einen Anlaß lieferte, auf den man bereits gewartet hatte, um rigoros gegen die radikaldemokratische Bewegung vorzugehen. Tiefere Ursache dafür war die schwache Position des badischen Ministeriums: Im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Staaten hatte es nämlich im Frühjahr 1848 in Baden keine Neuwahl des Landesparlaments gegeben⁵³, sondern lediglich eine Regierungsumbildung, bei der zwar liberale Minister ins Kabinett aufgenommen wurden, aber auch „prägende Männer“ des alten Regimes im Amt blieben, wie z. B. der seit 1846 amtierende Innenminister Johann Baptist Bekk. Diese Konzessionen genügten zwar, um dem Ministerium in der „noch in ihrer vorrevolutionären Zusammensetzung“⁵⁴ agierenden Zweiten Kammer eine Mehrheit zu sichern, doch trugen sie nicht den inzwischen völlig veränderten Verhältnissen in der Bevölkerung Rechnung. Seit den letzten Landtagswahlen hatte sich nämlich gerade in Baden die bisherige Opposition in zwei Flügel gespalten: die Liberalen strebten durch Kooperation mit den alten Autoritäten eine konstitutionelle Monarchie an, während die Demokraten teilweise gewaltsam, zu großen Teilen aber auf parlamentarischem

Wege die Einführung einer Republik erreichen wollten. Bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Mai/Juni 1848 zeigte sich, wer die Bevölkerungsmehrheit hinter sich hatte: Die Demokraten errangen 14 der 20 badischen Mandate⁵⁵, und dies obwohl das Ministerium die Niederschlagung des Heckeraufstandes am 4. Mai 1848 zum Verbot der Volksvereine, der organisatorischen Basis auch der parlamentarischen Demokraten genutzt hatte.⁵⁶ Dieser Ausgang der Wahlen – „ein indirektes Mißtrauensvotum gegen die liberale Majorität der zweiten Kammer“⁵⁷ – hatte eine weitere Polarisierung der politischen Verhältnisse zur Folge: Auf der einen Seite die Regierung und die konstitutionellen Liberalen, die im bestehenden Landtag „das letzte Bollwerk sahen gegenüber der revolutionären Partei“⁵⁸, auf der anderen Seite die Demokraten, die natürlich nun erst recht Neuwahlen forderten.

Ein wichtiger Meilenstein für den Wiederaufbau einer demokratischen Parteiorganisation in Baden war der vom 14. bis 17. Juni in Frankfurt am Main abgehaltene erste Demokratenkongreß, an dem mehr als 230 Vertreter von demokratischen und Arbeitervereinen aus ganz Deutschland teilnahmen.⁵⁹ Der Kongreß bekannte sich unmißverständlich zur republikanischen Staatsform und setzte einen Zentralausschuß mit Sitz in Berlin ein, *dessen Geschäft es sein soll, die demokratisch-republikanische Partei in Deutschland zu einigen und zu verstärken und zu diesem Zwecke sofort für die Entstehung von Kreisausschüssen zu sorgen.*⁶⁰ Noch bevor er seine Tätigkeit aufnehmen konnte, waren jedoch noch von Frankfurt aus – mit dubioser Legitimation – zwei Aufrufe verbreitet worden⁶¹, die sich vehement gegen die ersten Beschlüsse der Nationalversammlung wandten und die linke Minderheit zur Bildung eines Gegenparlaments aufriefen.⁶²

Gerade der revolutionäre, *ungesetzliche*⁶³ Charakter dieser Aufrufe machte die badische Regierung erneut auf die Aktivitäten der Demokraten im eigenen Land aufmerksam. Bei Innenminister Bekk läuteten die Alarmglocken: Er ordnete Erhebungen an, *ob und wo solche Vereine sich bilden, und ob sie den Frankfurter Beschlüssen sich anschließen, oder welche andere Zwecke sie haben.*⁶⁴ Aber noch bevor diese Untersuchungen Ergebnisse erbringen konnten, trafen die Berichte der Heidelberger Universität über die Aktivitäten des Demokratischen Studentenvereins in Karlsruhe ein: Bekk war klar, daß es sich dabei um Ausläufer der beargwöhnten Richtung handeln müsse, und schritt daher sofort ein. Tatsächlich hatte der Demokratische Studentenverein in seinen Statuten erklärt, *Verbindung mit dem Zentralausschuß sämtlicher demokratischer Vereine Deutschlands (§ 6)*⁶⁵ halten zu wollen, und nicht zuletzt die intensive Präsenz der Heidelberger Demokraten auf dem ersten Demokratenkongreß spricht dafür, daß solche

Kontakte auch tatsächlich bestanden: 9 der 17 badischen Teilnehmer stammten aus Heidelberg und drei von ihnen – die Professoren Karl Hagen und Karl Eduard Morstadt sowie der Privatdozent Karl Levita – waren Angehörige der Universität, die mit den demokratischen Studenten in Verbindung standen.

V. Das Verbot

Die Entschlossenheit des Ministeriums, ein Exempel zu statuieren, war ein wichtiger Faktor, der zum Auszug der Heidelberger Studenten führte, doch war auch die Universitätsleitung in erheblichem Maße für die Eskalation der Ereignisse mitverantwortlich, vor allem Kurator von Dahmen und sein ausführendes Organ, der Universitätsamtman von Hillern⁶⁶, in geringerem Maße aber auch Prorektor Prof. Richard Rothe und der Engere Senat⁶⁷. Mit von Dahmen, Rothe und von Hillern standen alle drei in studentischen Angelegenheiten entscheidenden Amtsinhaber der Universität der Revolution von 1848 verständnislos und stark ablehnend gegenüber, und sie waren entschlossen, sich so weit wie möglich für den Erhalt der bisherigen Ordnung einzusetzen.⁶⁸

Am 7. Juli 1848 mit dem Aufruf des Demokratischen Studentenvereins konfrontiert, reagierte der Universitätsamtman sofort und entfernte ihn vom Schwarzen Brett. Von einem Mitglied des Vereins zur Rede gestellt, rechtfertigte er sich damit, daß der Aufruf die *Umstoßung der Verfassung* bezwecke, und daher auch *abgesehen von den Mitteln, die er gebrauchen will, als staatsgefährlich betrachtet*⁶⁹ werden müsse, zudem sei das Schwarze Brett nur für Verkündigungen der Hochschullehrer und der akademischen Lehrer gedacht. Wie auch im weiteren Verlauf der Ereignisse, wurde bereits hier von amtlicher Seite das spezifische Vorgehen gegen den Demokratischen Studentenverein mit einer auf die gesamte Studentenschaft bezogenen Argumentation verbunden – eine Verknüpfung, die die Solidarisierung der gesamten Studentenschaft mit den demokratischen Studenten begünstigte.

Zunächst versuchte der Demokratische Studentenverein jedoch, die Angelegenheit in eigener Regie zu bereinigen: Eine Deputation verhandelte mit dem Universitätsamtman über eine Rücknahme des Aushangverbots – wie sicher die Studenten ihrer Sache waren, zeigt die Tatsache, daß sie dabei ihre Statuten zur Prüfung einreichten, die später beim Verbot des Vereins zur Begründung herangezogen wurden. Für besonders brisant hielt auch der Universitätsamtman den Fall zunächst nicht, denn er erfragte – wie der Kurator später fassungslos bemerkte – die Vertreter des

Vereins *nicht einmal nach ihrem Namen*.⁷⁰ Deutlich unterschiedlich war der Rechtsboden, auf dem sich die Beteiligten fühlten: Die Universitätsbeamten beriefen sich auf die alte Ordnung, auf Monarchie und Großherzog, aber auch auf die Staatsräson, nach der ein Staat Maßnahmen zu seinem eigenen Umsturz nicht zulassen dürfe, während die Studenten sich durch die Märzerrungenschaften, zu denen ihrer Meinung nach die völlige Assoziations- und Pressefreiheit gehörten, sowie durch die offene politische Situation angesichts der Grundrechtsdebatte der Nationalversammlung legitimiert sahen.

Beide Seiten waren daher nicht bereit, die Sache auf sich beruhen zu lassen: Der Demokratische Studentenverein heftete eine zweite Fassung seines Aufrufs an das Schwarze Brett und suchte, nachdem dieser auf Anordnung des Prorektors abermals abgehängt worden war⁷¹, Rückhalt beim allgemeinen Studentenverein, während Rothe noch für denselben Abend eine Sitzung des Senats einberief, um sich *über das diesem Verein gegenüber einzuhaltende Verfahren baldigt*⁷² zu verständigen. Treibende Kraft für ein möglichst rigoroses Vorgehen war jedoch Kurator von Dahmen, der – selbst wenn man ihm die etwas blutrünstige Rhetorik der Studenten zugute hält – das Gefahrenpotential des Vereins völlig überschätzte. Seine Einschätzung wurde bestimmt von seiner fast schon resignativen Revolutionsfurcht:

Es ist nur allzugewiß, und der Erfolg wird in kurzer Zeit es traurig bestätigen, daß auf ein von der südwestlichen Spitze von Deutschland gegebenes Zeichen gleichzeitig überall von Südschwaben den Rhein hinab bis nach Westphalen, durch Thüringen bis nach Schlesien die für die Republik eingeschriebenen Schaaren sich in Masse erheben werden, daß vielleicht mit alleiniger Ausnahme von Frankfurt und Carlsruhe alle Bürgerwehren sich auflösen und zum größern Theile sich den plündernden Haufen anschließen werden. Die Erscheinungen des Tages sind feurige Warnungszeichen, wenn aber das bewaffnete Volk aufgerufen wird, so werden 2/3 für Hecker sich erheben, und 1/3 zu Hause bleiben; und von diesem Zustande können wir wahrlich nicht sagen, daß wir gerüstet sind.⁷³

Zwischen Hecker und den demokratischen Studenten sah von Dahmen daher *keinen andern Unterschied, als daß jene die Waffen schon ergriffen haben und drohend außerhalb der Grenzen stehen, diese aber und zwar ganz zu demselben Zweck im Lande werben, um im eintretenden Augenblick mit jenen gemeinsam den Bürgerkrieg zu entzünden und zu nähren*. Er plädierte daher dafür, wie bei jedem anderen *gemeinen Verbrechen*⁷⁴ vorzugehen und den Fall an ein ordentliches Gericht zu überweisen. Den Senat der Universität versuchte von Dahmen in einem für seine Amtsführung typischen Verfahren unter Druck zu setzen mit dem Hinweis, der Verein habe beim Ministerium *große Aufmerksamkeit* erregt und man

erwäge dort ein *energisches Einschreiten* – nachdem er selbst beim Ministerium für eben diese Aufmerksamkeit gesorgt hatte.⁷⁵

Der Senat zog sich dagegen in seiner Sitzung vom 9. Juli mit einer für die Revolutionsjahre 1848/49 charakteristischen Zurückhaltung aus der Affäre: Da keiner seiner Mitglieder die Rechtsauffassung des Kurators teilte, überließ man die Entscheidung über das weitere Vorgehen dem Ministerium, hielt jedoch fest, daß man davon abrate, *einzuschreiten wegen des Bestehens anderer Vereine und der Bewilligung des allgemeinen Associationsrechtes*⁷⁶ – eine Argumentation, die später auch die Studenten vorbringen sollten. Prof. Jolly war der Meinung: *Die Sache ist wohl nicht so gefährlich als sie aussieht* und der Nationalökonom Rau vertrat mit Unterstützung des Juristen Rosshirt die Auffassung: *Nur die Tat macht strafbar, also kommt es auf die Mittel an. [...] Rede und Schrift, wie auf die Überzeugung zu wirken, sind erlaubte Mittel.*⁷⁷

Durch ihren vorsichtigen Beschluß trugen die Professoren jedoch ungewollt zur Verschärfung des Konflikts bei, denn sie hatten damit die Sache bereits aus der Hand gegeben, als klar wurde, wie sehr das Verbot die gesamte Studentenschaft bewegte: Am folgenden Montag, den 10. Juli, beschloß der Allgemeine Studentenverein bei einer Sitzung im „Prinz Max“ einstimmig, die Sache der demokratischen Studenten als eine Frage von prinzipieller Bedeutung aufzugreifen und sich beim Senat über den *anscheinenden Willkürakt* des Universitätsamtmanns zu beschweren.⁷⁸ In seiner am 12. Juli überreichten ausführlichen Eingabe wandte er sich vehement gegen das vom Universitätsamtmann beanspruchte Recht, entgegen der bisherigen Praxis *über alle am Schwarzen Brette erscheinenden Anschläge nach Gutdünken zu verfügen* – der Senat könne ja wohl *die Alleinberechtigung eines Beamten gegenüber einer großen Anzahl intelligenter junger Männer unmöglich ferner wollen*.

Diese Beschwerde wurde jedoch vom Gang der Ereignisse überholt: Bereits zwei Tage zuvor hatte das badische Innenministerium – trotz des Votums der Professoren – am 11. Juli 1848 das Verbot des Demokratischen Studentenvereins angeordnet:

Da der obige Verein nach seinen eigenen Statuten auf die Untergrabung der bestehenden Staats-Ordnung gerichtet ist, so erscheint er schon an und für sich als das allgemeine Wohl gefährdend. Dazu kommt vom Standpunkte der Disciplin, daß ein Treiben, wie es durch diesen Verein herbeigeführt wird, die Studenten von ihrem Berufe abzieht und bei der Unerfahrenheit im Leben auf Abwege bringt. Der Verein wird daher nach Maßgabe des Gesetzes vom 26ten October 1833 aufgelöst und sein Fortbestand verboten.⁷⁹

Nach seiner öffentlichen Verkündung am 14. Juli löste dieses Verbot eine Kette von Ereignissen aus, an deren Ende keine 48 Stunden später der Auszug der Studenten aus Heidelberg stand – auch für die schnelllebigen Jahre 1848/49 eine dramatische Entwicklung. Verschärfend wirkte dabei vor allem die Begründung, die explizit auf den studentischen Charakter der Gruppe Bezug nahm. Dies und die Tatsache, daß nicht auch gegen nicht-studentische demokratischen Vereine vorgegangen wurde sowie die Berufung auf ein Gesetz von 1833 mußten den Eindruck erwecken, die badische Regierung wolle an die im Vormärz praktizierte Überwachung studentischer Aktivitäten anknüpfen – eine Entwicklung, die natürlich auch allen anderen studentischen Gruppen und Verbindungen nicht recht sein konnte.

Die Brisanz der Angelegenheit wurde in Heidelberg sofort erkannt: Prof. Jolly erwartete *höchst wahrscheinlich eine kleine Katastrophe*.⁸⁰ Er schlug daher dem Prorektor und seinen Kollegen im Senat vor, der Veröffentlichung des Erlasses *noch einen Bericht an das Ministerium vorangehen zu lassen*. Seiner Meinung nach war das Vorgehen der Landesregierung unverhältnismäßig, ungeschickt begründet und angesichts des baldigen Semesterendes auch völlig unnötig:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der dermalen bestehende demokratische Verein für diesen Augenblick vollkommen unbedenklich ist u. das Staatswohl nicht unmittelbar gefährdet, jedenfalls ist er minder gefährlich als der demokratische Verein der Bürger. Nach beiläufig 4 Wochen wird der Curs gesetzlich beendet. In den Ferien verlassen mit wenigen Ausnahmen die jetzt anwesenden Studenten die Universität. Wenn 2 Monate später die Studenten zurückkommen, werden in der einen oder anderen Art unsere vaterländischen Verhältnisse geordnet seyn; hofentlich sind bis dahin alle demokratischen Vereine geschlossen. Es scheint mir nun, wie ich schon heute im Senate hervorhob, unbillig einseitig gegen den weniger gefährlichen Studentenverein, der nach 4 Wochen von selbst geschlossen ist, einzuschreiten, während gegen die anderen Vereine gleicher Tendenz nicht eingeschritten wird.⁸¹

Die anderen Mitglieder des Senats mochten sich Jollys Vorschlag, die Veröffentlichung des Verbots aufzuschieben, jedoch nicht anschließen – aus der pragmatischen Überlegung, daß das Ministerium wohl nur schwerlich von seinem Beschluß abgehen werde, schon aus dem Grunde nicht, weil es, wenn sein Widerruf bekannt würde, sich damit kompromittieren würde. Auch eine Einberufung des Großen Senates lehnten sie ab und waren allenfalls bereit, einer Blitzmission des Prorektors nach Karlsruhe zuzustimmen, doch verzichtete Jolly selbst auf diese Option, nachdem das Eintreffen des Verbots bereits an die Studentenschaft durchgesickert war.

In einem Punkt gingen Prorektor und Senat jedoch auf die Befürchtungen Jollys ein: Die für die Studenten anstößigste Passage des Verbots wurde bei Bekanntgabe unterschlagen. Jolly hatte angeregt, *bei der Verkündigung [...], um nicht auch diejenigen Studirenden zu reizen, die nicht auf der Seite des demokrat. Stud.-Vereins stehen, aus demselben die Worte „und bei der Unerfahrenheit derselben im Leben auf Abwege bringt“ einfach wegzulassen*, doch lehnte Rothe dies als eine Fälschung ab; stattdessen entschied er, den Wortlaut des Ministerialerlasses gar nicht zu veröffentlichen, sondern ihn in einen leicht abgeschwächten Rektoratserlaß umzugießen, in dem an der entscheidenden Stelle von der Unerfahrenheit der Studenten nicht mehr die Rede war.⁸² Dieser Text wurde am 14. Juli per Aushang veröffentlicht und am folgenden Tag vom Prorektor und vom Universitätsamt dem Vorstand des Demokratischen Studentenvereins amtlich eröffnet.⁸³

Rothe und von Hillern gaben sich alle Mühe, Adolph Hirsch und seine beiden Begleiter von der Rechtmäßigkeit des Verbots zu überzeugen und ihnen die im Gesetz von 1833 vorgesehenen Sanktionen – bis zu 4 Wochen Gefängnis oder 25 Gulden Geldstrafe – drastisch vor Augen zu führen, jedoch ohne Erfolg: *Der Studirende Hirsch erklärte den hohen Erlaß für gesetzwidrig.*⁸⁴

Der Prorektor vermutete angesichts dieser Verweigerungshaltung, daß die demokratischen Studenten *vielleicht in Zusammenhang mit weitergehenden demokratischen Bestrebungen einen Conflict mit den Behörden*⁸⁵ herbeiführen wollten, doch konnte über die Rechtslage in der Tat Unsicherheit bestehen. Auch unbeteiligte Zeitgenossen vermuteten in dem zitierten Gesetz von 1833 ein vormärzliches Ausnahmegesetz, das durch die Annahme der Märzpetitionen außer Kraft gesetzt worden sei, und selbst der Korrespondent des regierungstreuen „Mannheimer Morgenblatts“ kritisierte dessen Anwendung.⁸⁶ Formal war das Vorgehen Bekks jedoch rechtmäßig, da das Assoziationsrecht im März in Baden keine Thema gewesen war, doch war die Anwendung des Gesetzes gegen den Studentenverein in jedem Fall unverhältnismäßig.⁸⁷

VI. Die Eskalation

Nach der Bekanntgabe des Verbots überstürzten sich die Ereignisse: Die breite Mehrheit der Studentenschaft solidarisierte sich mit dem Demokratischen Studentenverein. Noch am Nachmittag des 15. Juli überreichte der Allgemeine Studentenverein dem Prorektor eine „Anfrage“, das *Amt des Universitätskurators betreffend*, in dem sie ihn und den Senat aufforderten,

sich der Bevormundung durch diesen Regierungsbeamten zu entledigen⁸⁸, und am Abend beschloß eine Generalversammlung der Studenten mit etwa 300 bis 400 Teilnehmern, eine Abordnung nach Karlsruhe zu schicken, die der Landesregierung ein Ultimatum stellen sollte: Wenn das Verbot nicht innerhalb von 24 Stunden aufgehoben werde, würden die Studenten Heidelberg, wo kein Gesetz und Recht mehr gelte, geschlossen verlassen.⁸⁹

Dieser Beschluß stellte einen erheblichen Erfolg des Demokratischen Studentenvereins dar, der immer noch nicht mehr als 40 Mitglieder zählte, denn er legte die gesamte Studentenschaft auf einen radikalen Kurs zugunsten seiner Maximalforderungen fest, ohne daß über die angedrohte Sanktion – den Auszug – noch einmal abgestimmt zu werden brauchte. Ausschlaggebend für diesen Erfolg war das geschickte Auftreten Adolph Hirschs, der die prinzipielle Bedeutung der Sache betonte und argumentierte, das Verbots sei rechtswidrig und verletze zwei zentrale Märzerrungenschaften, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Assoziationsfreiheit. Aber vor allem mit einem Appell an das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Selbstbewußtsein der Studentenschaft traf Hirsch den Nerv seiner Kommilitonen: Das einseitige Verbot eines studentischen Vereins sei ein Angriff auf die studentische Freiheit – das Ministerium halte die Studenten wohl für Kinder, die sich so etwas gefallen lassen würden.⁹⁰ Weiteres Gewicht erhielt diese Argumentation dadurch, daß sie von dem kurz zuvor unter großem Aufsehen aus der Paulskirche ausgetretenen radikaldemokratischen Philosophieprofessor Christian Kapp unterstützt wurde. Mit Blick auf die Universitätsleitung war diese Offensive der Studentenschaft jedoch eher kontraproduktiv: Obwohl man wohl zu keinem Zeitpunkt von einer „wohlwollende[n] Neutralität“⁹¹ (Thielbeer) der Professoren ausgehen kann, hatte zunächst bei Prorektor und Senat doch ein gewisses Verständnis für die Erregung der Studenten bestanden. Dies änderte sich nach dem selbstbewußten Auftreten Hirschs gegenüber dem Prorektor⁹² und der gegen den Kurator gerichtete Eingabe. Insbesondere letztere löste bei Rothe erhebliche Verärgerung aus: Er lehnte es ab, auf *dieses in seiner Art wohl einzige Actenstück* überhaupt amtlich zu reagieren, und legte den Text dem Ministerium sowie der badischen Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt vor als *characteristische Probe von den unter der hiesigen studirenden Jugend jetzt vorherrschenden Geiste*. Für ihn war nun klar, daß die Studentenschaft im Griff von *weitergehenden demokratischen Bestrebungen*⁹³ war, und tatsächlich gab es Indizien, die diesen Schluß nahelegten: Die radikale Heidelberger Tageszeitung „Die Republik“ veröffentlichte schon seit Tagen provozierende Artikel, und noch am Abend des Verbotes tauchten in der Stadt Plakate auf, in denen die Studenten erklärten,

von unserer, durch das Blut unserer Brüder in Wien und Berlin und durch das einträchtige Zusammenwirken deutscher Männer an anderen Orten erlangten Freiheit keinen Fuß breit weichen zu wollen, und in denen sie die Heidelberger aufriefen: *wollt ihr nicht den alten Despotismus wieder aufkommen lassen, so müßt ihr unser und euer Recht kräftig schützen, sollte man es durch rohe Gewalt unterdrücken wollen.*⁹⁴ Die Resonanz war spontaner, als es sich die Studenten vermutlich vorgestellt hatten: Eine Gruppe von – vermutlich – Handwerksgesellen bedachten den Universitätsamtman und den völlig unbeteiligten Prof. Kreuzer mit Katzenmusiken und bewarfen ihre Häuser mit Pflastersteinen, bis sie nach dem Ende der Vollversammlung von den Studenten selbst gestoppt wurden.

Die Delegation, die der Regierung das Ultimatum der Studenten vorlegen sollte, reiste am folgenden Morgen – dem 16. Juli – nach Karlsruhe. Ihr gehörten neben Adolph Hirsch fünf Jurastudenten an, davon drei Mitglieder des Demokratischen Studentenvereins, außerdem die drei⁹⁵ Privatdozenten Karl Levita, Jacob Schiel und Alexander Friedländer sowie als Leiter der Professor für Staatsrecht Karl Eduard Morstadt⁹⁶, der in den Kreisen seiner Kollegen als Exzentriker und Querulant verschrien war. In Karlsruhe wurde die Deputation – an einem Sonntag! – zu Innenminister Bekk vorgelassen – ein Zeichen für die relativ hohe Bedeutung, die das Ministerium den Studentenprotesten beimaß.⁹⁷ Dort versuchte sie, den Minister zur Aufhebung des Verbots zu bewegen. Angesichts der festgelegten Positionen war aber eine Annäherung unmöglich: Die Deputation argumentierte, daß das Volk das Recht haben müsse, sich auf eine Änderung der Staatsform vorzubereiten, während Bekk darauf bestand, daß *so lang eine Staatsform bestehe, die verfassungsmäßige Gewalt weder handelnd noch duldend dazu mitwirken dürfe, den Umsturz derselben vorzubereiten.* Über die Strategie gegenüber Bekk bestand innerhalb der Heidelberger Deputation aber offenbar keine vollständige Einigkeit: Während Adolph Hirsch bemerkte, *die Deputation wolle nicht diskutieren, sondern nur wissen, ob die Verfügung zurückgenommen*⁹⁸ werde, waren andere durchaus bereit, einen Verständigungsversuch zu unternehmen. Schließlich einigte man sich darauf, daß Bekk das Anliegen dem gesamten Staatsministerium vorlegen solle, und daß die Heidelberger Delegation dessen Entscheidung im „Englischen Hof“⁹⁹ abwarten würde – allerdings nur bis sechs Uhr abends, *da wir nur bis zum heutigen letzten Bahnzuge zu warten von unseren Committenten ermächtigt sind.*¹⁰⁰ Die Verfügung des Staatsministeriums erreichte die Heidelberger noch rechtzeitig, bestätigte aber nur das Verbot, wenngleich es doch den Versuch machte, die demokratischen Studenten zu isolieren und die übrige Studentenschaft zu beruhigen: Das Ver-

bot wurde nun nur noch mit der politischen Richtung des Vereins begründet, ohne Bezug auf seinen studentischen Charakter, allen anderen Vereinen dagegen das Recht zur Bildung *ohne besondere Staatsgenehmigung* garantiert. Dadurch glaubte man, das Hauptgravamen der Mehrheit der Studentenschaft beseitigt zu haben und hoffte, *daß die Heidelberger Studentenschaft, welche bisher einen anerkennungswerten gesetzlichen Sinn zeigten, sich bei der ergangenen Verfügung selbst beruhigen werde.*¹⁰¹

Diese Erwartung des Ministeriums trog jedoch, wiederum nicht zuletzt als Folge der rhetorischen Qualitäten Adolph Hirschs: Dieser erstattete nämlich nach seiner Rückkehr gegen 9 Uhr abends vom Portal der (Alten) Universität aus einer *großen Menge von Studirenden und sonstigen [...] Einwohnern* Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen in Karlsruhe – in frecher und offenbar entstellter Weise, wie das Akademische Direktorium dem Innenministerium berichtete.¹⁰² Dabei berief er sich nach wie vor auf die Vereinigungsfreiheit, die allen Menschen zustehe, unabhängig von der Bewilligung durch eine Regierung, und rief die Bürger Heidelbergs auf, sich der Sache der Studenten anzuschließen und die Wiederzulassung des Studentenvereins zu erwirken, *jedoch Alles auf dem „gesetzlichen Wege“*¹⁰³. Danach beschlossen die Studenten *unter großer Acclamation*¹⁰⁴ – nach dem Bericht des Mannheimer Morgenblatts war es *ein stürmisches, aber keineswegs allgemeines Ja*¹⁰⁵ – die Durchführung ihres Ultimatum und für den folgenden Morgen, acht Uhr, den geschlossenen Auszug aus Heidelberg.

Bei den anschließenden organisatorischen Beratungen beim „Bierhock“ im Faulen Pelz mit den Vertretern der Corps und Burschenschaften zeigte sich bereits die ungewöhnliche breite Koalition, die die Proteste gegen das Verbot des demokratischen Studentenvereins zusammengebracht hatte. Selbst von den Corps schlossen sich drei – Vandalia, Nassovia und Suevia – dem Auszug an. Allerdings sympathisierten sie nicht mit den demokratischen Studenten – im Vordergrund stand ein Gefühl der Verpflichtung gegenüber der gesamten Studentenschaft und vor allem der Ehrbegriff der Corps, wie der am Auszug beteiligte Nassauer Alexander Peez sich erinnerte: *Um diesen Verein hatten wir Korpsstudenten uns so wenig bekümmert wie um Herrn Schwertleins Tod. Nun aber er aufgelöst war, fühlten wir uns beleidigt oder ließen uns das aufschwätzen.*¹⁰⁶

Die Universitätsleitung gab sich alle Mühe, den Auszug zu verhindern: Im Auftrag des Prorektors versuchten Dozenten und Universitätsbeamten die Studenten zum Bleiben zu überreden, und auch an Bürgermeister Winter trat man mit dieser Bitte heran. Über Nacht wurde ein vom Senat am Abend des 16. Juli beschlossener Aufruf „Akademiker!“ gedruckt, der am frühen Morgen in der Stadt ausgehängt wurde:

Akademiker!

Das Verbot des hiesigen demokratischen Studentenvereins hat unter einem Theil von Euch eine Aufregung hervorgerufen, die wir der mangelnden Kenntniß der gesetzlichen Zustände unseres Landes zuschreiben müssen und die uns veranlaßt, Euch hierüber aufzuklären. [...] Es kann daher dem Ministerium des Innern das Recht [...], den demokratischen Studentenverein aufzulösen, nicht bestritten werden. Fühlt sich derselbe dadurch beschwert, so steht ihm das gesetzliche Mittel der Beschwerdeführung bei

Akademiker! statt, daß Ihr Euer vermeintliches Recht dadurch schützt, wollt Ihr Eure Studien unterbrechen, ein nahezu vollendetes Semester weggeben, dem Willen Eurer Eltern entgegenhandeln! Akademiker! überlegt diesen Schritt in Eurem eigenen Interesse wohl, um so mehr als eine Zurücknahme des Verbots durch das von Euch beabsichtigte Mittel nie und nimmermehr erlangt werden kann. Gebt in dieser Zeit vielfacher Gesetzlosigkeit den Hochschulen Deutschlands das Beispiel einer freien Männern würdigen Liebe zum Gesetz.¹⁰⁷

Das Plakat hatte allerdings nicht den gewünschten Erfolg, wohl nicht nur deshalb, weil *die demokratische Parthei die Anschläge von den Straßenecken jeweils wieder abreißen ließ*¹⁰⁸, sondern auch weil der belehrende Ton des Aufrufs die Stimmung der Studenten völlig verfehlte, darüber hinaus war das Argument der Ungleichbehandlung der Studenten nicht zu entkräften. Die Studenten wollten nun zur Aktion übergehen, so daß auch die noch offenen Rechtsmittel, auf die der Prorektor zu Recht hinwies, zunächst ungenutzt blieben, und auch zögernde Studentenvertreter fühlten sich an das beschlossene Ultimatum gebunden, wohl nicht zuletzt auch angesichts der Verlockungen einer Spritztour und des Ausfallens der Vorlesungen.

VII. Der Auszug

Der letzte, größte und längste Heidelberger Studentenauszug begann so am Morgen des 17. Juli 1848 mit einer Versammlung auf dem Karlsplatz. Um 10.30 Uhr – der von Hirsch vorgeschlagene Termin um 8 Uhr war für studentische Verhältnisse wohl zu ehrgeizig – verließen die Studenten *unter dem Zusammenlauf einer großen Menschenmasse und unter Vortragung der deutschen Fahne Heidelberg*¹⁰⁹, begleitet vom Turnverein, dem Demokratischen Verein und dem Arbeiterverein – vor allem den Schneidergesellen – sowie mehreren Dozenten. Die Verbindungstudenten, die den Corps die Spitze des Zuges überlassen hatten, trugen Couleur und führten Fahnen und Schläger mit sich, andere Studenten hatten sich „phantastische Reisekostüme“¹¹⁰ zugelegt. Eindrucksvoll war aber auch die



Abb. 2: Eine Karikatur auf den Auszug der Studenten. Links des „freien deutschen Rheins“ die nach Neustadt ziehenden Studenten. Rechts des Rheins vier Gestalten, die auf dem Boden des Gesetzes vom 30. Oktober 1833 stehen; eine davon hält eine Mappe mit der Aufschrift „der Engere Senat, Relegationen“ unterm Arm. Über den Köpfen der anderen drei stehen folgende Schriftzüge: „Die Studenten haben wahrhaftig Ehrgefühl, das ist sehr fatal für mich“ und „Das deutsche Volk hat sich das Assoziationsrecht noch nicht erworben“, über der Figur ganz rechts „Gott sei Dank, 's bleibt alles beim Alten“. (Kurpf. Museum Heidelberg)

Beteiligung am Auszug: Der offizielle Bericht der Universität spricht von 364 Ausgezogenen, d. h. knapp zwei Drittel der Immatrikulierten, den protestierenden Studenten nahestehende Quellen dagegen von *mehr als* 400¹¹¹ bzw. *wackeren* 430 *Kämpfern*¹¹². Der Vorlesungsbetrieb jedenfalls wurde empfindlich gestört – Philipp Jolly z. B. hatte statt 45 inskribierten Hörern nur noch fünf¹¹³ –, dennoch wurden der Vorlesungsbetrieb in den folgenden neun Tagen trotzig aufrechterhalten.

Vom Bahnhof aus fuhren die Studenten mit dem Zug nach Mannheim, wo sie von den dortigen Arbeitervereinen und Turnern empfangen wurden. Der Mannheimer Oberamtmann Gustav Jägerschmid verwehrte ihnen

zunächst den Durchzug, da er befürchtete, die Studenten könnten sich in seiner Stadt festsetzen: Erst nach längeren Verhandlungen gestattete er den Durchzug. Die Studenten dankten ihm die Verzögerung auf der Rheinbrücke mit einem Preat¹¹⁴ auf die Mannheimer Polizei, nachdem sie die Sicherheit der weiß-blauen Grenzpfähle der bayerischen Pfalz erreicht hatten. Am Abend erreichten der Zug sein Ziel: Neustadt an der Haardt. Dieser Ort war für einen Auszug der Heidelberger Studenten in doppelter Hinsicht beziehungsreich gewählt: Im Vordergrund stand zweifellos die Erinnerung an das Hambacher Fest von 1832 – *weil wir Eure biedre deutsche Gesinnung, Euren Freiheitssinn und Eure ruhmvolle Gastfreundschaft kannten*¹¹⁵, schrieben die Studenten auf einem Flugblatt, das am Nachmittag des 18. Juli zur Bekanntgabe ihrer Ankunft verteilt wurde –, doch auch die Idee, an das Casimirianum, die vom späteren Kurfürsten Johann Casimir 1578 als Zuflucht für die aus Heidelberg vertriebenen Calvinisten gegründete Ersatzhochschule, anzuspielden, stand bei der Wahl Neustadts Pate: *Das gutmütige Völkchen lebte in der sicheren Überzeugung, daß nunmehr die Universität nach Neustadt verlegt werde. Es sollten, wie man erzählte, schon Platzvermessungen stattgefunden haben.*¹¹⁶

VIII. Reaktionen und Sanktionen

Die erste öffentliche Reaktion auf den Studentenauszug war ebenfalls der Studentenschaft vorbehalten: Unmittelbar nach dem Auszug versammelten sich etwa 120 in Heidelberg zurückgebliebene Studenten – vor allem *die hier studierenden Preußen*¹¹⁷ – in der Aula und verfaßten eine Erklärung, die noch am selben Abend im Heidelberger Journal veröffentlicht wurde. In auffälliger Nähe zur Argumentation der Universitätsleitung und mit Hinweis auf *Aufklärung*, die sie *von badischen Bürgern* erhalten hätten, bezeichneten sie den Auszug als Beschluß einer *wilden Versammlung* und erklärten zur Genugtuung des Prorektors:

Nachdem wir uns nun von der Unrichtigkeit in der Beweisführung des demokratischen Studentenvereins überzeugt hatten, nachdem wir einsahen, daß der Studentenbeschluß auf unrichtigen Voraussetzungen beruhe, und dem demokratischen Studentenverein in Baden selbst noch weitere gesetzliche Wege offen standen, blieben wir in Heidelberg zurück, wohin wir unsere Commilitonen zurückzukehren auffordern, um nicht ferner ungerechter Weise den Bürgern und der Hochschule Nachtheil zu bereiten.¹¹⁸

Auch die Universitätsleitung sah die Hauptursache für den Auszug in einer Täuschung der Studenten, und setzte daher zunächst auf eine Aufklärungs-

kampagne über die *Gesetzmäßigkeit des fraglichen Verbots*.¹¹⁹ Auch die bürgerliche Presse erwartete ein baldiges Ende des Vorlesungsboykotts: *die Vernünftigen werden sich belehren lassen, und der ganze Spektakel wird in Nichts zerfließen*.¹²⁰ Tröstend wirkte die Beobachtung, daß von den Studierenden *ein Theil ohne alles Reisegepäck, der andere nur mit kleinen Reisetaschen versehen* war.¹²¹ Dennoch bereitete der Prorektor auch schon am Tag des Auszugs Sanktionen gegen die Protestierenden vor: In der Hoffnung, *daß Ein hochpr[eisliches] Minist[erium] d[es] I[nnern] auf Gesuche um Zurücknahme [des Verbots] nicht eingehen* werde, schlug er dem Ministerium vor, den Studenten das Semester nicht anzuerkennen, falls sie nicht umgehend zurückkehrten.¹²² Diese Anregungen griff man in Karlsruhe gerne auf: Am 18. Juli ordnete das Ministerium an, den Studenten zu eröffnen, daß ihnen, wenn sie sich nicht innerhalb von drei Tagen zurückmeldeten, das akademische Bürgerrecht gekündigt und Badenern das Semester nicht auf die Mindeststudienzeit für die Staatsexamina angerechnet werde.¹²³

Mit realistischem Blick dafür, daß eine *nicht unbedeutende Minderheit* der Studenten die Gelegenheit genutzt hatte, *sich nach allen Seiten, insbesondere nach Frankfurt* abzusetzen, versuchte die Universität, den Aufruf möglichst effektiv zu veröffentlichen: Zum einen ließ man ihn durch den Oberpedellen an das kgl. bayrische Landkommissariat in Neustadt übermitteln, das die amtliche Bekanntgabe vornahm und zugleich gedruckte Anschläge der Universität in Neustadt und Umgebung verbreiten ließ, zum anderen sorgte die Universität selbst für eine Verbreitung in Heidelberg und in einer Reihe wichtiger Zeitungen. Daß es dem Senat dabei vor allem um die Rückkehr, weniger um eine Bestrafung der Studenten ging, zeigt die auf den Exemplaren für die Dozenten angebrachte Bemerkung, *daß für den Vollzug in der möglichst milden Weise sofort Vorsorge getroffen worden ist*, wie auch der bezeichnende Versuch, den Studenten ein nicht allzu schmachvolles Nachgeben zu ermöglichen: Während man die amtliche Bekanntgabe hinauszögerte, sorgte der Senat dafür, daß der Inhalt des Ministerialerlasses durch Privatbriefe bei den ausgezogenen Studenten bekannt wurde. *Wir bezweckten damit den Studirenden Gelegenheit zu geben, noch vor der officiellen Eröffnung zurückzukehren und ihnen dadurch den beschämenden Vorwurf zu ersparen, als wären sie nicht aus eigenem Antrieb nach gewonnener besserer Überzeugung sondern nur aus Druck vor dem ihnen angedrohten Präjudiz hierher zurückgekehrt*.¹²⁴

Doch weder gute Worte noch die Androhung harter Strafen brachten den gewünschten Erfolg: Die Geschlossenheit des Auszugs bröckelte nur unwesentlich. Angesichts dieser *Hartnäckigkeit* und *Renitenz* beantragte Kurator von Dahmen daher auf eigene Initiative wenigstens gegenüber den bedürftigeren Studenten den Einsatz finanzieller Sanktionen und bat die

Landesregierung und den evangelischen Oberkirchenrat, die Zahlung von Stipendien auszusetzen, *bis zu erfolgter Nachprüfung über die Gegenwart, beziehungsweise zeitige Rückkehr, der Stipendiaten*.¹²⁵ Tatsächlich war diese Stipendien Sperre auch die einzige Strafmaßnahme, die durchgeführt werden konnte, da die zurückgebliebenen Studenten sich weigerten, sich beim Amtmann als anwesend zu melden – sie wollten sich nicht *zum Mittel der Ausführung einer polizeilichen Maßregel gebrauchen und gegen unsere Commilitonen zu [...] Denuncianten machen*¹²⁶ lassen.

Ganz im Gegensatz zur Universität setzte die Stadt Heidelberg auf einen Kompromiß und versuchte nach Kräften, eine Ausgleichslösung zu vermitteln. Hintergrund waren die erheblichen ökonomischen Einbußen für die Stadt, aber auch die politischen Sympathien der Bürger: „In schöner Übereinstimmung von freiheitlichem Denken und wirtschaftlichen Interessen suchten die Heidelberger den Studenten goldene Brücken zu bauen“.¹²⁷ Bereits am Tage des Auszugs hatte eine Versammlung stattgefunden, um über die Lage zu beraten¹²⁸, und am 18. Juli erreichte Bürgermeister Winter im Großen Bürgerausschuß die Entsendung einer Delegation nach Karlsruhe, die eine ausführliche Denkschrift zugunsten einer Rücknahme oder Milderung des Verbotes überreicht.¹²⁹ Doch auch die Stadt holte sich eine Abfuhr: Dem Gemeinderat und den Bürgerausschüssen wurde erklärt, das von dem gefaßten Beschluß *nicht abgegangen werden könne*.¹³⁰ Eine mögliche Lösung wurde aber doch angedeutet: Die Studenten könnten ja einen neuen Verein gründen, *vorausgesetzt, daß derselbe nicht gleich dem aufgelösten sich wieder die Aufgabe stelle, für die Einführung einer Republik Propaganda zu machen*. Trotz dieses mageren Ergebnisses reisten die nach Karlsruhe entsandten Mitglieder des Gemeinderats und der Bürgerausschüsse am 20. Juli nach Neustadt, um die Studenten zur Rückkehr zu bewegen. Doch diese waren nicht zum Nachgeben bereit: Sie dankten den Heidelbergern für ihr Engagement und forderten sie auf, ihre Sache *weiter kräftig durch entschiedene Maßregeln* zu unterstützen.

Auch außerhalb Heidelbergs erhielten die Studenten Unterstützung, allerdings fast ausschließlich von interessierter Seite. Verbaler Beistand kam von den radikaldemokratischen Zeitungen wie z. B. der „Mannheimer Abendzeitung“, der Darmstädter „Neuen Deutschen Zeitung“ oder der „Neuen Rheinischen Zeitung“ aus Köln, von demokratischen Vereinen wie der Kölner demokratischen Gesellschaft¹³¹, aber auch von den Studenten in Tübingen und Wien, die Abordnungen nach Neustadt entsandten¹³², politische Unterstützung dagegen nur von der äußersten Linken der Nationalversammlung, für die der Heidelberger Abgeordnete Karl Hagen am 18. Juli eine Interpellation an den Reichsminister des Innern einbrachte, die

jedoch unbeantwortet blieb; am 21. Juli scheiterte auch der vom Abgeordneten Martiny eingebrachte Antrag, mit Blick auf das Verbot des Studentenvereins die Debatte über das Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit vorzuziehen. Besondere Verbundenheit demonstrierte der linke Paulskirchenabgeordnete Gottlieb Freudentheil aus Stade, dessen beiden Söhne Emil und Julius zu den Ausgezogenen gehörten: Er kam nach Neustadt und hielt vor den Studenten eine Ansprache, in der er sie zu ihrer Aktion beglückwünschte.

IX. Die Studenten in Neustadt

Diese öffentliche Resonanz war vor allem möglich durch das für einen Studentenauszug ungewöhnliche Durchhaltevermögen der Heidelberger Studenten: Mehr als 350 Studenten blieben acht Nächte lang in einem 7.500-Einwohner-Städtchen. Dennoch verlief der Aufenthalt der Studenten in Neustadt erstaunlich unproblematisch: Die Neustädter nahmen die Studenten ausgesprochen freundlich auf und beherbergten sie in ihren Privathäusern. Der überschwengliche Dank der Studenten in einem bei ihrer Abreise aus Neustadt verteilten Flugblatt spricht eine deutliche Sprache: *wahrlich, Ihr habt Euren Ruhm [für Gastfreundschaft] weit, weit hinter Euch zurückgelassen, Ihr habt die größten Erwartungen und Hoffnungen durch die unermüdliche Bereitwilligkeit und Aufmerksamkeit, durch die unendliche Freundschaft und Liebe, welche Ihr uns bewiesen habt, noch übertroffen!*¹³³

Daß sowohl Neustädter wie Studenten den Aufenthalt in so guter Erinnerung behalten konnten, lag in erheblichem Maße an der professionellen und disziplinierten Organisation des Auszugs auf studentischer Seite. Für alle Aktivitäten federführend war ein achtzehnköpfiger „Ausschuß der Heidelberger Studentenschaft“ unter Vorsitz von Adolph Hirsch, Eduard Haas und Eduard Gravelius, der im Café Helfenstein am Marktplatz sein Hauptquartier aufschlug und gleich nach der Ankunft in Neustadt eine Registrierung der am Auszug Beteiligten vornahm. Er ließ am Tag nach der Ankunft in Neustadt ein Flugblatt verbreiten, das bei den Bürgern um Sympathie für den Auszug warb, und bemühte sich um gute Beziehungen zu den örtlichen Behörden. Tatsächlich gelang es, ein gewisses Vertrauensverhältnis zu schaffen, das sich auszahlte: In der ganzen Zeit kam es zu keinem Eingreifen der Behörden, und der Neustädter Polizeikommissar konnte dem Regierungspräsidium in Speyer allmorgendlich melden, *daß verflossene Nacht durch die Anwesenheit der Heidelberger Studenten die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gestört worden sei*¹³⁴.

Das disziplinierte Verhalten der Studenten zeigt, daß es dem Ausschuß durch eine Mischung von politischen Versammlungen und unterhaltenden Aktivitäten gelang, die Kommilitonen bei Laune zu halten, wie auch die Erinnerungen von Alexander Peez illustrieren:

Nun begann ein gar lustiges Leben. Morgens in der Regel Studentenversammlung, wobei die große Frage erörtert ward, welche Satisfaktion zu fordern sei usw. Nachmittags Ausfahrten, Kegelpartien (!), Bad, Unterhaltung mit Philistern und Philistertöchtern. Im Bad war die Loreley dramatisch aufgeführt: ein sehr feister Studiosus kam als Loreley in einem Waschtrog angeschwommen, der Ritter stürzte sich herab, Trog und Loreley versanken in den Fluten.¹³⁵

Für die gute, durchaus nicht pessimistische Stimmung spricht auch das vom Wilhelm Keime in Neustadt veröffentlichte Spottgedicht auf den „Ministerial-Erlaß vom 11. Juli 1848“, mit dem Minister Bekk den Studenten – wie einst Metternich alias Fürst Mitternacht – mit Zuckerbrot und Peitsche das Interesse an der Politik auszutreiben versuche:

Ihr seid nun, dumme Jungen,
Auf's höflichste ersucht,
Daß ihr die Versammlungen
Verflucht und nicht besucht;
Und gehorcht ihr schnelle, schnelle,
Daß sich erfüllt mein Zweck,
So bekommt ihr auch eine Stelle,
Durch's Ministerium Bekk.¹³⁶

Gesellige Höhepunkte des Aufenthalts, die in der Weinbaugemeinde Neustadt nicht ungen gesehen wurden, waren ein Ball, an dem auch die jungen Frauen Neustadts teilnahmen, und – für die Winzer weniger einträglich – ein zu Ehren der Einwohnerschaft Neustadts gehaltener Kommers im Hof des Rathauses, der bis kurz nach Mitternacht andauerte und über den Polizeikommissar Georg Reuthner in seinem Lagebericht am folgenden Morgen zu berichten hatte: *Von den ehrenwerthen Gästen sind nur 124 Schoppen-Gläser, da außer diesen nichts fortzutragen war, entwendet worden. Im Ganzen wurde etwas über zwei Fuder Bier getrunken.*¹³⁷

Bei alledem verloren die Studenten ihr eigentliches Ziel jedoch nicht aus den Augen. Insbesondere die *stets öffentlichen Sitzungen der Studenten, die mit vieler (!) Würde gehalten wurden*¹³⁸, dienten dazu, angesichts der sich verändernden Situation das weitere Vorgehen zu bestimmen, aber auch dazu, die Geschlossenheit der Ausgezogenen zu wahren angesichts der Strafandrohungen der Universität, die den Studenten als Plakat an den Mauern der Stadt ständig vor Augen waren. Angesichts der Vereinnahmungsversuche von links und rechts versuchten die Studenten jedoch, in einer am 20. Juli veröffentlichten Presseerklärung, ihre Beweggründe klarzustellen:

Bürger!

Im Lande Baden galt früher ein Gesetz, nach welchem alle Vereine, welche einem Minister staatsgefährlich schienen, aufgelöst werden konnten. Dieses Gesetz war ein schändliches. Denn es hing nach demselben das Recht der freien Vereinigung, eines der wichtigsten Rechte des Menschen, von der persönlichen Ansicht und Willkür eines Ministers ab. Trotz dem war dies Gesetz noch nicht das ärgste.

Da erschien das Jahr 1848 und das deutsche Volk erwachte, schüttelte seine schmachvollen Ketten ab, und siehe! seine Machthaber erzitterten. Das Volk forderte überall seine heiligen Rechte zurück und erhielt sie; die Gesetze der Knechtschaft und Bevormundung hörten auf und ein frisches, freies Leben erblühte in allen Gauen des Vaterlandes. So wurden denn auch dem badischen Volk vor allem die beiden wichtigsten Rechte in den denkwürdigen Tagen des Mai feierlich zugesichert und gelobt: das Recht der freien Presse und der unbeschränkten Vereinigung.

Trotz dem erschien am 11. Juli ein Erlass des badischen Ministers Beck, wodurch er den kaum gegründeten demokratischen Studentenverein in Heidelberg nach jenem alten Gesetze auflöste, obwohl derselbe sich niemals auch nur eine einzige ungesetzliche Handlung hatte zu Schulden kommen lassen, und sein einziger Zweck war, die demokratischen Grundsätze in sich selbst zu festigen und unter Andern durch geistige Ueberzeugung auszubreiten; ja dieser Minister entblödete sich sogar nicht, zu leugnen, daß durch die Errungenschaften des März die alten Gesetze der Knechtschaft aufgehoben seien.

Was konnten nun die Heidelberger Studenten thun, wenn sie nach Pflicht und Ehre als deutsche Männer handeln wollten? Sie dächten nicht mehr an den Unterschied von Constitutionellen und Republikanern, sie dachten nur noch, die heilige, mit Blut erkaufte Freiheit zu wahren. Einstimmig schickten sie also Abgeordnete nach Karlsruhe und forderten den Minister auf, das Verbot zurückzunehmen; wenn er dies nicht thun würde, so schwuren sie, daß sie Heidelberg verlassen und nicht eher dahin zurückkehren würden, als bis das freie Vereinigungs-Recht wieder hergestellt und die arg gehöhnten Errungenschaften der Neuzeit wieder geachtet seien. Der Minister nahm das Verbot nicht zurück, und die Heidelberger Studenten haben ihr Wort gehalten.

Dies, Brüder, ist der Grund, warum wir zu Euch gekommen sind, zu Euch grade, weil wir Eure biedre deutsche Gesinnung, Euren Freiheits Sinn und Eure ruhmvolle Gastfreundschaft kannten. Ihr habt uns herzlich aufgenommen; wir danken Euch dafür aus vollem, warmem Herzen!

Die Heidelberger Studenten.

Abb. 3: Aufruf der Heidelberger Studenten an die Bevölkerung von Neustadt. (Landesarchiv Speyer)

1. Die ausgezogenen Studenten gehören keineswegs sämtlich der republikanischen Richtung an, vielmehr eben so gut der constitutionellen; aber sämtlich und einstimmig sind sie jeder Willkühr und Polizeiherrschaft feind.
2. Sie haben den Auszug in ihrer Pflicht liegend erachtet aus zwei Gründen:
 - a) Weil sie sich als Studenten in ihrer Ehre und dadurch gekränkt fühlten, daß, während andere demokratische Vereine in Baden bis dahin bestanden, gerade der demokratische Studentenverein aufgelöst wurde, worin sie eine politische Unmündigkeitserklärung für sich erblickten;
 - b) Weil sie sich als deutsche Männer für verpflichtet halten, jeder Willkür entschieden entgegen zu treten und soweit es in ihren Kräften steht, zu verhindern, daß wir wieder in die alten Zeiten der Knechtschaft und Bevormundung zurückgedrängt werden
3. Von einer Rückkehr nach Heidelberg kann nicht eher die Rede sein, als bis das freie Associationsrecht wiederhergestellt, oder überhaupt, nach Ergreifung aller gesetzlichen Mittel von der letzten Instanz über die Sache entschieden ist.¹³⁹

Drei Tage nach dem Auszug bekannten sich die Studenten damit nach wie vor nachdrücklich zum Ziel der Wiedezulassung des demokratischen Studentenvereins und machten deutlich, daß sie sich nicht bloß wegen der Kränkung der studentischen Ehre beteiligten, wie konstitutionelle Zeitungen kolportierten, sondern auch für das staatsbürgerliche Recht auf Assoziationsfreiheit einstanden. Allerdings setzte sich die Mehrheit der Studenten nicht mehr bedingungslos für den demokratischen Studentenverein ein – nachdem der offenbar erwartete schnelle Erfolg des Auszugs ausgeblieben war, war man nun pragmatisch genug, die Grenzen des Erreichbaren zu sehen und im Notfall auch eine *Entscheidung der letzten Instanz* zu akzeptieren, wobei offengelassen wurde, welches die letzte Instanz sein sollte. Im zur gleichen Zeit veröffentlichten *Brudergruß* der Studenten an die Bürger Heidelbergs wird jedoch deutlich, daß man dabei ausschließlich an eine gerichtliche Instanz dachte, wengleich auch hier eine „Öffnungsklausel“ enthalten war: *Sollte dies Beides abgeschlagen werden, [verlangen wir] daß der demokratische Studentenverein thatsächlich mit den andern demokratischen Vereinen gleichgestellt werde.*¹⁴⁰

Diese Forderung findet sich auch in der von 250 Studierenden unterschriebenen Petition an die Zweite Kammer, die am 21. Juli dem Kammerpräsidenten und Heidelberger Juraprofessor Mittermaier überreicht wurde. In ihr forderten die Studenten die Kammer auf, zu veranlassen

1. Den demokratischen Studentenverein zu restituieren oder das erlassene Verbot mit seinen möglichen Folgen so lange zu suspendiren, bis der Verein vor ein competentes Gericht gestellt ist.
2. Den demokratischen Studentenverein den übrigen Vereinen thatsächlich gleichzustellen.

3. Sich für die Zukunft jedes Eingriffes in das Vereinsrecht ohne vorhergegangenes richterliches Urtheil zu enthalten.¹⁴¹

Doch auch damit hatten die Studenten keinen Erfolg: Am folgenden Tag folgte die Kammer mit 34 zu 6 Stimmen dem Antrag des Abgeordneten Lamey auf Übergang zur Tagesordnung. Damit stützte die Kammer uneingeschränkt die Rechtsposition des Ministeriums und ermöglichte ihm das noch am selben Abend *auf allerhöchsten Befehl Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs* ausgesprochene Verbot aller demokratischen Vereine in Baden.¹⁴² Angesichts dieser Ereignisse hat Heide Thielbeer¹⁴³ – in Zuspitzung älterer Auffassungen¹⁴⁴ – die Forderung der Studenten nach „tatsächlicher Gleichstellung“ als eine zynische Aufforderung an die Regierung interpretiert, das Problem doch durch ein Verbot auch der anderen demokratischen Vereine aus der Welt zu schaffen, und bezeichnet das dann tatsächlich erfolgte Verbot als *einkalkuliert und keineswegs unerwünscht*. Diese Lesart der studentischen Forderungen findet sich tatsächlich auch zeitgenössisch bei konservativen Beobachtern¹⁴⁵, doch gibt es keinen wirklichen Beleg dafür, daß die Studenten selbst die Forderung nach „tatsächlicher Gleichstellung“ so verstanden wissen wollten – immerhin hätte das der Forderung widersprochen, Vereinsverbote „kompetenten Gerichten“ vorzubehalten.¹⁴⁶

Auf jeden Fall waren die Studenten nicht die Urheber der Idee, den Auszug durch Verbot aller demokratischen Vereine zu beenden. Philipp Jolly hatte dies bereits vor dem Auszug angeregt¹⁴⁷, und auch Prorektor Rothe hatte am 17. Juli dem Ministerium geschrieben: *Dabei können wir nicht umhin zu bemerken, daß ein allgemeines Verbot der demokratischen Vereine wahrscheinlich den Auszug verhütet hätte, da die Studenten sich als solche durch das einzelnstehende Verbot ihres Vereins besonders gekränkt fühlten.*¹⁴⁸

Wahrscheinlich war der Studentenauszug aber nicht einmal der eigentliche Beweggrund für das Verbot: Innenminister Bekk begründete die Maßnahme in erster Linie mit neuen Erkenntnissen über das Anwachsen der republikanischen Bewegung und einem von Frankreich aus drohenden, neuen Aufstand.¹⁴⁹ Mit Blick auf den Studentenauszug sah er das Verbot lediglich als den Anlaß, der es den Studenten ermöglicht habe, *über den schwierigen Ehrenpunkt, den sie in dem Aufgeben ihres Auszugsbeschlusses vom 17. Juli fanden, hinwegzukommen*. Die Studenten lieferten daher wohl nur insofern den Anlaß für das generelle Verbot der Demokratischen Vereine, als ihre Petition das Votum in der Zweiten Kammer herbeiführte, das für Bekk die ideale Gelegenheit zum losschlagen bot.

X. Die Rückkehr nach Heidelberg

Tatsächlich brachte die Zurückweisung ihrer Petition und die Repression aller demokratischen Vereine mit einem Schlag¹⁵⁰ das Ende des Studentenauszugs¹⁵¹, zumal das Ministerium aufgrund einer vom linken Landtagsabgeordneten Mez erwirkten Konzession die Frist zur straflosen Rückkehr nach Heidelberg um drei Tage verlängerte. Am Abend des 23. Juli beschlossen die Ausgezogenen fast einhellig die Rückkehr nach Heidelberg – sie fühlten sich dazu berechtigt, da durch das allgemeine Verbot der Sinn des Auszuges *als studentische Demonstration* weggefallen sei.¹⁵²

Die 3-Tages-Frist zur straflosen Rückkehr nutzten die Studenten gleichwohl voll aus: Erst am 25. Juli 1848 verließen sie Neustadt, diesmal per Eisenbahn, wobei sie sich in aller Form verabschiedeten: Adolph Hirsch hielt vom oberen Fenster des Bahnhofsgebäudes eine „glänzende Rede“¹⁵³, und ein gedrucktes Flugblatt dankte den Neustädtern für ihre Gastfreundschaft, die eine *Zufluchtsstätte gegen die Willkühr der badenschen Regierung* geboten habe, um *von freiem Boden aus gegen die Reaktion und die alte Tyrannei zu kämpfen*.¹⁵⁴

Das Verhalten der Studenten und ihre Proklamationen bei der Rückkehr nach Heidelberg lassen nicht darauf schließen, daß sie mit der ja bloß formalen Wiederherstellung ihrer Ehre zufrieden gewesen wären – im Gegenteil, sie gestalteten ihren Wiedereinzug in Heidelberg als Demonstration ihrer Niederlage. Die Bürger der festlich geschmückten Universitätsstadt wollten sie – mit Bürgermeister Winter an der Spitze – mit Jubel und Musik empfangen, doch die Studenten verboten sich alle Feierlichkeiten und betreten die Stadt schweigend, mit eingerollten Fahnen und Trauerflor. In einer bei ihrem Einzug verbreiteten Proklamation erklärten sie, das Verbot aller demokratischen Vereine sei *eine Eventualität* gewesen, welche *wir nicht berücksichtigt hatten*.¹⁵⁵ Dennoch waren sie entschlossen, der Regierung keinen völligen Sieg zu gönnen. In pathetischer Sprache gelobten sie, sich auch weiterhin für die vollständige Vereinigungsfreiheit einzusetzen:

Wir wollen jetzt, vereint mit Euch und dem badenschen Volke den heiligen Kampf um unser aller Recht durchfechten; glaubet daher nicht, wir kämen zurück und legten nun feig und träge die Hände in den Schoos; der Auszug ist zwar beendet, weil er seine Bedeutung verloren hat, aber damit keineswegs unser Handeln; vielmehr kommen wir zu Euch zurück, um desto kräftiger und energischer alle gesetzlichen Mittel aufbieten zu können, auf daß unsere mühsam errungene Freiheit nicht fürder von einem Minister gefährdet, und damit jenes Verbot der demokratischen Vereine baldmöglichst wieder aufgehoben wird.¹⁵⁶

Daß dieses Versprechen – im Gegensatz zur Auffassung von Heide Thielbeer¹⁵⁷ – keineswegs Phrase blieb, zeigt ihr Verhalten in den folgenden Tagen: Am 27. Juli sprach sich eine Studentenversammlung im „Prinz Max“ – *dessen Gallerie gestopft voll Bürgern [!] war* – einstimmig gegen jede Verkümmernng des Associationsrechts aus und beschloß eine Adresse der Art an das Nationalparlament zu schicken.¹⁵⁸ Der Text wurde in einer weiteren Versammlung am 31. Juli beschlossen und im „Goldenen Fäßchen“, der „Harmonie“, der Museumsgesellschaft und der Buchhandlung Hoffmeister ausgelegt, verbunden mit dem Aufruf an die Bürger, sich der Petition anzuschließen.

Auch der demokratische Studentenverein zeigte weiterhin Flagge, wenn auch nicht als formelle Organisation: Am Sonntag, den 30. Juli, sprach Adolph Hirsch auf der großen Demokratenversammlung im Heidelberger Schloßhof vor einer Menge von etwa 2.000 Zuhörern – zusammen mit den führenden Republikanern Heidelbergs, Karl Hagen und Christian Kapp, sowie mehreren prominenten Anführern der Paulskirchenlinken, darunter Robert Blum und Adolph von Trützschler.

Der Universitätsleitung flößte dieses infolge des Auszuges stark gewachsene Ansehen Adolph Hirschs und seiner Freunde in- und außerhalb der Studentenschaft durchaus Respekt ein. Als der Kurator am 28. Juli anregte, gegen Hirsch, Gravelius und Haas nicht wegen des Auszuges selbst, aber wegen eines im Heidelberger Journal veröffentlichten Artikels eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten, reagierten sowohl der Senat wie der Universitätsamtmann ablehnend, um nicht einen zweiten Auszug oder gar einen Verruf¹⁵⁹ zu riskieren. Geschlagen und völlig isoliert informierte von Dahmen das Ministerium:

Ich halte es für ein Unglück der Universität, daß die Ausgezogenen nicht alle weggeblieben sind, denn durch die Nachgiebigkeiten, durch die Strafflosigkeit der nach der Wiederkunft zu Tage getretenen Frechheiten, durch die öffentlichen Maueranschläge und Tagblättern ausgesprochene Vorführung der akademischen Behörde, ist der Universität ein Schaden zugefügt worden, der in vielen Jahren nicht vergessen werden wird. Der Ruf von Heidelberg ist vernichtet, und die Universität wird gemieden werden von Allen jenen, die ihre Söhne und Pflēgbefohlenen vor den unseligen Verirrungen bewahrt wissen wollen, welche jetzt die größten Universitäten angesteckt haben.¹⁶⁰

Ohne der Einschätzung Dahmens über den frechen und unziemlichen Charakter des Artikels zu widersprechen, schloß sich das Innenministerium am 10. Oktober der Ansicht des Senats an, daß eine Verfolgung der Autoren leicht nachteilige neue Aufregung hervorrufen könne¹⁶¹ und ordnete an, die Sache auf sich beruhen zu lassen – auch in Karlsruhe wollte man keine weitere Auseinandersetzung riskieren.

XI. Zusammenfassung

Abschließend stellt sich die Frage nach der Bilanz des Heidelberger Studentenauszugs von 1848: War er eine ernstzunehmende politische Demonstration, oder doch nur – wie die Behörden und die bürgerlichen Zeitungen es sahen – ein Ausbruch von fehlgeleitetem studentischen Aktionismus, vielleicht kaum mehr als ein politisch verbrämter Studentenklamauf? Viele Zeitgenossen und die meisten Historiker, die sich mit dem Studentenauszug beschäftigt haben, sind zu einem eher negativen Ergebnis gekommen: Für sie endete der letzte und größte Heidelberger Studentenauszug, wie der skeptische Berichtersteller der „Neuen Rheinischen Zeitung“ prophezeit hatte: mit dem Resultat einer Seifenblase.¹⁶² Und tatsächlich ist es naheliegend, das Ergebnis im Verhältnis zu den Forderungen als einen dramatischer Fehlschlag zu sehen: Die Heidelberger Studenten hatten nicht nur ihr Hauptziel verfehlt – die Wiedezulassung des Demokratischen Studentenvereins –, sondern sie hatten zumindest den Anlaß für das Verbot aller demokratischen Vereine in Baden geliefert und damit genau das bewirkt, wogegen sie sich gewandt hatten: die Einschränkung des freien Assoziationsrechts.

Doch das überwiegend negative Bild des Studentenauszugs erklärt sich nicht nur aus diesem nicht zu bestreitenden Mißerfolg. Es ist zum guten Teil auch das Ergebnis einer einseitigen Quellenüberlieferung: Dem dichten Aktenbestand der Behörden, die mit der Abwehr der Demonstration befaßt waren, stehen auf Seiten der Studenten nur ihre – zugegebenermaßen sprachlich nicht immer ausgereiften – Manifeste sowie einige wenige nostalgische Erinnerungen gegenüber, die vor allem auf die geselligen Ereignisse abheben und die ernsthaften Aspekte des Studentenauszugs naturgemäß nicht betonen.

Als politische Demonstration betrachtet, und das war der Studentenauszug in erster Linie, trotz der unterhaltsamen und geselligen Atmosphäre, die gerade für studentische Aktivitäten nicht untypisch ist, läßt er sich auch positiver bewerten. Die Idee, die traditionelle studentische Protestform des Auszugs im Revolutionsjahr auch für politische Ziele einzusetzen, war kreativ, sie wurde von den Studenten diszipliniert und selbstbewußt ausgeführt, und sie war letztlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten erfolgreich. Die Studenten bedienten sich fast professionell der gängigen Massenmedien der Zeit – Zeitungen, Flugblätter, Plakate, humoristische Gedichte, Versammlungen, Paraden usw. – und lenkten damit das öffentliche Interesse auf ihre Forderungen. Durch das Verlassen Heidelbergs übten sie auch ökonomischen Druck aus, der tatsächlich dazu beitrug, den Heidelberger

Gemeinderat und die Bürgerschaft für ihre Sache zu mobilisieren. Und schließlich zeugt auch das Ende des Auszugs von politischer Reife: Er wurde mit einer öffentlichkeitswirksamen Inszenierung beendet, als eine Durchsetzung der Forderungen nicht mehr zu erwarten war.

Auch mit Blick auf das Selbstverständnis der Studentenschaft blieb der wichtigste Heidelberger Studentenprotest des 19. Jahrhunderts nicht völlig ohne Wirkung: Er stärkte den Allgemeinen Studentenverein, denn die heterogene Koalition, die sich anlässlich des Studentenauszugs gebildet hatte, blieb auch nach der Rückkehr nach Heidelberg bestehen. Neben dem Senior des Corps Vandalia, Friedrich von Klinggraff, gehörten in der Folgezeit viele der führenden Demokraten wie Adolph Hirsch, Hermann Joel, Alexander Spengler und Valentin May zu seinen Sprechern: „Die Niederlage des [demokratischen] Vereins aber wurde zum Sieg seiner Idee“. ¹⁶³

Für kurze Zeit entstand ein neues Selbstverständnis der Studentenschaft, die nun erst recht eine institutionelle Anerkennung im Rahmen der Universität einforderte. Beispiele für dieses neue Selbstbewußtsein waren im Herbst 1848 die Initiative, den umstrittenen Philosophen Ludwig Feuerbach nach Heidelberg zu berufen, oder zu Beginn des Wintersemesters der Anspruch des „Ausschusses der Heidelberger Studentenschaft“, die Aula für Studentenversammlungen nutzen zu dürfen ¹⁶⁴. Prorektor Rothe erkannte zu Recht die neue Qualität dieser Forderungen:

Der Anspruch auf eine Benutzung der akademischen Aula für Versammlungen der Studierenden „zu studentischen Zwecken“ war bisher den Akademikern völlig fremd und geht von einer ganz neuen Ansicht von der Stellung der Studierenden zur Universität aus, die mit dem wahren Zweck des Besuchs der Hochschulen unverträglich ist und, wenn sie anerkannt würde, zu den verderblichsten Verwicklungen führen müßte, die zum Teil bereits in der Erfahrung vorliegen. Schon der Umstand, daß die Petenten die Benutzung des fraglichen Lokals als ein Recht fordern, sowie der Ton, in welchem sie es [...] tun, sind in dieser Hinsicht bedeutsam genug. ¹⁶⁵

Mit der Forderung nach institutioneller Anerkennung und Mitsprache in Universitätsangelegenheiten setzte sich die Studentenschaft 1848/49 allerdings bekanntlich nicht durch, und schon bald bereitete die Reaktionszeit nach der Badischen Revolution von 1849, an der sich viele der im Juli 1848 aktiven Studenten beteiligten ¹⁶⁶, auch der Idee einer organisierten Gesamtstudentenschaft für mehrere Jahrzehnte ein Ende. Wie für viele andere Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland bleibt daher auch für die Heidelberger Studentenschaft der Befund, daß die Jahre 1848/49 ihrer Zeit weit voraus waren und daß viele der Ansätze, die in diesen Monaten erstmals zum Tragen kamen, erst Ende des 19. und vor allem im 20. Jahrhundert wieder aufgegriffen wurden.

Benutzte Archive:

GLA = Generallandesarchiv Karlsruhe

LAS = Landesarchiv Speyer

UAH = Universitätsarchiv Heidelberg

Literatur:

- Bahnson, Karsten. Studentische Auszüge. In: Student und Hochschule im 19. Jahrhundert: Studien und Materialien. Göttingen 1975 (=Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert Bd. 12): S. 173–243.
- Bauer, Erich – Pietzsch, Friedrich August. Der Auszug der Heidelberger Studenten nach Frankenthal im August 1828 und die Geschichte der Allemannia (1828-1831), des Corps des Struwelpeter-Hoffmann. In: Einst und jetzt 15 (1970): S. 51–73.
- Becker, Gerhard. Das Protokoll des ersten Demokratenkongresses vom Juni 1848. In: Jahrbuch für Geschichte 8 (1973): 379–405.
- Bekk, Johann Baptist. Die Bewegung in Baden vom Ende des Februar 1848 bis zur Mitte des Mai 1849. Mannheim 1850.
- Best, Heinrich – Weege, Wilhelm. Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Bonn 1996. (= Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 8).
- Boldt, Werner: Die Anfänge des deutschen Parteiwesens: Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848 – Darstellung und Dokumentation. Paderborn 1971.
- Botzenhart, Manfred: Baden in der deutschen Revolution 1848/49. In: Schäfer, Alfons (Hrsg.): Oberrheinische Studien Bd. 2. Karlsruhe 1973: S. 61–91.
- Buselmeier, Michael. Literarische Führungen durch Heidelberg: Eine Stadtgeschichte im Gehen. 2. Aufl. Heidelberg 1996.
- Derwein, Herbert. Heidelberg im Vormärz und in der Revolution 1848/49: Ein Stück badischer Bürgergeschichte. Heidelberg 1958.
- Deuerlein, Ernst. Die Auszüge deutscher Studenten aus ihren Hochschulstädten. In: ders. Beiträge zur Geschichte des deutschen Studentenlebens. Erlangen 1932: S. 19–31.
- Dietz, Eduard. Heidelberger Communisten und Atheisten der 40er Jahre. In: Allgemeine Zeitung (München) – Beilage Nr. 259 vom 8.11.1893: S. 1–3.
- ders. Die Deutsche Burschenschaft in Heidelberg: Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Deutscher Universitäten. Heidelberg 1895.
- ders. Vom Frankenthaler Auszug und seinen Folgen. In: ders. Neue Beiträge zur Geschichte des Heidelberger Studentenlebens. Heidelberg 1903: S. 91–104.
- Dochnahl, Friedrich Jakob – Tavernier, Karl (Bearb.). Chronik von Neustadt an der Haardt nebst den umliegenden Orten und Burgen mit besonderer Berücksichtigung der Weinjahre (bis Juni 1867). ND Pirmasens 1974.
- Engelhausen, Frank – Kohnle, Armin (Hrsg.). Gelehrte in der Revolution: Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Ubstadt-Weiher 1998.
- Engelhausen, Frank – Hepp, Frieder (Hrsg.). Auf dem Weg zur Paulskirche: Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848: Begleitband zu der Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg vom 5. März – 3. Mai 1998. Ubstadt-Weiher 1998.

- Eulenburg, Franz. Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. Leipzig 1904. ND Berlin 1994.
- Golücke, Friedhelm. Studentenwörterbuch: Das akademische Leben von A-Z. Graz – Wien – Köln 1987.
- Griewank, Karl. Deutsche Studenten und Universitäten in der Revolution von 1848. Weimar 1949.
- Haag, Ferdinand. Die Universität Heidelberg in der Bewegung von 1848/49. Eberbach 1934. Zugl. Diss. phil. Heidelberg 1933.
- Hausrath, Adolph. Richard Rothe und seine Freunde. 2 Bde. Berlin 1906.
- Krafft, Karl. Geschichte der Burschenschaft Frankonia zu Heidelberg von ihrer Gründung im Jahre 1856 bis zu ihrer Wiederaufrichtung im Jahre 1881. Heidelberg 1925.
- Kuhnert, Berthold. Geschichte der Rhenania zu Heidelberg, Zweiter Teil: Von der Stiftung der Rhenania bis zur Suspension 1849–1858.
- Moraw, Peter. Die Universität Heidelberg und Neustadt an der Haardt. In: ders. – Karst, Theodor. Die Universität Heidelberg und Neustadt an der Haardt. Speyer 1963 (= Veröffentlichungen zur Geschichte von Stadt und Kreis Neustadt an der Weinstraße Bd. 3): S. 7–57.
- Mumm, Hans Martin. Der Heidelberger Arbeiterverein 1848/49. Heidelberg 1988.
- ders. „Freiheit ist das was wir – nicht haben“: Jüdinnen und Juden in der Revolution von 1848. In: Giovannini, Norbert – Bauer, Johannes – Mumm, Hans-Martin (Hrsg.). Jüdisches Leben in Heidelberg: Studien zu einer unterbrochenen Geschichte. Heidelberg 1992: S. 61–105.
- Obermann, Karl. Gustav Adolf Schlöffel. In: Männer der Revolution von 1848 Bd. 1. Berlin (Ost) 1988 (= Schriften des Zentralinstituts für Geschichte Bd. 72): S. 191–215.
- Real, Willy. Die Revolution in Baden 1848/49. Stuttgart 1983.
- Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49: Revolutionäre und ihre Gegenspieler. Hrsg. vom Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck. Ubstadt-Weiher 1998.
- Sauer, Heinrich Maria. Die demokratische Volksbewegung in Neustadt an der Haardt im Jahre 1848. Neustadt an der Haardt o. J. [1948].
- Schulz, Friedrich Wilhelm. Der Auszug der Heidelberger Studenten im Jahre 1848. In: Akademische Mitteilungen für die Studierenden der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (SS 1898), Nr. 10–14 (2.7.–30.7.1898).
- Thielbeer, Heide. Universität und Politik in der Deutschen Revolution von 1848. Bonn 1983. Thielbeer, Heide. Universität und Politik in der Deutschen Revolution von 1848. Bonn 1983.
- Thies, Erich. Ludwig Feuerbach zwischen Universität und Rathaus oder die Heidelberger Philosophen und die 48er Revolution. Heidelberg 1990. (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg Heft 2).
- Toepke, Gustav (Bearb.). Die Matrikel der Universität Heidelberg von 1386 bis 1870. 7 Bde. Heidelberg 1884–1907.
- Ullmer, Fritz. Mitglieder-Liste der Alten Frankonia Heidelberg (1846–1849). Heidelberg 1926.
- ders. Die Heidelberger Burschenschaft (1814–1920).
- Weisert, Hermann. Die Verfassung der Universität Heidelberg: Überblick 1386–1952. Heidelberg 1974. (= Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Klasse 1974, 2. Abh.)

Wolgast, Eike. Die Universität Heidelberg 1386–1986. Berlin – Heidelberg u. a. 1986.
 Wreden, Ernst Wilhelm – Bundesmann, Günther. 125 Jahre Heidelberger Allemanen:
 Burschenschaft Allemannia zu Heidelberg – 1856–1981. Heidelberg 1981.

Anmerkungen:

- 1 Der Namenszusatz „an der Weinstraße“, unter dem Neustadt heute allgemein bekannt ist, ersetzte erst 1936 auf Anordnung des bayerischen Reichsstatthalters den historischen, auch 1848 üblichen Zusatz „an der Haardt“. Dieser wurde im Juli 1945 wieder eingeführt, 1950 aber zugunsten des fremdenverkehrswirksameren „an der Weinstraße“ abgelegt. Im folgenden wird die historische Bezeichnung verwendet.
- 2 Vgl. Eulenburg, S. 198 und 203: Nur in den Jahren zwischen 1830 und 1833 hatte es höhere Studentenzahlen gegeben; der Höhepunkt wurde damals im Wintersemester 1831/32 mit 1018 Immatrikulierten erreicht.
- 3 Mannheimer Morgenblatt, 7.5.1848.
- 4 Mannheimer Morgenblatt, 27.5.1848.
- 5 Mannheimer Morgenblatt, 7.5.1848.
- 6 Mannheimer Morgenblatt, 27.5.1848.
- 7 Zum Amt des Kurators in Heidelberg, das 1821 (abgesehen von einer kurzen Zeit 1807/1808) als Folge der Karlsbader Beschlüsse geschaffen wurde und zunächst bis 1832 bestand, bis es 1845–1849 für Dahmen wiederbelebt wurde. Vgl. dazu Weisert, S. 91.
- 8 GLA 235/625: Kurator an Ministerium des Innern, 24.8.1848.
- 9 Die Republik, 22.7.1848.
- 10 Mannheimer Morgenblatt
- 11 Thielbeer, S. 45.
- 12 Vgl. die Übersicht bei Best/Weege, S. 396f.
- 13 Vgl. dazu Wreden/Bundesmann, S. 54–58; Dietz (1895), S. 117–130; Dietz (1893); Obermann, S. 193–201.
- 14 Zu den Ereignissen in Heidelberg im Frühjahr 1848 vgl. neuerdings Petra Schaffrodt: Heidelberg im Februar und März 1848, in: Engehausen/Hepp, S. 43–66 und Rhein-Neckar-Raum, S. 362–377 sowie Mumm (1988), S. 24–45 und Derwein, S. 67–81.
- 15 Vgl. Deutsche Zeitung 26.3.1848; die bei Haag, S. 26 genannte Zahl von nur 12 Unterzeichnern ist irrtümlich.
- 16 Versammlungsort war das Kaffee Englischer Hof (Ecke Hauptstraße/Marstallstraße) Vgl. Rhein-Neckar-Raum, S. 371; Kuhnert, S. 149f.
- 17 Heidelberger Journal, 29.3.1848.
- 18 UAH VIII,1 Nr. 240.
- 19 Vgl. Wolgast, S. 100.
- 20 Vgl. Kuhnert, S. 153.
- 21 GLA 236/4178: Brief des Kurators an die Bau- und Ökonomiekommission der Universität, 16.4.1848.
- 22 Mannheimer Morgenblatt, 24.4.1848.
- 23 Mannheimer Morgenblatt, 7.5.1848.
- 24 Vgl. Derwein, S. 94.
- 25 Vgl. Buselmeier, S. 111.
- 26 Vgl. Kuhnert, S. 154.

- 27 Vgl. Rhein-Neckar-Raum, S. 378 und Derwein, S. 82; die Initiative dazu war in Heidelberg von zwei Studenten ausgegangen, nämlich von Otto Welcker und Karl Mittermaier, die Söhne der Professoren und Abgeordneten (nicht ihre Väter, wie irrtümlich in Rhein-Neckar-Raum, S. 378, angegeben). Vgl. ihren Aufruf im Heidelberger Journal vom 13.5.1848.
- 28 Vgl. die kurze Schilderung bei Kuhnert, S. 154–156.
- 29 Zur Allgemeinen Studentenschaft 1845/45 vgl. Wreden-Bundesmann, S. 60.
- 30 Vgl. Griewank, S. 16–18 und Golücke, S. 356.
- 31 Zu den Studenten vgl. die von Toepke herausgegebene Universitätsmatrikel sowie Thies, insbes. S. 31–44 und 73–76.
- 32 Vgl. Kuhnert, S. 154–156.
- 33 UAH A-868: Schreiben Prorektor Rothes an den Engeren Senat, 16.7.1848.
- 34 Vgl. Haag, S. 28.
- 35 So Moraw, S. 52; Thies, S. 34.
- 36 So Kuhnert, S. 156.
- 37 Moraw, S. 52.
- 38 Zum Arbeiterverein vgl. Mumm (1988), passim.
- 39 Zum Demokratischen Verein vgl. Derwein, S.86 und Kuhnert, S. 156.
- 40 Zu Karl Hagen vgl. neuerdings Robert Zepf: „Karl Hagen“, in: Engehausen/Kohnle, S. 155–182 sowie ders. „Karl Hagen“ in: Fränkische Lebensbilder ** (1998), außerdem Rhein-Neckar-Raum, S. 148–152.
- 41 UAH A-868: Bericht des Engeren Senats an den Kurator zur Vorlage beim Ministerium des Innern, 19.7.1848.
- 42 Die Republik, 13.7.1848.
- 43 GLA 235/30061: Aufruf des Demokratischen Studentenvereins, 7.7.1848.
- 44 Vgl. Statuten §3a. Gedruckt bei Schulz, 9.7.1848.
- 45 Vgl. Buselmeier, S. 140.
- 46 Die Republik, 13.7.1848.
- 47 Ein gedrucktes Exemplar der Satzung findet sich in GLA 235/30061. Mit kleinen Abweichungen in Auszügen gedruckt bei Schulz, 9.7.1898.
- 48 Zu Hirsch vgl. Mumm (1992), S. 86f. sowie Thies, S. 38–45 und 71–78, zu Böhringer und Winckelmann Toepke, Universitätsmatrikel.
- 49 Brief Rothes an Heubner. Zit. nach Hausrath Bd. II, 122f.
- 50 Mannheimer Morgenblatt, 19.7.1848.
- 51 Zu Hirsch und zur Frage des Antisemitismus in der Heidelberger Studentenschaft 1848/49 vgl. Mumm (1992), S. 86f.
- 52 GLA 235/30061. Abb. bei Thies, S. 33.
- 53 Vgl. Botzenhart, S. 78.
- 54 Real, S. 84.
- 55 Vgl. die Aufstellung bei Best/Weege, S. 396f.
- 56 Vgl. Real, S. 81f.; Botzenhart, S. 73f.
- 57 Botzenhart, S. 74.
- 58 Derwein, S. 97.
- 59 Vgl. Becker, passim.
- 60 Becker, S. 388.
- 61 Bekk nennt in seinen Erinnerungen konkret den Aufruf vom 28. Juni (Bekk, S. 227f.). Text beider Aufrufe bei Boldt, S. 123–126. Die Aufrufe waren unterzeichnet: Im

Namen des Demokratischen Deutschlands deren provisorischer Central-Ausschuß zu Frankfurt a. M. Bayrholder, Ronge, Metternich, d. h. von lediglich 3 der 5 Mitglieder der Kommission – die ebenfalls in die Kommission gewählten Paulskirchenabgeordneten Mohr und Zitz waren daran nicht beteiligt. Mit diesen Aufrufen An das deutsche Volk und der Selbstbezeichnung „Provisorischer Central-Ausschuß“ hatten die Kommissionsmitglieder eigenmächtig ihre Kompetenz überschritten, die laut Beschluß des Kongresses darin bestand, solange in Frankfurt zu tagen und bei außerordentlichen Ereignissen den Kongreß zu berufen [...], bis der Zentralaussschuß in Berlin konstituiert ist. (Becker, S. 389).

62 Vgl. Boldt, S. 126.

63 Bekk, S. 227.

64 ebd.

65 Schulz, 9.7.1898.

66 Zur Institution des Universitätsamtmanns vgl. Weisert, S. 92.

67 Der Engere Senat bestand seit 1805 und verdrängte im 19. Jahrhundert den Großen Senat fast völlig; 1848 gehörten ihm 6 Mitglieder an: der Prorektor, der Exprorektor und je ein Ordinarius der vier Fakultäten. Im folgenden wird daher der Begriff Senat für den Engeren Senat verwendet. Vgl. Weisert, S. 88f. und 91.

68 Charakteristisch für diese Haltung ist ein Brief des Theologen Rothe: Hier fangen wir wieder an zu vertrauen, daß dem Strudel der Revolution Einhalt gethan und Deutschland vor einer allgemeinen Zertrümmerung bewahrt werde. Der Rausch der Februar- und März tage hat sich in unserer Gegend doch sehr gelegt, und das Verlangen, daß der Anarchie kräftig gesteuert werde, ist bei allen denen, die nicht im allgemeinen Ruin eine Rettung für die Zerrüttung ihrer Privatangelegenheiten suchen, vorherrschend. [...] Diese verhängnißvolle deutsche Einheit, wie sie von der kurzsichtigen Eitelkeit verstanden wird, kann uns noch um all die eigenthümlichen Güter bringen, die Gott uns vor andern Nationen geschenkt hat, ohne daß wir gegen sie das, wodurch andere Völker groß sind, eintauschen, indem sie mit unbegreiflicher Selbstvermessung den Bau vieler Jahrhunderte einreißen, um ein Luftschloß, dessen Plan sie selbst noch nicht kennen, ebenso hastig aufbauen. Zit. nach Hausrath Bd. II, S. 114.

69 Zit. nach Schulz, 2.7.1898.

70 GLA 235/625: Schreiben des Kurators an das Ministerium des Innern, 9.7.1848.

71 Diese textlich leicht abweichende Fassung befindet sich in UAH A-868; zitiert wird hier jedoch immer nach der ersten Fassung in GLA 235/30061.

72 UAH A-868: Prorektor Rothe an die Mitglieder des Engeren Senats, 8.7.1848.

73 GLA 235/625: Bericht des Kurators an das Ministerium des Innern, 9.7.1848.

74 UAH A-868: Kurator an den Engeren Senat, 9.7.1848.

75 Vgl. GLA 235/625: Kurator an das Ministerium des Innern, 9.7.1848.

76 UAH Protokolle des Engeren Senats 1848, Bd. I, S. 244–246: Protokoll vom 8.7.1848.

77 UAH A-868: Brief von Philipp Jolly an den Prorektor, 13.7.1848, mit Kommentaren der anderen Mitglieder des Engeren Senats.

78 UAH A-868: „Gehorsamste Vorstellung und Bitte“ des Allgemeinen Studentenvereins an den Senat, 12.7.1848.

79 GLA 235/30061: Schreiben des Innenministeriums an den Kurator, 11.7.1848. Der Text ist abgedruckt bei: Schulz, 9.7.1848.

80 UAH A-868: Brief Philipp Jollys an den Prorektor, 13.7.1848.

81 ebd.

- 82 Die Formulierung des Rektoratserlasses lautete: in Erwägung ferner, daß. vom Standpunkte der Disciplin aus betrachtet, ein Treiben, wie es durch diesen Verein herbeigeführt wird, die Studenten von ihrem Beruf abziehe und auf Abwege bringe. (UAH A-868, 14.7.1848).
- 83 UAH A-868: Amtlicher Aushang vom 14.7.1848 und Protokoll über die amtliche Eröffnung vom 15.7.1848.
- 84 UAH A-868: Bericht des Akademischen Direktoriums an das Innenministerium, 17.7.1848.
- 85 ebd.
- 86 Mannheimer Morgenblatt, 19.7.1848.
- 87 Vgl. dagegen die Auffassung von Thielbeer: „Berechtigt war also lediglich die studentische Klage über ungerechte Behandlung gegenüber den bürgerlichen Vereinen“ (Thielbeer, S. 52).
- 88 UAH A-868: Prorektor Rothe an den Engeren Senat, 16.7.1848.
- 89 Heidelberger Journal, 17.7.1848. Vgl. auch UAH A-868: Bericht des Akademischen Direktoriums an das Innenministerium, 17.7.1848 und Hausrath Bd. II, S. 117.
- 90 Erklärung der in Heidelberg Zurückgeblieben, 17.7.1848. Zit. nach Schulz, 16.7.1848.
- 91 Thielbeer, S. 52.
- 92 Ungenau und verzerrend ist hier die Darstellung von Thielbeer, S. 53: Hirsch äußerte sich nicht bei einer „Vorladung vor den Senat“, sondern anlässlich der Eröffnung des Verbots gegenüber Prorektor und Universitätsamtman. Die Hirsch zugeschriebene Äußerung „Wir leben nicht in einem Rechts-, sondern in einem Polizeistaat“ fiel eben nicht in dieser Unterredung, sondern wurde von Hirsch erst anschließend als Aussage des Universitätsamtmanns zitiert. Vor allem aber gibt es keinerlei Belege dafür, daß Adolph Hirsch vor dem Prorektor „tobte“ – im Gegenteil, der gegen Hirsch eingenommene Bericht schildert die Atmosphäre als durchaus ruhig und sachlich.
- 93 UAH A-868: Prorektor Rothe an den Engeren Senat, 16.7.1848.
- 94 Zit. nach Hausrath Bd. II, S. 118f.
- 95 Diese drei unterschrieben das Schreiben der Deputierten an Minister Bekk, 16.7.1848, das bei Thies, S. 38, abgedruckt ist. Minister Bekk erinnerte sich nur an zwei Privatdozenten (Bekk, S. 228). Die Nennung Bruchs an Stelle von Friedländer in der Neue Deutsche Zeitung vom 27.7.1848 beruht vermutlich auf einem Irrtum.
- 96 Abbildung bei Thies, S. 38.
- 97 Für Bekks Version der Begegnung vgl. Bekk, S. 228.
- 98 Bekk, S. 228
- 99 Diese Adresse ist im Schreiben der Deputierten an Bekk, 16.7.1848 (GLA 235/30061) genannt; Schulz gibt als Aufenthaltsort stattdessen das Gasthaus „zum Erbprinzen“ an. (Vgl. Schulz, 16.7.1898.
- 100 GLA 235/30061: Schreiben der Deputierten an Bekk, 16.7.1848.
- 101 UAH A-868: Ministerium des Innern an den Kurator der Universität Heidelberg, 16.7.1848.
- 102 UAH A-868: Bericht des Akademischen Direktoriums an das Innenministerium, 17.7.1848.
- 103 Mannheimer Morgenblatt, 19.7.1848.
- 104 UAH A-868: Bericht des Akademischen Direktoriums an das Innenministerium, 17.7.1848.

- 105 Mannheimer Morgenblatt, 19.7.1848.
- 106 Zit. nach Kuhnert, S. 213.
- 107 UAH A-868. Entwurf und gedruckte Fassung, 16.7.1848.
- 108 UAH A-868: Bericht des Akademischen Direktoriums an das Innenministerium, 17.7.1848.
- 109 ebd.
- 110 Dietz (1895), S. 141.
- 111 Die Republik, 18.7.1848.
- 112 Neue Deutsche Zeitung, 27.7.1848.
- 113 Vgl. Hausrath Bd. II, 119f.
- 114 Lat. „Er gehe zugrunde!“ – studentische Mißfallenskundgebung.
- 115 LAS H1/1090, Bl. 110.
- 116 So die Erinnerung des Corpsstudenten Peez. Zit. nach Kuhnert, S. 158.
- 117 Neue Rheinische Zeitung 20.7.1848 (nach Frankfurter Journal)
- 118 Heidelberger Journal, 19.7.1848.
- 119 UAH A-868: Bericht des Akademischen Direktoriums an das Innenministerium, 17.7.1848.
- 120 Mannheimer Morgenblatt, 20.7.1848.
- 121 UAH A-868: Bericht des Akademischen Direktoriums an das Innenministerium, 17.7.1848.
- 122 ebd.
- 123 UAH A-868: Ministerium des Innern an den Kurator, 18.7.1848, dort auch gedruckte Fassung.
- 124 UAH A-868: Bericht des Engeren Senats an den Kurator zur Vorlage beim Innenministerium, 19.7.1848.
- 125 UAH A-868: Kurator an Akademisches Direktorium, 21.7.1848.
- 126 UAH A-868: Ausschuß der zurückgebliebenen Studenten an den Senat, 24.7.1848.
- 127 Moraw, S. 54.
- 128 Vgl. Neue Rheinische Zeitung, 20.7.1848.
- 129 GLA 235/30061.
- 130 GLA 235/625
- 131 Neue Rheinische Zeitung, 26.7.1848.
- 132 LAS H1/1090, Bl. 126: Polizeikommissariat Neustadt an Landkommissariat Neustadt, 22.7.1848.
- 133 Text abgedruckt bei Sauer, S. 11.
- 134 LAS H1/1090, Bl. 111: Polizeikommissariat Neustadt an Landkommissariat Neustadt, 18.7.1848.
- 135 Zit. nach Kuhnert, S. 158.
- 136 LAS H1/1090, Bl. 118f.: Gedicht des Studenten Wilhelm Keime.
- 137 LAS H1/1090, Bl. 124: Polizeikommissariat Neustadt an Landkommissariat Neustadt, 21.7.1848.
- 138 Neue Deutsche Zeitung, 27.7.1848.
- 139 Deutsche Zeitung, 20.7.1848.
- 140 Zit. nach Schulz, 23.7.1898.
- 141 Zit. nach Schulz, 23.7.1898.
- 142 Text gedruckt in Boldt, S. 148–150.
- 143 Thielbeer, S. 57.

- 144 Vgl. z. B. Kuhnert, S. 160, der von einer „Einigung zwischen Ministerium und Studentenschaft“ spricht.
- 145 Mannheimer Morgenblatt, 25.7.1848.
- 146 Die Lesart Thielbeer ist daher nur dann durchzuhalten, wenn man die Petition nicht als kohärentes Dokument, sondern als Kompromißpaket von sich widersprechenden Einzelforderungen versteht.
- 147 UAH A-868: Brief Jollys an den Prorektor, 13.7.1848. Vgl. auch Derwein, S. 91 und Moraw, S. 54.
- 148 UAH A-868: Bericht des Akademischen Direktoriums an das Innenministerium, 17.7.1848.
- 149 Bekk, S. 232.
- 150 Neue Deutsche Zeitung, 27.7.1848.
- 151 Unzutreffend ist die Schilderung von Hausrath Bd. II, S. 121f., der schreibt, das das Verbot aller Demokratenvereine habe den Herren Hirsch und Compagnie eine noch tapferere Deutung ihrer Rückkehr an die Hand gegeben. Thatsächlich hatten sie von diesem Erlasse Bekks noch gar keine Kunde, als sie in aller Stille sich wieder in Heidelberg einstellten, aber die hoffnungsvolle Jugend hatte sich die Lügenkünste der Demagogen rasch angeeignet. Der Staatsministerialerlaß wurde am 22.7.1848 beschlossen, am 23.7.1848 im Großherzoglichen Regierungsblatt veröffentlicht. Am Abend desselben Tages wurde die Rückkehr nach Heidelberg beschlossen; sie erfolgte am Nachmittag des 25.7.1848.
- 152 Erklärung der Heidelberger Studentenschaft, 25.7.1848. Zit. nach Schulz, 30.7.1898.
- 153 Dochnahl/Tavernier, S. 7.
- 154 Gedruckt bei Sauer, S. 11 und Moraw, S. 54f.
- 155 Erklärung der Heidelberger Studentenschaft, 25.7.1848. Zit. nach Schulz, 30.7.1898.
- 156 Erklärung der Heidelberger Studenten, Die Republik 25.7.1848.
- 157 Vgl. Thielbeer, S. 57.
- 158 Neue Deutsche Zeitung, 30.7.1848.
- 159 Erklärung von Studenten, eine Universität, ein Lokal usw. zu boykottieren. Zu den weiteren Bedeutungen vgl. Golücke, S. 488.
- 160 GLA 235/625: Kurator an Innenministerium, 24.8.1848.
- 161 GLA 235/625: Innenministerium an Kurator, 10.10.1848.
- 162 Neue Rheinische Zeitung, 20.7.1848.
- 163 Derwein, S. 91.
- 164 Zu beiden Projekten vgl. Thies, S. 40–78.
- 165 Thies, S. 46.
- 166 Adolph Hirsch war Mitarbeiter der provisorischen Regierung Brentanos in Karlsruhe, Valentin May, Alexander Spengler und Eduard Haas „Adjutanten“ bzw. „Hauptleute“ der Revolutionstruppen in Baden und der Pfalz. Vgl. dazu Thies, S. 73–76.

Heidelbergs schönstes Barockpalais Hauptstraße 97

Kurpfälzisches
MUSEUM
Stadt Heidelberg

Kunst und Geschichte der
Kurpfalz, Gemälde und
Skulpturen-Sammlung,
Kunsthandwerk-Abteilung,
Graphische Sammlung,
Archäologie und Stadt-
geschichte



Öffnungszeiten: Di.-So. 10-17 Uhr, Mi. 10-21 Uhr

Kurpfälzisches Museum
Schiffgasse 10 · 69117 Heidelberg
Tel. (06221) 58-3402/3400

Petra Nellen

Ein Regiment Weiber für die Revolution . . .

Frauen und Frauenvereine in der 1848/49er Revolution

Ein Flugblatt aus dem Jahre 1848 zeigt Germania über den von der Nationalversammlung verabschiedeten und als Reichsgesetz verkündeten Grundrechten thronend.¹ Die weibliche Symbolfigur sollte Deutschland verkörpern. Doch waren Frauen in den Jahren 1848/49 weit mehr als allegorische Gestalten. Auch sie erfaßte der demokratische Aufbruch, und sie beteiligten sich aktiv am revolutionären Geschehen. Häufig waren damit „Grenzüberschreitungen“ verbunden, denn das weibliche Betätigungsfeld beschränkte sich in der bürgerlichen Idealvorstellung auf Haus und Familie; die öffentliche Sphäre wurde allein vom Mann beherrscht. Untersuchungen bestätigen das polare Geschlechterverhältnis: 40.000 Männern, die im Zusammenhang mit der Badischen Revolution verfolgt wurden, stehen lediglich 180 Frauen gegenüber.² Berücksichtigt wurden jedoch nur „aktenkundige“ Personen; die große Anzahl von Frauen, die mit der Revolution sympathisierten, legale Wege des Protests fanden oder den Verfolgungen der Reaktion entgehen konnten, läßt sich nicht bestimmen. Sicher aber waren sie politisch interessiert und fanden vielfältige Formen, ihrer Gesinnung Ausdruck zu verleihen.

Von den Rängen des Badischen Ständehauses oder der Paulskirche in Frankfurt verfolgten sie die politischen Debatten. In Petitionen baten sie das Parlament um Amnestie für politisch Verfolgte. Die Mannheimer Abendzeitung berichtete am 8. August 1848, daß 1403 Heidelbergerinnen diese Forderung unterzeichnet hätten. Frauen fertigten politische Symbole wie Fahnen und Kokarden oder strichen ihre Schränke demonstrativ in den Farben schwarz-rot-gold. Sie veranstalteten Sammlungen und Basare zugunsten der Demokraten – später der Revolutionäre.

Manche äußerten ihren Unmut in einzelnen Protestaktionen. So nahm eine Buchenerin das Bildnis des Großherzogs von der Wand – und sollte später deshalb gerichtlich belangt werden. Bei Katzenmusiken beteiligten sie sich zahlreich. Carola Lipp analysierte in einer Untersuchung ihre Funktion. Sie sorgten v.a. für den akustischen Rahmen und heizten damit die Stimmung an. An Plünderungen nahmen sie aktiv teil; rückten Polizei

oder Militär an, so halfen sie durch ihre gute Ortskenntnis den Flüchtenden.³ Frauen riefen die revolutionär gestimmten Männer zum Kampf auf und schwenkten Fahnen oder Tücher, um sie anzuspornen. Konstanzer „Weiber“ kritisierten gar öffentlich die Tatenlosigkeit der Männer. In den „Seebältern“ vom 14. April 1848 war zu lesen: „Man wirft dem weiblichen Geschlechte stets vor, anstatt zu handeln, zu händeln, anstatt mit den Waffen, mit der Zunge sich zu verteidigen; doch siehe da, es ist hier in Konstanz das Gegenteil davon eingetreten. Die Männer gebrauchen als Waffe ihre Zunge; denn vor lauter Händeln kommen sie nicht zum Handeln, während man in ein paar Stunden ein Regiment Weiber bekäme, um für das Vaterland zu kämpfen, zur ewigen Schande der Maulhelden.“⁴

Während der Barrikadenkämpfe des Jahres 1848 unterstützten sie die Revolutionäre mit handfester Hilfe. Das Aktionsspektrum reichte von Sammlungen bis hin zum aktiven Kampf. In Wien, Berlin, Elberfeld, Dresden, Erfurt und vielen anderen Städten halfen sie beim Barrikadenbau, spornen die Revolutionäre an oder besorgten Steine, Waffen und Munition. Sie versorgten die Kämpfenden mit Lebensmitteln und verbanden die Verletzten. In manchen Städten wurden sie selbst zu Kämpferinnen. In Solingen ließ sich „eine Kompagnie junger Mädchen [...], mit Messern und Pistolen ausgerüstet, [...] in die Reihen der Barrikadenkämpfer einrollieren“⁵. Aus Erfurt wurde berichtet, daß selbst Frauen Sensen und Beile trügen.⁶ In Wien bewaffneten sich zahlreiche Frauen mit Gewehren und Pistolen, teilten sich in Kompanien und wählten Anführerinnen oder stellten sich unter das Kommando der Volkswehr. In wenigen Tagen wuchs die Zahl der „Amazonen“ auf mehrere Hundert an.⁷ Im Mai 1849 erschienen mehrfach Anzeigen im Heidelberger Journal, in denen der „Heidelberger Frauenverein zur Unterstützung notleidender Patrioten“ zur Spende von Geld, Leinwand, Pulver und Blei aufrief. Als Freischärlerinnen reihten sich Frauen in die bestehenden Revolutionstruppen ein. Bekannt geworden sind z.B. Madame Blenker (bewaffnete Freischärlerin), Mathilde Franziska von Anneke (Ordonanzoffizierin) oder Emma Herwegh (Kundschafterin der deutschen demokratischen Legion). Von ihr wird berichtet, daß sie zwar Männerkleidung trage, „aber keineswegs so lächerlich [aussah], wie einige Journale sie geschildert. Sie trug gewöhnlich schwarze Tuchpantalone und eine schwarze Samtbluse mit einem Ledergürtel, in welchem zwei kleine Terzerole [Pistolen] und ein Dolch staken.“⁸

Vor allem die zahlreichen Frauenvereine organisierten Hilfe für verfolgte oder gefangene Revolutionäre. So gründeten Frauen in Heilbronn einen „Verein junger Mädchen“ zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge in Bern, nachdem Heilbronner Turner am 11./12. Juni 1849 die schweizerische

Grenze überquert und in Bern Unterkunft gefunden hatten. „Der Verein schickte solange jede Woche 40 Gulden an einen Mittelsmann, den Tierarzt Schroter in Bern, bis die Turner zurückgekehrt waren oder außerhalb Deutschlands eine Beschäftigung gefunden hatten. Verschiedene Heilbronner Frauen sammelten auch für die Verbannten. Es wurde ihnen dabei nichts in den Weg gelegt, aber eine Lotterie von Handarbeiten für diesen Zweck wurde von der Kriegsregierung verboten.“⁹ Vier oder fünf junge Mädchen stellten sich die Aufgabe, einem Turner zur Flucht aus der Festung Rastatt zu verhelfen. „Dies sei durch eine Köchin geschehen, die seine Beköstigung übernommen hatte. Die Köchin habe die Erlaubnis gehabt, das Fort in Begleitung eines Soldaten zu betreten. Es sei gelungen, die beiden zu bestechen, so daß der [... Häftling] in den Kleidern des Soldaten entkommen konnte“.¹⁰

In Heidelberg kam vor allem dem „Frauenverein zur Unterstützung notleidender Patrioten“ eine besondere Bedeutung bei der Hilfe für Verfolgte und Gefangene zu. So baten die Mitglieder des Vereins am 30. Dezember 1849 einen Frauenverein mit gleicher Zielsetzung in Mainz, einer Reihe von Inhaftierten oder Versehrten mit Geldmitteln zu helfen.¹¹ Noch am 2. Februar 1850 wurde in der Frauen-Zeitung, herausgegeben von Louise Otto-Peters, berichtet, daß in Heidelberg weiterhin Frauen Verfolgten oder „Berüchtigten“ zur Flucht verhelfen.¹² Der Lehrer Willigis Letzeiser berichtete im April 1850 aus dem Heidelberger Zellengefängnis, daß ihm Hilfe durch die Vorsitzende des Frauenvereins Katharina Beck zugekommen sei.¹³ Aber auch einzelne, nicht-organisierte Frauen versteckten politisch Verfolgte. Der Heidelberger Witwe Fischer wurde deshalb eine Geldbuße von 15 Gulden auferlegt.¹⁴

Andere initiierten Spendensammlungen für die Hinterbliebenen standrechtlich erschossener Republikaner. Im November 1848 wurde öffentlich im Heidelberger Journal diskutiert, ob man den üblichen Harmonieball ausfallen lassen solle und das so gewonnene Geld den Hinterbliebenen Robert Blums zukommen lassen solle, oder ob während des Balls „durch einige Damen eine freiwillige Collecte“ durchgeführt werden solle. Nach der Niederschlagung der Badischen Revolution rief Frau Schaaf im August 1849 durch eine Anzeige im Heidelberger Journal zu Geldspenden für die Familie des Lehrers Höfer aus Altneudorf auf.¹⁵

Die Gründung von Frauen- und Jungfrauenvereinen 1848/49

Der demokratische Aufbruch der Jahre 1848/49 veranlaßte Frauen an zahlreichen Orten, sich in „Frauen- und Jungfrauenvereinen“ zusammenzuschließen. Zusammenfassend kann als Ziel all dieser Vereine formuliert werden, einen „weiblichen Beitrag“ zum Kampf um Freiheit und Einheit leisten zu wollen. Die Mitgliedsbasis und das sympathisierende Umfeld rekrutierten sich, zumindest in der Anfangsphase, aus dem liberal-demokratischen Bürgertum. Die Tätigkeit der Vereine bewegte sich überwiegend innerhalb des typisch weiblichen Handlungsspielraums. Der Verkauf oder die Verlosung selbstgefertigter und zum Teil symbolträchtiger Handarbeiten, die Herstellung von Bürgerwehrfahnen, das Sammeln von Geldspenden, später auch das Sammeln von Kleidung für Revolutionäre, von Verbandmaterial oder von Pulver und Blei sowie die Gefangenen- und Hinterbliebenenhilfe bestimmten ihren Aktionsradius. Während der Revolutionskämpfe bildeten Frauenvereine das organisierende Zentrum der Hilfsleistungen. Sie standen miteinander in Kontakt und bildeten regelrechte Netzwerke.

Die Vereinsstrukturen entsprachen denen des allgemeinen (männlichen) Vereinswesens: Es wurden Satzungen formuliert, Vorstandswahlen und Mitgliederversammlungen durchgeführt sowie durch Anzeigen in den regionalen Zeitungen Öffentlichkeit hergestellt. Die Vereine ermöglichten es den Frauen, als Gruppe in der Öffentlichkeit aufzutreten, auch wenn dies prinzipiell dem allgemein anerkannten Rollenbild widersprach.

Die Heidelbergerinnen gründeten 1848 drei Frauenvereine, mit einer jeweils ganz konkreten, aber auch sehr unterschiedlichen Zielsetzung, mit einer teilweise differierenden Mitgliedschaft und mit sehr verschiedenem politischen Standort. Ihre Tätigkeit war in das politische Geschehen eingebunden, jedoch stand es nicht unmittelbar im Zusammenhang mit politischen Institutionen, mit zentraler Politik. Das mindert zwar nicht ihre Bedeutung, verlangt aber einen anderen Blick bei der Quellensuche, die sich mitunter sehr mühselig gestaltet.

Der Heidelberger Frauenverein zur Herstellung einer Bürgerwehrfahne – 1848

Am 19. April 1848 erschien im Heidelberger Journal der Aufruf mehrerer „Frauen und Jungfrauen“ Heidelbergs zur Anfertigung einer Fahne für die hiesige Bürgerwehr. „Sie soll ihr [der Bürgerwehr] ein Beweis seyn, daß

auch wir die hohe Bedeutung der Zeit zu würdigen wissen, und daß wir Achtung und Verehrung zollen Denen, die mit deutschem Muthe und deutscher Treue dem Banner folgen für Freiheit, Ordnung und ein einiges freies Deutschland!“ Mit diesem Aufruf war das Programm des Frauenvereins umrissen: Freiheit und Einheit wurden angestrebt und sollten verteidigt werden. Die Frauen demonstrierten mit ihrem Vorhaben die Übereinstimmung und die Unterstützung des beginnenden Demokratisierungsprozesses. Die Bürgerwehr galt als ein erster Schritt zu einer Volksbewaffnung, eine der grundlegenden demokratischen Forderungen und gleichzeitig ein Garant für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Frauen Heidelbergs reihten sich damit in das Programm des national-liberal gesinnten Bürgertums ein. Sie bedienten sich dabei ihrer spezifischen Fähigkeiten, die sie in ihrer bürgerlichen Ausbildung erlernt hatten: des Handarbeitens. Die Erzieherinnen hatten wahrscheinlich weniger die Verwendung dieser Fähigkeiten als politische Gesinnungsdemonstration beabsichtigt, sondern den Einsatz bei der Herstellung der Aussteuer und der Erhaltung der familiären Wäschestücke. Nun aber nutzten die Frauen auf politischer Ebene das, was sie am besten konnten: Sie stickten eine Bürgerwehrfahne.

Die Aktivitäten der Frauen blieben nicht ohne Kritik, bereits am nächsten Tag folgte eine Reaktion im Heidelberger Journal. Ein Wehrmann kritisierte, daß die Frauen „jetzt an Spielerei“ denken würden, anstatt sich um die bedürftigen Heidelberger zu kümmern. Denn sie würden „zu solch nutzlosem Zweck den Leuten das wenige, was sie noch besitzen, abnehmen; habt ihr Frauen und Jungfrauen nicht Armen genug, die des Brods bedürfen, kennt ihr nicht die Häuser, wo Kinder in elenden Betten liegen, die Schule nicht besuchen können, weil dieselben das Fähnchen nicht auf dem Leibe haben; wenn ihr sie nicht kennt, so geht von Haus zu Haus, ihr werdet sie finden.“ Fahnen seien genug vorhanden, da bedürfte es nicht noch zusätzlich einer Heidelberger Bürgerwehrfahne. Doch diese Auffassung war nicht mehr zeitgemäß und entsprach nicht dem herrschenden Grundkonsens. Ein anderer Wehrmann betonte am folgenden Tag in der gleichen Zeitung die Bedeutung der Fahne als Identifikationssymbol, das ebenso zu werten sei wie eine gleichförmige Kleidung.

Die Vereinsfrauen waren höchst aktiv: Innerhalb von nicht ganz zwei Wochen hatten sie so viele Spenden gesammelt, daß sie am 30. April zur Beratung der Fahnenherstellung in das Museum einluden. Von dem Betrag konnten zwei Fahnen erstellt und darüber hinaus ein ansehnlicher Betrag zur Anschaffung von Waffen für die Bürgerwehr verwendet werden. Am 26. August 1848, also etwa vier Monate später, teilten die Frauen, wieder im

Heidelberger Journal, mit, daß die Fahnen fertiggestellt worden und nun in den Räumen des Museums zur Ansicht ausgestellt seien. Außerdem wurden Urkunden ausgelegt, auf denen mehr als 80 Frauen ihre Beteiligung dokumentierten. Der Urkundentext lautete: „Nachdem das deutsche Volk im Laufe dieses Jahres mit anderen politischen Rechten auch das Recht der Volksbewaffnung errungen hat, wurden in den Gemeinden des Landes und so auch in der Stadt Heidelberg Bürgerwehren errichtet. Es ist daher eine Anzahl Frauen und Jungfrauen Heidelbergs zusammengetreten und hat beschlossen, der hiesigen Bürgerwehr ihre Sympathie und ihr Vertrauen durch Stiftung zweier Fahnen zu erkennen zu geben. – Die Überreichung dieser beiden Fahnen hat heute auf dem Universitätsplatze in feierlichem Acte stattgefunden, zu dessen Andenken diese Urkunde in zwei Exemplaren gefertigt, von einem Theil der Stifterinnen eigenhändig unterzeichnet und je ein Exemplar davon in der Spitze einer jeden der beiden Fahnen aufbewahrt wurde.“¹⁶ Auf diesen Urkunden finden sich so bekannte Namen wie Emilie Daub, Louise, Johanna und Auguste Posselt, Babette Posselt (geb. Landfried), Henriette Thibaut, Frau von Vangerow, Luise und Augusta Nebel, Maria und Eleonore Häusser, Wilhelmine Abegg, Victoria und Anna Iffel, Luise Gmelin, Clara und Louise Mittermaier, Louise Schlosser, Maria und Appolonia Ritzhaupt, Amalie Bassermann, aber auch Elise Gätschenberger oder Friederike Schaaf.

Am 1. Oktober 1848 fand im Rahmen eines offiziellen Festprogramms die Übergabe statt. Die Gestaltung des Festes hatte ein Festkomitee übernommen, dem auch der Obrist der Bürgerwehr, Herr Rummer, angehörte. Er wandte sich mit der Bitte an den Heidelberger Gemeinderat, die Kosten für die Feier zu bezuschussen. Die Errichtung einer Festsäule auf dem Universitätsplatz, Kanonensalven, Musik und abendliches Feuerwerk kosteten etwa 400 Gulden. Zwar hatte man bereits unter den Bürgerwehrmannschaften Geld für dieses Fest gesammelt, doch es reichte nicht aus. Nun argumentierte Rummer, daß ja eigentlich der Gemeinderat für die Anschaffung der Fahnen aufzukommen habe. Da diese aber von den Heidelberger Frauen gestiftet worden seien, sei es nur recht und billig, wenn der Gemeinderat einen Zuschuß zu dem Feste zur Verfügung stelle.

Die Fahnenübergabe wurde wie in vielen anderen Städten als großes Volksfest organisiert, zu dem auch zahlreiche auswärtige Besucher erwartet wurden. Das Fest umfaßte ein ganzes Tagesprogramm: Es begann am frühen Morgen um 6 Uhr mit Kanonensalven. Die Straßen waren festlich geschmückt, und auf dem Universitätsplatz war eine „schönstens verzierte und mit vielen Wimpeln belebte Fest-Säule“¹⁷ errichtet worden. Bei der Fahnenübergabe an die Bürgerwehr gegen Mittag beteiligten sich alle maß-

Nachdem das deutsche Volk im Laufe dieses Jahres mit andern politischen Rechten auch das Recht der Volksbewaffnung errungen hat, wurden in den Gemeinden des Landes und so auch in der Stadt Heidelberg Bürgerwehren errichtet.

Es ist daher eine Anzahl Frauen und Jungfrauen Heidelbergs zusammengetreten und hat beschlossen, der hiesigen Bürgerwehr ihre Sympathie und ihr Vertrauen durch Stiftung zweier Fahnen zu erkennen zu geben. Die Ubrerichtung dieser beiden Fahnen hat heute auf dem Universitätsplatze in friedlichem Acte stattgefunden, zu dessen Andenken diese Urkunde in zwei Exemplaren gefertigt, von einem Theil der Stifterinnen eigenhändig unterzeichnet und je ein Exemplar davon in der Spitze einer jeden der beiden Fahnen aufbewahrt wurde. —

Heil und Segen dem Vaterlande!

Es geschehen zu Heidelberg am 12^{ten} October 1848.

Johanne Louise geb. Posselt	Eleonore Jungmann geb. Helwerth	Emilie Daub	Luise Posselt	Luise Kuchler geb. Schoeler	Maria Häusser geb.	[P]aniel, Jul. Wieser geb. Schmitt	Karolina Klar	Eleonore Häusser geb.	Rettig	Pauline Haub	Babette Hecht	Dorette Fries geb. Weiss	Sophie Feldhoff	Susanne Olinger geb. Lauer	Magarethe Weissner	Elise Höpfner	Wilhemine Abegg geb. Maurer	Friedrike Neuer	Katharina Edel	Kath.
-----------------------------	---------------------------------	-------------	---------------	-----------------------------	--------------------	------------------------------------	---------------	-----------------------	--------	--------------	---------------	--------------------------	-----------------	----------------------------	--------------------	---------------	-----------------------------	-----------------	----------------	-------

Eine von zwei Urkunden, mit der Frauen ihre Beteiligung an der Herstellung der Bürgerwehrfahne 1848 dokumentierten. Es unterzeichneten: Johanne Louis geb. Kiesselbach, Johanna Jungmann geb. Helwerth, Emilie Daub, Luise Posselt, Luise Kuchler geb. Schoeler, Maria Häusser geb. [P]aniel, Jul. Wieser geb. Schmitt, Karolina Klar, Eleonore Häusser geb. Rettig, Pauline Haub, Babette Hecht, Dorette Fries geb. Weiss, Sophie Feldhoff, Susanne Olinger geb. Lauer, Magarethe Weissner, Elise Höpfner, Wilhemine Abegg geb. Maurer, Friedrike Neuer, Katharina Edel, Kath.

geblichen offiziellen Personen bzw. Institutionen wie z.B. Bürgermeister Winter, der Gemeinderat und der Bürgerausschuß. Beschlossen wurde der Festtag mit einem Feuerwerk um 8 Uhr abends.

Mit dieser öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung fand der Verein sein Ende, denn Ziel und Zweck, die Fahnenherstellung, war erreicht. In der Zwischenzeit hatten sich aber bereits zwei weitere Frauenvereine gegründet.

Der Heidelberger Frauenverein zur Sammlung für die Deutsche Flotte – 1848

Am 4. Juli 1848 wurde im Heidelberger Journal die Gründung des Frauenvereins zur Sammlung für die Deutsche Flotte bekannt gegeben: „Die Unterzeichneten haben, im Einvernehmen mit dem Ausschusse zur Sammlung für die deutsche Kriegsflotte, einen Frauenverein für den gleichen Zweck gegründet. Sie sind der Ansicht, daß die Frauen, durch ihre Stellung in der Familie und der Gesellschaft, ganz besonders befähigt sind, die kleinen Beiträge herbeizuschaffen, jene Tropfen zu sammeln, die das Meer

füllen;‘ sie sind daher übereingekommen, auf dreifache Art jene Beiträge zu gewinnen, und erlauben sich den Bewohnern Heidelbergs ihre Pläne vorzulegen und sie zur Unterstützung derselben aufzufordern.“ Erstens wurden Sechсersammlungen durchgeführt, d.h. es wurden kleine Beträge Bargeld gesammelt. Zweitens wurden wertvolle Schmuckstücke entgegengenommen, deren Verkaufserlös der Flotte zugute kommen sollte. Drittens sollte ein Basar, hauptsächlich bestückt mit weiblichen Handarbeiten, veranstaltet werden. Dem Vorstand gehörten Wilhelmine Abegg, Pauline Mohl, Margarethe Rummer, Pauline Schwab und Kathrina Thomas an.

Hintergrund dieser Aktivität war der Konflikt um Schleswig-Holstein. Nachdem der dänische König die beiden Herzogtümer – gegen bestehendes Recht – in den dänischen Staat hatte integrieren wollen, sagten sich die Schleswig-Holsteiner von der dänischen Krone los und bildeten eine provisorische Regierung. Truppen und Freiwillige aus ganz Deutschland unterstützten sie in ihrem Kampf. Der Deutsche Bund verfügte allerdings bis 1848 über keine eigene nationale Streitkraft. In Krisensituationen wie dieser hatte jeder Mitgliedsstaat ein gewisses Kontingent an Militär zur Verfügung zu stellen. Eine äußeren Bedrohungen gewachsene Marine hatte bislang keiner der Staaten aufgebaut. Nun, in der allgemeinen nationalen Begeisterung des Jahres 1848 und unter dem Eindruck des Konflikts um Schleswig-Holstein, setzte sich die gesamte bürgerliche Bewegung bis hin zur äußersten Linken das Ziel, eine nationale Flotte aufzubauen. Selbst Georg Herwegh, der radikale Dichter der Revolutionsjahre, verfaßte mehrere „Flottenlieder“. Private Gesellschaften, Vereine und Komitees sammelten in kürzester Zeit große Geldsummen für diesen Zweck. In Heidelberg zeichnete im April 1848 „der Handelsstand“ 500 Gulden. Der Bundestag und die Nationalversammlung in Frankfurt ergriffen erste Maßnahmen zum Aufbau einer solchen Flotte und stellten im Juni 1848 einen ersten finanziellen Beitrag zur Verfügung.

Die Sammlung des Frauenvereins für die Deutsche Flotte fand allerdings nicht den erwarteten Anklang. Im ersten Monatsbericht wurde vor allem der geringe Erfolg der Sechсersammlung beklagt. Die Sammlung der Schmucksachen hingegen hatte den „glänzendsten Erfolg“. Im ersten Monat wurden etwa 104 Gulden gesammelt – überwiegend aus Spenden der Initiatorinnen des Vereins. Hinzu kam eine Spende von Frau Hofrat Gervinus: Schmucksachen und Silberwaren im Wert von 56 Gulden, eine beachtliche Summe. Am 2. November 1848 wurde der Basar eröffnet, auf dem die weiblichen Arbeiten verkauft wurden. Nach mehrtägigem Verkauf betrug der Erlös knapp 450 Gulden. Insgesamt ergab sich laut Abschlußbericht vom 17. November 1848 ein Spendenbetrag von rund 600 Gulden. Mit dem

Abschlußbericht gab der Verein gleichzeitig seine Auflösung bekannt. Von nun an wurden die Kosten für die Deutsche Flotte durch Steuern der Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes finanziert. Die Bedeutung seines Wirkens beurteilte der Frauenverein im Abschlußbericht sehr positiv: „Die Steuern werden gewiß um so freudiger gegeben, je mehr das Interesse für die Flotte erweckt ist; wer aber wird in Abrede stellen, daß dieses durch nichts so sehr als durch die Vereine geschehen ist? Wir wenigstens hatten die Freude wahrzunehmen, daß durch unsere Aufforderungen dasselbe sich immer weiter verbreitete, und wir halten diese Wirkung für mindestens ebenso bedeutend als das gewonnene Geld.“

*Der Heidelberg Frauenverein zur Unterstützung
notleidender Patrioten – 1848/49*

Am 22. September 1848 konstituierte sich im Heidelberger Rathaus ein dritter Frauenverein, der „Frauenverein zur Unterstützung notleidender Patrioten“. Sein Ziel war die Unterstützung politisch verfolgter Revolutionäre. Die Mitgliedsbasis dieses Vereins unterschied sich, soweit Namen bekannt sind, wesentlich von der der bisherigen Vereine. Die Vorsitzende war Katharina Beck, Wirtin zum Weinberg in der damaligen Hirschstraße (heute Heilig-Geist-Straße 1). Sie fiel allein schon durch ihre Lebensgestaltung aus dem Rahmen des damals üblichen. Sie hatte sich von ihrem Mann scheiden lassen und führte nun selbständig den Gasthausbetrieb. Theresia Bomo, die Schriftführerin des Vereins, war Tochter eines Lackierers. Dieser Verein scheint eher im Heidelberger Handwerkermilieu verankert gewesen zu sein, namentliche Übereinstimmungen mit Mitgliedern der zuvor beschriebenen Vereine ließen sich nicht finden.

Die Aktivitäten des Vereins waren vielfältig. Im November spendete er 30 Gulden für die Berliner Demokraten, welche sich gegen das einrückende preußische Militär zur Wehr setzten. Im Dezember lud der Verein seine Mitglieder ein, „sich zur Einzeichnung von Beiträgen für die Familie Blums am Sonntag 3 Uhr im gewöhnlichen Lokale recht zahlreich einzufinden.“¹⁸ Die Mitglieder des gleichgesinnten Neuenheimer Vereins wurden zu der Versammlung ebenfalls eingeladen. Im Februar 1849 richteten die Frauen eine Grußadresse an den erkrankten Abgeordneten Peter. Seit April 1849 wurden die in den Zeitungen veröffentlichten Einladungen zu den Versammlungen seltener, was jedoch nicht mit einer zurückgehenden Aktivität zusammenhing, sondern mit der sich zuspitzenden politischen Lage. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnte Anfang April die ihm von

der Nationalversammlung angetragene Kaiserkrone ab. Die meisten konservativen und gemäßigten Abgeordneten verließen die Nationalversammlung. Zurück blieb ein Restparlament, das schließlich von württembergischem Militär auseinandergetrieben wurde. Die Nationalversammlung, der einst hoffnungsvolle Beginn einer demokratischen Staatsform für ein geeintes Deutschland, war gescheitert. Die von ihr erarbeitete Verfassung wurde von den wichtigsten Staaten des Deutschen Bundes abgelehnt. Somit war auch die Gründung eines Nationalstaates und damit die gesamte Revolution gescheitert. Ein letztes Mal versuchte vor allem die demokratische Bewegung der südwestdeutschen Staaten der Revolution zu einem siegreichen Abschluß zu verhelfen. Wenn auch die Badische Regierung am 4. Mai 1849 die Verfassung anerkannt hatte, so war die revolutionäre Dynamik nicht mehr aufzuhalten. Am 11. Mai begann in Baden der Aufstand.

Die Aktivitäten des Frauenvereins bezeugen nun in der Unterstützung der revolutionären Truppen unmißverständlich die Affinität zum republikanischen Spektrum. Der Vorstand des Frauenvereins rief zur Spende von Geld, Leinwand, Pulver und Blei auf. Im Mai und Juni ergingen Aufrufe des Bürgerwehrkommandos zur Spende von Verbandmaterial, dessen Sammlung und Verteilung dieser Frauenverein übernahm. Die Frauen nähten „Blousen und Brodsäcke“ oder versorgten die in Heidelberg Einquartierten. Es „arbeiten die Frauen und weiblichen Dienstboten Tag und Nacht, um die Verpflegung der Einquartierten, deren in manchem Hause 15 bis 20 sind, aufs Beste zu besorgen. Dabei fehlt es nicht an ermunternden Zusprüchen und die Worte, welche wir täglich mit Bewunderung vernehmen, geben uns Zeugnis, daß die Frauen in edler Vaterlandsliebe und demokratischer Gesinnung mit ihren Männern wetteifern [...]“, so der Bericht in einem Zeitungsartikel des Heidelberger Volksführers vom 6. Juni 1849. Als die revolutionären Truppen Kanonen von ihren Gegnern erbeutet hatten, begaben sich einige Frauen, unter ihnen Katharina Beck, die Vorsitzende des Frauenvereins, zum Karlstor, um die „Helden“ mit Blumen zu empfangen. Laut einer Zeugenaussage soll sie geäußert haben, daß die Turner, welche die Kanonen erobert hätten, einen Lorbeerkranz verdient hätten.¹⁹ Die Vereinsfrauen wurden zu Ansprechpartnerinnen der Kämpfenden wie auch der Unterstützenden, ihnen oblag die gewissenhafte Verteilung der Spenden. Der „Frauenverein zur Unterstützung notleidender Patrioten“ entwickelte sich zum organisierenden Hilfszentrum der Aufständischen in Heidelberg.

Ob folgendes Dokument, das sich im Heidelberger Stadtarchiv befindet²⁰, auch auf eine Aktivität des Frauenvereins zurückgeht, ist leider nicht bekannt. Am 27. Mai 1849 richteten mehrere Heidelbergerinnen einen

Brief an die Bürgerwehrmannschaften, der sich auf einen Spendenaufruf der provisorischen Regierung bezog. Sie wollten wohl ihren Beitrag leisten, verbanden damit aber auch eine Reihe von Forderungen. Der Brief ist nicht zuletzt deshalb interessant, da sich, nach der Orthographie zu urteilen, hier Frauen von geringem Bildungsniveau zu Wort meldeten und ihre Forderungen formulierten. Erstens sollten die Söhne, die nicht zum Militär eingezogen worden waren, den Schutz der Stadt Heidelberg übernehmen. Weiter schlugen sie vor, die ausländischen Freischärler zum Schutz der Töchter Heidelbergs aus der Stadt auszulagern. Alle öffentlichen Kassen (Stadt und Regierung) sollten gut bewacht werden, damit Verluste nicht durch zusätzliche Umlagen oder Steuern ausgeglichen werden müßten. An der provisorischen Regierung dürften nur vermögende Männer beteiligt werden, die eventuelle Verluste aus ihrem eigenen Vermögen ausgleichen könnten. Dieses Schreiben müsse allen wichtigen Institutionen wie der Exekutivkommission, den Militärkommandanten und den Bürgerwehrleitern zugesandt werden. Schließlich forderten sie, daß die Zahlungen aus der Kriegskasse von 25 unbescholtenen Männern, die in Finanzdingen kundig seien, zu überwachen seien.

Der Brief enthält eine interessante Mischung aus persönlichen Bedürfnissen (Schutz der Töchter vor sexuellen Übergriffen der ausländischen²¹ Freischärler), lokalen Aufgaben (Schutz der Stadt) und der Forderung nach einem angemessenen Umgang mit den Finanzen der provisorischen Regierung. Auf jeden Fall handelte es sich um Sympathisantinnen der Badischen Revolution, denn einen Beitrag zu zahlen, so betonten sie, weigerten sie sich nicht. Leider ist der Brief nicht namentlich unterschrieben, so daß eine genaue Einordnung der Verfasserinnen nicht möglich ist.

Der „Frauenverein zur Unterstützung notleidender Patrioten“ fand mit der Besetzung Badens durch die preußischen Truppen am 22./23. Juni 1849 ein jähes Ende. Gnadenlos wurden alle AktivistInnen der Revolution verfolgt. Die bestehenden Vereine und Zeitungen, wie z.B. die Heidelberger „Republik“, wurden verboten. Das öffentliche Auftreten des Frauenvereins war nun nicht mehr möglich. Allerdings läßt sich anhand von Gerichtsakten und Zeitungsanzeigen das Weiterbestehen des Frauenvereins als illegales Netzwerk nachweisen. Dabei bemühte er sich weiterhin um die Unterstützung ehemaliger Revolutionäre, die nun von den Besatzern und der Badischen Regierung verfolgt wurden. Auf verschiedene Weise organisierten sie Hilfe für die Revolutionäre selbst und ihre Familien. Bei aller Unterstützung liefen die Frauen Gefahr, der Reaktion in die Hände zu fallen. Schon im Januar 1849 schrieb das „Mainzer Organ“: „Unsere Frauen haben bekanntlich keinerlei politischen Rechte, aber zu politischen Verbre-

chern sie zu stempeln, fällt der Großherzoglichen badischen Justiz nicht schwer.“²¹ Unter preußischer Besatzung nach der Niederschlagung der Revolution hatte sich an diesem Zustand nichts geändert. Katharina Beck, die Vorsitzende des Frauenvereins, mußte neun Wochen Haft verbüßen. 1854 wurde sie nochmals vor Gericht gestellt, weil sie sich an der Revolution beteiligt hatte, und wegen des Briefes an den Mainzer Frauenverein, in dem die Heidelberger Frauen um Unterstützung für politisch Verfolgte gebeten hatten. Im Mai 1855 wurde sie zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt, welche ihr jedoch aufgrund eines Gnadengesuchs erlassen wurde.

Auch Theresia Bomo, die ehemalige Schriftführerin des Frauenvereins, wurde 1850 wegen ihrer republikanischen Gesinnung zu einer Haftstrafe verurteilt. Vorausgegangen war eine „Demonstration“, wie es im Polizeibericht hieß. Am 2. und 3. Juni 1850 gab das neugegründete großherzoglich-badische Musikkorps ein Konzert auf dem Schloß. Das nahmen die ehemaligen RepublikanerInnen zum Anlaß, ihrer unterdrückten Gesinnung Ausdruck zu verleihen. Nach jedem musikalischen Beitrag erhob sich „ein so fürchterliches Beifallsgebrüll, wie es nur dem bekannt ist, der in den Jahren 1848 und 1849 auf Badischen Volksversammlungen anwesend war.“²² Um künftiges „scandalöses Lärmen“ zu verhindern, verfügte die preußische Besatzungsmacht zusammen mit dem Oberamt Heidelberg in einer Bekanntmachung, daß „alle ungestümen Beifallsbezeugungen als Ruhestörung und Demonstrationen verboten“²³ seien. Waren das Verbot aller politischen Vereine oder das Tragen von Kokarden als revolutionäre Symbole im Juli 1849 noch nachvollziehbar, so mutet das erlassene Verbot von Beifallsbekundungen doch eher lächerlich an. Die Behörden interpretierten es, vermutlich völlig richtig, als politische Demonstration. Jedoch Beifallsbekundungen verbieten zu wollen, läßt auf allzu große Hilflosigkeit schließen. Die RepublikanerInnen hingegen waren erneut erfinderisch. Statt lautstarken Beifalls, der ja nun unter Strafe stand, überschütteten sie die Musiker mit Blumen und Kränzen. „Der anwesende Polizeibeamte, welcher in dieser Demonstration mit Recht einen Hohn auf die obrigkeitliche Anordnung erblickte, ließ hierauf ganz einfach die Musik aufhören zu spielen, einige Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter auch die vormalige Schriftführerin des weiland demokratischen Frauenvereins [...]“²⁴ Theresia Bomo wurde mit vier Wochen „geschärftem Gefängniß“ bestraft. Während der Haft erkrankte sie und wurde vorzeitig entlassen. Am 10. Juli 1850 starb sie. Das Oberamt veranlaßte eine Obduktion, da ein Zusammenhang zwischen den Haftbedingungen und ihrem Tod vermutet wurde.

Die „illegalen“ Aktivitäten des Heidelberger Frauenvereins waren kein Einzelfall. Auch in anderen Städten ignorierten Frauen das Verbot und hal-

fen weiterhin Verfolgten bei der Flucht oder deren Familienangehörigen. Gleichzeitig scheinen sich aber die Heidelbergerinnen in den Jahren 1848 und 1849 auf die Vereinstätigkeit beschränkt zu haben. In Orten wie Wien oder Berlin beteiligten sie sich an den Barrikadenkämpfen oder nahmen in den Revolutionstruppen als Freischärlerinnen teil. In Kirchheimbolanden z.B. begleitete Mathilde Hitzfeld, Tochter eines Arztes, die Freischaren ins benachbarte Dorf, half beim Barrikadenbau und hielt auf dem Kirchturm Ausschau, um das Anrücken preußischer Soldaten zu melden.²⁵ Von Heidelbergerinnen sind solche Aktivitäten nicht bekannt. In den hiesigen Zeitungen wurden hin und wieder Mitteilungen über Amalie Struve und Emma Herwegh abgedruckt, so daß auch die Heidelbergerinnen von der Existenz der Freischärlerinnen wissen konnten.²⁶ Auch in der zeitgenössischen Literatur wurden sie thematisiert. „Die Freischärlerin. Eine Novelle aus der Pfälzer Revolution 1849.“ von F.A. Karcher, erschien 1851 und läßt darauf schließen, daß auch in dieser Gegend die Freischärlerin ein durchaus bekanntes Phänomen war.

Weibliche Identität, politisches Handeln und Frauenemanzipation

Am Beispiel der, teilweise zeitgleich existierenden, Heidelberger Frauenvereine läßt sich nachvollziehen, daß sich Frauen ausdrücklich verschiedenen politischen Richtungen zugehörig fühlten und dies in der Wahl des Vereins dokumentierten. Der Verein zur Herstellung der Bürgerwehrrafahne engagierte sich in einem Bereich der grundlegenden demokratischen Forderungen. Die Bürgerwehr wurde als ein erster Schritt zur Volksbewaffnung betrachtet. Das bestehende Militär wurde als eine Repressionsmacht innerhalb des eigenen Landes wahrgenommen – und eingesetzt. Es diente der Erhaltung des politischen status quo. Mit der Forderung nach einer Volksbewaffnung wurde aber in letzter Konsequenz die Aufhebung des staatlichen, d.h. des landesherrlichen Machtmonopols gefordert, mit dem die überkommene staatliche Ordnung verteidigt wurde. Während dieser Verein durch sein Engagement den Schwerpunkt auf die innere Freiheit legte, betonte der Verein zur Sammlung für die deutsche Flotte den Aspekt der nationalen Einheit. Hier bezog sich der Schwerpunkt auf eine Kriegsflotte und damit auf die Verteidigung der äußeren Grenzen Deutschlands. In der Formel, sich für die Einheit und Freiheit Deutschlands einzusetzen, wurde nicht so sehr die innere Freiheit betont, also das Ziel einer demokratischen Staatsform, sondern die Freiheit und der Schutz des Staates nach außen. Der Zustand des durch viele Territorialstaaten zerrissenen Deut-

schen Bundes und das Drängen des aufstrebenden Bürgertums nach einer nationalen Einheit, die v.a. als Wirtschaftseinheit gedacht war, mochte die Forderung nach einer wirksamen Verteidigungsmöglichkeit des mühsam zu Erringenden fortschrittlich erscheinen lassen. Die zu errichtende nationale Flotte mochte ein Symbol für das anzustrebende einheitliche Staatsgebiet sein. Ohne einen demokratischen und geeinten Staat mußte jedoch diese Flotte ein Fehlschlag werden; was sich dann auch 1849 durch die Zahlungsverweigerungen einzelner Mitgliedsstaaten und 1852 durch die Auflösung der Flotte erwies.

Der Frauenverein zur Unterstützung notleidender Patrioten war vollständig in das revolutionäre Geschehen Heidelbergs eingebunden. Die Wehrmänner selbst richteten ihre Hilfesuche direkt an den Frauenverein. Die Mitglieder wurden zu Ansprechpartnerinnen der Kämpfenden wie auch der Unterstützenden, ihnen oblag die gewissenhafte Verteilung der Spenden. Er entwickelte sich zum organisierenden Zentrum der Aufständischen in Heidelberg.

Die Mitglieder der Heidelberger Frauenvereine schlossen sich 1848/49 den allgemeinen politischen Zielen an. Ihr Handlungsrahmen entsprach den historischen Bedingungen und beschränkte sich überwiegend auf als typisch weiblich anerkannte Bereiche: Sammeln, Handarbeiten, Pflegen und Helfen. Damit rücken sie leicht in die Nähe der bis dahin hauptsächlich im Wohltätigkeitsbereich agierenden Frauenvereine. In Heidelberg ist vor allem der 1824 gegründete Verein zur Linderung der großen Not nach einem Hochwasser bekannt. Ein 16köpfiges Komitee sammelte regelmäßig Mitgliedsbeiträge, 50 Frauen beteiligten sich an einer Suppenküche, 123 Frauen riefen zu einer Spendensammlung auf. 1833 wurde ein „permanenter Humanitätsverein“ zur Bekämpfung der Cholera ins Leben gerufen. Frauenvereine mit politischer Motivation entstanden im Zuge der französischen Revolution, während der Freiheitskriege 1813/14 oder zur Unterstützung der polnischen Flüchtlinge nach 1831. Bei allen Frauenvereinen²⁷ – ob mit erklärtem politischem oder karitativem Ziel – ist bis in die 1860er Jahre das „weibliche Handeln“ – Helfen und Pflegen – noch stark ausgeprägt. Doch ist gleichfalls der politische Wille nicht zu verkennen. Um Vereine im Sinne der Frauenemanzipation handelte es sich aber größtenteils noch nicht. Die Forderung nach einer umfassenden, alle Bereiche des Lebens betreffenden Gleichberechtigung von Frauen und Männern wurde kaum dezidiert formuliert. Eine der wenigen Ausnahmen stellt der Wiener Frauenverein dar, in dessen Statuten es unter § 2 hieß: „Die Aufgabe des Vereins ist eine dreifache: Eine politische, eine soziale und eine humane: [...] eine soziale, um die Gleichberechtigung der Frauen anzustreben durch

Gründung öffentlicher Volksschulen und höherer Bildungsanstalten, den weiblichen Unterricht umzugestalten und die Lage der ärmeren Mädchen durch liebevolle Erhebung zu veredeln²⁸. Die Heidelberger Frauenvereine, und dies gilt ebenso für die meisten Frauenvereine der Jahre 1848/49 in anderen Städten, erklärten die Unterstützung der demokratischen Bewegung zum Ziel ihrer Aktivitäten. Sie hoben dabei durchaus den Geschlechteraspekt hervor. In dieser außergewöhnlichen politischen Situation schlossen sich bewußt Frauen zusammen, die sich im Normalfall nicht aktiv politisch betätigten bzw. betätigen konnten, und unterstrichen so die Bedeutung der Bewegung. Als eine Frauenbewegung im Sinne einer bewußten Emanzipationsbewegung kann sie meines Erachtens jedoch nicht bezeichnet werden. Die meisten Frauen distanziierten sich zu dieser Zeit noch vom Begriff der Emanzipation. Er war eindeutig negativ besetzt und beinhaltete Aspekte der „Gleichmacherei“ und Abwertung. Daß sie allerdings schon allein durch die Vereinsgründungen und die Beteiligung an der Politik einen Weg der Emanzipierung von weiblichen Rollenvorstellungen einschlugen, wird den wenigsten bewußt geworden sein. In den Frauenvereinen übten sie bereits politische Techniken ein, die später in der Ersten Frauenbewegung ausgiebig genutzt und angewendet wurden.

Anmerkungen:

- 1 Vgl.: Tilmann Koops und Heinz Boberach: Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung. Herausgegeben vom Bundesarchiv Koblenz, Außenstelle Rastatt. Sankt Augustin 1984. S. 247.
- 2 Vgl. die sogenannte „Raab-Kartei“ im Generallandesarchiv Karlsruhe.
- 3 Vgl.: Carola Lipp (Hg.): Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution von 1848/49. Bühl-Moos 1986.
- 4 Zit. nach: Gerlinde Hummel-Haasis (Hg.): Schwestern zerreißt eure Ketten. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49. München 1982. S. 26. Dokument 17.
- 5 Ebd.: S. 105, Dokument 93.
- 6 Ebd.: S. 106, Dokument 98.
- 7 Ebd.: S. 124f., Dokument 131.
- 8 Zit.: Otto von Corvin: Die erste Expedition der deutschen republikanischen Legion. Arnstadt 1849. S. 19f, 33. Nach: Gerlinde Hummel-Haasis, a.a.O., S. 200f., Dokument 195.
- 9 Zit. nach: Wilhelm Steinhilber: Die Heilbronner Bürgerwehren 1848 und 1849 und ihre Beteiligung an der badischen Mai-Revolution des Jahres 1849. Heilbronn 1959. S. 138.
- 10 Ebd.: S. 141.
- 11 Vgl.: Gerlinde Hummel-Haasis, a.a.O., S. 318f., Dokument 260.

- 12 Ebd.: S. 137, Dokument 146.
- 13 Ebd.: S. 322ff., Dokument 264.
- 14 Vgl.: Heidelberger Journal vom 15. Januar 1850.
- 15 Vgl.: Heidelberger Journal vom 29. und 31. August 1849.
- 16 Vgl.: Stadtarchiv Heidelberg, Urkunden 412a.
- 17 Zit.: Heidelberger Journal vom 6. Oktober 1848.
- 18 Zit.: Heidelberger Journal vom 15. Dezember 1848.
- 19 Vgl.: Hans Martin Mumm: Der Heidelberger Arbeiterverein 1848/49. Heidelberg 1988. S. 175.
- 20 Vgl.: Stadtarchiv Heidelberg, H 143g/3a.
- 21 Zit.: Mainzer Organ vom 31. Januar 1849. Nach: Gerlinde Hummel-Haasis, a.a.O., S. 219, Dokument 203.
- 22 Zit.: Heidelberger Journal vom 6. Mai 1850.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Sie soll übrigens als erste Frau 1851 versucht haben, in Heidelberg Medizin zu studieren. Wegen ihrer politischen Vergangenheit sei sie aber so behindert worden, daß sie in die USA auswanderte. Vgl.: Gerlinde Hummel-Haasis, a.a.O., S. 131f. Ob die Behinderungen nur politisch motiviert waren oder auf generellen Vorbehalten gegen das Frauenstudium beruhten, müßte allerdings näher untersucht werden.
- 26 Emma Herwegh pflegte übrigens zu dieser Zeit einen freundschaftlichen Briefkontakt zu Henriette Feuerbach, welche damals aber noch nicht in Heidelberg, sondern in Freiburg lebte. Vgl.: Hermann Uhde-Bernays: Henriette Feuerbach. Ihr Leben in ihren Briefen. München 1926.
- 27 Zu den Heidelberger Frauenvereinen des 19. und 20. Jahrhunderts vgl. das Kapitel „Frauenbündnisse. Von der ‚Alten‘ zur ‚Neuen‘ Frauenbewegung.“ in: Petra Nellen u.a.: Die Vergangenheit ist die Schwester der Zukunft. 800 Jahre Frauengeschichte in Heidelberg. Hrsg. von der Stadt Heidelberg, Amt für Frauenfragen. Ubstadt-Weiher 1996.
- 28 Zit.: Statuten des ersten Wiener demokratischen Frauenvereins. Nach: Gerlinde Hummel-Haasis, a.a.O., S. 247, Dokument 218.

Griechische Taverne

Restaurant an der Bergbahn

M. Exarchos

Zwingerstraße 20 · Telefon 0 62 21/2 80 38
D-69117 Heidelberg



Unsere Gerichte zum mitnehmen.

- anrufen 28038
- bestellen
- abholen

Qualität und Tradition
Die Altstadtbäckerei



Im Hause Hauptstraße 212 wird seit 1766 gebacken.
Nach Abschluß der umfangreichen Sanierungsarbeiten
setzt im Gebäude Hauptstraße 214,
dem ehemaligen Gasthaus »Zum Eisernen Kreuz«,
das neue »Café Gundel«
seine gastliche Tradition fort.

Buchhandlung

himmelheber

Theaterstraße 16
69117 Heidelberg
Telefon: 22201

Malte Woydt

Die „Vaterländer“

Die außerparlamentarischen Aktivitäten der Heidelberger Liberalen
in der Revolution von 1848

Was ist Politik? Ist Politik, was Regierungen machen? Ist Politik, was Parlamente beraten? Ist Politik der „öffentliche Diskurs“? Oder findet Politik auf der Straße statt? Schon Mitte des 19. Jahrhunderts sahen das die Menschen durchaus unterschiedlich. Für Konservative war Politik eine Sache der Fürsten und ihrer Regierungen. Für Liberale eine Sache der gewählten Parlamentarier. Für Demokraten konnte es auch schon mehr sein.

Die Bürger des Vormärz gingen – zumindest in Baden – regelmäßig zur Wahl, beteiligten sich sogar an Wahlkampagnen, um dann zwischen den Wahlen die Kammerdebatten in der Zeitung zu verfolgen und gemütlich im „Museum“ oder ähnlichen Clubs zu besprechen.¹

Die Revolution im März 1848 änderte daran zunächst nicht so viel. Man begeisterte sich durchaus für die neugeschaffenen Perspektiven, wandte sich im Petitionssturm an die Fürsten. Diese gaben klein bei, genehmigten das deutsche Nationalparlament. Wahlen fanden statt, die Abgeordneten reisten ab nach Frankfurt, man verfolgte die Geschehnisse wieder in der Zeitung. Alltag wie gehabt.

Nur mußten die gesetzten Bürger bald feststellen, daß diese Einstellung nicht von allen geteilt wurde. Die radikalen Demokraten beschränkten sich nicht auf die parlamentarische Arbeit. Sie setzten die außerparlamentarische Agitation auch nach der Wahl zur Paulskirchenversammlung fort, gründeten landauf landab lokale „demokratische Vereine“ und stellten damit ihre Konkurrenz weit in den Schatten. Eine veritable Parteiorganisation entstand. Und diese veranstaltete Demonstrationen und wandte sich mit Flugblättern direkt ans Volk.

Vom Studentenauszug zum Vaterländischen Verein

Im Juli 1848 verbot die (liberale) badische Regierung den demokratischen Studentenverein an der Universität Heidelberg. Am 17. Juli zogen über 350 Studenten – von denen die meisten nie jenem Verein angehört hatten –

im Protest aus der Stadt und ließen sich in Neustadt an der Weinstraße nieder. Ihrem Ruf nach Gleichbehandlung mit den außeruniversitären Vereinen wurde bald entsprochen: Am 22. Juli verbot die Regierung kurzerhand auch noch alle anderen demokratischen Vereine des Landes. Die schmäbliche Diskriminierung war beendet, die Studenten kehrten in die Stadt zurück.²

Die Ereignisse der vorangegangenen Monate brachten aber nun die Liberalen auf den Plan. War es nicht angesichts der offensichtlichen Mobilisierungserfolge der anderen Seite nötig, sich auch stärker außerparlamentarisch zu engagieren? Der Privatdozent Carl Hinrich Ludwig Brinckmann³, auf dessen Briefe wir hier zurückgreifen können,⁴ schrieb dann auch am 31. Juli 1848 an seine Frau nach Hamburg,

Liebe Mary!

Meine Wirksamkeit hat sich seit Freitagabend vermehrt. Es traten hier etwa 60 Bürger am Freitage zusammen, um den republikanischen Bestrebungen gegenüber einen Verein (vaterländischer Verein getauft) zu bilden. Zwei Stunden vorher forderte jemand, der mir begegnete, mich auf hinzukommen.

Es wurde eine Kommission von fünf Personen zur Entwerfung des Grundgesetzes gewählt, unter denen ich und ein medizinischer Privatdozent, diese kamen Samstagabend bei mir zusammen (ein Literat als Mitarbeiter der Deutschen Zeitung und zwei Bürger, und der Dr. med Pickford), und ich wurde zur Ausarbeitung der Gesetze gewählt, die eben, indem ich dieses schreibe, vollendet sind. Heute abend kommen die Leute wieder zu mir.

Der Verein wird der Regierung sehr erwünscht sein und mich ihr jedenfalls bemerkbar machen.

Wir beschließen heute Abend, wann wir die Bürger zusammenrufen. Etwa 100 haben sich gleich gemeldet. Professoren werden erst später beitreten, weil sie das Schimpfen auf Professoren und Reaktion vermeiden wollen.

Ich stehe den Republikanern schroff gegenüber und habe das Vergnügen, von diesen sehr gehaßt zu werden, dagegen aber von ordentlichen Bürgern und den höheren Staatsbeamten gern gesehen zu werden. – Über die Tatsachen und die Verhältnisse, in welche mich die Zeit stellt, dürft Ihr wohl reden, nicht aber, daß ich darum Aussichten für meine Zukunft knüpfe. ...

Dienstag. Erst heute geht der Brief ab. – Nach dem vorerwähnten Vaterländischen Verein wird wohl nicht viel kommen, da er zu viele Elemente der Uneinigkeit in sich enthält, wie hier denn einmal alles gährt und schwatzt.

Dein Louis.

So spontan und schnell konnte damals eine Partei gegründet werden. Denn trotz allem im letzten Satz geäußerten Pessimismus konnte schon am fol-

genden Tag das „Programm des vaterländischen Vereins“ im „Heidelberger Journal“ erscheinen.

Den zitierten Brief schrieb der Privatdozent Carl Hinrich Ludwig Brinckmann an seine Frau in Hamburg. Neben Zeitungsnotizen und Flugblättern sind diese Briefe die wichtigste Quelle zum Vaterländischen Verein in Heidelberg. Ich werde deshalb etwas eingehender auf die Person Brinckmann eingehen. Damit ist nicht gesagt, daß Brinckmann das wichtigste Mitglied des Vereins gewesen sein muß. Er selbst stellt es in seinen Briefen zumindest für die Endphase so dar. Aber es ist angesichts der Quellenlage unmöglich, das zu überprüfen.

Brinckmanns Weg nach Heidelberg

Carl Hinrich Ludwig Brinckmann hatte in Heidelberg bereits studiert. Sein Vater war ein kleiner Krämer, keiner seiner Brüder hatte auf die Universität gehen können. Er selbst hatte es als Schulabbrecher auch nur deshalb dazu gebracht, weil er gerade noch so durchruschte, bevor auch in Baden wie im Rest von Deutschland zur Aufnahme eines Studiums das Abitur verlangt wurde.

Nach dem Bankrott seiner anfänglich erfolgreichen Rechtsanwaltskanzlei erfüllte er sich 1847 seinen „Jugendtraum“ und wechselte zur wissenschaftlichen Laufbahn. Er schrieb nachträglich eine Doktorarbeit, die zur Erlangung des Dokortitels noch nicht nötig gewesen war, aber verlangt wurde, wenn man Vorlesungen halten wollte. Die ersten ein, zwei Jahre lebte er noch von den Überweisungen seines Bruders, eines Kaufmanns, bis diese mit dessen Tod abbrachen. Er schaffte es dann, sich mit Arbeiten für das „Spruchkollegium“, einer Art der Uni angeschlossenen Gericht, das Fälle aus deutschen Kleinstaaten behandelte, und den Vorlesungsgebühren offenbar halbwegs über Wasser zu halten.

Brinckmann hatte Frau und Kinder aus finanziellen Gründen in Hamburg zurückgelassen und in den acht Jahren seines Heidelberg-Aufenthaltes nur zweimal gesehen. Er und seine Frau schrieben sich ungefähr einmal im Monat. Als Bürger einer hanseatischen Republik, der nicht zuletzt vor der dortigen Vetternwirtschaft in das aufgeklärte Baden geflohen war, war ihm schon das vorrevolutionäre Baden geradezu ideal erschienen. Erst nach und nach konnte er sich im Laufe des Jahres 1848 für die neuen Forderungen der Liberalen erwärmen.

Die Vereinsgründung

Dafür, daß aus dem Verein „wohl nichts werden“ könne, wie er schrieb, da er „zu viele Elemente der Uneinigkeit enthielte“, konnte das Programm doch schon früh, nämlich bereits zwei Tage später im Heidelberger Journal veröffentlicht werden,⁵ wenn auch die Statuten⁶ noch einige Wochen diskutiert werden sollten.

In kurzer Zusammenfassung ergeben sich die wichtigsten Punkte aus Programm und Statuten des „Vaterländischen Vereins“ zu Heidelberg vom 2. August 1848 wie folgt:

1. Wo es nun schon für den Einzelnen möglich geworden sei, sich politisch zu beteiligen, sei es die Pflicht eines jeden „sein Vaterland treu liebenden Deutschen“ dies auch zu tun. Und zwar im Sinne der so „lang gewünschten Entwicklung von Deutschlands staatlicher Größe und Wohlstand“.
2. Zweck des Vereins sei die Beförderung von Freiheit und Sicherheit der Person und des Eigentums unter dem Gesetze.
3. Man wolle sich dabei ohne Widerspruch den Beschlüssen der Nationalversammlung unterwerfen.
4. In der praktischen Arbeit wolle man „zuerst unter seinen Mitgliedern in geordneter Weise die Tagesfragen zu besprechen, um sich selbst über die Forderungen der Gegenwart klar zu werden“. Ferner wolle man dann „auf thunliche Weise ... das von ihm als richtig Anerkannte in weiteren Kreisen ... verbreiten.“
5. Wo möglich, sollte dies in Zusammenarbeit mit ähnlich ausgerichteten Vereinen geschehen.
6. Man hat sich desweiteren zur Aufgabe gestellt, „die zu seiner Kenntniß kommenden Wünsche des Volkes ... vor die einzelnen Behörden ... zu bringen.“
7. „Auf Grund seiner, in der Ueberzeugung der Wahrheit beruhenden Ansichten, wird er aber allen volks- und freiheitsfeindlichen Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit jedem ihm zu Gebote stehenden Mittel entgegenzutreten.“

Das Programm ist in sich nicht ganz widerspruchsfrei. Wie verträgt sich die bedingungslose Unterwerfung unter Parlamentsbeschlüsse mit dem Bewußtsein, im Besitz der Wahrheit zu sein? Das blieb nur solange ohne praktische Bedeutung, als die eigenen Leute in Frankfurt die Mehrheit hatten.

Wie so viele konservativere Vereinigungen aller Zeiten mochte man sich erklärtermaßen als natürlicher Anwalt des ganzen Volkes sehen, nicht als Interessenpartei unter anderen. In diesem Fall holte die Realität die Theorie schnell ein. Sollte der Vaterländische Verein anfangs noch prinzipiell allen zum Beitritt offen stehen, verlangte man schon ab der zweiten Sitzung aus Angst vor Unterwanderung Empfehlungen von Mitgliedern und veran-

kerte später umständliche Prozeduren zum möglichen Parteiausschluß in den Statuten.⁷

Zu Präsident und Vizepräsident des Vereins wurden die Doctores Ruth und P. Pickford gewählt, ersterer vermutlich der von Brinckmann genannte Mitarbeiter der Deutschen Zeitung, letzterer Privatdozent der Medizin und Freund von Brinckmann. Unter den 17 weiteren Vorstandsmitgliedern sind neben Brinckmann und den genannten der Bierbrauer Diemer, Bäckermeister Förster, Bankier Hermann Fries, Buchhändler Karl Groos, Wirt Helwerth, Bierbrauer Hoffmann, Baumeister Meeser, Steinhauermeister Metzler, Lehrer Reff, Apotheker Rieper, Doktor (med.) E. Pickford (Bruder des Vizepräsidenten), „Oekonom“ Schaaf, ein Jurastudent namens Steinthal und der Gemeinderat Weber.⁸ Später wird noch Advokat Nadler als Exponent des Vereins genannt,⁹ von den Universitätsangehörigen abgesehen alles Mitglieder der bürgerlichen Oberschicht.

Die Mischung war nicht ganz so selbstverständlich, wie es heute scheinen mag. Im Vormärz hatte das städtische Bürgertum noch oft große Abneigungen gegen (Landes-)Beamte, gegen Bankiers und Industrielle als Vertreter des aufkommenden Kapitalismus gehabt, und auch gegen Universitätsangehörige sonderte man sich oft lieber ab. Aus Furcht vor der „roten Republik“ änderte sich das nachhaltig, in den Vaterländischen Vereinen rückte man zusammen.¹⁰

Die Entstehung politischer Parteien

In Baden hatte es schon lange Parteien im Sinne miteinander konkurrierender Gruppen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gegeben. Befördert wurde die Parteibildung durch die Einrichtung der – bis zu mehrere hundert Mitglieder umfassenden – „Großen Bürgerausschüsse“, hier war identifizierbare Gruppenbildung wichtiger als in Gemeindevollversammlungen, wo jeder für sich stimmte, oder im engen Honoratiorenzirkel Gemeinderat.¹¹

Nach 1831 hatten dabei verwandtschaftliche und konfessionelle Konfliktgründe zugunsten allgemeinpolitischer Themen an Bedeutung zu verlieren begonnen. Zunächst standen sich Liberale und Konservative gegenüber. Während sich letztere lange schwer taten, das Faktum der Parteibildung an sich zu akzeptieren, hatten sich erstere ab 1845 bereits in gemäßigte Liberale und radikalere Demokraten gespalten. Am Vorabend der Revolution hatte dieses „Dreiparteiensystem“ auch viele kleinere Orte in Baden erreicht.

Zu formalen Parteistrukturen im heutigen Sinne war es im Vormärz – nicht zuletzt wegen der Karlsbader Beschlüsse – nicht gekommen, „Eines Mitgliedsausweises bedurfte es im engen lokalen Rahmen ohnehin nicht; man kannte sich, wußte um die jeweiligen Gesinnungen und kommunizierte mit den Parteifreunden auch ohne formale Organisation.“¹²

Im April 1848 war in Karlsruhe dann der erste liberale „Vaterländische Verein“ gegründet worden, wenig später gefolgt von Mannheim. An vielen Orten Deutschlands gab es ähnliche Vereine, die sich in politischer Zielsetzung, Sozialstruktur ihrer Mitglieder und ihrer Arbeit glichen. Es blieb auch nicht bei reinen Lokalparteien. Im September wurde eine Art badischer Landesverband gegründet, der im April 1849 36 Mitgliedsvereine mit zusammen 4000 Mitgliedern umfassen sollte.¹³

Im November folgte dann mit dem „National-Verein“ eine im Anspruch bundesweite, am Ende doch nur Vereine außerhalb Preußens und Österreichs umfassende Dachorganisation, die im April 1849 160 Mitgliedsvereine zählte, zum Teil mit zahlreichen Untergliederungen. Die 300 „Deutsche Vereine“ in Preußen kann man ebenfalls diesem Lager zurechnen.¹⁴ Wie der Heidelberger Verein rekrutierten sich die liberalen Vereine auch anderswo vornehmlich aus dem bürgerlichen Mittelstand. Den meisten von ihnen ist der programmatische Spagat zwischen bedingungsloser Unterstützung der Paulskirche als Gesamtheit und eigenen parteilichen Zielsetzungen gemein.¹⁵

Man kopierte damit allerdings, was die radikalen Demokraten bereits vorexerziert hatten. Jene hatten kurz vorher – nach zwei „Demokratenkongressen“ im Juni und Oktober 1848 – den „Zentralmärzverein“ gegründet. Im Gegensatz zu den Liberalen erreichten die Demokraten in der Folgezeit sogar eine enge Bindung „ihrer“ Paulskirchenabgeordneten an die „Partei“.

In Baden war die Vereinsgründungswelle deutlich stärker als in den meisten anderen deutschen Ländern.

Volksvereine in Baden

Das Verbot der seit März gegründeten „demokratischen Vereine“ nach dem Heidelberger Studentenauszug ließ bei den Demokraten aber in Baden lange keine offiziellen überregionalen Strukturen mehr zu.¹⁶

Erst als zum Jahreswechsel 1848/49 die von der Paulskirche verabschiedeten Grundrechte in Kraft traten und mit ihnen die Vereinsfreiheit, formierten sich die badischen Demokraten in einem dichten Netz von „Volksvereinen“, unter der Führung des Mannheimer Vereins. Nach wenigen

Monaten konnten 35 000 Mitglieder in 400 (Orts-)Vereinen gezählt werden. Sie schlossen sich natürlich dem Centralmärzverein an,¹⁷ der seinerseits im März 1849 950 lokale und regionale Vereine mit einer halben Million Mitgliedern zu vertreten angab.¹⁸

Demokraten in Heidelberg

In Heidelberg schlossen sich unter Vorwegnahme der Grundrechte im Dezember '48 der Arbeiterverein, der Handwerkerverein, ein Studentenklub, der Turnverein nebst einem „Verein, der sich aus einem Theil der hiesigen Bürgerartillerie gebildet“, zum Volksbund zusammen,¹⁹ der später als „Volksverein“ agieren sollte. Die unter dem Namen „demokratischen Vereine“ verbotenen Aktivitäten hatten mit weniger öffentlicher Aufmerksamkeit weitergeführt werden können.

Einige Verwirrung kann beim heutigen Betrachter auslösen, daß sich die Vereine in ihrer Namensgebung nicht ganz so einfach sortieren lassen, wie das in diesem Text hier geschieht. Wenn hier mit der Geschichte der „Vaterländischen Vereine“ erst im Juli 1848 begonnen wird, hat das einen guten Grund. Es gab bereits im März in Baden einige „Vaterländische Vereine“, die aber dem demokratischen Lager zuzurechnen waren und sich bald umbenannten. Es gab andernorts auch Vereine, die geschlossen aus dem einen in den anderen überregionalen Verband hinüberwechselten.²⁰

In Baden war die Parteienlandschaft andererseits insofern außergewöhnlich übersichtlich, als es hier 1848/49 – im Gegensatz zu Preußen zum Beispiel – praktisch keine konservativen Vereine mehr gab. Die badischen Konservativen enthielten sich entweder jeder politischen Tätigkeit oder schlossen sich in Abwehr der Demokraten den Liberalen an. Die in der Paulskirche in wichtigen Sachfragen ziemlich erfolgreiche katholische Bewegung war mit rund 400 sogenannten „Piusvereinen“ im Lande weit verbreitet, in der badischen Kammer saß für sie aber nur ein Abgeordneter.²¹

Ein müder Debattierklub im Herbst

Aber zurück zu den Aktivitäten des „Vaterländischen Vereins“, der ja vom Verbot nicht betroffen war. Man schritt im Herbst 1848 mit Verve zu der im Programm angekündigten Beprechung der „Tagesfragen“ und hielt allein im September fünf Sitzungen ab,²² bis Jahresende folgten dann aber nur noch je eine in Oktober und November. Am Anfang hatten die Treffen

in verschiedenen Wirtshäusern stattgefunden, dann zumeist im Lyzeum. Der Termin für die folgende Sitzung wurde jeweils von der Versammlung festgelegt und dann am Veranstaltungstag oder einen Tag zuvor im Heidelberger Journal veröffentlicht.

Die erste Sitzung nach Verabschiedung der Statuten und Wahl des Vorstandes war einem Vortrag über „Das Vereinswesen in unserer Zeit“ gewidmet, der nachträglich im Heidelberger Journal abgedruckt wurde.²³ Der Redner holte weit aus, sah die Wurzeln des damaligen Vereinswesens im Mittelalter, die Fürsten hätten in der Folgezeit diese Form der Selbstorganisation leider zurückgedrängt und müßten ihr jetzt wieder Raum geben. Den „blutsaugerischen“ Fürsten stellte er das freie Vereinswesen gegenüber. Das Idealbild des Vereinswesens läge nicht in der pluralistischen Widerspiegelung vermeintlich „künstlicher“ Gegensätze sondern im alle Stände umfassenden (Einheits-)Verein. Der Redner wandte sich am Ende dagegen, wie in den Heidelberger Vereinsstatuten die nationale Einheit nur als Mittel zur Sicherung des Eigentums zu begreifen, man solle doch ruhig bereit sein, sein Eigentum zugunsten der deutschen Einheit zu opfern, wenn es nottäte. Die Vorstellung, alle Stände durch einen Verein vertreten und dadurch Parteibildung entlang sozialer Konfliktlinien vermeiden zu können, war für den gesamten National-Verein charakteristisch.²⁴

Auf den weiteren Sitzungen beschäftigte man sich mit aktuellen (Schleswig-Holstein; 8., 15., 20. und 22.9.) und sozialen Themen, wie der „Verdienstlosigkeit der gewerbetreibenden Klasse“ (15.9.) und der „Noth der Arbeiterklasse und die Mittel zur Abhülfe derselben“ (6.10.).

Zur Schleswig-Holstein-Frage produzierte der Verein zwei Adressen an die Nationalversammlung, in denen er den Waffenstillstand mit Dänemark geißelte (beeindruckend, wie schnell man sich der Paulskirche nicht mehr „unterwerfen“ wollte),²⁵ und eine „Ansprache“ an die Norddeutschen, die in ihrem heroischen Kampf gegen die dänische Unterdrückung nur weiter aushalten sollten.²⁶

Von den anderen Sitzungen wurde in der Zeitung nicht berichtet, weshalb nicht herauszufinden ist, wie man sich die Rettung der offenbar gleichermaßen notleidenden Gewerbetreibenden und Arbeiter vorstellte. Die Beschäftigung mit der Sozialen Frage war eine badische Spezialität. Der National-Verein hatte sie ausdrücklich ausgeschlossen.²⁷

Hatte man in der Schleswig-Holstein-Adresse vom 28. September die Paulskirche auch noch flehentlich gebeten „Zerstören Sie mit Einem kühnen Schlag all diese Angst, und geben Sie endlich dem harrenden Volke eine starke, endgültige Reichsgewalt ...“, ²⁸ was man wohl zu Recht dahingehend interpretieren kann, daß bei den Konstitutionellen bereits das Gefühl um

sich gegriffen habe, daß der Boden der Paulskirchenversammlung schwankte,²⁹ so dümpelte der Heidelberger Vaterländische Verein doch noch monatelang vor sich hin.

Wiedererwachen in Reaktion auf die Koalitionsfreiheit

Das Inkrafttreten der von der Paulskirche beschlossenen Grundrechte am 1. Januar brachte wieder Schwung in die Sache. Mit der wiedergewonnenen Versammlungsfreiheit schossen demokratische Vereine wie Pilze aus dem Boden, und da standen den Vaterländischen „vor Angst ... die Schlafmützen zu Berge“.³⁰ Brinckmann berichtete besorgt seiner Frau, „hier im Lande rührt sich die demokratische Partei wieder gewaltig und bereitet alles zu einem organisierten Putsch vor“,³¹ und einige Wochen später, „in unserem politischen Leben in Baden sieht es böse aus. Die vaterländischen Vereine stehen den demokratischen gegenüber. Jeder Augenblick kann uns einen Putsch, ja selbst die Republik bringen. Wo das hinaussoll, kann noch niemand absehen.“³²

Wieder folgten die Liberalen den Demokraten. Am 11. Februar konnten die Heidelberger zum ersten Mal seit 3 Monaten wieder etwas von dem Verein lesen, „Er ist, wie wir hören, seit kurzem aus seiner Ruhe getreten, und wird seine Thätigkeit ... frischer entwickeln“, mit dem Ziel „den Umtrieben der Volksverführer entgegen zu arbeiten und sie möglichst weniger schädlich zu machen ...“; „der Wunsch, daß recht viele Bürger Heidelbergs seine Bestrebungen unterstützen und sich ihm anschließen mögen, veranlaßte diese Ansprache.“³³ In der „Republik“ hieß es dazu, der neugewonnene politische Gegner werde hoffentlich endlich die Streitereien unter den örtlichen Demokraten beenden helfen.³⁴

Hatten die Demokraten mit der „Republik“ und den späteren Gründungen „Demokratische Republik“ und „Volksführer“ gleich mehrere Tageszeitungen in Heidelberg, nahm neben den überregionalen „Vaterländischen Blättern“, jetzt auch das „Heidelberger Journal“ zunehmend Partei der „Vaterländischen“.

Februarsitzungen

Nach oben erwähntem Aufruf traf man sich im Februar zu zwei Sitzungen,³⁵ die zu einem am 2. März dem Heidelberger Journal beiliegenden Manifest³⁶ führten, in dem es hieß:

„Forschen wir denn zunächst nach den Ursachen des mißlungenen Aufschwungs unserer Nation, und nach den Quellen des vielfachen Unglücks, unter welchem ja viele Tausende schmachten, so können gerade die achtbarsten unserer Mitbürger unmöglich einer Selbstanklage ausweichen.

Sie, welche den Kern der Gesellschaft, den intelligentern und sittlicheren Theil des Volkes, den achtbaren Mittelstand bilden, haben den mächtigen Ruf der Zeit nicht verstanden oder nicht verstehen wollen, haben in unbegreiflicher Theilnahmslosigkeit sich scheu zurückgehalten, ihre Hände in den Schoß gelegt, und es ruhig geschehen lassen, daß jene gewaltige Bewegung, welche Deutschland zur Einheit und Größe und unser Volk auf die höchste Stufe der Wohlfahrt und des Glückes hätte führen können, von einer Partei in die Hände genommen wurde, welche erfüllt von wahnsinnigen Träumen über Weltverbesserung, entflammt von den wildesten Leidenschaften und getrieben von herrschsüchtigen Gelüsten und niedriger Selbstsucht, gleich von vorn herein einen gänzlichen Umsturz der heiligsten Bande beabsichtigte und unser Vaterland mit dem schrecklichsten aller Uebel, mit Anarchie und Bürgerkrieg und unsere ganze Civilisation mit dem Untergang bedrohte...“

Um dem entgegenzuwirken, sei der vaterländische Verein nun „zu neuer Thätigkeit erwacht“, er wolle sich jetzt „weniger, wie früher, mit großen politischen Fragen beschäftigen, als sich vielmehr zur Aufgabe setzen, den communistischen und anarchistischen Wühlereien mit allen ehrlichen Mitteln entgegenzutreten“, dabei läge ihm nichts ferner als eine „reaktionäre Tendenz“, man hielte mit ganzer Kraft fest an den „Errungenschaften des letzten Jahres“, insbesondere an den Grundrechten.³⁷

Märzsitzungen

Für die ersten Märztag waren Neuwahlen des Vorstandes angesetzt,³⁸ deren Ergebnisse leider nicht in der Zeitung standen, vermutlich wurde hier auch das Amt eines Schriftführers eingeführt, das es im Herbst noch nicht gegeben hatte, Brinckmann auf dieses gewählt, und Advokat Weber zum Vorsitzenden gewählt. In der Kombination tauchen sie zumindest später auf einem Flugblatt auf.³⁹

Man beriet über die Festsetzung der Vermögensteuer, insbesondere sollten die Behörden die Vermögensverhältnisse ihrer Bürger nicht prüfen dürfen.⁴⁰ Desweiteren wehrte man sich gegen die Auflösung der badischen Kammer, beriet über die deshalb nötig gewordenen Ersatzwahlen,⁴¹ deren Boykott durch die Demokraten zu heftigen Gefechten führte.

Auch damals scheint schon das „akademische Viertel“ die Vereinsarbeit behindert zu haben, bei der Einladung für den 20.3. hieß es ausdrücklich „präcis 8 Uhr“. Der Verein traf sich inzwischen wieder öfter als einmal die Woche.⁴²

Aus der Sitzung vom 24. 3. unter dem Titel „Berathung über die Verfassungs- und Oberhauptsfrage“⁴³ ging das bereits erwähnte – da von Brinckmann unterzeichnete – Flugblatt hervor, mit dem man den Ausschluß der Österreicher aus der Paulskirche forderte.⁴⁴ Der Heidelberger Vaterländische Verein schloß sich damit an eine Kampagne des Nationalvereins an: „Diese entschieden anti-österreichische Kampagne und das Bekenntnis zur kleindeutschen Lösung trugen dazu bei, daß sich innerhalb des 'nationalen Vereins' das Parteibewußtsein festigte.“⁴⁵

Die Reichsverfassungskampagne

Die letzte große Aktion der „Partei“ war die Reichsverfassungskampagne. Angesichts der drohenden Ablehnung der Kaiserkrone durch den König von Preußen und der Verfassung durch die Fürsten wandten sich die liberalen Vereine überall in Deutschland an ihre Fürsten, um diese zur Annahme der Verfassung zu bewegen. In den meisten Ländern fanden sich hierzu demokratische und liberale Vereine zusammen.⁴⁶

Nicht so in Baden. In der badischen zweiten Kammer sprach sich Brentano für die Demokraten gegen die Reichsverfassung aus, während Minister Bekk für die Konstitutionellen dafür plädierte. Einige Abgeordnete der Demokraten stimmte mit der Regierungsfraktion, während Brentano mit fünf weiteren Abgeordneten aus Protest den Saal verließ. Die badische Regierung gab währenddessen anderen Klein- und Mittelstaaten ein Vorbild, indem sie bereits am 11. April die Verfassung anerkannt hatte.

Auch der Heidelberger Vaterländische Verein entfaltete eine hektische Aktivität. Brinckmann berichtete, „alle Augenblicke werde ich, während ich dieses schreibe, in vaterländischen Vereinsangelegenheiten gestört, da ich fast allein die Seele des Ganzen bin. – Ich muß schließen ...“.⁴⁷ Man gründete noch einen Zweigverein in Dossenheim,⁴⁸ hielt mehrere Versammlungen ab,⁴⁹ zuletzt am 3. Mai zu dem Thema „Besprechung über Durchführung der deutschen Reichsverfassung“,⁵⁰ und verfaßte flammende Appelle an Paulskirche und Heidelberger Bürgerwehr.⁵¹

Zu einer Zusammenarbeit mit den örtlichen Demokraten kam es jedoch auch in Heidelberg nicht – in Brinckmanns Worten: „Wir sogenannten Vaterländer hatten eine Vereinigung mit dem Volksverein gesucht, und

diese war teilweise gelungen. Die Reichsverfassung war das Panier, um welches wir uns gemeinschaftlich scharen wollten; die Arbeitervereine aber wollten nichts von einer Annäherung wissen.⁵² Der Versuch war vergeblich, die Demokraten bereits dabei, sich auf eine zweite Revolution vorzubereiten, die gegen Fürsten und „Vaterländische“ gleichermaßen gerichtet sein sollte.

Man beschimpfte sich auf Flugblättern⁵³ und in Zeitungsartikeln,⁵⁴ warf sich gegenseitig vor, die Märzrevolution verraten zu haben. „Sie [die 'Vaterländer'] haben sich entschlossen, weil auch der König von Preußen nicht Kaiser werden will, Republikaner zu werden – allein sie sollen zum Teufel gehen, wir bringen die Republik ohne sie fertig ...“,⁵⁵ „Wir kennen kein Vaterland ohne Freiheit ...“ (Die Republik)⁵⁶, „Die Verfassung ist kein Notanker, sondern ein Fallstrick; darum jubeln ihr auch die Vaterländer zu ...“ (Der Volksführer)⁵⁷, „in jedem Demokrätlein steckt ein Tyränlein ...“ (Der Vaterländische Verein)⁵⁸. Auch auf Heidelberg trifft allerdings zu, was über die badischen Vaterländischen Vereine insgesamt geschrieben worden ist: „Die Flugblätter der neuen Vaterländischen Vereine ... enthielten nur selten eine eigene politische Konzeption.“⁵⁹

Zur Motivation der eigenen Anhänger waren sie den Demokraten noch gut genug: „Die vaterländischen Vereine geben sich große Mühe, unerfahrene Leute ins Netz zu ziehen. Wir dürften sie uns zum Vorbild nehmen, was unsere Gegner an Geld mehr haben, daß müssen wir durch Rührigkeit ersetzen.“⁶⁰ Der Volksverein hatte in Heidelberg vergleichsweise wenig Mitglieder, was dadurch erklärt werden kann, daß neben ihm als lokale Besonderheit der Arbeiterverein bestand.⁶¹

Mairevolution

Am Ende hatten die Demokraten für den Vaterländischen Verein nur noch Spott übrig: Sie seien „nichts anderes als ministerielle Commanditen für Ministerialzwecke, und Strebepfeiler für die jetzige Kammerruine.“⁶² Eine „kurzgefaßte Naturgeschichte der vaterländischen Vereine“ charakterisierte sie gar wie folgt:

„Die vaterländischen Vereine gehören zu den wiederkäuenden Säugetieren ohne Gebiß, nähren sich von dürrn Flugblättern und sind nur in sehr geringem Grade fortpflanzungsfähig. Mit den Katzen haben sie das Heulen im März, mit den Hunden das Apportiren auf den Wink ihres Herrn, mit den Raben die Liebe zum Golde, mit den Krebsen die Liebe zum fortschreitenden Rückschritt, mit den

Dohlen das ängstliche Flattern um die hohen Spitzen, mit den Ochsen und Putern den Abscheu gegen die rothe Farbe, mit den Tiegern die Furcht vor einem Schieß-Gewehr, mit den Eulen die Scheu vor dem Lichte, mit den Käfern das Kriechen im Staube gemein. Diese Eigenschaften, die wir vergleichend noch weiter ausspinnen können, beweisen, das sie Alles und Nichts sind. Ueber ihr eigentliches Wesen sind die Gelehrten so wenig einig, wie über das der aufgefundenen vorsündfluthlichen Mammuththiere.

Halbjährlich versammeln sie sich, wie die geschwätzigen Schwalben, an einem Landgraben, um zu berathen, in welch mildes Klima sie bei herannahendem Sturm sich flüchten wollen, fliegen davon und kehren in ihre rauchigen Nester zurück, wenn das Barometer so hoch gestiegen, daß sie für ihr zartes Leben nichts mehr zu fürchten haben.“⁶³

Beschimpfungen

Und tatsächlich war es wenig später dann soweit, daß die Konstitutionellen sich in „mildes Klima“ flüchten sollten. Die badische Mairevolution bereitete den „Vaterländischen Vereinen“ ein abruptes Ende. Einige Wochen zuvor hatte man noch Verbandsmaterial für Schleswig-Holstein gesammelt,⁶⁴ jetzt konnte man es vielleicht selber gebrauchen. Als der Nationalverein noch auf einem Kongreß in Frankfurt am Main über das weitere Vorgehen beraten wollte,⁶⁵ war Brinckmann zwar auch in der Stadt, aber bereits mit anderen Sorgen:

„An Euch alle!

Gestern bin ich aus Heidelberg geflüchtet und sitze jetzt in Frankfurt. Die Republik ist in Baden proklamiert und wird wahrscheinlich eine rote werden, jedoch wohl nicht von langer Dauer sein. Ich war bekanntlich in den konstitutionellen Vereinen sehr tätig und deshalb so ziemlich mit der Lage der Verhältnisse vertraut, die Mehrzahl, ja die sehr große Mehrzahl Bürger und Bauern will die Staatsform der Republik nicht, allein wenigen Menschen ist es durch Überraschung und durch eine plötzliche Begriffsverwirrung beim Militär gelungen, sie einzuführen.

Ich sah sie kommen, ich wußte, am 13ten, spätestens 14ten d. M. mußte die Bewegung ausbrechen. Am Freitag fuhr ich noch nach Karlsruhe, um mit den Ministern zu sprechen. Daß sich die Garnison in Rastatt empören würde, war nicht vorauszusehen; Bewegungen und Versuche im Lande aber wohl; ich wollte für Heidelberg nur etwa zwei- bis dreihundert Mann Militär, an welche sich die guten Bürger anlehnen konnten. Jene wurden mir auch zugesagt; allein es kam nicht zur Ausführung und hätte auch nichts genutzt. —

Am Samstagmorgen, als ich von Karlsruhe nach Heidelberg fuhr, hörte ich schon auf der Eisenbahn von Mittermaier, in der Nacht seien Struve und Blind von Rastatt nach Bruchsal transportiert, weil man ihre Befreiung in Rastatt fürchte. Am Abend hatten wir schon die Nachricht von dem völligen Aufstande des Militärs in Rastatt und Lörrach; am Sonntag kam die Nachricht, das Militär sei in Bruchsal aufgestanden. – Ich gab jede Hoffnung auf, daß ein Aufstand niedergehalten werden könne.

Seit acht Tagen hatte ich mich schon darauf gerichtet, reisen zu können, da mir manche Warnungen zugekommen waren, daß die Roten sich gegen meine Person richten würden, indem sie alles, was der Vaterländische Verein in Heidelberg tat, mir zuschoben, wie sie überhaupt die Tätigkeit des Vereins, und nicht zu Unrecht, hauptsächlich den Schriftführern zur Last legten.

Mit den gebildeteren Führern der Roten hatte ich übrigens immer auf einem guten Fuße gestanden, allein die Führer der Vereine niedrigsten Ranges hatten eine ungeheure Wut gegen mich und predigten in ihren Zusammenkünften den Haß gegen mich. ...

Am Sonntag ließ ich mich noch immer von einer Hoffnung halten, da mir von allen Seiten versichert wurde, die Volksversammlung in Offenburg werde sich nicht für Republik aussprechen; dieses geschah auch nicht, allein sie machte so unsinnige Forderungen an die Regierung, daß diese, die ja alles bewilligt hatte, was das Land verlangte und irgend verlangen konnte, den von jener Volksversammlung an sie gesandten Deputierten nicht die Forderungen bewilligen konnte.

In der Sonntagnacht wurde Generalmarsch geschlagen; ich mußte auf den Sammelplatz. Da kam mir der Major meines [Bürgerwehr-]Banners, ein Führer der Republikaner, allein der besseren, sehr freundlich entgegen, nahm mich unter den Arm, sagte, es gelte jetzt, wir sollten Preußen abwehren, welche mit der Eisenbahn von Mainz kommen würden, um nach Karlsruhe zu ziehen usw; ich merkte gleich, daß diese nur eine republikanische Finte sei, und er sich des Vaterländers vergewissern wolle, und daß das Ganze auf eine republikanische Bewegung abgesehen sei: allein ich mußte *bonne mine á mauvais jeux* machen und die Nacht auf dem Bahnhof kampieren. Das Schlimmste ist, keiner wagt ein Wort gegen das Treiben zu sagen, jeder fürchtet, sofort von einem Roten mitten im Gliede über den Haufen geschossen zu werden.

Um sechs Uhr morgens wurden wir entlassen. Unterdessen kam die Nachricht, daß in Karlsruhe sich Militär und Bürger gegeneinander geschlagen, die besseren Bürger und die Dragoner vergebens den Großherzog zu schützen gesucht, dieser entflohen usw, wie Ihr in den Zeitungen lesen werdet. Ich packte, um um elf Uhr fortzufahren; Eisenbahn konnte ich aber nicht nehmen, da man mich dort nicht weggelassen hätte. – Um zehn Uhr wurde wieder Generalmarsch geschlagen, und als mein Wagen, der mich nach Weinheim vier Stunden von Heidelberg, bringen

sollte, vor der Türe stand, kamen drei Mann mit Unteroffizier, um mich zu holen, weil ich nicht auf dem Alarmplatz erschienen.

Ich ließ mich nicht finden, und mein Hauswirt übergab den Leuten mein Urlaubsgesuch. – Um die Republik würde ich mich schon nicht kümmern, und warten, bis sie vorüber, allein man würde mich zwingen, gegen Militär, welches die Reichsgewalt senden möchte, zu kämpfen, und das will ich nicht für eine badische Republik, welche nur auf eine Sauerei, wie man hier im Land sagt, hinausläuft. –

Meine Adresse hier kann ich nicht aufgeben, da ich nicht weiß, ob ich hier bleibe oder die Verhältnisse in Heidelberg mich nicht zur sofortigen Rückkehr veranlassen. In zwei Tagen mehr.

In Eile, Euer Louis.

Frankfurt d. 15. Mai [1849]

P.S. In Heidelberg wurde zwei Stunden nach meiner Abwesenheit die Republik proklamiert, wie ich hörte. Sicher weiß ich es noch nicht. Eine provisorische Regierung für Baden hat sich gestern in Rastatt gebildet. Dieses, als Reichsfestung, wird man nicht in Händen der Roten lassen. Das gewünschte Testament soll Alex in [den] nächsten Tagen haben.“⁶⁶

Das Ende

Die Demokraten hatten die Republik ausgerufen und die Regierung übernommen, der Großherzog war geflohen, das badische Militär zu den Revolutionären übergelaufen. Eine kurze, von der „Republik“ veröffentlichte Liste von Heidelbergern, die die Stadt verlassen hatten,⁶⁷ nannte Brinckmann nicht. Wenn die Republikaner wirklich soviel Aufhebens um seine Person machten, wie er meinte, hätten sie ihn eigentlich hier erwähnen können. Ursprünglich war angekündigt worden, die Liste solle fortgesetzt werden, es kam aber trotz genügend weiterer Flüchtlinge nicht dazu.⁶⁸

Ob Schriftführer Brinckmann tatsächlich die von ihm behauptete wichtige Rolle für den Vaterländischen Verein gespielt hat, läßt sich nicht feststellen. Flugblätter und Artikel trugen nur äußerst selten die Namen ihrer Verfasser. Nachrichten waren noch nicht personalisiert, wie wir das heute gewohnt sind. „Der Vaterländische Verein“ verkündete etwas, nicht „XY, der Vorsitzende des ...“. Vermutlich wurden die Flugblätter des Heidelberger Vereins von dem Historiker Häusser verfaßt, die „Republik“ machte jenen jedenfalls als Agitator der „jämmerlichen vaterländischen Vereine“ aus.⁶⁹

Bereits wenige Wochen später schrieb Brinckmann nach Hause:

„Ich hoffe, daß diese Zeit zu meinem Glücke ausschlägt. Jetzt bin ich, wie Du weißt, ein politischer Flüchtling. – Fast hätte ich bei der Bewegung verzweifeln mögen; ich glaubte schon, nach einer anderen Universität gehen zu müssen, oder wieder die Advokatur aufnehmen zu müssen, und in letzterem Fall wäre ich jedenfalls moralisch und bürgerlich zugrunde gegangen. Allein in spätestens vierzehn Tagen wird alles geordnet sein, denn bis dahin ist der badische Aufstand unterdrückt und Baden mit Truppen überschwemmt.“⁷⁰

Tatsächlich gelang es den auswärtigen – in erster Linie preußischen – Truppen binnen weniger Wochen Baden zu besetzen. Die Niederschlagung der Mairevolution durch preußisches Militär wurde von Brinckmann mehr als begrüßt, so mußte er nicht in den Advokatenberuf zurück, in dem er schon einmal gescheitert war.

Die „Gothaer“ in der Reaktionszeit

Was ist Politik? In einer „Offenen Erklärung des Volks-Vereins“ hatte es geheißt: „Wer sind überhaupt die Leute, welche sich zu den vaterländischen Vereinen drängen? Theils intrigante Advokaten und Staatsdienstaspiranten (Stellen-Jäger), die sich gerne reden hören und nebenbei die Hoffnung hegen, durch ihr vaterländisches Treiben und Schreiben die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zu ziehen und folglich zu Anstellung und Besoldung zu gelangen...“⁷¹

Für den Schriftführer Brinckmann war Politik genau das. Er hatte sich in den Briefen an seine Frau alle Mühe gegeben, sein Engagement genauso darzustellen. Seine Hoffnungen, daß die neue Regierung ihn nun bald befördern würde, wurden jedoch enttäuscht. 1852 sollte er an seine Frau schreiben:

„Ich bin Protestant und meine politische Farbe ist gegen Oesterreich und neigt sich zur Gothaer Partei. – Eine ultramontane und schwarzgelbe Partei übt seit dem Tode des Großherzogs ihren Einfluß gerade mir gegenüber auf das Ministerium in Universitätssachen aus.“⁷²

Jene „Gothaer“, zu denen sich Brinckmann bekannte,⁷³ benannten sich nach einer Tagung, die vom 26. bis 28. Juni 1849 in Gotha stattgefunden hatte. Dort hatten sich nach dem Scheitern der Frankfurter Verfassung die Abgeordneten der sog. „Erbkaiserpartei“ aus der Paulskirche getroffen und eine Erklärung verabschiedet, in der sie die Reichseinigung unter preußisch-autoritärer Führung befürworteten.⁷⁴ Sie traten damit praktisch das Erbe des National-Vereins an, wenn auch ohne Parteiorganisation. In den fünfziger Jahren hielten sich prominente „Gothaer“ in Heidelberg auf, so

Heinrich von Gagern und Beseler. Auch der Jura-Professor Vangerow und die Historiker Gervinus und Häusser gehörten zu ihnen.⁷⁵

Nach der Niederschlagung der Mai-Revolution hatte die badische Regierung begonnen, mit eisernem Besen zu kehren. Im ganzen Land gab es Untersuchungen und Verhaftungen, über das Oberamt Heidelberg wurden ausgesprochene Reaktionäre als Beamte eingesetzt. Traditionell war der katholische Einfluß in Heidelberg äußerst gering gewesen, jetzt aber „leuchtete Oesterreichs Stern in Süddeutschland im glanzvollsten Lichte“.⁷⁶

Die ausgebrochene „Periode des Stillebens“⁷⁷ sollte nicht allzulange anhalten. Mitte der fünfziger Jahre übernahmen die Gothaer das Regiment an der Heidelberger Universität,⁷⁸ in den 1860er Jahren wechselte das Ministerium in Karlsruhe. Die Regierung begann, „die aus der Reaktionszeit herrührende Erstarrung der Universitäten und Fakultäten aufzubrechen.“⁷⁹ Nach Jahren der Abstinenz wurden wieder Privatdozenten zu außerordentlichen Professoren ernannt,⁸⁰ nur Brinckmann half das nichts mehr, er war bereits 1855 gestorben.

Anmerkungen:

- 1 Dieser Aufsatz ging aus einem Vortrag für den Heidelberger Geschichtsverein vom 30. April 1997 hervor und basiert auf einem Kapitel der unveröffentlichten Magisterarbeit des Autors unter dem Titel „Carl Hinrich Ludwig Brinckmann, Privatdozent in Heidelberg (1847–1855)“, Mannheim 1996
- 2 Zur Geschichte der demokratischen Vereine in Heidelberg vgl. Hans Martin Mumm: Der Heidelberger Arbeiterverein 1848/49, Heidelberg 1988.
- 3 Carl Heinrich Ludwig Brinckmann, geb. 27. April 1809 in Hamburg, Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Promotion 1836, danach Rechtsanwalt in Hamburg, 1847 Privatdozent in Heidelberg, Habilitation 1847. Sein Antrag auf eine a.o. Professur 1851 vom Ministerium des Inneren abgelehnt. Gestorben in Heidelberg 23. Mai 1855.
- 4 Die zitierten Briefe befinden sich zum einen Teil im Staatsarchiv Hamburg, Familie Brinckmann 1798–1910, 622-1, zum anderen Teil im Besitz des Autors.
- 5 Heidelberger Journal, 3.8.1848
- 6 Heidelberger Journal, 31.8.1848
- 7 Heidelberger Journal, 9.8.1848 und 31.8.1848
- 8 Heidelberger Journal, 31.8.1848
- 9 So im Volksführer, 21.4.1849
- 10 Nolte, Gemeindeliberalismus: S. 84/85
- 11 Auch zum Folgenden Paul Nolte: Gemeindeliberalismus: Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der Liberalen Partei in Baden 1831–1855. Historische Zeitschrift 252 (1991) Heft 1, S.66–70
- 12 Nolte: Gemeindeliberalismus, S. 66
Hans Fenske: Der liberale Südwesten: freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg. 1790–1933. Stuttgart 1981: S. 96f

- 13 Hans Fenske: Der liberale Südwesten: freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg. 1790–1933. Stuttgart 1981: S. 96f
- 14 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“, 1815–1845/49. Frankfurt(Main) 1987, S. 725f
- 15 Zur Geschichte des National-Vereins vgl. ansonsten umfassend Jens Peter Eichmeier: Anfänge liberaler Parteibildung (1847–1854), Freiburg: Diss. Phil. 1968, hier S. 44f, 60f
- 16 Willy Real: Politisches Professorentum. In: .Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. und 20. Jahrhundert. 9 (1983). S. 57, 97f
- 17 Hans Fenske: Der liberale Südwesten: freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg. 1790–1933. Stuttgart 1981, S. 96
- 18 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“, 1815–1845/49. Frankfurt (Main) 1987, S. 726f
- 19 Mumm, Arbeiterverein, S. 141
- 20 Eichmeier, Anfänge: S. 81
- 21 Wehler, Gesellschaftsgeschichte: S.727–730; Dreher, Anfänge: S. 115
- 22 4., 8., 15., 20., 22. – Vgl. Heidelberger Journal passim
- 23 In drei Teilen: Heidelberger Journal, 16., 19. u. 20.9.1848
- 24 Eichmeier, Anfänge: S. 41/42
- 25 Abgedruckt im Heidelberger Journal, 10. bzw. 28.9.1848
- 26 Laut Tagesordnung, Heidelberger Journal, 15.9.1848
- 27 Eichmeier, Anfänge: S. 72
- 28 Heidelberger Journal, 28.9.1848
- 29 Herbert Derwein: Heidelberg im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Ein Stück badischer Bürgergeschichte. Neue Heidelberger Jahrbücher. Neue Folge. 1955/56, S. 94f
- 30 Der Volksführer, 21.4.1849
- 31 Brief Brinckmanns an seine Frau Mary, 29.1.1849
- 32 Brief Brinckmanns an seine Frau Mary, 26.2.1849
- 33 Heidelberger Journal, 11.2.49
- 34 Die Republik, 25.2.1849
- 35 12. und 22.2., Vgl. Heidelberger Journal an diesen Tagen
- 36 Beilage zum Heidelberger Journal, 2.3.1849
- 37 Beilage zum Heidelberger Journal, 2.3.1849
- 38 Sitzungen am 7. und 15.3., nach Heidelberger Journal
- 39 Drei Exemplare: Stadtarchiv Heidelberg: D42k.31; Universitätsbibliothek Heidelberg: B 4423 – 4A FOLIO, Fol.21 und beigelegt den Vaterländischen Blättern für Baden, 26.3.49
- 40 Flugblatt, Universitätsbibliothek Heidelberg: J 7703, nach No. 48, S. 204
- 41 Heidelberger Journal, 7.3. und 15.3.1849
- 42 So auch am 24. und am 30.3., dann noch einmal am 11.4., 26.4., 3.5., vgl. Heidelberger Journal
- 43 Heidelberger Journal, 24. u. 25.3.1849
- 44 Drei Exemplare: Stadtarchiv Heidelberg: D42k.31; Universitätsbibliothek Heidelberg: B 4423 – 4A FOLIO, Fol.21 und beigelegt den Vaterländische Blätter für Baden, 26.3.1849

- 45 Eichmeier, Anfänge: S. 82
- 46 Eichmeier, Anfänge: S. 86–90
- 47 Brief Brinckmanns an seine Frau Mary, 30.3.1849
- 48 Heidelberger Journal, 26.4.1849
- 49 Am 31.3., 12.4., 26.4.1849; vgl. Heidelberger Journal passim
- 50 Heidelberger Journal, 4.5.1849
- 51 Heidelberger Journal, 18.3., 4.5., 6.5.1849; vgl. auch Aufruf des Vorortes der Badischen Vaterländischen Vereine: Heidelberger Journal 15.4.1849
- 52 Brief Brinckmanns aus Frankfurt/M. an die Familie in Hamburg, 15.5.1849
- 53 Stadtarchiv Heidelberg: D42k, Bl. 28 u. 29
- 54 Die Republik, 4.4., 5.4., 8.4., 11.4., 13.4., 19.4., 20.4., 24.4.1849; Der Volksführer, 7.3., 15.3., 12.4., 21.4., 30.4.1849
- 55 Der Volksführer, 21.4.1849
- 56 Die Republik, 11.4.1849
- 57 Der Volksführer, 3.5.1849
- 58 Flugblatt in: Universitätsbibliothek Heidelberg, „Revolution, Mappe III“, Fol. 15
- 59 Ernst Dreher: Anfänge der Bildung politischer Parteien in Baden. Freiburg: Diss. Phil. 1952: S. 110
- 60 Der Volksführer, 15.3.1849
- 61 Mumm, Arbeiterverein: S. 79
- 62 Die Republik, 20.4.1849
- 63 Die Republik, 24.4.49
- 64 Heidelberger Journal, 22.4.181849
- 65 Vgl. Eichmeier, Anfänge: S. 91
- 66 Brief Brinckmanns aus Frankfurt/M. an die Familie in Hamburg, 15.5.1849
- 67 Die Republik, 22.5.49
- 68 Vgl. Die Republik, 27.5.1849
- 69 Die Republik, 27.5.1849; ebenso Derwein, Heidelberg: S. 98 aufgrund des Sprachstils
- 70 Brief Brinckmanns aus Frankfurt/M. an seine Frau, o.D. (5/48)
- 71 Universitätsbibliothek Heidelberg, „Revolution, Mappe II“, Fol. 33
- 72 Brief Brinckmanns an den Hamburger Kaufmann Conn, 21.12.1852
- 73 Briefe Brinckmanns an den Hamburger Kaufmann Conn, 21.12.1852; und an seine Frau Mary, 17./18.2.1853
- 74 Brockhaus Konversationslexicon, 1898, Bd. 8: 187/188
- 75 Georg Weber: Heidelberger Erinnerungen. Stuttgart 1886, S. 209, 217, 263, 265
- 76 Weber, Erinnerungen: S. 262; vgl. auch Karl E. Hasse: Erinnerungen aus meinem Leben. Braunschweig 1902, S. 253/254
- 77 Alexander Busch: Die Geschichte des Privatdozenten. (Göttinger Abhandlungen zur Soziologie 5). Göttingen, 1959: S. 57
- 78 Weber, Erinnerungen: S. 265
- 79 Reinhard Riese: Die Hochschule auf dem Wege zum wissenschaftlichen Großbetrieb. Die Universität Heidelberg und das badische Hochschulwesen 1860–1914. (Schriftenreihe d. AK f. mod. Sozialgesch. 19) Stuttgart, 1977: S. 285/286
- 80 Paul Hintzelmann (Hg.): Almanach der Universität Heidelberg für das Jubiläumsjahr 1886. Heidelberg, 1886: S. 82–100

Besonders
zu empfehlen:



Ciabatta

Das Brot der »Toskaner Weinbauern«.
Ausgewählt von kritischen Kunden.

BACKHAUS
PFLÜGER

... immer einen Biß besser!

Bergheimer Str. 21, Tel. 1 08 68 ● Brückenstr. 16, Tel. 47 59 05
Ulmenweg 1, Tel. 31 46 52 ● Plöck 43, Tel. 16 15 95
Bergheimer Str. 109 a (an der Volkshochschule), Tel. 18 26 51
familia-Center/Back-Shop, Tel. 30 29 84

Bergheimer Str. 21 + Brückenstraße 16
frische Sonntagsbrötchen ab 8.00 Uhr

Norbert Giovannini

Die „Verwertung“ der 1848/49er Revolution im lokalen Kontext

1. Vorbemerkung

Die Widerspiegelungen der Ereignisse von 1848/9 in Veröffentlichungen nachfolgender Epochen, macht deutlich, dass jenseits der Frage, „wie es wirklich war“, eine jeweils neu zugerichtete Geschichte entsteht, die nachweisliche und phantasierte Erinnerungsfragmente zu einer eigenen Wirklichkeit kombiniert. Diese bringt epochentypische „Verwertungsbedürfnisse“ zum Ausdruck. Die komplexe Ganzheit von 1848/49 wird dem jeweiligen Deutungsinteresse untergeordnet. Maßgebliche Aspekte der „Deutschen Revolution“ gehen so verloren oder werden umgebogen, was bis in die Verästelungen der Lokalgeschichte nachweisbar ist.

„Lassen wir den Vorhang fallen über dieses unerfreuliche und in seinen Folgen so tragische Kapitel badischer Geschichte. Ein weiterhin folgender Aufsatz soll einer erhebernden und glücklicheren Periode vaterländischer Geschichte gewidmet sein.“¹

Die Leser der Heidelberger Neuesten Nachrichten konnten also aufatmen. Die Erinnerung an 1848/49, veröffentlicht in der Sonntagsbeilage vom 25. Oktober 1925, würde den Blick auf die folgenden Perioden vaterländischer Geschichte nicht nachhaltig trüben können. Gegenwärtig ist kaum mehr vorstellbar, dass vor 75 Jahren Vormärz, Paulskirche und badischer Aufstand zur unerfreulichen, gar tragischen Episode deutscher Geschichte degradiert wurden. Allenthalben zum 150jährigen sprießen die Erinnerungen, wird 1848/49 als Geburtsstätte von Demokratie und Parlamentarismus, der badische Aufstand als couragierter Ausdruck des freiheitlich-republikanischen Volkswillens gewürdigt. Nicht nur die Hecker und Struve, auch der Revolutionseifer der kleinen Leute, der Lehrer und Apotheker, der Freischärler und Handwerker ist museums- und denkmalwürdig geworden.²

Der Rückblick auf 150 Jahre „Verarbeitung“ zeigt indes die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Datum 1848/49. Selbst nach 1945 ist das demokratische Erbe der 48er Bewegung nur mit zwiespältigen Einschränkungen angenommen geworden. Die gescheiterte Verfassungsbewegung der Pauls-

kirche und die Zurückweisung der Kaiserkrone durch den preußischen König erschienen als Stichdaten eines verhängnisvollen Umwegs der deutschen Geschichte, die mit der Gründung der Bundesrepublik in ihre Bahnen zurückgefunden hat. Die aufständisch-revolutionäre Seite, das Spektakel der Volksversammlungen, die badisch-pfälzische Erhebung und die Manifestationen des Vormärz wurden nur vorsichtig und mit Vorbehalt in der Traditionsgeschichte der Nachkriegsdemokratie inventarisiert. Denn Revolutionen sind zugleich erhebende und schmutzige Ereignisse und je nach Standpunkt, Milieu und politischem Nutzen ist der Umgang mit ihnen beschaffen. Sie können zum Mythos gesteigert, ignoriert oder verdrängt werden, anekdotisch entschärft, umgeschrieben und umgebogen bis zur Unkenntlichkeit oder als Manifestationen von Chaos und Anarchie dämonisiert werden. Am Beispiel der Heidelberger Ortsgeschichte werden wir einige dieser Varianten wiederfinden.³

2. Orte und Namen und Geschichte

Heidelbergs Rolle 1848/49 ist, selbst in Bezug auf die badische Landesgeschichte, eher dürftig. Ganz zu Anfang, am 5. März 1848, verfassten hier gemäßigt liberale und republikanische Politiker einen Aufruf zur Einberufung eines Vorparlaments in Frankfurt und bestellten einen siebenköpfigen Vorbereitungsausschuss.⁴

Mit Schlosser, Häusser, Mittermaier, Mohl, Kapp u.a. sowie der von Gerwinus herausgegebenen *Deutschen Zeitung* war Heidelberg das Zentrum des akademischen Liberalismus, der weit über die badischen Grenzen hinaus wirkte.⁵ Die Universitätsstadt Heidelberg galt als eines der geistigen Zentren des damaligen deutschen Verfassungsliberalismus.

Die Vorlesungen Ludwig Feuerbachs im Rathaus⁶ und der studentische Auszug nach Neustadt im Juni 1848⁷ fallen dagegen eher in den Bereich der Randepisoden. Weniger beachtet und eigentlich erst durch Mumm 1988 in ihrem Anteil an der Stadtgeschichte deutlich gemacht, sind die Anfänge sozialer und gewerkschaftlicher Bewegung, die mit der südwestdeutschen Buchdruckerversammlung, dem Arbeiterverein (später Arbeiterbildungsverein), dem Gewerbekongreß vom 30/31. Juli, dem Heidelberger Arbeiterkongreß zum Vorschein kamen.⁸

Das spektakuläre Ende und die militärische Niederlage der badisch-pfälzischen Erhebung ist episodisch ebenfalls mit Heidelberg verbunden, von hier aus erfolgte der Rückzug der Freischärler- und regulären Revolutionsstruppen vor den einmarschierenden Preußen und ihren Verbündeten.

Diese Revolutionsetappe ist – wenigstens bei Kennern der badischen Geschichte – mit den Namen Sigel, Schloeffel, Mieroslawski und dem des „Übervaters“, Oberbürgermeister Winter, verbunden; Namen, die selbst in der badischen Geschichtsschreibung weit hinter jenen der liberalen Vor- und Zurückdenker und der Revolutionäre Hecker, Struve, Fickler, Brentano und Goegg zurücktreten.

Stadt und Universität hatten gleichermaßen unter der nachfolgenden Reaktion zu leiden. Hier wie anderswo lebte die Erinnerung an 1848/49 in der Handwerker- und Arbeiterbewegung, der politischen Linken, aber auch im „Volksbewusstsein“ gebrochen und dennoch stabil weiter.

In den Heidelberger Neuesten Nachrichten von 1925⁹ erzählt Friedrich Winkler, dass es vor allem die „Freiheitskriege von 1813“ waren, die „noch eine Nachwirkung auf unser empfindliches Kindergemüt“ hatten. Bis 1863 wurden alljährlich auf dem Vorhügel der Molkenkur zur Erinnerung an die Freiheitskriege und die Völkerschlacht bei Leipzig Feuerbrände veranstaltet, fünfzig Jahre lang. Am 18. Oktober 1863 fand letztmalig ein Jubiläumsfestzug statt.

Daneben erinnert sich der Verfasser aber auch, dass die Freiheitshelden des Aufstandes, „Hecker, Struve und Robert Blum ... nirgendwo begeisterter gefeiert und besungen (wurden) als bei uns in Heidelberg.“ Und er erinnert sich an das „Leiblied der Freiheitssänger“ „Hecker, Struve, Robert Blum,/ komm und bring die Preußen um“, das bis in die sechziger Jahre von der Altstadtsumme gesungen in den Straßen zu hören war.¹⁰

Mit Ausnahme des 5. März 1848 zollen die „Deutschen Geschichten“ von Treitschke bis Veit Valentin, von Golo Mann bis Hagen Schulze¹¹ den Heidelberger Ereignissen kaum Aufmerksamkeit. Erst 1958 legte Stadtarchivar Herbert Derwein eine auf Quellen gestützte Darstellung der Ortsgeschichte vor, die in Sprache und Interpretation der Kampfschrift Ludwig Häussers von 1851 auf wunderliche Weise ähnlich ist,¹² zugleich aber ein bemerkenswertes Dokument der nachkriegsdeutschen Geschichtsbildung darstellt.

3. Straßennamen

Das rote Mannheim hat sich – ein vergleichender Blick auf die Stadtpläne legt diese Vermutung nahe – ungleich deutlicher der revolutionären und radikal-republikanischen 1848er-Tradition bemächtigt als das Heidelberg des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Jolly- und Itzsteinstraße, südöstlich des Lindenhofs die Robert-Blum-, Brentano-, Hecker-, Goegg-, Karl Marx-, Franz-Sigel- und Gustav-Struve-Straße. Das Heidelberg der Gründerzeit

erinnert dagegen an Mittermaier, Bluntschli, Vangerow und Thibaut, an die Historiker Häusser, Schlosser (auch an Treitschke und den zu Recht vergessenen Arthur Kleinschmidt), mit Feuerbach ist nicht der radikale Philosoph Ludwig, sondern der Romantiker Anselm geehrt. Die Carl-Schurz-Straße parallel zur Römerstraße und der Mark-Twain-Village ist wohl eher eine Referenz an die amerikanischen Streitkräfte und ihr Hauptquartier. Neueren Datums sind im Kirchheimer Neubaugebiet die Heckerstraße und der Gervinusweg sowie die Struvestraße. Soll das heißen, die Mannheimer schätzen die Revolutionäre, die Heidelberger deren professorale Gegenspieler?

4. Umbenennungen von Straßen

Deutungsfähig sind auch Umbenennungen. Der „Pariser Weg“, zwischen Bahnhof und Altstadt, heute die Friedrich-Ebert-Anlage und bis 1850 auch „Neue Allee“, wurde 1850 in Leopoldstraße umbenannt, zu Ehren des bis 1852 regierenden und im Mai 49 vertriebenen badischen Großherzogs, der, nachdem er mit preußischer Hilfe wieder ins Amt gekommen war, die Restaurationspolitik nach 1848 verantwortete und in Heidelberg das Regiment des stockreaktionären Stadtdirektors Mariano de Uria Sacharaga etablierte. 1860 erhält der bayerische Feldmarschall Karl Philipp Fürst Wrede auf dem an die Leopoldanlage angrenzenden Marktplatz ein Denkmal. 1767 als Bürgerlicher in Heidelberg geboren wird er später bayerischer Vertreter auf dem Wiener Kongress, kommandierte 1832 bayerische Einsatztruppen gegen die „Hambacher“ Versammlung und war 1833 beteiligt an der Niederwerfung des Sturms auf die Frankfurter Hauptwache. Das Denkmal, eine späte Referenz an die kalten Jahre der Restauration, als diese schon im Abklingen waren und sich in Baden die neue liberale Ära manifestierte?

Möglicherweise nicht primär eine politische Manifestation ist die Aufstellung des Denkmals für Karl Gottfried Nadler in der Grünanlage vor dem heutigen Juristischen Seminar, damals Hotel „Victoria“, im Jahr 1897. Nadler (1809–1849), Jurist und Poet und ein unzweifelhaft scharfer Geist, vor dessen spitzer Feder die Revolutionäre und die Möchtegernrevolutionäre, die Philister und Pfälzer Spießler wie auch das bunte Volk der Revolutionäre nicht sicher waren, war eingefleischter Gegner der Revolution.¹³ Aber ist das Denkmal, das seit 1938 auf dem Krahenplatz steht, nicht doch eher als Ehrung für den Mundartdichter zu verstehen, der den Pfälzern einen Spiegel ihrer biedermeierlichen Mittelmäßigkeit vorgehalten hat. Damit das Denkmal besser zu finden war, ist die südliche Neugasse gleich

in Nadlerstraße umbenannt worden, was man mangels Kenntnis für eine nette Referenz an die Schneiderzunft halten könnte.

5. Grabstätten

Ansonsten sind Gräber zu besichtigen, vornehmlich auf dem Bergfriedhof, wo ein Teil des Heidelberger Professorenliberalismus nochmals an letzten Ruhestätten versammelt ist: Georg Gottfried Gervinus, einer der Göttinger Sieben, dem das Mannheimer Hofgericht 1853 die *Venia legendi* entzogen hatte, Ludwig Häusser, der Jurist Karl Joseph Anton Mittermaier und der Staatsrechtslehrer und Politiker Carl Theodor Welcker, der ursprünglich in Neuenheim begraben lag. Die Stadtpolitik um 1848/49 ist vertreten durch den alles überragenden Stadtpolitiker, den Verleger, Bürgermeister und Oberbürgermeister Christian Friedrich Winter, seinen 2. Bürgermeister Thomas Gätschenberger und den Sohn Friedrich des von 1840 bis 1845 nicht eben erfolgreich operierenden Oberbürgermeisters Georg Ritzhaupt, den Dichter Georg Nadler und den Revolutionsgegner, nachmaligen Landtagsabgeordneten und Ehrenbürger Heinrich Albert Mays.

Daneben finden wir zwei Ortsgeschichtler: den Leiter der höheren Bürgerschule und Verfasser der 15bändigen *Allgemeinen Weltgeschichte mit besonderer Berücksichtigung des Geistes- und Kulturlebens der Völker*, Georg Weber (1808-1888), von dessen anekdotenreichen „*Heidelberger Erinnerungen*“ die späteren Biographen der Heidelberger Gelehrtenwelt kräftig zehrten¹⁴, und Heidelbergers ersten Stadtarchivar, den schon erwähnten Herbert Derwein. Auch Derweins Ehefrau, die Schriftstellerin Irmgard von Drygalski, ebenfalls auf dem Bergfriedhof begraben, hat sich, novellistisch und mit starkem Hang zur Gartenlaube, der 48er Ereignisse bemächtigt.¹⁵

Der Opfer von 1848/49 läßt sich ebenfalls gedenken. Sieben Soldatengrabmäler sind – umgebettet – übrig geblieben von den insgesamt 74 Grabstätten von Soldaten, die zwischen dem 5. Juni und dem 7. Dezember 1849 gefallen und hier beerdigt sind. Die einfachen Erdhügelgräber sind verschwunden, die Steingräber belassen worden. Fünf dieser Steinmale gehören auf der Seite Preußens kämpfenden Soldaten, in einem gemeinsamen Grabmal sind neun badische Wehrmänner beigesetzt, die in der Schlacht bei Weinheim am 5. Juni 1849 gefallen sind.¹⁶

Ein weiterer Hinweis muß der Ruhestätte des jung gefallenen badischen Revolutionärs Gustav Adolf Schloeffel gelten, dem – generationenlang zum Schreckbild des Heidelberger Robbespieres hochstilisiert – erst in jüngster Zeit Anerkennung und Würdigung widerfahren ist.¹⁷

6. Schlüsselereignisse in heimatforschenden Veröffentlichungen

Die anfangs zitierten Lebenserinnerungen aus den Heidelberger Neuesten Nachrichten von 1925 („Aus einer bewegten Zeit“) von Friedrich Winkler stehen beispielhaft für eine Art lokaler Historik, die mit einem dürftigen Fundament an Forschung, dafür aber mit um so mehr Hingabe Erinnerungsmaterial ausbreitet, das einfach durch ständige Wiederholung Wirklichkeitsanspruch gewinnt. Winkler steht hier eher auf der Spötterseite, der die lächerlichen Aspekte der örtlichen Revolution betont, darunter das angeblich klägliche Erscheinungsbild der Heidelberger Bürgerwehr und deren erfolgreichste Aktion, die Verfolgung und Festnahme der regierungsloyalen Truppen von Oberst Hinkeldey und Major Hoffmann.¹⁸

Als militärisch versierter und national aufrechter Autor ist Winkler auf Spurensuche gegangen. Er erinnert an die Freischarenschanzen hinter der Zollstockhütte und auf dem höchsten Punkt des Heidenknörzels und weiß zugleich um die Naivität und Waghalsigkeit der Freischaren, „die uns heute nur ein mitleidiges Lächeln abzwängen, denn was konnten sie schließlich gegen das anrückende Militär anrichten?“ Nichts, wie wir wissen.¹⁹

Erinnerungen dieser Art konzentrieren sich auf Schlüsselereignisse, in denen sich der Erinnerungsbezug verdichtet und zugleich aktualisiert. Im Falle Heidelbergs sind es zwei Ereignisse, die immer wieder angesprochen werden: Der Zug der Sinsheimer am Ostermorgen 1848 und der Auszug der Studenten nach Neustadt a.d. Haardt als Reaktion auf das Verbots des demokratischen Studentenvereins durch die badische Regierung.

1914 veröffentlicht das Heidelberger Tageblatt einen Artikel von Th. Wilckens zum sogenannten Freischärlerputsch am Ostermontag 1848.²⁰ Schon die Wortwahl des Titels („Putsch“) deutet an, dass der Zug der Sinsheimer offenbar fest in die gegenrevolutionäre Legendenbildung eingebaut ist. Die Putschabsicht wird „bewiesen“ mit dem zeitgenössischen Bericht eines anonymen Wehrmannes, also eines Mitglieds der Heidelberger Bürgerwehr, der angeblich Zeuge des Vorgangs war. Außerdem finden wir suggestiv gesetzte Hinweise auf einen in Sinsheim marodierenden, gewalttätigen „Haufen“, der mit den nach Heidelberg Ziehenden gleichgesetzt wird.²¹

Wie häufig zuvor und häufig danach wird der Sohn des Landtagsabgeordneten und Heidelberger Kommunalpolitikers Bissing, Dr. F. Bissing, der schon 1907 in der Straßburger Post „Erinnerungen an längst vergangene Tage“ publiziert hatte, als Kronzeuge zitiert. Von ihm stammt die immer wieder genüsslich zitierte Pointe, die Sinsheimer hätten damals ihre Frauen dabei gehabt und diese wiederum große Säcke, „um darin die Stadtbewoh-

ner ihres überflüssigen und daher der Gleichheit der Bürger schädlichen Wohlstandes zu entledigen.“²²

Damit wurden dem Sinsheimer Zug Plünderungsabsichten unterstellt, analog zu den Bauernunruhen in Odenwald und Kraichgau, die unmittelbar zuvor stattgefunden hatten und bei denen Gutshöfe, Adelssitze und Wohnhäuser reicher Landjuden angegriffen sowie die Rücknahme von Schuldbucheintragungen erzwungen worden waren.

Der proklamierte Republikanismus der Sinsheimer, den der Autor nicht verschweigt, ebensowenig wie die soziale Bandbreite der Teilnehmer; ist für ihn allerdings eine besondere Form des terroristischen Irreseins. Das polemische Stammvokabular, das der Verfasser verwendet, liegt auf der Linie der auch nicht gerade zimperlichen Polemiken des Historikers Ludwig Häusser und anderer Revolutionszeitgenossen gegen die Anhänger des „verderblichen französischen Sozialismus“. So beschreibt Wilckens den Sinsheimer Apotheker Mayer, den Initiator des Zuges, als „ruchlosen Anarchisten“, der zunächst feige die Flucht nach Frankreich antritt, 1849 in Sinsheim dann ein Terrorregime einrichtet, bis ihn die Preußen außer Landes vertreiben und er in die USA ausreist.²³

Die selbe Deutung verwendet Friedrich Lautenschlager in seinen viel verwendeten Artikeln, die er 1916 und 1918 zu dem legendären Osterbesuch der Sinsheimer Freischärler veröffentlichte und 1920 auch in seinen Sammelband *Volksstaat und Einheitsherrschaft* aufgenommen hat. Lautenschlager weist jedoch deutlich auf die sozialen Wurzeln des Bauernaufstandes im Kraichgau und im Odenwald hin, die, wie er meint, mit Zusicherungen der Regierung und dem Gesetzentwurf zur Aufhebung der Feudallasten beseitigt gewesen und nun illegitimerweise von den radikalen Republikanern zur Bauernagitation mißbraucht worden seien.

Lautenschlager läßt sich erkennbar von zeitgenössischen Revolutionsängsten leiten und gibt sie für bare Münze aus, so als hätte er siebzig Jahre danach noch Anlass, das bedrohte Heidelberg vor den Sinsheimer Marodeuren zu retten:

„In der Karwoche, so raunte man, würden sich wütende Bauernhaufen auf die wehrlosen Juden stürzen und die Schlösser ... abermals mit brennender Lohe bedrohen. Dann würden die Haufen vereint gen Heidelberg ziehen, sich der Republik anschließen und Heckers Spießgesellen werden“²⁴

Rainer Wirtz hat es 1979 unternommen, die zeitgenössischen und nachfolgenden Wahrnehmungsverzerrungen insbesondere der von Sinsheim ausgehenden Ereignisse nachzuzeichnen. Bemerkenswert ist dabei, dass er hinsichtlich des „Bauernzuges“ die gleichen Mutmaßungen über die soziale Zusammensetzung der nach Heidelberg ziehenden Sinsheimer anstellt wie

seine zeitgenössischen Quellen und den fundamentalen Unterschied zu den vorangegangenen Agrarunruhen außer Acht läßt.²⁵

7. Verbindungsstudentische Deutungsmuster

Die Dramatisierung des Sinsheimer Zuges wird verständlich, wenn wir das gleichzeitige Bemühen der Autoren betrachten, diesen zum Bauernzug mutierten „Putsch“ und vor allem seine glanzvolle Niederwerfung zu nutzen, um den eigenen Beitrag zur Revolution als zivilisatorischen und ordnungserhaltenden Akt aufzubereiten. So hat man zwar – als Mitglied der Heidelberger Bürgerwehr oder als historischer Anwalt der gemäßigten Mitglieder der Heidelberger Bürgerwehr – teilgenommen, aber eben als Anwalt der Ordnung gegen die Anarchie. Bürgerwehr ja, Freischärler nein.

Dazu findet sich in den in Studentenverbindungen weit verbreiteten *Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung*²⁶ die Kurzfassung. Danach habe am 19. April 1848 das Studentencorps unter dem Kommando der Bürgerwehr „tatkräftig mitgeholfen, die zum Plündern in die Stadt eingedrungenen Odenwälder Bauern zu entwaffnen und zu vertreiben.“

Die erweiterte Variante bietet Eduard Dietz, Heidelberger Burschenschaftler, Mitglied der badischen SPD und Ministerialsekretär im Großherzoglichen Justiz-, Kultus- und Unterrichtsministerium:²⁷

„Am Ostermontag, dem 24.4. (sic!), brach nämlich unversehens, von Sinsheim herkommend, ein etwa 200 Mann starker Trupp Odenwälder Bauern in die Stadt ein, um, verbunden mit dem Pöbel Heidelbergs, hier das unterwegs durch Plündern der Staats- und Gemeindekassen schon begonnene große Teilen“ fortzusetzen – woran sie von der Bürger- und Studentenwehr gehindert wurden.“²⁸

In der burschenschaftlichen Literatur wird immerhin noch Prof. Jolly als Hauptmann der Studentenwehr genannt. Der Seniorenconvent der Heidelberger Corps dagegen stellt die grandiose Niederschlagung der Sinsheimer Eindringlinge als Leistung der Corpsstudenten dar, vornehmlich des Vandalen Klinggraeff als stellvertretendem Führer der Studentenwehr:²⁹

„Unter des letzteren (gemeint ist Klinggraeff.-N.G.) Anführung kam es am Ostermontag zu der berühmten Aktion gegen die *zum Theilen* eingedrungenen und mit den städtischen Proletariern verbundenen Odenwälder Bauern. Dieselben waren, ungeachtet der von der Bürgerwehr besetzten Wachen, unvermerkt in die Stadt eingeschlichen und hatten sich vor dem Rathaus versammelt, zunächst mit dem Pöbel der Stadt fraternisierend ...“

Hier mischt sich die Absurdität der Legendenbildung (man stelle sich den Einzug von 200 bewaffneten, plünderungswilligen Bauern durch das östliche Stadttor „unvermerkt“ vor.) mit ihrer Zielsetzung: die Niederzwingung des Proleten- und Bauernaufstandes im heldenhaften Einsatz eines aristokratischen Corps.

Die Corps heben – nicht ohne Berechtigung – auf ihre Distanz zu den Revolutionsereignissen und zugleich ihre Opfer – und Verfolgtenrolle ab.

„Der Ausbruch der Revolution in Paris gab zu Anfang März 1848 einem überspannten Studenten namens Schloeffel Anlass, mit einer rothen Fahne durch die Stadt und in das Rathaus zu ziehen, um von dessen Altan herab eine Rede an das Volk zu halten. Nach den ersten Worten erschien der Bürgermeister und zog den Redner von der Altane fort. Die Corpsstudentenschaft blieb bei diesem Ereignis völlig theilnamlos und wurde an dasselbe erst ein Jahr später unliebsam erinnert, als derselbe nach obigem Vorfall alsbald von der Universität verwiesene Schloeffel als sog. Oberkriegskommissar der badischen Revolutionsarmee kurze Zeit die Herrschaft in Heidelberg ausübte (das war wohl Schloeffels Vater) und sich ein besonderes Vergnügen daraus machte, Corpsstudenten in Gefängnisse zu werfen ...“³⁰

Während in der burschenschaftlichen Literatur – aber auch in der stadtgeschichtlichen – der Auszug der Studenten nach Neustadt am 17. Juli 1848 als epochales Ereignis erinnert wird³¹, bleiben die Corps auch vierzig Jahre danach zu diesem Vorgang in Distanz, der damals zur Auflösung des Seniorenconvents geführt hatte, da sich die Corps nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten.

„In Heidelberg selbst zeichnen sich die Corpsstudenten dadurch aus, dass in ihren Kreisen Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden, während im Übrigen Unruhe und Unordnung überhand nehmen.“³²

Die krasseste Zuspitzung und zugleich groteske Ausweitung der bei den Corps verwendeten Deutungsschiene findet sich in der 1908 erschienenen Stadtbiographie von Prof. Karl Pfaff³³, die ganz im monarchistischen Geist verfasst und von Lobhudeleien auf die badischen Fürsten überquellend, die 1848er Geschehen einfach übergeht, bzw. negiert:

„In die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 wurde die Heidelberger Studentenschaft als solche, auch dank der entschiedenen Haltung des akademischen Lehrkörpers, nicht hineingezogen.“³⁴

An Pfaffs Genrebild ist nichts richtig, aber es ist symptomatisch für eine Zeit, die Bismarcksche Reichsgründung und preußisch-deutsches Kaiserthum als Endzustand deutscher Geschichte definierte und deren Vorgeschichte darauf konsequent zugeschnitten wurde. Die „Einheitsbewegung“ wird in die machtstaatsorientierte borussische Geschichtsschreibung

aufgelöst. Die Länge des nachfolgend zitierten Satzes ist in ihrer verschachtelt-gereichten Syntax ein auch sprachlich aufschlußreiches Dokument für die Subordination sperriger Geschichte:

„Noch leben Männer in allen deutschen Gauen, die freudig bezeugen, welch gewaltigen Einfluß die unvergesslichen Geschichtsschreiber und Geschichtslehrer, der Universalhistoriker Fr. Ch. Schlosser, der Verfasser der „Geschichte des 18. Jahrhunderts“, Gervinus, Häusser, von Treitschke durch Schrift und Wort, wie auf ihr, so auf des ganzen deutschen Volkes politisches Denken und Fühlen ausgeübt, von den Tagen zumal der vierziger Jahre, da Gervinus, der Schöpfer der ersten wahrhaft großen Darstellung der Geschichte der Deutschen Dichtung (1834), im Verein mit Häusser, Karl Mathy und Mittermaier hier in Heidelberg die „Deutsche Zeitung“ gründete zum Hauptzweck, ‚das Gemeingefühl und den Einheits-sinn der deutschen Nation zu unterhalten und zu stärken‘ und in ihr mit stets neuer Beweisführung und in glänzender Darstellung unermüdlich den Satz verfocht, ‚dass Deutschlands Heil nur in der Einigung mit Preußen, in dem Vorsitz von Preussen liegt‘, durch die langen Jahre hindurch, in welchen Ludwig Häusser als Geschichtsschreiber und Publizist, als akademischer Lehrer und als Abgeordneter durch Schrift und Wort in heiligem, seine Kraft allzu früh verzehrendem Eifer vaterländischer Gesinnung in die Seelen von Jung und Alt pflanzte und allen das Herz höher schlagen ließ, wenn er von des Vaterlandes künftiger Einheit prophetisch sprach und er, der Süddeutsche, bekannte, aus der Geschichte gelernt zu haben, ‚dass Preußen der Kern ist, an den der Krystall des deutschen Staates anschliessen soll‘, bis die Stunde der Erfüllung schlug, da Heidelbergs studierende Jugend von ihrem Auszug in den heiligen Krieg durch Heinrich von Treitschke, ihren glühend verehrten Lehrer, die ernste Weihe für Kampf und Tod und Sieg empfing.“³⁵

8. Die politischen Professoren als Interpreten der Einheitsbewegung

Was bei dem Gymnasialprofessor Pfaff ins Kuriose gesteigert erscheint, ist doch nur das Desiderat einer politischen Geschichtsschreibung, in der die Heidelberger Universitätshistorik maßgebliche Positionen verkörpert. Schon 1850 beginnen die akademischen Protagonisten der liberalen Verfassungs- und Einigungsbewegung Nachbearbeitungen und Verarbeitungen³⁶ zu veröffentlichen, leidenschaftlich, unversöhnlich, rechtfertigend oder aus gutem Grund beschwichtigend. Ein markantes Beispiel sind die *Denkwürdigkeiten* des Heidelberger Historikers Ludwig Häusser von 1851³⁷, in denen die Grabenkämpfe zwischen konstitutionellen Liberalen, denen sich Häusser zuzählt, und ihren Intimgegnern, den autokratischen Monarchisten und den radikalen Republikanern, mit unverminderter rhetorischer

Vehemenz noch einmal ausgefochten werden. Bedenkenlos, unbeirrt und offenkundig traumatisiert vom Wirken der badisch-pfälzischen Revolutionäre schlägt der Vordenker des badischen Professorenliberalismus vornehmlich auf die Radikalen und ihren „pöbelhaften“ Anhang ein, wodurch in Umrissen jenes Bild des staatstragenden funktionalen Liberalismus entsteht, der aus der Abwehr der Unterschichten und deren politischer Ansprüche die Hinwendung zu den verfassungsmäßig gebändigten Machteliten der bürgerlich-monarchischen Epoche begründet.

Im Topos der „Bassermannschen Gestalten“ verdichtete sich die zum Hass gesteigerte Abwehr der besitzlosen Masse als Akteure der Geschichte. Die Kennzeichnung der dunklen, finsternen Gestalten, denen der aus Mannheim stammende Paulskirchenabgeordnete in Berlin begegnet war, wurde zur Chiffre der Angst vor sozialrevolutionären und unterbürgerlichen Schichten.³⁸

Auch andere Heidelberger Universitätslehrer, Mittermaier, von Mohl, Zöpfl und Kortüm blieben politisierende Gelehrte, Gervinus und Hagen allerdings zunehmend den antifeudalen Volksbewegungen zugewandt und um den Preis gesellschaftlicher und akademischer Ausgrenzung bereit, an den freiheitlichen Zielen von 1848 festzuhalten.³⁹ In unterschiedlichem Umfang trugen sie dem tatsächlichen Lauf der Reichseinigung Rechnung bis hin zu Heinrich von Treitschkes radikaler Absage an den Liberalismus in der in Heidelberg verfassten Schrift *Das konstitutionelle Königtum in Deutschland (1869/71)*.⁴⁰ Seit dem gemeinsamen Engagement von Hagen, Häusser und Gervinus im Frankfurter Vorparlament hatte die kleindeutsche Lösung der Einigungsfrage in Heidelberg Präferenz – und wird sie bis zu Wilhelm Oncken behalten, der sie durch nicht minder bedenkliche, (kulturn)ationalistische, großdeutsche Projektionen ablöst. Die Lehrstuhlinhaber Treitschke, Erdmannsdorfer und Schäfer verwarfen den konstitutionellen Liberalismus Häussers zu Gunsten einer militant-imperialistischen, mit Treitschke und Schäfer auch antisemitisch gerichteten Deutung der Reichseinigung. Unverhohlene Angst- und Haßgefühle bestimmte die Haltung zur 1848er Volksbewegung, mit denen eine befremdlich devote Ehrfurcht vor dem Monarchen, eine neue Metaphysik der Reichsgründung „gegründet auf Blut und Eisen“ korrespondierte.

Anders als der fatal einflussreiche, borussische Staatshistoriker Treitschke profilierte die an Ranke anschließende Schule, zu der Erdmannsdorfer und Erich Marcks zu zählen sind, den Einigungsprozess als Kollektivleistung unterschiedlicher Kräfte, der Parlamente, der Monarchen und der Volksbewegungen unter Ausgrenzung des radikal-sozialistischen (und zeitbezogen des sozialdemokratischen) Elements. Die Revolution wird ein-

gebaut als gescheiterte Option „von unten“ in den Prozess der erfolgreichen Reichsgründung „von oben“. Der spätere, vernunftrepublikanische Weg eines Hermann Onken⁴¹ in der Weimarer Zeit akzentuierte diese Position nochmals in gemäßigt republikanischer Umschreibung, während sich Erich Marcks den Nationalsozialisten andiente.⁴²

9. Die gespalten-heroische Selbstdeutung

Dagegen war der Rückbezug der Burschenschaftshistoriker von Anerkennung und Stolz auf die Ruperten, Teutonen, Frankonen und Allemannen von damals bestimmt, die – wenn auch mit zweifelhaftem Erfolg – der badischen Regierung Paroli geboten haben. Bis in die NS-Jahre konservierte sich diese Wertschätzung der Teilhabe der Burschenschaftsverbände, eingebettet in eine Traditionslinie, die von den Freiheitskriegen über die 1848er Ereignisse, die Teilnahme an badischen und pfälzischen Studentenlegionen bis hin zur Mitwirkung im deutsch-französischen Krieg, den studentischen Sturmbataillonen in Flandern und schließlich in den Freikorps und Wehrverbänden nach dem ersten Weltkrieg reichte. Die Berührungängste mit der Vergangenheit, wie sie die Corpsstudenten vorführen, sind den Burschenschaften fremd, einmal wegen ihres ausgeprägten Traditionalismus, zum andern aber, weil sie ihre Erfolgsgeschichte systematisch darauf beziehen, dass es um deutsche Einheit, um die Reichseinheit und die nationale Einheit und Stärke gegangen sei. Da letztlich auch die radikalen 1848er anderes nicht wollten, können auch die Bundesbrüder Hecker und Struve, können aber auch die Studenten G.A. Schloeffel, Peter Michel und Max Dortü ihren kleinen Platz im großen Pantheon der deutschen Burschenschaften finden. Der positive Bezug auf 1848/49 endet also nicht wie gelegentlich bei Historikern und Politikern der Nachkriegsjahre bei der Paulskirche, gerade weil die Burschenschaften an das gesamte Spektrum der 1848er Bewegung durchaus zurecht Erbansprüche stellen können.

Im burschenschaftlichen Deutungsmuster kommen die ideologischen Prämissen der alles vereinnahmenden „Einheitsbewegung“, wie sie in der nationalliberalen Geschichtswissenschaft schon vorgeführt wurde, zum Tragen. Der Preis der Reichseinigung überstrahlt alle tatsächlichen Gegensätze. Das urburschenschaftliche Ideal der Einheit, der auch scharfe Gegensätze vereinbart, galt als politischer Nenner der bürgerlichen Einheitsgesellschaft, die keine „Klassen und Schranken mehr kennt“.

So erwähnt der oben zitierte sozialdemokratische Ministerialsekretär Dietz, als Historiker der Heidelberger Frankonen und Teutonen, auch die

Aktiven von Neckarbund, Schlossbund und Allemannia, den radikalen Burschenschaftlichen Vereinigungen im Jahr 1848, ergänzt um Hinweise zu deren teilweise glanzvollen Karrierewegen in deutschen Regierungen und Verwaltungen.

Dennoch: die Erinnerung an 1848 bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Auffällig in der verbindungsstudentischen Literatur, die sonst jede Marginalie registriert, sind die großen weißen Flecken in der Ereignisdarstellung. Man könnte in den notorisch wiederkehrenden Hinweisen auf die Niederschlagung der Sinsheimer Republikanerdelegation und der unvermittelten Hochschätzung des Auszugs nach Neustadt Deckerinnerungen vermuten, also besonders ausgeprägt organisierte Erinnerungen, in einer meist widerspruchsfrei geglätteten Gestalt, die der jeweiligen Eigendefinition nahtlos entspricht, um alle anderen Erinnerungen abdecken, vergessen und verdrängen zu können. Deckerinnerungen absorbieren unsere Aufmerksamkeit, und sie geben der überreichen Erinnerung an die Vergangenheit mit ihren Widersprüchen und Brüchen eine Glättung.⁴³

Schwerer tun sich dagegen die Nachkommen von Bürgermeister Winter. Offenbar mittels einer Familienkonferenz ist in den 1890er Jahren der Beschluß entstanden, Großvater Winter von dem anrühigen Nimbus zu befreien, er habe während seiner Amtszeit mit den Revolutionären fraternisiert. Die Lebenserinnerungen seiner Enkelinnen Luise Landfermann und Johanna Reimer versuchen, den Großvater ins rechte Licht zu rücken, beispielsweise durch den Hinweis, dass in dieser „traurigen Zeit über das deutsche Vaterland“ die badischen Liberalen versucht hätten, den Vater zu sich zu ziehen. Der Enkelinnen Kronzeugin ist die Großmutter, die angeblich in druckreifem Duktus zu stöhnen pflegte: „Wenn ich nur diese Leute von Vater fernhalten könnte – sie verfolgen andere Zwecke, als er sie bei seinem feinen Rechtsgefühl haben kann, und möchten gerne einen solchen Mann wie ihn auf ihrer Seite haben.“⁴⁴

Ganz anders dagegen die Söhne des Juristen Mittermaier, Karl und Franz, die 1848 als Mitglieder des gemäßigt radikalen „Schloßbundes“ aktiv waren. In ihren Erinnerungen an den Vater, der 1866 veröffentlichten Schrift „*Bilder aus dem Leben von K.J.A. Mittermaier*“, findet sich eine bemerkenswert klare Darstellung der Ereignisse vom Ostermontag 1848.

„Republikaner Heidelbergs hatte, die junge Mannschaft östlich gelegener Orte zum bewaffneten Zuzug veranlasst, um die deutsche Republik auszurufen. Gerade um die Mittagszeit zog eine starke Schar derselben, mit scharf geladenen Gewehren und Sensen bewaffnet, zum Karlsthor herein, nicht um zu plündern, wie ohne jeden Grund behauptet wurde, sondern um bei der, wie sie meinten, stattfindenden Ausrufung der Republik mitzuwirken.“⁴⁵

Mittermaiers Rolle wird zudem in nachvollziehbarer Weise mit den Absichten der hereinziehenden Revolutionäre in Verbindung gebracht (er verweist auf die Reichsversammlung, deren Verfassungsgebungskompetenz niemand vorgreifen dürfe) und unaufgeregt wird das Verhalten von Bürgerwehr und Sinsheimer Republikanern gekennzeichnet. Nachfolgende Autoren haben sich bei der Organisation ihrer Erinnerungen wenig von diesem nüchternen Text beeinflussen lassen.

10. Erinnern an 1848/49 in der Weimarer Republik

Verschiedene Motivstränge spielen bei der Beurteilung und Verwertung der 1848/49er Revolution in den Weimarer Jahren eine Rolle und sie finden sich oft im Entlegensten wieder. So beschwören 1919 zwei Artikel die guten Beziehungen zwischen Heidelberger und Wiener Männergesangsvereinen. 1890 ist Oberbürgermeister Wilckens zum Ehrenmitglied des Wiener Sängervereins ernannt worden. Der scheinbar entlegene Aspekt der Heidelberg-Wien-Beziehung gewinnt aber politische Dimensionen durch die unverkennbar großdeutschen Untertöne. Großdeutschland als die 1848 unerledigt gebliebene Option durchzieht leitmotivisch insbesondere die süddeutsche Bearbeitung der 1848er Revolution in der Weimarer Zeit.⁴⁶

Vielleicht ist es überzogen zu sagen, dass diese prononcierte Städtefreundschaft auf dem ja auch nicht immer unpolitischen Terrain der Gesangsvereine auch ein Stück Rehabilitation für die Hinrichtung von Robert Blum darstellen könnte, der in Heidelberg große Sympathien genoss.⁴⁷

Deutlich wird die großdeutsche Orientierung auch in den Reden zu den Jubiläumsfeierlichkeiten der Paulskirche im Mai 1923.⁴⁸

Im Mai 1923 folgte einen Tag nach der Gedenkfeier in Frankfurt, an der auch die Spitzen der badischen Regierung teilnahmen, eine zweite Gedenkfeier im Heidelberger Schloßhof. Die Redebeiträge beider Veranstaltungen sind ausführlich dokumentiert. Der Zeitpunkt der 75-Jahre-Feier ist denkbar ungünstig. Der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet, die katastrophale wirtschaftliche Lage und die Separationstendenzen im Deutschen Reich legen eine Kontinuitätsdeutung zu 1848 nahe, der sich kaum ein Redner wirklich entziehen kann.

Zu wesentlichen Teilen sind es vaterländische Bekenntnisfeiern, die zentriert sind um das großdeutsche Konzept, als gelte es, gerade dieses Erbe der deutschen Nationalbewegung einzulösen. „Ein Sturm der Begeisterung durchbrauste den Kaisersaal“, als der 2. Vorsitzende des österreichischen

Nationalrates den Tag herbeiwünschte, an dem die Deutsch-Österreicher „nicht mehr als Gäste, sondern als gleichberechtigte Volksgenossen“ sich zur gemeinsamen Feier einfinden.

Es bleibt dem Festredner, dem Heidelberger Nationalökonom und Kulturwissenschaftler Alfred Weber vorbehalten, einen anderen, wenngleich überaus gewunden vorgetragenen Akzent zu setzen. Nach der offenbar unvermeidlichen Referenz an Bismarck versucht Alfred Weber den Eigenwert der Paulskirche darin zu fixieren, dass sie sich auf die Menschenrechte bezogen habe und damit das Konzept der nationalen Einheit europäisch fundiert habe, denn für den europäischen Raum zumindest sind sie – ausgehend von der Französischen Revolution – manchmal sogar ausdrücklich formuliert worden. Der Standard der Menschenrechte ist nun um so mehr aktuell geworden, als der Zusammenbruch der Monarchie, nur mehr die Alternative zwischen Republik und Gewaltregime lasse – ein durchaus helllichtiger und weit reichender Gedanke. Aktuell politisch bezieht sich Weber indes weniger auf die innenpolitischen Gegner der Republik als auf den miserablen Zustand des Nachkriegseuropas, in dem ein Über-Unterordnungsverhältnis von Siegern und Besiegten existiert. Entsprechend bedenklich gestalten sich die Verhältnisse der Völkerfamilie: statt den Menschenrechten regiert die „Ignorierung aller persönlichen Freiheitsrechte in brutaler Form“.

Die Rede des Reichspräsidenten Friedrich Ebert weist der Weimarer Republik eine unmittelbare Traditionsbeziehung zu 1848 und dem schwarz-rot-goldenen Banner der Freiheitskriege gegen Napoleon zu. Wenige Stunden später aktualisiert Reichspräsident Löbe, SPD, diese Erbschaft in vehementen Angriffen auf die französischen Okkupanten, in dem er gegen die „Verletzung deutschen Bodens, gegen die Vergewaltigung deutscher Landsleute und gegen die Attentate auf die Selbständigkeit und Freiheit unseres großen Volksstammes“ protestiert. Wie jener zweite Vorsitzende des österreichischen Nationalrates fordert auch Löbe den Anschluss Deutsch-Österreichs an die gemeinsame deutsche Republik.

Die wenige Tage später folgende Heidelberger Pfingstkundgebung auf dem Schloßhof, veranstaltet vom Republikanischen Reichsbund, steht vordergründig ebenfalls ganz im Zeichen von Angriffen gegen Frankreich, das nun von deutscher Seite dem Vorwurf ausgesetzt ist, seine eigenen Menschenrechtsprinzipien mit Füßen zu treten.⁴⁹

Es sind die Erbfeindformulierungen, die die an sich zutreffenden Einschätzungen des badischen Staatspräsidenten und SPD-Politikers Remmele mit einer gefährlichen Tendenz ausstatten. „Frankreichs Herrscherwille erträgt kein geeintes Deutschland.“ An sich zutreffend ist die Diagnose, dass die unversöhnliche Interventions- und Reparationenpolitik der fran-

zösischen Hardliner – ganz analog zu der der nationalistischen Kämpfer gegen den Versailler Vertrag – darauf hindrängen, Europa in ein neues kriegerisches Gewaltkarrussel zu stürzen.

Die Republikanische Versammlung in Heidelberg trägt wenig lokal-historische Züge. Bürgermeister Wieland erinnert an die Versammlung der 51 im Badischen Hof am 5. März und die Kundgebung vom 26. März im Schloßhof. Staatspräsident Remmele bezieht sich auf die Tradition der liberalen Akademiker der Heidelberger Universität, die „an erster Stelle am Zustandekommen des Frankfurter Parlaments“ beteiligt waren.⁵⁰

Dennoch ist die Ausrichtung der Jubiläumsfeiern 1923 von republikanischer Seite eindeutig. Sie stellen die Weimarer Republik in die Tradition der Paulskirche und machen Fürstenehrsucht und Bismarcksche Gewaltpolitik verantwortlich für den mühseligen Umweg zur Demokratie. Die großdeutsche Option beinhaltet auch die Hoffnung auf eine Revision des preußisch dominierten Wegs der Reichseinigung, gegen den die Republikaner der ersten Nachkriegsepoche auf einen von der Etsch bis an den Belt reichenden Bundesstaat setzten. Ein bedenkenswertes Argument, das die Republikaner damals bewegt hat, kommt allerdings ebenfalls zur Sprache – und es kann den Vorwurf widerlegen, dass die Weimarer Demokraten sozusagen naiv und ohne Bedenken an der eklatanten Tatsache der eigentlichen Schwäche der Republik vorbeigegangen seien. Hauptvorwurf gegen die Paulskirche ist in allen wesentlichen Reden der Verzicht der Frankfurter Versammlung auf ein starkes Machtmittel, mit dessen Hilfe die verfassungsrechtlichen Zielsetzungen auch administrativ hätten umgesetzt werden können. Der Verzicht auf Beherrschung des Staatsapparates wird bis 1933 zum traumatisch besetzten Thema angesichts der Machtlosigkeit republikanischer Regierungen gegenüber der Reichswehr, den bürokratischen Eliten, der Justiz und den illegalen Machtapparaten.

Dort wo Lokalkolorit gefragt ist, tauchen nun des unvermeidlichen Dr. G. Bissings Alt-Heidelberg-Erinnerungen⁵¹ auf. Davon war schon im Zusammenhang mit dem Zug der Sinsheimer die Rede. Eine andere Anekdote, die Bissing mehr unter komödiantischen Aspekten erzählt, enthüllt jedoch unfreiwillig den Streuwirkungseffekt revolutionärer Situationen. Deshalb sei sie hier – ohne zu überprüfen, ob sie tatsächlich stattgefunden hat – wiedergegeben. Die Lyzeumsschüler, zu denen Bissing gehörte, seien zwar mehrheitlich keine „Freunde des Umsturzes“ gewesen, seien aber vor das Lyzeum gezogen und hätten die „Abschaffung der griechischen unregelmäßigen Zeitwörter auf „mi“ gefordert, „weil nicht mehr auf der Höhe der Zeit befindlich.“ Radikale Situationen entwickeln auch ihre liebenswert parodistischen Effekte und lassen Phantasie und Kreativität gedeihen.

Die lokale Geschichtsschreibung („Heimatgeschichte“) im Zusammenhang mit 1848 hebt häufig isolierte und isolierbare Aspekte hervor. Obgleich sie meist auch nichts weniger verkörpern als die Steckenpferde ihrer Autoren, bringen sie zeittypisches Denken und Deuten zum Ausdruck. Zwei Artikel, aus Anlass der 80jährigen Erinnerung veröffentlicht, beschäftigen sich mit den eigentlich militärischen Aspekten der Niederschlagung der Revolution in Baden und Heidelberg und vermitteln die spezifische Geschichtssynthese des soldatischen Denkens, die ihre Wertbezüge aus soldatischer Leistung schlechthin und der Teilhabe an der deutschen Einheitsbewegung bezieht.⁵²

Im Tageblatt erinnert Oberbaurat Schreiber an die Freischarenschanze nordöstlich des Heiligenbergs, der einzigen baulichen Erinnerung an die Endphase der Revolution. Die in Baden und der Pfalz kämpfenden Freischaren erhalten vom Verfasser kein günstiges Zeugnis. Der Vorwurf der Feigheit wird ein ums andere Mal kolportiert, ebenso der Hinweis auf die „unlauteren Elemente und Abenteurer aus aller Herren Länder“. Die Bilanz der militärischen Verhältnisse fällt natürlich sehr zu Ungunsten der aufständischen Militärs aus, was waffentechnisch nicht zu bestreiten ist, aber hier auch moralisch gemeint ist:

„Die Gesinnung und militärische Brauchbarkeit der Artillerie war sehr gut. An den Geschützen und in der Schießkunst war sie den Preußen überlegen. Die Infanterie war gut, die Dragoner unzuverlässig, die Freischaren waren gut, die Volkswehr teilweise gut, die Mehrheit schlecht, die Bürgerwehr war meist schlecht. Die mit Sensen bewaffneten Leute waren von keinem Nutzen und nur dem Lande zur Last. Die Verpflegung und Bekleidung war mangelhaft. Ungehörigkeiten, Diebstähle und Grausamkeiten kamen vor, wie sie bei allen Volkskriegen üblich sind. An Lügen und Prahlereien hat es auch nicht gefehlt.“

Allerdings kann der Verfasser nicht umhin, die militärischen Erfolge des in Heidelberg stationierten Oberst Becker bei der Abwehr des preußischen Angriffs über den Weissenstein zum Heiligenberg anzuerkennen:

„Die Trutzen des Oberst Becker waren gut, andernfalls wäre der geschilderte Erfolg nicht erzielt worden. Dieselben bestanden aus Teilen der Flüchtlingslegion, Schweizer Schützen und Mannheimer Arbeitern, mithin aus Leuten, die wussten, was sie wollten.“

Es ist auffällig, dass Schreiber seine Anerkennung für die militärische Leistung einiger Revolutionäre nicht zurückhält. Sein Herz schlägt zwar preussisch, politisch aber ist er auf brüderliche Einheit orientiert. Die 1848er Kämpfe bewertet er in nationaler Perspektive als „Bruderkämpfe“ und die zu beklagenden Toten gelten dem Verfasser als „Idealisten und die besten Köpfe“, ihr Tod als „Verlust für die Allgemeinheit“. Insbesondere erweist er

Referenz den in den USA zu militärischem Ruhm gekommenen badischen-pfälzischen Exilanten wie Siegl, Schurz, Willich, Hecker und Fickler.

„Alle diese Männer haben dem Deutschtum im Ausland Ehre gemacht. Die Schlechtesten waren es nicht, das Vaterland hat viel an ihnen verloren.“

Seine Anregung, einen Gedenkstein bei den Schanzen aufzustellen, liegt auf dieser Linie der Versöhnung der ehemals im „Bruderkampf“ Gestandenen. Die Gegensätze der 1848/49 sind vor dem militärischen Ehrenmal scheinbar aufgelöst und überhöht.

11. Eine nationalsozialistische Ereignisdeutung: Der Heroismus auf dem Heiligen Berg

1936 veröffentlicht die Heidelberger NS-Zeitung Volksgemeinschaft einen militärgeschichtlichen Artikel von Friedrich Balsler.⁵³ Der Tenor des Artikels ist im Schlußsatz markant zusammengefasst und auf das Maß nationalsozialistischer Geschichtsschreibung zugeschnitten.

„Erst ihre Enkelkinder (der Revolutionäre von 1848/49) sollten die Verwirklichung jener Träume und Hoffnungen im nationalsozialistischen Deutschland des Dritten Reiches erleben“.

Zu dieser beachtlichen Geschichtsklitterung ist es allerdings erforderlich – und Balsler führt dies in seinem Artikel beispielhaft vor – die 1848/48 Bewegung vollends auf ihren Anteil als nationale Bewegung zu reduzieren, und die sozialen und freiheitlich-demokratischen Konzepte komplett zu unterschlagen. Im Sinne des Führergedankens wird die Niederlage der Paulskirche als Ergebnis eines fehlenden Führers gedeutet. Selbst in Nuancen erfolgt die Geschichtsumdeutung. So habe die Versammlung am 5. März stattgefunden, „als die Sehnsucht nach einem stark vereinten deutschen Reich 51 „Vaterlandsfreunde“ aus allen Gauen Deutschlands am 5. März 1948 in Heidelberg vereinte ...“

Der Heiligenberg, im Text konsequent als der Heilige Berg bezeichnet, wird zum sakralen Monument deutscher Geschichte, auf dessen Höhen „am ersten Jahrestage der Leipziger Völkerschlacht Freudenfeuer aufgelodert waren“ (was sie tatsächlich auf dem Vorhügel der Molkenkur taten), der von den „Kampfgräben der Freischärler gefurcht“ ist, die sich allerdings dürftig ausnehmen neben „seinem überwältigenden Mal, der Thingstätte, neben diesem herrlichen Ausdruck nationalsozialistischen Bau- und Aufbauwillens.“ Für den Verfasser sind – in der skurrilen Metaphorik der völkisch-germanoiden Sprachregelung, die Freischärlerschanzen „wie Runen ins Antlitz des althehrwürdigen Berges eingegritzt.“

Jenseits dieser Metaphorik adoptiert der Verfasser nun beispielhaft für die völkische Geschichtsklitterung Gervinus, Welcker, Kapp, Heinrich von Treitschke und Josias von Bunsen, den Berater König Friedrich Wilhelm IV. als den Beitrag Heidelbergs zum „geistigen Leben Deutschlands vor und nach 1848“. Der positive Bezug auf 1848 und seine militärische Seite kann nicht überraschen. Liegt er doch ganz auf der Linie der revolutionär-aktivistischen Selbstdeutung der Nazis, die sich bedenkenlos den Mythos von Volksbewegungen (von den Bauernkriegen an) einverleiben und zur Vorgeschichte der nationalen Erhebung umstilisieren.

„Diese alten Schanzen sind heute noch dort oben zu sehen als Erinnerungszeichen derer, die vor bald neun Jahrzehnten das ohne wirklichen Führer erstrebten, was erst Adolf Hitler gelingen sollte: das zerrissene Deutschland zu einen im Reich.“⁵⁴

12. Die Dissertation von Ferdinand Haag 1934

1934 legte Ferdinand Haag eine bei Willy Andreas angefertigte Dissertation vor, in der er die politisch-literarischen Beiträge der Heidelberger Akademiker einer Überprüfung an den Anforderungen des neuen Regimes unterzieht.⁵⁵

Aus der respektablen Tradition Heidelberger Historiker ist nach dem Weggang Onckens 1923 Willy Andreas geblieben, ursprünglich ein Nationalliberaler, der im Wintersemester 1932/3 das Rektorat der Universität übernahm und es bis zum Herbst 1933 weiterführte. Andreas, ein Erzähler, Ästhet und distanzierter Demokrat zunächst – teilte zunehmend die Neigungen des nationalen Bürgertums, das zwar der „Führgestalt“ Hitler ablehnend gegenüberstand, aber die Weimarer Demokratie in die Richtung des politischen Führertums für entwicklungsbedürftig hielt. In der Rückschau sind seine Zugeständnisse an den Nationalsozialismus schwierig zu bewerten. Er zählte weder zu den Kreisen der „inneren Emigration“, die sich im wieder auflebenden Gesprächszirkel der Marianne Weber versammelten, noch zu den überzeugten Parteigängern um den bei Karl Hampe habilitierten „Kriegswissenschaftler“, Rektor und badischen Kultusminister Paul Schmitthenner. Bezeichnend für seine Arrangement-Strategie ist die Aufnahme von Horst Wessel in die Sammlung *Die großen Deutschen* – als Gegenleistung dafür, Adolf Hitler heraushalten zu können, sowie seine Bemühungen um die jüdische Historikerin Selma Stern-Täubler und seinen Kollegen, den Honorarprofessor Walter Lenel.⁵⁶

Die Dissertation seines Schülers muß Andreas' Position nicht wiedergeben und kann schon gar nicht hochgerechnet werden auf die ganze Uni-

versität. Bemerkenswert ist indes, wie rasch in das Schrifttum auf der mittleren Ebene des akademischen Betriebes – als das Dissertationen gelten können – das völkische Vokabular, kräftige antisemitische Nuancen und eben jene charakteristische und sehr präzise zwischen akzeptabel und inakzeptabel unterscheidende Einverleibung der 1848er Bewegung eingingen.

Haag konzentriert sich in seiner Arbeit auf Heidelberger Hochschullehrer, die 1848/49 von herausragender (oder zumindest erheblicher) Bedeutung waren. Die Ereignisgeschichte, soweit sie Studentenunruhen, Disziplinierungen und ortsgeschichtliche Ereignisse betreffen, treten ganz zurück. Haags Programm ist – chemisch ausgedrückt – die Destillation des für die nationalsozialistische Geschichtsideologie brauchbaren Materials.

Ein erstes Beispiel ist die „Deutsche Zeitung“ von Gervinus. Haag deutet deren journalistisches Konzept zunächst nationalistisch und kriegerisch:

„Als Richtlinien standen vorab die Förderung der Gemeinschaft und der Einheit der deutschen Nation. Dies war die Grundhaltung. Das deutsche Volks- und Rechtsbewusstsein sollte gestärkt und gefördert werden und zu einer Außenpolitik stärkster Aktivität führen, selbst um den Preis kriegerischer Verwicklungen“ (S. 10)⁵⁷

Wenn ihm auch sonst an Gervinus nicht viel sympathisch ist, erkennt er an, dass die kleindeutsche Option mit starker Zentralgewalt, konstitutioneller Monarchie, und „preußische(r) Wehrverfassung ... den Männern der Deutschen Zeitung vorbildlich und nachahmenswert für den ganzen Bund“ schien. Negativ dagegen – entsprechend der pseudosozialistischen Programmatik der NS-Bewegung – ist die Beurteilung des 1848er Professorenliberalismus auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Haag konstatiert den „rein liberalen Gedanken der ausschließlichen Selbstentscheidung (Privatinitiative) in allen Angelegenheiten der Wohlfahrt, Fürsorge, Arbeitsorganisation, Handel und Gewerbe“, und ebenso kritisch, dass die Stellung der Deutschen Zeitung zum Sozialismus nicht „planmäßig durchdacht“ gewesen sei und ihr die „Einsicht (fehlt), dass der sozialistische Gedanke aktiv ist, d.h. auf Änderung der gesellschaftlichen Ordnung überhaupt zielt.“ (13) Die Bewegung von 1848 war „bürgerlich-kapitalistisch“. Bemerkenswert ist die pathologisierende Charakterisierung der an der Revolution teilnehmenden Hochschullehrer, in denen auch antisemitische und andere diffamierende Stereotypen zur Verwendung kommen.

„Kapp war auffallend rücksichtslos in Worten und Gebärden, aber sonst unbedeutend.“

„Morstadt ein krankhafter Narr und Widerspruchsgeist aus Sensation und Wahn.“

„Röth wurde lange Zeit von dem radikalen Teil der Studenten als Sprecher und Wortheld gegen den gemäßigeren Gervinus gebraucht; sein Streben ging nach der sozialistisch-republikanischen Richtung, und Georg Weber⁵⁸ bezeichnet ihn als einen „Mystagogen und Kathederdemagogen in einer Person“.

„Oppenheim war ganz radikaler Demokrat, fast Kommunist und spielte auch in der Berliner Arbeiterbewegung eine Rolle.“

„Friedländer kann wohl als Schwächling bezeichnet werden, ohne feste Triebkraft und auch als Mensch nicht zu den angenehmsten Erscheinungen gehörend.“ (30)

Bei Friedländer und Oppenheim fehlt nicht der Hinweis, dass sie Juden waren, Friedländer habe sich „vielfach unter die Arbeiter gemischt, mit denselben exerziert, sie angeführt und aufreizende Reden gehalten.“ Schärfer noch ist das Urteil über Oppenheim, der „Vertreter jener volks- und vaterlandsfremden Agitatoren und jener völlig internationalen Gruppe von Menschen“ gewesen sei, „welche die Bewegung von 1848 verderbt haben.“ ... „So richtig der westlerische Mensch“ ... „Ein Feind völkischen Eigenlebens, erklärte er sich als Jude für das deutsche Staatsbürgerrecht für Juden“ ... ein „berufsmäßiger Revolutionär“, „kommunistischer Agitator“ und ein Gangster dazu, denn er habe sich als Putschist bei der Ausräuberung des großherzoglichen Privatkabinetts beteiligt. Fast schon wieder harmlos der eigentlich nur verrückte Morstadt, dessen Schwester eine Mätresse des Großherzogs gewesen sei und der eine Weibsperson geschwängert und aus dem Haus gejagt habe.

Von allen an der Revolution teilnehmenden Heidelberger Hochschul Lehrern erhält jedoch nur Karl Hagen eine unzweideutig positive Beurteilung. „Hagen war ohne Zweifel die überragende Persönlichkeit dieser Gruppe und oft ein Alleingänger, der sich gerade durch sein stark ausgeprägtes Nationalgefühl von den anderen Vertretern dieser Gruppe unterschied.“ (S.30/31) Hagen wird dabei akzentuiert als Anwalt einer an heimischem Boden und Volkstum orientierten Vaterlandsliebe (Patriotismus), Vertreter starker Außenpolitik und Gegnerschaft zum französischen Kosmopolitismus. Haag bezeichnet ihn zwar als „übertriebenen Individualisten“ für den die französische Revolution genauso unwillkommen war wie der Absolutismus; wertet positiv aber seine Sympathie für den mittelalterlichen Ständestaat im Anschluss an Frhr. von Stein und seine „urdeutsche“ Hochschätzung des Republikanischen Verfassungsprinzips (S. 33). In Hagens Plädoyer für „Assoziationen“ sieht Haag die Vorwegnahme der „Gemeinschaften und einer gegliederten Arbeitsfront von heute“ (S. 35). Seine Gliederung der Staatsanstalten „deckt sich inhaltlich durchaus mit

den zeitgemäßen Begriffen ‚Siedlung‘, ‚Arbeitsdienst‘ und ‚Verstaatlichung des Bankenwesens‘ (S. 35).

Der übrige Heidelberger Professorenliberalismus erhält unterschiedliche Würdigungen. Mittermaier erscheint als gewiefter Gelegenheitspolitiker. Eigentlich von Wert ist nur seine Enttäuschung über den Parlamentarismus und die Absage an den radikalen Republikanismus. Robert von Mohl erscheint als mittelmäßiger Praktiker der Politik, Heinrich Zöpfl als medioker Geist und leidenschaftlicher Opportunist. Als Lichtgestalt erscheint dagegen Häusser.

Häusser wird zum Ahnherren des großdeutschen Reichsgedankens, der das „rassisch bedingte Sondergesetz des Österreichischen Staates in seiner Problematik“ gesehen habe: „Nur ein freiheitlich regiertes, ein eroberndes und reformierendes Land, kein von Metternichschem Geist beseeltes, konnte die deutsche Sendung erfüllen.“ Häussers Kritik an Österreichs Abhängigkeit von Russland veranlasst Haag zu folgender Interpretation:

„So hatte hier der deutschvölkische, volksfreundliche und freiheitliche Akademiker gesprochen, oder auch der gutgläubige Mann, für den der Dualismus Österreich-Preußen bereits im preußischen Sinne gelöst war.“

Gegen den Rationalisten und Kosmopoliten Schlosser wird Häussers Bekenntnis zum Volkstümlichen als Indiz seiner romantisch-völkischen Orientierung ausgelegt: „Die Nation war für Häusser kein blasser Begriff mit wissenschaftlichem Inhalt, sondern ein Lebensgut. In diesem Erlebnis verdichtet sich alle Gemeinschaft, wie sie die Geschichte und das Schicksal schmieden, die Gemeinschaft, zu der ohne Überlegung die Stimme und der Drang des Blutes hinführen.“ Mit Zitaten aus Häussers Denkwürdigkeiten von 1850 wird die Abrechnungen mit der gescheiterten Reform der Paulskirche neu aufgerührt, nicht ohne die bei Häusser häufigen antijüdischen Ausfälle genüsslich zu zitieren (S. 76/77).

Die Kontrastfigur ist für Haag „Schlosser“, der kalte Vernunftmensch, bar jeder Beziehung und Verbundenheit mit der Nation, der nie „verwurzelt (war) in der deutschen Erde und fühlte nie die köstliche Kraft eines erlebten Volkstums“, der „nie den Enthusiasmus für Deutschheit und deutsches Heldentum empfunden“ hat (85).

12. *Herbert Derweins Heidelberger Geschichtserzählung als nachkriegstypische Interpretation*

1958 veröffentlicht der Heidelberger Stadtarchivar Herbert Derwein seine Studie „Heidelberg im Vormärz und in der Revolution.“⁵⁹ Untertitelt mit: „Ein Stück badischer Bürgergeschichte“. Er widmet diese Studie „in Ver-

ehrung“ dem damals amtierenden Oberbürgermeister Carl Neinhaus. Neinhaus ist inzwischen an das Ende seiner dritten Amtszeit gekommen, seit 1929 steht er der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat vor. Seine zwölfjährige Amtsführung von 1933 bis 1945 hat eine Mehrheit der Heidelberger Wähler nicht gehindert, den anerkannten Verwaltungsfachmann und – in seinem Auftreten – vornehmen „Herren“ 1952 erneut mit den Amtsgeschäften zu beauftragen.

Ursprünglich wollte Herbert Derwein – wie er im Vorwort bekundet – Bürgermeistergeschichte schreiben, zentriert um Wilhelm Speyerer und seinen Nachfolger, das politische Naturtalent Christian Friedrich Winter, denen zu Recht wegweisende Bedeutung für die politische Gestalt des vormärzlichen (Speyerer) und revolutionären Heidelberg (Winter) zuerkannt wird.

Ohne Zweifel bietet Derwein als erster eine auf Archivakten der Stadt und Universität und die Tagespresse gestützte, zusammenhängende Ortsgeschichte vom Vormärz bis zum Beginn der nachmärzlichen Reaktion.

Dieses Datenfundament, über das erst Mumm 1988 systematisch und mit ganz anderen Akzenten hinausgegangen ist, verwendet Derwein jedoch zu einer durch und durch tendenziösen, weite Bereiche ignorierenden Darstellung, die die Frontstellungen der nationalliberalen Historiker der Jahrhundertwende unverdrossen reproduziert und im Duktus der Häusser/Bassermannschen Polemik Ereignisgeschichte vorführt. Daraus lassen sich durchaus Schlussfolgerungen über das politische Bewußtsein der Nachkriegsepoche ziehen, die es möglich machten, dass dieser merkwürdige Text mitsamt seinen antidemokratischen Tendenzen in einer Schriftenreihe der Universität erscheinen konnte, ohne heftigen Widerspruch zu ernten.

Herbert Derwein verschließt sich – auch darin Adept Häussers – den sozialen Ursachen der 1848er Erhebung und dem sozialen und ökonomischen Wandel, den Veränderungen der Berufsstruktur der Heidelberger Bevölkerung, den Auswirkungen von Gewerbe- und Agrarkrisen, nicht zuletzt der zaghaften Industrialisierung und ihren Folgen für Handwerk und Handel auf die Geschehenslandschaft der Stadt. Er teilt damit die Blindheit vieler zeitgenössischer Historiker, für die Gesellschaften nach dem schlichten Muster organisiert sind: Adel – Bürgertum – Schreihälsa und Demagogen.

Sein Geschichtsbild ist mit einem bis zum Überdruß vorgeführten Erklärungsmuster verbunden: Wenn nämlich ein Bürgerlicher oder gar einer der noblen Oberschicht angehörender auf die Seite der radikalen (Republikaner, Sozialisten, Aufständischen, Revolutionäre) tritt, dann kann es sich nur um ein zwielichtiges Subjekt mit perfiden Absichten, einen

Wühler, Hetzer und Demagogen handeln. Im Grunde sind die badischen Republikaner Volksverführer oder verführtes Volk, der Republikanismus eine ordnungsfeindliche, alle Schranken von Sitte und Anstand zerstörende Aufstandspredigt gewissenloser Demagogen.

Vor dieser Folie, die gewissermaßen die Ausblendung der wirklichen, zur gesellschaftlichen Unterschicht gehörenden Menschen, ihrer Interessen (die durchaus nicht alle revolutionär oder angenehm waren), ihrer Leidenschaften, ihrer Verständnisse und Mißverständnisse betreibt, wird die politische Geschichte von 1848/49 im städtischen Kontext nach folgendem Muster abgehandelt: Derwein nimmt – im konkreten Fall dann unbekümmert über Daten und Dokumente hinwegschreitend – den jeweils gerade noch vertretbaren konservativen Standpunkt ein, der sich häufig genug mit den vermeintlichen oder auch tatsächlichen Revolutions- und Chaosängsten des konservativen städtischen Bürgertums deckt.

Es ist eine Mischung von Häussers Hass auf die badischen Revolutionäre, des demagogischen Konservatismus Treitschkes, Nadlers Spott auf das aufgeblasene Spießertum, gemildert nur dadurch, dass an manchen Stationen das echte und wahre Bürgertum mit seinen gemäßigten Gelehrten in Aktion getreten ist, allen voran der echte und wahre Volksvater Bürgermeister Winter. Und so akzentuiert er urteilt und verurteilt, in der chronologischen Übersicht wird dann doch deutlich, dass alle Lager und Richtungen, die Ultrakonservativen, die Konstitutionalisten, die Radikalliberalen und die entschiedenen Republikaner in der Stadt vorhanden waren. So wird die ganze Tristesse der revolutionsfeindlichen Geschichtsschreibung von Mal zu Mal durchbrochen durch das, was wie in ganz Baden auch in Heidelberg die Revolutionsmonate kennzeichnete: die Volksfeste, die aufgerührte Stimmung, die überschäumenden Temperamente, die – manchmal auch fatale – Aktionsbereitschaft der Städter und die für Revolutionen eigentümliche Verdichtung der Ereignisse, die sehr viele bemerkenswerte Talente zum Vorschein brachte.

Für eines dieser Talente, den radikalen Demokraten, Verleger, Bürgermeister und schließlich Oberbürgermeister, für Christian Friedrich Winter, zeigt Herbert Derwein eine auffällige Sympathie.

Was unterscheidet ihn von Aktiven wie Karl Blind, Schloeffel, Hexamer, Stay und ihrem angeblich demagogisierten Anhang. Ganz offensichtlich ist es das kommunalhistorische Selbstbild einer letztlich nur am Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung orientierten Stadtpolitik, die sich zwar den großen Trends der Zeit nicht verschließt, aber immer einen klaren Blick bewahrt für der Stadt Bestes. Darin gilt ihm der choleriche, manchmal auch händelsüchtige, aber bis ins hohe Alter ungebrochen engagierte Win-

ter als Idol. Winter, mehr noch als der trockene Speyerer, verkörpert die ideale Vaterfigur, den guten Steuermann in stürmischen Zeiten, der nicht ohne Fehler und Schwächen ist, aber das Gute will und letztlich auch bewirkt.

Möglicherweise läßt sich daraus auch rückschließen, was die anfangs zitierte Widmung an Oberbürgermeister Carl Neinhaus an appellativem Gehalt beinhaltet. Die Politik in der Stadt ist allererst Politik für die Stadt. Sie muß Kompromisse schließen mit den großen Mächten, wenn es für die Stadt am besten ist. Und in diesem Sinn hat OB Neinhaus nur vernünftig gehandelt, wenn er sich den braunen Machthabern in Maßen andiente, aber seinen lokalen Spielraum verteidigte.

Das letzte Kapitel, unbefangen mit „Die Reaktion“ überschrieben, enthält eine Aufzählung von Maßnahmen und Ereignissen, die der Autor offenbar positiv einordnet. Dass der Landeskommissar den Bürgermeister, Gemeinderat, Engeren Bürgerausschuss nun selbstständig einsetzt und „dabei fraglos gut beraten wurde“, ist das erste Datum. Das entspricht Derweins lokalpolitischer Sicht, denn es wurden besonnene Liberale, einige Konservative, Winter, Krauss und Guttenberger, der Vorsitzende des Vaterländischen Vereins, Adolf Weber, Adolf Zimmern und Albert Mays in Ämter berufen. Die bis 1850 in Heidelberg verbleibenden Preußen hatten laut Derwein allerhand zu tun, um radikale Propaganda zu unterdrücken, die „Widerlegung der Lügen republikanischer Zeitungen“ zu betreiben, was aber alles das „Gären und Wühlen in den untersten Schichten“ nicht ersticke, wie Derwein bedauernd konzidiert. (121)

„Durch Monate mußten die Preußen einen Kleinkrieg führen gegen die Heckerliedsänger, die Freischarenhutträger, die fliegenden Händler mit verbotenen Schriften, gegen die Widerspenstigen und Radaumacher um jeden Preis. Die Tage, Wochen oder gar Monate Gefängnis, oft verbunden mit einer Hungerkur, vermochten zunächst nicht abzuschrecken.“ (121)

Dass in der Bevölkerung des deutschen Südwestens mit dem Einmarsch der Preußen nicht das letzte Wort über die Revolution gefallen und die manifeste Sympathie mit ihr beseitigt wurde, muß auch Derwein anerkennen.

Sein gegenrevolutionäres Fazit lautet jedoch trotzdem: „Aber jeder wuste: der badische Staat wäre aus den Fugen gegangen, wenn ihn nicht preußische Bajonette zusammengehalten hätten.“ (121)

In Derweins Text wird ein typischer Modus der Verarbeitung von Erfahrungen im und mit dem Nationalsozialismus sichtbar. 1848/49 wird in dieser Perspektive zur Analogieerinnerung; damals vor hundert Jahren wie eben in der Jetztzeit hat die Gefahr der Verführung durch eine Bande von Demago-

gen Sicherheit und Ordnung bedroht. Derwein durchlebt polemisch die Ängste, die ihn umgetrieben haben, am imaginierten konservativen (Muster)kleinbürger der einhundert Jahre zurückliegenden Revolutions-epoche. Wäre doch – so könnte das unausgesprochene Fazit lauten – die Geschichte der Deutschen geleitet und gesteuert von seriösen Honoratioren, die kompromiß- und gemeinwohlorientiert in mäßigen Schritten eine politische Evolution eingeleitet hätten, dann wäre der Dämon der Revolution in seinen verschiedenen Ausprägungen über dieses Land nicht hinweggefegt und hätte es in den Abgrund gerissen. Seine Schrift ist ein implizites Plädoyer für die starken und gemäßigten Männer, die sich vom Gift des Aufruhrs nicht anstecken lassen und die als Sachwalter von wahrhaften Bürgerinteressen agiert haben.

In meiner Sicht hat Derweins Studie ihren Platz in einer nachkriegsdeutschen Bereinigung der Geschichte, durch die die Wirkungskräfte politischer Prozesse gründlich verschleiert wurden – und auch der Nationalsozialismus nicht „verstehbar“ und interpretierbar wurde. Die Unverständnis für die sozialen und ökonomischen Impulse und die Ansätze einer sozialreformerischen Selbstbehauptung der sogenannten Unterschichten ist die Kehrseite einer zwar antiquierten, aber zeitsymptomatischen Geschichts-ideologie, die auf fatale Weise politische Feindbilder der NS-Epoche tradierte.

Dies könnte für uns, die wir Ortsgeschichte betreiben, auch Anlaß sein, die traditionell selbstgenügsamen Beschränkungen der Ortsgeschichtsforschung mit Nachdruck auf ihre verwertungsbedingten Deutungsschablonen zu überprüfen.

Anmerkungen:

- 1 Die Heimat. Beilage der Heidelberger Neuesten Nachrichten/ Heidelberger Anzeiger, 25.10. 1925.
- 2 Vergl. Revolutions-Almanach. Herausgegeben vom badischen Landesmuseum Karlsruhe. Lahr 1997.
- 3 Das Erinnern als interesse- und bedürfnisbestimmten Konstruktions- und Rekonstruktionsakt behandeln die Aufsätze in Christian Jansen/Thomas Mergel: Die Revolution von 1848/49. Göttingen 1998.
- 4 Auf eine vernünftige Gedenktafel am ehemaligen Badischen Hof in der Hauptstraße gegenüber von Lux und Harmonie mussten die Heidelberger 150 Jahre lang warten.
- 5 Vergl. Heinrich Best: Hoher Anteil akademischer Gelehrsamkeit. Beobachtungen zum Sozialprofil der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung. Das Parlament (Sonderbeilage 150 Jahre Parlamentarismus in Deutschland), 16.1. 1998.
- 6 Dargestellt in Erich Thies: Ludwig Feuerbach zwischen Universität und Rathaus – oder die Heidelberger Philosophen und die 48er Revolution. Heidelberg 1990.

- 7 Heide Thilbeer: *Universität und Politik in der Deutschen Revolution von 1848*. Bonn 1983, S. 45–60, insbes. 50–58; zur Einschätzung der Reformbereitschaft der Universität vergl. S. 232.
- 8 Hans Martin Mumm: *Der Heidelberger Arbeiterverein 1848/49*. Heidelberg 1988.
- 9 Friedrich Winkler: *Aus einer bewegten Zeit. Die Heimat. Beilage der Heidelberger Neuesten Nachrichten/Heidelberger Anzeiger*, 25.10. 1925, s. Anm. 1.
- 10 Weitere Zeitungsveröffentlichungen zu den militärischen Aspekten und den Freischärenschanzen vergl. Anm. 19.
- 11 Veit Valentin: *Deutsche Geschichte*, 1946; ders.: *Geschichte der Deutschen Revolution*, 1930 (Neuausgabe 1998 im Beltz-Verlag, Weinheim Basel); Hagen Schulze: *Kleine Deutsche Geschichte*. München 1996.
- 12 Herbert Derwein: *Heidelberg im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Ein Stück badischer Bürgergeschichte*. Heidelberg 1958.
- 13 Sein Guckkastenlied vom Rothen Hecker stand an Beliebtheit dem Heckerlied selbst nicht nach und wird mit diesem und anderen Evergreens des 48er Liedguts oft genug verwechselt.
- 14 Georg Weber, seit 1839 Lehrer an der Höheren Bürgerschule, deren Leiter von 1848–1872, letzter Ehrenbürger von Neuenheim und Ehrenbürger von Heidelberg.
- 15 Irmgard von Drygalski, geb. 1892 in Berlin, Schauspielerin und Schriftstellerin, gest. 1953 in Heidelberg. Verf. von „Letzte Begegnung. Gottfried Keller und Johanna Kapp 1849. In: *Im Schatten des Heiligen Berges. Novellen um Heidelberg*. 1. Aufl. 1927, 6. Aufl. 1953 Heidelberg; s.a. *Heidelberger Anekdoten*. Hrsg. von Fritz Nötzold u.erw. durch I.v. Drygaslki.
- 16 Dieser Freischärlergrabstein hat eine wechselvolle Geschichte. Die Darlegungen bei Mumm, 1988, S. 98/99, insbes. Anm. 13 und Leena Ruuskanen (*Der Heidelberger Bergfriedhof. Kulturgeschichte und Grabkultur*. Heidelberg 1992, S. 93–95) über den Bergfriedhof machen deutlich, wie schwierig sich die wechselvolle Geschichte auch im Nachhinein gestaltet. 1849 wurde der heute so genannte Freischärlergrabstein zu Ehren der Gefallenen von Weinheim aufgestellt. Im Sandsteinsockel waren neun Namen eingemeißelt und an anderer Stelle, auf dem eisernen Kreuz: „Sie starben für die Freiheit am 5. Juni bei Weinheim.“ Die Toten waren allerdings an anderer Stelle beerdigt worden. 1853 veranlasste eine Meldung des Polizeikommissairs Benzinger, dass die Inschrift „Sie starben für die Freiheit.“ entfernt wurde. Benzingers Begründung: „Jedenfalls dürften die Inschriften der Leichensteine als eine stete Erinnerung an die Revolution zu entfernen sein, wie es überhaupt nicht ungeahndet wird bleiben können, wenn man den Tod von notorischen Hochverräthern als ehrenvoll schildern kann.“ (Zit. n. Mumm: *Der Heidelberger Arbeiterverein*, 1988, S. 185). Pressebericht über die Trauerfeier ebenfalls zit. Bei Mumm, S. 177/178. Am Pfingstsonntag 1881 werden die Gebeine von sieben Gefallenen (die sterblichen Überreste von Zweien sind angeblich nicht mehr gefunden worden) in die Grabstätte Kohlhagen umgebettet worden. Die Zahl der auf dem Gedenkstein verzeichneten Namen schrumpfte im Laufe der Jahrzehnte beträchtlich, wie das historische Wissen – gewollt und ungezwollt – sich zu verflüchtigen beginnt. Nach Mumm sind 1906 noch alle Namen lesbar gewesen, 1929 nennt der Friedhofsführer nur noch sieben Namen, auf dem damals errichteten neuen Sockel stehen dann nur noch fünf, diese dafür alphabetisch geordnet.

- 17 Wobei eigentümlicherweise der junge Schoeffel häufig mit seinem ebenfalls in Heidelberg in der Endphase der Revolution als Oberkriegskommissar bei Mieroslawski tätigen Vater verwechselt wird. Gustav Adolf Schoeffel war als Exekutivkommissar des badischen Landesausschusses nach Heidelberg geschickt worden, um die Stadt gegen die heranrückenden preußischen Truppen zu verteidigen. Ruuskanen, S 108–110; vergl. Anm. 30
- 18 Vergl. Auch das Spottgedicht von Karl Nadler: Der Hinkeldeyzug, veröff. im Heidelberger Journal 12.10. 1849, abgedr. bei Mumm, S. 175/176.
- 19 Weitere Zeitungsveröffentlichungen zu den militärischen Aspekten und den Freischarenschanzen aus diesen Jahren: Revolution vor 80 Jahren. Heidelberger Tageblatt 15.6. 1929; Johannes Schreiber: Die Freischarenschanze 1849. Heidelberger Revolutionsepisoden und Erinnerungsmale. Heidelberger Tageblatt. General-Anzeiger, 15. 6.1929, S. 11; eine knappe, von Deutungen freie Darstellung in Franz Koeneemann: Wanderungen durch Heidelberger Wälder. Heidelberg 19..., wiederabgedr. In Jahrbuch 92, hrsg. vom Stadtteilverein Handschuhsheim, S. 33 und 35, ergänzt um eine erzählende Darstellung von Ludwig Merz: Gefahr und Rettung für Heidelberg, S. 35–39.
- 20 Th. Wilckens: Der Freischärler-Putsch zu Heidelberg am Ostermontag 1848. Heidelberger Tageblatt/ Heidelberger Rundschau Nr. 10, 9.4. 1914.
- 21 In der Einschätzung der Sinsheimer bezieht sich der Verfasser auf das Traktat des Pfarrers Max Weiß von 1897 (Die Revolutionsjahre 1848 und 1849 mit besonderer Berücksichtigung der Stadt und des Amtsbezirks Sinsheim. Waldshut 1897) Dort wird auf die politischen Absichten der Sinsheimer und ihre Inspiration durch republikanische Schriften auch aus dem Bereich Heidelberg hingewiesen. Noch verstärkt wird dieser Eindruck durch den im Artikel genannten Entschuldigungsbrief, der angeblich in der Karlsruher Zeitung veröffentlicht worden sei und indem von 25 bis 30 Sinsheimer Bürgern sowie ledigen Burschen, Handwerksgesellen und Lehrjungen als Beteiligte am Zug der Sinsheimer die Rede ist. Dies widerspräche nun ganz deutlich der Vorstellung vom blindwütig vandalierenden Haufen, der sich zunächst in Sinsheim der evangelischen Stiftsschaffnerei und des Rathauses bemächtigt habe, um dann in Heidelberg zu putschen.
- 22 Außerdem ist Bissing und allen seinen Nachschreibern unzweifelhaft, dass die Senzenbewaffnung der Eindringlinge sie als Bauern definieren. Noch 1923 veröffentlicht das Heidelberger Tageblatt pünktlich zur 75-Jahr-Feier der Revolution den unveränderten Text Bissings in seiner Wochenbeilage „Alt Heidelberg“.
- 23 Der Verf. zitiert seinen Namensvetter Adolf Wilckens: „Aus dem Kraichgau. Eine Skizze zur Geschichte der Revolution in Baden. Heidelberg, Mohr, 1850.
- 24 F. Lautenschlager: Der Zug der Sinsheimer nach Heidelberg am Ostermontag 1848. Badische Heimat 3/1916, S. 196f (StA C 13d); der.Text veröffentlicht u.d.T. Ein gefährlicher Osterbesuch. Heidelberger Soldatenbüchlein 1918, S. 33f (StA C13d); s.a. 1920 Friedrich Lautenschlager: Volksstaat und Einheitsherrschaft. Konstanz 1920; Lautenschlagers u.a. Deutungen werden fleissig abgeschrieben und finden sich noch bei Vollmer (1983) in der vielverwendeten Badischen Geschichte, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979.
- 25 Rainer Wirtz: Die Begriffsverwirrung der Bauern im Odenwald 1848. Odenwälder „Excesse“ und die Sinsheimer „republikanische Schilderhebung“, in: Detlev Puls (Hrsg.): Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Frankfurt am Main 1979,

- S. 81–104; Mumm (1988, S. 36/37) hat die soziale Zusammensetzung des Sinsheimer Zuges dargestellt und als Mischung radikalrepublikanischer Handwerker, republikanisch gesinnter Bürger und Bauern nach verlässlichen Quellen nachgewiesen. Dem Plünderungsgerücht sind Georg Webers Erinnerungen von 1886 (S. 251) entgegenzuhalten, der von einer Erfindung spricht, die in die Welt gesetzt wurde, „um die Heidelberger Bürger von ihren republikanischen Sympathien zu heilen“.
- 26 Bd.3, Georg Heer: Geschichte der Burschenschaft. Die Zeit des Progresses. Von 1833–1859, Heidelberg 1929, S. 201.
- 27 In der 1895 erschienenen Schrift: Die deutsche Burschenschaft in Heidelberg, S. 134.
- 28 Diese Deutung auch bei Franz Dörr, Die Burschenschaft Allemannia zu Heidelberg (1806–1926), Heidelberg 1926, in der die Traditionslinie bis zu den Anfängen der Heidelberger Burschenschaftsbewegung zurückverfolgt wird, und – 45 Jahre später – bei Ernst Wilhelm Wreden.: Geschichte der Burschenschaft Allemannia zu Heidelberg (1856–1956) „100 Jahre Allemannia zu Heidelberg“. Heidelberg 1981, S.60.
- 29 Das Corpsleben in Heidelberg während des 19. Jahrhunderts. Festschrift zum 500jährigen Jubiläum der Universität. Selbstverlag des S.C., Heidelberg 1896, S. 63.
- 30 *ibid.* S. 63
- 31 Eduard Dietz, 1895, erinnert daran, dass der Auszug öffentlich auf dem Universitätsplatz und beim Bierhock im Faulen Pelz ausgehandelt und angekündigt gewesen sei, trotz beschwichtigender Interventionen von Bürgermeister Winter dann aber „von Bürgern und Professoren geleitet“ seinen Lauf nahm. (S. 137) Der Studentenauszug ist eines der sonderbarsten Kapitel der badischen 48er Geschichte, denn die völlig intransigente Regierung reagierte auf den Anlass des Auszugs, das Verbot des Demokratischen Studentenvereins, mit dem Verbot sämtlicher bürgerlicher Vereine, wodurch zwar Rechtsgleichheit hergestellt, bzw. das geschehene Unrecht allgemein wurde. Für die nach Neustadt a.d.H. gezogenen Heidelberger Studenten (immerhin 73 % der Studentenschaft) entfiel damit kurioserweise der Grund des Auszugs und sie kehrten, „empfangen von dem Bürgermeister Winter und dem Jubel der Bevölkerung“ (Dietz, S. 144) nach Heidelberg zurück – zumindest will die Erinnerung den Jubel gehört haben.
- 32 Das Corpsleben (1886), S. 68.
- 33 Karl Pfaff (1856–1908) von 1881 bis 1906 Lehrer am Heidelberger Gymnasium, das er von 1871 bis 1876 als Schüler besuchte. Verfasser von Heidelberg und seine Umgebung. 2. Nachdruck der dritten umgearbeiteten Auflage, besorgt von Rudolf Sillib. Heidelberg, 1910; Nachdruck 1995, Heidelberg. Zu Pfaff vergl. Das „Goldene Buch“ des KFG. Autobiographien Heidelberger Pädagogen 1812–1939. Schriftenreihe des Stadtarchivs H.5. Heidelberg 1994, S. 53, Abb. 20.
- 34 Karl Pfaff, *ebda* S. 68/69
- 35 Pfaff, *ebda*, S. 195–196; bemerkenswert ist die Heraushebung von Häusser und Treitschke aus der gesamten Heidelberger Historikertradition.
- 36 Vergl. Werner Giesselmann: Die neuzeitliche Geschichte im 19. Jahrhundert. In: Jürgen Miethke Hrsg.) Geschichte in Heidelberg. 100 Jahre Historisches Seminar. 50 Jahre Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde. Berlin Heidelberg u.a. S. 72–90; siehe auch Eike Wolgast: Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert, *ebda*. S. 127–156. Zur Deutungsgeschichte der professionellen Historik vergl. Franzjörg Baumgart: Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem

Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1976; Bernd Faulenbach: *Ideologie des deutschen Wegs. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. München 1980; die Heidelberger Historikertraditionen sind übersichtlich dargestellt in Miethke, Jürgen (Hrsg.) *Geschichte in Heidelberg. 100 Jahre Historisches Seminar, 50 Jahre Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde*. Berlin u.a. 19.., darin v.a. die Aufsätze von Werner Giesselmann, Eike Wolgast und Meinrad Schaab. Zur politischen Geschichtsschreibung des Heidelberger Professorenliberalismus s.a. Eike Wolgast: *Politische Geschichtsschreibung in Heidelberg*. Schlosser, Gervinus, Häusser, Treitschke, in: *Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986*, Bd. II, Berlin Heidelberg u.a. 1985, S. 158–196; ders.: *Karl Hagen in der Revolution von 1848/49. Ein Heidelberger Historiker als radikaler Demokrat und politischer Erzieher*, in: ZGO 133, 1985, S. 279–299; weitere Literatur siehe Giesselmann, Werner: *Die neuzeitliche Geschichte im 19. Jahrhundert*, in: Miethke, J. (Hrsg.): *Geschichte in Heidelberg*, S. 72/73, hier Anm. 4.

Die sozialdemokratische Deutung von 1848, die Eingang fand in den Kult jährlicher Erinnerungsfeiern, wurde von Wilhelm Blos auf der Parteilinken und Franz Mehring auf der Parteilinken vertreten. Die Heidelberger Historiker liegen im Mainstream der deutschen Reichsgründungshistoriographie, die, nach einer Verdrängungsphase von fast vierzig Jahren, die 48/49er Revolution als „Ausreißer im Prozess der Nationsbildung“ (Mergel) deutete, beginnend mit Heinrich von Sybel 1889 (*Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.*) (Meersburg 1930)

- 37 Ludwig Häusser: *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution*. Heidelberg 1851.
- 38 S.a. die Hinweise von Friedrich Daniel Bassermann in seinen *Denkwürdigkeiten 1811–1855* (hier: Frankfurt 1926) an die Heidelberger Versammlung am 5. März 1848; vergl. Lothar Gall: *Friedrich Daniel Bassermann*, in: Sabine Freitag (Hrsg.): *Die 48er. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49*. München 1997, S. 99–112.
- 39 Gangolf Hübinger: *Georg Gottfried Gervinus. Historisches Urteil und politische Kritik*. Göttingen 1984; ders.: *Georg Gottfried Gervinus. Aussichten auf Reformen und Revolutionen in Europa*. In: Sabine Freitag (Hrsg.): S. 249–262.
- 40 Heinrich von Treitschke: *Das constitutionelle Königtum in Deutschland*, in: *Historische und politische Aufsätze*. Bd. III Leipzig (5) 1886, S. 466 ff.
- 41 Eike Wolgast: *Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert*, in: Miethke, Jürgen (Hrsg.): *Geschichte in Heidelberg*, S. 127ff, insbesondere der Hinweis S. 129, dass das Postulat innerer Einheit Onken veranlasste, „für das deutsche Reich die Integration der Arbeiterschaft in den Staat zu fordern“ und den historischen Leistungen von Karl Marx und Engels gerecht zu werden sich bemühte.
- 42 Werner Giesselmann: *Die neuzeitliche Geschichte im 19. Jahrhundert* in: Miethke, Jürgen (Hrsg.): *Geschichte in Heidelberg*, S. 89. Giesselmann charakterisiert das Heidelberger Historische Seminar der Jahrhundertwende als „Hochburg der nationalistischen Rechten“ und verweist darauf, dass sich Erich Marcks nach 1933 der NSDAP anschloß.
- 43 Sigmund Freud: *Die Traumdeutung*, Studienausgabe Bd. 2 Frankfurt am Main 1972, S. 186; ders.: *Über Deckerinnerungen*, in: *Monatsschrift für Psychiatrie und Neurologie* 6 (1899), S. 215–230. Den Hinweis verdanke ich dem Aufsatz von Philipp Sarasin: *Sich an 1848 erinnern. Einige unsystematische Überlegungen am Beispiel der*

- Schweiz, in: Christian Jansen/Thomas Mergel: Die Revolution von 1848/49. Göttingen 1998. Mit Freund könnte auch der Ansatz weiterverfolgt werden, „Erinnerungsdichtungen“ als Konstitutionsprodukte der eigenen Biografie und des gesellschaftlichen Verständigungshorizontes auszumachen.
- 44 Erinnerungen an die Großeltern Winter (Verf. Luise Landfermann, Johanna Reimer), Manuskript, gedr. Dez. 1894 Stadtarchiv Heidelberg.
- 45 K. Mittermaier; F. Mittermaier: Bilder aus dem Leben von K.J. A. Mittermaier, G. Weiß Verlagsbuchhandlung, Heidelberg
- 46 Wien und Heidelberg . Erinnerungen an 1848. Heidelberger Tageblatt 6. und 8.12. 1919.
- 47 Hierzu das kleine Gedenkblatt von Karl Blind: Gedenkblatt zu Erinnerung an Robert Blum und andere Blutzeugen der deutschen Volkssache, von 1860.
- 48 Bericht in Heidelberger Tageblatt: Vor 75 Jahren in Baden 19.5. 1923 ; aber auch die viel deutlichere Wiedergabe der Reden auf der Frankfurter Versammlung in der Berichterstattung der sozialdemokratischen Volkszeitung vom 19.5. 1923, die das eindeutige Bekenntnis der Versammlungen in Frankfurt und Heidelberg zur Kontinuität von 1948 und 1918/9, also von Paulskirche und Weimarer Republik darstellt. „Der neuen Zeit: Heidelberg und die Frankfurter Nationalversammlung, Volkszeitung 19.5. 1923; 1848–1923, Volkszeitung, 19.5. 1923; zur Einschätzung der Paulskirche auch Volkszeitung 18. Mai 1923: Das Parlament in der Paulskirche.
- 49 Volkszeitung, 20.5. 1923: Der Heidelberger Republikanertag.
- 50 Der bayerische Landtagsabgeordnete Timm propagiert angesichts separatistischer Tendenzen in Bayern den Aufbau einer republikanischen Schutztruppe (die dann 1924 im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auch entstanden ist) und erinnerte an die Schießereien bei Aufmärschen von Nationalsozialisten in München. Die reaktionären Strömungen in Bayern stammen aber, nach seinen Worten, nicht aus Bayern, sondern aus Preußen. Volkszeitung, 20.5. 1923: Der Heidelberger Republikanertag).
- 51 Heidelberger Tageblatt 19.5.1923, Wochenbeilage Alt Heidelberg.
- 52 Die preußische Expedition von 1849 gegen Heidelberg – der Kampf am 21. Juni – Ein preußischer Bericht. Heidelberger Neueste Nachrichten , 17. Juli 1929, S. 4; Revolution vor 80 Jahren. Heidelberger Tageblatt 15.6. 1929; Die Freischarenchanze 1849. Heidelberger Revolutionsepisoden und Erinnerungsmale. Heidelberger Tageblatt. General-Anzeiger, 15. Juni 1929, S. 11
- 53 Der Heilige Berg in den Kämpfen der 1849er. (Volksgemeinschaft, 2. Febr. 1936, Sonntagsbeilage: Der Kurpfälzer, Folge 5).
- 54 Die ausschließlich militärische Perspektive hilft folglich, die politischen Bewegungen geradezu auszuklammern (so z.B. Kapp und Treitschke in eine Linie zu setzen oder Josias von Bunsen und Hoffmann zu Fallersleben, der mit seinen unpolitischen Liedern bei Welcker häufig zu Gast war), das „Versagen der Frankfurter Nationalversammlung im Parlamentarismus“ den „beherzten Männern“ im badischen Aufstand entgegenzusetzen. Nur Mieroslawski stört diese neuvölkische Eintracht von Treitschke bis Hecker: „Da ihnen nirgends ein Führer mit reinem Herzen und sicherer Hand entstand, verfielen einige auf den kläglichen Gedanken, den in Paris flüchtig weilenden polnischen Freiheitskämpfer und General M. als strategisch bewährten Oberbefehlshaber hereinzurufen ...“.
- 55 Ferdinand Haag: Die Universität Heidelberg in der Bewegung von 1848/49. Diss. Heidelberg. Referent: Willy Andreas; Verf. geb. 1907 in Eberbach, studierte 1926–1930

in Heidelberg, Paris, Berlin Geschichte, Deutsch, Französisch, 1930 Staatsprüfung für das Lehramt an höheren Schulen. 1932 Assessorenprüfung, dann Schuldienst und Heeresfachschule.

- 56 Zu Willy Andreas vergl. Eike Wolgast: Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Jürgen Miethke (Hrsg.): Geschichte in Heidelberg. 100 Jahre Historisches Seminar. 50 Jahre Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde. Berlin Heidelberg u.a., S. 137–147, hier 141–143.
- 57 Haag ergänzt mit einem Zitat aus Gervinus Brief an Aegidi vom 15. 4. 1848: „Krieg, das ist alles, was wir brauchen.“ (119) Diese Hintergrundfolie der Deutung entspricht dem nationalen Denken von Willy Andreas, auch in der dezidierten und stereotypen Ablehnung des Internationalismus: „Der bedingungslose Internationalismus wucherte erst in den späteren Jahrzehnten ... Menschheit wölbt sich – politisch und kulturell gesehen – immer nur über den Pfeilern der Nationen!“ (11)
- 58 Erinnerungen, a.a.O., S. 201.
- 59 vergl. Anm. 12.

Martin Langner (Hrsg.)

»Feuer schwarz«

**Eine deutsche Feuerwehr-
geschichte
am Beispiel Heidelbergs**

352 Seiten, 242 Abbildungen
in Duplex-Technik, zweifarbig,
Format 195 x 260 mm,
fadengehefteter Pappband, 68,- DM
ISBN **3-88423-101-4**

Aus dem **Inhalt:** Mentalitäts- und Ideologiewandel • Turnerfeuerwehr und die Revolution 1848/49 • Carl Metz – Heidelberger Fabrikant und Feuerwehrmann • Freimaurerei und Feuerwehr • Die Feuerwehr im Nationalsozialismus • Codewort »Hammerhead«: Heidelberg im Visier vom britischen »Bomber Command« • Das Städtische Orchester und die Feuerwehrmusik • Feuerwehreinsätze in Forschungslabors • Frauen und die Feuerwehr • ... Wichtige Dokumente • ausführliches Namens- und Sachverzeichnis

Aus ersten **Rezensionen:**

»Feuer schwarz« füllt Forschungslücken – Zum 150. Geburtstag der Freiwilligen Feuerwehr und anlässlich des 50jährigen Bestehens der Berufsfeuerwehr Heidelberg edierte Martin Langner »Eine deutsche Feuerwehrgeschichte am Beispiel Heidelbergs«, einen schönen, rundum gelungenen und zudem günstigen Band mit fast ausschließlich unbekanntem Fotografien. Fachleute und Berufshistoriker haben hier nicht nur interessante und häufig bisher kaum bekannte Details aus Heidelbergs Lokalgeschichte unterhaltsam und quellennah dargestellt, sondern auch den Modellcharakter der Heidelberger Entwicklung aufgezeigt. «

Rhein-Neckar-Zeitung

Brandhilfe

Verlag Das Wunderhorn

Bergstraße 21 · D-69120 Heidelberg · Telefon 062 21/402428 · Fax 062 21/402483



»Das von Martin Langner herausgegebene Buch ist vielmehr Geschichtswerk und Heidelberg-Buch ganz neuer Art. Der Ursprung der Freiwilligen Feuerwehr als demokratische Keimzelle vor 150 Jahren, die wechselvolle Entwicklung im Kaiserreich, aber auch kritische Töne zur Rolle in der Nazizeit fehlen nicht: Stadtgeschichte am Beispiel der Feuerwehr.«

Mannheimer Morgen

»Der opulent ausgestattete [...] und typographisch vorbildlich gestaltete Pappband [...] ist dabei weit mehr als eine Heidelberger Lokal- und Feuerwehrgeschichte.«

**vfdb – Zeitschrift
Forschung und Technik
im Brandschutz**

»Nicht die meist übliche selbstbeweihräuchernde Feuerwehrchronik [...], vielmehr kommen neben Fachleuten der Brandschutztechnik ebenfalls Historiker, Kunsthistoriker und Musikwissenschaftler zu Wort. [...] Das Buch [...] kostet 68,- DM, die gut angelegt sind.«

Weiss'sche

Universitätsbuchhandlung

gegr. 1593 Inh. Gerhard Rönick

1593-1993

400 Jahre

die Buchhandlung

für Literatur, Kunst und Geisteswissenschaften.

69117 Heidelberg · Universitätsplatz 8
Telefon 06221/22160 · Fax 18 15 69



Stadt Heidelberg

ABFALL

vermeiden

verwerten

entsorgen

Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

Abfallberatung: ☎ 58 29 58

Jo-Hannes Bauer

Hingabe an die Gegenwart
Kinos in Heidelberg vor dem Ersten Weltkrieg

Vorbemerkung

Lokale Kinogeschichte ist in den letzten Jahren immer wieder Thema neuerer Forschungen gewesen. Nicht, daß die grundlegenden Fakten (erste Kinodarbietungen, Eröffnungen, Besitzerwechsel) nicht bekannt gewesen wären. Interessant wird die lokale Kinogeschichte erst durch ein detailliertes Studium der Produktions- und Distributionsgeschichte. Vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse über die Rezeptionsbedingungen des frühen deutschen Stummfilms gewinnen auch scheinbar belanglose Mitteilungen, wie sie sich im Anzeigenteil der Tageszeitungen finden, neue Signifikanz.

Die vorliegende Arbeit stützt sich v.a. auf die Arbeiten von Heide Schlüpmann (v.a. „Unheimlichkeit des Blicks“) und Corinna Müller („Frühe deutsche Kinematographie 1907–1912“), sowie auf die Beiträge der Zeitschrift KINtop (1–6), auf die an den entsprechenden Stellen gesondert hingewiesen wird. Zugrundegelegt wurden die Heidelberger Tageszeitungen der Jahre 1896 bis 1914 („Heidelberger Neueste Nachrichten“, „Heidelberger Zeitung“ und „Heidelberger Tageblatt“).

Erstes Auftauchen des Kinematographen

Die erste kinematographische Aufführung in Heidelberg läßt sich bereits für das Jahr 1896 – genauer für Dienstag, den 17. November 1896 – nachweisen. Mithin im Jahr nach der Erfindung des Kinematographen durch die Brüder Lumière in Paris und fast genau ein Jahr nach der ersten öffentlichen Aufführung eines Kinoprogramms durch die Gebrüder Skladanowsky vom 1. bis 30. November 1895 im Berliner Wintergarten. Ein ortsfestes Kino existierte bereits seit Frühjahr 1896 ebenfalls in Berlin „Unter den Linden 21“, wo seit dem 26. April 1896 regelmäßig Filme vorgeführt wurden.

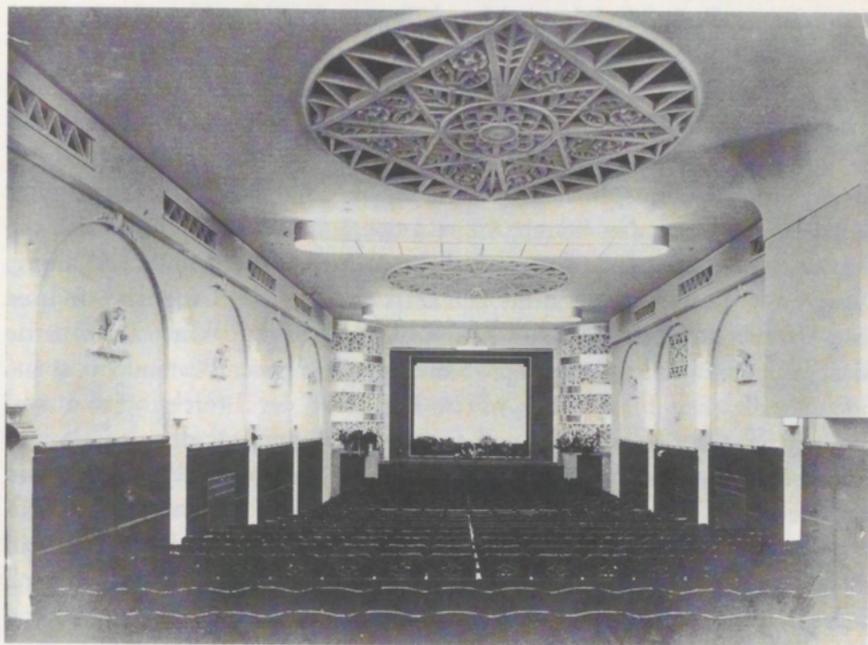
Im Herbst diesen Jahres also gastierte im Gartensaal der Heidelberger Harmonie „Edison's Original- K i n e m a t o g r a p h die lebenden Photo-

graphien.“ Auf dem Programm stand u. a. „Der Czar in Páris“, die Vorstellung dauerte nicht länger als eine Stunde. Die Anzeige, die die gesamte Kopfpartei der Zeitungsseite einnimmt, entstammt der „Heidelberger Zeitung“ vom 16. November 1896.

Sensationell muß dies für die Heidelberger damals schon gewesen sein, wenn auch die Nachricht von der Erfindung als solcher sich bis dahin schon verbreitet haben dürfte. Schließlich war mit Edisons „Mutoskop“ bereits seit 1891 ein Filmbetrachtungsgerät auf dem Markt. Nur, der erste funktionierende Apparat, der auch die Basis für eine wirtschaftliche Auswertung der Erfindung bilden sollte, war der „Kinematograph“ der Brüder Auguste und Louis Lumière. Und mit dem waren sie seit Herbst 1895 in ganz Europa unterwegs, um ihre neue Erfindung vorzustellen und das ökonomische Potential ihres Apparats zu erproben. Um so erstaunlicher ist es, daß das in Heidelberg verwendete Gerät von ihrem größten Konkurrenten Edison stammt.¹

Über den Veranstalter, also den Betreiber dieses ersten Kinos, läßt sich aus der Anzeige leider nichts entnehmen. Aus dem Hinweis „Ganz neu! Der Czar in Páris“ und aus der Unterzeile „die lebenden Photographien“ kann man jedoch auf eine gewisse Vertrautheit des Publikums mit dem Phänomen – wenn auch vielleicht nur vom Hörensagen – schließen. Auf jeden Fall dürfte es sich bei dieser „Kinematographen“-Vorstellung um den ersten Fall einer aktuellen Berichterstattung mittels des bewegten Bildes handeln. Daß die Bilder vom Einzug des Zaren in Paris am 6. Oktober 1896 bereits gut eine Woche später in Berlin zu sehen waren, wurde selbst von Gustav Schönwald, Operateur in Messsters Kino „Unter den Linden 21“, als Sensation gewertet.

Durch Schönwald ist uns auch die Atmosphäre der Aufführung dieses Filmes in Berlin überliefert: „Es war *Der feierliche Einzug des Zaren in Paris*, den man schon eine Woche nach dem großen Ereignisse in Berlin auf der Leinwand sehen konnte. In diesem ersten aktuellen Film ist die erste Verwirklichung der kinematographischen Berichterstattung zu erblicken. Diese Tatsache schien den Veranstaltern aber auch so bedeutungsvoll, daß sie zum ersten Male die Musik heranzogen, und zwar war es ein Phonograph, der jedesmal zum Zarenfilm die russische Nationalhymne ertönen ließ, die denn auch das Publikum mit Begeisterung mit anhörte, soweit das Geräusch des Vorführapparates es gestattete. Dazu sprach der Geschäftsführer noch einige Worte an das hochverehrte Publikum, wie überhaupt jeder einzelne Film mit ein paar wenigen Worten angezeigt wurde, und wenn es auch nur die Titelnennung war. Immerhin, der Erklärer spukte schon.“²



Innenansicht der „Kammer“-Lichtspiele, ca. 1913

Bemerkenswert ist auch der Ort der Aufführung in der Heidelberger Harmonie. Während in anderen Städten frühe Kinoaufführungen bis etwa 1905 meist ausschließlich auf Messen, Jahrmärkten oder in Varietés stattfanden, wurde hier das gutsituierte Publikum in dem bürgerschaftlichen Veranstaltungszentrum „Harmonie“ gesucht. Interessant ist der Kontext der sonstigen Veranstaltungen, für die auf dieser Seite inseriert wurde: Im großen Saal der Harmonie – also gerade dort, wo sich heute das „Harmonie“-Kino befindet – wurde in derselben Woche ein „Bazar“ vom Frauenverein der Gustav-Adolf-Stiftung abgehalten, im kleinen Saal lud die Nationalliberale Partei zu einer Versammlung ein. Weitere Orte bürgerlicher Öffentlichkeit waren die Räume des „Museums“ am Uniplatz und das Bürgerkasino im Hotel „Prinz Max“ (Marstallstraße, heute IPW).

*Zwischen Jahrmarkt und Theater – mobiles Kino,
Laden- und Saalkino bis 1910*

Lange hören wir nichts mehr vom Kinematographen. Dies hat seinen Grund u.a. darin, daß die Hauptabnehmer des Kinematographen (und der dazugehörigen Filme) bis 1906 vor allem Schaubudenbesitzer, Schausteller und Varietéveranstalter waren, die mit einem festen Programm durch die Lande zogen oder den Film – wie beim Varieté – als „Attraktion“ in ihr Programm einfügten. Noch bis zur Durchsetzung des Langfilms und bis zur Umgestaltung der Filmbranche vom Verkauf zum Filmverleih wurde das Filmprogramm von den Kinobesitzern aus eigenen Beständen zusammengestellt. Die Filmkopien waren Eigentum der Projektionisten und konnten von ihnen so lange und so oft ausgewertet werden, bis sie verschlissen, zerstört oder verbrannt waren oder bis das Publikumsinteresse an ihnen erlahmte. Außerdem fand die Werbung hauptsächlich durch Ankündigung des aktuellen Programms als Aushang am Laden bzw. durch Plakate statt. Und so lange die Attraktion des neuen Mediums noch anhielt, genügten Mundpropaganda und ein günstiger Standort, um den regen Besuch zu garantieren.

Nachrichten über frühe ortsfeste Kinos sind daher im ersten Jahrzehnt der Existenz des neuen Mediums recht selten. Man darf sich die ersten Kinos auch keineswegs als Saalbauten vorstellen. Vielmehr handelte es sich um umgestaltete Laden-, Versammlungs- oder Nebenräume und ehemalige Werkstätten in Höfen und Hinterhäusern. Oft wurde während der Vorstellung noch zusätzlich Bier verkauft (was nicht selten die eigentliche Erwerbsquelle war). Fast stets war während den Vorstellungen ein „Kinoerzähler“ – eine Art Conferencier – anwesend, der die Filme z.T. erklärte oder mit launigen Worten zur nächsten „Nummer“ überleitete. Erst später wurde musikalische Begleitung – sei es durch einen Solopianisten oder durch ein kleines Orchester – obligatorisch.

1905–07

Das erste ortsfeste Kino in Heidelberg ist für Ende April 1905 verbürgt, als ein „Central-Theater lebender Photographien“ in der Hauptstraße 146 (Lenauhaus, heute „Gloria“-Kino) sein „sehenswertes abwechselndes Programm“ anpreist. Leider sind keine Titel überliefert. Lediglich eine „Kindervorstellung, auch für Erwachsene“ und die „Vorführung hochinteressanter, vollständiger Handlungen ernst und humoristisch, auch in

farbiger Ausstattung“ wird angepriesen. Nicht ohne Hintersinn weist der Betreiber darauf hin, daß sein „Central-Theater“ sich in dem Haus befinde, wo Lenau einst wohnte. Er bezieht sich damit auf die von der Stadt Heidelberg wenige Jahre zuvor (1902) angebrachte Tafel und nimmt diesen kulturellen Nimbus für sein eigenes Etablissement mit in Anspruch.

Der Grund für diese „Werbeoffensive“ könnte darin bestanden haben, daß für den nächsten Monat, im Mai 1905, „Bläser's Pracht-Kinematograph“ aus Worms ein Gastspiel auf dem Meßplatz angekündigt hatte. Es handelte sich dabei, wie aus der Anzeige zu entnehmen, um ein eigens erbautes „Marmor-Palais“, das 1.000 Besuchern Platz bot und täglich von 3–9 Uhr spielte. Nur wenige Tage später zeigt das „Central-Theater“ nochmals sein Programm an („täglich 3 – 11 Uhr große Vorstellung, jede Woche vollständig neues Programm“), um dann wieder, zumindest aus den Spalten der HZ, zu verschwinden. Es ist also anzunehmen, daß das „Central-Theater“ auch vorher schon existierte, bis zur Ankunft der mächtigen Konkurrenz aber die Kosten für die Anzeige sparen wollte und vielleicht erst auf Drängen eines findigen Redakteurs hin zu einem Inserat zu bewegen war.

Ihr Publikum durch Zeitungsannoncen zu einem Kinobesuch zu bewegen, hatten die frühen Kinobesitzer anscheinend nicht nötig. Die Sensation der „lebenden Photographien“ mit immer neuen Aufnahmen war Attraktion genug. Wenn nicht inseriert wurde, lief trotzdem Programm. Man stellte dann eben aus bereits gespielten, aber beliebten Filme neue Programme zusammen. Für Nachschub war stets gesorgt, denn die Filmproduktion in Deutschland nahm am Anfang des Jahrhunderts einen recht stürmischen Verlauf. Während von 1901 bis 1904 die Gesamtzahl der in Deutschland vertriebenen Filme pro Jahr bei etwa 250 lag, sprang sie im Jahr 1905 auf 827 und im Jahr 1907 auf 1.117 mit einer Gesamtlänge von 146.000 Meter. 1909 waren es bereits über 3.000 Filme und 1911 ca. 4.600 mit einer Gesamtlänge von fast 1 Million Meter!³

1907–09

Der zweite ortsfeste Kinematograph, soweit dies aus Anzeigen ersichtlich ist, war das „Tonbild-Theater“ in der Hauptstraße 107 ab September 1907. Wenig später, im Oktober 1907, werben beide mit Aufnahmen von der Beerddigung des Großherzogs Friedrich von Baden, das „Central-Theater“ widmet diesem Thema sogar ein ganzes Programm. Das Heidelberger Adreßbuch 1908 nennt für das „Central-Theater“ eine Hamburger Firma

„Eberlin & Cie“ als Inhaber, für das „Tonbildtheater“ Friedrich Schulten. Im Verlauf der beiden Jahre 1907 und 1908 erscheinen keine detaillierten Anzeigen; wahrscheinlich sahen die Eigentümer keine Veranlassung, einzelne Programmpunkte durch Anzeigen herauszustreichen. Lediglich am Samstag weisen jeweils zwei Kleinanzeigen einträchtig nebeneinander auf die Existenz der beiden Kinos hin.

Geht man von wöchentlichem Programmwechsel ohne Unterbrechung aus, so kommt man bis zum Jahresende 1908 für das „Central-Theater“ auf ca. 190 Programme, für das „Tonbild-Theater“ auf 65, zusammen also rund 250 Programme. Wiederholungen und Pausen sind dabei nicht berücksichtigt. Geht man weiter von einem Umfang von ca. 8 Attraktionen pro Programm aus, wären in Heidelberg also bereits in den ersten vier Jahren der Kino-Existenz etwa 2.000 Filme zu sehen gewesen – die meisten allerdings nicht länger als wenige Minuten. Der Filmhistoriker Herbert Birett gibt die Anzahl der in diesem Zeitraum verfügbaren Filme auf dem deutschen Markt mit etwa 4.500 an mit einer durchschnittlichen Länge von etwa 100 m, was einer Projektionszeit von max. 5 Minuten entspricht.⁴

Im Juni 1907 kündigte, ebenfalls in der HZ, „The Oceanic Vio Co.“ ihre „Erste Europa-Tour“ an: „Riesen-Programm“ mit Bildern aus „Wild-West-America“, aus Ceylon und vom „Kaiser-Preis-Rennen im Taunus“, „Nur noch 4 Tage“ auf dem Meßplatz. Über den Namen dieser Company läßt sich nur spekulieren. Womöglich waren es Schausteller, die ursprünglich aus dem amerikanischen Ocean City stammten. Das „Vio“ im Namen sollte wohl für das amerikanische „biograph“ stehen, das mittlerweile in Konkurrenz zum „Kinematographen“ trat. (Im skandinavischen Sprachraum heißt das Kino heute noch „Bio“). Nur eines läßt sich mit Sicherheit sagen: Bei dem Film „Kaiser-Preis-Rennen“ dürfte es sich um die ersten Aufnahmen von einem Autorennen in Deutschland handeln!

Im Oktober desselben Jahres kündigt nochmals ein Kino-Schausteller sein Kommen zur Herbstmesse an: „Kling's beliebter Kinematograph“ auf dem Meßplatz Bergheimer Straße. Mit 500 neuen Nummern täglich ab 3 Uhr nachmittags ununterbrochene Vorstellungen. Der Schausteller W. Kling jr. weist ausdrücklich darauf hin, daß er Heidelberg schon „seit Jahren“ besucht. Möglich, daß in den vorangegangenen Jahren nur per Plakat geworben wurde oder daß er auf anderen Messen der Region, etwa auf dem Mathaise-Markt in Schriesheim, gastierte. Am letzten Tag des Gastspiels fand am „Montag Abend – 10 Uhr“ eine „Separat-Vorstellung ‚Nur für Herren‘ mit großartigem wissenschaftlichen Programm“(!) statt.

Ein weiterer Zusammenhang, in dem der Kinematograph in seiner Frühzeit erscheint, ist seine Funktion als schlichter Illustrator, Propagandist und

Publikumsmagnet für politische Vortragsveranstaltungen. So z.B. auf einer Veranstaltung der „Deutschen Kolonial-Gesellschaft“ am 29. Oktober 1907 im großen Saal des Bürgerkasinos (Hotel Prinz Max) mit Aufnahmen aus den deutschen Kolonien.⁵

1909 – Ostern 1910

Ein regelmäßiges Kinoprogramm mit wöchentlich wechselnden „Nummern“, die auch in der Zeitung angekündigt werden, ist erst ab dem Jahr 1909 verbürgt. Zu Weihnachten 1908 eröffnete – das „Zentral-Theater“ hatte inzwischen wohl seinen Spielbetrieb eingestellt – neben dem „Tonbild-Theater“ (Inh. Friedrich Schulten) ein weiteres Kino, das „Royal Bio“ (Inh. Fr. Riegler) in der Hauptstraße 9. Dieses – wie auch das am 14. August 1909 eröffnete „Metropol“ (Hauptstraße 118) – warben beide mit der Bezeichnung „Tonbild-Theater“ unter dem Kino-Namen. Was natürlich dem Eigentümer des ursprünglichen „Tonbild-Theaters“ nicht recht sein konnte. Mit einer Stellungnahme setzte sich Schulten gegen diesen – aus seiner Sicht – unlauteren Wettbewerb zur Wehr. Es kommt zu einem kleinen Anzeigenkampf im Tageblatt, in dessen Verlauf die beiden Geschäftsführer die Vorzüge ihrer Einrichtungen – sowie ihr Programm – anpreisen. Zu Weihnachten 1909 stellt das „Royal Bio“ seinen Betrieb ein. Der nunmehrige Geschäftsführer Adolf Ehrfeld verkündet allerdings stolz die Eröffnung eines „Neuen Theaters“ in der Hauptstraße 42 (heute: „Schloß“-Kino) mit 250 Sitzplätzen.

Die Folgen lassen nicht lange auf sich warten. Ostern 1910 findet im „Tonbild-Theater“ die letzte Vorstellung statt. Außerdem stellen die beiden verbliebenen Kinos „Metropol“ und „Neues Theater“ vom wöchentlichen auf halb-wöchentlichen Programmwechsel um, verdoppeln also ihr Programmangebot. Damit sind die Grundlagen gelegt für einen Konkurrenzkampf um den „Standort Heidelberg“, der etwa ein Jahr später in eine groteske Anzeigenkampagne der beiden rivalisierenden Eigentümer münden sollte.

Wer ging damals ins Kino? Wie setzte sich das Publikum des frühen Kinos zusammen? Ein wesentlicher Grund für die wachsende Attraktivität des Mediums dürften die geringen Eintrittspreise gewesen sein. Der Preis für einen Kinobesuch lag bei max. 1,20 Mark für ein Programm von etwa 2 Stunden (8–10 Nummern). Billige Plätze waren schon für 30 Pfennig zu haben, der Schnitt lag bei 60 Pfennig. Theater, Wirtshaus, Tanzcafé und Varieté waren da wesentlich teurere Vergnügen und galten, insbesondere für Frauen und Kinder, als nicht schicklich. Das Kino hingegen war als regel-

mäßiges Vergnügen erschwinglich. Es bot Gesprächsstoff und fungierte als Treff für Verabredungen. Daß im Schutz der Dunkelheit auch manches zarte Band geknüpft wurde, braucht wohl nicht betont zu werden ...

Als typisch für seine Zeit (August 1909) kann das Programm der Eröffnung des „Metropol“ gelten. Es gab insgesamt 10 Attraktionen, darunter eine aktuelle Aufnahme vom „X. Oberrheinischen Turnfest in Heidelberg“, das eine Woche zuvor stattgefunden hatte („Eigene Aufnahme“). Dann folgten ein Tonbild (Film + Grammophon-Abspiel), eine Tragödie, ein Schwank und ein Reisebild. In der zweiten Hälfte des Programms folgten ein historisches Drama, Komisches, Bilder aus dem Leben der Cowboys und zum Schluß ein kolorierter Trickfilm, „Gestörte Ruhe“. Wie man sieht, war der Stummfilm schon seit seiner frühesten Zeit weder stumm noch in schwarz-weiß, wie man sich heute Stummfilme meist vorstellt!

Durch den raschen Wechsel der kurzen Filme und die Vielfalt der Themen galt der Kinematograph als ideales Vergnügen für alle Schichten. Für Schüler gab es am Samstag Sondervorstellungen. Als in irgendeiner Weise „anstoßig“ jedenfalls wurde der Kinobesuch in den Jahren bis 1910 nicht empfunden. Die Frage, ob das frühe Kino ein ausgesprochen „proletarisches“ Vergnügen gewesen sei oder ob sich in der anonymen, ihrer sozialen Herkunft entkleideten Zuschauermenge, die vor dem Kinematographen Schlange stand, bereits das Heer der Angestellten der zwanziger Jahre ankündigte, hat schon die ZeitgenossInnen beschäftigt⁶ und wird bis heute immer wieder in neuen Variationen erörtert⁷.

Die Wahrheit dürfte, wie immer, in der Mitte liegen. In dem Sinne nämlich, daß das junge Medium zunächst seine Attraktivität auf alle Schichten des Volkes gleichermaßen ausgeübt und daß der jeweilige Charakter des Etablissements und der Veranstaltungen sich nach der kulturellen und sozialen Umgebung des jeweiligen Kinos gerichtet haben dürfte.

Im besonderen Fall Heidelbergs läßt sich für die frühen Kinos eine räumliche Nähe zu den Ateliers der etablierten Photographen feststellen (Hauptstraße 146 L. Ruf Nachf., O. Lang, Hauptstraße 118 Max Kögel, Hauptstraße 107 Gamber, Diehl, Hauptstraße 42 Karl Friedenbergl). Möglich, daß die Kinematographen zunächst als Nebenbetriebe der Photographen initiiert wurden und erst mit wachsendem Aufwand für Programmgestaltung, Werbung und Durchführung der Veranstaltungen an eigenständige „Kino-Unternehmer“ verpachtet wurden. Oder daß die Kino-Unternehmer sich ganz gezielt im Umkreis der Photographen niederließen, weil sie so die technische Wartung sicherstellen konnten und am Publikum der gutbürgerlichen Photographen partizipieren konnten. Wir wissen es nicht.

„Nummernprogramm“ oder Langfilm? – Autorenfilm! (1911–13)

Ein reflektierter Umgang mit der Ware „Kino“, auch seitens der Verleiher und Kinobesitzer, setzte erst mit den Jahren nach 1910 ein. Funktionierende Vertriebsstrukturen etablierten sich, die Produktion konnte sich besser auf die Nachfrage einstellen, die Branche begann, ihre Kinderkrankheiten hinter sich zu lassen.

Während bislang v.a. die Kinobesitzer „viel Geld mit wenig Mühe“ (O. Messter) gemacht hatten, begann sich jetzt das Gewicht zugunsten der Produzenten und Verleiher zu verschieben. Während die Kinobesitzer nur jeweils den lokalen Markt bedienten, nahmen besonders die Verleiher ihre Interessen reichsweit wahr und konnten so die Usancen der gesamten Branche bestimmen.

Vor Ort hatte dies zum Ergebnis, daß die Kinobesitzer, die bislang ihre eigenen Herren waren, zunehmend nach der Pfeife der Verleiher tanzen mußten. Daß dabei auch mit harten Bandagen gekämpft wurde, läßt sich aus einem bizarren Anzeigenkrieg nachvollziehen, der sich um den Film „Der Boxkampf Jeffries-Johnson um die Welt-Herrschaft“ im Frühjahr 1911 entspann.

Bei dem in Frage stehenden Film handelt es sich um einen Dokumentarfilm des Weltmeisterschaftskampfes in Reno am 4. Juni 1910. Das Besondere an diesem Film stellt weniger das Ereignis dar, von dem er berichtet. Es handelt sich vielmehr um einen der ersten „Langfilme“, d.h. ein Film, der mit 6 Akten à 300 Meter (1½–2 Stunden Spielzeit) die bis dahin übliche Länge einer „Nummer“ von max. 20 Min. je Akt wesentlich überschritt. Schon die Filme „Die weiße Sklavin“ vom Oktober 1910 und „Abgründen / Abgründe“ (mit Asta Nielsen, 2 Akte, 850 m, ca. 45 Min. Spielzeit; September 1910), die ebenfalls kurz zuvor in Heidelberg gezeigt worden waren, hatten durch Länge und Machart das Programmschema der üblichen „Nummern“ durchbrochen und sich als absolute Publikumsrenner, als sog. „Schlager“ erwiesen. Hinzu kam, daß die Produzenten / Verleiher bereits seit Jahren darauf drängten, Filme nicht mehr zu verkaufen, sondern auf der Basis einer nach Tagen berechneten Miete (500 Mark im Falle des „Boxkampf“) zu verleihen.⁸

Der Film vom Boxkampf Johnson-Jeffries war nun der erste Film, der ausschließlich verliehen, nicht verkauft wurde. Außerdem ging man gleichzeitig dazu über, nur noch jeweils einen Kinobesitzer an einem Ort mit einer Kopie zu beliefern (sog. „Monopol“-System), um so die Nachfrage auf ein Kino zu konzentrieren und hohe Mieten zu garantieren. Für die Kinobesitzer hatte dies erstmals die Konsequenz, daß sie vom Wohlwollen

der Verleiher abhängig wurden und mit durchgängig guten Einspielergebnissen um eine bevorzugte Position bei der Zuweisung von Kopien kämpfen mußten. Unmittelbarste Folge war jedoch die Erhöhung der Eintrittspreise, die nun von den Verleihern quasi diktiert werden konnten. Konkret hatte dies zur Folge, daß bei der Aufführung in Heidelberg die Preise von 1 Mark auf 5 Mark (Höchstpreis) angehoben wurden.

Adolf Ehrfeld, der Inhaber des „Neuen Theaters“, mußte sich zunächst als Verlierer fühlen, da er bei der Zuteilung des neuen „Schlagers“ leer ausgegangen war. Er wollte jedoch aus der Not eine Tugend machen und versuchte, einen drohenden Verlust durch einen Trick – und durch nicht ganz lautere Werbemethoden – zu kompensieren. Er setzte einfach einen Boxkampf-Film älteren Datums ins Programm und hob in seiner Werbung darauf ab, daß bei ihm keine Preiserhöhung vonnöten sei. Die Konkurrenz (in diesem Falle Friedrich Schulten) schlief freilich nicht, war vielmehr verständlicherweise verärgert über dieses schmarotzerhafte Vorgehen und machte ihrem Unmut in einer Zeitungsanzeige Luft, als eine Woche später der tatsächliche „Schlager“ im „Metropol“-Theater anließ.

Wenig später reagierte Ehrfeld nochmals durch eine Anzeige auf eine Problematik, der sich das Kino nach 1910 zunehmend ausgesetzt sah. Wegen reißerischer Titel („Die weiße Sklavin“, „Abgründe“, „Heißes Blut“, „Leidenschaften“ etc.) zog sich das Kino seitens der sog. „Kinoreformer“ den Vorwurf zu, das Publikum, insbesondere Frauen und Kinder, zu verderben und mit „Schmutz- und Schundfilmen“ eine Verrohung – anstatt einer Erbauung wie im bürgerlichen Theater oder im Konzertsaal – zu bewirken. Diese Debatte begleitete das Kino bis in die sechziger Jahre (Stichwort: „Saubere Leinwand“) und führte u.a. zur Einführung der Zensur (in Preußen seit 1912, reichsweit seit 1920). Jedenfalls meinte Ehrfeld, diesen Vorwürfen entgegentreten zu müssen, indem er eine explizit als „Musterprogramm“ bezeichnete Programmfolge veröffentlichte.

Daß die Kinobesitzer bis 1912 nicht gerade am Hungertuch nagten und keine Konkurrenz fürchten mußten, zeigt die Entwicklung der folgenden beiden Jahre. Eher ist von einer Goldgräberstimmung zu sprechen, an der sich jeder beteiligen wollte, der glaubte, in irgendeiner Weise das Geschick und die richtige Nase für das Geschäft zu besitzen. Zu Ostern 1911 eröffnet mit dem „Lichtspiel-Theater“ in der Hauptstraße 1 (Darmstädter Hof; Inh.: Armin Höppner) ein weiteres Kino. Anzeigen des Programms erscheinen jedoch – im Gegensatz zu den anderen beiden Häusern – nur sehr unregelmäßig.

Dann eröffnete am 10. Juli 1911 mit dem „Odeon“ in der Hauptstraße 37 ein veritabler Vergnügungspalast. Variété und Tanzcafé im Obergeschoß,

Erlebnis-Gastronomie im Keller und Parterre – ein Kino. Inhaber und Eigentümer des Gebäudes ist der bereits bekannte Friedrich Schulten („Metropol“ und „Tonbild“-Theater). Damit hatte sich in Heidelberg der erste Geschäftsmann etabliert, für den das Kino ein solides Investitionsobjekt auf kaufmännischer Grundlage und mehr als die Quelle eines spekulativen Gewinns war. Wie aus einer Anzeige im Herbst 1911 hervorgeht, hatte er ähnliche Betriebe in Mainz, Offenbach und Kreuznach.

Für Ehrfeld bedeutete diese Entwicklung neues Ungemach. Hatte er inzwischen doch zwei Konkurrenten, davon einen mit zwei Theatern. Äußerlich gab er sich jedoch ganz cool und gelassen. „Cool“ im Sinne von „kühlen Blutes“ darf man hier ganz wörtlich nehmen. Denn angesichts der Hitzewelle, die in diesen Tagen Heidelberg heimsuchte und Schlagzeilen machte, konnte er mit „angenehm kühlen Räumen“ werben. Außerdem ist hier erstmals in einer Anzeige das Wort „Kino!“ zu lesen, offensichtlich war der Begriff gerade erst in jenem Sommer in Mode gekommen. Eine weitere Veränderung fällt auf. Mit der Eröffnung des „Odeon“ tritt in den Anzeigen die Werbung mit einzelnen Filmtiteln – im Gegensatz zur bisherigen Praxis der textlastigen Aufzählung aller Einzelattraktionen – in den Vordergrund. Die Anzeigengestaltung wird plakativer und graphischer. Schmuckbordüren, Vignetten und eine auf Wirksamkeit kalkulierte Typographie bestimmen jetzt das Bild.

Auch hatte sich bis 1912 ein gewisser Standard des musikalischen Rahmens eingeführt. Der „Erklärer“ war seit 1910 durch die Zwischentitel obsolet geworden. Stattdessen wurde musikalische Begleitung obligatorisch – sei dies durch ein elektrisches Klavier, einen Stehgeiger oder einen Stummfilmpianisten. Anspruchsvolle Häuser setzten sogar ein kleines Kammerorchester ein (so das „Odeon“, das „Union“ und die „Kammer“ bei der Eröffnung). Hugo Quittner legte Wert darauf, daß er nach Übernahme des „Eden“ im Februar 1913 das Programm persönlich am Flügel und am Harmonium begleitete.

Glaubt man den Geschäftsanzeigen für Weihnachten 1911, muß damals ein wahres „Kinematographen“-Fieber geherrscht haben. Gleich drei Fachgeschäfte bieten „Kinematographen“ für das breite Publikum an, darunter ein Spielzeugladen (Bucher, Anlage 9), ein Fachgeschäft für optische Geräte (Friedrich Schulze, Hauptstraße 133) und Gamber, Diehl, der Fachbetrieb für den Amateur-Photographen und -Kinematographen (Hauptstraße 107). Daß es sich bei diesen Geräten z.T. schlicht um Kinderspielzeug (wenn auch mit lehrhaftem Charakter!) gehandelt haben dürfte, geht aus den Abbildungen und den angegebenen Preisen hervor. Nichtsdestotrotz wird deutlich, daß zur Jahreswende 1911/12 die Sensation „Kino“ in

aller Munde und als „Heimkino“ auch bereits in einige Wohnstuben vordringen war.

Das schnelle Geld mit dem Kino scheint auch andere gelockt zu haben. So entstanden im Sommer 1912 erste Pläne, in einem ehemaligen Fabrikgebäude in Schlierbach eine Filmfabrik einzurichten. Die Idee für das „Glashaus am Neckar“ war geboren. Ludwig Landmann, bis dahin Vertriebsleiter für die Nordisk-Filmproduktion in London, firmiert als Geschäftsführer der „Film-Industrie GmbH“, die am 7. Oktober 1912 den Bauantrag für die Genehmigung einer „Fabrikanlage für die Erzeugung von Lichtspielbildern auf Films“ an das Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe stellte. Die Film-Industrie GmbH wird am 13. Januar 1914 wieder aufgelöst, das Filmatelier jedoch blieb bestehen und existierte bis 1925 weiter. Einziges Zeugnis der Aktivität jener GmbH dürfte eine Filmveranstaltung im Stadttheater sein, bei der im Juli 1913 Aufnahmen der „Schloßfestspiele“ im gleichen Jahr wiedergegeben wurden.

Der Kinematograph und die Wissenschaft

„... gestern abend bin ich wegen des ‚Kinematographenmädel‘, pardon! jener braven, biedereren hartgesotten blauäugigen Studentin wegen, die bei mir über den Kinematographen arbeiten will und sich Montag über die Arbeit in einer Besprechung mit mir ‚belernen‘ will – zu Schmidts gegangen und habe sie samt dem unglücklichen Bab in die hiesigen Kinos verschleppt – o Gott – es war schrecklich: Das ‚Totenschiff‘: – krepierender Kapitän, explodierender Leuchtturm, selbstermordeter Reederei-Direktor – furchtbar, furchtbar, bloß mit schön photographiertem Wasser – aber in einer Atmosphäre!, die wie der antipodisch ausgedachte Gegensatz von Seeluft war und eigentlich eine Ergänzung des angeschlagenen ‚Rauchverbots‘ durch ein Verbot für ‚s Atmen nahegelegt hätte – Ausgekniffen und in den nächsten ... – gedanklich-süßlich entsetzlich: ‚Seekrankheit auf der Bühne‘ – und bei mir im Innern – heute nacht (daß ich danach nicht schlafen konnte, war noch eine selbstverständliche Gratisbeigabe) habe ich dann die Theorie dieser Institution ‚begonnen‘ aber ich bin noch nicht ‚fertig‘ – nur das weiß ich: der Weg zu einer schönen Wirklichkeit ist noch weit.“ So schrieb Alfred Weber im März 1912 an Else Jaffé⁹

Die „Theorie dieser Institution“ war noch lange nicht fertig – bekanntlich wird heute noch, und immer wieder aufs Neue, daran gearbeitet. Aber auch auf dem Gebiet der Wissenschaft wurde man im Jahr 1912 verstärkt auf den Kinematographen aufmerksam. Zum einen war die bereits

erwähnte Frage, wer denn nun das Publikum dieser Einrichtung darstelle, virulent. Zum anderen erschien es dringlich, das Verhältnis zwischen Kino und Theater zu bestimmen, da das Kino dem Theater mehr und mehr das Publikum nahm und die Stadttheater Existenzprobleme bekamen. Und schließlich gab es auch eine ganze Menge rechtlicher, technischer und publizistischer Fragen, die einer grundsätzlichen Erörterung harnten.

In den Jahren vor dem 1. Weltkrieg ist „Kino“ erstmals Gegenstand von Doktorarbeiten. So bei Emilie Altenloh, die bei Alfred Weber ihre „Soziologie des Kino“ schrieb. (Um sie handelt es sich nämlich bei dem „hartgesotteten Kinematographenmädel“; bei dem „unglücklichen Bab“ kann es sich nur um Julius Bab handeln, der sich mit einer „Soziologie des Theaters“ befaßte.) Auch Georg Lukács erwähnt das Kino im Rahmen seiner „Heidelberger Philosophie der Kunst“ (1912–14), und der spätere Mannheimer Kunsthändler Herbert Tannenbaum („Kino und Theater“, München 1912) gilt als Begründer einer eigenständigen deutschen Filmtheorie.

Das Interessante an Altenlohs Arbeit ist, daß sie erstmals Publikumsbefragungen in Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg durchführte, um Aufschlüsse über die Sozialstruktur und die Motivation der frühen KinobesucherInnen zu erhalten. Sie untersucht das Rezeptionsverhalten nach alters- und schichtenspezifischen Kriterien und beleuchtet erstmals die besondere Rolle der Frauen ohne moralische Vorurteile. Sie kommt zu dem Schluß, daß die „gleichzeitige Wirkung auf Auge und Ohr“ dem „Geschmack der Frauen so ganz besonders ... entsprechen“. Außerdem sei eine Ursache des Erfolgs, gerade auch bei den Frauen, die „Hingabe an die Gegenwart“. Das Kinodrama behandle aktuelle Probleme und Fragestellungen, „es kommt zu den Menschen in ihren Alltag hinein“.

Zusammenfassend stellt sie fest: „Dem weiblichen Geschlecht, dem doch im allgemeinen nachgesagt wird, daß es rein und gefühlsmäßig einen Eindruck immer nur in seiner Gesamtheit aufnimmt, muß ja die kinematographische Darstellung besonders leicht zugänglich sein. Dagegen scheint es für intellektuell sehr ausgebildete Menschen direkt schwierig, sich in die einzelnen oft zusammenhangslos aneinandergereihten Handlungen hineinzuversetzen“.¹⁰

Eingebettet ist diese Fragestellung in die Kampagne gegen „Schmutz- und Schundfilms“, die im Umkreis der Kinoreform-Bewegung dieser Jahre geführt wurde und zu einer aufschlußreichen und reichhaltigen Publizistik führte (u.a. „Die Hochwacht. Monatsschrift zur Bekämpfung des Schmutzes und Schundes in Wort und Bild“, „Bild und Film“ sowie die Schriftenreihe des „Dürerbundes“). Altenlohs Arbeit war leider – v.a. wegen des Weltkriegs – keine große Wirkung beschieden. In den zwanziger Jahren

wurde die Frage der Filmtheorie und -soziologie mit erneuter Heftigkeit debattiert, allerdings stand dann die Frage der „Beeinflussung der Massen“ durch das Medium im Vordergrund.

1912/13

Als fünftes Haus wird im Herbst 1912 im ehemaligen „Central-Theater“ das „Union-Theater“ unter der Leitung von Peter Bosch – identisch mit dem gleichnamigen Geschäftsführer des „Automaten-Restaurants“ auf der Hauptstraße (?) – wiedereröffnet, mit 200 Klappsitzen und „eigener Künstler-Kapelle“. Ein Vierteljahr später – im Februar 1913 – firmiert das UT allerdings schon wieder um. Unter der neuen Leitung von Hugo Quittner nennt es sich ab jetzt „Eden“-Theater.

Die Konkurrenz scheint Alfons Ehrfeld nachhaltig zermürbt zu haben. Weihnachten 1912 lesen wir eine Anzeige im „Tageblatt“: „Kino in süddeutscher Residenzstadt mit 100.000 Einwohner zu vergeben oder zu vermieten.“ Der unbekümmerte, aber doch leicht resignative Ton deutet darauf hin, daß es sich um keinen Notverkauf handelte, daß aber auf Dauer das Engagement und der Kapitaleinsatz für das Kino nicht als profitabel genug erachtet wurde.

Jedenfalls war er mit seinen Geschäftsmethoden der Konkurrenz nicht gewachsen. Zu Ostern 1913 löst D. Damm Adolf Ehrfeld als Direktor des „Neuen Theaters“ ab. Ebenfalls ab April 1913 werden „Metropol“ und „Lichtspiel-Theater“ (Hauptstraße 1) gemeinsam von A. Höppner gemangt. Um den Reigen voll zu machen, eröffnet im Oktober 1913 ein weiteres Kino, die „Kammer-Lichtspiele“ unter der Direktion von Emil Zindler mit dem „Student von Prag“ in der Hauptstraße 88 seine Pforten. Statt zwei Kinos, wie noch vor einem Jahr, gibt es Ende 1913 also sechs Kinos, die sich wie auf einer Perlenschnur entlang der Hauptstraße aufreihen.

Mit den „Kammer-Lichtspielen“ fängt nun allerdings ein ganz neues Kapitel der hiesigen Kinogeschichte an. Glücklicher Zufall oder Absicht – schon die Eröffnung mit dem „Student von Prag“ kann als programmatisch verstanden werden. Ist der „Student von Prag“ doch einer der ersten Filme, die schon unter dem Label „Autorenfilm“ produziert wurden. Das Medium versucht, sich vom Odium der „niedereren“ Kultur zu befreien und durch die Mitwirkung eines bekannten Autors den Kinofilm zum Kunstprodukt zu „veredeln“. Gleiches gilt vom Kino-Ambiente. Die Musikbegleitung, die inzwischen obligatorisch geworden war, wird zum eigenständigen Musik-Erlebnis, zum Teil eines Rahmenprogramms, das der musischen Erbauung dienen sollte. Dies ging sogar soweit, daß gelegentlich

Zindlers Frau – wohl eine Opernsängerin – aus gegebenem Anlaß Proben ihrer Sangeskunst als *Entr'acte* zum besten gab.

Sittenwächter und „völkische“ Beobachter

Der Boom war jedoch – wie so oft – nur das warme Sommerlüftchen vor dem Sturm. Tatsächlich geriet die gesamte wilhelminische Gesellschaft ab Mitte 1913 in eine tiefe ökonomische und Sinnkrise, die schließlich zum Ausbruch des Ersten Weltkrieg im August 1914 führen sollte. Erste Symptome für eine tiefe Krise waren die Feierlichkeiten zum 25sten Regierung-Jubiläum Kaiser Wilhelms II., die in der Einweihung des Völkerschlachtdenkmals in Leipzig gipfelten. Begleitet war das Jubiläum von Säbelrasseln und Kriegsbereitschaft in Richtung Rußland, das als Drahtzieher hinter dem „Pulverfaß“ auf dem Balkan vermutet wurde.

Auch im Programm der Kinos häuften sich militaristische und apokalyptische Töne. Bereits für 1910 war der Weltuntergang prophezeit worden, 1911 kam dann der Halley'sche Komet zu Besuch, und im April 1912 ging die „Titanic“ unter. Zu dieser Stimmung paßt es, daß im Herbst 1913 Pompeji nochmals auf der Leinwand seinen Untergang erlebte oder daß im KaLi-Kino der Hellseher „Labéro“ sein Programm vorstellte. Filme wie „Feind im Land“ und die Militärklamotte „Hurrah, Einquartierung“ thematisierten ganz offen die Kriegsproblematik – vom „patriotischen“ Standpunkt aus, versteht sich.

Der Film „Feind im Land“ (1913, mit Henny Porten, Messter-Film) führte zu einer weiteren, bizarren Kontroverse. Im „Tageblatt“ war unter „Eingesandt“ ein Leserbrief erschienen, der sich unter dem Titel „Im Jahr der Jahrhundertenerinnerungen“ über eine angeblich deutschfeindliche Tendenz des im „Lichtspiel-Theater“ aufgeführten Henny-Porten-Films beschwerte. Süffisant weist der Leserbriefschreiber darauf hin, daß kürzlich ein anderes Kino (das „Metropol“?) seine Außenfassade mit der Tricolore („in französischen Farben“) geschmückt habe. Die nun ausgestellten Photographien stellten eine „Verhöhnung und Verzerrung“ der deutschen Truppen dar. Der Leserbrief, unterzeichnet mit „T.B.“, endet mit der Frage „Wann werden wir in Deutschland endlich lernen, unserer völkischen Ehre entsprechend zu handeln?“

Diese Bemerkungen trafen insofern einen Nerv, als die sog. „Zabern“-Affäre noch in guter Erinnerung war. Wenige Wochen zuvor hatte ein deutscher Offizier in der Garnisonstadt Zabern im Elsaß die Elsässer Bevölkerung durch unflätige Bemerkungen in der Öffentlichkeit beleidigt. Da nicht

sofort Sanktionen oder eine Untersuchung des Falles folgte, gab es Proteste, sowohl seitens der französischsprachigen als auch der deutschsprachigen Elsässer. Die Frage, wo das Elsaß denn nun „hingehöre“, stand einmal mehr auf der Tagesordnung, zumal das Elsaß nur sehr provisorisch ins „Reichsgebiet“ eingegliedert war.

Dies war der Hintergrund, der Armin Höppner wohl umgehend dazu veranlaßte, einige Dinge richtigzustellen. In einer großen Anzeige in den „Neuesten Nachrichten“ vom 12. November 1913 weist er in sieben Punkten Ungenauigkeit und mangelnde Informiertheit des Briefeschreibers nach. Er weist auf den Erfolg beim Publikum, auf die Genehmigung seitens der Zensurbehörde, sowie auf die positive Darstellung der deutschen Armee in dem Film hin. Höppner endet seine Ausführungen mit der Ankündigung, den Film um drei Tage im „Metropol“ zu verlängern, verbunden mit dem Angebot eines „scharfen Augenglases“ für den Briefeschreiber.

So weit, so gut. Höppner hat einen polemischen Angriff genutzt und mit einer kleinen Eigenwerbung pariert. Bleibt nur eine kleine Ungereimtheit. Das „Eingesandt“ erschien im „Tageblatt“, die Erwiderung in den „Neuesten Nachrichten“. Üblich ist eine Gegendarstellung im gleichen Organ. Nun ist das „Eingesandt“ im „Tageblatt“ teils Leserbriefspalte, teils (anonyme) Kommentarspalte, die sich mit aktuellen Vorkommnissen in der Stadt befaßt. Spekuliert werden darf über die Frage, wer sich hinter den Initialen „T.B.“ verbirgt. Die Lust an der Provokation und die Süffisanz lassen auf eine professionelle Feder schließen.

Womöglich war es ja Theodor Berkenbusch persönlich, Herausgeber und Verleger der „Heidelberger Zeitung“, der hier im Schutz teilweiser Anonymität Position bezog. Was den heutigen Leser freilich am meisten schaudern läßt, ist der selbstverständliche Gebrauch des Adjektivs „völkisch“, das zu dieser Zeit ja noch nicht desavouiert war, aber doch erkennen läßt, welch Geistes Kind der Autor wohl gewesen sein mag.

Ein weiterer Wächter von Sitte und Moral stellte sich im Dezember 1913 in Heidelberg vor. Dr. Brunner, „pädagogischer und literarischer Beirat beim kgl. Polizeipräsidium in Berlin“ und Herausgeber der Zeitschrift „Hochwacht“ hält einen Vortrag über „Kinder als Objekt moderner Vergnügungssucht“. Als profiliertester Vertreter der preußischen Kinzensur ist Brunner einer der Protagonisten der Abwehr von „Schmutz- und Schundfilms“, die dem Kino in den frühen Jahren das Leben schwer machten. Dieser Ansatz mündete in die sog. „Kinoreform“-Bewegung und führte zur Einführung des ersten „kommunalen Kinos“ der Gemeinde Eikel im Rheinland im Jahre 1912!¹¹

Und auch das gab es: „Junger Mann sucht sonntags in einem Kino gegen geringe Vergütung vorzuführen. Stelle mich auf Wunsch einen Sonntag unentgeltlich auf Probe zur Verfügung“ (Kleinanzeige aus der „Heidelberger Zeitung“, Sommer 1913).

„Die eiserne Zeit“ – oder der Weg in den Weltkrieg

Ende 1913 / Anfang 1914 inserieren insgesamt noch vier Kinos in den Heidelberger Gazetten. Das „Lichtspiel-Theater“ (H 1) verschwindet wieder aus den Anzeigenspalten. Das „Metropol“ erscheint ebenfalls im Frühjahr 1914 zum letzten Mal mit seinem Programm. Übrig bleiben mit dem „Eden“ (H 146), der „Kammer“ (H 88), dem „Neuen Theater“ (H 42) und dem „Odeon“ (H 37) die vier „Neugründungen“ der letzten Jahre.

Daß das „Odeon“ sein Jahresprogramm 1914 mit dem Film „Die eiserne Zeit – Episoden aus dem letzten bulgarisch-serbischen Kriege“ eröffnete, mutet fast prophetisch an. Krieg lag in der Luft, und diese Spannung muß auch im Alltagsleben deutlich zu spüren gewesen sein. Erst die Schüsse von Sarajewo und die bald folgende Kriegerklärung Deutschlands am 1. August lösten die Krise – freilich auf eine schreckliche und unvorstellbar grausame Weise.

Die Stimmung kurz vor Kriegsbeginn schildert ein Artikel in der „Licht-Bild-Bühne“: „Die Kinotheater verlieren jetzt noch den letzten Rest Publikum, das nicht nur infolge der zu erwartenden Geldknappheit die gewohnte Filmstätte meiden muß, sondern für den Film selbst einfach absolut kein Interesse mehr hat, da das Kriegsthema selbst das ganze Interesse absorbiert.“¹²

Als einziges Dokument des Stimmungsumschwungs zu Beginn des Weltkrieges findet sich eine Anzeige der „Kammer-Lichtspiele“ (E. Zindler), in dem die vorübergehende Schließung des Hauses mit den weltgeschichtlichen Ereignissen begründet, aber gleichzeitig die Weiterführung des Programms garantiert wird.

Tatsächlich spielten die Kinos im 1. Weltkrieg weiter – allerdings unter erheblich veränderten Bedingungen. Zum einen wurden Komödien als nicht mehr dem Ernst der Lage entsprechend betrachtet. Mit der Entwicklung der Kriegssituation wurde die Einfuhr ausländischer Filme („Feindpropaganda“!), insbesondere aus Frankreich und England, dann auch aus den USA, verboten. Überhaupt wurde die Zensur als „Militärzensur“ viel strenger gehandhabt als in Friedenszeiten. Viele Filme wurden auch nur „für die Dauer des Krieges“ verboten; wie bekannt, glaubte man ja allgemein, der Krieg sei bis Weihnachten 1914 wieder vorbei.

Für das Kinopublikum hatte die neue Situation – nach dem Schock des Kriegsausbruches – erst allmählich Konsequenzen. Mehr und mehr fehlten die Männer als Publikum. Zum Kriegsende blieben fast nur Frauen und Kinder übrig. Und ein weiteres: Die Kinos verzichteten auf Programmanzeigen in den Zeitungen. Neben den sich häufenden Todesanzeigen und Unterstützungsaktionen für das Militär hätte sich ihr Vergnügungs- und Zerstreuungsangebot reichlich makaber ausgenommen.

Anmerkungen:

- 1 Wahrscheinlich handelt es sich um ein Gerät des berliner Herstellers Foersterling, der seine Kinematographen unter der Marke „Edison's Ideal“ vertrieb, obwohl keinerlei Verbindung mit dem Erfinder Edison bestand. Foersterlings Firma bestand bis Ende 1900. Deac Rossell, „Jenseits von Messter“ in KINtop 6, S. 170
- 2 Gustav Schönwald, „Wie einst im Mai! Aus den allerersten Tagen des deutschen Kinos. Erinnerungen Eines, der dabei war“, Der Kinematograph, Düsseldorf, Nr. 489, zit. nach Jeanpaul Gorgen, „Der Kinematograph Unter den Linden 21“, KINtop 6, S. 143 ff.
- 3 Herbert Birett, Das Filmangebot in Deutschland 1895 – 1911, München 1991, S. XV
- 4 Birett, a.a.O.
- 5 Unregelmäßige Filmaufführungen scheint es auch im Apollo-Theater, einem Varieté in der Bergheimer Straße 59, gegeben zu haben. Jedenfalls ist für 1908 ein Carl Hauck, Operateur, dort nachgewiesen. Adreßverzeichnis der Zeitschrift „Kinematograph“ 1908
- 6 Emilie Altenloh, Zur Soziologie des Kino, Jena 1914
- 7 Heide Schlüpmann, Unheimlichkeit des Blicks. Das Drama des frühen deutschen Kinos. Basel, Frankfurt 1990
- 8 Der wirtschaftliche Hintergrund dieses Streits ist ausführlich dargestellt in: Corinna Müller, Frühe deutsche Kinematographie. Formale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen 1907 – 1912, Stuttgart, Weimar 1994
- 9 Alfred Weber an Else Jaffé, 3. März 1912; unveröff. Briefwechsel, Bundesarchiv, Nachlaß Weber, zitiert nach Schlüpmann, S. 327
- 10 Alle Zitate nach Schlüpmann, S. 240; dort auch weitere Quellen zur „Kinoreform“-Debatte um 1912
- 11 Schlüpmann, a.a.O., S. 201
- 12 „Kino-Krisis und Kino-Varieté“ in LBB, 1.8.14, zit. nach: W. Mühl-Benninghaus: „Oskar Messters Beitrag zum Ersten Weltkrieg“, KINtop 3, S. 103

Anneliese Seeliger-Zeiss

IN MEMORIAM Johannes Dunki – Historische Inschriften als Quellen für die Geschichte der Heidelberger Providenzkirche

Todesanzeigen sagen vieles aus über die Einstellung zum Tod, über den Verstorbenen und seinen sozialen Status, aber auch über sein Verhältnis zu seinen Mitmenschen. Wer die Todesanzeigen seiner Tageszeitung zur Kenntnis nimmt, wird bemerken, daß sich in den letzten Jahren eine neue Sitte herausgebildet hat. Zwischen den in üblicher Weise gestalteten Anzeigen, die Ort und Stunde der Beerdigung angeben, sind Anzeigen eingestreut, die die Überschrift „IN MEMORIAM“ (d. h. zum Gedenken) tragen. Unter den Namen der Verstorbenen steht dann oft ein Todesdatum, das schon Jahre oder Jahrzehnte zurückliegt. Im November 1997 konnte man in der „Frankfurter Allgemeinen“ sogar die Annonce entdecken: „DIVAE MEMORIAE Felix Mendelssohn-Bartholdy, gestorben 4. 11. 1847“. Hier wird der Versuch gewagt, einen längst Verstorbenen noch einmal durch ein Erinnerungszeichen in aller Öffentlichkeit zu ehren.

Einen ähnlichen Versuch hat die Kirchgemeinde der evangelischen Providenzkirche in Heidelberg am 23. November 1997 in ihrem Gottesdienst erprobt. Es war Ewigkeitssonntag, und man gedachte der Verstorbenen. Die Erinnerung an die Toten des Jahres wurde wachgerufen durch die Nennung ihrer Namen und durch Entzünden eines Lichtes für jeden einzelnen am Altar. Zuletzt wurde der Name eines Johannes Dunki aufgerufen. Und weil dieser in der Gemeinde ein Unbekannter war, hat man seiner mit einer Art Leichenpredigt, nämlich mit Verlesen seines Lebenslaufs, gedacht und auch ihn auf diese Weise noch einmal mitten in die versammelte Gemeinde zurückgeholt. Johannes Dunki ist in Heidelberg vergessen, weil er vor mehr als dreihundert Jahren gelebt hat. Doch besitzt die Providenzkirche noch greifbare und sichtbare Zeugnisse seines Lebens und Wirkens in dieser Stadt.

Die lutherische Providenzkirche

Die Wiederentdeckung des Johannes Dunki ging von einer Abendmahlskanne aus, die sich wohlverwahrt im Tresor der Providenzgemeinde befindet. Bekanntlich besitzt die Providenzkirche einen besonders umfangrei-

chen und wertvollen Silberschatz an evangelischen Kirchengeräten¹. Dies hängt mit der besonderen Geschichte dieser Kirche zusammen, die 1659 bis 1661 als evangelisch-lutherische Pfarrkirche erbaut worden ist und bis zur Kirchenunion von 1821 im Besitz der Heidelberger Lutheraner war².

Es ist viel zu wenig bekannt, daß innerhalb der evangelischen Kirchen die Kirchen lutherischer Konfession bei weitem kostbarere und umfangreichere Kirchenschätze besitzen als die reformierten Kirchen. So sind die im ehemals kurpfälzischen und damit reformierten Gebiet verbreiteten schmucklosen Kirchengeräte aus Zinn keineswegs ein Zeichen von Armut, sondern ein Zeichen für die andersartige theologische Auffassung vom Abendmahl im Bereich des Calvinismus. Künstlerische Zier und kostbares Edelmetall wurden hier – zumindest in der Frühzeit – für Gegenstände des religiösen Kultus vermieden. Auch wenn im 18. Jahrhundert ein Nachlassen dieser strengen Auffassung zu verzeichnen ist und silberne Abendmahlskannen und Brotteller auch in der reformierten Kirche aufkommen, bleibt eine auffallende Schlichtheit der Gestaltung doch stets Kennzeichen der Geräte der Reformierten Kirche. Aus diesen Gründen haben sich auch im Bereich ehemals reformierter Herrschaften keine Kirchengeräte aus katholischer Zeit erhalten. Dagegen hat die lutherische Kirche nach der Reformation die katholischen *Vasa sacra*, d. h. die „heiligen Geräte“, – wie Abendmahlskelche, Patenen (d. h. Hostienteller) oder Ziborien (d. h. Oblatendosen) – vielfach weiter benutzt. Ebenso hat das Luthertum die mittelalterlichen Altartafeln mit ihrem Bilderschmuck nicht in bilderstürmerischer Absicht zerstört, sondern weiterhin im Gottesdienstraum integriert, wie man etwa in St. Lorenz in Nürnberg oder in der zur evangelischen Seminarkirche umgewandelten Klosterkirche von Blaubeuren sehen kann. Die weit verbreitete Ansicht, der Protestantismus sei der Zerstörer der mittelalterlichen Kunstwerke in den Kirchen gewesen, ist überholt. Die Erkenntnis, daß hier zwischen der Reformation calvinistischer oder zwinglianischer Prägung – so in der Residenzstadt Heidelberg – und der Reformation lutherischer Prägung – etwa in Ortschaften des lutherischen Ritteradels – differenziert werden muß, setzt sich erst in jüngster Zeit durch³.

Die Heidelberger Providenzkirche war eine Gründung des Kurfürsten Karl Ludwig (Regierungszeit 1648-1680) und bestimmt für Neubürger lutherischer Konfession, die nach dem Dreißigjährigen Krieg in Heidelberg Aufnahme gefunden hatten und denen durch den Friedensschluß die freie Religionsausübung garantiert worden ist. Karl Ludwig – selbst reformiert, aber mit einer Lutheranerin aus Württemberg liiert – hatte mit dem Neubau der Providenzkirche 1659 ein Zeichen des Friedens und der Toleranz setzen

wollen. Trotzdem ist zu erinnern, daß die Lebenden wie die Toten konfessionell voneinander geschieden blieben, denn jede Konfession unterhielt eigene Schulen und Hospitäler und eigene Friedhöfe bis zur Eröffnung des Bergfriedhofs 1844, der als zentraler Begräbnisplatz der Stadtgemeinde allen Konfessionen zu dienen hatte.

Die Providenzkirche wurde – wie alle Heidelberger Kirchen – schwer von den Folgen des Orléans'schen Krieges 1689-1693 getroffen. Die typisch lutherische Innenausstattung des Gründungsbaues von 1661 mit der Orgel im Angesicht der Gemeinde ist bei der Stadtzerstörung verbrannt, die liturgischen Geräte, Dokumente und Kirchenbücher gingen verloren. Der Wiederaufbau der Stadt ab 1695 stand im Zeichen einer vom Jesuitenorden getragenen Gegenreformation. Von Seiten des nun katholischen Fürstenhauses der Linie Pfalz-Neuburg hatten die Lutheraner hinsichtlich der Finanzierung des Wiederaufbaues keine Unterstützung zu erwarten. Sie waren auf Spenden lutherischer Glaubensbrüder und auf die Opferbereitschaft der Gemeindeglieder angewiesen. Diese Spenden flossen offenbar so reichlich, daß die Gemeinde ihrer – vor dem Krieg nur mit einem bescheidenen Dachreiter versehenen – Kirche nun den stattlichen Glockenturm an der Hauptstraße anfügen konnte. Der Turm, der um 1738 vollendet war und dem Architekten Johann Jakob Rischer zugeschrieben wird, ist als Zeichen der Präsenz der „Augspurgischen Religionsverwandten“ bis heute ein wichtiger Akzent innerhalb der Stadtlandschaft. Hinter dem ehrgeizigen Unternehmen des Wiederaufbaues, der auch eine reiche Innenausstattung und die Errichtung eines neuen Dachstuhls mit Mansarddach einschloß, standen angesehene lutherische Familien des reichsfreien Adels der Kurpfalz – wie etwa die Venningen, die Gemmingen, die Bettendorf und die Zyllenhardt, die in der Stadt ihre Adelshöfe besaßen. Neben ihnen – so dürfen wir vermuten – zählten zu den Förderern des Wiederaufbaues wohlhabende Bürger lutherischer Konfession – wie der kurfürstliche Bauschreiber und Bildhauer Heinrich Charrasky (geboren 1656, gestorben 1710), der Goldschmied Johann Friedrich Linck (Meister um 1706 bis 1740) oder der kurfürstliche Münzmeister Johann Melchior Wunsch, deren Namen in den damals neu angelegten Kirchenbüchern begegnen⁴. Im Falle des Johannes Dunski lassen sich verschiedenartige Quellenaussagen zusammenfassen. In ihnen spiegelt sich – noch immer verschwommen genug – das Lebensbild eines Heidelberger Handwerksmeisters der Barockzeit.

Die Abendmahlskanne und ihre Stiftungsinschrift

Wie erwähnt ging die Spurensuche nach Johannes Dunki von einer Abendmahlskanne der Providenzkirche aus. Zum Schatz der Kirche gehören nicht weniger als drei große Abendmahlskannen aus dem 18. Jahrhundert, die aber – vielleicht mit Rücksicht auf ihre Kostbarkeit oder auf die mit ihrer Pflege verbundenen Schwierigkeiten – seit längerer Zeit nicht mehr im Gottesdienst Verwendung gefunden hatten. Bei diesen Kannen handelt es sich um typische Exemplare ihrer Gattung, um Henkelkrüge mit Deckel aus Silber und mit einem Fassungsvermögen von etwa einem Liter. Sie bilden unter den evangelischen Kirchengeschäften die notwendige Ergänzung zu den Abendmahlskelchen und stehen zusammen mit diesen während des Abendmahls-Gottesdienstes auf dem Altar, um den Wein zum Nachfüllen der Kelche bereitzuhalten. Ihre Entstehung in der Reformationszeit war durch die Einführung des Laienkelches in der evangelischen Kirche bedingt. Ihre Umrißform entspricht der Gestalt der zeitgenössischen Deckel-Krüge, von denen sie sich aber durch ihr kostbares Material – Silber, manchmal vergoldet, seltener Messing – unterscheiden.

Die älteste Abendmahlskanne der Providenzkirche ist ein in Augsburg von dem Goldschmied Johann Jebenz (Meister um 1694, gestorben 1737) gefertigtes Stück mit besonders reicher Dekoration. Am Bauch der birnenförmigen Kanne alterniert eine getriebene Riefelung mit einem Muscheldecor. Auf dem glatten Oberteil ist oben am Hals ein Inschriftband mit der Stifter-Inschrift⁵ eingraviert:

„Christoph Koch apotheker und Anna seine Ehefrau verehren diese Kante der evangelisch lutherischen gemeinde in Heydelberg, anno 1705“

Es handelt sich also um ein Importstück aus Augsburg, Hauptstadt der barocken Goldschmiedekunst, die auch andere Heidelberger Kirchen beliefert hat. Über den Stifter Christoph Koch, dessen Wappen – ein nach rechts springendes Einhorn – in ovalem Schild beigefügt ist, war nichts in Erfahrung zu bringen. Wichtig ist das Datum 1705 als Beweis dafür, daß in diesem Jahr bereits Abendmahls-gottesdienste in der wiederhergestellten Kirche stattfinden konnten, d. h. daß der Kirchenraum der Providenzkirche mindestens 1705 wieder unter Dach war.

Die zweite Kanne ist die jüngste unter den dreien mit einer Ansetzung im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts⁶. Sie ist ohne Datum und trägt als Inschrift nur das Monogramm und Meisterzeichen IVHM des Heidelberger Goldschmieds Johann Valentin Hoffmeister (Meister 1729, gestorben 1769), ergänzt durch das Beschauezeichen der Stadt Heidelberg. Auch diese Kanne ist aus Silber, ihr Deckel sogar innen vergoldet. Die schlichte Kanne



Abb. 1: Abendmahlskanne von 1715, Stiftung des Ehepaars Dunski; Heidelberg, Providenzkirche – (Photo: Ingrid Seckendorf, Heidelberg, 1997).

Abb. 1 a Abendmahlskanne, Details. (wie neben)

hat ein Gegenstück in einer Abendmahlskanne der ehemals reformierten Heidelberger Peterskirche⁷; vielleicht gehörte sie ursprünglich paarweise mit dieser zusammen und war gar nicht alter Besitz der Providenzkirche.

Die dritte und besonders prächtige Kanne schließlich war diejenige, die ausersehen war, am Totensonntag 1997 beim Abendmahl wieder in Dienst genommen zu werden. Die Providenzkirche ist um eine lebendige Gestaltung ihrer Gottesdienste bemüht. Dies ist mit dem Angebot an die Gemeinde verbunden, alte gottesdienstliche oder liturgische Traditionen wieder aufleben zu lassen. Deshalb hatte man den Entschluß gefaßt, die ihrem Dekor nach prunkvollste Kanne von 1715 aus ihrer Verbannung im Tresor zu erlösen, um damit an die glanzvolle Vergangenheit der Providenzkirche zu erinnern⁸. Dazu freilich wollte man versuchen, alle Fakten, die mit der Entstehung, Stiftung und weiteren Geschichte der Kanne verbunden sind, in Erfahrung zu bringen.

Die Silberkanne stimmt in den Maßen mit 31,6 cm Höhe und mit ihrer Gestalt etwa mit den beiden andern überein. Ihr Herstellungsort ist nicht

feststellbar, weil das Monogramm und Meisterzeichen HIZ bisher nicht aufgelöst werden konnte. Das Beschauzeichen ist undeutlich; jedenfalls wird Heidelberg ausgeschlossen. Fuß, Bauch und Deckel sind mit getriebenem Riefel-Dekor versehen. Darüber schließt sich am Bauch eine Zone an, die alternierend mit graviertem Bandelwerk und Blüten geschmückt ist. Die Kanne besitzt – wie viele Abendmahlskannen – keinen Ausguß. Den glatten, fast zylindrischen Hals umziehen waagrechte Bänder: auf ein glattes Band folgt ein Blütenfries, der mit einem Inschriftband abschließt. Der bandförmige, volutenartig eingerollte Henkel ist mit kleinen Kugeln besetzt.

Der historisch signifikanteste Teil der Kanne ist das Inschriftband, denn durch dieses vermag die Kanne zu sprechen. Das Band ist zweizeilig umlaufend beschriftet in breiten klassischen Kapitalis-Buchstaben mit deutlichen Serifen. In der oberen Zeile sind die Eigennamen sowie die Worte EHLIGE und FRAU durch Vergrößerung der Schrift optisch herausgehoben. Die Worttrenner sind Punkte in Zeilenmitte. Die Inschrift beginnt am Henkel und lautet:

„JOHANNES . DUNSKI . UND . CAHTARINA . SEINE . EHLIGE HAUS
FRAU . // VEREHREN . DISE . KANNE . DER . EVAN=//GELISCHEN .
LUTERISCHEN . KIRCHEN . // IN . HEIDELBERG . /

An der dem Henkel entgegengesetzten Seite sind die drei Schmuckbänder durch ein graviertes Medaillon unterbrochen. Es zeigt unter einer Krone eine Zusammenstellung von Werkzeugen eines Zimmermanns; zu erkennen sind Zirkel, Beil, Säge und Richtscheit. Seitlich ist die geteilte Jahreszahl 1715 eingraviert. Die Krone ist hier nicht etwa ein Abzeichen besonderen Adels, sondern wohl so zu deuten, daß es sich bei einem der Stifter um einen 1715 bereits Verstorbenen handelte. Die Beigabe einer Krone auf Grabmälern des 17. und 18. Jahrhunderts war beliebt als Symbol der Glaubenstreue. Als „Krone des Lebens“ ist sie eine Anspielung auf die Verheißung in Offenbarung 2,10: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.“ Wohl gleichbedeutend ist die durch Paulus benannte Verheißung als „Krone der Gerechtigkeit“ in 2. Timotheus 4,7-8.

Die Kirchenbücher als Schriftquellen.

Wer eine Kanne dieser Art zu stiften vermochte, gehörte mit Sicherheit zur führenden Schicht innerhalb der Heidelberger Bürgerschaft. Eine Überprüfung der Heidelberger Kirchenbücher förderte weitere Informationen

über Johannes Dunski zutage. Die früheste Erwähnung steht im Traubuch der reformierten Heiliggeist-Gemeinde. Es handelt sich um das Aufgebot des „Zimmergesel“ Hans Dunski (hier: Donßke), Sohn des Andreas Dunski, Färbers zu Elbing in Ostpreußen, und der Anna Sabine, Witwe des Jacob Schuch, Bürgers und Würzkrämers zu Heidelberg. Neben dem Vermerk der Proklamation am 16. März 1673 steht der Randvermerk: „Sind am 16. April 1673 in der Lutherischen Kirche copuliert worden.“ Auf die Braut bezieht sich ein weiterer Vermerk: „Ist unehelich geschwängert worden.“ Die Kirchenbücher enthalten jedoch keine Angaben über eine Geburt oder Taufe, sondern den Sterbeeintrag der nicht mehr jungen Frau vom 23. Februar 1674: „Anna Sabina, Hanß Dünzke wirts zum Engel, 38 Jahr alt“⁹.

Dunski gehört also zu den nach dem Dreißigjährigen Krieg in Heidelberg eingewanderten Neubürgern. Er kam aus dem fernen Elbing, einer Stadt, die heute in Polen liegt und Elblac heißt. Das ehemalige Deutschordensland war nach der Reformation lutherisch geworden. Der Ostpreuße lutherischer Konfession wurde daher 1673 nicht in der reformierten Heiliggeistkirche getraut, zu der die Braut offenbar gehörte. Die Hochzeit fand in der zehn Jahre zuvor vollendeten Providenzkirche der Lutheraner statt. Seit dem Mittelalter war es üblich, durch die Heirat mit einer älteren, bereits verwitweten Frau das Bürgerrecht in einer Stadt zu erwerben. Im Falle von Anna Sabina scheint Johannes Dunski eine „gute Partie“ gemacht zu haben, denn offenbar brachte sie das Gasthaus zum Engel in diese, seine erste Ehe mit, verstarb aber schon zehn Monate nach der Hochzeit. Vermutlich ist dieses Gasthaus identisch mit der ehemaligen Engelbrauerei, deren Gelände zwischen Hauptstraße, Karpfengasse, Ziegelgasse und Neckarufer nach 1972 neu gestaltet wurde.

Bereits ein Jahr später – am 7. Juli 1675 – heiratete „Johan Dünßke, Bürger und Gastgeber zum Engel“, die Jungfer Catharina, Tochter des verstorbenen Bierbrauers Paul Biriët. Sie begegnet auf der Abendmahlskanne von 1715 als „eheliche Hausfrau“¹⁰. Da sie ihren Mann überlebt hat, heiratete sie am 17. November 1717 den Witwer Christoph Becker, Bürger und Kunstgärtner¹¹. In dem Eintrag über die Trauung wird Johannes Dunski bezeichnet als der „ehrenwerte ... alhier gewesene Bürger und Gasthalter zum Engel, Zimmermeister und auch dießer Gemeindt gewesene Mitvorsteher“. Sein Tod muß – in Anbetracht von mindestens einem Trauerjahr als Wartezeit bis zu einer neuen Verhelichung – spätestens 1716 erfolgt sein. Doch bleibt sein genaues Todesdatum offen, weil hier die Kirchenbücher eine Lücke aufweisen. Ergänzend zu den bisher bekannten Fakten ist dem 1695 begonnenen Taufbuch zu entnehmen, daß Dunski selbst ebenso wie

seine Frau Anna Catharina 1699, 1700, 1701 und 1703 bei insgesamt fünf Taufen als Paten erscheinen, jedoch offenbar selbst keine Kinder und direkten Erben hinterließen.

Es ist leicht, sich vorzustellen, daß die Stadtzerstörung von 1689 und 1693 den Zimmermeister Dunski zu einem reichen Mann gemacht hat, denn beim Wiederaufbau von Stadt und Schloß wurde seine Kunst gebraucht. So begegnet Dunski in den Berichten, die der kurpfälzische Bauschreiber Heinrich Charrasky vom Jahr 1690 an über das Bauwesen auf dem Heidelberger Schloß liefert, die freilich auf ihre Personengeschichte hin noch genauer auszuwerten sind¹². Dort wird Zimmermeister Dunski am 10. Januar 1691 in Zusammenhang mit einem Holzmodell für den Dachstuhl des Ottheinrichsbaues auf dem Schloß genannt, das nach seinen Angaben vom Hofschreinermeister Wachter angefertigt wurde. Nebenbei sei angemerkt, daß sowohl der Bildhauer Heinrich Charrasky als auch der Schreiner Wachter Glieder der lutherischen Gemeinde waren, also vermutlich nicht nur dienstlich, sondern auch privatim enge Beziehungen unter diesen Bauhandwerkern bestanden. Es liegt nahe anzunehmen, daß dieses Team auch beim Wiederaufbau der Providenzkirche tätig war, auch wenn wir den für den barocken Innenausbau nach 1699 verantwortlichen Meister nicht kennen. Dunski hat als Kirchenvorsteher sicherlich Einfluß auf die barocke Innenraumgestaltung mit der Altar-Orgel-Schauwand genommen. Vermutlich war er es, der den bis heute erhaltenen barocken Dachstuhl der Providenzkirche gezimmert hat. Als Stadt-Zimmermann mag er für die Konstruktion zahlreicher Mansarddächer über den 1693 ausgebrannten Heidelberger Großbauten in Frage kommen¹³.

Das Grabmal des Johannes Dunski

Der Providenzkirche hinterließ Johannes Dunski – abgesehen von der Abendmahlskanne – ein weiteres Zeichen eines ausgeprägten Selbstbewußtseins in einem Grabmal, das sich allerdings nur noch mit Mühe und Spürsinn mit seiner Person verbinden läßt, da die Inschriften und alle persönlichen Abzeichen durch Steinfraß vernichtet wurden. Hier auf dem ehemaligen Friedhof der Lutheraner an der Ostseite der Kirche haben zahlreiche Bürger aus Familien lutherischer Konfession ihre letzte Ruhe gefunden. Freilich finden sich heute dort nur noch vier fragmentarisch erhaltene Denkmäler¹⁴. Von diesen läßt sich nur noch eines – das Grabmal des Grafen Ludwig Friedrich Carl Eginhard von Erbach (gestorben 1794) – mit Sicherheit identifizieren. Mit Hilfe des 1913 publizierten Kunstdenk-

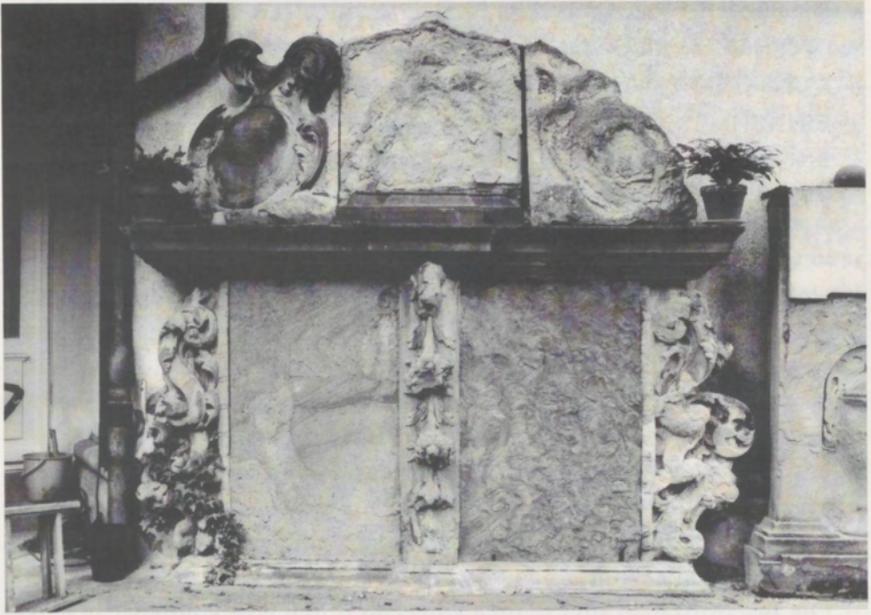


Abb. 2: Grabmal des Johannes Dunski, gestorben etwa 1714, und seiner Frau Catharina, Heidelberg, Providenzkirche – (Photo: Heidelberger Epigraphik-Archiv der Inschriften-Kommission L 4951, A. Schmider, 1996).

mäler-Inventars der Stadt Heidelberg ist aber nachzuweisen, daß das große verwitterte Denkmal an der Kirchenwand, dessen Inschriften heute gänzlich erloschen sind, das Grabmal von Johannes und Catharina Dunski ist¹⁵.

Das Kunstdenkmäler-Inventar ist heute bereits zu einer unschätzbaren wichtigen Schriftquelle für Verlorenes geworden. Wäre das Grabmal dort nicht abgebildet, bliebe jeder Versuch einer Identifizierung vergebens, denn die beigegefügte Beschreibung allein ist keineswegs ausreichend. Das Photo von 1913 zeigt das heute noch vorhandene Doppelgrabmal, das zwei Schrifttafeln unter einer giebelartigen Bekrönung zusammenfaßt; allerdings besaß es damals noch eine weitgehend intakte Stein-Oberfläche. In der Giebelzone sieht man eine heute vollständig zerstörte Tafel mit Resten von Zimmermannswerkzeugen in Relief, die in ähnlicher Weise arrangiert sind wie auf der Abendmahlskanne. Während die seitlich an das Giebfeld angelehnten, prachtvoll geschweiften Wappenschilder 1913 schon gänzlich unkenntlich waren, ist der Anfang der Grabschrift in Kapitalis auf der rechten Tafel noch zu entziffern gewesen:

HIER RUHET IN GOTT DER [. . .] /
 [WO]HL[. . .] HERR IOHANNES /
 DUNSKI GEWESTER ZIMMERMEISTER UND /
 EINNEHMER, GASTHALTER ZUM GOLDENEN /
 ENGEL, AUCH GEWESTER VORSTEHER DER /
 HIESIGEN EVANGELISCH-LUTHERISCHEN /
 GEMEIND, GEBOREN 1644 [. . . .] /

Es folgten noch mindestens fünfzehn Inschriftzeilen, deren Inhalt für immer unbekannt bleiben muß, weil sich niemand gefunden hat, diese Texte vor 1913 für die Nachwelt abzuschreiben oder in einer Detailaufnahme zu dokumentieren. Die linke Inschrifttafel war offenbar niemals mit einer Inschrift versehen worden, was bei Denkmälern für Ehepartner häufig zu beobachten ist. Hier erklärt sich das daraus, daß keine Erben vorhanden waren und daß Anna Catharina Dunki nach dem Tod ihres ersten Mannes wieder geheiratet und vielleicht die Stadt verlassen hat; ihr Todesdatum ist nicht bekannt.

Die Inschrifttafeln sind seitlich eingefast durch eine volutenartig eingewinkelte Rahmung, die von Blatt- und Blumenwerk unterlegt ist. In der Mitte trennt die Tafeln ein mit einer Blütengirlande belegter Pilaster, der oben von einem Engelskopf bekrönt wird. Sehr ähnliche Engelsköpfe ohne die sonst beigegebenen Flügel befinden sich im Scheitel der Fenstergewände der Providenzkirche. Der künstlerischen Würdigung durch A. v. Oechelhaeuser, Verfasser des Kunstdenkmäler-Inventars, ist nichts hinzuzufügen: „Die Abbildung [. . .] gibt nicht annähernd die kraftvolle und zugleich formvollendete Detaillierung dieses kostbaren Grabmals wieder. Die Renaissanceornamente, die Embleme und Fruchtschnüre sind mit ungemeiner Bravour hoch erhaben aus dem Stein herausgearbeitet.“

Die kraftvolle Monumentalität des ganzen Denkmals, seine – wegen des heute fehlenden Sockels – eher gedrungenen Proportionen, die Dekoration aus fleischigem Blattwerk und die Vorliebe für Blütengirlanden sprechen die künstlerische Sprache des Bildhauers Heinrich Charrasky. Dies bestätigt ein Vergleich mit den wenigen, für diesen Meister gesicherten Werken, vor allem mit dessen Brunnen säule vom Heidelberger Herkulesbrunnen, geschaffen 1705, oder mit dessen Grabplatte in der Sakristei der Peterskirche (vor 1710)¹⁶. Heinrich Charrasky, Bildhauer und Architekt, geboren in Gömör (Ungarn), war als lutherischer Glaubensflüchtling seit 1673 – also im gleichen Jahr wie Dunki – in Heidelberg zugewandert; er war 1690–1708 kurfürstlicher Bauschreiber, also verantwortlich für die fürstliche Bauverwaltung.

Der Bildhauer Charrasky ist vor dem 10. November 1710 gestorben; also müßte das Dunski-Grabmal vor diesem Jahr vollendet gewesen sein. Da der Zimmermann keine Erben hatte, wäre es nur verständlich, daß er bereits zu Lebzeiten für die Errichtung seines Grabmals Sorge trug. Die Ausführung der Grabschrift lange vor dem Tod spricht nicht dagegen, denn die Todesdaten wurden dann innerhalb der Inschrift ausgespart und später nachgetragen. Für sein Todesjahr gibt es ohnehin als sicheren terminus ante quem nur den Eintrag der zweiten Heirat seiner Frau am 17. November 1717. Das Stiftungsdatum 1715 mit Krone auf der Abendmahlskanne sagt nur aus, daß Dunski wahrscheinlich zu dieser Zeit schon verstorben war. Fixiert ist damit nur das Jahr der Herstellung der Kanne. Die Stiftung kann ebenso wie die Errichtung des Grabmals schon früher – vielleicht testamentarisch – bestimmt gewesen sein.

Kulturdenkmäler als Geschichtsquellen und ihre Inventarisierung

Zusammenfassend ist festzustellen, daß durch die Verbindung verschiedenartiger Quellenaussagen ein einigermaßen abgerundetes Lebensbild des Handwerksmeisters Johannes Dunski gewonnen werden konnte. Die noch greifbaren Zeugnisse seines Lebens verleihen ihm eine andere Dimension, als es nur papierene Quellenaussagen vermögen. Denn solche „Sachquellen“ sprechen durch ihre Form und Gestalt, ihre Qualität und Beschaffenheit, als lebendige Zeugen zu uns. Ihre Identifizierung freilich ist oftmals mühevoll. Einen besonders hohen Stellenwert hat dabei das Kunstdenkmäler-Inventar von 1913, veranlaßt von der damals noch großherzoglich badischen Denkmalpflege, obgleich es heutigen Ansprüchen hinsichtlich der Vollständigkeit der Dokumentation, der lückenlosen Angabe der Beschriftung und der bildlichen Wiedergabe der Denkmäler in keiner Weise mehr genügt. Aber: ohne die Erschließung durch das Inventar wäre das Dunski-Grabmal geblieben, was es seit langem schon war: ein sprachlos gewordenes, zerstörtes Fragment aus zerfallendem rotem Sandstein, nur noch gut als Blumenständer oder Ablage für Gartengeräte, bis der Tag des Abräumens kommt. Ohne die Erschließung durch das Inventar wäre auch die Abendmahlskanne ein beliebiges Gerät, ohne lebendigen Bezug zur Geschichte der Gemeinde, im finanziellen Ernstfall zur Disposition stehend, d. h. vor dem Verkauf an Sammler oder vor Diebstahl nicht sicher. Auch heute noch ist die Inventarisierung, d. h. die Dokumentation von Kulturgütern jeder Art, ihr sicherster Schutz¹⁷.

Die heutige staatliche Denkmalpflege sieht sich finanziell kaum mehr in der Lage, die Bearbeitung des „klassischen“ Inventars als eine ihrer vorrangigsten Aufgaben wahrzunehmen. Die Inventarisierung des kirchlichen Kulturguts durch die beiden Landeskirchen scheint in Baden-Württemberg trotz hoffnungsvoller Ansätze zu stagnieren¹⁸. Die Inventarisierung von einzelnen Denkmäler-Gattungen in Corpuswerken – etwa der Denkmäler der Epigraphik¹⁹ oder der Glasmalerei²⁰ – als wissenschaftliche Aufgabe von Forschungsinstituten ist durch Sparmaßnahmen bedroht. Es geht hier wohlgemerkt nicht nur um Kunstwerke hohen kunsthistorischen Ranges. Es geht um die Vielzahl landesgeschichtlich wichtiger Kulturdenkmäler, die als Baudenkmäler, Grabplatten, kirchliche Geräte, Flurdenkmäler, Gegenstände des Kunsthandwerks oder Glasfenster am Ort ihrer Zugehörigkeit zu unschätzbar kostbaren Quellenzeugnissen der Vergangenheit werden. Die Inventarisierung ist eine kulturpolitische Aufgabe ersten Ranges, denn sie sichert das Fortbestehen unseres Quellenbestandes vor Ort. Nicht nur die Objekte der römischen Antike, der Vor- und Frühgeschichte und der Bodenarchäologie des Mittelalters sind dokumentationswürdig, weil sie sich großer Popularität erfreuen. Gerade die jüngeren Kulturdenkmäler der frühen Neuzeit sind besonders gefährdet. Dies sollte am Beispiel eines schon unrettbar zerstörten Barock-Denkmal deutlich gemacht werden.

Anmerkungen:

- 1 Eine Bestandsaufnahme der Silberschätze der evangelischen und katholischen Kirchen Heidelbergs erfolgte im Rahmen einer Magisterarbeit des Kunsthistorischen Instituts der Universität mit dem Titel: Anette HIRTH, Goldschmiedearbeiten des 18. und frühen 19. Jahrhunderts in Heidelberg (Veröffentlichungen zur Heidelberger Altstadt 22). Heidelberg o. J. (1989).
- 2 Die Kunstdenkmäler des Amtbez. Heidelberg (= KdmBaden VIII/2), bearb. v. A. v. OECHELHAEUSER. Tübingen 1913, 197–204; Anneliese SEELIGER-ZEISS, Die Evang. Providenzkirche Heidelberg (Schnell-Kunstführer Nr. 1673). München, Zürich 1988.
- 3 Johann Michael FRITZ, Heidelberg, dem ich für vielfache Informationen danke, hat jüngst das bahnbrechende Buch zu diesem Thema vorgelegt; vgl. Joh. M. FRITZ (Hg.), Die bewahrende Kraft des Luthertums. Mittelalterliche Kunstwerke in evangelischen Kirchen. Regensburg 1997.
- 4 An dieser Stelle sei dem Evangelischen Kirchengemeindeamt Heidelberg, Karl-Ludwig-Str. 6, und insbesondere Frau Kneis als Hüterin der Kirchenbücher, für vielfach gewährte Auskünfte herzlich gedankt.
- 5 HIRTH (wie Anm. 1) S. 52, Nr. 35 mit Abb. 27.
- 6 HIRTH (wie Anm. 1) S. 47, Nr. 18 mit Abb. 14.
- 7 HIRTH (wie Anm. 1) S. 47, Nr. 19 (ohne Abb.).

- 8 Herrn Pfarrer Heinz Janssen sei an dieser Stelle herzlich für die Erlaubnis gedankt, die Abendmahlskanne genauer zu untersuchen.
- 9 Heidelberg, Evang. Kirchengemeindeamt, Trau- und Bestattungsbuch des Oberen Quartiers und der Closterkirchen, Bd. 4. – Anna Sabina war die Tochter des Georg Copper, Schultheiß zu Neuenheim. Sie schloß ihre erste Ehe am 27. November 1655 mit Jacob Schuch, der hier Bürger und Kaufmann zu Straßburg genannt wird; ebd. Bd. 8, S. 14.
- 10 Heidelberg, Evang. Kirchengemeindeamt, Trau- und Bestattungsbuch Bd. 8, S. 236.
- 11 Ebd., Lutherisches Heiratsbuch Bd. 02, S. 209.
- 12 Karlsruhe, GLA; Auszüge aus den Schloßbau-Akten in: Mitteilungen zur Geschichte des Heidelberger Schlosses 3(1896) 8ff.
- 13 Die städtischen Rechnungsbücher im Stadtarchiv Heidelberg, die dafür vielleicht noch Beweise enthalten, konnten in diesem Rahmen nicht durchgesehen werden.
- 14 Im Jahr 1913 waren hier noch elf Stücke zu verzeichnen; vgl. KDMBaden VIII/2 (wie Anm. 2) S. 203–204. Auch auf dem Friedhof bei der Peterskirche besaßen die Lutheraner ein abgegrenztes Areal.
- 15 Ebd. S. 203 mit Fig. 130.
- 16 Seine Ehefrau Agnes Barbara Hoheneicher, vermutlich aus Wimpfen, starb am 12. Juli 1724. Ihre Grabschrift ist auf der Platte nachgetragen. – Überzeugende Zuschreibungen sind das aufwendige Grabmal für Eberhard Friedrich von Venningen (gest. 1710) in Neidenstein (Rhein-Neckar-Kreis) sowie die Bauskulpturen am Heidelberger „Haus zum Riesen“, dem ehemaligen Palais Venningen (heute Universitätsinstitut). Zu Charrasky zuletzt: Helmut PRÜCKNER, Der Herkulesbrunnen auf dem Marktplatz, in: Heidelberger Altstadtbrunnen (Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, Sonderveröffentlichungen 7). Heidelberg 1996, 38–61, bes. 45–46.
- 17 Vgl. dazu Anneliese SEELIGER-ZEISS, Historische Grabmäler in Baden-Württemberg. Inventarisierung als Instrument gegen den Verlust von Kirchengut. In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 54 (1995) 379–392.
- 18 Vgl. dazu Johann Michael FRITZ, Versiegende Quellen. Der unbemerkte Untergang kirchlicher Denkmäler. In: Bild und Geschichte. Festschrift für Hansmartin Schwarzmaier, Hg. Konrad KRIMM und Herwig JOHN. Sigmaringen 1997, 361–374; Rainer VOLP, in: Die bewahrende Kraft des Luthertums (wie Anm. 3) 96–104.
- 19 Die Akademien der Wissenschaften der deutschen Bundesländer und Österreichs haben es sich zur Aufgabe gesetzt, die epigraphischen Denkmäler des Mittelalters und der frühen Neuzeit in einem Corpuswerk zu erfassen und wissenschaftlich zu bearbeiten; Voraussetzung dieser Arbeit ist die systematische Inventarisierung der Inschriften innerhalb der zu bearbeitenden Landkreise; vgl. Die Deutschen Inschriften (abgekürzt: DI). Bde. 1–44. Stuttgart, München, Berlin 1942–1983, Wiesbaden 1984ff. – Für die Bearbeitung der Inschriftendenkmäler Baden-Württembergs bis 1650 ist die Inschriften-Kommission der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zuständig, die bisher 12 Bände mit etwa 5000 Inschriften ediert hat. Parallel zur wissenschaftlichen Editionsarbeit wird hier mit Hilfe eines Datenbanksystems die Inventarisierung und Archivierung des Inschriftenmaterials geleistet. Der notwendige Fortgang dieser Arbeiten ist durch Personalkürzungen gefährdet.
- 20 Die Bearbeitung der Glasmalerei erfolgt durch das internationale Forschungsunternehmen Corpus Vitrearum Medii Aevi (= CVMA) mit Sitz der deutschen Arbeitsstelle in Freiburg i. Br.



**BÜCHER
BRAUN**

**UNIVERSITÄTS
BUCHHANDLUNG**

Sofienstraße 3, am Bismarckplatz
69115 Heidelberg

Spielplätze der eigenen Art

PLANUNG, GESTALTUNG, AUSFÜHRUNG

Garten- und Landschaftsbau

Schreinerei/Zimmerei

Metallbau

Steinbearbeitung



Wieblinger Weg 81/1, 69123 Heidelberg

Telefon 06221 · 83 53 0/83 · Telefax 06221 · 83 53 85

Inge Kumlehn und Wilfried Maag

Das Gebäude Kleingemünder Str. 8 in Ziegelhausen –
Bemerkenswerter Erhaltungszustand von Baukörper
und Fachwerkbemalung aus dem Jahr 1601

Die bisherige Kenntnis des Gebäudes basiert auf der Datierung seines massiven Erdgeschosses anhand des Sturzgewändes der Zugangstür: Jahreszahl „1601“, Initialen „J“ und „M“, Weinkrug und Faßhahn (Abb. 1 und 2). Hieraus ergeben sich Hinweise auf den Bauherrn. Wahrscheinlich war er Weingärtner, laut dem Ortschronisten Hoppe¹ vermutlich mit Namen Jörg Mundle, der zugleich Schultheis gewesen sein könnte und das Gebäude als sein Wohnhaus errichtete. Der aufgehende Fachwerkbaukörper oberhalb des massiven Erdgeschosses war bisher nicht näher datiert oder beschrieben. Zur farblichen Gestaltung des Gebäudes lagen keine, zur ehemaligen Ausstattung nur wenige Angaben vor (vgl. die Ortschroniken von Reinhard Hoppe^{1,2}).

Im Vorlauf der Gebäudesanierung erfolgten 1993 bzw. 1994 restauratorische Untersuchungen von Putzen und Farbgebung, nachdem an den Innenwänden des Dachgeschosses offenstehende, d.h. unberührte Fachwerkbemalung aus der Erbauungszeit entdeckt worden war^{3,4}. In allen untersuchten Hausbereichen konnten die ursprünglichen Farbfassungen nachgewiesen werden. Ebenso wurde die bauzeitliche Hauserschließung, die Raumaufteilung und die Raumnutzung geklärt.

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse belegen, daß der gesamte Baukörper im Jahr 1601 errichtet wurde. Hierbei erfolgte die aufwendige Fachwerkbemalung in zeittypischer Manier. Diese wird mit zeitgleichen Fachwerkbemalungen aus der näheren Umgebung Heidelbergs und des süddeutschen Raums verglichen und bewertet.

Gebäudebeschreibung und -alter

Das Gebäude wurde über einer Wasserader im Schwemmkegel des Steinbachs gegründet, wobei diese Hausquelle mit Abfluß unterhalb des Kellerbodenniveaus bis heute besteht. Der restliche Kellerboden trägt vermutlich den originalen Plattenboden aus Sandstein.



Abb. 1: Gebäudeansicht von Nordosten, Zustand nach Sanierung 1998; Gefachfeld mit Krugdarstellung aus der Bauzeit 1601 (Pfeil)



Abb. 2: Zugangstür mit stabprofiliertem Sandsteingewände; Jahreszahl, Krug, Faßbahn und Initialen im Sturzgewände

Der zweigeschossige Baukörper ist im Erdgeschoß als Massivmauerung aus Bruchsteinen errichtet und verputzt. Obergeschoß und Dach sind als Sichtfachwerk aufgeführt (Abb. 1 und 3). Die Ostseite krägt traufseitig über dem Erdgeschoß aus. Die zugehörigen Wandgefache sind im gesamten Gebäude mit Ziegeln ausgemauert und tragen einen zweilagigen Kalksandputz. Die Deckengefache bestehen aus Lehmwickeln, die mit einem Lehmglattstrich und einer Kalksandputzschicht überzogen sind.

Im Dachgeschoß ist die originale Balken-Bohlen-Decke erhalten (Abb. 5). Vermutlich war das Dach wie ortsüblich mit Stroh eingedeckt⁵. Durch Reparaturen bzw. Erneuerungen sind summarisch nur geringe Verluste der ursprünglichen Fachwerksubstanz eingetreten (beschränkt auf den doppelt stehenden Dachstuhl: ganzer Südgiebel, Nordgiebel im Dachspitz teilweise erneuert, Dachsparren etwa zur Hälfte ersetzt).

Die Fensteröffnungen in den Fachwerkgeschossen sind rhythmisch geordnet und zumeist als Zwillingfenster angelegt (Abb. 3). Neben dem stabprofilierten Gewände der Zugangstür (Abb. 2) sind aus der Bauzeit die sandsteinernen Sturzwände der beiden Stubenfenster im Erdgeschoß erhalten. Hierbei handelte es sich um Zwillingfenster mit Kehlung und Falz, wobei die Ansätze der Mittelpfosten noch zu erkennen sind. Vermutlich lief die Profilierung der Seitengewände im unteren Drittel in einer zeit-typischen Abschrägung und Verzierung aus.

Ein Aspekt der nachfolgend beschriebenen Fachwerkbemalung sei vorgezogen, da hierdurch die bauliche Gleichzeitigkeit von Erdgeschoß und Fachwerkaufbau belegt wird und das Gebäude damit gesamtheitlich in das Jahr 1601 zu datieren ist. An der Nordfassade zeigte sich die Darstellung eines Weinkruges (Obergeschoß, Gefache östlich des Zwillingfensters, Abb. 1; Rekonstruktion in Abb. 4). Der in grüner Farbe angelegte Krug trägt auf der Ausbauchung zwei orangefarbene Streifen (Mennige) und gehört zur bauzeitlichen Fachwerkbemalung. Derartige bildliche Hinweise auf Beruf bzw. Stellung eines Bauherrn treten an bemalten Fachwerkgebäuden häufiger auf⁶. In Übereinstimmung mit Krug und Faßhahn im Sturzwände der Zugangstür belegt der aufgemalte Krug das Überdauern des gesamten Gebäudes bis heute.

Zusammengefaßt erfolgten während der rund 400-jährigen Hausgeschichte nur wenige Eingriffe in die Bausubstanz, die zumeist als Schadensbehebungen vorgenommen wurden oder Modernisierungen darstellen wie z.B. das Ersetzen der Stohdeckung durch Ziegel. Während sich der nordwärtige Giebel, die Schauseite des Hauses, heute wieder fachwerksichtig präsentiert, blieben die jüngeren Veränderungen bestehen (vgl. Abb. 1: Schindelverkleidung der Ostseite aus dem frühen 20. Jh., ganzflächige Verputzung der Süd- und Westfassade).

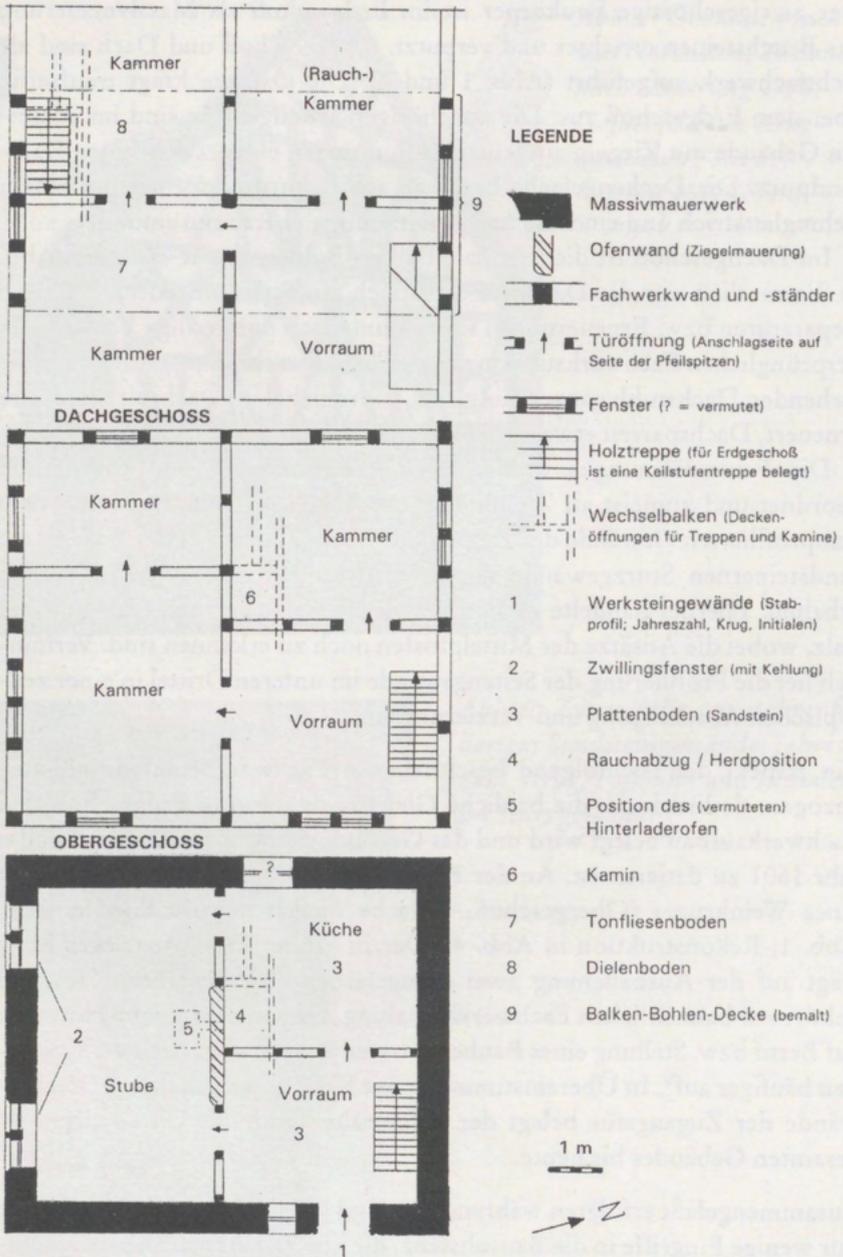


Abb. 3: Grundrißgliederung mit Raumnutzung, Hauserschließung, Haustechnik und Ausstattung zur Bauzeit 1601

Ein Gang durch das ursprüngliche Gebäude

Im Erbauungszustand waren die Stockwerke konstruktiv in etwa vier gleiche Bereiche aufgeteilt (Abb. 3). Diese Grundrißgliederung ist heute durch zusätzlich eingezogene Wände verunklart. Verluste oder Veränderungen ursprünglicher Innenwände und zugehöriger Türöffnungen liegen nicht vor. Anhand von Lage, Größe und Ausstattung der Räume, besonders aber durch die Hauserschließung und die Kaminposition kann die Raumnutzung laut Abb. 3 abgeleitet werden.

Von der Vierteilung abweichend wurde im Erdgeschoß die südliche Haushälfte bauzeitlich als große Stube zusammengefaßt. Diese Nutzung ergibt sich auch aus der Beheizbarkeit des Raumes. Vor der Ofenwand aus Ziegelmauerwerk stand vermutlich ein zeitüblicher Hinterladerofen, der von der Küche aus beschickt werden konnte.

Die Küche befand sich im nordwestlichen Raum des Erdgeschosses. Aufgrund der Ofenwand und der Deckenöffnung mit eingeschobenem Wechselbalken (Abb. 3) lag die Herdstelle in der südöstlichen Raumecke. Vermutlich bestand sie – wie in der Zeit üblich – aus einer Ziegelaufmauerung, die mit einer Eisenplatte abgedeckt war. Der Rauch aus dem offen betriebenen Herdfeuer und aus der Ofenfeuerung sammelte sich über dem Herd in einer ausladenden Rauchhaube⁷, die sich nach oben verjüngte und ihn in den darüberliegenden Kamin leitete. Den Bodenbelag bildeten Sandsteinplatten⁷, die erst Anfang des 20. Jh. entfernt wurden.

Auffallend ist die ursprüngliche Größe des Eingangsbereichs bzw. Flurs im Erdgeschoß und der entsprechenden Räume in Ober- und Dachgeschoß (Abb. 3: nordöstliches Grundrißviertel). Da die Treppenaufgänge vor der nördlichen Außenwand angelegt wurden, boten diese gut beleuchteten Hausbereiche Stellflächen für Schränke, Vorräte, Werkzeuge usw. Sie werden deshalb als Vorräume charakterisiert. Der Erdgeschoßvorraum war wie die Küche mit Sandsteinplatten ausgelegt⁷. Hoppe berichtet weiterhin von einer Keilstufentreppe im Erdgeschoß, wobei auf zwei Wangenhölzern massive, keilförmig zugearbeitete Blockstufen befestigt waren⁸. Für den Aufgang vom Ober- ins Dachgeschoß kann eine gleichartige Treppe angenommen werden. Anhand von Abdrücken der Wandwangen im original erhaltenen Putz der Nordwände wurden die ehemaligen Treppenpositionen nachgewiesen. Beide Treppenläufe verliefen wesentlich steiler als die heutigen.

Im Obergeschoß weichen die beiden südlich gelegenen Kammern von der Grundrißviertelung ab (Abb. 3). Die kleine südwestliche Kammer war aufgrund ihrer abseitigen Lage gegenüber dem hausmittigen Kamin sicher

nicht beheizbar. Ob und in welcher Form die beiden anderen Kammern beheizt wurden, konnte nicht abgeklärt werden, da die bestehenden Wandverkleidungen bei der Untersuchung nicht zerstört werden sollten.

Das Dachgeschoß zeigt noch heute die Grundrißviertelung und in allen Räumen die beinahe vollständige Erhaltung der ursprünglichen Substanz. Hervorzuheben sind die ungestörten Balken-Bohlen-Decken, die unberührten, weitgehend offenstehenden Raumausmalungen und die bauzeitlichen Böden.

Im südwestlichen Raum ist dies ein Holzboden aus breiten, gefälzten Weichholzdiele, im südöstlichen Raum ein Fliesenboden. Die quadratischen Tonfliesen wurden aus getrockneten Rohlingen in ca. 2 cm dicken Scheiben abgeschnitten, gebrannt und glasiert. Sie wurden in ein Kalksandmörtelbett über einer gestampften Lehmschicht auf Stoß verlegt.

Der Ausgang zum Dachspitz lag bauzeitlich im südwestlichen Raum des Dachgeschosses – abzulesen am Wechselbalken zwischen dem ersten und dritten Deckenbalken vor der Südwand (Abb. 3). Aufgrund der Raumnutzung als Kammer und der kurzen Deckenöffnung gab es vermutlich keinen fest eingebauten Treppenaufgang. Wahrscheinlich wurde eine leiterartige Konstruktion verwendet, die man im Vorraum aufbewahrte⁹. Anzunehmen ist weiterhin, daß der Dachspitzaufgang aufgrund der Wohnnutzung des Raumes mit einer Klappe verschlossen wurde.

Nicht zu Wohnzwecken diente der nordwestliche Raum, dessen Gefache nur grob verputzt wurden und wie die Hölzer ohne Anstrich blieben. Die starke Verrußung des Raumes deutet auf eine zeitweilige Nutzung als Rauchkammer hin.

Fachwerkbemalung zur Bauzeit 1601 (Farb- und Dekorationssysteme)

Von besonderer Bedeutung für das gesamte Gebäude ist der Erhaltungszustand der Raumboflächen mit ihrer ursprünglichen Fachwerkbemalung. Im Dachgeschoß liegt diese Bemalung an Wänden und Bohlen-Balken-Decke auch nach der Gebäudesanierung von 1994 vollständig offen¹⁰. Aufgrund der umfassenden und prägnanten Erhaltung ist sehr gute Lesbarkeit gegeben und dem Betrachter kommentarlos verständlich. Vor allem in der südöstlichen Dachkammer ist Wohnkultur der frühen Neuzeit authentisch erfahrbar (Abb. 5 und 6), zumal der bauzeitliche Fliesenboden den Raum vervollständigt.

Die angetroffene Gesamtsituation ist einzigartig in der Rhein-Neckar-Region. Die Fachwerkbemalungen der einzelnen Räume sind vielfältig und

zeigen exemplarisch die Gestaltungsmöglichkeiten durch Verwendung verschiedener Farben und Maltechniken. In Abb. 4 bis 6 sind die hier angetroffenen Dekorationssysteme in maßstäblichen Schemazeichnungen dargestellt.

Allgemein nimmt Fachwerkbemalung auf die vorgegebene Feldereinteilung der Wand- und Deckenflächen Bezug, wobei die sichtbaren Hölzer farblich gegen die Felder abgesetzt werden. Das Raumbild ist durch das Fachwerkgefüge mit seiner jeweiligen Grundfarbe strukturell gegliedert.

In unserem Fall treten im Gebäude zwei verschiedene Farbsysteme für die Fachwerkbalken auf: Gelbocker in der Stube und im Obergeschoß, Rot in Dachgeschoß und Außenbereich. Die verputzten Gefachflächen sind wie üblich mit Kalkweiß getüncht.

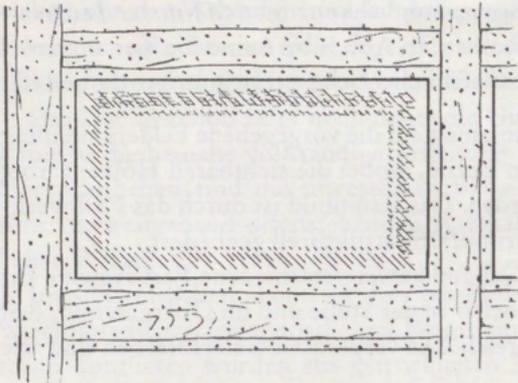
Die Fachwerkhölzer sind im gewählten Farbton in die Gefachflächen hinein verbreitert und erreichen summarisch eine Gesamtbreite von 21 cm bis 22 cm (Balken und die beiderseits aufgemalten sogenannten Begleitbänder). Diese Bänder kaschieren Ungenauigkeiten der Hölzer und begradigen insgesamt das Fachwerkgefüge. Wo einzelne Gefügeteile fehlen, werden zur Erfüllung der idealen Felderung Balken und Begleitbänder aufgemalt (Abb. 5: das Schwellholz ist durch den Fliesenboden weitgehend verdeckt, dennoch wird die vorgegebene Balkenbreite durch Aufmalung in Rot eingehalten).

Die weitere Dekoration der Felder hat den Zweck, mit illusionistischen Mitteln Tiefenwirkung auf Wand- und Deckenflächen zu erzeugen. Oft werden die Fachwerkbalken mittels eines Konturstrichs auf der Grenze von Begleitband zu Gefachfläche prägnant gegen das Gefachfeld abgesetzt (hier allgemein Schwarz, Abb. 4 bis 6; im Dachgeschoß nur an der Bohlen-Balken-Decke).

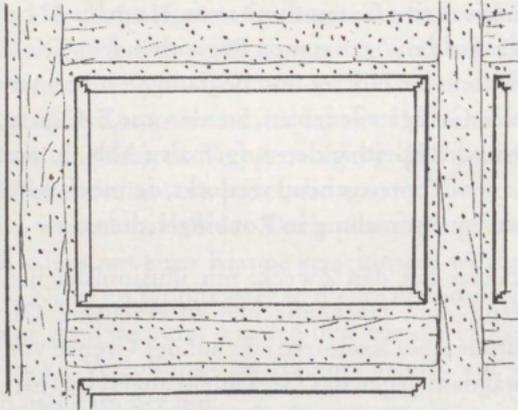
Die vermeintlich zurückspringenden Gefachflächen werden durch Bänder und Farbdifferenzierungen weiter gegliedert. Beabsichtigt ist ein optischer Eindruck, wie er realiter bei hochwertigen Raumausstattungen mit stark profilierten und kassettierten Holzvertäfelungen oder Decken auftritt und für die renaissancezeitliche Flächengestaltung charakteristisch ist. Diese illusionistische Wirkung als Kassettierung wird mit einfachen maltechnischen Mitteln erreicht.

In der südwestlichen Kammer des Obergeschosses erweckt ein zweiter schwarzer Beistrich den Eindruck, als ob die eingerahmte Binnenfläche weit in die Tiefe zurückversetzt wäre (Abb. 4). Die Ecken von Kontur- und Begleitstrich sind mit einer gezackten Linie verbunden und runden die Illusion ab: ein umlaufender Viertelstab scheint im Falz der Kassettenfläche anzuliegen und nach vorne auszuwölben, indem er zum noch weiter vorspringenden ockerfarbenen Fachwerkgefüge führt.

Abb. 4: Schema der Bemalungssysteme im Obergeschoß und im Außenbereich



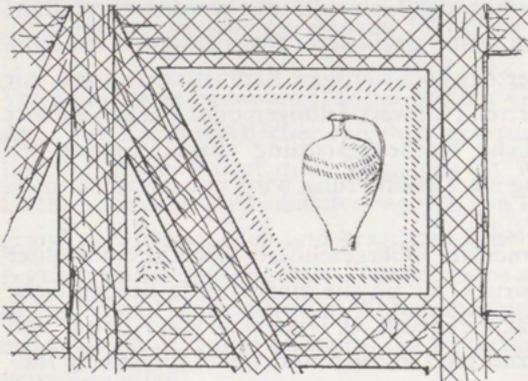
OBERGESCHOSS (Vorraum und südöstliche Kammer)
Ockersystem mit Mennige-Bänderung, schattiert



OBERGESCHOSS (südwestliche Kammer)
Ockersystem mit Schwarz-Bänderung und gezackter Ecklinie

LEGENDE

-  Kalkweiß
-  Gelbocker
-  Rot
-  Mennige (schattiert)
-  Mennige, hell (schattiert)
-  Grün (schattiert)
-  Schwarz

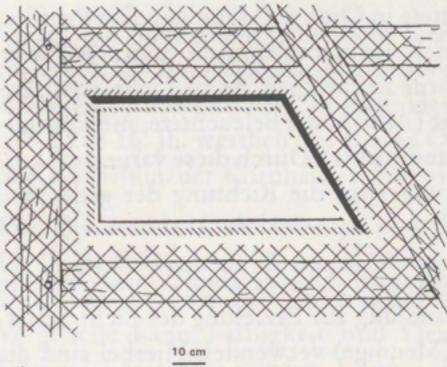


AUSSENBEREICH Rotsystem mit Grün-Mennige-Bänderung, schattiert;
Krugdarstellung (schattiertes Grün, Zierlinien in Mennige)

10 cm



Abb. 5: Südöstliche Dachgeschosßkammer, Westwand; die Fachwerkbemalung von Wänden und Decke (Pfeil) steht seit der Erbauung offen



LEGENDE

- | | |
|---|----------------------|
|  | Kalkweiß |
|  | Rot |
|  | Mennige |
|  | Schwarz (schattiert) |

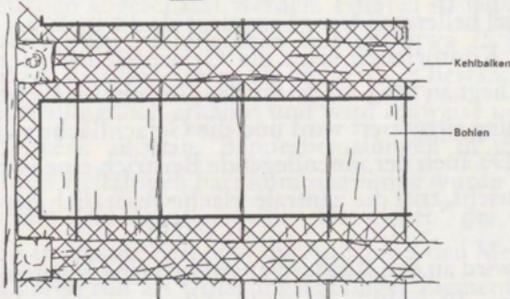


Abb. 6: Schematische Darstellung der Fachwerkbemalung 1601

Zur Imitation einer mehrfach profilierten Gefachumrahmung werden verschiedene Techniken kombiniert eingesetzt (Abb. 4 bis 6):

- Bänder und Beistriche sind Kanten in der gedachten Profilstufung
- eine Licht-Schatten-Wirkung wird durch Farbwechsel im Band bzw. Beistrich hervorgerufen
- Abschattierung der Bänder bewirkt die Vortäuschung gekrümmter Profilkanten (Viertelstab, Kehlung).

Durch die Licht-Schatten-Effekte erscheint das gedachte Profil von schräg oben beleuchtet, indem verschattete Profilkanten dunkel und beleuchtete Profilkanten hell angelegt sind.

Im Außenbereich ist intensives Grün als Schattenfarbe verwendet und gegen Orange (Mennige) als die Farbe der beleuchteten Profilkanten gesetzt (Abb. 4). Von der Balkenoberfläche ausgehend ist eine absteigende Profilierung imitiert: der Konturstrich setzt die Balkenoberfläche vor einen breiten Viertelstab (Band), hinter den die Gefachfläche zurückspringt. Am innenliegenden Beistrich wird das Zentrum der Gefachfläche noch einmal – wie an einer realen Kante – leicht nach hinten versetzt und bildet den tiefsten Bereich in der Abstufung.

In den Dachgeschosskammern (Abb. 5 und 6) sind verschattete Profilkanten in Schwarz angelegt, beleuchtete in Orange (Mennige). Die Profilierung ist ähnlich wie im Außenbereich, jedoch scheint die zentrale Fläche innerhalb des Beistrichs hier nach vorne zu springen, da die Licht-Schattenwirkung des Beistrichs vertauscht ist (Abb. 6; die beleuchtete, mennigefarbene Seite des Beistrichs liegt oben und rechts). Durch diese variierte Kombination der Farben in der Bänderung wird die Richtung der gedachten Profilstufung umgekehrt.

Im Obergeschoßvorraum und in der großen Obergeschoßkammer wird in einer weiteren maltechnischen Abwandlung zur Erzielung des Licht-Schatten-Effekts nur die Farbe Orange (Mennige) verwendet. Hierbei sind die beleuchteten Kanten in sehr viel hellerem Orange angelegt als die im Schatten liegenden. Der schwarze Konturstrich setzt die Gefachflächen nach hinten ab. Das folgende Band liegt an der Oberkante des Gefachs im Licht, so daß eine aufsteigende Kehlung suggeriert wird und die Gefachfläche vor den Balken zu liegen scheint. Da auch der innenliegende Beistrich eine von oben beleuchtete Kante vortäuscht, tritt die zentrale Fläche zusätzlich hervor.

In allen Dekorationstypen wird an den Bändern zusätzlich eine Schattierungstechnik angewendet, um die gekrümmten Profilkanten, d.h. die

gedachten Viertelstäbe bzw. die Kehlungen plastisch erscheinen zu lassen (Abb. 4 bis 6). Hierbei ist das Band nach Außen gegen den Konturstrich abschattiert, indem die Farben lasierend aufgetragen sind. Eckbereiche sind durch einen dunklen Strich betont und stellen Gehrungslinien der gedachten, sich durchdringenden Profile dar.

Auch die Flächen der ockerfarbenen Fachwerkbalken wirken durch aufgemalte rote Felder mit rahmenden schwarzen Konturstrichen kassettiert. Dieser Befund zeigt sich im Vorraum und in der großen Kammer des Obergeschosses auf den Türständern.

Summarisch ergeben sich auf Basis von Konturstrich, Band und Begleitstrich, durch die Verwendung verschiedener Farben und durch Helligkeitsstufung mannigfaltige neue Effekte. Auf einen ganzen Raum oder das gesamte Gebäude bezogen werden so die realen Flächen in verschiedene Ebenen differenziert. Der Betrachter nimmt das Fachwerk nicht mehr als

tragende Konstruktion in seiner Materialität wahr, sondern als Grundstruktur einer illusionistischen, stark räumlichen Flächengestaltung.

Wertung des Gebäudes und seiner Fachwerkbemalung

Unser Gebäude besitzt mit dem hier belegten Alter und seiner relativ unversehrten Bau- und Ausstattungssubstanz für Ziegelhausen einen herausragenden Zeugniswert. Es charakterisiert die Dorferweiterung des ausgehenden 16. Jh. westlich des älteren Ortskerns im Bereich der Ziegelhütte und des Schönauer Kornhauses^{1,2} sowie das dörfliche Bauen.

Für das Stadtbild Heidelbergs und die umliegenden Dörfer im frühen 17. Jh. ist der Fachwerkbau noch weitgehend bestimmend (vgl. Stadtansicht von Matthäus Merian). Anhand der vorgestellten Befunde und weiterer Vergleiche kann Farbigekeit und Dekoration der Gebäude in Merians Stichen abgeschätzt werden. Hierbei ist jedoch anzumerken, daß die Farbigekeit am Fachwerkbau erst seit etwa 25 Jahren systematisch erforscht wird. Ihre Bedeutung als integrativer Bestandteil des Fachwerkbaus wurde erst allmählich erkannt und wird teilweise noch heute als untergeordnetes Beiwerk abgetan. Bänderbemalungen in ihrem Variantenreichtum und ihren vielfältigen Farbkombinationen wurde wenig nachgespürt. Beste Beispiele sind das allgemeine „Übersehen“ der Gelbfassungen von Fachwerk bis in jüngste Zeit oder die Annahme, daß Mennige als nicht kalkechtes und Kupfergrün als witterungsanfälliges Pigment im Außenbereich keine Verwendung gefunden hätten. Auch im Rhein-Neckar-Raum sind viele früh-

neuzeitliche Fachwerkgebäude anzutreffen, die bei Bearbeitungen in den 1970er Jahren noch fast ausschließlich braune und generell sehr dunkle Balkenfarben erhielten.

Grundlagen einer Typologisierung der Dekorationsmöglichkeiten und Bewertungskriterien liefert Cramer^{6,11}, wobei diese überregionale Befundauswertung besonders für den hier interessierenden Zeitraum um 1600 Hinweise gibt. Die Fachwerkbemalungen aus Ziegelhausen passen zeitlich und formal gut in den überregionalen Rahmen: Ockersysteme als Balkenfarbe sind in der Zeit um 1600 bestimmend; es werden jedoch auch weiterhin Rotfassungen, die zuvor dominierten^{6,13}, und Graufassungen ausgeführt. Hochwertige Gelbockerpigmente mit hoher Leuchtkraft werden zu dieser Zeit in einigen süddeutschen Abbauen gewonnen, sind jedoch teurer als die kommunen roten Erdpigmente oder Schwarzpigmente, die bei Bedarf von jedermann herzustellen waren (Töne aus den Buntsandsteinschichten; Rebschwarz, Rußschwarz).

Dekorationsprogramme, wie in Ziegelhausen angetroffen, gehören aus zwei Gründen zu den selteneren Bemalungen. Einerseits sind die verwendeten Maltechniken aufwendig (Anlegen mehrerer Bänder, Licht- und Schattenwirkung, Schattierung, Kassettierung der Balken). Extrem teuer waren zu jener Zeit jedoch die hochwertigen Pigmente wie Mennige für Orange oder natürlicher Malachit für Grün, deren Verwendung den Bauherrn des Gebäudes als wohlhabend kennzeichnen. Allgemein treten derartig farbige Bemalungen überregional nur in etwa 10% aller befundeten Fachwerkgebäude und fast ausschließlich an großen Gebäuden auf⁶. Kostspielige Dekorationen bleiben im Normalfall der Stube und nachgeordnet den Erschließungsbereichen vorbehalten. In Ziegelhausen jedoch wurden sie auch in den Dachkammern ausgeführt.

Da im Zentrum der Kurpfalz die renaissancezeitlich bestehende Bausubstanz und damit deren Fachwerkbemalung schon als Folge des Pfälzischen Erbfolgekrieges weitgehend verloren ging, erscheint die Würdigung hiesiger Befunde noch wichtiger (vgl. Erhebung bei Cramer⁶ mit nur wenigen Nachweisen für das untere Neckartal und dessen Vorland).

Restauratorische Untersuchungen von Fachwerkgebäuden im Umfeld Heidelbergs und Hinweise, wie z.B. bei Laun¹² angeführt, ergänzen in den vergangenen Jahren das lückenhafte Bild der näheren Umgebung Heidelbergs. Danach treten bei hiesigen Fachwerkfassungen aus der Zeit um 1600 oft Gelbockersysteme als Balkenfarbe auf, im Regelfall zusammen mit aufwendigeren Dekorationen unter Verwendung von Mennige und/oder Kupfergrün-Pigmenten.

In Bammental, Alte Steigstr. 6, ist ein großes vierzoniges, als Gasthaus errichtetes Fachwerkgebäude aus dem 16. Jh. erkundet¹³: der Außenbereich mit offenen Laubengängen zeigt ein Gelbockersystem mit Licht-Schatten-Bänderbemalung in Orange und Grün auf den Gefachen. In der großen Stube ist die Dekoration gleichartig dem Außenbereich, außer daß Grün durch Schwarz ersetzt ist. Die Kammern zeigen einfachere Bänderungen, wobei aber meistens Rot als Balkenfarbe verwendet wurde. Die Befunde stimmen auffallend mit denen in Ziegelhausen überein, vor allem im gemischten Auftreten beider Balkenfarben (Gelbocker und Rot) im Innenbereich, bei den verwendeten Bänderfarben und bei den Licht-Schatten-Farbwechselln.

Das dendrochronologisch¹⁴ auf 1388 datierte Gebäude Hauptstr. 61 in Ladenburg zeigt im Innenbereich Reste eines Gelbockersystems¹⁵ als Balkenfarbe mit schwarzem Konturstrich, das vermutlich ins ausgehende 16. Jh. zu datieren ist. Hierbei wurde die Binnenfläche der Balken mit einem leuchtend roten, schwarz konturierten Feld versehen – gleichartig wie in Ziegelhausen. In der folgenden Neuverputzung wurde das Ockersystem mit schwarzer Kontur wiederholt. Alle Räume trugen hierzu eine Licht-Schatten-Bänderbemalung in Orange und Schwarz.

Ebenfalls mit roter Feldergliederung auf gelbockerfarbenen Balken zeigt sich die Stube des auf 1588 datierten Gebäudes Rathausstr. 2¹², Schönau, zusätzlich hervorgehoben durch einen Licht-Schatten-Konturstrich aus Schwarz und Hellrot.

Zusammenfassend wird die Fachwerkbemalung des Gebäudes in der Kleingemünder Str. 8, Ziegelhausen, im Vergleich mit den zeitüblichen Bemalungen des süddeutschen Raumes und der Heidelberger Umgebung als hochwertig eingestuft. Dies vor dem Hintergrund der geringen Häufigkeit derartig farbiger Bänderbemalungen im Bestand aller Fachwerkgebäude im süddeutschen Raum⁶. Dagegen ist für die Fachwerkgebäude in der Umgebung Heidelbergs renaissancezeitlich oft hochwertige Bänderbemalung mit teuren Pigmenten belegt – selbst an kleineren Gebäude wie dem hier vorgestellten in Ziegelhausen.

Die Farbigkeit der Heidelberger Fachwerkbauten um 1600 wurde sicher durch das Gelbockersystem als Balkenfarbe dominiert, da in der Capitale der Zeitgeschmack eher und nachhaltiger zum Ausdruck kommt als im dörflichen Umland. Wie die bedeutenden Heidelberger Renaissancebauten dokumentieren, kulminieren speziell in Heidelberg die Vorstellungen von zeitgemäßer Architektur und Wohnkultur. Die durchschnittlichen Aufwendungen für große Bürgerhäuser und Adelspalais waren ungleich höher als bei den vorgestellten Gebäuden.

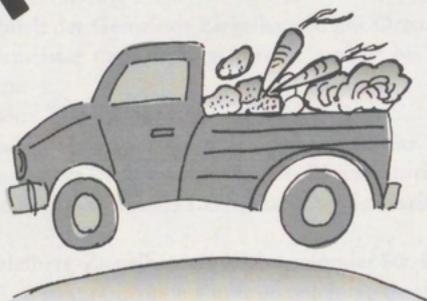
Fachwerkbemalung im vorbarocken Heidelberg erscheint unter diesen Aspekten abschätzbar und allgemein hochwertig im Sinne einer vielfältigen und vielfarbigem Dekorationssystematik.

Anmerkungen:

- 1 Hoppe R.: Dorfbuch der Gemeinde Ziegelhausen mit Ortsteil Peterstal, Heidelberg, 1940. Ein Bürgermeister namens Jörg Mundle amtiert bis 1615, der Beginn seiner Amtszeit ist offen.
- 2 Hoppe R.: 750 Jahre Ziegelhausen, Heidelberg, 1970
- 3 Kumlehn I.: Heidelberg-Ziegelhausen, Kleingemünder Str. 8, Wohngebäude, Dachgeschöß. Die bauzeitlichen Malereifassungen: Restauratorische Untersuchung und Raumbuch (Fotodokumentation); LDA, Außenstelle Karlsruhe, unveröff. Bericht, 1993
- 4 Kumlehn I.: Heidelberg-Ziegelhausen, Kleingemünder Str. 8, Wohngebäude: Außenbereich, EG, OG. Restauratorische Kurzuntersuchung der bauzeitlichen Malereifassungen; LDA, Außenstelle Karlsruhe, unveröff. Bericht, 1993
- 5 Zu dieser Zeit trägt in Ziegelhausen nur das „Schönauer Kornhaus“ Ziegeleindeckung; vgl. Anm. 1 und 2.
- 6 Cramer J.: Farbigekeit im Fachwerkbau. Befunde aus dem süddeutschen Raum; München, 1990
- 7 Vgl. Anm. 1: Hoppe faßt mündliche Berichte zusammen. Danach bestand in der Küche bis in das 20. Jh. eine funktionsfähige Rauchhaube: ein Backofen in der Raummitte und der Herd besaßen Ofenrohre, die in der Rauchhaube endeten und den Rauch offen in den Abzug entließen. Der beschriebene Sandsteinplattenboden bestand in Küche und Vorraum aus einem einheitlichen Verband und stammt vermutlich aus der Bauzeit.
- 8 Vgl. Anm. 1 und 6: steile Keilstufentreppen sind zeittypisch für einfachere Häuser und hier als vermutlich bauzeitlicher Bestand bis ins 20. Jh. in situ verblieben.
- 9 Im nordwestlichen unverputzten Raum wurde der jüngere Aufgang in den Dachspitz in situ angetroffen (vgl. Anm. 3; Raumbuch). Möglicherweise ist diese leichte Treppenkonstruktion mit schmalen eingeschobenen Trittstufen die bauzeitliche aus der Südwestkammer.
- 10 Die beiden südlichen Kammern mit offenstehender Malerei wurden nicht verändert und im bisherigen Zustand unter Beibehaltung des Klimas usw. belassen. Die Eigentümer verzichteten auf eine Wohnnutzung – ein nach wie vor seltener, da uneigennütziger Umgang mit historischer Bausubstanz durch Privatpersonen. Zum Denkmaltag und anderen Anlässen finden öffentliche Führungen durch das Gebäude statt.
- 11 Cramer J.: Gelbes Fachwerk, Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg, 3, 1985, S. 160–167
- 12 Laun, R.: Farbige Innenräume – Zeugnisse spätgotischer und renaissancezeitlicher Wohnkultur aus dem Rhein-Neckar-Kreis; Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg 3, 1987; S. 121–130
- 13 Kumlehn, I.: Bammental, Alte Steigstraße 4/6. Restauratorische Untersuchung historischer Farbfassungen im Innen- und Außenbereich; LDA, Außenstelle Karlsruhe, unveröff. Bericht, 1992

- 14 Architekturbüro Grossbach & Saltenberger, Frankfurt: Hauptstr. 61, Ladenburg, Bauhistorische Voruntersuchung; LDA, Außenstelle Karlsruhe, unveröff. Bericht, 1993
- 15 Kumlehn, I.; Maag, W.: Ladenburg, Hauptstr. 61. Restauratorisch-technologische Untersuchung der historischen Putz- und Farbfassungen in ihrer baugeschichtlichen Entwicklung; LDA, Außenstelle Karlsruhe, unveröff. Bericht, 1993

Gemüsekurier



Biogemüse mit Lieferdienst

BIOGÄRTNEREI DER HEIDELBERGER DIENSTE GMBH

Bestellen Sie sich Ihre regelmäßige Portion Gesundheit. Frei Haus.

Wir bieten an:

- Obst und Gemüse nach biologisch-organischen Richtlinien
- Lieferung frei Haus
- auch als Gemüse-Abo
- gesunde Ernährung
- regionale Gemüseproduktion, d.h. kurze Wege
- Umwandlung von Ackerfläche in biologisch bewirtschaftete Fläche
- naturnahe Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose
- Erhalt von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft

Bestellservice:

Montag – Donnerstag:
7.30 Uhr – 16.30 Uhr

Freitag:
7.30 Uhr – 14.30 Uhr

Gärtnerei

Speyerer Schnauz 13
Telefon 06221/169214

Christoph Konrad

Telefon 06221/141041

Bioland

ÖKOLOGISCHER LANDBAU
Bioland-Betrieb Nr. 70297

Christian Burkhart

Thomas Jefferson besucht Heidelberg und die Kurpfalz (April 1788)

I. Einleitung

Daß der Verfasser der bekannten Jugend- und Abenteuerromane „Tom Sawyer“ und „Huckleberry Finn“, der amerikanische Schriftsteller Samuel Langhorne Clemens, besser bekannt unter seinem Pseudonym Mark Twain (1835–1910), den Sommer des Jahres 1878 in Heidelberg verbrachte, weiß wohl jeder, der sich mit der einstigen Hauptstadt der alten Kurpfalz befaßt, und die damit verbundenen Anekdoten und Erzählungen sind inzwischen fester Bestandteil des Heidelberg- und Neckartaltourismus.¹ Den Besuch eines weitaus bedeutenderen, zu den Gründervätern der Vereinigten Staaten zählenden Amerikaners neunzig Jahre früher – vor nunmehr 210 Jahren – hat man darüber fast vollständig vergessen. Die Rede ist von Thomas Jefferson (* 13. April 1743, † 4. Juli 1826), der vor allem als Hauptautor der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 und dritter Präsident der Vereinigten Staaten (1801–1809) in die Geschichte einging.² In den Jahren 1784–1789 hielt er sich als Diplomat in Europa auf, wo er sein Land in Frankreichs Hauptstadt Paris als Gesandter vertrat.³

Der überzeugte Anhänger der Aufklärung, der die damalige europäische Gesellschaftsordnung mit ihrer vor der Bevölkerungsmehrheit privilegierten Aristokratie ablehnte, dessen eigene materielle Existenz aber gleichwohl ein Leben lang auf der Arbeitskraft von rund 200 Negersklaven beruhte, die seine ererbte Tabakplantage im Hinterland Virginias bewirtschafteten, verbrachte seine Zeit jedoch nicht ausschließlich in der feinen Pariser Gesellschaft und auf dem sprichwörtlichen diplomatischen Parkett. Auf seinen Reisen, die ihn am Vorabend der großen französischen Revolution von 1789 von England bis Norditalien führten, vertiefte sich sein negatives, vom Elend der Massen in den Großstädten und sozialer Ungleichheit geprägtes Europabild.⁴

Im März 1788 reiste Jefferson eilig von Paris nach Amsterdam, um dort mit Hilfe holländischer Bankiers die drohende Zahlungsunfähigkeit der jungen, infolge des siegreichen Unabhängigkeitskrieges gegen Großbritannien (1775–1783), insbesondere gegenüber der seit 1778 verbündeten Macht

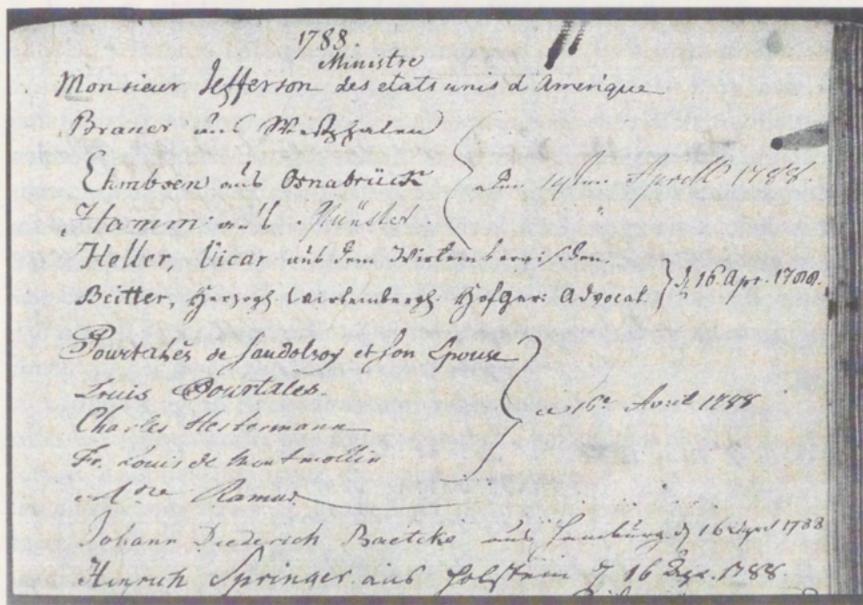


Frankreich hochverschuldeten Vereinigten Staaten abzuwenden.⁵ Die Rückreise ging er nach getaner Arbeit gemächlicher an und folgte dem Lauf des Rheins flußaufwärts durch mehrere der deutschen Fürstentümer und Kleinstaaten bis nach Straßburg, von wo aus er auf dem Landweg nach Paris zurückkehrte.⁶

II. Unterwegs in Mannheim und der Kurpfalz

Mannheim, wo er im renommiertesten Hotel der Stadt, dem „Pfälzer Hof“ der Familie Johann Georg Renner⁷, Quartier nahm, erreichte er am 13. April 1788, dem Tag seines 45. Geburtstags. Dort besorgte er sich Stadtplan und Reiseführer⁸, um die ehemalige kurfürstliche Residenz und ihr Umland kennenzulernen. Im Gästebuch der 1772–1774 zu Mannheim errichteten kurpfälzischen Sternwarte verewigte er sich mit dem Eintrag „Monsier Jefferson, Ministre des Etats-Unis d’Amerique“⁹, und über die Gemäldegalerie des Mannheimer Schlosses schrieb er später, daß sie die zuvor in Düsseldorf besuchte nur hinsichtlich der Zahl der gezeigten Bilder, aber nicht hinsichtlich deren Qualität übertreffe¹⁰.

Sein ausgeprägtes Interesse für alles, was mit dem Leben auf dem Lande und der Agrarwirtschaft zusammenhing, führte den Plantagenbesitzer Jefferson auch in die kleineren Ortschaften. In Käfertal besichtigte er die



dortigen Rhabarberpflanzungen, in Dossenheim Carl Theodors Zucht ursprünglich aus dem türkischen Ankara stammender Angora-Ziegen, deren seidenweiche Wolle („Seidengaisen“) in den kurfürstlichen Textilmanufakturen, der „Savonneriefabrik“ zu Heidelberg und der „Wollenzeug- und Camelotfabrik“ zu Frankenthal verarbeitet wurde.¹¹ Kaum Gefallen fand der Freund der neuen englischen Gärten jedoch an der nach absolutistischen Vorbild kunstvoll gestalteten, streng geometrisch gegliederten Parkanlage des Schwetzingen Schlosses, die seiner Ansicht nach ein Beispiel dafür war „wieviel Geld man für eine häßliche Sache ausgeben kann“.¹²

III. Der Aufenthalt in Heidelberg

Am 14. April besuchte Thomas Jefferson Heidelberg. Das milde Bergsträßer Klima erinnerte ihn dabei, wie er seinem Tagebuch anvertraute, an Italien und, gleich Millionen seiner Landsleute seitdem, kam auch der ansonsten so vernunftbetonte Aufklärer nicht umhin, die romantische Lage der Ruine des Heidelberger Schlosses über dem Neckartal zu rühmen, wo er, einer für seine amerikanischen Landsleute Edward Rutledge und Thomas Lee Shippen bestimmten Liste mit Reisetips zufolge, gerne

noch länger verweilt hätte. Als Kuriosität erwähnt er auch das dort aufgestellte, schon damals weithin bekannte und zuletzt 1751 erneuerte „Große Faß“, dem er in seinen Reiseaufzeichnungen einige Zeilen widmet.¹³

Auffällig ist, daß er, während er immer wieder die unterwegs benutzten Brücken und Fähren und insbesondere die damals bei Mannheim über den Rhein führende hölzerne Schiffsbrücke ausführlich beschreibt, ausgerechnet hier keinen einzigen Hinweis auf die damals schon weitgehend und im Herbst 1788 vollständig fertiggestellte erste steinerne Neckarbrücke (Carl-Theodor-Brücke) bringt, die er, von der Bergstraße her kommend, auf seinem Weg in die Stadt doch gesehen bzw. sogar überquert haben dürfte.¹⁴

IV. Heidelberg in „Reisetagebuch“ und „Reisetips“

„Apr[il]. 14. Manheim. Dossenheim. Heidelberg. Schwetzingen. Manheim. (...) Heidelberg is on the Neckar just where it issues from the Bergstrasse mountains, occupying the first skirt of a plain which it forms. The Chateau is up the hill a considerable heigt. The gardens lie above the Chateau, climbing up the mountain in terrasses. This chateau is the most noble ruin I have ever seen, having been reduced to that state by the French in the time of Louis XIV. 1693. Nothing remains under cover but the chapel. The situation is romantic and pleasing beyond expression. It is on a great scale much like the situation of Petrach's chateau at Vacluse on a small one. The climate too is like that of Italy. The apple, the pear, cherry, peach, apricot and almond are all in bloom. There is a station in the garden to which the chateau reechoes distinctly 4. syllables. The famous ton of Heidelberg was new built in 1751. and made to contain 30 foudres more than the antient [ancient] one. It is said to contain 236. foudres of 1200. bottles each. I measured it, and found it's [its] length external to be 28. f[et]. 10. I[nches]. it's [its] diam[eter] at the end 20. f[et]. 3. I[nches]. the thickness of the staves 7] I[nches]. besides a great deal of external framing. There is no wine in it now. (...)“¹⁵

„(...) Excursion to Heidelberg. The chateau is the most imposing ruin of modern ages. It's [its] situation is the most romantic and the most delightful possible. I should have been glad to have passes days at it. The situation is, on a great scale, what that of Vacluse is on a small one. (...)“¹⁶

V. Allgemeine Beobachtungen Jeffersons auf seiner Reise

Hinsichtlich der allgemeinen Zustände in den durch den Partikularismus jener Tage gekennzeichneten deutschen Landen fielen Jefferson die Armut vieler Menschen in den größeren Städten, aber auch auf dem Land auf, ferner die Ängstlichkeit der Untertanen und nicht zuletzt die Streitigkeiten und die Intoleranz zwischen Katholiken, Lutheranern und Calvinisten. Suspekt erschien dem freiheitsliebenden Amerikaner, für den das Tragen von Waffen eine Selbstverständlichkeit war, überdies, daß „die kleinen Tyrannen“ (d.h. die Fürsten) die Einwohner ihrer Länder entwaffnet und ihnen gar das Jagen von Wild verboten hatten.¹⁷

Lediglich der in Karlsruhe residierende Markgraf von Baden – letzteres offenbar schon damals ein „Musterländle“ – kam besser weg, da er, so Jefferson, nach dem Eindruck, den seine Ländereien vermittelten, „ein exzellenter Souverän“ zu sein schien. Im Gegensatz zu den eher ärmlichen Verhältnissen und der gedrückten Stimmung in den meisten fürstlichen Städten und Territorien gefielen Jefferson das Leben, die Bewegung und der offenkundige Wohlstand, die in der freien Reichsstadt Frankfurt herrschten.¹⁸

VI. Schluß

Noch vor Ablauf des Monats kehrte Thomas Jefferson nach Paris zurück, wo er noch für weitere eineinhalb Jahre seinen Verpflichtungen als Diplomat nachkam. Ehe er dann im Oktober 1789, ein Vierteljahr nach Ausbruch der Französischen Revolution, seine Heimreise in die Vereinigten Staaten antrat, beriet er noch seinen Freund aus den Tagen des gemeinsamen Kampfes gegen Großbritannien, den Marquis de La Fayette (1757–1834), bei der Ausarbeitung der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, welche die französische Nationalversammlung im August 1789 annahm.¹⁹

Während Jefferson jenseits des Atlantiks politisch Karriere machte und 1803 mit der Erwerbung Louisianas von Frankreich das Territorium der jungen Vereinigten Staaten auf einen Schlag verdoppelte, führten die durch die nachrevolutionären napoleonischen Kriege bewirkten machtpolitischen und territorialen Veränderungen in Europa zum endgültigen Untergang der alten Kurpfalz, deren einstige Hauptstädte Heidelberg und Mannheim samt den Oberämtern Bretten, Ladenburg und Heidelberg an das Großherzogtum Baden fielen.²⁰

Anmerkungen und Bibliographie

- 1 Vgl. z.B. das für Heidelbergs Amerikanische Gemeinde und amerikanische Heidelberg-Touristen geschriebene Taschenbüchlein von Davis 21977, S. 76/81.
- 2 W. P. Adams 1995, S. 73–86; Cunningham 1988; zur Unabhängigkeitserklärung vgl. Commager 1973, p.100–103.
- 3 W. H. Adams 1997; Cunningham 1988, p. 90–130.
- 4 W. P. Adams 1995, S. 74 u. 77.
- 5 W. H. Adams 1997, p. 194, 196, 266; H. Dittgen 1995, S. 242; zum Bündnis mit Frankreich vgl. Commager 1973, p. 105–107, u. Wehler 1984, S. 36–51.
- 6 Becker 1950, S. 482–485; H. Dittgen 1995, S. 238–254; W. Dittgen 1991; Shackelford 1995, p. 139–156. Den ersten Hinweis auf Th. Jeffersons Rheinreise und Einstiegsliteratur zum Thema verdankt der Verfasser Frau Dr. Ursula Perkow, Universitätsbibliothek Heidelberg.
- 7 Vgl. Walther 1910, Sp. 103–107.
- 8 Vgl. Dorsch 1995 mit einem nach dem in der Universitätsbibliothek Heidelberg befindlichen Original gedruckten Faksimile der 1784 zu Mannheim gedruckten ‚Kurzen Beschreibung der Städte Mannheim, Heidelberg, etc. ...‘, welche Th. Jefferson 1788 gekannt haben muß; dazu vgl. Burkhart 1997, S. 57–58.
- 9 Zit. n. Walther 1915, Sp. 140. Den ersten Hinweis auf Th. Jeffersons Besuch der alten Kurpfälzer Sternwarte verdankt der Verfasser Frau Dr. Grit Arnscheidt, Reiß-Museum der Stadt Mannheim. Frau Elke Bär von der Landessternwarte Heidelberg-Königstuhl war so freundlich, für den Verfasser Fotografien des Gästebuchs mit Th. Jeffersons Eintrag anfertigen zu lassen.
- 10 Siehe Boyd 1956, p. 266
- 11 Vgl. Burkhart 1997, S. 47–64; ders. 1998, S. 146–153; dazu vgl. ferner zwei Beiträge des Verfassers zum gleichen Thema in der Rhein-Neckar-Zeitung (Ausgabe Dossenheim, S. 6) vom 16. August und 15. November 1996.
- 12 Siehe Boyd 1956, p. 24; dazu vgl. p. 267.
- 13 Ebenda, p. 23–24 u. 267.
- 14 Vgl. Boyd 1956, p. 9, 16, 18, 25, 26, zu Mannheim insbes. p. 22; dazu vgl. Prückner 1996, S. 162–171. Der Bau der ‚Alten Brücke‘ begann am 3. April 1786 und endete am 15. September 1787; dazu vgl. [Thomas Grade], Neues von der Alten Brücke – Das Jubiläum um ein Jahr verpaßt? In: Heidelberg aktuell, H. 9, Sept. 1988, S. 15–16.
- 15 Zit. n. Boyd 1956, p. 23–24; [...] = Zusätze durch den Verfasser. Für die Zusendung von Kopien des Originaltextes aus Th. Jeffersons Reisetagebuch hat der Verfasser Miss Margaret Cook, Curator, Manuscripts and Rare Books Department, Earl Gregg Swem Library, Williamsburg, Virginia, U.S.A., zu danken sowie Mrs. Marianne Carden, Librarian, Research Collections, Colonial Williamsburg Foundation, und Mrs. Pat Lambert, Librarian, USAREUR Library, Heidelberg, für die Vermittlung.
- 16 Ebenda, p. 267; [...] = Zusatz durch den Verfasser.
- 17 Siehe Boyd 1956, p. 13, 14, 18.
- 18 Ebenda 1956, p. 25–26, 267 u. p. 17.
- 19 Vgl. W. P. Adams 1995, S. 77; W. H. Adams 1997, p. 291–293; Cunningham 1988, p. 113–130.
- 20 Vgl. W. P. Adams 1995, S. 77–82; Cunningham 1988, p. 131–319; zum sog. ‚Louisiana Purchase‘ vgl. Wehler 1984, S. 69–75, u. Commager, p. 190–191; zum Ende der Kurpfalz vgl. Schaab 1992, S. 245–250.

Gedruckte Quellen und Literatur

- William Howard Adams, *The Paris Years of Thomas Jefferson*, New Haven / London 1997.
- Willi Paul Adams, *Thomas Jefferson 1801–1809. Der Aufklärer und Sklavenbesitzer als Parteiführer, Regierungschef und Landesvater*. In: Jürgen Heideking (Hg.), *Die amerikanischen Präsidenten. 41 historische Porträts von George Washington bis Bill Clinton*, München 1995, S. 73–86 (mit kommentierter Bibliographie auf S. 427–428).
- Albert Becker, *Mit Präsident Th. Jefferson am Rhein 1788*. In: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* Bd. 98 (N.F. Bd. 59), Karlsruhe 1950, S. 482–485.
- *Notes of a Tour through Holland and the Rhine Valley. Memorandum on a Tour from Paris to Amsterdam, Strasburg and back to Paris, 1788 March 3*. In: Julian P. Boyd (Ed.), *the Papers of Thomas Jefferson*, vol. 13 (March to 7 October 1788), Princeton, New Jersey, 1956, p. 8–36.
- *Hints to Americans Travelling in Europe*, in: Julian P. Boyd (Ed.), *the Papers of Thomas Jefferson*, vol. 13 (March to 7 October 1788), Princeton, New Jersey, 1956, p. 264–276.
- Christian Burkhart, *Thomas Jefferson und die Seidengeißeln des Kurfürsten Karl Theodor*. In: *Heimatverein Dossenheim – Berichte, Informationen, Mitteilungen*, H. 17 (1997), Dossenheim 1998, S. 47–64.
- Christian Burkhart, *Thomas Jefferson und die Seidengeißeln des Kurfürsten Carl-Theodor*. In: *Unser Land. Heimatkalender für Neckartal, Odenwald, Bauland und Kraichgau* 1998, Heidelberg 1997, S. 146–153.
- Henry Steele Commager (Ed.), *Documents of American History*, vol. I: to 1898, Englewood Cliffs, New Jersey, 1973.
- Noble E. Cunningham, Jr., *In Pursuit of Reason. The Life of Thomas Jefferson. A concise, comprehensive one-volume Biography of one of the greatest Americans who ever lived*, New York/Toronto 1988.
- Harry B. Davis, *What happened in Heidelberg. From Heidelberg Men to the Present*, Heidelberg 21977.
- Herbert Dittgen, *Despotismus und Armut. Thomas Jeffersons Rheinreise am Vorabend der Französischen Revolution*. In: Hartmut Wasser (Hg.), *Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität. Zum 250. Geburtstag des „Weisen von Monticello“*, Paderborn/München/Wien/Zürich 1995, S. 238–254.
- *Jeffersons Rheintour oder das Ökonomische Himmelbett. Ein Reisetagebuch des späteren Präsidenten der Vereinigten Staaten Thomas Jefferson aus dem Jahre 1788, am Vorabend der Französischen Revolution, mit Ratschlägen und Hinweisen für seine Landsleute*, übersetzt und kommentiert von Willi Dittgen, Duisburg 1991.
- Rudi Dorsch (Hg.), *Das kleinste Buch der Kurpfalz. Faksimile [von ‚Kurze Beschreibung der Städte Mannheim, Heidelberg, Frankenthal, Lautern; der Lustschlösser Schwезingen und Oggersheim; enthaltend die merkwürdigen Gebäude, daselbst blühende Wissenschaften, schöne Künste, darzu gehörige Kabinete und öffentliche Vorlesungen; nebst einem vollständigen Verzeichnisse der kurpfälzischen Biltergalerie zu Mannheim, Mannheim 1784‘]* mit separatem Anmerkungsteil, Mannheim 1995.
- [Thomas Grade], *Neues von der Alten Brücke – Das Jubiläum um ein Jahr verpaßt?* In: *Heidelberg aktuell*, H. 9, Sept. 1988, S. 15–16.
Helmut Prückner, *Die Alte Brücke*. In: Elmar Mittler (Hg.), *Heidelberg. Geschichte und Gestalt*, Heidelberg 1996, S. 162–171.

- Meinrad Schaab, *Geschichte der Kurpfalz*, Bd. 2: Neuzeit, Stuttgart/Berlin/Köln 1992.
- George Green Shackelford, *Thomas Jefferson's Travels in Europe, 1784–1789*, Baltimore/London 1995.
- Friedrich Walther, *Alt Mannheimer Häuser (2): Der Pfälzer Hof*. In: *Mannheimer Geschichtsblätter*, Jg. 11 (1910), Nr. 5, Sp. 103–107.
- Friedrich Walther, *Aus dem Fremdenbuch der Mannheimer Sternwarte*. In: *Mannheimer Geschichtsblätter* Jg. 16 (1915) Nr. 9/10, Sp. 98–102 u. Nr. 11/12, Sp. 137–142.
- Hans-Ulrich Wehler, *Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik I: 1750–1900. von der englischen Küstenkolonie zur amerikanischen Weltmacht*, Frankfurt a. M. 1984.

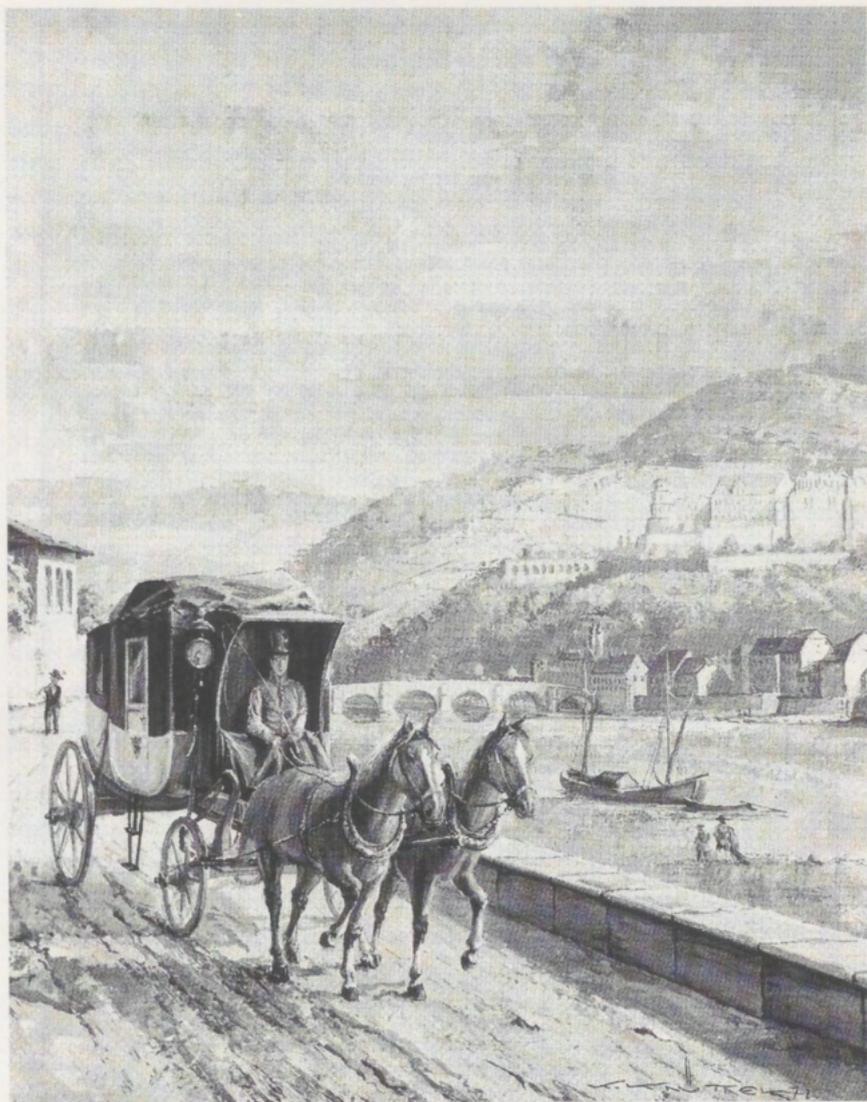
Günter Plümacher

Ein Eilwagen-Reise-Schein von 1848 Ein Beitrag zur badischen Postgeschichte

Aus einem Reise-Schein, handschriftlich Nr. 2, geht hervor, daß Herr Bürgermeister Barth eine Reise am 5. November 1848, 12 Uhr, von Bischofsheim a. T. nach Heidelberg mit dem Eilwagen unternahm. Die Personentaxe betrug 5 fl. (Gulden) 48 kr. (Kreuzer) + 3 kr. Einschreibgebühr = 51 kr. (Mit Wirkung vom 1. 7. 1848 wurde die Personentaxe von 30 kr. auf 24 kr. je Postmeile herabgesetzt. Die Einschreibgebühr wurde gleichfalls von 8 auf 3 kr. ermäßigt.) Ein aufgegebenes Reisegepäck ist nicht angegeben. Der Reise-schein trägt den Kastenstempel BISCHOFSSHEIM, 5. Nov. 48, A III. Der Stempel ist Tauberbischofsheim zugeordnet. Der Buchstabe A bedeutet Annahme- oder Ausgabestempel.

Der hier abgebildete Reise-Schein Nr. 3 ist die Rückreise von Bürgermeister Barth für einen Platz auf dem Großherzoglichen Eilwagen von hier (Heidelberg) bis TbrBischen (Tauberbischofsheim). Personentaxe 5 fl. 51 kr. Das aufgegebene Reisegepäck besteht aus 1. Reisesack... Der Eilwagen fährt dahier ab den 9. November 1848, um 6. Uhr. Der Reiseschein wurde am Vortage der Reise, am 8. November 1848, ausgestellt, versehen mit dem einzeliligen Langstempel HEIDELBERG in großen Antiqua-Lettern, am Ende mit Punkt, in roter Farbe.

Der Reise-Schein hat auf der Rückseite Bemerkungen in 12 Punkten, so u.a.: Der Conducteur und die Postillions dürfen unter keinem Vorwand von dem Reisenden ein Trinkgeld fordern oder sich ein Geschenk erbitten. Personen mit eckelhaften Gebrechen, so wie Kinder unter drei Jahren werden auf den Eilwägen nicht zugelassen. Jeder Reisende hat 40 Pfund Gepäck frei, insofern dessen Werths-Declaration nicht den Betrag von 300 fl. übersteigt. Schwereres Gepäck als 60 Pfund darf mit den Eilwägen nicht befördert werden, sondern wird mit dem Packwagen nachgesandt. Das Einsitzen darf in der Regel nur am Postbureau geschehen; die Reisenden haben sich daher zur bestimmten Stunde daselbst einzufinden. Wer dieß unterläßt oder sich unterwegs entfernt, hat es sich selbst beizumessen, wenn er zurückgelassen wird. Das bezahlte Postgeld wird in solchen Fällen nicht zurückgegeben. Jeder Reisende ist verbunden, seinen Namen, so wie



Mit dem Bau der ersten Eisenbahn erwuchs der alten Postkutsche erstmals ein Konkurrent. Die Aufnahme des Eisenbahnverkehrs zwischen Heidelberg und Mannheim am 12. September 1841, zunächst für Personen und Reisegepäck, folgte am 10.4.1843 die Eröffnung der Strecke Karlsruhe – Heidelberg. Dies war der Anlaß, in Heidelberg die Fahrpost und die Briefpost am 8./9. August 1845 in das an der Rohrbacher Straße nördlich vom Hotel Schrieder neu errichtete Großherzogliche Post- und Eisenbahnamt

Bemerkungen.

1. In dem vorstehenden Betrage ist Alles inbegriffen, was der Reisende für seine Beförderung auf der genannten Wegstrecke zu entrichten hat.
2. Der Conducateur und die Postillen dürfen unter keinem Vorwand von dem Reisenden ein Trinkgeld fordern oder sich ein Geschenk erbitten.
3. Personen mit edelhaften Gebrechen, so wie Kinder unter drei Jahren werden auf den Eilwägen nicht zugelassen.
4. Jeder Reisende hat 40 Pfund Gepäc frei, insofern dessen Werth's Declaration nicht den Betrag von 300 fl. übersteigt, in welchem Fall es ind'gesammt gleich dem Uebergewicht mit der Fahrpost-Taxe zu belegen ist. Schwereres Gepäc als 60 Pfund darf mit den Eilwägen nicht befördert werden, sondern wird mit dem Packwagen nachgesendet.
5. Sämmtliches Reisegepäc, welches in verschlossenen Koffern, Mantelsäcken, Felleisen u. c., besteht, muß wenigstens eine Stunde vor der Abfahrt des Wagens, oder, wo diese zur Nachtzeit statt findet, den Nachmittag vorher zur Post gebracht werden. Dasselbe muß mit einer lesbaren und gut beschrifteten Adresse, d. h. mit dem Namen des Reisenden so wie des Bestimmungsorts, ausserdem mit einer Werth's-Angabe versehen und von dem Postbeamten im Passagierbillet unter Vormerkung des Werth's bescheinigt sein.

Die Groß-Postadministration haftet für den angegebenen Werth des auf solche Art übergebenen Gepäcs. Wenn jedoch die vorschriftsmäßige Angabe des Werth's unterblieben ist, wird im Falle des Verlustes nur

für einen Koffer oder ein Felleisen über 25 Pfd.	50 fl.
für einen Nachtsack, Schachtel oder Paket von 10 bis 25 Pfd.	12 fl.
endlich für eine Putschachtel, eine kleinere Schachtel oder ein Paket unter 10 Pfd.	5 fl.

vergütet.

- Für Nachtsäcke, Hüte und dergleichen Effekten, welche der Reisende bei sich behält oder dem Conducateur zur Besorgung überläßt, wird nicht gehaftet.
6. Das Einsteigen darf in der Regel nur am Postbureau geschehen; die Reisenden haben sich daher zur bestimmten Stunde daselbst einzufinden. Wer dieß unterläßt oder sich unterwegs entfernt, hat es sich selbst beizumessen, wenn er zurückgelassen wird. Das bezahlte Postgeld wird in solchen Fällen nicht zurückgegeben.
 7. Jeder Reisende ist verbunden, seinen Namen, so wie das Ziel seiner Reise anzugeben, auch auf Verlangen die Richtigkeit dieser Angaben durch Vorzeigung seines Passes nachzuweisen.
 8. Ohne Zustimmung der Reisegesellschaft darf im Eilwagen kein Tabac geraucht werden.
 9. Hunde dürfen im Eilwagen nicht mitgenommen werden.
 10. Das Anhalten an Wirthshäusern unterwegs, so wie die Aufnahme uneingeschriebener Personen ist strenge verboten.
 11. Nach erfolgter Ankunft darf das Gepäc nur gegen Bescheinigung im Bestellungs-buch abgegeben werden.
 12. Den Packern ist nicht gestattet, für das Auf- und Abpacken des Reisegepäcs irgend eine Gebühr zu fordern. Nur in dem Fall, wenn sie das Gepäc auf Verlangen in die Wohnung tragen oder daselbst abholen, ist dafür eine Gebühr von 12 kr. zu bezahlen.
 13. Sollte ein Conducateur oder Postillon, oder ein anderer Postbediensteter Ursache zu Beschwerden geben, so wolle die Anzeige davon bei dem nächsten Postamte, oder bei Großherzogl. Oberpostdirection in Carlsruhe gemacht werden.
 14. Dieser Reiseschein ist während der Reise aufzubewahren, da er auf Verlangen bei jedem Postbureau vorgezeigt werden muß.

zu verlegen, weil, soweit dies zulässig war, die Postsendungen nunmehr mit der Eisenbahn befördert wurden. In den dadurch frei gewordenen seitherigen Diensträumen des Postamts „Zum Carlsberg“, Östliche Hauptstraße Nr. 131, das ist Ecke Haupt- und Marstallstraße (Ostseite), entstand die erste Zweigpoststelle in Heidelberg.

Hierüber besagt eine Anordnung der Großherzoglichen Direction der Posten und Eisenbahnen in Karlsruhe vom 6. 8. 1845 folgendes: „Zur Bequemlichkeit für das Publikum wird in der Stadt Heidelberg in dem bisherigen Lokale der Briefpost auch ferner noch ein eigenes Stadtbureau mit einer Brieflade und zwey Schaltern unterhalten bey welchem uneingeschränkt Brief- und Fahrpost-Aufgaben stattfinden können, und Reisende zu den abgehenden Eilwägen angenommen werden. Ebenso werden bey demselben die Gefach-Briefe, die postrestant gestellten Briefe und Fahrpoststücke, sowie jene für die Landboten abgegeben.“

Die „Conducteure aller Eilwagen der verschiedenen Routen“ waren angewiesen, die Reisenden zu fragen, ob sie am „Stadtbureau“ oder am Bahnhof aussteigen wollten. Das Zusteigen in die Eilwagen war auch am Stadtbüro möglich.

Eilwagen hatten je nach Bedarf 3 bis 5 Pferde. Eine Reise mit diesen, heute als Postkutschenzeit romantisch verklärt, muß alles andere als angenehm gewesen sein, berücksichtigt man die Federung der Wagen, die Straßenverhältnisse usw.

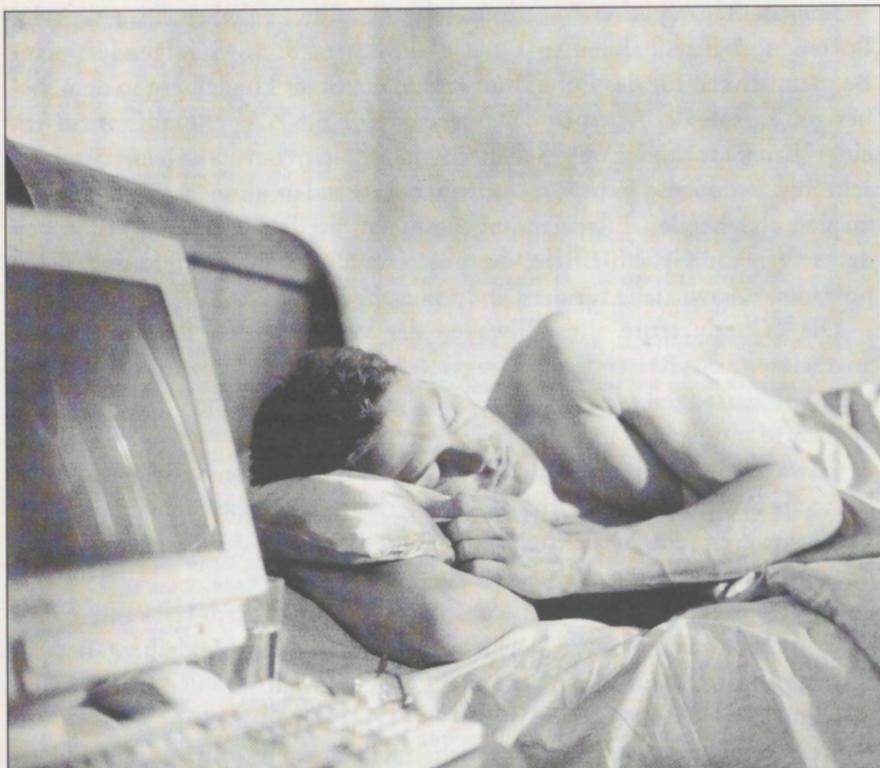
Aus welchem Anlaß die Reise des Bürgermeisters Barth stattfand, ist dato noch unbekannt. War es eine Geschäftsreise, ein Heidelberg-Besuch oder traf man sich zu administrativen Dingen im Jahre 1848 der Badischen Revolution?

Noch heute findet man im nördlichen Kraichgau, nordbadischen Odenwald und Bauland Bezeichnungen wie „Alter Postweg“. Im Zuge des Neubaus von Verkehrsstraßen sowie Straßenbegradigungen heutzutage sind es Relikte einer vergangenen Zeit.

Nur ab und zu gibt es noch nostalgische Postkutschenfahrten mit Postillionen in alten badischen Uniformen zu besonderen Anlässen. Zu froher Fahrt erschallt ein Posthorn. Hier kann man sich in die sogenannte gute alte Zeit zurückversetzen.

Literatur:

Ewald Graf, Handbuch der badischen Vorphilatelie 1700–1851; Alfred Rau, Heidelberg, Die Heidelberger „Stadtpost“ im Wandel der Zeit, in: Postgeschichtliche Blätter, Bezirksgruppe Karlsruhe, der Gesellschaft für Deutsche Postgeschichte e.V., Heft 1–2, Oktober 1961, 4. Jahrgang



WIR HABEN EINE FILIALE GANZ IN IHRER NÄHE ERÖFFNET: AUF IHREM NACHTTISCH.

● **Der „Mein Computer ist meine Bank“-Service:**

Home-Banking. Auch außerhalb der Geschäftszeiten. Und von zu Hause aus. Fragen Sie uns einfach direkt. Wir beraten Sie gern.

**Sparkasse
Heidelberg** 

Hans-Martin Mumm

Aus den Erinnerungen eines Heidelberger Gymnasiasten 1847–1849

Hugo Wolf (1830–1900) kam 1847 als Schüler an das Heidelberger Lyceum, das heutige Kurfürst-Friedrich-Gymnasium. Sein Vater war zu der Zeit Pfarrer in Neckargemünd. Wolf erlebte die Revolutionszeit intensiv, als Schüler und in der Bürgerwehr. Seine Erinnerungen, 1892 aufgezeichnet, wirken genau und treffen auch im Abstand die Atmosphäre. Wolf wurde Arzt und war zuletzt Medizinalrat in Mosbach. Da er keine wirkliche Karriere durchlief, entfallen die Umdeutungen, die so viele Erinnerungen anderer an das „tolle Jahr“ prägen.

Wolfs Beschreibungen der Schulzeit zeigen eine dunkle Pädagogik und überforderte Lehrer, gelegentlich aber auch einen überraschend toleranten Geist. Endlich erfahren wir, was aus den Forderungen der Schüler im Revolutionsjahr wurde: Alphabetische statt notenbezogene Reihenfolge der Namen im Schulbericht, das Recht, beim Aufgerufenwerden sitzen bleiben zu dürfen, und freie Wahl der Kneipe.¹ Erst nach der Revolution kam die Entscheidung: Den Forderungen wurde stattgegeben, nur das Aufstehen blieb unverzichtbar. Die Erinnerungen an den Apotheker Eduard Henking, seinen Onkel, und an den Steinhauer Jakob Reinhard lassen zwei Gesichter in der Menge der Revolutionsanhänger genauer erkennen.

Wolfs Erlebnisse im Mai und Juni 1849 sind hier gekürzt wiedergegeben. Eingesetzt im Raum Mannheim, erlebte und beschreibt er Durcheinander und Ziellosigkeit aus der Sicht des einfachen Soldaten; überzeugtes Handeln und Mut, die es auch gab, deutet er im Schicksal einiger Freunde nur an. Gleich darauf ging der Schulbetrieb weiter, und Wolf machte noch 1849 sein Abitur².

Frau Dr. Yonta Käckell ist zu danken für die Erlaubnis zum Abdruck der Erinnerungen von Hugo Wolf. Der Text folgt einer maschinenschriftlichen Abschrift von 1967; der Verbleib der Originalhandschrift war nicht zu ermitteln. Soweit erforderlich und möglich, sind vorkommende Namen mit Erläuterungen versehen.³

Aus den Erinnerungen von Hugo Wolf

Meine Prüfung in Heidelberg fiel gut aus, ich kam nach Unterquinta (jetzt Untersekunda) ... Dagegen waren die Heidelberger Lehrer unter aller Kritik. Was da bei Hautz⁴, Behaghel⁵, Arneth⁶, Wilhelmy für Sachen vorkamen, ist unbeschreibbar. In der Religion, z. B. lasen wir dem Lehrer die lutherische Bibelübersetzung vor. Keiner von uns hatte ein griechisches Testament, der Mann glaubte, daß wir übersetzten, während wir vorlasen. [Hautz] docierte eines Tages die Regel, wann zu sagen wäre non dico und ne dicam. Ich bemerkte sogleich, daß eine Verwechslung bei ihm vorlag. Um sicher zu sein, schlug ich unter dem Tische meinen Zumpt nach und fand, daß H. die Regel vollständig verwechselt hatte. Ich schob den Zumpt meinem Nachbar zu und erklärte dem Herrn Professor, daß er die ganze Regel verkehrt gelehrt habe.

„Beweisen Sie mir das“, rief er ganz erregt. Ich: „Es steht im Zumpt, Herr Professor. Hat niemand einen Zumpt.“ Endlich wurde mein Zumpt ans Tageslicht gefordert. Ich schlug die Regel nach und las sie vor. Erst wollte er sie nicht in meinem Sinne verstehen. Als aber auch die anderen zu meinen Gunsten sich ins Mittel legten, rief er ganz entrüstet: „Hören Sie mal Wolf, wenn Sie mir noch einmal den Zumpt in die Klasse bringen, werde ich Ihnen zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat oder Sie wandern mindestens in den Karzer.“

Im Frühjahr 1848, als die Fluten der deutschen Einheitsbewegung am höchsten gingen und alles andere beherrschten, gab uns Wilhelmy einen Aufsatz: „Welche Vorteile hat es Griechenland gebracht, daß es in so viele kleine Staaten geteilt war?“ Ich antwortete: „gar keine“. Für diese Frechheit bekam ich 2 Stunden Karzer.

In der Mathematik hatte ich in Frankfurt ganz ordentliches gelernt. In Heidelberg war der Lehrer (Arneth) so erbärmlich, daß nicht ein einziger Schüler etwas lernte. Das ging 4 Jahre so fort. A. stellte sich wie ein Automat vor die Tafel und docierte, wir Schüler schliefen oder machten Allotria. Wie oft mag diesem Lehrer in den späteren Jahren von seinen Schülern gezürnt worden sein? Besser wurde es in mancher Beziehung in Unter- und Obersexta durch Feldbausch⁷. Er war ein geistreicher Mann und feiner Kopf. Seine Satire, seinen Spott fürchteten wir mehr als Karzer. Sein Plato, Sophokles und ganz besonders Horaz waren höchst anregend und bildend. Auch im Französischen hatten wir einen guten Lehrer (Süpfle)⁸.

In die letzten Gymnasialjahre fielen die politisch aufgeregten Zeiten. Es gärte in allen Köpfen, warum nicht auch in denen der Schüler? Der Wirbel hatte alles ergriffen, vom Tagelöhner bis zum Minister und Fürsten. Wir sahen das tolle Treiben, die Volksversammlungen, die Ständchen und Katzenmusiken u. a. Wir bildeten eine Art Jugendwehr und exerzierten flott darauf los. An Pfingsten 1848 war eine große Volksversammlung auf dem Schlosse in Heidelberg. Ich fuhr mit einer großen Neckargemünder Gesellschaft auf einem Schiffe dorthin. Es war ein herrlicher Tag. Auf der Landstraße kamen die Festteilnehmer zu Fuß und zu Wagen scharenweise herbei mit berittenen Festordnern bald singend, bald spielend. Da ertönte: „Was ist des Deut-

schen Vaterland?“, das Heckerlied, der Jäger aus Kurpfalz und vieles andere. Auf dem Schlosse (im Hofe) wurden Reden gehalten von „Vater Winter“, Robert Blum, Scriban u.a. Alles war begeistert und erregt. Auch wir waren in Erregung, die sich sonderbarer Weise in der Art kund tat, daß wir beschlossen, noch am Abend eine Deputation an den Direktor zu schicken und ihn um Freigebung des nächsten Tages zu bitten. Wir hatten keine andere Begründung dafür, als daß wir das doch nicht für zulässig halten könnten, daß nach einer solchen Volksversammlung am nächsten Tage wieder Schule gehalten werden könnte. Solche Logik fand man damals erst auch in wichtigen Fragen. Ich war Mitglied der Deputation, die zum Direktor geschickt wurde. Während wir bei ihm waren (er wohnte im 3.Stock des Lyceumsgebäudes), war unten großer Tumult. Es wurde gesungen und mit Pistolen geschossen. Und doch hatte der Direktor die Schwachheit, unserer Bitte zu willfahren.

Auch bei einer anderen Deputation war ich, die mir später eine schwere Stunde verursachte. Wir überreichten (etwa im Januar 1849) der Lehrerkonferenz eine Beschwerde- bzw. Bittschrift, deren Inhalt mir noch vollständig im Gedächtnis geblieben ist. Wir verlangten:

- 1) daß wir nicht mehr nach der Lokation im Programm aufgeführt werden sollten, sondern in alphabetischer Ordnung,
- 2) daß wir beim Aufrufen durch die Lehrer nicht mehr aufstehen sollten,
- 3) daß wir alle Wirtshäuser besuchen dürften.

Wir hörten lange nichts von dem Schicksal unserer Petition. Die Revolution kam und dann die Reaktion. Nach Wochen aber kam der Padell und bestellte die Mitglieder der Deputation zum Direktor. Wie fiel uns das Herz in die Hosen? Wir fürchteten das Schlimmste. Aber wie froh waren wir auch, als wir folgenden salomonischen Bescheid von dem Direktor erhielten:

ad 1 sollte unserem Verlangen willfahrt werden. Es sei nicht von allgemeiner Wichtigkeit. Wer sich näher informieren wolle, könne sich ja die Zeugnisse geben lassen, da stünde alles drin.

ad 2 Was das Aufstehen betreffe, so müßte man auch fernerhin darauf bestehen. Es sei eine althergebrachte Sitte, daß, wenn ein älterer Mann einen jüngeren anrede, dieser sich erhebe. Wenn es richtig sei, daß die schlechte Konstruktion der Schulbänke das Stehen erschwere, so werde man darauf Bedacht nehmen, daß bei Neuanschaffungen von Schulbänken diesem Übelstande abgeholfen werde.

ad 3 Den Besuch von anständigen Wirtshäusern wolle man uns gestatten. Wir möchten aber bedenken, daß wir uns dorten um so anständiger aufführen müßten. Eine Zuwiderhandlung müßte um so strenger bestraft werden. Wie waren wir armen Sünder nun froh, daß dieser Kelch an uns vorübergegangen war!

In Sexta hatten wir eine eigene Kneipe, in welcher wir einmal in der Woche zusammenkamen. Wir sangen, tranken, waren alle für das Vaterland begeistert, aber spezielle Politik wurde nicht getrieben. Dazu waren wir zu jung.

Im Hause meines Onkels (Henking)⁹ hatte ich es wieder nicht gut getroffen. Er war ein launiger, exzentrischer, leidenschaftlicher Mann. Er war sehr musikalisch, deshalb mußte ich meinen Klavierunterricht aufgeben. Er konnte das Üben nicht vertragen. Bald war er freundlich und wohlwollend, bald schroff, widerwärtig tyrannisch. Er war bis Ende 1848 extrem radikal, jetzt würde man sagen politisch verrückt. Er hielt Volksreden, benutzte die Presse, vernachlässigte seine Familie und malträtierte seine Umgebung. In seinem Hause verkehrten oft hervorragende Führer der damaligen Bewegung, z. B. Johannes Ronge¹⁰, Hieronymi und wie sie sonst alle hießen. Er ließ sich so mit der Bewegung fortreißen, daß er bald einsah, daß er zu weit gegangen sei und daß seine Tätigkeit andere Früchte trug als die von ihm erwarteten, so zog er sich zurück, wurde aber nun als Reaktionär verschrien und entging mehrmals nur mit Not unangenehmen Begegnungen. Um sich vor Weiterem zu schützen und vielleicht auch um die Geister, die er rief, wieder zu bannen, ließ er sich in das erste Aufgebot einreihen und zog mit diesem gen Weinheim gegen die Hessen. Im Treffen vom 5. Juni waren mehrere derselben gefallen. Am Grabe derselben hielt er seine große Rede, die ihm den Haß der Freischärler zuzog, die ihn aber später rettete. Bei der Untersuchung nach der Revolution wurde zu seinen Gunsten gerade auf diese Rede hingewiesen, in der er zur Ruhe und Ordnung ermahnte. Ohne sie wäre ihm wohl von Trützschler's¹¹ Schicksal, mit dem er in Heidelberg in einer Zelle im Gefängnis saß, beschieden gewesen.

Ich möchte hier eine Episode aus dem Hause meines Onkels vom Jahre 1848 nachtragen, die in mancher Beziehung charakteristisch ist. Eines Abends saßen Henking, meine Tante und ich beim Essen. Es klopfte an und auf das „Herein“ kam ein kleiner Mann, welcher uns bekannt war. Er hieß Reinhardt¹², war Steinhauer und einer der verrücktesten Revolutionäre. „Guten Abend, Bürger Henking,“ sagt Reinhardt. H. „Guten Abend, Bürger Reinhardt. Was ist dein Begehrt?“ „Ich möchte Dich allein sprechen, Bürger Henking.“ H. „Bürger Reinhardt, ich habe keine Geheimnisse. Das ist meine Frau, Bürgerin Henking, und das mein Neffe Bürger Wolf.“ R. „Nun ja, Bürger Henking, wenn es denn sein muß, will ich es sagen. Ich möchte Scheidewasser von Dir haben.“ H. „Zu welchem Zweck, Bürger Reinhardt?“ R. „Ich möchte es dem Schuftten, dem Dr. Schulz (es war dies ein reaktionär gesinnter Advokat in Heidelberg) ins Gesicht schütten.“ Mein Onkel lehnte natürlich die Bitte des edlen Bürgers ab und als dieser sich nicht von der Schändlichkeit seines Vorhabens überzeugen lassen wollte, beförderte er ihn mit sanfter Gewalt zur Tür hinaus...

In das letzte Halbjahr meiner Lyceumszeit fiel die badische Revolution. Nach der Versammlung in Offenburg am 13. und 14. Mai wurde das Lyceum geschlossen und die Schüler nach Hause geschickt. Ich trat in Neckargemünd in die Bürgerwehr (erstes Aufgebot) ein, wozu ich als über 18 Jahre alt verpflichtet war. Es folgten stürmische Tage. Hinkeldey¹³ sollte gefangen werden, die Bürgerwehr sollte ausrücken. Meine Eltern verboten es mir, mich anzuschließen. Ich hielt es für ehrlos, mich aus-

zuschließen. Es kam zu einer erregten Szene. Die ganze Familie, Vater, Mutter und alle Geschwister waren gegen mich. Nach langem Hin- und Herreden und manchen Tränen wurde schließlich eine Art Vergleich zwischen uns abgeschlossen. Ich sollte diesmal zu Hause bleiben, wenn aber (es war morgens etwa 10 Uhr) die Bürgerwehr nochmals ausrückte, sollte mir kein Hindernis mehr in den Weg gelegt werden. Die Bürgerwehr rückte aber weder Vor- noch Nachmittags mehr aus und Hinkeldey wurde auch nicht gefangen genommen.

In den nächsten Tagen mußten wir viel exerzieren. Dabei wurde man beständig durch die verschiedensten und oft unsinnigsten Gerüchte in Atem gehalten. Eines Tages wurden wir vor dem Amtshause beeidigt durch einen Zivilkommissär von Heidelberg und den Oberamtmann, ich glaube, Lerrs hieß er. Auf wen und was wir beeidigt wurden, weiß ich nicht mehr. Ich glaube auf die provisorische Regierung. Ein andermal wurden wir nach Heidelberg geführt zum Empfang der Gewehre. Es waren nagelneue Pistonvorderlader, ich glaube von Lüttich. Jetzt trat auch die Frage an uns heran, wann wir wohl definitiv ins Feld ziehen müßten. Es war klar, so konnte es nicht fortgehen und so nahmen wir denn eines Morgens Abschied von dem geliebten Neckargemünd, mancher glaubte auf Nimmerwiedersehen. Tränen flossen genug. Wir wurden nach Heidelberg geführt und mußten dort viele Stunden auf dem Universitätsplatz herumliegen. Die Langeweile war arg und dazu war es ein sehr heißer Tag. Endlich hieß es weiter, wir glaubten Gott weiß wohin. Aber nach Neckargemünd ging es zurück, wo wir zur großen Heiterkeit der Bevölkerung abends wieder einrückten. Doch endlich wurde es Ernst mit dem Abschiednehmen. Eines schönen Morgens in aller Frühe wurden wir herausgetrommelt. Die ganze Bevölkerung war auf den Beinen. Jeder ahnte, daß es jetzt Ernst würde. Die Jungen waren heiter dabei, wenn es auch manchem unheimlich zu Mute gewesen sein mag. Die Alten schüttelten verstohlen die Köpfe, aber nur verstohlen. Hätten sie es offen getan, sie würden als Volksverräter erklärt worden sein. Es ging wiederum nach Heidelberg, wo wir in der ärgsten Hitze bis nachmittags 3 Uhr auf den Straßen herumliegen mußten. Niemand wußte, wer Koch oder Kellner war, bald wurden wir aufgestellt, bald aufgelöst. Reiter sprengten in uns unbekanntem Uniformen herum, brachten Befehle, erteilten Befehle und doch wußte niemand, was zu tun sei. Endlich etwa um 3 Uhr ging es zum Bahnhof. Da mußten wir wieder herumlungern. Mein Vater hatte uns von Neckargemünd aus begleitet, um zu sehen, was werden würde. Als er nun diese Kopflöcher sah, machte er Gallus Maier (dem bekannten Paukdoktor)¹⁴ und v. Corvin-Wiersbitzki¹⁵, die, wie es schien, die Kommandierenden waren, Vorwürfe. Ich fürchtete Unannehmlichkeiten für meinen Vater. Es geschah aber nichts weiteres. – Endlich ging es in den Zug, er dampfte gen Mannheim ...

So kam der 22. Juni heran. Am 20. hatte das Treffen bei Waghäusel stattgefunden, von dessen Ausgang wir nichts erfuhren. Es wurde uns überhaupt nicht bekannt, daß dasselbe stattgefunden hatte. 3 - 4 mal schon waren wir zusammengetrommelt wor-

den und immer wieder ging es auseinander. Die Stadt war leer, die Stimmung der Bevölkerung aufs äußerste gedrückt. Endlich, es mag 4 Uhr gewesen sein, wurden wir zum Bahnhof geführt und aufgestellt. Uns gegenüber stellte sich eine Schwadron Dragoner zu Pferde auf. Man sah Streitigkeiten zwischen den Kommandierenden, Bahnbeamten und sonst anwesenden Männern. (Wie ich später erfuhr, war zu dieser Zeit v. Trützschler verhaftet worden). Plötzlich wurden die Dragoner zum Laden ihrer Karabiner kommandiert und zogen ihre Säbel. Auch wir mußten laden. Es war ein ernster Augenblick. Ein unvorsichtig losgegangener Schuß oder sonst eine Ungeschicklichkeit hätte unsägliches Unheil angerichtet. Dies dauerte einige Minuten, dann gingen die maßgebenden Persönlichkeiten dem Bahnhof zu. Ich folgte in einiger Entfernung. Da sah ich denn, wie einige polnische Offiziere dem Bahnamtsvorstande die Pistolen vorhielten und energisch das Ablassen eines Zuges nach Heidelberg verlangten. Nach anfänglicher Weigerung wurde dies glücklich zugesagt. Der Zug wurde fertiggestellt und wir Neckargemünder, samt Teilen der Offenburger Bürgerwehr und Resten der Fremdenlegion eingeladen. So ging es Heidelberg zu, ins Ungewisse.

Es fing schon an zu dämmern, als wir in Heidelberg ankamen. Zu unserem großen Erstaunen waren der Bahnhof und die benachbarten Straßen öde und leer. Wir gingen der Stadt zu. Da kam uns mein Lehrer Süpfle entgegen: „Um Gottes willen, wo kommen Sie her?“ redete er mich an. Ich erklärte ihm das. „Nun, sagte er, machen Sie, daß Sie so schnell wie möglich nach Hause kommen, aber gehen Sie nicht auf dem gewöhnlichen Wege, sondern übers Schloß und Wolfsbrunnen, denn die Preußen marschieren soeben über die (alte) Neckarbrücke in die Stadt ein!“. Und so machten wir es auch. Alles war auf diesem Marsche still, müde, niedergeschlagen...

Zu Hause angekommen, fand ich das ganze Haus mit Offizieren vollgestopft. Meine Mutter richtete noch ein Nachtessen zu. Es wollte keinem schmecken, alle waren in desolatestem Zustand, voll schlimmer Ahnungen. Ein badischer Major, ich glaube Lang hieß er, saß in großer Uniform neben mir. Plötzlich fielen mir seine Bewegungen auf und als ich nachsah, bemerkte ich, daß er seine Stiefel unter dem Eßtisch ausgezogen hatte und nun barfuß dasaß. Ein schönes Bild!

Man ging zu Bette, ich in dem festen Vorsatze, mich am Morgen weiter den Flüchtlingen anzuschließen und weiter zu marschieren. Die Sache wurde aber anders. Ich schlief, wie man als 18jähriger nach schweren Strapazen zu schlafen pflegt. Als ich erwachte, stand die Sonne schon hoch am Himmel. Alles war ruhig, ich suchte nach meiner Flinte, nach Bluse etc. Alles war fort. Meine Mutter hatte schon in aller Frühe die Flinte aufs Rathaus geschickt und die anderen Sachen im Backofen verbrannt. Um 10 Uhr kamen die ersten preußischen Husarenpatrouillen, dann ganze Regimenter Infanterie. Zu Tisch hatten wir mehrere Offiziere. Wie wurde mir da so erbärmlich zu Mute, als diese einstimmig erklärten, mit dem Gesindel müßte aufgeräumt werden, die Offiziere müßten erschossen, die Mannschaft mindestens dezimiert werden.

Nun kam die Reaktion, die Denunzianten schossen wie Pilze aus der Erde und trieben ihr schändliches Gewerbe. Mein Onkel wurde eingesperrt, später aber freigesprochen. Mein Vater, ein sehr ruhiger, vernünftiger Mann, war während der Revolution von den Hanauer Turnern bedroht worden, weil er im Gottesdienst vorschriftsmäßig für den Großherzog gebetet hatte, wurde jetzt zur Verantwortung gezogen, weil er nicht für den Großherzog gebetet hatte. Nur mit Mühe wurden ihm weitere Widerwärtigkeiten erspart. Mich aber und meinen Freund Krieg (den Hauptmann) berührte die Reaktion nicht weiter. Man ließ uns in Ruhe, wir wurden in keiner Weise zur Rechenschaft gezogen (wohl wegen unserer Jugend und weil nichts bei uns zu holen war). Wenige Tage nach der Besetzung durch die Preußen wurde das Lyceum wieder eröffnet. Wir kauten wieder an Sophokles, Plato und Horaz und lasen Wilhelmy das Neue Testament vor. Welcher Kontrast! Die Lehrer grollten den Schülern, die als Bürgerwehrlaute die Sache mitgemacht hatten, nicht. Im Gegenteil, es schien, als ob sie uns etwas besser behandelten, als die Durchgebrannten. Wenigstens sprach dafür ein Vorkommnis. Ein Schüler, Jude¹⁶, der vor der Revolution weit fortgeflüchtet war, sollte einmal eine horazische Ode übersetzen, in der von dem Geräusch der Schlachten, von dem Schmettern der Trompeten etc. die Rede ist. Es ging nicht. Feldbausch sagte: „Ich sehe schon B., das ist kein Thema für Sie, da wollen wir einmal den Wolf fragen, der versteht so etwas besser wie Sie!“ Ich war schlecht vorbereitet, aber, sei es, daß ein guter Geist über mich kam oder Feldbausch mir selbst auf die Beine half, was mir das Wahrscheinlichere schien, die Sache ging und B. hatte noch weitere spöttische Bemerkungen einzustecken.

Im Herbst 1849 wurde ich auf der Universität promoviert. Ich wurde Mediziner. Mein Vater wünschte es so und ich hatte nichts dagegen einzuwenden. Ich habe es nie bereut, daß es so geworden ist.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Lothar Schuckert: Lyceum und Humanistisches Gymnasium im 19. Jahrhundert; in: Volker Gewahl (Hrsg.): Pädagogium – Lyceum – Gymnasium. 450 Jahre Kurfürst-Friedrich-Gymnasium zu Heidelberg; Heidelberg 1996, S. 171–245, hier S. 228 f
- 2 Karl Pfaff: Zur Geschichte des Heidelberger Gymnasiums. Verzeichnis der Abiturienten des Heidelberger Gymnasiums aus den Jahren 1844–1893 mit biographischen und bibliographischen Bemerkungen, Heidelberg 1893, S. 8
- 3 Die Angaben zu fast allen Lehrern finden sich bei Wolf Uebel: Das „Goldene Buch“ des KFG. Autobiographien Heidelberger Pädagogen (1812–1939); Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, Heft 5, Heidelberg 1994.
- 4 Johann Friedrich Hautz (1797–1862), ab 1847 alternierend Direktor (Uebel S. 31–33)
- 5 Johann Georg Behagel (1797–1861), Lehrer am KFG seit 1828 (Uebel S. 35)
- 6 Arthur Adam Arneth (1802–1858), seit 1838 erster Fachlehrer für Mathematik (Uebel S. 39 f)

- 7 Felix Sebastian Feldbausch (1795–1868), 1844–1850 alternierender Direktor (Uebel S. 65–70)
- 8 Georg Ludwig Süpfle (geb. 1808), 1838–1860 Lehrer (Uebel S. 40)
- 9 Eduard Henking, Inhaber der Hofapotheke (geb. 1809)
- 10 Johannes Ronge (1813–1887), ehemaliger Priester, Gründer der deutsch-katholischen Gemeinden
- 11 Wilhelm Adolph von Trützschler (1818–1849), Demokrat aus Sachsen, Abgeordneter in der Paulskirche, Zivilkommissär in Mannheim, dort 1849 standrechtlich erschossen
- 12 Jakob Reinhard(t) (1822–1863), Steinhauer, Deutsch-Katholik und wohl Mitglied im Arbeiterverein, vgl. Hans-Martin Mumm: Der Heidelberger Arbeiterverein 1848/49, Heidelberg 1988, S. 14, 21, 84, 89 und 94; die dort noch fehlenden Lebensdaten ergeben sich aus dem „Tottenbuch“ der deutsch-katholischen Gemeinde
- 13 Heinrich von Hinkeldey, badischer Oberst, half im Mai 1849 bei der Flucht des Großherzogs und suchtedanach, einen Teil der Artillerie in einem Zick-Zack-Kurs nach Württemberg zu verbringen.
- 14 Vgl. Mumm: Arbeiterverein, S. 84
- 15 Gallus Maier, Wunderarzt, 1849 Vorsitzender des Volksvereins und Zivilkommissär in Heidelberg
- 16 Otto von Corvin-Wiersbitzki (1812–1886), 1849 Generalstabschef der Revolutionstruppen
- 17 Wohl Jonas Billigheimer aus Rohrbach (um 1830–nach 1893). Die geschilderte Szene ist nicht frei von zeitypischer Judenfeindlichkeit.

Ludwig Merz

Flucht vor den „Schwarzen Dragonern“ Eine Geschichte aus der badischen Revolution

Die folgende Geschichte ist ein Auszug aus unserer Familienchronik. Sie handelt von meinem Großvater mütterlicherseits, Johann Peter Bayer (1824–1899), geboren in Walldorf, gestorben in Heidelberg in seiner Wohnung am heutigen Jubiläumsplatz. Ich habe den Großvater nicht gekannt, aber von meinen Eltern vieles über ihn erzählt bekommen. Er hat zunächst das Schneiderhandwerk erlernt. Als er zum Militär eingezogen wurde, kam er dank seiner stattlichen Figur zu den Dragonern. Es war das Regiment der „Gelben Dragoner“. Sie hatten diese Bezeichnung, weil sie am Kragen ihres Uniformrocks gelbe Spiegel trugen. Der Militärdienst des Großvaters fiel also in die Zeit der badischen Revolution von 1848/49. Es war der republikanische Aufstand in Baden und in der bayerischen Pfalz unter Beteiligung des Heeres.

Großherzog Leopold von Baden mußte fliehen. Kronprinz Friedrich versuchte zwar, mit den Aufständischen zu verhandeln, mußte dann aber ebenfalls nach Frankfurt am Main ausweichen. Der Großherzog bat daraufhin die preußische Regierung um militärische Hilfe. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen schickte gut gerüstete Truppen in den Kampf. Unter dem Kommando seines Sohnes, Prinz Wilhelm, dem späteren Kaiser Wilhelm I., wurden erstmals bei der Artillerie Kartätschen eingesetzt. Diese Geschosse waren mit zahlreichen Kugeln gefüllt und hatten dadurch eine erhöhte Wirkung. Kronprinz Wilhelm erhielt jetzt auch bei uns die vorwurfsvolle Bezeichnung „Kartätschenprinz“. Mit Hilfe der Preußen und des Deutschen Bundes wurde der badische Aufstand niedergeschlagen. Die beteiligten „Freischaren“ und die vom Großherzog abgefallenen Soldaten mußten fliehen. Unter ihnen befand sich auch der Dragoner Peter Bayer. Zur Verfolgung der Dragoner wurden die preußischen „Schwarzen Dragoner“ eingesetzt, die so nach ihrem schwarzen Kragenspiegel hießen.

Der Dragoner Peter Bayer fand Zuflucht bei bäuerlichen Verwandten, bei Onkel und Tante in Walldorf. Dort stellte er sein Reitpferd neben dem Ackerpferd des Onkels in den Stall. Darauf ging er in die Scheune, um sich umzukleiden. Um kein Aufsehen zu erregen, blieben Onkel und Tante in

ihrer Wohnung. In der Scheune versteckte Peter Montur und Pferdegeschirr in einer Mehlkiste. An der Rückseite der Scheune schob er einige Bretter beiseite und gelangte unbemerkt ins Freie.

Er hatte die Absicht, bei ebenfalls bäuerlichen Verwandten in Rohrbach unterzukommen. Auf dem Weg nach Nußloch kamen ihm bereits Schwarze Dragoner entgegengeritten, die aber von dem Handwerksburschen keine Notiz nahmen, denn er trug ja keinen „Heckerhut mit Feder“. Der Trupp ritt nun auf der Suche nach geflohenen badischen Soldaten in Walldorf ein. So kamen die Reiter auch am Hof von Peters Onkel vorbei. Zu ihrer Überraschung sahen sie dort ein ungeschirtes Pferd stehen und erkannten sofort, daß es ein Reitpferd und kein Ackergaul war. Darauf durchsuchten sie die Wohnung, wo sie aber keinen Flüchtigen fanden. Das Bauernpaar mußte die Scheune öffnen. Um sich zu vergewissern, stachen sie mit ihren Säbeln überall auf dem Heuboden in das Heu. Man kann sich die Angst von Onkel und Tante vorstellen, die ja nicht wußten, daß Peter geflohen war. Unverrichteter Dinge verließen darauf die Schwarzen Dragoner den Hof und nahmen das ledige Pferd mit.

Peter Bayer arbeitete inzwischen einige Zeit bei seinen Verwandten in Rohrbach, wo ihn niemand als geflohenen Dragoner erkannte. Nach einem Amnestie-Erlaß kehrte er zu seinen Verwandten nach Walldorf zurück. Diese erzählten ihm, was sich zugetragen hatte und welche Ängste sie ausgestanden hatten. Nach herzlichem Dank bei Onkel und Tante entschloß sich Peter Bayer, aufgrund der Amnestie wieder zu seinem Regiment zurückzukehren.

Als Junge habe ich mir diese Rückkehr so vorgestellt: Großvater holte seine Uniform aus der Mehlkiste, bürstete sie säuberlich aus, putzte die hohen Reiterstiefel wieder glänzend, setzte den Helm auf, schnallte den Säbel um und ritt auf Onkels Pferd zurück zu den Gelben Dragonern. Ganz so einfach dürfte sich die Rückkehr allerdings nicht abgespielt haben.

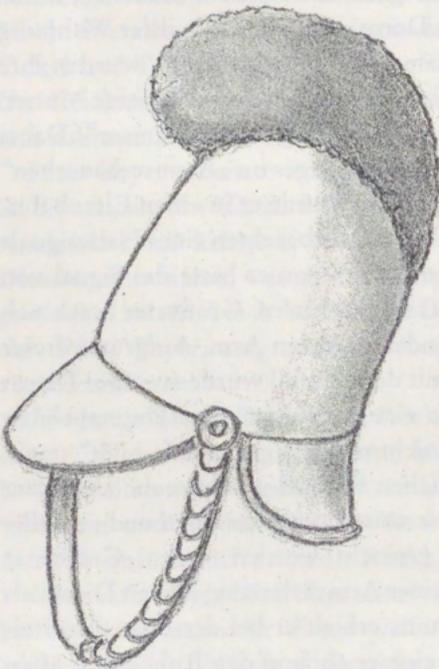
Großvater Bayer blieb über seine verpflichtende Militärdienstzeit hinaus bei den Dragonern. Er diente weiter als sogenannter „Einständer“. Das bedeutet, daß er für andere, die nicht zum Militär wollten, gegen Entgelt als Ersatzmann einsprang. Nach acht Jahren schied er als Wachtmeister aus dem Militärdienst aus und zählte nun zu den „Militäranwärtern“. Damit hatte er den Anspruch, in einen zivilen staatlichen Dienst übernommen zu werden.

An dieser Stelle möchte ich zur Ergänzung eine Mitteilung des Wehrgeschichtlichen Museums in Rastatt wiedergeben. Ich erhielt diese aufgrund meiner Anfrage, die Gelben Dragoner betreffend. *„Aus unseren Unterlagen geht hervor, daß die Gelben Dragoner in der Zeit der Revolu-*

tion das Dragoner-Regiment von Freystedt Nr. 2 bildeten. Ein Leibregiment gab es zu diesem Zeitpunkt nicht. An der Revolution nahm nur die 4. Eskadron nicht teil. Sie war als Teil der Besatzung der Festung Landau gebunden und somit von der Auflösung der Armee ausgeschlossen. Bei Neuaufstellung der Armee wurde aus ihrem Stamm zunächst das 1. Reiterregiment gebildet (1852), aus dem 1856 das (1.) Leib-Dragoner-Regiment in Mannheim entstand. Seit 1830 gab es ein Garde-Dragoner-Regiment (1832 Dragoner-Regiment Großherzog), allerdings mit weißen Aufschlägen und einer Krone auf der Achselklappe. Daraus wurde 1856 das 3. Dragoner-Regiment Prinz Karl (Bruchsal). „Schwarze Dragoner“ bei den Badenern gab es nicht, in Preußen hatten dafür um so mehr Regimenter schwarze Aufschläge.“

Großvater kam also als Militäranwärter zur Großherzoglich Badischen Staatseisenbahn, Dienststelle Heidelberg. Er heiratete ein Mädchen, ebenfalls aus Walldorf stammend, namens Dorothea Lamade. In ihrer Wohnung gegenüber der heutigen Stadthalle, damals noch „Holzlauer“, wurden ihre Kinder groß, drei Mädchen und ein Junge, unter ihnen auch meine Mutter. Großvater war Eisenbahnschaffner und zeitweilig auch „Bremser“. Dabei hatte er die Aufgabe, am letzten Wagen eines Zuges im „Bremserhäuschen“ eine Wagenbremse zu bedienen. Eines Tages wurde er in einen Eisenbahnunfall verwickelt, der angeblich durch das Nichtbeachten eines Haltesignals verursacht worden war. Dabei warf man ihm vor, er hätte das Signal von dem überhöhten Bremserhäuschen aus sehen müssen. Großvater brach sich durch das Auffahren auf einen stehenden Zug den Arm. Aufgrund dieser Verletzung und im Zusammenhang mit dem Unfall wurde er außer Dienst gesetzt. Inzwischen stellten Kollegen eine sachverständige Untersuchung an und fanden heraus, daß das Signal nicht wie angegeben auf „Halt“ stand. Sie beantragten bei der Großherzoglichen Kanzlei in Karlsruhe als letzter Instanz eine Revision des Falles. Diese wurde vorgenommen und es stellte sich heraus, daß falsche Aussagen gemacht worden waren. Großvater wurde freigesprochen. Da er wegen seiner Armverletzung keinen Dienst als Eisenbahnschaffner mehr leisten konnte, erhielt er bei der Post eine Stellung als Geldbriefträger. Als solcher ging er auch in den Ruhestand. Mein Vater als Lokomotivführer und Großvater als ehemaliger Eisenbahnschaffner verstanden sich sehr gut. Meine Mutter erzählte, daß die beiden gern miteinander „politisierten“. Dabei sprach mein Vater wohl mehr im Geiste von 1848. Großvater dagegen schätzte den Großherzog sehr, wohl auch im Hinblick auf die Revision seiner Verurteilung und den erfolgten Freispruch. Das Bild des Großherzogs Friedrich von Baden hing im Wohnzimmer der Großeltern. Später wechselte es in die elterliche Wohnung, wo ich es noch gut in Erinnerung habe.

In die Zeit von Großvaters Ruhestand fiel auch die „Affäre Dreyfus“. Sie beschäftigte damals die Öffentlichkeit und auch den Großvater. Dreyfus war französischer Offizier, der der Spionage für Deutschland beschuldigt worden war und in die Verbannung geschickt wurde. Bei der Revision des Falles stellte sich seine Unschuld heraus. Über diesen Fall, wie auch über Recht und Unrecht diskutierten Vater und Großvater zuweilen. Ein Beweis für Großvaters Anteilnahme an der „Affäre Dreyfus“ zeigte sich am Tag seines friedlichen Todes: Er saß im Lehnstuhl, vornübergeneigt, vor ihm lag unter der Brille eine Zeitung. Auf der Zeitungsseite war zu lesen, daß Dreyfus rehabilitiert worden war. Großvater starb genau an seinem 75. Geburtstag, ein Jahr vor der Jahrhundertwende.



*Badischer Dragonerhelm.
Zeichnung: L. Merz*

Mz

Klaus Kempter

Sozialfürsorge oder Sozialpolitik?
Camilla Jellinek und das „Kellnerinnenelend“

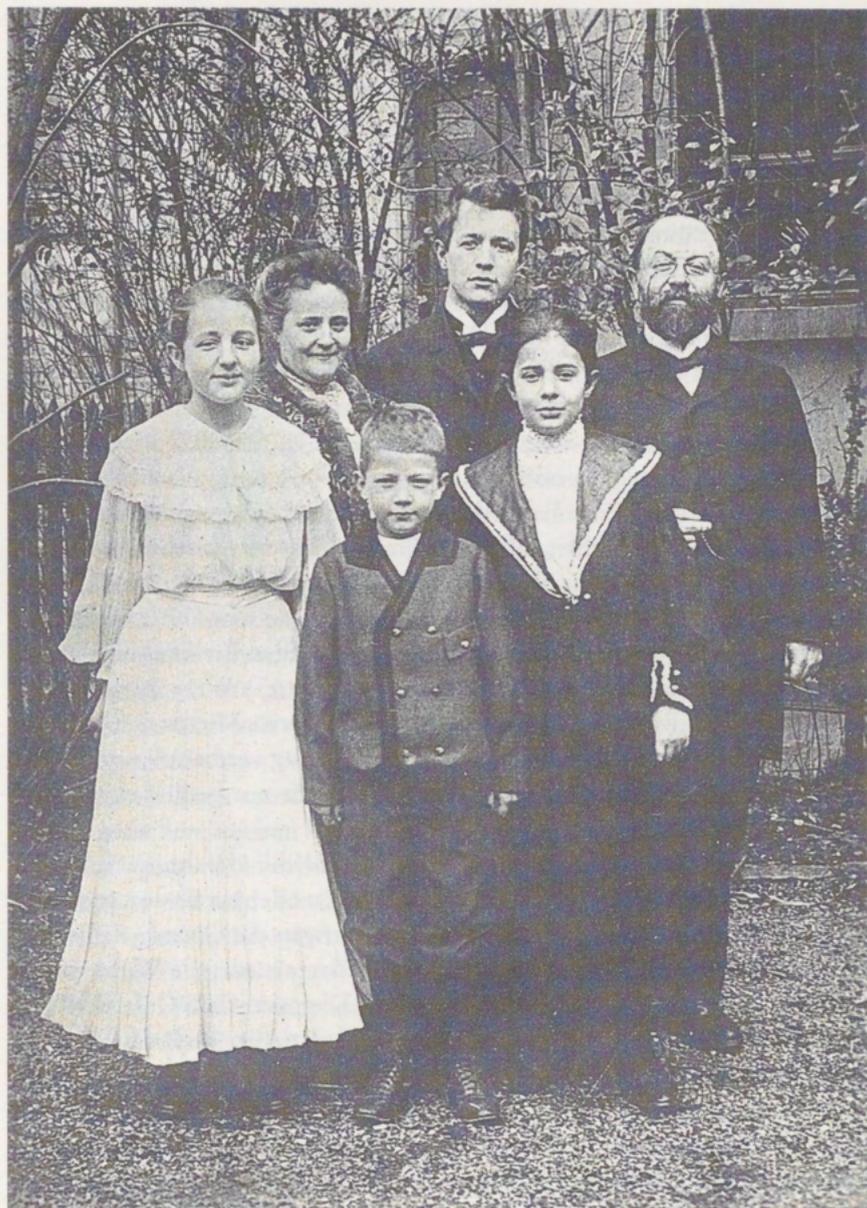
„Es ist (...) kein Wunder, daß ich meine erotischen Aufwallungen dort suchte, wo sie ein junger Student in Heidelberg vor allem sucht: in den Gaststätten und Bierstuben mit weiblichen Bediensteten, unter den Kellnerinnen.“ Mit diesen Worten beschrieb der polnische Schriftsteller Ferdynand Hoesick, der 1886/87 zwei Semester lang an der Universität Heidelberg studiert hatte, aus der Rückschau sein damaliges sexuelles Erwachen¹. In prahlerischem Ton erzählte Hoesick von seinen Abenteuern mit der „schönen Anna“, einer „sehr appetitlichen Brünetten sinnlichen Typs“, mit dem „anmutigen und koketten ‚Gretchen‘“ und mit Lilli, die – „sehr hübsch, aber mehr noch sinnlich und wüst“ – sich „durch das auszeichnete, was sie ‚Liebe machen‘ nannte, und wovon sie nicht genug bekommen konnte“. In dieser kurzen Schilderung der Beziehungen zwischen Studenten und Heidelberger Kellnerinnen spiegelt sich, ins Positive gewendet, das vorherrschende zeitgenössische Bild, das die „bessere Gesellschaft“ nicht nur in Heidelberg vom weiblichen Gasthofspersonal, besonders den Kellnerinnen, hatte. Dieser Berufsstand wurde weithin als Vorstufe zur Prostitution angesehen. „Die Kellnerin gilt“, so meinte die Frauenrechtlerin Anna Pappritz kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, mithin noch knapp dreißig Jahre nach Ferdynand Hoesicks launiger Darstellung, „in der allgemeinen Schätzung als das ‚gefällige‘ Mädchen, das der Mann als ‚leichte Beute‘, die ehrbare Frau als eine Gefahr für die Sittlichkeit der männlichen Jugend ansieht.“²

Die Kellnerinnen waren vor allem wegen dieser vermeintlichen oder tatsächlichen moralischen Fragwürdigkeit schon vor der Jahrhundertwende ins Blickfeld einer sozialpolitisch interessierten, gewerkschaftlich oder sozialfürsorgerisch orientierten Öffentlichkeit gerückt. Als erster hatte sich der bekannte Jurist Rudolf von Ihering in einer Broschüre über „Das Trinkgeld“³ mit den später so genannten „Gastwirtsgehilfinnen“⁴ beschäftigt, bald darauf auch der bedeutende Nationalökonom Gustav von Schmoller in einer Arbeit über „Die Konzessionierung des Schankbetriebs in Preußen“⁵. Schließlich begann auch die sich ausweitende bürgerliche Frauenbewegung, die soziale Lage der Kellnerinnen zu thematisieren⁶.

Aber nicht nur die Außenwelt, auch die Kellnerinnen selbst empfanden ihre Lebenssituation als höchst problembeladen. In Heidelberg, wo der weibliche Anteil am Bedienungspersonal der Gasthöfe knapp 60 Prozent betrug⁷, gehörten viele von ihnen zu den Klientinnen der 1900 gegründeten „Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen“, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Frauen mit psychosozialen Problemen, überwiegend solchen mit „Dienst- und Lohnstreitigkeiten, Mietstreitigkeiten, Ehestreitigkeiten usf.“⁸ Beraterisch und unterstützend zur Seite zu stehen. Die – ehrenamtliche – Leiterin der Heidelberger Rechtsschutzstelle, Camilla Jellinek, wurde aufgrund der Erfahrungen, die sie mit Kellnerinnen machte, zu einer der prominentesten Aktivistinnen auf dem Gebiet des Kellnerinnen-Schutzes.

Camilla Jellinek war als Camilla Wertheim 1860 in Wien geboren worden. Sie entstammte einer bildungsbürgerlich geprägten Familie und hatte so auch ohne den Besuch einer Schule – auf dem Gymnasium waren Mädchen nicht zugelassen – eine recht umfassende literarische und fremdsprachliche Bildung genossen. „Ich hatte das große Glück“, so beschrieb sie es später, „in meinem Elternhause das zu finden, was öffentliche Schule und Universität den Mädchen damals noch verweigerten. Meine Eltern und die Geschwister meines Vaters, die unseren Haushalt teilten, weckten und pflegten frühzeitig meinen Bildungsdrang.“⁹ 1883 heiratete Camilla Wertheim den außerordentlichen Professor des Völkerrechts an der Universität Wien, Georg Jellinek, und zog 1890 mit ihm und ihren zwei Kindern Walter und Dora – der älteste Sohn Paul starb 1889 fünfjährig an Diphtherie – nach Basel, im Jahr darauf nach Heidelberg um, wo Georg Jellinek ein Ordinariat für Staatsrecht, Völkerrecht und Politik erlangen konnte¹⁰. Camilla Jellinek ging in diesen Jahren ganz in ihrer Rolle als „Gattin, Hausfrau und Mutter“¹¹ auf. Sie bekam zwischen 1891 und 1896 noch drei Kinder, von denen eines im Alter von 3½ Jahren starb. Erst als Marianne Weber sie im Jahr 1900 fragte, ob sie zur Mitarbeit an der neugegründeten Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen bereit sei, begann das öffentliche Wirken der inzwischen Vierzigjährigen. In den folgenden Jahrzehnten widmete sie sich der Leitung der Rechtsschutzstellen und zahlreichen weiteren Tätigkeiten innerhalb der Frauenbewegung mit erstaunlicher Energie¹².

Die Kellnerinnen rückten um 1907 ins Zentrum ihrer fürsorgerischen und dann auch politischen Aktivitäten. In dem unter anderem von den Heidelberger Ökonomen Max Weber und Edgar Jaffé herausgegebenen „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ veröffentlichte sie im Mai 1907 einen längeren Aufsatz, in dem sie die sozialen Mißstände, denen Kellnerinnen ausgesetzt waren, anschaulich darstellte, wobei sie neben persönlichen Schilderungen von Betroffenen die wenige bislang zu dem Thema erschienene Literatur verarbeitete¹³.



Camilla Jellinek (2.v.l.) mit ihren Kindern und ihrem Mann Georg Jellinek, ca. 1901. Foto aus Privatbesitz.

Unter anderem verwies sie auf die mangelnde Sicherheit der materiellen Existenz, die mit dem Beruf zwangsläufig zusammenhing. Eine geregelte Bezahlung der Kellnerinnen war praktisch unbekannt. Sie erhielten keinen Lohn von den Gastwirten, sondern waren ganz auf die Freigiebigkeit der Gäste angewiesen, die sie mit Trinkgeldern entlohnten – „ein Lotto unter anderem Namen!“¹⁴. Die Wirte wiederum trieben von den Kellnerinnen Abgaben ein, etwa ein „Bruchgeld“, das dazu dienen sollte, Schäden am Geschirr und sonstigen Inventar finanziell teilweise von der Angestellten kompensieren zu lassen, oder beispielsweise Gebühren für die Benutzung der Toiletten und ähnliches mehr¹⁵.

Ein weiteres Problem der Kellnerinnen bestand laut Camilla Jellinek darin, eine geeignete Wohnung zu finden, denn sie wurden „von anständigen Leuten nicht gern aufgenommen“, da sie in dem Ruf standen, der Prostitution nachzugehen oder anderweitig einem unmoralischen Lebenswandel anzuhängen. Eine Folge dieser sozialen Ablehnung war aber, daß die Betroffenen erst recht „auf die Bahn des Lasters getrieben“ wurden, denn wo kein Zimmer bei einem ehrlichen Vermieter zu einem bezahlbaren Preis zu bekommen war, da gerieten sie um so öfter an zwielichtige Gestalten, die aus ihrer „Wohltat“, einer Angehörigen des übel beleumdeten Berufes eine Unterkunft zu geben, einen Extraprofit schlagen wollten. Die Kellnerin mußte also einen um so höheren Mietpreis bezahlen, und: „Wenn sie auf ehrliche Weise dazu nicht genug verdient – nun es gibt noch andere Methoden! Herrenbesuch wird nicht nur geduldet, sondern begünstigt!“¹⁶

Die Ausbeutung durch Vermieter, ebenso wie die Gefahr, nach Schließung der Gaststätte Opfer von Vergewaltigungen oder zumindest massiven sexuellen Übergriffen zu werden, waren im übrigen die Gründe dafür, daß von seiten der Kellnerinnen des öfteren gefordert wurde, die Wirte sollten für ihre Unterbringung im Gasthof sorgen¹⁷. Die „sittlichen Gefahren“ des Kellnerinnenberufs gaben auch den Ausschlag dafür, daß sich Camilla Jellinek um die Belange der Mädchen zu kümmern begann. Wohl nicht, weil sie prüde gewesen wäre, sondern wegen des seelischen und körperlichen Verfalls, den sie bei Angehörigen dieses Berufsstandes feststellen mußte, engagierte sich die Rechtsexpertin in den Jahren 1907 bis 1910 vehement gegen die Mißstände. Dies erschien ihr um so notwendiger, als die Kellnerinnen von sich aus zu einer angemessenen Beurteilung der eigenen Lage und zur Organisierung und schlagkräftigen Wahrnehmung ihrer Interessen nicht imstande waren. Da die Ausübung des Berufs keinerlei Vorbildung verlangte, waren die üblichen Druckmittel von abhängig Beschäftigten hier wirkungslos. Streiks erschienen nicht denkbar, da eine

die Arbeit verweigernde Kellnerin jederzeit leicht ersetzt werden konnte. Außerdem begünstigte die geringe Größe der Gasthöfe und die damit verbundene kleine Anzahl der an einer Stelle Beschäftigten organisatorische Zusammenschlüsse nicht gerade, ebenso wie das ständige Konkurrieren aller gegen alle um die begehrten Trinkgelder¹⁸. Durch ihre fürsorgerische Praxis bestätigt, erklärte Camilla Jellinek später, im Jahre 1910: „Organisation eines ungelerten Frauenberufs, bei dem die Trägerinnen absolut nichts Spezifisches eint, ist erstens vollständig unmöglich, und wäre zweitens vollkommen wirkungslos, weil im Strikefalle (...) sofort ein Ersatzheer zur Stelle wäre.“¹⁹

Die Kellnerinnen selbst konnten demnach nicht das Subjekt eines Kampfes für Veränderungen sein; diese Aufgabe mußten Außenstehende für sie übernehmen. Camilla Jellinek betrachtete diese Situation als durchaus nicht ungewöhnlich: „Sind je Schutzgesetze auf Antrag der zu Schützenden durchgesetzt worden? Haben je Bergarbeiterinnen etwa verlangt, daß ihr Beruf gesperrt werde? Haben die Fabrikarbeiterinnen selbst um ein Verbot der Nacharbeit gebeten?“

Die sozial Unterprivilegierten, so beschrieb die Frauenrechtlerin das Selbstverständnis ihrer eigenen Arbeit und dasjenige vieler engagierter bürgerlicher Frauen, die „beschützend“ für ihre „armen Schwestern“ tätig sein wollten²⁰, mußten von Angehörigen höherer, nämlich gebildeter, Schichten geführt werden.

Camilla Jellinek stand dabei keineswegs allein. Auch andere Frauen aus gutbürgerlichen Kreisen waren auf das Schicksal der Serviermädchen aufmerksam geworden²¹. Ihre offensichtliche Konfrontation mit sexueller Belästigung und sexueller Gewalt und daraus entstehende soziale Folgeprobleme wie uneheliche Geburten und weiterer sozialer und moralischer Abstieg hatten schon einige Jahre zuvor Frauen dazu bewogen, sich um den „sittlichen Halt“ der Mädchen zu sorgen und fürsorgerisch tätig zu werden, ähnlich wie das für die Belange der Heimarbeiterinnen geschehen war²². In Berlin und München hatte man versucht, Vereine mit entsprechender Zielsetzung zu gründen. Bekannt wurde dann vor allem der Stuttgarter Verein von Otilie Duvernoy, der sich zum Zentrum der entstehenden Kellnerinnenbewegung entwickelte. Otilie Duvernoy hatte als erste einige Probleme auch praktisch in Angriff genommen, indem sie ein Heim gründete, wo Kellnerinnen preisgünstig und sicher vor Übergriffen wohnen konnten²³. Der entscheidende Antrieb für die Einrichtung von Kellnerinnenheimen war der Wille zur Bekämpfung der Prostitution²⁴. Die billigen Unterkünfte sollten es den Mädchen leichter machen, auf Zusatzeinnahmen aus der Prostitution zu verzichten; es wurden Stellenvermittlungen eingerichtet, um

die Ausbeutung durch professionelle „Mädchenhändler“ zu verhindern, und man warb für berufliche Alternativen. Auch andere Dienstleistungen wie Rechtsberatung, Pflege von unehelichen Kindern und ähnliches wurden hier angeboten, ebenso wie Einblicke ins bürgerliche Kulturleben, etwa wenn die engagierten Damen Klaviervorträge gaben oder mit den Heimbewohnerinnen Volkslieder sangen und ihnen „gute“ Literatur vorstellten. Das Ziel, und darauf versuchten vor allem die Hausmütter mit Ermahnungen und Kontrollen hinzuwirken, war eine tiefgreifende Veränderung der Lebensgewohnheiten, des Lebenswandels der betroffenen Frauen, letztlich deren Anpassung an die von den Fürsorgerinnen repräsentierten bürgerlichen Sittlichkeitsnormen.

Ein solches Kellnerinnenheim – und einen Trägerverein – gründete Camilla Jellinek im Herbst 1907 in Heidelberg²⁵, und sie hatte fortan, „da das Heim gut besucht ist, fortwährend Gelegenheit (...), die Theorie mit der Wirklichkeit zu vergleichen“²⁶, was zur Verifizierung ihres in ihrem ersten Aufsatz ausgebreiteten Bildes führte, ja, sie fand ihre „pessimistischen Ansichten (...) noch übertroffen“²⁷.

Zunächst war sie wohl etwas überrascht von der äußerst geringfügigen Wirkung ihrer eigenen Organisationsbemühungen. Dem Verein traten neben etwa 300 Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsschichten nur 25 Kellnerinnen bei. Camilla Jellineks Erfahrungen mit dieser speziellen Klientel veranlaßten sie, nicht bloß die von ihr schon früher erkannten objektiven Faktoren für die mangelnde Organisationsbereitschaft und Solidaritätsfähigkeit verantwortlich zu machen. Vielmehr erschien es ihr nun sicher, „daß das Hauptmoment gegen jede Organisation in den Kellnerinnen selbst liegt.“²⁸ Sie war sich nach den ersten Erfahrungen (und Enttäuschungen) in der praktischen Tätigkeit für die Kellnerinnen offenbar darüber klar geworden, daß sie, obwohl mit den Mißständen im Gastwirts-gewerbe vertraut, ein illusionäres Bild von ihrer Klientel gehabt hatte: „Überhaupt habe ich gefunden, daß in der ganzen Kellnerinnenfrage durchaus nicht Recht und Unrecht glatt verteilt ist, etwa Unrecht bei den Wirten und Recht bei den Mädchen. Das Unrecht liegt vielmehr in den Verhältnissen des Berufs, die jede bessere Regung sowohl der Dienstgeber als der Dienstnehmer ersticken.“²⁹

Die entwürdigenden sozialen Umstände, die Abhängigkeit von Ausbeutungsstrukturen hatten offensichtlich schlimmere Auswirkungen auf die Persönlichkeit der Mädchen, als sie zunächst angenommen hatte. Die Kellnerinnen waren „so zerrieben, so verdorben, daß ihnen der Sinn für Moral und Anstand ganz abhanden“ gekommen war, was sich unter anderem daran zeigte, daß manche von ihnen versucht hatten, „unmittelbar nach

geselligen Zusammenkünften, bei denen wir sie bewirtet und über ihre Lage teilnehmend und eingehend mit ihnen gesprochen, die Kasse erbrechen wollten, die für bedürftige Kolleginnen ausgelegt worden war.“³⁰ Dieses fehlende Solidaritätsgefühl war unter anderem die Folge von tiefer Verbitterung über das eigene schwere Schicksal. Die Haltung einer Kellnerin, „sie habe alles durchmachen müssen, also solle es die andere auch“³¹, galt Camilla Jellinek als nicht untypisch.

Die schlechten Erfahrungen, die sie im Zusammenhang mit dem Heidelberger Heim machte, ließen sie bald von der im engeren Sinne fürsorgerischen Tätigkeit Abstand nehmen. Schon im März 1909 berichtete die Zeitschrift „Die deutsche Kellnerin“ über die Auflösung des Kellnerinnenheims³².

Nicht erst persönliche Enttäuschungen, sondern schon ihre erste Analyse der Lage der Kellnerinnen führte die autodidaktische Juristin Camilla Jellinek schon 1907 zu dem Schluß, daß eine grundlegende Verbesserung nicht mit schrittweise zu vollziehenden Reformen erreicht werden konnte. Der umfassenden Misere war nur mit ebenso umfassenden Gegenmaßnahmen beizukommen: Sie forderte ein „vollständiges Aufhören des Kellnerinnenberufes“³³, d.h. analog zu ähnlichen Bestimmungen für Branchen wie dem Untertage-Bergbau und solchen, wo „Präservativs, Sicherheitspessarien etc. angefertigt werden“, sollte die Beschäftigung von Frauen gänzlich mittels eines Gesetzes verboten werden. Dem Argument, daß die ersten Leidtragenden eines solchen Gesetzes weder Wirte noch Stellenvermittler, sondern die Frauen selbst sein würden, begegnete sie zunächst mit dem lapidaren Hinweis, in einer Zeit, in der sich Frauen so viele neue Berufszweige eröffneten, komme es auf den Verlust eines einzigen nicht an, im übrigen würden wegen des Nachrückens von männlichen Kellnern in anderen Bereichen auch Stellen für Frauen frei.

Als jedoch ihr Verbotsvorschlag, der 1907 erstmals geäußert wurde, von verschiedenen Seiten, auch aus den Reihen der Frauenbewegung, nicht zuletzt wegen dieser unsozialen Komponente kritisiert wurde, versuchte sie, konkrete Berufsalternativen aufzuzeigen³⁴. Dazu gehörte für sie in erster Linie die Anstellung als Dienst- oder Hausmädchen, für deren Besserstellung man aber zuvor sorgen müsse³⁵. Überdies war ein weites Feld möglicher weiblicher Beschäftigung zu erschließen, nämlich das der sozialen Berufe, die Camilla Jellinek „die Zukunft für die Frau zu bedeuten“ schienen. Darunter faßte sie neben der Säuglingspflege die neuentstehenden Berufsbilder der Polizeiassistentin und der Fabrikinspektorin³⁶, und überhaupt gab sie sich ganz optimistisch, gerade was die künftigen Möglichkeiten von Frauen in „gelehrten Berufen“ anging³⁷.

Trotzdem kann aber ihre Haltung in Anbetracht der tatsächlichen sozialen Lage der betroffenen Frauen – auch wenn diese „durchaus nicht (...) nur (...) bescheidener Herkunft“ waren, sondern des öfteren auch durch unglückliche Umstände auf Abwege gekommene Töchter aus zumindest mittelständischen Familien – kaum anders als blauäugig genannt werden. Es handelte sich hierbei um die in den Augen von potentiellen Verbündeten aus der Frauenbewegung größte Schwachstelle in Camilla Jellineks Kampagne für das Verbot des Kellnerinnenberufs, ungeachtet der Tatsache, daß sie Härten für die bereits im Beruf stehenden Frauen mittels Ausnahmeregelungen vermeiden wollte.

Zunächst jedoch machte die radikale Verbotsforderung Furore. Sie wurde in der Tagespresse und in Versammlungen kontrovers diskutiert³⁸, es wurden Gegenvorschläge gemacht, die auf Reform statt Abschaffung des Kellnerinnenberufs abzielten³⁹. Insgesamt aber war der Zuspruch so groß, daß sich Camilla Jellinek entschloß, eine Petition an den Bundesrat, den Reichstag und das Reichsamt des Innern zu verfassen und dafür um Unterstützung zu werben⁴⁰.

Für ihren Vorschlag, eine Bestimmung in die Gewerbeordnung aufzunehmen, welche die Bedienung durch „Personen weiblichen Geschlechts“ untersagen würde⁴¹, sammelte sie 1909/10 die Unterschriften von Vereinen und Einzelpersonen⁴², die sich schließlich auf etwa 125000 addierten⁴³. Sie beschränkte sich in dem Petitionstext ganz auf einen einzigen Gesichtspunkt: den der moralischen Verwerflichkeit. Dies entsprach nicht nur ihrem eigenen Empfinden, sondern war wahrscheinlich auch das Ergebnis von strategischen Überlegungen. Das Argument der Unsittlichkeit konnte in relativ konservativen Parlamenten mehr Zuspruch erwarten als die Klage über materielle Ausbeutung und soziale Nöte. Daher betonte sie aufs schärfste die Nähe der Kellnerinnentätigkeit zur Prostitution: „Die Gewohnheit stumpft das Mädchen allmählich ab, und ohne mehr das Unwürdige ihrer Lage zu empfinden, trinkt sie oft bis zur eigenen Berausung und kommt den sexuellen Ansprüchen der Gäste nach.“⁴⁴

Es war sicherlich diese Sorge um die Würde der Mädchen und nicht Prüderie, die sie so scharf gegen die moralische Fragwürdigkeit des Kellnerinnengewerbes vorgehen ließ. Camilla Jellinek war zwar ursprünglich den bürgerlichen Konventionen ihrer Zeit stark verhaftet gewesen und hatte – wie auch ihr Mann – das Thema Sexualität innerhalb der familiären Kommunikation völlig tabuisiert⁴⁵; im Laufe ihrer Rechtsberatungstätigkeit kam sie aber so stark mit den nicht mit der konventionellen Sexualmoral übereinstimmenden Fakten des Frauenlebens in Berührung, daß sie bloßes Moralisieren unterließ. Wie aufgeklärt sie über sexuelle Fragen inzwischen

dachte, läßt sich etwa aus der Bemerkung schließen, mit der sie auf den Vorschlag reagierte, die Bezahlung durch Trinkgeld abzuschaffen: „Der Hang dazu liegt so sehr in der Natur des Menschen, daß man ebensogut sagen könnte, man wolle den außerehelichen Geschlechtsverkehr verbieten“⁴⁶.

Camilla Jellinek lehnte nicht einzelne Auswüchse im Gastwirtsgewerbe ab, sie bekämpfte die strukturell gegebene Gefahr der „kapitalistische(n) Verwertung der körperlichen Eigenschaften der Frau“⁴⁷. Von dem Beruf der Kellnerin behauptete sie, „daß er seinem, ihm selbst gegebenen, Wesen nach die tiefste Erniedrigung, die größte Schmach für unser Geschlecht bedeutet.“⁴⁸

Allerdings sammelten sich schon auf dem Höhepunkt der Bewegung die Gegenstimmen zum Jellinekschen Ansatz. In der von der Stuttgarter Richtung der Kellnerinnenbewegung herausgegebenen Zeitschrift „Die deutsche Kellnerin“, meldeten sich seit 1909 diejenigen zu Wort, die eine weniger radikale Lösung anstrebten. Dem Diktum Camilla Jellineks, wonach die sittliche Gefahr nicht von einzelnen Auswüchsen ausgehe, sondern im Wesen des Berufs angelegt sei, entgegnete die Autorin Hedwig Leonhardt, daß in der Aufgabe, Gäste zu bedienen, „für kein weibliches Wesen eine besondere Gefahr“ liege⁴⁹. Ihr galt nur die Tätigkeit der Animierdamen prinzipiell als moralisch verwerflich, die gewöhnlichen Kellnerinnen seien damit nicht gleichzusetzen. Zur Bekämpfung der unbestreitbaren Mißstände empfahl sie eine Ausweitung der fürsorgerischen Tätigkeit und die Aufhebung der reichseinheitlichen Regelung, um den einzelnen Landesteilen und Orten die Möglichkeit zu geben, weibliche Tätigkeit im Gastwirtschaftsgewerbe zu verbieten, falls die moralischen Fehlentwicklungen zu gravierend wurden.

Trotz der kritischen Haltung, die im Presseorgan der Fürsorgevereine an verschiedenen Stellen geäußert wurde, unterstützte auch der Stuttgarter Kreis Camilla Jellineks Petition, allerdings nicht mit ganzer Überzeugung und ohne Nachdruck. Camilla Jellinek berief sich zwar in öffentlichen Versammlungen auf die Unterschrift des Stuttgarter Vereins, des ältesten und bedeutendsten innerhalb der Kellnerinnenbewegung, aber auch sie sah, daß dessen Haltung nicht ganz eindeutig war, denn vor allem die Vorsitzende Ottilie Duvernoy wollte „in liebenswürdiger Inkonsequenz in der bisherigen Weise auch ferner an den Kellnerinnen arbeiten“⁵⁰ – für die Heidelbergerin ein nutzloses Unterfangen. Ottilie Duvernoy distanzierte sich von dem zustimmenden Votum ihres Vereinsvorstandes, das in ihrer Abwesenheit gefallen war⁵¹, und „Die deutsche Kellnerin“ rückte mehr und mehr von der Heidelberger Richtung ab. Die Verbotsforderung erschien ihr unrealistisch; man könne schließlich „einen Stand, der sich in

unserem Volk nun einmal fest eingelebt hat, nicht einfach mit einem Federstrich (...) beseitigen.“ In den zuständigen Gremien und in der ganzen „Männerwelt“, so erkannte man realistisch, war „durchaus keine Neigung vorhanden, die weibliche Bedienung einzuschränken, oder ganz auszuschalten“⁵².

Wichtiger als diese realpolitische Argumentation waren den Stuttgarterinnen aber die sozialen Folgen einer möglichen Abschaffung der Kellnerinnen-tätigkeit, d.h. die Folgen für die Frauen, denen man damit ein mögliches Feld beruflicher Betätigung versperrte. Vor einem solchen Schritt, so lautete von nun an die Parole, müsse man alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Mißstände mittels einzelner Reformmaßnahmen zu beseitigen.

Die erste und dringlichste Aufgabe im Rahmen eines solchen reformistischen Konzepts war der Aufbau einer machtvollen, zielbewußten Interessenorganisation der Kellnerinnen – eine Idee, die Camilla Jellinek strikt ablehnte. Eine Art von gewerkschaftlicher Organisation wurde nun propagiert als das „einzige Mittel, den Kellnerinnenberuf von seinen schweren Auswüchsen zu befreien und ihm eine gebührende Stellung im Volksganzen zu verschaffen.“⁵³

In krassem Gegensatz zu dem extrem „maternalistischen“ Standpunkt der Heidelberger Rechtsexpertin, wonach „die erste Vorbedingung jeden Schutzgesetzes“ war und immer sein würde, „daß die Unterdrückten Beschützer finden, die sich ihrer Sache annehmen“⁵⁴, stand für die Stuttgarter Richtung fest: „Es gibt keinen anderen Weg für den Stand, als den der Selbsthilfe. Die Hebung des Arbeiterstandes muß im letzten Grunde das Werk des Arbeiters selbst sein.“⁵⁵

Die Münchnerin Ika Freudenberg schloß sich dieser Einschätzung an, indem sie, gegen Camilla Jellinek gerichtet, betonte, „daß die weiblichen Arbeitskräfte, die im Gastwirtsgewerbe tätig sind, ebenso gut organisiert werden können wie etwa Dienstboten oder Heimarbeiterinnen.“ Man dürfe nur nicht den Fehler begehen, sie in die Verbände der männlichen Kellner einzugliedern, denn dann fielen ihre spezifischen Interessen unter den Tisch⁵⁶.

Diesem nicht mehr beschützend-, „maternalistischen“, sondern modern-gewerkschaftlichen Ansatz entsprechend, gründete sich in Stuttgart „nach dem Muster des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands“⁵⁷ am 1. Januar 1910 der christlich-national orientierte „Zentralverband der Gastwirtsgehilfinnen Deutschlands“, der die Bemühungen der Heidelbergerinnen explizit bekämpfte. Otilie Duvernoy entzog ihnen die Unterstützung vollständig, da „heute keine einzige Stimme mehr unter uns ein Unterschreiben der Jellineckschen Petition befürworten würde!“⁵⁸

Schon Anfang 1910 wurden die feindseligen Töne gegen die Petition immer lauter. Neben dem Stuttgarter Verein waren es vor allem die bayerischen Fürsorgerinnen, die Camilla Jellinek unterstellten, sie wolle die Kellnerinnen brotlos machen⁵⁹. In der Forderung nach Abschaffung des Berufes sahen viele nicht einen Weg, das „Kellnerinnenelend“ zu beseitigen, sondern einen Angriff auf die betroffenen Frauen selbst. „Weit entfernt also davon, eine Abschaffung des Kellnerinnenberufes zu verlangen, erblicken wir vielmehr in dieser Forderung eine rücksichtslose Willkür, ja geradezu eine Verletzung der Menschenrechte.“⁶⁰

Der zunächst enorme quantitative Erfolg der Petition wurde also bald dadurch zunichte gemacht, daß die von Anfang an instabile Basis noch während des Aufschwunges der Bewegung wieder abbröckelte. Als Konsequenz nicht so sehr der Zerstrittenheit zwischen Heidelberg und – vor allem – Stuttgart, sondern des fehlenden gesetzgeberischen Willens war dem Verbotsantrag kein Erfolg beschieden. Die bürgerliche Frauenbewegung, die ihn gerade noch massiv mit Unterschriften unterstützt hatte, beschäftigte sich 1910 auf der 9. Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine (BDF), die ausgerechnet in Heidelberg stattfand, an herausgehobener Stelle mit der Kellnerinnenfrage. Camilla Jellinek brachte dort noch einmal ihre Argumente vor, aber sie konnte die Versammlung nicht mehr beeindrucken; die Stimmung hatte sich in kürzester Zeit gedreht, so daß eine Vertreterin des Stuttgarter Standpunkts, Milka Fritsch aus Königsberg, die Anwesenden leicht auf ihre Seite ziehen konnte. Ihre Forderung nach weiterer Untersuchung des Problems und darauf aufbauenden Reformvorschlägen wurde mit großer Mehrheit angenommen, was in der „deutschen Kellnerin“ mit unvekennbarer Häme kommentiert wurde: „Frau Gh. Hofrat Jellinek (...) erlitt dadurch eine glänzende Niederlage.“⁶¹

Der BDF hatte sich damit die Auffassung zu eigen gemacht, „daß es möglich und notwendig ist, die Notstände im Kellnerinnengewerbe durch gründliche Reformen zu beseitigen“⁶². Der Gedanke an ein Verbot für Frauen, in diesem Beruf tätig zu werden, wurde nicht nur abgelehnt, sondern es setzte sich in der Frauenbewegung mehr und mehr die Ansicht durch, daß die Tätigkeit der Kellnerin wegen ihrer Nähe zu den sorgenden Tätigkeiten in der Familie „etwas spezifisch Weibliches“ habe und sogar als Berufsfeld für Frauen, besonders für solche, die – wie etwa ledige Mütter – sich in sozialen Problemlagen befanden, Förderung verdient habe⁶³.

Camilla Jellinek wandte sich nach ihrer Niederlage von der Kellnerinnenfrage mehr und mehr ab, nachdem sie ihr sozialfürsorgerisches Engagement für die Gastwirtsgehilfinnen schon Anfang 1910 eingestellt hatte⁶⁴.

Ihr Versuch, die Arbeit der von der BDF-Generalversammlung eingerichteten Kommission zum Kellnerinnenproblem in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie die Beteiligten zu einer „vorurteilslosen“ Untersuchung auf-foderte, die auch zu dem Ergebnis führen könne, die Mißstände seien eben mittels Reformen tatsächlich nicht zu beheben, war bloß noch ein letztes Rückzugsgefecht⁶⁵.

Anmerkungen

- 1 Siehe F. Hoesick, Zwei Semester in Heidelberg (1886–87). Erinnerungen eines pol-nischen Schriftstellers, in: Ruperto Carola XII/1960, Bd. 28, 61–75, hier 67.
- 2 A. Pappritz, Die Kellnerinnenfrage, in: Stellung und Aufgaben der Frau im Recht und in der Gesellschaft, Hg. E. v. Soden, Stuttgart 1914, 136–143, hier 137.
- 3 Zuerst erschienen in: Westermann's Monatshefte 26/1882.
- 4 Diese Bezeichnung, die sich letztlich doch nicht durchsetzen konnte, wurde vor allem wegen des Negativ-Images der „Kellnerin“ einzuführen versucht. Vgl. Pappritz, 137.
- 5 In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 14/1890. Zu diesen frühen Arbeiten vgl. auch H. Peter, Zur Lage der Kellnerinnen in Baden, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (im Folgenden: AfSS) 24/1907, 558–612.
- 6 Vgl. B. Kerchner, Beruf und Geschlecht. Frauenverbände in Deutschland 1848–1908, Göttingen 1992, 260ff.
- 7 Peter, 575. Damit entsprach er ziemlich genau dem badischen Durchschnitt, der weit über dem Durchschnitt von ca. 33 Prozent für das Reichsgebiet insgesamt lag.
- 8 Camilla Jellinek u.a., Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen Heidelberg, Hei-delberg 1902.
- 9 So Camilla Jellinek in einem kurzen Lebenslauf, in: Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Camilla Jellinek (N 1137), Nr. 19.
- 10 Vgl. K. Kempter, Die Jellineks 1820–1955. Eine familienbiographische Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 52), Düssel-dorf 1998.
- 11 Marianne Weber, Camilla Jellinek. Zum 70. Geburtstag, in: Heidelberger Tageblatt, 23.9.1930.
- 12 Vgl. R. Schade, Frauen helfen Frauen. Camilla Jellinek und die Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen e. V. in Heidelberg, in: Feministische Studien 2 (1989), 135–144; K. Kempter, Die Frauenfrage als Rechtsfrage: Camilla Jellinek (1860–1940), in: Frauengestalten. Soziales Engagement in Heidelberg (Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, 6), 37–52.
- 13 C.J., Kellnerinnenelend, in: AfSS 24/1907, 613–629. Vgl. auch den Bericht von H. Peter, a.a.O., der auf umfangreiches statistisches Material zurückgriff.
- 14 C.J., Kellnerinnenelend, 621. Allerdings war wohl auch die Bezahlung mittels Provi-sionen für den Alkoholverkauf nicht unüblich. Vgl. Pappritz, 138.
- 15 Vgl. dazu, detaillierter als bei Camilla Jellinek: Pappritz, 138, die sich hier auf eine Umfrage unter 1000 Kellnerinnen stützte.
- 16 C.J., Kellnerinnenelend, 619.
- 17 Ebd., 618.

- 18 Ebd., 621f.
- 19 C.J., Petition deutscher Frauen betreffend das Verbot weiblicher Bedienung in Gast- und Schankwirtschaften. Definitive Fassung. Zugleich Kritik der gegnerischen Argumente, Gautzsch bei Leipzig 1910, 16.
- 20 „Protektionistische Vereinsformen“, wie Kerchner, 100, diese bürgerlichen Organisationsbemühungen nennt, waren im 19. Jahrhundert in der Arbeiterinnenbewegung noch vorherrschend gewesen, ähnlich wie in der frühen (männlichen) Arbeiterbewegung, die von bürgerlichen Liberalen geführt worden war.
- 21 Allerdings ist der zitierte Aufsatz von Camilla Jellinek wohl eine der ersten annähernd sozialwissenschaftlichen Untersuchungen in diesem Zusammenhang.
- 22 Diese Parallele zieht Kerchner, 263. Zur Bewegung für die Heimarbeiterinnen vgl. ebd., 243ff.
- 23 Vgl. O. Duvernoy, Kellnerinnen-Fürsorge, in: Die deutsche Kellnerin. Zeitung für die Interessen der deutschen Kellnerinnen (im Folgenden: DDK), 3/1908, 29f. In dem von ihr selbst redigierten Organ gab O. Duvernoy eine Schilderung der Aktivitäten im Stuttgarter Kellnerinnenheim, auf die sich auch die hier gegebene Darstellung stützt. Laut dem Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine 9.1907/08, 100, wurden in den Kellnerinnenheimen bevorzugt stellungslose Kellnerinnen aufgenommen.
- 24 Kerchner, 262.
- 25 Die Gründungsversammlung fand laut Centralblatt 9.1907/08, 134, am 12. November statt. Vorausgegangen war eine Geldsammlung, um das Projekt finanzieren zu können. Es kamen 2140.– Mark zusammen, und die Stadt Heidelberg gewährte einen jährlichen Zuschuß von 200.– Mark. Siehe den Kassenbericht für das Kellnerinnenheim, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1137/11. Standort des Heims war die Sandgasse 10. Der Logierpreis betrug in der ersten Nacht 60 Pfennige, in den folgenden Nächten 50 Pfg., Frühstück kostete 15, Mittagessen 60 Pfennige. Siehe DDK 3/1908, 16 u.ö. (Adressenteil).
- 26 In DDK 3/1908 findet sich ein kurzer Tätigkeitsbericht des Heidelberger Heimes, in dem für das erste Jahr seines Bestehens zwischen Oktober 1907 bis Oktober 1908 eine Zahl von 2522 Übernachtungen angegeben wird.
- 27 C.J., Zur Kellnerinnenfrage, in: AfSS 27/1908, 513–525, hier 513f.
- 28 Ebd., 515.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd., 517.
- 31 Ebd., 518. Vgl. Peter, 579.
- 32 DDK 4/1909, 12: „Traurige Erfahrungen mit den das Heim besuchenden Gästen sollen das Komitee zu dem schweren Schritte bewogen haben.“ Ihre Beratungstätigkeit speziell für Kellnerinnen im Rahmen einer „Auskunftsstelle“ erhielt C. Jellinek gleichwohl bis ins Jahr 1910 aufrecht. Vgl. die Adressenlisten in DDK 4/1909, 16, 24, 28 u.ö.
- 33 C.J., Kellnerinnenelend, 626. Vgl. Heidelberger Tageblatt, 11.2.1907. Ähnliche Vorschläge waren schon in den 1890er Jahren von Sittlichkeitsvereinen gemacht worden. Vgl. Peter, 563.
- 34 C.J., Zur Kellnerinnenfrage, 523f.
- 35 Vor der Revolution 1918 waren Diensthofen aufgrund von Dutzenden von im Reich bestehenden Gesindeordnungen Personen mit minderem Rechtsstatus. Zur sozialen

- und rechtlichen Lage der Dienstmädchen vgl. bspw. I. Weber-Kellermann, *Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte*, Frankfurt a.M. 5. Aufl. 1970, 118ff.
- 36 Die erste weibliche Fabrikinspektorin Deutschlands war eine Bekannte von Camilla Jellinek, Else Jaffé v. Richthofen, die zeitweilige Schriftführerin der Heidelberger Rechtsschutzstelle. Vgl. *Handbuch der Frauenbewegung*, V. Teil, Berlin 1906, 271.
- 37 Camilla Jellinek vertrat in diesem Punkt Ansichten, die selbst in der Frauenbewegung nicht ungeteilte Unterstützung fanden, etwa wenn sie, an konservative Kritiker gerichtet, schrieb: „Man möge – ganz allgemein gesprochen – nicht, bestimmte Berufe für spezifisch männlich, andere für spezifisch weiblich halten. Dazu wechseln zu sehr die äußeren Bedingungen. Auch hier kann es Umwertung aller Werte geben.“ C.J., *Zur Kellnerinnenfrage*, 524.
- 38 Ebd., 513.
- 39 Dazu gehörten v.a. die Forderungen nach Verbot des Trinkgeldgebens, nach Abschaffung privater Stellenvermittlung, nach Aufnahme der Kellnerin in die Wohnung des Wirts und nach Einführung einer geregelten Lehrzeit; diese Vorschläge wurden von Camilla Jellinek allesamt abgelehnt. Siehe z.B. C. Linzen-Ernst, *Zur Kellnerinnenfrage*, in: *Centralblatt des BDF* 11.1909/10, 82f.; C.J., *Petition*, 14ff.
- 40 Petitionen an die Legislativorgane zu richten, war in dieser Zeit, als die Frauen vom allgemeinen Wahlrecht noch ausgeschlossen waren, eine oft angewandte Methode der Frauenbewegung, für die Durchsetzung ihrer Forderungen einzutreten.
- 41 C.J., *Petition*, 3. Ausnahmen waren nur für Orte mit weniger als 5000 Einwohnern vorgesehen, wo nach C. Jellineks Ansicht die Verwahrlosung der Sitten noch nicht eingetreten war.
- 42 Der überwiegende Teil bestand aus Vereinsunterschriften. Allerdings ging Camilla Jellinek auch tatsächlich mit Unterschriftenlisten herum und versuchte, ihre Bekannten zur Unterstützung zu bewegen. So konnte sie beispielsweise die Ehefrau des Philosophieprofessors Wilhelm Windelband, eines guten Freundes Georg Jellineks, zur Unterschrift bewegen. Diese wurde später jedoch auf Druck des antifeministisch eingestellten Ehemanns wieder zurückgezogen. Vgl. P. Honigsheim, *Max Weber in Heidelberg*, in: *Max Weber zum Gedächtnis. Materialien und Dokumente zur Bewertung von Werk und Persönlichkeit*, Hg. R. König/J. Winkelmann, Köln/Opladen 1963, 176.
- 43 C.J., *Petition*, 2.
- 44 Ebd., 4.
- 45 Siehe die Aufzeichnungen ihrer Tochter: Dora Busch, *Meine Erinnerungen an Onkel Emil*, in Privatbesitz.
- 46 C.J. *Petition*, 15.
- 47 Ebd., 30.
- 48 Ebd., 3.
- 49 H. Leonhardt, *Noch ein Wort zur Kellnerinnenbewegung*, in: *DDK* 4/1909, 41f.
- 50 Vgl. den Bericht über die Versammlung „von Vorständen und Vertretern verschiedener Vereine“ in Karlsruhe am 30.11.1909, in *DDK* 5/1909, 1f.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd.: „Wir haben hier mit mächtigen Faktoren zu rechnen, mit der Macht Alkohol, deren Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften wir auf Schritt und Tritt verfolgen können.“
- 53 Ebd.

- 54 C.J., *Petition*, 20.
- 55 DDK 5/1910, 1.
- 56 I. Freudenberg, *Ueber Kellnerinnen-Organisation*, in: *Centralblatt* 11.1909/10, 74–76.
- 57 O. Duvernoy, in: DDK 5/1910, 6f.
- 58 Ebd.
- 59 DDK 5/1910, 13.
- 60 Ebd., 9. Vgl. auch P. Krug, *Zur Kellnerinnenfrage*, in: DDK 5/1910, 25f.
- 61 Vgl. den Bericht in: DDK 5/1910, 45.
- 62 So Pappritz, 137.
- 63 Vgl. Kerchner, 268; Pappritz, 142, erkannte an, daß „der Beruf der Kellnerin ein dem weiblichen Geschlecht durchaus angemessener Erwerbszweig ist“; ähnlich E. Lüders, *Zur Kellnerinnenfrage*, in: *Centralblatt* 11.1909/10, 83.
- 64 In DDK 5/1910, 8, ist unter der Rubrik „Auskunftsstellen“ erstmals nicht sie, sondern „Frau Pfarrer Kammerer, Plöck 47“ als Kontaktperson genannt.
- 65 C.J., *Zur Bundesenquête über den Kellnerinnenberuf*, in: *Centralblatt* 13/1911, 41–43. Vgl. dazu auch die Bemerkungen von Anna Pappritz, der Vorsitzenden der Kommission, die für die Enquête zuständig war, ebd., 43.



75
Jahre



Bauen und Gestalten in sozialer Verantwortung

- Mietwohnungen, Eigentumswohnungen, Eigenheime
- Alten- und behindertengerechte Wohnungen. Betreutes Wohnen
- Bau von Kindergärten und an deren Einrichtungen

Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH
Bluntschlistr. 14, 69115 Heidelberg
Telefon 06221 / 53050, Fax 06221 / 5305111

Das Wohnungsunternehmen der Stadt Heidelberg

Norbert Giovannini

„... dass Sie eine Welt schildern, in der auch ich gelebt habe“
Karl Jaspers an Hugo Marx 1965

Während der Absender des hier erstmals veröffentlichten Briefs – der seit 1948 in Basel lebende und dort 1969 verstorbene ehemalige Heidelberger Philosophieordinarius Karl Jaspers¹ – im Namensgedächtnis der gebildeten Öffentlichkeit einen noch immer respektablen Platz hat, ist der Adressat Hugo Marx selbst im lokalgeschichtlichen Kontext vergessen. Jaspers' wohlwollend-distanzierte Antwort auf die Zusendung der Marxschen Autobiographie *Werdegang eines jüdischen Staatsanwalts und Richters in Baden*², die in Hugo Marx' nachgelassenen Tagebuchaufzeichnungen³ enthalten ist, kann uns indes einen Hinweis geben auf die gemeinsam erfahrene, wenngleich unterschiedlich erlebte und gedeutete Situation des Heidelberg der Weimarer Jahre, in der Karl Jaspers als akademische Instanz reüssierte und Hugo Marx das politische und kulturelle Leben der Stadt nicht unmaßgeblich beeinflusste.

Jaspers Brief besteht aus vier unpaginierten Schreibmaschinenseiten mit einigen wenigen handschriftlichen Korrekturen; das Anschreiben von Marx ist nicht vorhanden.

Bereits 1955 war unter dem Titel *Die Flucht – Jüdisches Schicksal 1940*⁴ die aus Tagebüchern rekonstruierte Beschreibung der Flucht des Ehepaars Marx aus dem 1940 von deutschen Truppen okkupierten Belgien durch das besetzte Frankreich in den französischen Süden erschienen, das mit der abenteuerlichen Ausreise per Schiff in die Vereinigten Staaten abschloß. Im August/September 1966 bot Hermann Knorr, der Verleger der Rhein-Neckar-Zeitung, Hugo Marx die Gelegenheit, in 39 Folgen den Zeitraum von 1933 bis 1940 zu schildern, in dem die Familie Marx zunächst in der Schweiz bei Gerty Marx' Familie Zuflucht fand, dann nach Paris und schließlich nach Brüssel übersiedelte. Der Titel dieses leider nicht in Buchform veröffentlichten Erinnerungsartefakts kennzeichnet das Hugo Marx bestimmende Lebensgefühl der nachfolgenden Jahrzehnte: *Heimatlosigkeit*.⁵

Heimat waren dem 1892 in Heidelberg geborenen Hugo Marx die Stadt Heidelberg selbst, das Land Baden, in dessen südlichen Landesteilen er als



Hugo Marx (re) mit Samson Hirsch (ca. 1960)

Rechtspraktikant während des Ersten Weltkriegs beschäftigt war, seit 1919 wieder Heidelberg und Mannheim, wo der fähige und karrierebewußte junge Jurist zunächst bei der Staatsanwaltschaft angestellt war, bevor er zum Amtsgerichtsrat und hauptamtlichen Vorsitzenden des Mannheimer Arbeitsgerichts ernannt wurde. Heimat in ganz unemphatischen Sinn ist für Marx auch die politische Aktivität – nach einem kurzen Intermezzo in der Deutschen Demokratischen Partei – in der SPD, dem Sozialdemokratischen Intellektuellenbund und (in der Rolle des Mentors) der Sozialistischen Studentengruppe der Weimarer Jahre gewesen. Heidelberg verdankt ihm zudem die Gründung der Theater- und Musikgemeinde, die bis heute unter der Bezeichnung Volksbühne besteht. Das Vermögen der aus dem Schweizer Großbürgertum stammenden Gerty Marx ermöglichte überdies ein gesellschaftliches Leben und einen Lebensstil, der die Familie Marx durchaus in die Kategorie wohlhabender Professoren und Unternehmer einordnete.⁶

Schließlich ist Hugo Marx seit 1919 mehr und mehr in die Rolle des intellektuellen Diagnostikers und Mahners im Rahmen der jüdischen Gemeinschaft hineingewachsen. Anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung 1919 zog er als Widerpart des antisemitischen Demagogen Arnold Ruge zu Felde zog.⁷ Im Auftrag des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens nahm Marx Position gegen die von zionistischen Verbänden und



Hugo Marx (li) mit dem Heidelberger Zahnarzt Dr. Fritz Tryfuß

ihrem profilierten Sprecher, dem damaligen Heidelberger Studenten Nahum Goldmann, betriebene Kampagne gegen die Teilnahme von Juden an den Wahlen zur Nationalversammlung.⁸ 1922 kam Marx unfreiwillig eine Schlüsselrolle in der aufsehenerregenden Lenard-Mierendorff-Affaire zu, indem es ihm als jungem, gerade erst 30jährigen Staatsanwalt gelang, die aufgebrauchte Menschenmenge vor dem Polizeipräsidium zu beruhigen und den notorischen Antisemiten und Physikordinarius Lenard in sicheren Gewahrsam zu schaffen.⁹

Im *Werdegang* schildert Marx eindringlich die Schwierigkeiten, aber auch die Erfolge seiner für Weimarer Verhältnisse nahezu exotisch anmutenden Person als Jude, Sozialdemokrat und engagierter Staatsanwalt und Richter. Zugleich bietet uns seine Autobiographie eine einzigartige

Quelle zur Rekonstruktion der assimilierten jüdischen Lebenswelt im akademischen Ambiente Heidelbergs, nicht zuletzt dank der nüchternen Beschreibung jüdischer Sozialisationswelten, wie sie dem Kind, dem jugendlichen Schüler und dem Studenten begegneten. Die Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Krise Ende der zwanziger Jahre veranlasste Marx zu einer unzweideutigen Revision seines liberal-assimilatorischen Verständnisses jüdischer Existenz, ohne dass er sich dem Zionismus angeschlossen hätte. Das liberale deutsche Bürgertum, das die Emanzipation und bürgerschaftliche Integration des Judentums im 19. Jahrhundert vorangetrieben hatte, war in seiner Sicht zu seinen liberalen Paradigmen auf Distanz gegangen und hatte sich dem alles regulierenden Verwaltungsstaat und der antisemitisch fundierten Ausschließung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben überantwortet. So sehr seine Position im liberal-jüdischen Heidelberg auf Unverständnis stieß, so weitsichtig erwies sie sich in der Folge.¹⁰

Werdegang, Flucht und Heimatlosigkeit, die Titel der drei veröffentlichten Autobiographien von Hugo Marx, können als Chiffren jüdischer Existenz im Europa dieses Jahrhunderts gelesen werden. Sie bezeichnen die Aufeinanderfolge von relativer, wenngleich gefährdeter Integration in gesicherter bürgerlicher Umwelt, den hochdramatischen und unmittelbar traumatisierenden Verlust dieser vermeintlichen Sicherheit und jene langwirkende existenzielle Unsicherheit, die das Weiterleben zeichneten. Dass ein nicht geringer Teil des bürgerlichen Judentums – wofür Marx prototypisch steht – über beträchtlichen Wohlstand und jenes gesellschaftliche Orientierungswissen verfügte, das ein „Sich-Durchschlagen“ und „Neuanfangen“ materiell leidlich absichern konnte, zeigt von welchen Zufällen und Glücksfällen Entkommen, Flucht, Exil und Neubegründung der Existenz im konkreten Fall abhängig waren. Dass die Verfolgten die neue Zuflucht lebenszeitlich als gefährdeten Zustand des Übergang, als vorläufig unvollendet empfanden, verdeutlichen Marx' nachgelassene Aufzeichnungen.¹¹ Das Bangen um die Anerkennung als amerikanischer Staatsbürger, die Zweifel, ob eine Rückkehr nach Deutschland realisierbar und ertragbar wäre, die über Jahrzehnte anhaltende, von Selbstzweifeln und psychosomatischen Symptomen geprägte Existenz des Heimatlosen fanden ein nur äußerliches Ende in der 1960 erfolgten Übersiedelung in die Schweiz. Ohne Aufgabe, die den fähigen Juristen gefordert hätte, wurde die autobiographische Mühsal zu Therapie und Sinnstiftung. 1979 ist Hugo Marx, hochbetagt, in Basel verstorben.¹²

Karl Jaspers

Basel, den 3. November 1965

Sehr verehrter Herr Marx!

Ihre Autobiographie, die Sie mir so freundlich geschenkt haben, hat mich brennend interessiert. Ich habe sie Seite für Seite mit wachsender Spannung, Freude und Schmerz gelesen. Ihre Darstellung halte ich für vollkommen aufrichtig. Ich sehe Sie selbst, Ihre Handlungen und Ihre Darstellungsart und Ihre Umwelt. Ich meine, Sie erst jetzt verstehen zu können. Der Schmerz aber entsteht durch die entsetzlichen Dinge, die Sie in aller Kühle berichten. Wir kennen sie, aber in jeder neuen Realität, wie sie ein Mensch bei sich erfahren hat, sind sie immer wieder neu und bedrückend wie am ersten Tag. Daher geht für mich aus Ihrem Buch die Beschwingung aus, die das Dasein des tapferen und denkenden und ehrlichen Menschen bewirkt. Dazu aber auch dann die Stimme des grau in grau, die über der berichteten Realität liegt, auch da, wo sie nicht die entsetzliche Form annahm. Mir als Leser ist dann die selbstbewusste Verwurzelung im Judentum, wenn Sie an sich denken, auch ein Trost für mich, aber doch für mich selber kein genügendes Gegengewicht.

Ein anderer Grund meiner Beteiligung an Ihrer Darstellung ist, dass Sie eine Welt schildern, in der auch ich gelebt habe, von manchen Menschen sprechen, die auch ich gekannt habe, und dass ich das alles aus Ihrer Perspektive anders sehen lerne als ich selber es erfuhr. Ich fand mit meiner Frau das Glück einer zweiten Heimat in Heidelberg und in Baden. Zuerst 1901 und dann bewusst gewählt von 1906–1948. Mir erschien Heidelberg und Baden in einem wundersamen hellen Lichte. Doch ich will nicht von mir reden. Sie sind dort geboren, haben es als selbstverständlich als Ihre Heimat erfahren, wo ich erst hinzugekommen bin. Daher ist die unreflektierte Neigung, die der Leser aus Ihrer Schilderung von Herkunft und von den vielen menschlichen Berührungen an vielen Orten dieses Staatswesens spürt, etwas anderes als die von Anfang her reflektierende, bewusst lebende Neigung, wie ich sie erfahren habe. Das jüdische Schicksal hat Sie getrennt, aber ich meine noch jetzt in Ihrer Schilderung Ihre Heimatliebe zu spüren.

Zu dem Einzelnen, das Sie berichten, etwas zu sagen, würde ins Endlose führen. Ich greife ein wenig heraus, das mich persönlich anging. Sie erzählen von Dr. Blankenhorn¹³ in Müllheim. Ich glaube, dass es derselbe ist, den ich im Winter 1901/02 in Heidelberg als Rechtspraktikanten kannte. Wir wohnten in derselben Pension Harrer, assen jeden Mittag gemeinsam, verstanden uns gut. Er war älter, sehr gebildet, fein im Benehmen, fast etwas preziös. Er lud mich einmal zu seiner Mutter in Müllheim ein. Ich wohnte bei ihm in einem alten Haus in einem Garten

oder Park. Mir war es dort sehr wohl. Die zurückhaltende Liebenswürdigkeit, die Breite des Daseins, das altmodische, schwere Bett, der Geruch eines solchen alten Hauses, die wohlbedachte Kostbarkeit der beim Essen aufgestellten Weine hatte ich gern, wenn ich auch das Bewußtsein einer gewissen geistigen Enge und Einkapseltheit nicht los wurde. In Heidelberg, so erinnere ich mich, war viel die Rede von Mombert¹⁴. Ich selbst war damals Student der Jurisprudenz, fand aber die Collegs – Carlova – zu langweilig und hörte lieber Kuno Fischer¹⁵, C. Neumann¹⁶ (damals Extraordinarius) und bereitete mich auf eine Italienreise¹⁷ vor, wobei Blankenhorn mit Rat half. Aber ob es sich wirklich um denselben Mann handelt? Ich habe nie wieder von ihm gehört. Zum ersten Mal begegnet er mir wieder in Ihrem Buche.

Dann Curtius und Frau von Fransecky¹⁸: mit beiden waren meine Frau und ich sehr befreundet. Mit ihr längst bevor sie in Freiburg Curtius kennenlernte. Von diesen großartigen Menschen brauche ich Ihnen nicht zu berichten. Nur ein Irrtum Ihrer Darstellung würde bei einer Neuauflage eine Korrektur¹⁹ verdienen. Die beiden heirateten nicht nach dem Tode des Generals, sondern nach der Scheidung, die in den Formen nobel sich vollzog, aber doch für Frau von Fransecky, die zwei Töchter hatte, und bei Ludwig Curtius eine ergreifende, nicht leicht genommene Sache war. Was die Kraft einer Liebe, die sich als in der Ewigkeit gegründet versteht, nicht als den Rausch eines Augenblicks, sondern als notwendig für immer fordert, ist zugleich in den gegebenen Zusammenhängen wie mit moralischen und traditionellen Ketten gefesselt, die zerrissen werden mussten. Da Curtius katholisch und in einem sehr persönlichen Sinn gläubig und kirchlich war, wurde ihm die Beschränkung auf die Ziviltreuung ausserordentlich schwer. Denn kirchlich durfte sie, da der geschiedene Mann lebte, nicht stattfinden. Als der General starb, wurde die kirchliche Eheschliessung in Rom, in der Kirche Del Anima, sogleich nachgeholt, zur tiefen Befriedigung des Mannes.

Dann Max Weber: es ist ein Irrtum, dass er für den U-Boot-Krieg war. Er hat eine Denkschrift verfasst gegen den U-Boot-Krieg, die an alle Parlamentarier und an die führenden Leute, wie Bethmann-Hollweg, verschickt wurde. Da auch Bethmann-Hollweg gegen den U-Boot-Krieg war, hat er diese Denkschrift seinerseits verbreitet. Keineswegs war Max Weber gegen den U-Boot-Krieg an sich, sondern weil die Berechnung ergab, dass er aussichtslos war und weil Amerika in den Krieg treten würde, Amerika aber für uns eine kaum noch zu bewältigende Macht sein würde. Ich höre noch Max Webers Bericht aus Berlin, als der U-Boot-Krieg erklärt war und Amerika in den Krieg trat: die Leute dort sind verrückt. Dieselben, die vor 14 Tagen sagten: Amerika wird uns ja niemals den Krieg erklären, sagen jetzt: Amerika hätte den Krieg ja in jedem Fall erklärt.²⁰ Was Sie sonst über Max Weber urteilen, mit Zitaten einiger Sätze, das verstehe ich nicht so wie Sie. Aber einig sind wir beide in der Bewunderung der geistigen Größe. Wo wir

differieren, lässt sich kein Beweis finden wer recht hat, wie das beim U-Boot-Problem der Fall ist. In Kürze hoffe ich Ihnen ein Buch mit gesammelten kleinen politischen Schriften²¹ zu schicken. Darin befindet sich auch ein kurzer Aufsatz über Max Webers politisches Denken²².

Aber noch einmal die Hauptsache: Ihre Autobiographie halte ich für eine Schrift von bleibender Bedeutung. Sie hat ihren eigenen Charakter durch Ihre Persönlichkeit und durch das Bild jener antijüdischen Welt, von den kleinen harmlosen Dingen durch all die früheren Jahre Ihres Lebens hindurch bis zu dem Entsetzen am Ende. Wie Sie dies alles berichten finde ich grossartig, in der Nüchternheit, in der Hellsicht und auch in der Ehrlichkeit, mit der Sie die schwankenden Stimmungen beschreiben, die auch gelegentlich wieder Hoffnungen zulassen, dass Sie mit Ihrem Pessimismus Unrecht haben könnten. Ich glaube, ihnen zu diesem Werke herzlich gratulieren zu dürfen. Ist man am Ende, möchte man nun Ihr weiteres Leben hören. Der Abschluss ist zwar eine absolute Zäsur. Aber seitdem sind mehr als 30 Jahre vergangen. Was hat der Mann getan, wie hat er gelebt all die Jahre? Die Frage bleibt am Ende und der Wunsch, Sie möchten einen zweiten Band folgen lassen.

Gleichzeitig gebe ich Ihnen Ihre mir freundlich geliehene Abhandlung zurück. Da fand ich wieder, was Güde im Bundestag referierte. Einem Volke sei nicht zuzumuten... immer wiederzukeuen, ein Wort, das ich in einer Abhandlung²³ zitiert habe, die seit Wochen beim „Spiegel“ liegt und wegen ihres Umfangs (100 Schreibmaschinenseiten) dort wohl nicht gedruckt werden kann, aber die im Februar mit anderen bei Piper erscheinen soll.

Dass wir in der Denkungsart irgendwo, nicht in Meinungen sondern der Auffassung selber und im Glauben different sind, hebt nicht auf, sich gegenseitig sehr zu achten. Über diese Dinge können wir, wenn Sie mögen, mündlich sprechen.

Mit herzlichem Gruß und wiederholtem Dank

Ihr ergebener

Karl Jaspers

Anmerkungen:

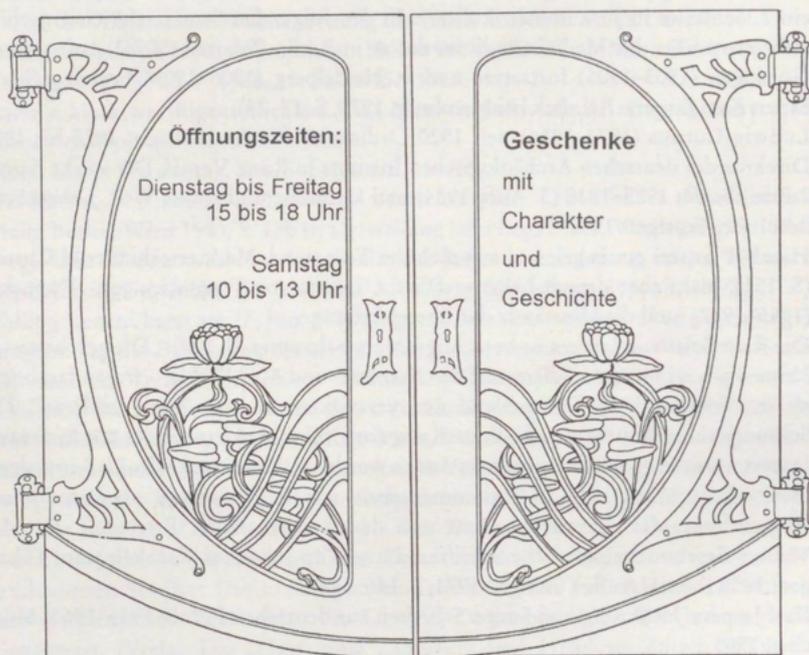
- 1 Karl Theodor Jaspers (1883–1969) nach ärztlicher Ausbildung und Assistentenzeit Lehrtätigkeit in Heidelberg, 1916 Extraordinarius für Psychologie, von 1922 bis zur Zwangsemeritierung 1937 Ordinarius für Philosophie, 1945 bis 1948 erneut Lehrstuhl für Philosophie in Heidelberg, 1947/8 bis 1961 Ordinarius für Philosophie in Basel. Verheiratet mit der aus jüdischem Elternhaus stammenden Gertrud Mayer (1879–1974). Zum Wirken Jaspers in Heidelberg vergl. Karl Jaspers in seiner Heidelberger Zeit. Heidelberger Bibliotheksschriften. Hrsg. von Joachim-Felix Leonhard. Heidelberg 1983.

- 2 Hugo Marx: Werdegang eines jüdischen Staatsanwalts und Richters in Baden (1892–1933). Ein soziologisch-politisches Zeitbild. Neckar-Verlag, Villingen 1965.
- 3 Dem Verf. zur Verfügung gestellt von Mr. Francis Marx, Coventry. Ein Exemplar des vom Band und teilweise von der Handschrift übertragenen Manuskripts der unveröffentlichten Tagebücher wurde von F. Marx dem Stadtarchiv Heidelberg übergeben.
- 4 Es handelt sich um das 169 Schreibmaschinenseiten umfassende Manuskript Des Werdegangs 4. Buch: Das Erlebnis Amerika, das den Zeitraum von der Landung in Amerika am 13.6. 1941 bis zum Tod von Gerty Marx am 17.5. 1950 umfasst und 1969 verfasst wurde, und das 155 Schreibmaschinenseiten umfassende Manuskript 25 Jahre Einsamkeit und ihre Neurose, das zwischen 1976 und 1979 entstand, bzw. auf Band diktiert wurde.
- 5 Verlag der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Düsseldorf.
- 6 Heimatlosigkeit. Ein Flüchtlingsdasein 1933–1940 Von Dr. Hugo Marx. Rhein-Neckar-Zeitung, 1. Folge 29. 7. 1966, 39. Folge 15.9.1966.
- 7 Familie Marx war Eigentümer der Villa Neue Schloßstraße 7a, eines der hervorragendsten Wohnhäuser in Schloßnähe.
- 8 Hugo Marx, Werdegang, S. 128–131, s.a. S. 154/55.
- 9 Goldmann, Nahum: Mein Leben als deutscher Jude. Lebensbilder. Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1983, S. 136 ff; Darstellung bei Hugo Marx, Werdegang, S. 132 ff; vergl. Udo Wennemuth: Zur Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik, in: Geschichte der Juden in Heidelberg. Heidelberg 1966, S. 428/9.
- 10 Philipp Lenard hatte am 27. Juni 1922 entgegen der Anordnung der badischen Regierung am Tag der Beisetzung des ermordeten Reichsaussenministers Walter Rathenau halbmast zu flaggen, an seinem Institut am Philosophenweg in provozierender Absicht weiterarbeiten lassen und damit die Erstürmung des Instituts durch Arbeiter und Studenten herausgefordert. (Hugo Marx, Werdegang, S. 167–175).
- 11 Marx verdeutlichte seine Position in mehreren Vorträgen, die in jüdischen Kreisen auf heftige Abwehr stießen. Eine Darstellung davon in Werdegang, S. 222–224. Veröffentlicht wurden Marx Vorträge 1932 u.d.T. Was wird werden? Das Schicksal der deutschen Juden in der sozialen Krise. Westdruckerei Wiesbaden, und in zwei 1935 erschienenen Studien: Die soziologischen Triebkräfte der Judenaktion in Deutschland (Israelitisches Wochenblatt der Schweiz, Dezember 1935); Das Judentum der Gegenwart. (Verlag Die „Gestaltung“, Obrecht und Helbling, Zürich 1935). Zu Hugo Marx' Interpretation der jüdischen Gegenwartssituation in der Endphase der Weimarer Republik und die Wirkung seiner Stellungnahme in der Heidelberger Gemeinde vergl. Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Geschichte der Juden in Heidelberg. Heidelberg 1996, S. 440–443.
- 12 Zum Tode von Hugo Marx. Rhein-Neckar-Zeitung 18.9.1979.
- 13 Ende 1914 wurde Hugo Marx als stellvertretender 2. Beamter zum Bezirksamt Müllheim im Markgräflerland versetzt, wo er den beim Generalkommando tätigen Anwalt Dr. Blankenhorn kennenlernte. (Werdegang S. 88)
- 14 Alfred Mombert, 1872 in Karlsruhe geboren, 1892–1895 Jurastudium u.a. in Heidelberg, 1899 bis 1906 Anwaltspraxis in Heidelberg, Lyriker, 1928–1933 Mitglied der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste, 1940 Deportation nach Gurs, 1941 Ausreise in die Schweiz, 1942 dort gestorben. Vergl. Susanne Himmelheber, Karl-Ludwig Hofmann (Hrsg.): Alfred Mombert (1872–1942). Heidelberg 1993.

- 15 Kuno Fischer (1824–1907), seit 1850 Privatdozent für Philosophie, in der Reaktionszeit 1853 Verlust der Lehrerlaubnis wegen angeblicher pantheistischer und spinozistischer Gesinnung, Rückkehr nach Heidelberg 1872, „unbestrittenes Haupt der Philosophischen Fakultät“ (E. Wolgast: Die Universität Heidelberg. Berlin u.a. 1986, S. 119) bis zur Emeritierung 1903. Darstellung demnächst in Klaus Roller: Philosophen in Heidelberg (Arbeitstitel)
- 16 Carl Neumann (1860–1934), von 1911 bis 1929 Ordinarius für Kunstgeschichte und Direktor des kunsthistorischen Instituts.
- 17 Jaspers studierte im ersten Semester (1901/2) in Heidelberg Jurisprudenz. In den Semesterferien unternahm er eine Italienreise nach Mailand, Genua, Pisa, Rom, Florenz, Bologna, Venedig und Verona, die in München endete, wo Jaspers sich für ein 2. Semester in Jura immatrikulierte. In den folgenden Semesterferien entschied sich Jaspers für das Medizinstudium, das er in Berlin (Winter 1902/3) aufnahm, in Göttingen (1903–1906) fortsetzte und in Heidelberg (1906–1908) beendete. (Hans Saner: Karl Jaspers. Reinbek bei Hamburg, 1970, S. 17–24).
- 18 Ludwig Curtius (1874–1954), seit 1920 Ordinarius für Archäologie, 1928 bis 1937 Direktor des deutschen Archäologischen Instituts in Rom. Veröff. Die antike Kunst, 2 Bde., Berlin 1923–1930 (3. Aufl. 1954) und Deutsche und antike Welt. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1950
- 19 Hier hat Jaspers etwas gelesen, was nicht im Text stand. Marx erwähnt wohl Curtius (S. 151), nicht aber dessen Lebensgefährtin, Editha von Fransecky geb. Wynecken (1885–1932) und die Umstände der Eheschließung.
- 20 Die Korrektur von Jaspers ist berechtigt. Marx behauptet (S. 108): „Die gescheitesten Leute – ich erinnere vor allem an Lujo Brentano und Max Weber – waren fasziniert, als im Februar 1916 Deutschland den verstärkten U-Boot-Krieg erklärte.“ Die Stellungnahme Webers zum U-Boot-Krieg vom März 1916 kann indes nur in der von Jaspers vorgetragenen Deutung verstanden werden. („Der verschärfte U-Bootkrieg“, Denkschrift März 1916 in Zusammenarbeit mit Felix Somray an Parteiführer, Abgeordnete, das Auswärtige Amt und den Reichskanzler. Erstveröff. in: Max Weber: Gesammelte politische Schriften. Hrsg. Von Johannes Winckelmann. Tübingen, 1958 (hier 3. Aufl. Tübingen 1971, S. 146–154).
- 21 Karl Jaspers: Hoffnung und Sorge. Schriften zur deutschen Politik 1945–1965. München 1965.
- 22 Karl Jaspers: Bemerkungen zu Max Webers politischem Denken. In: Hoffnung und Sorge, 1965, S. 313–324. Wiederabgedr. in: Karl Jaspers: Max Weber. Gesammelte Schriften. München 1988, S. 115–127.
- 23 Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen – Gefahren – Chancen. München 1966. In seiner scharfen Kritik den Verjährungsdebatten vom 10. und 25. März 1965 über die Verjährung von Morden des NS-Staates zitiert Jaspers den CDU-Politiker Max Güde, der sich lt. eigenem Bekunden auf das Wort eines alten jüdischen Freundes beruft. Wenn man eine Lösung für die Ahndung der Exzesse sucht, muß man sich darüber klar sein, dass man einem Volk nicht zumuten kann, seine Vergangenheit immer wiederzukäuen. Güde macht sich diesen Satz zu eigen: Es ist kein Satz für Juristen, es ist ein Satz für die Therapie, für das Volk. (Zit. n. 10. Aufl. 1988 S. 75/76).

Schatztruhe

Kaiserstraße 62 · 6900 Heidelberg · Tel: 06221/251 50



Schönes Altes: Möbel, Schmuck, Glas, Porzellan, Zinn, Silber, Puppen, Puppenstubeneinrichtungen, Stofftiere, Marionetten u.v.m.

Renate Ludwig

Funde und Ausgrabungen in und um Heidelberg 1997

Jungsteinzeit

Heidelberg-Kirchheim, Sandhäuserstraße (Flst.-Nrn. 43242-43245; 43306-43308; 43242-43245)

Die 1996 vom ehrenamtlichen Mitarbeiter der Archäologischen Denkmalpflege Frank Olheide entdeckte Siedlung konnte 1997 weiter untersucht werden. Im Gewann „Lochäcker“ kamen auf mehr als 1800 Quadratmetern 25 Siedlungsgruben zu Tage, die noch 0,30 Meter bis 1,60 Meter unter die heutige Oberfläche reichten. Die Verfüllung bestand neben Tierknochen, Sandsteinen und Holzkohle auch aus Feuersteinen und Keramik der mittelneolithischen Rössener Kultur. Die Gruben gehören zu einem ausgedehnten Siedlungsareal, welches sich über die Gewanne „Am Dorf“, „Lochäcker“ und „Sandhäuser Weg links“ erstreckt. Die Lage der großen Kirchheimer Siedlung paßt in das neolithische Siedlungsbild am Unteren Neckar: auf fruchtbarem Ackerland, nahe eines – heute verlandeten – Neckararms und hochwassersicher an dessen Hochufer (Abb. 1).

Römerzeit

Heidelberg-Wieblingen, Gewann „Sandäcker/Lange Schlüsseläcker“, 1,1 km nordwestlich des Grenzhofs.

Im Zuge seiner geologischen Untersuchungen konnte Dr. Manfred Löscher in der Kiesgrube Engelhorn in einer Schwemmlößschicht sekundär verlagerte Keramik des 1./2. Jahrhunderts n. Chr. beobachten. Die stark verrollten Scherben müssen von einer nördlich der Fundstelle zu suchenden Villen(?)stelle stammen. Die Neufunde stellen den ersten Nachweis römischer Siedlungstätigkeit auf der Gemarkung dar. Mit den östlich an den Grenzhof anschließenden Brandgräbern des 1.–3. Jahrhunderts n. Chr. steht die noch genau zu lokalisierende neue Fundstelle in keinem Zusammenhang.

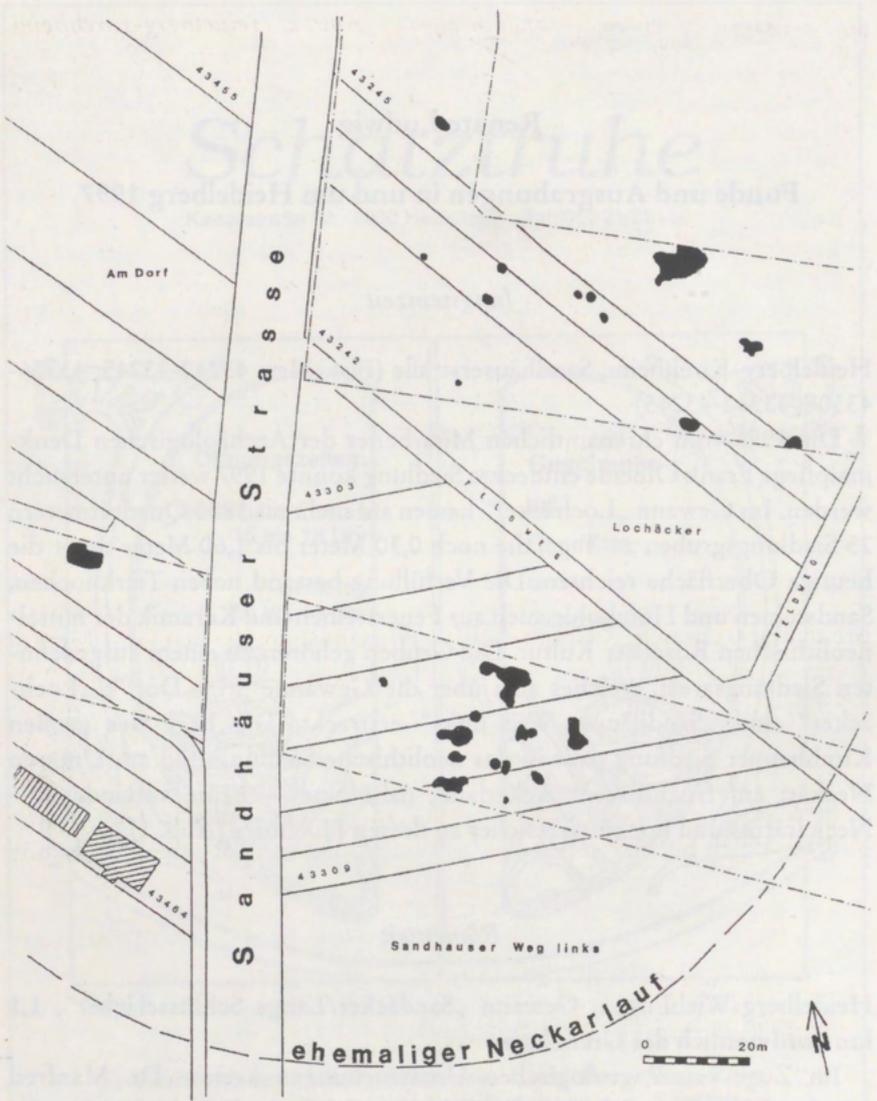


Abb. 1. Heidelberg-Kirchheim. Plan der mittelneolithischen Siedlung

Meckesheim, Rhein-Neckar-Kreis. St.-Martins-Kapelle

Bei Sanierungsarbeiten an der Umfassungsmauer der St. Martins-Kapelle wurden im Juni und Juli 1997 zwei römische Weihedenkmäler gefunden. Der Aufmerksamkeit von Günter Kreß ist es zu verdanken, daß beide Denkmäler dem Kurpfälzischen Museum überstellt werden konnten. Bei



Abb. 2. Heidelberg-Kirchheim. Großes Vorratsgefäße der Rössener Kultur aus einer der Siedlungsgruben

dem ersten Fund handelt es sich um eine noch 15,5 cm hohe und noch 16 cm breite und 6 cm tiefe Reliefplatte aus Schilfsandstein, die den Gott Merkur darstellt (Abb. 3). Unterkörper und Beine sowie das Gesicht sind abgeschlagen. Der geflügelte Gott trägt einen Mantel, der auf der rechten Seite durch eine Fibel gehalten wird und linken Arm und linke Schulter bedeckt. Den rechten Arm hat er erhoben, im linken angewinkelten Unterarm hält er den Geldbeutel. Die Arbeit ist von überraschender Qualität. Das Götterbild setzt sich im Halbr relief plastisch vom Bildgrund ab, die Details sind



Abb. 3. Meckesheim, Rhein-Neckar-Kreis. Weiberelief für den Gott Merkur

sorgfältig und gekonnt herausgearbeitet. Mit Blick darauf wird man eine Datierung des Meckesheimer Merkurs in die erste Hälfte des 2. Jahrhunderts annehmen dürfen. Das zweite Götterbild – diesmal aus Buntsandstein – ist weniger gut erhalten. Bei dem noch max. 13 cm x 16 cm x 7,5 cm großen Bruchstück handelt es sich um die Reste einer Minervadarstellung (Abb. 4). Minerva trägt ein langes Untergewand, darüber ein ärmelloses Obergewand, auf der Brust ist deutlich das Gorgonenhaupt zu erkennen. In der erhobenen Rechten hält sie die Lanze. Auch hier besticht die sorgfältige Ausführung des Reliefs, die trotz des schlechten Erhaltungszustandes noch gut zu erkennen ist. Eine Entstehung im 2. Jahrhundert ist wahrscheinlich.

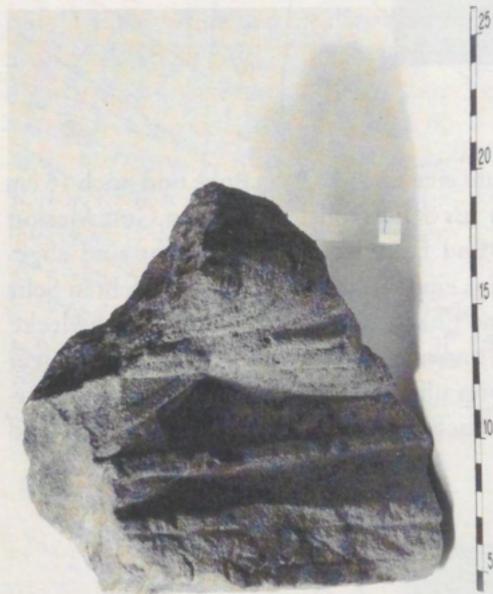


Abb. 4. Meckesheim,
Rhein-Neckar-Kreis.
Weiherelief für die
Göttin Minerva

Bitte melden Sie archäologische Funde und Beobachtungen! Sie helfen damit, unersetzbare Zeugnisse der Vor- und Frühgeschichte des Heidelberger Raumes vor ihrer undokumentierten Zerstörung zu bewahren. Auskünfte und Beratung erteilen:

Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg, Archäologische Abteilung, Schiffgasse 10, 69117 Heidelberg, Tel. (06221) 583418, Telefax (06221) 584942. – Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Archäologische Denkmalpflege, Amalienstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 9158400.

Christian Burkhart

Ludwig Merz – 90 Jahre Leben und Werk
(Mit einer Auswahlbibliographie)

I. Einleitung

Die Vorlage einer umfassenden Bibliographie der Artikel, Aufsätze und Broschüren des bekannten Heidelberger Stadtforschers Ludwig Merz mit Anspruch auf Vollständigkeit ist ein praktisch kaum realisierbares Unterfangen. Vor 42 Jahren beginnend, hat der Jubilar seitdem nämlich nicht bloß Dutzende, sondern Hunderte von Beiträgen zu heimatgeschichtlichen und volkskundlichen Themen verfaßt, die aber nicht immer nur an prominenter, sondern allzuoft auch an sehr entlegener Stelle veröffentlicht wurden. Die meisten Beispiele dieser „grauen Literatur“ sind heute selbst in den einschlägigen Archiven und Bibliotheken kaum mehr vertreten, falls sie es denn je waren. Und ihr Urheber ist nach eigenem Bekunden „einfach nicht zum Archivar geboren“, weshalb noch nicht einmal in seiner eigenen Sammlung alle oder auch nur die meisten seiner Werke vorhanden bzw. auffindbar sind. Von den unautorisierten Nachdrucken, von denen nie ein Belegexemplar den Autor erreichte, soll dabei gar nicht die Rede sein, denn ums Zeilenhonorar ging es dem leidenschaftlichen Heimatkundler ohnedies nie.

Vielmehr wollte der in der Albert-Mays-Straße aufgewachsene Weststädter seine Heidelberger, von denen nicht wenige als Volksschüler oder PH-Studenten die Bekanntschaft des 1973 pensionierten Schulmeisters machten, mit seiner Begeisterung für die vielen stummen Zeugen der Vergangenheit am unteren Neckar anstecken, die er immer wieder gekonnt für seine Zuhörer zum Sprechen brachte. Nicht zuletzt diesem Umstand, aber vor allem seinen zahlreichen Artikeln und Artikelserien in Heidelberger Tageblatt und Rhein-Neckar-Zeitung (z.B. 1973–75 über die Burgen des Neckartals, 1990–91 über die Brunnen der Heidelberger Altstadt; 1982–95 auf der RNZ-Sonderseite ‚Heimat u. Wandern‘ sowie 1991–1997 in der wöchentlichen RNZ-Beilage ‚Blick in die Stadtteile‘) verdankt er seine Popularität.

Trotz allen Forschereifers hat er für sich nie in Anspruch genommen, wissenschaftlich zu arbeiten. Fußnoten mit detaillierten Quellenbelegen

oder wenigstens nachgestellte Literaturhinweise wird man bei den meisten seiner Werke (leider) vergeblich suchen. Er sieht sich vielmehr als „Geschichtenerzähler“, der es versteht, das Publikum in seinen Bann zu ziehen und den Menschen die Lebensumstände ihrer Vorfahren vor Augen zu führen, handle es sich dabei nun um die Kelten auf dem Heiligenberg bei Handschuhsheim, die Kastellbewohner in seinem „Römerviertel“ (Neuenheim) oder die Kurfürsten auf dem Heidelberger Schloß. Neben bislang gut 1200 von Ludwig Merz selbst bestrittenen Lichtbildervorträgen, Referaten, Führungen und Rundfunksendungen steht eine Vielzahl größerer und kleinerer Projekte, die auf seine Anregung hin von Stadtverwaltung und Stadtteilvereinen aufgegriffen und oftmals unter Mithilfe von Sponsoren aus der privaten Wirtschaft realisiert wurden, zuletzt im April 1997 die Anbringung einer dem Neuenheimer Römerkastell gewidmeten Informationstafel auf der seitdem vom Volksmund „Kastellplätzchen“ genannten Verkehrsinsel an der Einmündung Wielandstraße/Jahnstraße, die von der Archäologischen Abteilung des Kurpfälzischen Museums erarbeitet wurde.

Gleich dem vielzitierten „roten Faden“ zieht sich die Beschäftigung mit den Radierungen des Kupferstechers Matthäus Merian (1593–1650) durch sein Werk, was ihm schon früh den Spitznamen „Merzian“ einbrachte. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang seine 1972 im Selbstverlag erschienene Broschüre ‚Alt-Heidelberg in Kupfer gestochen – Eine Wanderung mit der Lupe durch die berühmte Stadtansicht (...) aus dem Jahre 1620‘, die 1986 dann auch Eingang in sein einziges Büchlein mit Titel ‚Die Residenzstadt Heidelberg‘ fand. Getreu seinem Motto „Man muß die Geschichte unter die Füße kriegen!“ begab sich Ludwig Merz freilich nicht nur im heimischen Studierzimmer auf „Zeitreisen“, sondern erwanderte „mit Knotenstock und Datschkapp“ die Heidelberger Gemarkung. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist z.B. der 1955 von ihm initiierte und 1996 zur Heidelberger 800-Jahrfeier wieder hergerichtete, mit Schautafeln versehene „Historische Pfad“, der an den hie und da noch im Gelände sichtbaren Überresten freundlicher und feindlicher Stellungen aus der Zeit der Belagerung der Stadt im Jahr 1622 entlangführt. Seine ersten Veröffentlichungen zur Geschichte Heidelbergs befassen sich denn auch mit diesem Thema. Einen Sammelband seiner seitdem erschienenen vielfältigen Arbeiten hat Ludwig Merz aber zum Bedauern vieler, die ihn schon darauf ansprachen, nie herausgebracht.



Zwei Heidelberger Bürgermedaillenträger im Gespräch: Heimatforscher Ludwig Merz (Jg. 1908, re.) und der Archäologe Berndmark Heukemes (Jg. 1924, li.), aufgenommen bei der Hölderlin-Anlage am Philosophenweg anlässlich der Einweihung eines von der Schutzgemeinschaft Heiligenberg e. V. gestifteten Gedenksteins für die einst bei der Hirschgasse gelegene, im 14. Jahrhundert abgegangene Siedlung Dagesbach (Foto: Stefan Kresin, 2. 7. 1993; zuerst veröffentlicht in der RNZ-Beilage ‚Blick in die Stadtteile‘ vom 27. 7. 1993).

Bei den nachfolgend genannten Werken handelt es sich um die hinsichtlich Inhalt und Umfang bedeutenderen Beispiele seines Schaffens, die später nicht selten die Basis für mehrere hier unerwähnt bleibende Artikel an anderer Stelle bildeten, welche ihre Entstehung vor allem dem Wunsch ihres Autors nach einer möglichst breiten Streuung seiner Beiträge verdanken. Obendrein haben die ausgewählten Arbeiten, die dem Leser einen repräsentativen Querschnitt der von Merz bearbeiteten Themen vor Augen führen, den Vorteil, in vergleichsweise leicht zugänglichen Schriften und Schriftenreihen abgedruckt worden zu sein, deren Auffindung in Stadtbücherei, Stadtarchiv oder Universitätsbibliothek den daran interessierten Lesern dieses Jahrbuchs keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Am Ende sind schließlich auch noch einige den Jubilar betreffende biographische Artikel und Aufsätze gesondert aufgeführt. Sie erschienen meist im Umfeld der einen oder anderen Auszeichnung, die dem engagierten Heimatforscher im Laufe der letzten vier Jahrzehnte zuteil wurde, zuletzt die Bürgermedaille der Stadt Heidelberg im Februar des Jubiläumsjahrs 1996. In der dazugehörigen Verleihungsurkunde heißt es über den Geehrten: „(...) Herr Ludwig Merz ist ein außerordentlich engagierter Forscher und Kenner der historischen Topographie Heidelbergs. Es ist sein besonderes Verdienst, die Geschichte unserer Stadt auf populäre Art deutlich und verständlich zu machen. Mit pädagogischem Geschick und Humor vermittelt er einem breiten Publikum Inhalte und Ergebnisse seiner Forschung. (...) Sein Engagement für das Verständnis der Heidelberger Geschichte und sein unermüdlicher Einsatz für die Gestaltung und Erhaltung einer lebenswerten Stadt zeugen von einem beispielhaften Gemeinsinn. (...)“ Dem ist an dieser Stelle nichts hinzuzufügen.

Abschließend sei noch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der vom Verfasser aufgesuchten Archive, Bibliotheken, Museen und Sammlungen für die Möglichkeit der Bearbeitung ihrer Bestände sowie die Unterstützung bei der Materialsuche recht herzlich gedankt.

II. Ausgewählte Veröffentlichungen von Ludwig Merz

- 1 Befestigungen um Heidelberg 1622, in: Ruperto-Carola Jg. 8, Bd. 20, 1956, S. 152–162.
- 2 Burg und Burgschanze auf dem Kleinen Gaisberg bei Heidelberg, in: Ruperto-Carola Jg. 10., Bd. 23, 1958, S. 228–235.
- 3 Das Kettentor, in: Bild einer Schule. 125 Jahre Helmholtz-Gymnasium Heidelberg 1835–1960, Heidelberg 1960, S. 131–136.
- 4 Alte Paßwege. Steigen und Höhlen im Stadtwald, in: Ruperto-Carola Jg. 12, Bd. 28, 1960, S. 307–313.
- 5 Zwischen Ziegelgasse und Brunnengasse. Das Theatrum Anatomicum in: Ruperto-Carola Jg. 13, Bd. 29, 1961, S. 166–171.
- 6 Das kurpfälzische Sammelwappen am Rathaus zu Heidelberg, in: Kurpfalz. Organ des Vereins „Kurpfalz“, Jg. 13, Nr. 3, 20.6.1962 (1 S.).
- 7 „Eine ferne, unbekannte Insel“ – Phantasiebetontes Gestalten, in: Johann Dietz/Ernst Meyer/Karl Stöcker (Hg.), Unsere Volksschule, H. 1, Stuttgart 1962, S. 10–13.
- 8 Alte Bergwege führen durch die Heimatgeschichte, in: Badische Heimat, Jg. 42, 1962, H. 1/2, S. 49–53.
- 9 Ein junger Stadtteil auf historischem Boden, in: Heidelberg-West – Entwicklung eines Stadtteils, Festbuch zum 70-jährigen Bestehen des Stadtteilvereins (Kleine Beiträge zur Heimatgeschichte Nr. 1, hg. v. Hans Milte), Heidelberg 1962, S. 15–21.
- 10 Vor dem Speyerer Tor – Die sieben Wandlungen des westlichen Vorfeldes, in: Ruperto-Carola Jg. 14, Bd. 32, 1962, S. 170–178.

- 11 Alt Heidelberg in Kupfer gestochen, in: Badische Heimat, Jg. 43, 1963, H. 1/2 (Heidelberg), S. 112–124.
- 12 Die Nummer Eins, in: 50 Jahre Auto-Taxi-Funk-Zentrale Heidelberg 1913–1963 (Kleine Beiträge zur Heimatgeschichte Nr. 3, hg. von Hans Milte), Heidelberg 1963 (2 S.).
- 13 Das Heidelberger Bienengärtlein, in: Südwestdeutscher Imker Jg. 15, 1963, H. 10, S. 308.
- 14 Heidelberg im historischen Kartenbild, in: Heidelberger Amtsanzeiger, Jg. 18, Nr. 52, 27. 12. 1963, S. 1, 3.
- 15 Freundeskreis „Kettengasse“ – Vereinigung ehemaliger Schüler e.V., in: Freundeskreis Kettengasse (Hg.), [Jahresbericht] Schuljahr 1963/64 Helmholtz-Gymnasium Heidelberg, Heidelberg 1964, S. 25–27.
- 16 Die Ahnenreihe der „Alten Brücke“, in: Heidelberger Amtsanzeiger, Jg. 19, Nr. 24, 12. 6. 1964, S. 3.
- 17 Die Redoute, als Gartenhaus geplant – zur Festung ausgebaut, in: Ruperto-Carola, Jg. 16, Bd. 36, 1964, S. 93–98.
- 18 Drei 1200-jährige Siedlungen – Kirchheim, Rohrbach, Leimen, in: Adreßbuch der Stadt Heidelberg, Jg. 90, 1965 (3 S.).
- 19 Der Befestigungsplan von 1692, in: Freundeskreis Kettengasse (Hg.), [Jahresbericht] Schuljahr 1964/65 Helmholtz-Gymnasium, Heidelberg 1965, S. 15–17 u. 42–43.
- 20 –/Fritz Rupp, Der große historische Festzug, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), 1200 Jahre Handschuhsheim 765–1965 – Festschrift und Erinnerungsbuch I. und II. Teil, S. 101–142.
- 21 Die Heidelberger Stadtmauern. Neue Aufschlüsse über alte Mauerzüge, in: Ruperto-Carola Jg. 17, Bd. 38, 1965, S. 177–186.
- 22 Drei Säulen, in: Heidelberger Fremdenblatt, Jg. 1965/66, H. 15, 1. 12. 1965, S. 7–8.
- 23 Manfred Huwer/ Die Heuscheuer in Heidelberg, in: Nachrichtenblatt der Denkmalpflege in Baden-Württemberg, Jg. 9, 1966, H. 1, S. 2–7.
- 24 Das Heidelberger Bienengärtlein, in: Heidelberger Fremdenblatt Jg. 1966/67, H. 5, 1. 6. 1966, S. 6–7.
- 25 Die Bergheimer Dorfkirche, in: Die Lutherkirche – [Festschrift] zur Einweihung am 1. Advent, dem 27. 11. 1966, Heidelberg 1966, S. 6–7.
- 26 Adelshöfe in Heidelberg nach einem Kupferstich von Merian 1620, in: Burgen und Schlösser, Jg. 7, 1966, H. 2, S. 13–15.
- 27 Auf den Spuren Matthäus Merians, in: Merian. Das Monatsheft der Städte und Landschaften, Jg. 20, 1967, H. 2 (Heidelberg), S. 21–24.
- 28 Zur Geschichte Heidelbergs, in: Deutscher Verein zur Förderung des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Unterrichts (Hg.), 58. Hauptversammlung (Heidelberg, 19.–23. 3. 1967), Heidelberg 1967, S. 15–37.
- 29 Der „Trutzkaiser“ oder „Stern“ – ein Bollwerk der Heidelberger Stadtverteidigung, in: Ruperto Carola, Jg. 19, Bd. 42, 1967, S. 48–52.
- 30 Baumdarstellungen im alten Orient, in: Baum-Zeitung für Baumfreunde, Natur und Umwelt, Jg. 2, 1968, /Nr. 2, 1968, S. *.
- 31 Baumpflanzung vor 3500 Jahren, in: Baum-Zeitung, Jg. 2, 1968, Nr. 3, S. *.
- 32 Schon Matthäus Merian entdeckte 1620 ..., in: Der Heidelberger Portländer, Jg. 1968, H. 3: Die Altstadt und ihre Erneuerung, 11. 1968, S. 9–13.
- 33 Symbole der Baumsäule, in: Baum-Zeitung, Jg. 2, 1968, Nr. 4, S. *.

- 34 Pflanzenformen als Heilszeichen und Würdesymbole, in: Baum-Zeitung, Jg. 3, 1969, Nr. 2, S. *.
- 35 Baum, Quelle und Erquickte, in: Baum-Zeitung, Jg. 3, 1969, Nr. 3, S. *.
- 36 Quickborn, in: Baum-Zeitung, Jg. 3, 1969, Nr. 4, S. *.
- 37 Das Kreuzesholz als Baum, in: Baum-Zeitung, Jg. 4, 1970, Nr. 1, S. *.
- 38 Aus „einem“ Baum gemacht, in: Baum-Zeitung, Jg. 4, 1970, Nr. 2, S. *.
- 39 Der Hof des Meinhard von Schönberg, in: Heidelberger Fremdenblatt Jg. 1970, H. 7, 7. 1970, S. 2–4.
- 40 Baum- oder Menschenbild?, in: Baum-Zeitung, Jg. 4, 1970, Nr. 3, S. *.
- 41 Zapfen als Schmuck und Sinnbild, in: Baum-Zeitung, Jg. 4, 1970, Nr. 4, S. *.
- 42 Die Knospe als Sinnbild, in: Baum-Zeitung, Jg. 5, 1971, Nr. 1, S. *.
- 43 Der schenkende Baum, in: Baum-Zeitung, Jg. 5, 1971, Nr. 4, S. *.
- 44 „Salamander soll glühen ...“, in: Heidelberger Amtsanzeiger, Jg. 27, Nr. 30, Freitag, 28. 7. 1972, S. 2.
- 45 „Die Pfalz zieht nach Böhmen!“ Kurfürst Friedrich V. und das „Böhmische Abenteuer“, in: Erbe und Auftrag der Reformation in den böhmischen Ländern Jg. 9/10, 1971/72, S. 52–69.
- 46 Alt Heidelberg in Kupfer gestochen. Eine Wanderung mit der Lupe durch den Kupferstich Matthäus Merians von Heidelberg, A.D. 1620, Heidelberg 1972; ²1975; ³1976; ⁴1980; ⁵1982.
- 47 Lichtträger in Baumform, in: Baum-Zeitung, Jg. 6, 1972, Nr. 4, S. *.
- 48 Heimatforschung und Denkmalspflege in Heidelberg, in: Kraichgau, F. 3, 1972, S. 233–234.
- 49 Pinienzapfen auf Brunnen. Ursprung und Bedeutung, in: Badische Heimat, Jg. 53, 1973, H. 2, S. 159–164.
- 50 Bäume in der Kulturgeschichte: Pinienzapfen auf Brunnen, in: Baum-Zeitung, Jg. 8, 1974, Nr. 4, S. *.
- 51 Bildliche Darstellungen von Pigna-Brunnen, in: Baum-Zeitung, Jg. 9, 1975, Nr. 2, S. *.
- 52 Denkmalpflege am Wegesrand, in: Badische Heimat, Jg. 55, 1975, H. 3, S. 405–409.
- 53 Dr. Markus zum Lamm, der Sammler und Chronist des Thesaurus Picturarum, in: Kraichgau, F. 4, 1974/75, S. 202–205.
- 54 Joseph Victor von Scheffel, in: ~/Wilm Weber, 150 Jahre Scheffel (1826–1976), hg. v. Verein Alt-Heidelberg, Heidelberg 1976, S. 10–14.
- 55 1876 ein Jahr zuvor und eines danach, in: Knoblauch – Ein Jahrhundert in Heidelberg, Heidelberg 1976, (4 S.).
- 56 „Was von 1870–1880 alles in Heidelberg geschah!“ in: Knoblauch – Ein Jahrhundert in Heidelberg [Sonderbeilage der Firma Knoblauch zur Rhein-Neckar-Zeitung, Jg. 32, Nr. 103, 8. 5. 1976].
- 57 Unsere schöne Stadt: Hauseingänge in Neuenheim und in der Weststadt, in: Adreßbuch der Stadt Heidelberg, Jg. 96, 1976, S. 5–7.
- 58 Gärten in Heidelberg einst und jetzt. Ebenda, S. 8–10.
- 59 Der ungebändigte Neckar, in: Rudolf Lehr/Adolf Gängel (Hg.), Vom Rhein zum Taubergrund. Ereignisse und Gestalten, Sandhausen b. Heidelberg 1976, S. 91–95.
- 60 Schicksale der Heidelberger Brücken, in: Heidelberger Amtsanzeiger, Jg. 32, Nr. 13, 1. 4. 1977, S. 5–6.
- 61 Das „Alte Schloß“ über Heidelberg, in: Badische Heimat, Jg. 57, 1977, H. 2, S. 221–224.

- 62 Heidelberg – Eine Residenzstadt im späten Mittelalter. Farblichtbildreihe zur Geschichte, H. 51, hrsg. v. d. Landesbildstellen Baden und Württemberg, o.O. 1977.
- 63 Wege für Ochsenkarren und Autos, in: Heidelberger Amtsanzeiger, Jg. 32, Nr. 36, 9. 9. 1977, S. 2–3.
- 64 Die Flößerei im Odenwald, in: Baum-Zeitung, Jg. 11, 1977, Nr. 4, S. *
- 65 Stadtgeschichtliche Aufschlüsse bei Tiefbauarbeiten in Heidelberg – ein Kurzbericht, in: Kraichgau, F. 5, 1977, S. 170–171.
- 66 Unsere schöne Stadt: Schmiedeeisen an Heidelberger Bürgerhäusern, in: Adreßbuch der Stadt Heidelberg, Jg. 97, 1978, S. 5–6.
- 67 Plätze im alten Heidelberg. Ebenda, S. 7–9.
- 68 Die Westbefestigungen der Kurfürstlichen Residenz Heidelberg, in: Badische Heimat, Jg. 58, 1978, H. 1, S. 45–50.
- 69 Die Plätze beiderseits der Hauptstraße, in: Lebensräume in der alten Stadt. Fußgängerbereich Altstadt – eine Dokumentation, hg. v. d. Stadt Heidelberg, Heidelberg 1978, S. 33.
- 70 Mahlzeit – hin und zurück. Ebenda, S. 38.
- 71 Einst hieß sie königliche Straße. Ebenda, S. 39.
- 72 Bäume im Dienste des Menschen: Vom Floßbau, in: Baum-Zeitung, Jg. 12, 1978, Nr. 3, S. *.
- 73 Bäume in der Kulturgeschichte: Floß und Floßfahrt des Odysseus, in: Baum-Zeitung, Jg. 12, 1978, Nr. 4, S. *.
- 74 Numismatische Gesellschaft Heidelberg (Kunst und Technik bei Merians Kupferstich von Heidelberg – Original oder Verfälschung?), in: Numismatisches Nachrichten-Blatt, Jg. 28, 1979, H. 4, S. 118–119.
- 75 Die Alte Brücke. Schicksale eines Heidelberger Wahrzeichens, in: Wilm Weber (Hg.), Der Heidelberger Brückenneff – Beiträge zur Stadtgeschichte, Heidelberg 1979, S. 83–104.
- 76 Brücken in Heidelberg, in: Adreßbuch der Stadt Heidelberg, Jg. 98, 1979, S. 5–7.
- 77 Als Steinmetze noch unsere Häuser schmückten. Ebenda, S. 8–11.
- 78 Historische Erinnerungen beim Betrachten einer alten Landkarte, in: Badische Heimat, Jg. 59, 1979, H. 3, S. 495–502.
- 79 Brücken aus Holz und ihre Schicksale, in: Baum-Zeitung, Jg. 13, 1979, Nr. 4, S. *.
- 80 Karl von Graimberg, der Retter des Heidelberger Schlosses, in: Kraichgau, F. 6, 1979, S. 177–179.
- 81 Turniere in Heidelberg. Ebenda, S. 185–187.
- 82 Spaziergang über den Philosophenweg, in: Günter Heinemann (Red.), Denkschrift Philosophenweg. Gemeinsame Vorschläge zur Verlegung der Physikalischen Institute und zur Neugestaltung eines hervorragenden Wohnbereichs, hg. v. d. Ruprecht-Karl-Universität u. d. Stadt Heidelberg, Heidelberg 1980, S. 22–24.
- 83 Bäume – Rohstoff der Technik: Brücken über Abgründe, in: Baum-Zeitung, Jg. 14, 1980, Nr. 2, S. *.
- 84 Der letzte kurfürstliche Maulbeerbaum, in: Baum-Zeitung, 14. Jg., 1980, Nr. 4, S. *.
- 85 Rolf Kienle, Die Molkenkur. Von ersten historischen Spuren bis heute, Heidelberg 1981; ²1983.
- 86 Durch das Karlstor in den Kraichgau – Zum Jahr des Barock 1981, in: Kraichgau, F. 7, 1981, S. 177–185.

- 87 Die Stadt- und Bergbefestigungen 1622, und Die Tilly'schen Schanzen und Lager 1622, in: Gerhard Walther (Hg.), *Der historische Pfad bei Heidelberg*, Heidelberg [1981].
- 88 Das umwehrte Handschuhsheim in: *Stadtteilverein Handschuhsheim* (Hg.), *Hendsemer Kerwe* 1982, S. 32–33.
- 89 Ein Nachklang zu Heidelbergs Glockengießereien, in: *Heidelberg diese Woche*, Jg. 34, Nr. 32, 7.–14. 8. 1982, S. 3 u. 22.
- 90 Ein junger Stadtteil auf historischem Boden, in: *Heidelberg-West – Entwicklung eines Stadtteils*, *Festbuch zum 90-jährigen Bestehen des Stadtteilvereins* (Kleine Beiträge zur Heimatgeschichte Nr. 1, hg. v. Hans Milte), Heidelberg *1982, S. 17–21.
- 91 Studenten und Bürger im alten Heidelberg, in: *Badische Heimat*, Jg. 62, 1982, H. 3, S. 357–364.
- 92 Alte Bergwege führen durch die Geschichte, in: *Stadtteilverein Handschuhsheim* (Hg.), *Hendsemer Kerwe* 1983, S. 68–69.
- 93 *Alt Heidelberg und seine Tore*, Heidelberg 1983.
- 94 Das Elsenz-Neckar-Hochwasser vor 200 Jahren, in: *Kraichgau*, F. 8, 1983, S. 158–162.
- 95 *Heidelberger Impressionen*, in: Hans Speck – *Chronist in Heidelberg*, hg. v. Hans Gercke/Ulrich Speck, anlässlich der Ausstellung im Heidelberger Kunstverein vom 29.7.–23.9.1984, Heidelberg 1984 (6 S.).
- 96 30 Jahre *Chronist in Heidelberg*. *Begegnungen mit Hans Speck – Gedanken zu seinen Neckarbildern*. Zur Ausstellung Hans Speck im Heidelberger Kunstverein und Kurpfälzischen Museum, in: *Ruperto-Carola* Jg. 36, Bd. 71, 1984, S. 118–121.
- 97 *Der Aussichtsturm – ein Jubilar auf dem Berg*, in: *Stadtteilverein Handschuhsheim* (Hg.), *Hendsemer Kerwe* 1985, S. 57.
- 98 *Pinienzapfen zieren Brunnenstöcke*, in: *Unser Land* 1985 (1984), S. 137–138.
- 99 *Unsere Schule steht auf historischen Boden*, in: Siegfried Exler (Hg.), *Festschrift 150 Jahre Helmholtz-Gymnasium Heidelberg 1835-1985*, Heidelberg 1985, S. 64–66.
- 100 *Kleintäler und Hohlwege aus historischer Sicht*, in: *Kraichgau*, F. 9, 1985, S. 98–102.
- 101 *Chronik der Ängste und Nöte der Kurpfälzer über 500 Jahre*, Heidelberg 1985; ²1987; ³1989.
- 102 *Von der Teufelskanzel zum Hackteufel*, in: *Unser Land* 1986 (1985), S. 322–323.
- 103 *Die Residenzstadt Heidelberg*, Heidelberg 1986.
- 104 *Von „uralten Zeiten“ an Handschuhsheims Bergstraße*, in: *Stadtteilverein Handschuhsheim* (Hg.), *Hendsemer Kerwe* 1986, S. 71–72.
- 105 *Ein Tag in der ehemaligen Heidelberger Neckarschule*, in: *Badische Heimat*, Jg. 66, 1986, H. 3, S. 381–387.
- 106 *25 Jahre Nachbar der Landhausschule Heidelberg*. In: *Jubiläumsschrift 100 Jahre Landhausschule Heidelberg 1886–1986*, Heidelberg 1986, S. 45–46.
- 107 *Als die Siedlung „Ochsenkopf“ noch nicht stand*, in: *10 Jahre Siedlungsgemeinschaft Ochsenkopf*, Heidelberg 1986, S. 10–13.
- 108 *Die Sage vom Hookemann*, in: *Unser Land* 1987 (1986), S. 68–69.
- 109 *Felsen im Neckar*. *Ebenda*, S. 193–195.
- 110 *Die Sage vom Hookemann*, in: Paul Schick & Rudolf Lehr (Hg.), *Kurpfälzer Sagenschatz*, Heidelberg 1987, Nr. 89, S. 63–65.
- 111 *Herkunft und Bedeutung von Wappen*, in: *Stadtteilverein Handschuhsheim* (Hg.), *Hendsemer Kerwe* 1987, S. 35–45.

- 112 Geschichte rund um den Boxberg, in: Stadtteilverein Heidelberg-Boxberg (Hg.), 25 Jahre Heidelberg-Boxberg, Heidelberg 1987, S. 11–13.
- 113 Neuere Ausgrabungen im Raum Heidelberg – Ein Überblick, in: Kraichgau, F. 10, 1987, S. 257–261.
- 114 Der Heiligenberg bei Heidelberg. Ebenda, S. 268–270.
- 115 Zum 200jährigen Bestehen der Alten Brücke, in: Unser Land 1988 (1987), S. 66–68.
- 116 Der Alte im Walde, in: Dieter Neuer (Hg.), 100 Jahre Kurpfalzschule Heidelberg-Kirchheim 1888–1988, Heidelberg 1988, S. 54–55.
- 117 Die Ahnen der Alten Brücke, in: Helmut Prückner (Hg.), Die Alte Brücke in Heidelberg 1788–1988, Heidelberg 1988, S. 25–29.
- 118 Zwei Kämpfe um die alte Brücke. Ebenda, S. 103–106.
- 119 Rund um das Brückentor. Ebenda, S. 155–158.
- 120 ~/Diether Frauenfeld/Eberhard Schöll, Erinnerungen an das uralte Heidenloch, wie es war und wie es ist, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Hensemer Kerwe 1988, S. 23–31.
- 121 Kleine Burgenkunde. Beispiele aus dem unteren Neckarraum, in: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Bildstelle Heidelberg (Hg.), Begleitheft zur Lichtbildreihe Kleine Burgenkunde, Heidelberg 1988, S. 7–16.
- 122 Ein Berg als Zeuge 5000-jähriger Geschichte, in: Unser Land 1989 (1988), S. 72–75.
- 123 Die letzte Instanz und „Ehrlich währt am längsten“, in: Rudolf Lehr/Karl Kurrus (Hg.) Geschichten aus dem Badnerland. Ein vergnügliches Lesebuch, Karlsruhe 1989, S. 29–33.
- 124 Ein Hochzeitszug auf Handschuhsheims ältester Straße, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Jahrbuch 1989, S. 31–33.
- 125 Der Sebastian-Münster-Brunnen, in: Heidelberg diese Woche Jg. 41, Nr. 45, 3. 11. 1989, S. 5.
- 126 Berndmark Heukemes/~Diether Frauenfeld, Der Bittersbrunnen, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Jahrbuch 1990, S. 9–17.
- 127 Neckar-Sume, in: Rudolf Lehr (Hg.), Kurpfälzer Anekdoten, Schwetzingen ⁴1990, S. 24.
- 128 Können Ofenrohre schwimmen? Ebenda.
- 129 „Da Luddi hot Scharlach“. Ebenda, S. 25.
- 130 Binsenboot-Abenteuer. Ebenda.
- 131 Der schenkende Baum, in: Unser Land 1991 (1992), S. 179–182.
- 132 Dorf in Not, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Jahrbuch 1991, S. 25–26.
- 133 Das Nadelöhr, in: Paul Schick/Rudolf Lehr (Hg.), Perkeo lacht. Humor aus der Kurpfalz, Heidelberg 1991, Σ1992, S. 17.
- 134 Das Vexierschloß. Ebenda, S. 37.
- 135 Das Löwenmaul. Ebenda, S. 157.
- 136 Die magische Bedeutung des Feuersalamanders, in: Kraichgau, F. 12, 1991, S. 77–82.
- 137 Baum, Quelle und Erquickte, in: Unser Land 1992 (1991), S. 53–57.
- 138 Franz Könemann/ Der „heiße“ 6. des Revolutionsjahres 1849 in Heidelberg, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Jahrbuch 1992, S. 33–39.
- 139 Das älteste Vorbild für den Gaisbergturm, in: 100 Jahre Stadtteilverein West-Heidelberg 1892–1992, Heidelberg 1992, S. 127.
- 140 Vom Michelsberg der Weststadt. Ebenda, S. 155–156.
- 141 Der Heidelberger Römerplatz. Ebenda, S. 234–235.

- 142 Vorgeschichte und Geschichte des Bismarckgartens. Ebenda, S. 247.
- 143 Ein Aussichtsturm nach orientalischem Vorbild, in: Unser Land 1993 (1992), S. 232–238.
- 144 Merian zeichnet am Heiligenberg, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Jahrbuch 1993, S. 7–11.
- 145 Die Schicksalsuhr des Kurfürsten Ottheinrich, in: Kraichgau, F. 13, 1993, S. 257–261.
- 146 Obere Burg und Burgschanze über Heidelberg, in: Unser Land 1994 (1993), S. 153–157.
- 147 „Grenzland“ – Zwischen Dossenheim und Handschuhsheim, in: Heimatverein Dossenheim (Hg.), Berichte, Informationen, Mitteilungen, H. 13, 1993 (1994), S. 31–35.
- 148 ~/Diether Frauenfeld, Zwei vergessene Dörfer am Fuße des Heiligenbergs, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Jahrbuch 1994, S. 13–19.
Der Heidelberger Römerplatz – Der älteste Straßenknotenpunkt am unteren Neckar, in: Stadtteilverein West-Heidelberg (Hg.), 1225 Jahre Bergheim (769–194) – Beiträge zur Stadtgeschichte, Heidelberg 1994, S. 147, 152.
- 149 An den Neckar gekettet, in: Unser Land 1995 (1994), S. 198–201.
- 150 ~/Diether Frauenfeld, Der Gedenkstein für Hillenbach, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Jahrbuch 1995, S. 35.
- 151 In neuer Rüstung zum Jubiläumsjahr, in: Unser Land 1996 (1995), S. 166.
- 152 Das Schlößchen als Heim der Jugendbewegung, in: Stadtteilverein Handschuhsheim (Hg.), Jahrbuch 1996 (Jubiläumsausgabe 100 Jahre Stadtteilverein), S. 79–81.
- 153 Stadt am Fluß – Zur Geschichte des Neckarufers, in: Heidelberger Geschichtsverein (Hg.), Heidelberg – Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, Jg. 1., Heidelberg 1996, S. 24–36.
- 154 Eine Römerbrücke über den Neckar, in: Unser Land 1997 (1996), S. 40–43.
- 155 Am Karlstor legten einst Schiffe an, in: Badische Heimat, Jg. 76, 1996, H. 3, S. 377–380.
- 156 Eine Wanderung auf dem Heiligenberg bei Heidelberg, in: Unser Land 1998 (1997), S. 251–252.
- 157 Jugendzeit am Neckar, in: Heidelberger Geschichtsverein (Hg.), Heidelberg – Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, Jg. 2, Heidelberg 1997, S. 67–72.
- 158 Geschichte um und über den Gaisberg, in: Verein West-Heidelberg (Hg.), Der Gaisbergturm, Heidelberg 1997, S. 5–6.
- 159 Das älteste Vorbild für den Gaisbergturm – Der Leuchtturm von Alexandria, dargestellt auf einem Kupferstich von Mathias [sic] Merian zu einem Sinnspruch von 7. us Zinref AD 1664. Ebenda, S. 6–7.

III. Ausgewählte Veröffentlichungen über Ludwig Merz

- 1 Hohe Auszeichnung für Heimatforscher. Ludwig Merz erhielt das Bundesverdienstkreuz – Vom Oberbürgermeister überreicht, in: Rhein-Neckar-Zeitung, Jg. 25, Nr. 276, 1. 12. 1969, S. 4.
- 2 Ludwig Merz als Heimatforscher ausgezeichnet. Bundesverdienstkreuz am Bande für den Fachoberlehrer – „Mit großem Herz und blinder Liebe für die Stadt“, in: Heidelberger Tageblatt, 1. 12. 1969

- Geschichte als lebenslange Aufgabe. Fachschulrat i.R. Ludwig Merz zum 70. Geburtstag – Zahlreiche Veröffentlichungen, in: Rhein-Neckar-Zeitung Jg. 34, Nr. 294, 23. 12. 1978, S. 6.
- 3 Ludwig Merz hat sich die Heimat erwandert: „Romantik des Schatzsuchens geht verloren“ – Gespräch mit dem Träger des Bundesverdienstkreuzes, der morgen 70 Jahre alt wird, in: Heidelberger Tageblatt, 23. 12. 1978
- 4 Dank und Auszeichnung für Heimatforscher Ludwig Merz und Hans Benz bei der „Badischen Heimat“ geehrt – Vielseitige Aktivitäten, in: Rhein-Neckar-Zeitung, Jg. 35, Nr. 17, 22. 1. 1979, S. 5.
- 5 Ludwig Merz auf Mat[t]haeus Merians Spuren: „Alt-Heidelberg und seine Tore“. Heidelberg für Heidelberger erlebbar machen – Begleiter für Spaziergänger und Touristen, in: Rhein-Neckar-Zeitung, Jg. 39, Nr. 172, 29. 7. 1983, S. 3.
- 6 Karl Kollnig, Ludwig Merz zum 70. [richtig: 75.] Geburtstag. Unermüdlicher Heidelberger Heimatforscher, in: Rhein-Neckar-Zeitung Jg. 39, Nr. 297, 24. 12. 1983, S. 7.
- 7 Karl Kollnig, Topographische Beschreibung des alten Heidelberg – Ein neues Buch von Ludwig Merz, in: Amtsanzeiger der Stadt Heidelberg, 17. 4. 1986.
- 8 Karl Kollnig, Mauerreste mit viel Spürsinn eingeordnet. Topographische Beschreibung des alten Heidelberg – Ein neues Buch von Ludwig Merz, in: Rhein-Neckar-Zeitung, Jg. 42, Nr. 96, 26. 4. 1986, S. 5.
- 9 Was die Menschen einst bedrängte. Ludwig Merz schrieb eine Chronik der Ängste und Nöte, in: Rhein-Neckar-Zeitung Jg. 42, Nr. 161, 17. 7. 1986, S. 5.
- 10 Mit Ludwig Merz immer nur dazugelernt. Der Stadtgeschichtler wird heute 80 Jahre alt – Mit den Römern im Nachbarhaus fing es an, in: Rhein-Neckar-Zeitung Jg. 44, Nr. 298, 24. 12. 1988, S. 5.
- 11 Verdienste gewürdigt. Zum 80. Geburtstag von Heimatforscher Ludwig Merz, in: Amtsanzeiger der Stadt Heidelberg, 5. 1. 1989.
- 12 Neue Diarreihe der Bildstelle: Die „Kleine Burgenkunde“ als pädagogisch wertvolles Projekt, in: Rhein-Neckar-Zeitung, Jg. 45, Nr. 41, 18. 2. 1989, S. 8.
- 13 Wilm Weber, Ludwig Merz – ein verdienter Jubilar, in: Kraichgau. Beiträge zur Landschafts- und Heimatforschung, F. 11, 1989, S. 29–32.
- 14 Neuenheim wird Stadtteil von Heidelberg – Gespräch mit Otto Jäger und Ludwig Merz, 31.3.1989, in: Detlef Zeiler (Red.): Neuenheim ist halb Europa. Gedanken und Bilder zur Eingemeindung Neuenheims vor 100 Jahren. Begleitheft zum gleichnamigen Videofilm. VHS Heidelberg & Mopäd, LehrerSelbsthilfe päd-aktiv e.V., Heidelberg 1990, S. 16–41.
- 15 Karla Sommer, Im „Nebenberuf“ Topograph, in: Rhein-Neckar-Zeitung Jg. 48, Nr. 202, 1. 9. 1992, S. 27.
- 16 Das Römerviertel ist sein Revier. Heimatforscher Ludwig Merz feierte an Heiligabend seinen 85. Geburtstag, in: Rhein-Neckar-Zeitung Jg. 49, Nr. 299, 28. 12. 1993, S. 5.
- 17 Christian Burkhart, Zwei verdiente Jubilare (Ludwig Merz zum 85. Geburtstag / Berndmark Heukemes zum 70. Geburtstag), in: Heimatverein Dossenheim (Hg.), Berichte, Informationen, Mitteilungen, H. 13, 1993 (1994), S. 36–41.
- 18 Bürgermedaille für Merz. In: Mannheimer Morgen, Jg. 51, Nr. 16, 20. 1. 1996, S. 12.
- 19 Hansjoachim Räther, „Hab immer Augen und Ohren offen gehalten“ – Bürgermedaille für Ludwig Merz, in: Heidelberger Rundschau (Ausgabe Heidelberg-Nord), 3. 2. 1996, S. 1.

- 20 Heimatforscher aus Leidenschaft. Ludwig Merz erhält Heidelberger Bürgermedaille. In: Mannheimer Morgen, Jg. 51, Nr. 32, 8. 2.1996, S. 17.
- 21 Ein Lausbub und Lehrer aus Leidenschaft. Heidelbergs Heimatforscher Ludwig Merz erzählt aus seinem Leben – Am Sonntag erhält er die Bürgermedaille. In: Rhein-Neckar-Zeitung Jg. 52, Nr. 33, 9. 2. 1996, S. 5.
- 22 In Baugruben auf Fundsuche, in: Mannheimer Morgen, Jg. 51, Nr. 35, 12. 2. 1996, S. 25.
- 23 In der Waschküche wusch er römische Funde. Heimatforscher Ludwig Merz erhielt Bürgermedaille der Stadt – Feierstunde im Großen Rathaussaal. In: Rhein-Neckar-Zeitung Jg. 52, Nr. 35, 12. 2. 1996, S. 3.
- 24 Ludwig Merz: Ein Kenner der Stadt, in: Heidelberger Stadtblatt. Amtsanzeiger der Stadt Heidelberg Jg. 4, Nr. 7, 15. 2. 1996, S. 4.

Dietrich Bahls

Ein Spaziergang entlang den Häusern an der Ziegelhäuser Landstraße

I

Mit Anwohnern, Nachbarn und interessierten Heidelbergern bin ich im Frühjahr an den Häusern der Ziegelhäuser Landstraße, die zumeist ja Villen sind, entlanggegangen, um deren Geschichte und die ihrer Bewohner an Ort und Stelle deutlich zu machen. Manche der nachfolgend dargestellten Tatsachen hatte ich vorher herausgesucht, einige ergeben sich aus spontanen Mitteilungen auf dem Weg.

Wahrscheinlich ist die Ziegelhäuser Landstraße die am meisten betrachtete Häuserstraße in Heidelberg. Wer von der Altane des Schlosses über die Altstadt und den Neckar auf die andere Uferseite schaut, findet sich etwas unterhalb der Mitte dieser Straße zwischen dem Max-Weber-Haus und der Einmündung der Scheffelstraße in die Ziegelhäuser Landstraße.

Die Straße ist aus der früheren Chaussee nach Ziegelhausen entstanden. Mit Ausnahme einiger Neubauten in den 30er Jahren und eines Neubaus in den 90er Jahren dieses Jahrhunderts stammen die Gebäude entweder aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts oder aus der Zeit der Jahrhundertwende bis zum 1. Weltkrieg. Interessanterweise gibt es einige Gebäude, die schon von ihrer Gestalt her erkennen lassen, daß sie ursprünglich einmal Gärtner- oder Bedienstetenhäuser waren, und die sich in Größe und Aussehen von den umliegenden Anwesen abheben.

Die Erkundung der Frage, wer die Häuser an der Ziegelhäuser Landstraße in welcher Zeit gebaut und wer sie seither bewohnt hat, ist dadurch erschwert, daß es in den letzten 30 Jahren des vorigen Jahrhunderts für die Hausnummern eine umgekehrte Zählfolge gegeben hatte, bei der von Ziegelhausen aus das erste Haus die kleinste Hausnummer und das Anwesen unmittelbar gegenüber der Alten Brücke die höchste Nummer trug. Durch die zahlreich hinzugekommenen Neubauten im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts steigerte sich die Nummer des Anwesens gegenüber der Alten Brücke von Haus Nr. 29 auf Haus Nr. 56!

Dennoch lassen sich durch einen Blick in die Liste der Kulturdenkmale von Neuenheim, anhand der Adreßbücher von Neuenheim bzw. Heidel-

berg und nicht zuletzt durch Berichte älterer Anwohner der Straße, in meinem Falle insbesondere durch Frau Mall, der Schwiegertochter des Privatiers Karl Ickrath, einige Einzelheiten ermitteln, aus denen eines Tages vielleicht ein vollständiges Mosaik zusammengesetzt werden kann.

Das Adreßbuch des Jahres 1842, das am weitesten zurückliegende derer aus den 10-Jahres-Intervallen, die ich benutzt hatte, nennt für die Ziegelhäuser Chaussee, wie die Straße damals geheißen hatte, lediglich die Anwohner in der Reihenfolge ihrer Häuser. Die Liste beginnt mit Graf Kuno von Rantzau, der offensichtlich in dem Biedermeier-Anwesen mit dem Gärtner- und Remisenhaus gegenüber der Alten Brücke gewohnt hatte, und endet am Haarlass mit der Angabe des Namens des früheren Oberbürgermeisters Wilhelm Speyerer. Dazwischen gibt es vier Weingärtner (L. Meyer Witwe und Sohn, Jakob Küfer, Andreas Bender), einen Küfer (Ickrath) und vier Wirte (Josef Steidel, L. Seitz, Konrad Treiber und Josef Dittnai). Ferner nennt die Namensliste noch den Partikulier Albrecht Schaaff, den Pflasterer Maximilian Steinmann und den Fischer Christoph Rohrmann sowie den Gutsbesitzer Heydweiler.

Aus der Erwähnung von Josef Dittnai, dem Wirt der Hirschgasse, ist zu schließen, daß sich die Namensangabe nicht allein auf die Ziegelhäuser Landstraße beschränkte, sondern auch die (jetzige) Hirschgasse einbezog. Manche dieser Namen bleiben, auch unter Berücksichtigung der Erbfolge, teilweise mit geänderter Schreibweise über Jahrzehnte gleich, im Falle des Hauses Charlottenberg mit Amalie von Heydweiller noch bis 1891. Die schillernde und für Studenten bedeutsame Figur des Hirschgassenwirts Dittnai (1881 bereits der selbständig aufgeführten „Hirschgasse“ als „Dittney“ zugeordnet) lasse ich, weil nicht Ziegelhäuser Landstraße im eigentlichen Sinne, außer Betracht. Unter den obengenannten Namen verdient sicher Josef Steindel besondere Erwähnung. Er war, wie ich einem nicht näher gekennzeichneten Zeitungsartikel im Aktenband des Stadtarchivs über Joseph Viktor von Scheffel mit der Überschrift „Der Engere zu Heidelberg“ entnehmen konnte, der Erwerber des östlichen Eckgrundstücks der heutigen Scheffelstraße. Dieses hatte er von den Brüdern Karl Gottfried Nadler und Dr. Heinrich Friedrich Nadler erworben. Dort betrieb er anfänglich ohne Schildgerechtigkeit ein Art Straußwirtschaft. Die Schildgerechtigkeit für sein „Waldhorn ob de Bruck“ erhielt er von dem Waldhorn-Gasthaus an der Neuenheimer Landstraße.



Haus Nr. 17 (Villa Fallenstein – Max-Weber-Haus)

II

Im Adreßbuch des Jahres 1850 wird die Namensliste für die damalige Ziegelhäuser Straße von den Namen Geheimrat Damen und Prof. Röder angeführt. Letzterer war der Namensgeber für den jetzigen Hölderlinweg. Er war Professor für Rechtsphilosophie an der Universität Heidelberg und war mit den Werken über damals moderne Ideen zum Strafvollzug hervorgetreten.

Im Jahr 1850 taucht für das jetzt mit der Hausnummer 17 gekennzeichnete Anwesen erstmals der Name des Geheimen Finanzraths Fallenstein auf. Er ist der Großvater von Max Weber, dem heutigen Namensgeber des Hauses, und wird in dem von Marianne Weber geschilderten Lebensbild ihres Ehemannes im Vorwort dargestellt und als ein vom Schicksal geprüfter, entschlossen handelnder, vulkanartiger Mann gezeichnet, der schon mit 20 Jahren die Ehe eingegangen war, aus der fünf Kinder hervorgegangen waren. Seine Söhne wurden derartig streng gehalten, daß drei von ihnen zur See gingen und einer dem Vaterhaus entfloh. Die Söhne aus dieser Ehe hatte Fallenstein nie wieder gesehen.

Er heiratete dann Emilie Souchay, eine reiche Kaufmannstochter aus Frankfurt, mit der er vier Töchter und einen Sohn hatte. Der Sohn verstarb

schon in jungen Jahren an den Folgen einer Erkrankung, die er sich während der Teilnahme am deutsch-französischen Krieg 1870/71 zugezogen hatte. An ihn erinnert die Inschrift auf der an der östlichen Fensterwand angebrachten Gedächtnistafel der Aula für die im Kriege 1870/71 gefallenen Studenten der Göttinger Universität (Gerwin Ed. Fallenstein, geb. zu Heidelberg 11. Dec. 1848, stud. iur., Freiw. im 7. Westf. Reg. 56, gef. bei St. Pierre 9. Janr. 1871). Die älteste Tochter Ida Fallenstein war mit dem Professor für Geschichte an der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg Hermann Baumgarten verheiratet. Helene Fallenstein hatte den Rechtsanwalt und Stadtrat in Berlin, Dr. Max Weber, den Vater des gleichnamigen späteren Bewohners des Hauses, geheiratet. Eine weitere Tochter Henriette Fallenstein war mit dem Professor für Kirchengeschichte an der Universität Heidelberg und Dichter Adolf Hausrath vermählt, die Tochter Emilie mit dem Professor für Geologie an der Universität Straßburg, Ernst Wilhelm Benecke.

Aufschlußreich ist aus der Durchsicht der Adreßbücher vom Jahre 1881 an, daß für das Haus gegenüber der Alten Brücke Professor Ernst Wilhelm Benecke, für das von Fallenstein gebaute Max-Weber-Haus die (Fallenstein)Witwe Emilie und der Kirchenhistoriker Prof. Dr. Hausrath als Bewohner aufgeführt werden. Ein Teil der Schwiegerkinder der Familie Fallenstein war also an der Ziegelhäuser Landstraße verblieben, im Falle der Familie Hausrath bis zur Generation des Schwiegerenkel-Sohns Dr. August Hausrath.

Marianne Weber schildert in dem Kapitel „Das schöne Leben“ den Einzug von ihr und ihrem Mann in das Haus nach einem entsprechenden Erbfall. In dem Bericht „Heidelberger Bilderbuch“ von Hermann Glockner heißt es (S. 100) zu dem Haus mit den Worten seines Erlanger Universitätslehrers Hensel: „An dem Haus Nr. 17 dürfen Sie nicht achtlos vorübergehen; ... die bedeutendsten Männer Heidelbergs sind hier ein- und ausgegangen; Gervinus hat darin gelebt und später der grundgelehrte Kirchenhistoriker Hausrath ... Jetzt wohnen Webers in dem Haus.“

Im westlichen Teil des Gartens befindet sich unter einem Buchsbaumgebüsch ein Gedenkstein, in dessen einer (West)Seite die Namen der Eheleute Fallenstein und Hausrath, jeweils mit der Jahreszahl des Erwerbs des Anwesens versehen (1847; 1853 und 1881), eingemeißelt sind, in der anderen (Nord)Seite der Hinweis, daß Hausrath Professor an der Universität Heidelberg und in dem Jahr 1882, vermutlich dem Entstehungsjahr des Steines, auch deren Prorektor war, auf der dritten Seite die Namen der Bewohner des Hauses (Gervinus, Goldschmidt, Benecke, Hausrath und W. Ebel bzw. Eber, vielleicht aber auch Weber) und in der Südseite in Latein ein Vers aus den Sermones des Horaz (liber Sermonum II, 6):

„Hoc erat in votis: modus agri non ita magnus,
hortus ubi et tecto vicinus iugis aquae fons
et paulum silvae super his foret, auctius atque
di melius fecere, bene est, nil amplius oro.“

(Das war meiner Sehnsucht Wunsch: ein Ackergut
auf nicht zu großem Raum, dazu ein Garten und
dem Haus benachbart ein frisch rinnender Quell
und oben am Bergeshang ein Fleckchen Wald.
Reicher und Schöner ist, was die Götter mir bescherten.)

Heute gehört das Haus zum Internationalen Studienzentrum der Universität. Hier wird der Unterricht des Kollegs für deutsche Sprache und Kultur erteilt.

III

Ähnlich wie im Falle der Nachkommen der Eheleute Fallenstein aus der zweiten Ehe waren in den Anwesen Nr. 17a und 31 Angehörige ein und derselben Familie an der Ziegelhäuser Landstraße ansässig.

Das Haus Nr. 17a hatte sich vor dem I. Weltkrieg die Witwe Klara Thorbecke geb. Bassermann (Witwe des Tabakfabrikanten und bekannten liberalen Politikers im Badischen Landtag Franz Thorbecke) gekauft (Lothar Gall, Bürgertum in Deutschland, S. 398 und 422). Ihre Tochter heiratete den früheren Landgerichtsrat Dr. Hermann Engelhard. Er hatte das Haus Nr. 31, das 1899 von dem Architekten Schäfer gebaut worden war, wenige Jahre nach der Errichtung gekauft. Der Bauherr selbst war vom Gerüst gestürzt und der nächste Erwerber auch verstorben.

Die Familie Engelhard ist in den Lebenserinnerungen von Anschütz erwähnt. Die drei Töchter des Hauses heirateten den Kaufmann Hans Svendson, den Frankfurter Kinderarzt Dr. Razor und Heiner Bassermann, den späteren Gründer der Konservenfabrik Badenia in Bühl.

IV

Eine ähnlich Familienbezogenheit der Anwesen um die Ziegelhäuser Landstraße läßt sich auch für das unscheinbare und offensichtlich auf ein altes Fischer- oder Gärtnerhaus zurückgehende Gebäude Nr. 11 für die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts feststellen, als es von dem berühmten langjährigen und bei den damaligen Verbindungsstudenten weitbekannten Paukarzt Dr. Immisch, einem Schwiegersohn des Hirschgassenwirts Josef Dittney, bewohnt war.

V

An dem Anwesen Nr. 19 ist eine Plakette zur Erinnerung an den Professor für Geographie Alfred Hettner angebracht. Bei Glockner (siehe oben, S. 254) heißt es über ihn, daß er unter den Heidelberger Gelehrten eine der souveränsten Persönlichkeiten gewesen sei.

Bis vor wenigen Jahren wurde in diesem Anwesen das Hotel Roseneck betrieben. Jetzt befinden sich in dem Hause Eigentumswohnungen.

VI

Das bekannteste Grundstück an der Ziegelhäuser Landstraße ist an sich die östliche Ecke der Scheffelstraße, auf dem früher das Restaurant Waldhorn ob de Bruck, das als „Scheffelhaus“ weite, durch das Theaterstück von Wilhelm Meyer-Förster „Alt-Heidelberg“ (heute besser bekannt als Musical „Student Prince“) weltweite Berühmtheit hatte und – nach jetzigen Maßstäben – völlig unverständlicherweise im Jahre 1965 abgerissen worden ist. Weil das Scheffelhaus nicht mehr vorhanden ist, wird leider nur den Kennern der Verhältnisse die Bedeutung dieser Straßenecke bewußt. Jetzt ist das Scheffelhaus-Grundstück Teil des Gartens der im Jahre 1909 erbauten früheren Czerny-Villa, sicher des beachtlichsten der dort um die Jahrhundertwende entstandenen Gebäude.

Nach dem Tode des oben erwähnten Wirtes Josef Steidel betrieben zunächst seine Erben die Wirtschaft. Im Adreßbuch des Jahres 1881 ist für das Grundstück Paul Ickrath als „Restaurateur und Betreiber eines Café-Restaurants“ genannt. Offensichtlich hatten sich in seiner Hand die Gaststätten „Waldhorn ob de Bruck“ und der benachbarte „Weinberg ob de Bruck“ befunden. So ergibt es sich auch aus dem Adreßbuch des Jahres 1891.

Paul Ickrath hatte sich zu Ende des vorigen Jahrhunderts zur Ruhe gesetzt und sich 1897 das Anwesen Nr. 27 gebaut. (Für einige Zeit waren die Eheleute Professor Max Weber Mieter in dem Hause, bevor sie in das Anwesen Nr. 17 zogen.) Die beiden Lokale gingen an andere Betreiber über, bis 1909 auf dem Grundstück des Weinberg-Restaurants die im klassizistischen Stil gehaltene Villa des Geheimraths und Chirurgieprofessor an der Universität Heidelberg, Vinzenz Czerny, errichtet wurde. An die alte Weinberg-Gastwirtschaft erinnert ein Brunnen, der an der Straße in die Fassadenmauer des Anwesens eingelassen ist.

Wirt des benachbarten Scheffelhauses war Goswin Ernst, dessen Witwe nach seinem Tode noch über Jahre das Haus mit seinem Biergarten als Gast- und Caféhaus sowie Familienheim geführt hat.

Auf dem kurzen Stück der Ziegelhäuser Landstraße bis zur Hirschgasse gab es ein weiteres Gasthaus, die Weinwirtschaft „Zum Goldenen Hirsch“ (Kuchenhäusel) an der Ecke Hirschgasse. Sie ist offensichtlich der Namensgeber für die dort abzweigende Straße geworden, von der dann Josef Dittney den Namen seines bekannten Pauklokals ableitete. Eine Namenskollision mit dem „Hirsch“ auf der Nordseite des Heidelberger Rathauses (vgl. Scheffel: Rodensteiner Lieder ... Wer reit't mit zwanzig Knappen ein zu Heidelberg im Hirschen? Das ist der Herr von Rodenstein, auf Rheinwein will er pirschen.) gab es nicht, weil Neuenheim damals noch selbständig war.

VII

Im Hause Ziegelhäuser Landstraße Nr. 29 lebte laut Adreßbuch des Jahres 1900 der spätere Geheime Hofrat und Professor der Rechte Dr. Karl von Lilienthal. Das neckaraufwärts neben dem Engelhardschen Grundstück gelegene Grundstück (Nr. 33) war bis in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts unbebaut.

Auf dem anschließenden Grundstück baute sich 1902 der Staatsrechtslehrer Geheimrat Professor Dr. Gerhard Anschütz die mit den überlappenden Giebeln ausgestattete Villa, die er in seinen Lebenserinnerungen in ihrer Entstehung, Gestaltung und Ausstattung eingehend beschreibt. (S. 84ff.) Es heißt bei ihm: „Schon bei dem Erwerb des Platzes lag die Initiative ganz bei (seiner Ehefrau) Elschen. Sie suchte und fand ... bald das bestmögliche. Das Grundstück, auf dem sich unser Haus dann erheben sollte ... liegt am rechten Neckarufer, einige Schritt „ob der Bruck“ (wie Scheffel sagt), also oberhalb, stromaufwärts der alten Brücke, gegenüber dem Schloß, herrlich gelegen, an einem der schönsten Punkte nicht nur dieser gesegneten Landschaft, sondern, das darf wohl gesagt werden, ganz Deutschlands ... Der Architekt, dem wir die Planung und Leitung des Baues anvertrauten, war kein anderer als der Bruder meiner Frau, mein Schwager, Baurat Reinhold Herold ... (S. 85). Im Frühjahr 1934 habe ich es dann verkauft ... Von der schmalen, dicht am Ufer des Stromes entlangziehenden Straße betritt man durch das hölzerne Gartentor über eine Treppe den Vorgarten, der etwa 2 m über der Straßenfläche liegt ... Die Vorderfront des Hauses ist bis hoch hinauf bekränzt mit Glyzinien, Clematis, weiß-blühenden Kletterrosen ... Das Haus, blendend weiß verputzt, mit hölzernem Fachwerk im Giebel, wird von einem hohen, mit roten Ziegeln bekleideten Dach beschirmt ... Es steht nach allen vier Seiten frei, eine in vornehmem wie wohl einfachem Stil gehaltene Villa.“

Die Anekdote sagt, daß, als Professor Anschütz, der von Heidelberg an die Universität nach Berlin gegangen war, erneut einen Ruf nach Heidelberg erhielt und in der Fakultät gerätselt wurde, ob jemand, der Professor in Berlin ist, nach Heidelberg zurückkehrt, ein Fakultätsmitglied geulkt haben soll: wo eine Villa ist, ist auch ein Weg.

Das Nachbarhaus Nr. 37 ist im Jahre 1893 von dem Architekten C. Stark errichtet worden.

VIII

Oberhalb der Hirschgasse verdienen die Fuchs'sche Villa, das 1914 errichtete, breit hingelagerte Anwesen Nr. 47/49, die von dem späteren Ehrenbürger der Stadt Franz Sales Kuhn um 1910 errichtete Villa Altschüler (Nr. 55) und insbesondere die Villa Charlottenburg (Villa Strauß) Nr. 63 Erwähnung.

Das Eckhaus auf der Ostseite der Hirschgasse stand seit den 20er Jahren im Eigentum des Tabakfabrikanten Richard Flick (Badische Tabakmanufaktur). Nach dem Tode seiner Witwe 1972 ging das Eigentum auf die Richard und Friederike Fleck-Stiftung über. Im Jahre 1996 erlitt das Haus durch Brand erhebliche Schäden.

Das Haus Nr. 43 hatte sich der Fabrikant Valentin Fuchs, Sohn des Gründers der Waggonfabrik Heinrich Fuchs, errichtet. Etwa 1910 ging das Haus in den Besitz des früheren Generalleutnants Eduard von Hoffmeister über, der in ihm seine Chinasammlung (aus dem Boxeraufstand) einrichtete. Er hat das Haus zu seiner heutigen Form umgebaut und insbesondere auf dem westlichen Erker den Barockgiebel hinzugefügt. Vor die Front ließ er den Balkon und auf die Ostseite den (gerade restaurierten) Wintergarten setzen. Nach dem Tode der Witwe verkauften die Erben das Grundstück im Frühjahr 1958 an die Kath. Studentenverbindung Palatia, die es bis heute beherbergt.

Eigentümer des Anwesens Nr. 45 war Dr. Otto Helmle, dessen Tochter Finni Ende der zwanziger Jahre für kurze Zeit Ehefrau des amerikanischen Industriellen und Multimillionärs Jean Paul Getty war. Aus dieser Ehe ist ein Sohn hervorgegangen. Das Haus ist in den 50er Jahren durch Anbauten verändert worden. Der westliche Anbau ist an die Stelle eines früher vorhandenen Wintergartens getreten.

Architekten der Villa Nr. 47 mit dem dazugehörenden „Torhaus“ waren die Architektengemeinschaft Moosbrugger und Pflaumer. Das Haus wurde unmittelbar vor dem 1. Weltkrieg fertiggestellt.



Haus Nr. 55 (Villa Altschüler)

Wenige Jahre zuvor hatte der Architekt Franz S. Kuhn für den Mannheimer Fabrikanten Altschüler das Haus Nr. 55 entworfen und (nach einer Planänderung wegen einer einheitlichen Fluchtlinie) gebaut. 1911 wurde dieses Haus fertiggestellt, das in Konzeption und äußerer Gestaltung dem von Kuhn gebauten Wohnhaus Regnier in der Albert-Ueberle-Straße 32 entspricht.

Das Haus wird gekennzeichnet durch den halbkreisförmigen Balkon, der auf 6 Säulen ruht.

Die Steinbrüstung des Balkons ist kunstvoll durchbrochen. Von besonderer Reichhaltigkeit ist die bis heute erhalten gebliebene Innenausstattung, insbesondere in der Eingangsdiele.

Die Villa Charlottenburg mit ihrem Garten ist im 2. Jahrgang dieses Jahrbuchs von Claudia Rink (S. 137 ff.) eingehend dargestellt worden.

IX

Überwiegend begrenzt auf die Zeit von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zum ersten Drittel dieses Jahrhunderts, sind hier nur einige Grundstücke der Ziegelhäuser Landstraße angesprochen worden. Wahrscheinlich werden die meisten der täglich die Straße entlangfahrenden Menschen kaum sagen können, in welcher Reihenfolge die dort stehenden Villen zueinander liegen. Der vorliegende Text soll, wie er auch entstanden ist, ein Brevier für einen Spaziergang sein. Ich bin zuversichtlich, daß den bereits ermittelten Tatsachen und Zusammenhängen noch weitere hinzugefügt werden, so daß vielleicht eines Tages eine umfassende baugeschichtliche, gesellschaftliche und stadtbezogene Darstellung der Ziegelhäuser Landstraße vorliegt.

Eugen Holl

Das Tiefburgarchiv in Handschuhsheim

Als im Jahre 1970 der Mieter im 3. Obergeschoß der Tiefburg ausgezogen war, machte man sich im Vorstand des Stadtteilvereins Gedanken darüber, wie die freigewordenen Räume in Zukunft genutzt werden sollten. Drei Zimmer umfassen den gesamten Hausgrundriß von 9 x 7 Metern, abzüglich eines Vorraumes von $15 \text{ m}^2 = 48 \text{ m}^2$. Ein Raum hat also eine Fläche von 16 m^2 .

Der alte Wunsch, ein Handschuhsheimer Museum einzurichten, konnte leider nicht verwirklicht werden, denn dazu war der vorhandene Raum zu klein. Außerdem waren die sanitären Anlagen unzureichend. Dies hat sich inzwischen dahin geändert, daß die Räume mit einer ordentlichen Heizung ausgestattet sind. Nachteilig ist auch der Umstand, daß die Räume im Satteldach des alten „Wohnturms“ liegen und keinen Kniestock haben. Die Fläche für Stellwände ist also sehr begrenzt. Der Stadtteilverein hat sich damals für eine Sammlung heimatbezogener Literatur, Fotos, Dokumente etc. entschieden. Der damalige Vorsitzende des Vereins Willi Kücherer und ich waren von „unserer“ Idee begeistert. Fleißig wurde in Antiquariaten eingekauft; auch aus der Handschuhsheimer Bevölkerung kamen viele Leihgaben. Den Grundstock jedoch bildeten einige Bücher und alte Festschriften aus der „Heimattube“ (heute Rittersaal), die Fritz Frey schon 1957 ins Leben gerufen hatte. Die damals von Dr. Keidel (Rosenapotheke) gestifteten Vitrinen werden heute noch genützt. Unser zwischenzeitlich verstorbener Schriftführer, unser Ehrenmitglied Gerhard Kindt, hat nach Aufgabe seines Uhren- und Schmuckgeschäftes dem Stadtteilverein sehr praktische Schränke und Regale zum Geschenk gemacht.

So war nun um 1971/72 ein heimatkundliches Archiv(chen) entstanden, das so manchen Besucher in Erstaunen versetzte. Aus beruflichen Gründen mußte ich die Führung des Archivs von 1980 bis 1995 aus der Hand geben.

Frau Dr. Perkow und später Herr Franz Strubel haben das „Geschäft“ weitergeführt. Ihnen beiden ist es zu verdanken, daß der Bestand geordnet beisammen blieb. Für Interessierte war das Archiv in dieser Zeit nicht zugänglich.

Unter dem jetzigen Vorsitzenden des Vereins Martin Hornig kam ich wieder zu „meinem“ Archiv. Seit Eröffnung der 6. „Handsemer Art“ am 24. August 1996 ist es an jedem 1. und 3. Sonntag im Monat von 11.00 bis 12.30 Uhr für jedermann zugänglich. Das Archiv des Stadtteilvereins Handschuhsheim ist inzwischen mit ca. 1300 Bänden heimatkundlicher Literatur bestückt und wie folgt gegliedert:

Bücher und Schriften, Fotos, Pläne, Gegenstände, Bilder

1. Handschuhsheim – Neuenheim – Heiligenberg
2. Heidelberg mit Universität und Schloß
3. Landkreis (Heidelberg und Umgebung)
4. Serien (Neues Archiv – Geschichtsblätter Kreis Bergstraße – Odenwald und Randlandschaften – Kurpfälzer Jahrbücher – Mannheimer Geschichtsblätter, und anderes mehr).
5. Orts- und Landeskunde allgemein
6. Belletristik – Heimatbezogene Romane, Novellen, Erzählungen
7. Mundart
8. Geschichte - Militär
9. Lieder
10. Festschriften Handschuhsheimer Vereine
11. Badische Heimat - Adreßbücher
12. Kunst
13. Urkunden Handschuhsheim betreffend – auch Lorscher Codex
14. Fotos – kleinere Dia-Vorträge
15. Hängende Bilder und Ofenplatten
16. Pläne und Karten (Handschuhsheim – Neuenheim – Heidelberg)
17. Gegenstände

Außerdem wird ein Zeitungsarchiv unterhalten in folgenden Ordnern:

Handschuhsheim vor 1903	Steinberg
Handschuhsheim nach 1903	Heidelberg
Heiligenberg	Kloster Lorsch
Sankt Vituskirche	Neuenheim
Tiefburg	Land und Leute
Schlößchen	Verschiedenes

Eine kleine „Handschriften“-Vitrine wird wie ein Augapfel gehütet: Almosenbuch 1694–1695, Familienbuch 18.–19. Jhd., Erbbestandsbuch 1840, Schulbefehlsbuch 1841–1910 und einiges mehr (bes. im religiösen Bereich).

Durch die kürzlich erworbene Buch- und Schriftenreihe der Stadt Heidelberg und Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs sind wir auch mit Literatur der jüngsten Geschichte gut bestückt.

Wir wissen nicht alles, und wir haben nicht die Unterlagen wie ein Stadtarchiv. Trotzdem freuen wir uns auf Ihren Besuch.



KURPFÄLZISCHER VERLAG

Aus unserem Verlags-Programm sind außerdem folgende Titel lieferbar:

**KÖNIGLICHE
FRAUENSCHICKSALE
ZWISCHEN
ENGLAND UND KURPFALZ**
von Lili Fehrle-Burger

2. Aufl. 1997
176 S. 46 Abb./ gebunden
ISBN 3-924566-06-2 DM 29,80



Die HÄUSER der JUDENGASSE in HEIDELBERG
Heft 1 : DIE SCHWABENBURSE
von Hermann Lehmann

Heft 1 / 1996
92 S. 23 Karten und Abb./ kartoniert
ISBN 3-924566-04-6 DM 15,-



Kurpfälzischer Verlag - Dr. Hermann Lehmann - Dreikönigstr. 10 - 69117 HD
Zu beziehen über den Buchhandel

Geschichte der Juden in Heidelberg. Mit Beiträgen von Andreas Cser, Susanne Döring, Norbert Giovanini, Franz Hundsnurscher, Martin Krauss, Frank Moraw, Monika Preuß, Udo Wennemuth und Franz-Josef Ziwes, Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 6, Heidelberg 1996 (Verlag Brigitte Guderjahn)

Der Geschichte der Juden in Heidelberg wurde bereits in vielen Detailstudien nachgegangen. Das Ziel des vorliegenden Werks ist es, eine „lückenlose Darstellung der Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in Heidelberg von den Anfängen bis in die Gegenwart“ (S. 7) zu geben. Der Anstoß für diese nun vorliegende Darstellung gab der 50. Jahrestag der Pogromnacht 1988. Damals faßte der Heidelberger Gemeinderat den Beschluß, die „Geschichte der Heidelberger und ihrer jüdischen Mitbürger“ umfassend aufzuarbeiten (S. 5). Man ahnt, wie bewegt die achtjährige Entstehungsgeschichte gewesen sein muß, wenn man das Vorwort liest. In neun Beiträgen wird die Geschichte der Heidelberger Juden dargestellt. Es ist besonders verdienstvoll, im Fall von Heidelberg freilich auch möglich, die Geschichte der Juden in einer Stadt in Deutschland nicht mit 1945 enden zu lassen. Ein gewichtiger Beitrag behandelt nämlich auch die Zeit zwischen 1945 und 1993.

Zu den einzelnen Kapiteln: **Franz-Josef Ziwes** stellt „Die Juden im mittelalterlichen Heidelberg“ von ihrer ersten Erwähnung im 13. Jh. bis zu ihrer Vertreibung 1390 dar. Zu Recht stellt er anfangs fest, „daß die auch in Heidelberg stattfindenden Verfolgungen und Vertreibungen der Juden nicht vergessen lassen dürfen, daß es „über weite Strecken auch friedliche und fruchtbare Koexistenz von Christen und Juden“ gab (S. 15). Die jüdische Gemeinde in Heidelberg zählte im 14. Jh. zu den größeren Judengemeinden im Reich. In der Nähe zur Neckarbrücke und zum Marktplatz war ihre bevorzugte Wohngegend. War die Lage der Juden unter Pfalzgraf Ruprecht I. recht gut, so verschlechterte sie sich unter seinen Nachfolgern Ruprecht II. und III. Bei der Vertreibung der Juden aus Heidelberg kam es zum „Schulterschuß von Pfalzgrafen und Universität“ (S. 39). Letztere erhielt auch die gesamten Liegenschaften der Heidelberger Judengemeinde.

Franz Hundsnurscher weist in seinem Aufsatz über „Die Heidelberger Juden 1500 bis 1648“ nach, daß es in diesen 150 Jahren wenige Juden in Heidelberg gab, von denen nur einzelne namentlich bekannt sind. An der Universität lehrten zwei getaufte Juden.

Andreas Cser stellt mit dem Beitrag „Zwischen Stadtverfassung und absolutistischem Herrschaftsanspruch“ die Zeit zwischen 1650 und dem Ende der Kurpfalz 1802 dar. Cser hatte die besondere Schwierigkeit, daß es „keine breiter angelegte Stadtgeschichte dieser Epoche“ gibt (S. 50). Ganz im Unterschied zu Mannheim mit einer größeren Anzahl von Judenfamilien gab es im Heidelberg des ausgehenden 17. Jhs. nur sechs jüdische Familien, die alle den Namen Oppenheimer trugen. In Heidelberg wurde ja auch jener Joseph Süß Oppenheimer geboren, der im Dienst des württembergischen Herzogs Karl Alexander stand und nach dessen jähem Tod hingerichtet wurde (vgl. S. 56). Der hemmungslos antisemitische Film „Jud Süß“ von Veit Harlan diente im Dritten Reich zur Einstimmung auf die „Endlösung“. Am Ende der Epoche wurden immerhin 35 Haushalte in Heidelberg gezählt. Erst nach Auseinandersetzungen gelang es, einen eigenen jüdischen Friedhof in Heidelberg zu errichten. Die Rechte der Heidelberger Juden bleiben im ganzen 18. Jh. umstritten. Das Stadtprivileg von 1698 enthielt rigide Reglementierungen für die Juden. Es kam zu Konflikten einzelner Juden mit den Zünf-

ten. Zu schweren Differenzen innerhalb der Heidelberger Judenschaft führte der Kauf des Hauses „Zur Blauen Lilje“ und des Umbaus zu einer Synagoge. 1718 kam es zu anti-jüdischen Ausschreitungen in Heidelberg, an denen sich vor allem Studenten beteiligten. Heidelberg war Sitz des Landrabbinats. Wegen der Besetzung dieser Stelle durch den Kurfürsten mit David Ullmann entstanden Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß auch in Heidelberg die Rabbiner von den Juden gewählt und vom Landesfürsten bestätigt wurden. Cser geht schließlich auch auf die Emanzipationsdiskussion am Ende des Alten Reichs in der Kurpfalz sowie in Heidelberg ein. Ganz im Unterschied zu Baden blieb in der Pfalz „eine politikrelevante Beschäftigung mit v. Dohms Werk *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden* (1781) aus (S. 136).

Martin Krauss behandelt in „Zwischen Emanzipation und Antisemitismus (1802-1862)“ die 60 Jahre, in denen sich im Zeichen der Emanzipation die wirtschaftliche und rechtliche Lage der Heidelberger Juden stark verbesserte. „Aus geduldeten Schutzjuden wurden gleichberechtigte Bürger“ (S. 155). Mit instruktiven Grafiken macht Krauss deutlich, wie sich die ökonomische Lage der Heidelberger Juden verbesserte. Mit der Emanzipation wuchs freilich auch die Judenfeindschaft. Heidelberger Hochschullehrer wie der Philosoph Fries und der Theologe Paulus wandten sich gegen die Emanzipation. Auch in Heidelberg gab es 1819 Hepp-Hepp-Unruhen. Zu recht weist Krauss auf deren überwiegend soziale Ursachen hin. Sehr detailliert wird der Konflikt des Kleiderhändlers Ehrmann mit der Schneiderzunft dargestellt, der durch die Tatsache, daß Ehrmann Jude war, zweifellos angeheizt wurde. Parallel zu den Bemühungen um die bürgerliche Gleichstellung der Juden wurden im deutschen Judentum Reformen der Gemeindeverfassung und des Gottesdienstes in die Wege geleitet. Auch in Heidelberg kam es zu solchen Reformen, die aber schwere Konflikte innerhalb der Heidelberger Juden herbeiführten.

Susanne Döring behandelt in „Die Geschichte der Heidelberger Juden (1862 bis 1918)“ die Zeit vom badischen Emanzipationsgesetz 1862 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Mit dem Gesetz von 1862 hatten die Juden das Ziel der bürgerlichen Gleichstellung faktisch erreicht. Entscheidend ist die Frage von Frau Döring, „ob die rechtliche Gleichstellung auch die soziale Integration mit sich bringen würde“ (S. 227). Zunächst wird die Situation der Heidelberger Gemeinde dargestellt, in der wie in anderen Gemeinden nun auch der Gegensatz zwischen der liberalen und der orthodoxen Richtung eine wichtige Rolle spielte. Mit 1242 Einwohnern stellten die Juden 2,2% der Heidelberger Bevölkerung. Juden waren im städtischen Leben, in politischen Gremien und Vereinen vertreten. Auch in Heidelberg findet man freilich verschiedene Spielarten des Antisemitismus. Einer der beiden antisemitischen Abgeordneten im badischen Landtag zwischen 1897 und 1902 wurde vom Wahlkreis Heidelberg-Land entsandt. Der Heidelberger Tierchutzverein versuchte, das jüdische Schächten zu verbieten. Differenziert wird an der Heidelberger Zeitung der nationalliberale Standpunkt untersucht. Herausgearbeitet wird, daß die Zeitung „keinen sich laut gebärdenden Antisemitismus“ verbreitete, daß es aber an entschiedener Gegenwehr gegen die Judenfeindschaft fehlte (S. 284). Zur Universität wird herausgestellt, daß im Sommersemester 1910 11,73% jüdische Studenten immatrikuliert waren, wodurch der Bevölkerungsanteil der Juden in Heidelberg prozentual gesehen weit übertroffen wurde. Es gab jüdische Verbindungen, von denen die Badenia 1902 verboten wurde. Detailliert wird der Frage nachgegangen, ob es Benachteiligungen für jüdische Professoren gab. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in der Heidelberger medizinischen Fakultät zwischen 1862 und 1918 kein einziger Jude

zum ordentlichen Professor berufen wurde, während es 14 jüdische Extraordinariate gab (vgl. S. 339).

Udo Wennemuth weist in seinem Beitrag „Zur Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik“ darauf hin, wie wenig gerade dieser Zeitabschnitt erforscht ist. Bei einer Untersuchung der demographischen Entwicklung kommt Wennemuth zum Ergebnis, daß „bei einer geringen Geburtenziffer und der zunehmenden Bereitschaft, Ehen mit nichtjüdischen Partnern einzugehen ... die jüdische Gemeinde allmählich ihre Basis“ verlor (S. 356). Von der Sozialstruktur her gesehen war die jüdische Gemeinschaft vor allem vom selbständigen Mittelstand sowie akademisch gebildeten Freiberuflern sowie Universitätslehrern geprägt. Neben einer Darstellung der Situation der jüdischen Gemeinde legt Wennemuth besonderen Wert auf den Beitrag der Juden zum Heidelberger Geistesleben. Dargestellt werden der Talmudistenkreis um Rabinkow, das psychoanalytische Sanatorium von Frieda Reichmann, das Naturtheater auf dem Haarlaß von Walter Jacob-Jensen und die große Zahl bedeutender Gelehrter an der Universität. Sorgfältig wird der Grad der Integration der jüdischen Bevölkerung untersucht, der in bezug auf Heidelberg umstritten ist. Wennemuth schildert mehrere Fälle, die verdeutlichen, „daß man immer wieder die soziale, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Integration betonte und sich selbst für integriert hielt, auch dort, wo der Alltag andere Realitäten zeigte“ (S. 424). Doch „von einem echten Verständnis seitens der nichtjüdischen Umgebung für die jüdischen Bürger, mithin von einer tatsächlich vollzogenen Integration, konnte nicht die Rede sein.“ Beispiele für Antisemitismus von Hochschullehrern (Ruge, Lenard) und Studenten sowie Beispiele für die Abwehr des Antisemitismus von jüdischer und christlicher Seite („Verein zur Abwehr des Antisemitismus“) werden genannt.

Frank Moraw beleuchtet „Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945)“. Differenziert wird zunächst aufgezeigt, in welcher Weise die Heidelberger Juden auf die beginnende Ausgrenzungspolitik reagierten. Ein eigenes, m.E. etwas zu breit geratenes, Kapitel widmet sich dem politischen Rahmen in Heidelberg. Am Beispiel des Universitätsapothekers Loewenberg wird gezeigt, wie ein jüdischer Bürger in Heidelberg systematisch in die Enge getrieben wurde, bis er schließlich seine Apotheke verkaufen mußte und emigrierte. Spielte hier schon die Stadtverwaltung unter Neinhaus eine problematische Rolle, so erst recht bei der Fürsorgeschwester Therese Wiesert, die wegen des Umgangs mit „nichtarischen“ Familien entlassen wurde. Doch es gab 1936 noch Richter in Baden, die ihr Recht gaben. Es folgt die Darstellung der zunehmenden gesellschaftlichen Entrechtung und der „Arisierung“ jüdischen Besitzes, der faktisch oft genug gemeiner Diebstahl war, der Reichspogromnacht mit ihren Folgen und der Deportation der Heidelberger Juden im Oktober 1940. Ergänzend zu letzterem ist darauf hinzuweisen, daß offensichtlich der Heidelberger Theologieprofessor Martin Dibelius beim Oberbürgermeister Neinhaus gegen die Deportation protestierte, natürlich ohne Erfolg. Deutlich wird in Moraws Darstellung die wichtige Rolle des Heiligeistpfarrers Hermann Maas, der sich unermüdlich für die verfolgten Juden einsetzte, wobei Maas von einer ganzen Reihe von Helferinnen unterstützt wurde wie Dr. Marie Baum und Dr. Marie Clauss. Die Darstellung Moraws gewinnt an Eindringlichkeit durch die Lebensläufe, vor allem die der Opfer.

Norbert Giovanini, „Die Heidelberger Jüdische Gemeinde 1945–1993“, skizziert zunächst die schwierige Lage der jüdischen Gemeinde in den ersten Nachkriegsjahren. Die jüdische Gemeinde zählte plötzlich wieder 400 Glieder, doch für viele der Zugewan-

dernten war Heidelberg nur eine Durchgangsstation auf dem Weg in das Ausland. Die jüdische Gemeinde war zutiefst erschüttert über die mangelnde öffentliche Hilfe. Es waren erneut Persönlichkeiten wie Hermann Maas, die sich für die Juden einsetzten mit materiellen Hilfen und mit Auswanderungsberatung. Schwer dürften die Heidelberger Juden auch gelitten haben unter dem mangelnden Unrechtsbewußtsein der Deutschen. Als Hermann Maas in einem Leserbrief 1946 sich zur Schuld der Deutschen an der Shoa bekannte, gab es „namentlich in studentischen Kreisen große Erregung über diese Äußerung eines bekannten und angesehenen Vertreters der evangelischen Kirche“. Schließlich stellt Giovanini Neuaufbau und Gestaltung der jüdischen Gemeinschaft in Heidelberg dar sowie die Orte und Institutionen des heutigen Gemeindelebens. Ein Höhepunkt bedeutete gewiß die Einweihung des neuen Gemeindezentrums im Januar 1994. Besonders bewegend sind die privaten Erinnerungen an jüdisches Leben vor der Vernichtung, die **Monika Preuß** am Schluß des Buches zusammengestellt hat.

Die neun, im ganzen gesehen gut lesbaren Beiträge geben einen umfassenden Einblick in die Geschichte der Heidelberger Juden. Eine Zusammenfassung am Schluß des jeweiligen Beitrags, wie ihn Susanne Döring (S. 345ff) für ihren Abschnitt vorlegt, wäre gerade bei den großen, mehr als 100 Seiten umfassenden Beiträgen sinnvoll gewesen. Im Anhang ist ein Literaturverzeichnis und ein Namensregister zu finden. (Lenhard auf S. 640 muß wohl Lenard heißen; der Vorname von Hans-Heinrich Lammers wäre leicht festzustellen gewesen.) Ein Sachregister hätte dem spezieller interessierten Leser geholfen. Sehr gelungen ist die Auswahl der gut reproduzierten Bilder. Hilfreich sind die Grafiken, wie sie in den Beiträgen von Martin Krauss, Susanne Döring und Udo Wennemuth zu finden sind. Dem Buch, das die schrecklichen Wirkungen von Vorurteilen für die jüdische Minderheit *und* den großen Beitrag, den die Juden für die deutsche Kultur leisteten, so deutlich dokumentiert, ist eine breite Leserschaft zu wünschen.

Jörg Thierfelder

Martin Langner (Hrsg.): „Feuer schwarz“. Eine deutsche Feuerwehrgeschichte am Beispiel Heidelbergs. Heidelberg Wunderhorn 1996.

„Feuer schwarz“ ist mehr als eine Festschrift, wie sie in der Regel anlässlich von Vereinsjubiläen erstellt werden. Während auch heute noch häufig der unpolitische, rein humanitäre Charakter der Feuerwehren beschworen wird und bruchlose Traditionslinien gezogen werden, zielt das Gesamtkonzept dieses Bandes darauf hin, die Verwobenheit von gesellschaftlichen Verhältnissen und Vereinsgeschichte darzustellen. Den AutorInnen ist es gelungen, die Feuerwehrgeschichte in ihren Beziehungen zu politischen und sozialhistorischen Hintergründen spannend zu präsentieren.

Den Schwerpunkt dieser Publikation bildet die historische Darstellung, 215 von insgesamt 352 Seiten sind ihr gewidmet. Zeitgeschichte und aktuelle Fragestellungen führen auch solche Leserinnen und Leser, die sich bisher nicht mit dem Feuerwehrwesen beschäftigt haben, an Aufbau, Struktur und Aufgaben der Freiwilligen und Berufsfeuerwehr heran.

Im ersten Teil werden die historischen Aspekte der Feuerwehrgeschichte aufgefächert. Frieder Hepp schildert sowohl den Nutzen als auch die Gefahren des Feuers beginnend bei den Kelten, über die mittelalterliche Stadt, den Großen Brand von 1693

bis hin zu den Feuerlöschordnungen des 18. und 19. Jahrhunderts und dem Beginn der Freiwilligen Feuerwehr in Heidelberg.

Daß Feuerwehrgeschichte als Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gelesen werden kann und muß, machen die folgenden Beiträge deutlich. Ihre Anfänge sind, wie Tobias Engelsing herausstellt, in bürgerschaftlichen Privatinitiativen zur effektiveren Brandverhütung und -bekämpfung zu finden. Man suchte nach Alternativen zu den bestehenden, aber wirkungslosen Feuerlöschordnungen des 19. Jahrhunderts. Federführend war das wohlhabende Bürgertum, Nichtbesitzende blieben ausgeschlossen. Unter diesem Aspekt ist Feuerwehrgeschichte durchaus ein Beitrag zur Bürgertumsforschung.

Zunächst formierte sich die Feuerwehr als Abteilung der Bürgerwehren. In Heidelberg richteten die Turner gleich nach ihrer Gründung eine „förmliche Löschmannschaft“ ein. Die Anfänge der Feuerwehr in Heidelberg untersucht Hans Martin Mumm und leistet somit zugleich einen detailreichen Beitrag zur Revolutionsgeschichte 1848/49, ist damit also „brand“ aktuell. Das Wirken von Carl Metz würdigt der gleiche Autor in einer kritischen biographischen Skizze.

Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr in Heidelberg während der Kaiserzeit rekonstruiert Jochen Goetze. Zeitgenössisches Bildmaterial unterstreicht ausdrucksvoll die wilhelminische Prägung. Ein Beleg mehr, daß Feuerwehrgeschichte nicht losgelöst von politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen betrachtet werden kann.

Die politischen Einschnitte des 20. Jahrhunderts wirkten sich nachhaltig auf das Selbstverständnis und die Struktur der Feuerwehren aus. Mit der Weimarer Republik wurden zunehmend militärische Attribute eingeführt. Martin Langner deutet die wachsende Attraktivität der Feuerwehren als Kompensation der verlorenen militärischen Traditionen und des damit verbundenen Selbstwertgefühls. Die Gleichschaltung im Nationalsozialismus gelang u.a. durch die vorhandene Parallelität und positive Beurteilung „ideologischer Versatzstücke“ wie Unterordnung, Gehorsam, nationale Gesinnung, etc. Strukturelle Veränderungen wurden weitestgehend begrüßt, auch wenn sie zur Einschränkung in Selbstverwaltungsrechten führten. Frank Moraw führt als Beispiel für die Unterordnung der Feuerwehr unter die SA die Reichspogromnacht an, in der die Synagogen in Heidelberg und Rohrbach niedergebrannt wurden. Gelöscht werden durfte erst, nachdem der Dachstuhl der Heidelberger Synagoge ausgebrannt war. „Es war ein Tiefpunkt – auch für die Geschichte der Feuerwehr.“ Auch Martin Langner beschreibt die Eingriffe in die Feuerwehr – Ausschluß jüdischer Feuerwehrleute, Eidschwören auf nationalsozialistische Ziele, Vorbereitungen auf den Einsatz im Krieg. Die unmittelbare Nachkriegszeit war von personellen Veränderungen geprägt, wobei strukturelle Überlegungen der Alliierten zur Neuorganisation der Freiwilligen und Berufsfeuerwehr leider sehr kurz behandelt werden. Die Errichtung der Feuerwache am Czernyring und „große Brandunglücke seit dem Ende des 2. Weltkriegs“ führen in die Gegenwart, große Einsätze bis 1946 dokumentiert Dieter Ullrich in einem Beitrag zusammen mit Martin Langner.

In einer Feuerwehrgeschichte dürfen natürlich die enormen technischen Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert nicht fehlen. Rolf Metzger verfolgt in seinem Beitrag die Entwicklung der Feuerwehrspritze, Mario Checchetti und Heinz Schmitt die Fahrzeuge der Feuerwehr bis 1946, letztgenannter zusammen mit Marco Philipp und Reiner Steiger die Fahrzeuge bis 1996.

Der zweite Teil des Buches veranschaulicht die aktuelle Arbeit der Heidelberger Feuerwehr. Das Aufgabenspektrum reicht, wie Hans-Joachim Henzel beschreibt, von

Einsätzen zur Brandbekämpfung in verschiedensten Bereichen (Wohngebäude, chemische Industrie, Universität oder Verkehrsunfälle) bis hin zu weitreichenden Hilfsmaßnahmen bei Hochwasser oder „Großschadenslagen“. Aber auch im Alltag, „wenn es einmal nicht brennt“, so Wolfgang Speicher, gibt es bei der Feuerwehr viel zu tun. Zum Beispiel müssen Geräte und Fahrzeuge gewartet oder repariert werden. Dies erfordert Fachkenntnisse – Einstellungsvoraussetzung bei der Berufsfeuerwehr ist eine handwerkliche Berufsausbildung.

Aufbau und Struktur der Heidelberger Berufsfeuerwehr sowie die Beziehungen zur Freiwilligen Feuerwehr und zu anderen Partnerfeuerwehren (Werksfeuerwehr Teroson, Berufsfeuerwehr der US-Army, Feuerwehren der Partnerstädte Bautzen, Cambridge, Montpellier, Kumamoto und Simferopol) ergänzen das umfangreiche Bild, das hier von der Heidelberger Feuerwehr gezeichnet wird.

Im dritten Teil des Buches werden besondere Aspekte hervorgehoben, so z.B. die Gefahrenlagen in Forschungslabors und anderen universitären Einrichtungen, oder die psychische Komponente, denn Feuerwehrleute stehen bei Einsätzen unter extremen Streßbelastungen. Sigrid Marga Henzel thematisiert die Beteiligung von Frauen in der Feuerwehr, die auch heute noch längst nicht selbstverständlich ist, obwohl Frauen seit 1986 in die Heidelberger Feuerwehr aufgenommen werden. In Führungspositionen sind sie, wie auch in anderen beruflichen und gesellschaftlichen Sparten, selten zu finden. Männer respektieren nur allmählich den Wunsch der Kolleginnen, als gleichberechtigte Partnerinnen in der Feuerwehr anerkannt zu werden.

Insgesamt werden in den vorliegenden Beiträgen politische, organisatorische, personelle und technische Entwicklungen detail- und kenntnisreich dargestellt. Das umfangreiche Bildmaterial (242 Bilder: seltene Stadtansichten, Gruppenfotos, Brandstellen, Fotos aus dem Vereinsleben, Fahrzeugpark, Uniformen, Symbole, Requisiten, Fahnen) lockert nicht nur den Text auf, sondern ergänzt ihn dokumentarisch. Auch ungewöhnliche Aspekte, wie etwa Musikgeschichte (Thomas Schipperges) und Kunstgeschichte (Christmut Präger) runden das Bild der Feuerwehrgeschichte ab. „Feuer schwarz“ ist ein ansprechendes Buch und wird dem selbstgesetzten Anspruch, Feuerwehrgeschichte in seinen vielfältigen Beziehungen zur Gesellschaft darzustellen, durchaus gerecht.

Petra Nellen

Franz Werner: *Hermann Helmholtz' Heidelberger Jahre (1858-1871)*, Sondervervöffentlichungen des Stadtarchivs Heidelberg Bd. 8, hrsg. von Peter Blum, Springer Verlag Heidelberg 1997, 229 S., 52 Abb., DM 48,-

Hermann Helmholtz ist für viele Heidelberger – zumindest dem Namen nach – kein Unbekannter. Seit 1945 trägt das aus der Höheren Bürgerschule in der Kettengasse hervorgegangene Gymnasium den Namen des bedeutenden Physikers, der zusammen mit Robert Bunsen und Gustav Kirchhoff das berühmte ‚Dreigestirn‘ bildete und die Universität Heidelberg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Mekka der naturwissenschaftlichen Forschung machte. Wer mehr über Helmholtz, seine wissenschaftliche Laufbahn und speziell seine Heidelberger Zeit erfahren möchte, dem sei das vorliegende Buch von Franz Werner ausdrücklich empfohlen.

Hermann Helmholtz wurde 1821 in Potsdam geboren, sein Vater war Altphilologe und Professor am königlichen Gymnasium in Potsdam. Dort legte Helmholtz 1838 das

Abitur ab. Bereits damals interessierte er sich für Physik; da diese jedoch als „brotlose Wissenschaft“ galt, wählte Helmholtz Medizin als Studienfach. Er besuchte das „Königliche medizinisch-chirurgische Friedrich-Wilhelm-Institut“, die vierjährige Ausbildung dort war kostenlos, jedoch mußten sich die Absolventen verpflichten, acht Jahre lang als Militärärzte zu arbeiten. 1842 wurde Helmholtz zum Dr. med. promoviert, 1843 er seinen Dienst als Arzt in einem Potsdamer Regiment an. Diese Tätigkeit ließ ihm genug Zeit für eigene Forschungen, wobei er Kontakte zu bedeutenden Berliner Physikern und Physiologen knüpfte. 1848 konnte Helmholtz vorzeitig aus dem Armeedienst austreten, ein Jahr später erhielt er eine Stelle als außerordentlicher Professor für Physiologie in Königsberg.

1851 kam Helmholtz im Verlauf einer Studienreise durch deutsche Universitätsstädte erstmals nach Heidelberg, wo zu diesem Zeitpunkt Überlegungen im Gang waren, die Physiologie von der Anatomie zu trennen und mit einem eigenen Lehrstuhl auszustatten. Die endgültige Entscheidung hierüber fiel jedoch erst in den Jahren 1856/57. Robert Bunsen erhielt dann den Auftrag, nach einem geeigneten Kandidaten Ausschau zu halten. Seine Wahl fiel auf Helmholtz, der seit 1855 Professor für Anatomie und Physiologie in Bonn war.

Helmholtz' Berufungs- bzw. Bleibeverhandlungen mit den badischen und preußischen Behörden gestalteten sich ausgesprochen kompliziert und langwierig. Werner stellt diese detailliert dar, und es ist spannend zu lesen, wie Helmholtz schließlich seine persönlichen, wissenschaftlichen und nicht zuletzt finanziellen Interessen durchsetzen konnte. Im September 1858 trat er sein Amt als ordentlicher Professor für Physiologie an der Universität Heidelberg an. Er erhielt ein außergewöhnlich hohes Jahresgehalt von 3.600 Gulden, hinzu kamen 800 Gulden Umzugsentschädigung und 600 Gulden pro Jahr für Forschungszwecke. Auch in späteren Jahren ließ sich der badische Staat Helmholtz und sein Institut etwas kosten. Stets erfüllten die Behörden innerhalb von wenigen Wochen die finanziellen Wünsche des Professors. Wer je Erfahrungen mit dem heutigen Forschungsbetrieb gemacht hat, wird diese Passagen nicht ohne einen Anflug von Melancholie lesen.

In Heidelberg wohnte Helmholtz zunächst in der Leopoldstraße, der heutigen Friedrich-Ebert-Anlage, sein Institut war im „Haus zum Riesen“ in der Hauptstraße untergebracht. Zwischen 1860 und 1863 wurde dann auf dem Gelände des ehemaligen Dominikanerklosters der „Friedrichsbau“ errichtet. Hier lebten und arbeiteten der Physiologe Helmholtz und der Physiker Kirchhoff in unmittelbarer Nachbarschaft.

Während seiner Heidelberger Zeit wandte sich Helmholtz endgültig der Physik zu. Als 1870 an der Universität Berlin der Lehrstuhl für Physik vakant wurde, standen er und Kirchhoff auf der Berufungsliste. Helmholtz machte schließlich das Rennen und wechselte im Februar 1871 nach Berlin, wo er seine Karriere fortsetzte und 1887 Präsident der neugegründeten Physikalisch-Technischen Reichsanstalt wurde.

Werner schildert Helmholtz' Tätigkeit als Forscher und Universitätslehrer in Heidelberg ausführlich und liefert darüber hinaus einen allgemeinen Überblick über dessen wissenschaftliche Leistungen. Einen weiteren Schwerpunkt der Studie bildet das Privat- und Familienleben von Helmholtz. Seine erste Frau starb 1859 im Alter von 33 Jahren, 1861 heiratete er Anna von Mohl, die Tochter des bekannten Staatsrechtlers Robert von Mohl. Aus beiden Ehen gingen insgesamt fünf Kinder hervor.

Der Autor fragt auch nach den Gründen für Helmholtz' ungewöhnliche Laufbahn. Dabei spielte neben der herausragenden Begabung das dichte Netz von Beziehungen zu

anderen Naturwissenschaftlern, das Helmholtz zeit seines Lebens knüpfte und pflegte, eine wichtige Rolle. Dabei verlor er jedoch nie die eigenen Interessen aus dem Auge und überschritt gelegentlich auch die Grenzen kollegialer Fairneß. Hinzu kam, daß Helmholtz offenbar ein weitgehend unpolitischer Mensch war. Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen nahm er keinen Anteil an der Revolution von 1848/49, was sich in der Reaktionszeit durchaus positiv auf seine Karriere auswirkte.

Insgesamt gesehen zeichnet Werner ein lebendiges und keineswegs unkritisches Bild von Hermann Helmholtz und seinem sozialen Umfeld. Der Text ist gut lesbar und quellennah geschrieben. Ausführliche Fußnoten, ein umfangreicher Anhang mit Quellentexten sowie eine Bibliographie regen zur weiteren Lektüre an und dokumentieren die akribische Forschungsarbeit des Autors.

Martin Krauß

Kurt Wildhagen. 1871–1949. *Der Weise von Heidelberg*. Herausgegeben für das Kurpfälzische Museum von Roland Krischke und Frieder Hepp – Heidelberg, HVA 1997 – 240 Seiten, zahlr. Abb. (ISBN 3-8253-7110-7)

Im Herbst 1997 hat das Heidelberger Kurpfälzische Museum mit einer stadtgeschichtlichen Ausstellung einen sehr großen Erfolg erzielt – das dazu erschienene Begleitbuch sollte in Zukunft möglichst viele Bibliotheken schmücken, in den öffentlichen der Gegend würde ich mir sogar Doppel Exemplare wünschen. Hier zunächst einige kurze Zitate, die die Persönlichkeit beschreiben, der die Ausstellung und das im folgenden vorgestellte Buch gewidmet sind:

„Wenn auch sein Äußeres vernachlässigt wirkte, so flößte doch seine Gestalt Respekt ein. Besonders beeindruckte mich der Kopf dieses Mannes. Sein lang in den Nacken fallendes Haar war spärlich und ungepflegt und bedeckte nur noch einen Teil seines schön geformten Schädels, den man kaum mit Haaren hätte vorstellen können. Seine blauen, lebhaften Augen strahlten Vertrauen und Wärme aus“ (S. 91). „Nur wenige begegneten ihm mit Ironie und sahen ihn für einen Taugenichts. Vor allem jene, die ihn über Jahre hinweg kannten, verehrten ihn sehr.“ (S.91) „Ich war begeistert, einen solch bewanderten Menschen gefunden zu haben, der in der Lage war, mir in zwei Stunden ein Bild der Gegenwart und der frühesten Vergangenheit Deutschlands zu vermitteln.“ (S. 93)

So sah Anfang der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts der griechische Philosophiestudent (und spätere Professor dieses Faches in Athen[!]) Johannes Theodorakopoulos seinen geistigen Mentor Kurt Wildhagen, von dem im folgenden die Rede sein wird. „Wildhagen war mit der Altstadt so verbunden, daß er selbst ein Teil von ihr geworden war. Und als einen Teil der Altstadt sahen ihn auch die einfachen Leute an.“ (S.94) Wir erfahren, daß sich bei „seinem Tode noch einmal die Bedeutung dieses hervorragenden Menschen gezeigt hätte, als die gesamte Stadt dem Sarg folgte. Es sei ein erschütterndes Ereignis gewesen. Männer, Frauen und Kinder, Menschen aller Altersstufen begleiteten den Philosophen bis zu seiner letzten Bleibe. Noch einmal habe sich gezeigt, wie sehr der Philosoph aus dem Café den Geist der Stadt personifizierte ...“ (S. 122)

Auch wenn man eine elegische Übertreibung unterstellen muß, so ist Kurt Wildhagens Tod im Winter 1949 bezeichnend für die kollektive Grenzsituation, in der sich

Stadt und Land damals befanden. In der Nazizeit war Kurt Wildhagen unbehelligt geblieben und zu seinem siebzigsten Geburtstag sogar in der Lokalzeitung gewürdigt, obwohl seine deutsch-russische Herkunft oder die langandauernde Freundschaft zum „verbrannten“ Schriftsteller Emil Ludwig bekannt waren (der vorübergehend zum Beraterstab des Präsidenten Roosevelt avanciert war). Die Trauerfeier zelebrierte der Kreisdekan Hermann Maas, damals *die* moralische Autorität in Heidelberg, auf dem Bergfriedhof, wo er in einer Reihe mit den großen Professoren der hiesigen Universität zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Aber schon die Tatsache, daß Kurt Wildhagens Grab schon 1970 eingeebnet worden ist, und daß außerdem die Ausstellung im Kurpfälzischen Museum unserer Stadt und das hier vorzustellende Buch erst 1997 entstanden sind, wirft die Frage nach dem Verhältnis dem offiziellen (und entsprechend medial breit dokumentierten) Kulturbetrieb und der beinahe im Untergrund oder in Randgebieten stattfindenden kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung gerade in einer Universitätsstadt von der Bedeutung Heidelbergs auf. Ein Grund mehr, in dem graphisch exzellent gestalteten Buch in Ruhe zu schmökern. Es fixiert sich das Bild eines Sonderlings, eines eigentümlichen „homo heidelbergensis“ (Emil Blezner versuchte in seinem Nekrolog, S. 84, den Begriff des *Pädagogarchen* zu etablieren), der weise und würdevoll in äußerster Bescheidenheit lebt, fast wie ein russischer *Starez* (zu deutsch „Mönch“, S. 124), dafür aber philosophisch messerscharf urteilt und das Menschliche in Anlehnung an Kant, Goethe, Nietzsche oder seinen Lehrer Hermann Cohen mit einbezieht – mit einem Wort, alles zusammen ergibt ein Literaturkonzentrat, irgendwann wohl real gewesen und großartig unbefleckt verschwunden, verflüchtigt, ohne eine feste Form gefunden zu haben. Ein Festmahl für Archivare, für Stadt- und Kulturhistoriker. Und dies nicht nur in literarischer Hinsicht – der Außenseiter war stets der Prototyp des philosophisch initiierten, sprachgewandten Weisen; gerade die philosophische Weiterbestimmung unserer Existenz und unseres Wissens von uns ist auf seine Distanz zur Normalität angewiesen. Hier werden frappierende Parallelitäten zu dem vor drei Jahren in Paris verstorbenen Emil Cioran sichtbar, einem Freund übrigens von Constantin Noica, dem Gründer einer rumänischen Philosophieschule nach platonischer Art, der im vorliegenden Buch nicht ohne Grund zu Wildhagens berühmtestem Zögling, Wolfgang Frommel, in Bezug gesetzt wird (S. 55 ff).

Zwar nicht von solcher breiten Wirkung (und entsprechend niveaulos) wie heutzutage die Talk-Shows, war der Nährboden dieser Lebens- und Denkweise das Caféhaus – literarisch berühmt geworden nicht nur durch den unsterblichen Joseph Roth, den Museographen Kakaniens. Michael Buselmeier eröffnet die Reihe der Aufsätze mit einer Darstellung dieser nicht-subventionierten Kulturstätten unserer Stadt. Darauf folgt das „Lebensbild“ Kurt Wildhagens, eine Biographieskizze aus der Feder von Roland Krishcke, dem Ausstellungsinitiator und -organisator, wie auch Mitherausgeber des Buches. Michael Philipp referiert über Wolfgang Frommel unter dem Titel „Sokratische Pädagogik“; wir erfahren von Wildhagens großer Gabe, das Denken so weit wie möglich in reinster Form weiterzugeben, von Frommels Exil in Holland, wo dieser dann auf die Persönlichkeit Kurt Wildhagens aufmerksam gemacht hat, und wir werden bekannt gemacht mit Eugen Herrigel, inzwischen bereits ein Klassiker unter den Kennern des Buddhismus und ebenfalls ein Freund Kurt Wildhagens, all dies ausgehend von der Ausfühungen Philipps über Frommel und Bemerkungen Andrei Plesus zum Verhältnis von Intellektuellen und Diktatur. (Plesu ist wiederum zusammen mit Gabriel Liiceanu einer der wichtigsten Fortführer des bereits erwähnten Philosophen Noica. Gegenwärtig

Rumäniens Außenminister, war Plesu 1989 bis 1990 kurze Zeit Kulturminister; beide haben in der Ceausescu-Zeit in Heidelberg als Humboldt-Stipendiaten gelebt).

Schließlich kommentiert, kurz und präzise, Susanne Himmelheber die im Buch enthaltenen Bildnisse unseres Heidelberger Originals, die selbstverständlich in Originalgröße mehr zur Geltung kommen – eines davon wurde auch für das Plakat verwendet und brachte so Wildhagen wieder in die Universitätsbibliothek, in die verschiedenen Seminare und öffentlichen Gebäude, in die Straßen und zu den Menschen Heidelbergs zurück.

Den Ausstellungskatalog beenden die Beschreibung der Exponate in den neun Abteilungen und ein Postskriptum von Roland Krischke. Der Mitherausgeber und gegenwärtige kommissarische Leiter des Museums, Frieder Hepp, hat das Vorwort geschrieben. Wichtig sind Literaturhinweise zu und über Kurt Wildhagen sowie das Verzeichnis der in das Buch aufgenommenen Abbildungen und der Leihgeber. Dahinter steckt, gerade in diesem Fall, viel Arbeit.

Warum ich dem Buch so dringend eine möglichst breite Leserschaft und produktive Rezeption wünsche? Die wieder ausgegrabene Texte Kurt Wildhagens bilden den Höhepunkt der Monographie (S. 138–177). Davor reihen sich „*Zeugnisse von Freunden und Zeitgenossen*“ (S. 78–137) – eine Fundgrube zum Themenkomplex des Verhältnisses zwischen Stadt und Universität – ein vielschichtiger Schnitt durch vergangene Zeiten mit manchen literarisch anmutenden Tönen, etwa zur Beziehung unseres Denkers zu „seiner Präsidentin“, möglicherweise der tiefe Grund seines Kommens und Bleibens in der Heidelberger Altstadt, unweit des Neckars, in der Kisselgasse 2. Dort besuchte ihn nach Kriegsende ein weiterer seiner „Famuli“, Friedrich Burschell, der in der Emigration bei der BBC gearbeitet hat und dessen Erinnerungen 1977 ebenfalls von Roland Krischke ediert worden sind. (S. 127–133)

Zum sechzigsten Geburtstag Wildhagens schrieb im „Tageblatt“ der damals äußerst populäre und produktive Emil Ludwig die Laudatio (S. 78–81), ohne direkt darauf hinzuweisen, daß Wildhagen für ihn und seine Bestseller Material gesammelt und wahrscheinlich geprüft hat, wie aus den anderen Zeugnissen eindeutig hervorgeht. Ich fand aber in seinem Buch „*Die Kunst der Biographie*“, Paris, Éditions du Phénix 1936, (Phénix Bücher 32 a/b) folgendes, was auf Wildhagen hindeutet, wohl damals aber aus politischen Gründen in einem Exilverlag nicht offen ausgesprochen werden konnte: „*Bis heute habe ich, außer meiner Frau, nur einmal, drei Jahre lang, einen Mitarbeiter gehabt*“ (S. 84). Wahrscheinlich war dies eine der wenigen mehr oder minder sicheren Einnahmen dieses „*Weisen von Heidelberg*“. Ich vermute, daß der Bruder Fritz Wildhagen, ein erfolgreicher und vielgereister Landschaftsmaler, unserem Original kräftig materiell unter die Arme gegriffen hat. Dessen Arbeiten konnten wiederum während und nach der Ausstellungszeit bei der Galerie Melnikow besichtigt werden, auch literarische Texte des Bruders sind dort während einer Sonntagsmatinee vorgetragen worden.

Es ist großartig zu erfahren, wie Kurt Wildhagen 1914 als Kriegsfreiwilliger mit 43 Jahren in den Krieg zog und dort in der konkreten Lage eines Zensors der Gefangenpost seine graphologische Kunst erwarb. Bedauerlich ist, daß sein gesamter Nachlaß, aus welchen Gründen auch immer, verbrannt worden ist.

Ich möchte es dem Leser überlassen, anhand des Buches seinen eigenen Weg durch diese verworrene und stets so faszinierende Zeiträume zu suchen, und schließe mit einem Zitat aus den Erinnerungen des während der Vorbereitungszeit der Ausstellung noch in Gaienhofen am Bodensee lebenden Joseph Michel: „*Er war mir gegenüber sehr freund-*

lich, was sich keineswegs von selbst verstand. Pfl egte er doch, wenn er an einer tobenden Kinderschar vorbeikam, zornig ‚Nazibrut‘ durch die Zähne zu murmeln. Ich dagegen durfte ihn in seiner Wohnung in der Heidelberger Kisselgasse öfters besuchen. Ich erinnere mich noch sehr gut an die turbulente Unordnung, die in seinem Zimmer herrschte. Bücher und Zeitschriften stapelten sich hoch auf dem Fußboden, auf den Stühlen und auf dem Schreibtisch ...“

Gheorghe Stanomir

Braun, Michael: Emil Maier (1876–1932) Eine politische Biografie. Schriftenreihe des Stadtarchivs Heft 7. Verlag Guderjahn, Heidelberg 1997, 184 Seiten

Mit der Biografie des badischen Landespolitikers, Heidelberger Gemeinderats und Arbeitersekretärs Emil Maier setzen Stadtarchiv und Ebert-Stiftung die 1996 mit Walter Mühlhausens Studie über Christian Stock begonnene Reihe von Monographien über sozialdemokratische Politiker im lokalen Umfeld fort. (Vergl. Jahrbuch 2/97, S. 266/67)

Während Stocks politische Laufbahn mit der Wahl zum hessischen Ministerpräsident 1946 einen kurzen, wenn auch nicht eben glanzvollen Höhepunkt fand, starb Emil Maier bereits 1932, von den nachwirkenden Folgen einer Kriegsverletzung gezeichnet, als amtierender badischer Innenminister, ein Jahr nachdem er dieses Amt übernommen hatte. Damit endete ein Leben, das sich rückhaltlos und rastlos der politischen Arbeit verpflichtet hatte und dessen Bezugsrahmen – wie bei Friedrich Ebert, dem erfolgreichsten der „Arbeitersekretäre“ – durch die Arbeit in und für die Partei gesetzt war.

1876 im Schwäbischen geboren als Kind nicht unvermögender Handwerker-Eltern, erfolgte, ganz entgegen der elterlichen Tradition, die frühzeitige Hinwendung zur Gewerkschaftsbewegung und zur SPD. Lokalredakteur der Mannheimer Volksstimme, seit 1908 Parteisekretär, seit 1909 Landtagsabgeordneter, mit Unterbrechungen bis 1932. Im 1. Weltkrieg schwere Kriegsverletzung als Landsturmmann, Leiter der Heidelberger Ortskohlenstelle, die er später als selbstständigen Kommunalbetrieb ausbaute zur Heidelberger Holzhof AG, mit Christian Stock 1918/19 in der Führung des Heidelberger Arbeiter- und Soldatenrats, Mitglied der badischen Nationalversammlung, Vizepräsident des Landtags, Staatsrat, Innenminister und seit 1912 Mitglied des Heidelberger Stadtrats – eine geradezu prototypische Verkörperung des gemäßigt-reformistischen Parteiarbeiters mit hochentwickeltem sozialem Engagement, pragmatischer Handlungsbereitschaft und einem nüchternen Kalkül für das unmittelbar Notwendige und Erreichbare.

Nur Politiker wie Maier waren im Stande, die einzigartige Konstellation badischer Koalitionsregierungen – bis 1918 zusammen mit den Nationalliberalen im badischen Großblock, von 1918 bis 1932 in der Weimarer Musterkoalition mit dem katholischen Zentrum – „durchzustehen“, und gegen die Zweifler in der eigenen Partei wie auch gegen die gegnerischen Parteien zur Rechten, die Deutschnationalen, die NSDAP, und die radikale Konkurrenz im proletarischen Lager, die KPD, aufrechtzuerhalten.

Mit stupendem Fleiß hat der Verfasser die Landtags- und Stadtratsprotokolle sowie die regionale Presse und die inzwischen recht umfangliche Literatur nach Spuren zu Emil Maier durchforstet, um die Stationen dieses Politikerlebens einzubinden in die ökonomischen und sozialen Probleme der Epoche. Zu den Perlen dieser akribischen

Sucharbeit gehört jene Passage aus der Landtagsdebatte von 1923, in der es um die Einschränkung des Autoverkehrs an Sonn- und Feiertagen geht und die von der geradezu tollkühner Forderung gekrönt wird, das Autofahren am Sonntag gänzlich zu verbieten, damit den erholungssuchenden Normalmenschen nicht von neureichen und motorisierten Ausflüglern die Luft vor der Nase verpestet werde.

Bezeichnend ist, dass nur knapp eine Seite des Buches der privaten Existenz Emil Maiers gewidmet ist und über weite Bereiche seiner Biografie – mangels schriftlicher Zeugnisse und Berichte – wohl kaum mehr Aufschluss zu gewinnen sein wird. Nicht unmaßgeblich dürfte sein Einfluss in der SPD auch auf Parteitageebene gewesen sein, wo er schlagfertig und vehement die badische Kompromisslinie verteidigte. Weniger ausgeleuchtet werden Maiers Einbindung in die Kommunalpolitik, die Spannungen innerhalb der Partei, nicht zuletzt im Verhältnis zu Christian Stock, die Fraktionsarbeit im Gemeinderat und die aufgeheizte und zermürbende Reaktion der publizistischen Öffentlichkeit auf seine Maßnahmen als Innenminister.

Bei Michael Braun steht wie schon bei Walter Mühlhausen die Deutung der badischen SPD-Parteigeschichte zur Vorgeschichte des realpolitischen Wegs der Nachkriegs-SPD im Zentrum. Die badische SPD der Kaiserzeit wird so unversehens zur Mutter sozialliberaler Koalitionen und jene der Weimarer Zeit zum experimentellen Modellfall großer Koalitionen. Die zeitgenössischen Kontrahenten in Parteiführung und den anderen Landesverbänden erscheinen demgegenüber als bedenkenlose Revolutionisten, Theoretiker oder notorische Klassenkämpfer. Gerät dadurch nicht aus dem Blick, wie singulär die badischen Verhältnisse waren, die von dem gemäßigten und reformerischen Parteiflügel in Stadt und Land produktiv und kompromissfähig genutzt werden konnten? Zu wenig bestimmt bleibt auch, dass der entschlossene Pragmatismus, wie ihn Ebert verkörpert, die Kehrseite eines geradezu tragischen Machtverzichts zugunsten der Aufrechterhaltung von Ordnung und Stabilität darstellte. Seit 1929 ist dies in kritischer Wendung gegen den Kurs der Parteiführung häufig genug artikuliert worden, auch parteiintern und beileibe nicht nur von den linksradikalen Intimgegnern aus der KPD.

Michael Brauns Studie leistet jedenfalls einen weiteren Baustein zur Erhellung der empirischen Geschichte des „anderen„ Heidelbergs, das hinter dem attraktiven Profil der Kunst- und Bildungsgeschichte nie anders denn als Schattenriss erkennbar war. Sie wirft ein Licht auf die Bedürfnislage der kleinen Leute und deren politischer Elite auf Stadt- und Landesebene, die sich verpflichtet hatte, in mühseliger Kleinarbeit die Verhältnisse zu bessern und dem Gemeinwohl zu dienen. Ein Stück Weimarer Geschichte unserer Stadt und der kurzlebigen badischen Republik ist dadurch wieder vergegenwärtigt worden.

Norbert Giovannini

Friedrich Burschell: Erinnerungen 1889–1919, hrsg. von Roland Kriskhke, Ludwigshafen (Stadtarchiv) 1997; 311 S.

Als junger Student, um 1960, pflegte ich eine seltsame Neigung zu den vergessenen Dichtern der 10er und 20er Jahre, die meine germanistischen Lehrer, sofern sie mein Tun überhaupt bemerkten, irritierte. Gerade waren die ersten Sammelbände über den Expressionismus (wieder-)erschienen, Kurt Pinthus' „Menschheitsdämmerung“, Karl Ottens

„Schrei und Bekenntnis“. Ich besuchte die heute legendäre Expressionismus-Ausstellung in Marbach (1960) und las Hermann Kestens Essayband „Meine Freunde, die Poeten“ (1959), der 39 Dichterporträts umfaßt. Derart mit eher zufälligem Wissen beladen, schrieb ich, vermutlich aus einem halbbewußten Schuldgefühl heraus, Artikel und Aufsätze über einige im Dritten Reich verfemte oder ums Leben gebrachte Autoren, für die sich damals im Westen Deutschlands kaum jemand interessierte: Paul Zech und Ernst Toller, Alfred Lichtenstein und Jakob van Hoddis, Alfred Mombert, Georg Kaiser und Klaus Mann.

Fast 40 Jahre später scheint die Lage vollkommen verändert. Nahezu alle einigermaßen erfolgreichen Schriftsteller der Weimarer Zeit – Revolutionäre, Juden, Emigranten – sind wiederentdeckt und rehabilitiert. Es gibt eine Menge germanistischer Rettungsversuche in Form von Dissertationen und Werkeditionen. Selbst wer sich heute um Künstler bemüht, die zu Lebzeiten im Schatten der Aufmerksamkeit standen, weil sie nur Weniges, vielleicht nur Mittelmäßiges publizierten, wird öffentlich umarmt. So geschah es auch dem jungen Literaturwissenschaftler Roland Krischke, als er im vergangenen Jahr daranging, die Lebenszeugnisse des verschollenen Turgenjew-Übersetzers und letzten bedeutenden Heidelberger Kaffeehaus-Literaten Kurt Wildhagen, eines Autors (fast) ohne Werk, in einer Ausstellung und einem umfangreichen Katalog zu bergen. Parallel dazu hat Krischke in der Zeitschrift „Hirschstraße“ (Nr. 9) an den vergessenen frühexpressionistischen Kleinverleger Richard Weissbach erinnert.

Diese verzweigte Spurensuche kam Krischke auch bei der Herausgabe und ergänzenden Kommentierung der fragmentarischen „Erinnerungen“ des Schriftstellers Friedrich Burschell zugute, die – zwischen 1950 und 1961 zu Papier gebracht – die Jahre 1889 bis 1918 beschreiben. Wer war Burschell? Geboren 1889 in der grauen Stadt Ludwigshafen am Rhein als Sohn eines Uhrmachermeisters, studierte er in München, Berlin und schließlich Heidelberg Germanistik, Kunstgeschichte und Philosophie, ohne je ein Examen abzulegen. Der bildungshungrige Provinzler ist überall, wo etwas geschieht, zugegen, verrät jedoch keinen übermäßigen Ehrgeiz. Er hört Wölfflin, Arthur Kutscher und Georg Simmel, sitzt mit Wedekind, Thomas Mann und Karl Wolfskehl am Tisch. Er hat mit Essays (in der „Neuen Rundschau“, im „Logos“, in den „Argonauten“) erste literarische Erfolge. Der ebenfalls aus Ludwigshafen stammende, vier Jahre ältere Ernst Bloch wird sein launisch-dominanter Lebensfreund.

Im Frühjahr 1911 kommt Burschell nach Heidelberg, an die – wie er schreibt – „aufgeschlossenste und internationalste aller damaligen deutschen Universitäten.“ Er entschließt sich, Schriftsteller zu werden. Die Stadt kommt ihm wie „ein großer Garten“ vor, den die Studenten durchstreifen. Schnell findet er Freunde. Im Café Haeberlein versammeln sich junge Leute um den sonderbaren Kurt Wildhagen, den sie den „Weisen“ nennen, zum sokratischen Gespräch. Im Haus Brückenstraße 1 nimmt er gemeinsam mit dem Dichter und Psychiater Arthur Kronfeld und dem jungen Lyriker Ernst Blass Quartier, dessen berühmter Gedichtband „Die Straßen komme ich entlang geweht“ 1912 im Verlag von Richard Weissbach in Heidelberg erscheint. Derweil bewohnt Ernst Bloch eine prächtige Villa am Neckarufer, von deren Balkon er in hohem Bogen in den Park hinabspringt.

Höhepunkt dieser „Erinnerungen“ ist die äußerst amüsante Schilderung der sommerlichen Begegnung mit einem dandyhaften Jüngling, dessen Namen Burschell verschweigt. Bei dem auffallend hübschen Epheben handelt es sich um den später so einflußreichen (FAZ-)Publizisten Friedrich Sieburg. Der Götterliebbling, ein Aufschneider und Hochstapler, blendet die hochgeistige Gesellschaft mit seinem Charme und einer

persönlichen Widmung des Meisters Stefan George in einem Gedichtband („heil dem kommenden“), die sich freilich bald als Fälschung erweist. Damit ist Sieburg in Heidelberg erledigt.

Jäh beendet der Ausbruch des Ersten Weltkriegs diese so sorgenfreie, intellektuell privilegierte Jugendphase, und Burschell stolpert in das Abenteuer des Stellungskriegs an der Westfront. Er paßt sich den Umständen an, wird zum Leutnant befördert und überlebt einigermaßen heil im Korb eines Beobachtungsballons, „die Kriegshandlungen fast wie ein Unbeteiligter“ musternd. In München lernt er 1918 Rainer Maria Rilke kennen, der – aufgewühlt durch die Ereignisse – politische Veranstaltungen aufsucht und sich als hilfsbereit und mitteilend erweist. Burschell hört Max Webers vor Deutschlands Demütigung warnende Rede. Er beteiligt sich an der Novemberrevolution, wird militärischer Adjutant des Ministerpräsidenten Kurt Eisner und bleibt doch ein reservierter Beobachter, der sich selbst wie im Spiegel wahrnimmt, „als handle es sich gar nicht um mich, sondern um einen mir fremd gewordenen Menschen.“

Mit den Münchner Revolutionsstürmen enden Burschells Aufzeichnungen, die der Herausgeber Krishke jedoch in einer einfühlsamen biographischen Skizze fortschreibt. Burschells weiterer Lebensweg führte nach Berlin, wo er bis 1933 zu den angesehensten Publizisten, Rezensenten und Übersetzern zählte. Bereits im März 1933 emigrierte er mit seiner zweiten Frau, der Schauspielerin Fritta Brod, über Paris, Spanien und Prag nach London. Er arbeitete bei der BBC und versah den Sekretärsposten in Schriftsteller-Hilfsorganisationen und im P.E.N.-Club. Als er 1954, nach 21jährigem Exil, nach München zurückkehrte, war er ein Unbekannter geworden. Er lebte von Hörfunkbeiträgen und kleinen Artikeln, die er weit zu streuen sich gezwungen sah. Ich las sie als junger Mensch gelegentlich in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ (unterm Strich), wo ein später Burschell-Vertrauter, der Schriftsteller Emil Belzner, ebenfalls ein verbittert Vergessener, das Feuilleton leitete.

1958 erschien bei Rowohlt Burschells (bis heute über 200 000mal verkaufte) Bildmonographie „Friedrich Schiller“. Seine 580 Seiten starke Schillerbiographie, die zehn Jahre später herauskam, wurde im „Spiegel“ und andernorts lieblos verrissen. Gleichwohl ist sie, neben der Jugendbiographie Jean Pauls von 1926, sein einziges umfangreiches Werk. Im Dezember 1969 erhielt Burschell den Pfalzpreis für Literatur. Am 19. April 1970 starb er fast unbeachtet in München.

Natürlich muß dieser nun endlich (mit Unterstützung des Stadtarchivs Ludwigshafen) veröffentlichten „Erinnerungen“ wegen die deutsche Literaturgeschichte des 20. Jahrhunderts nicht umgeschrieben werden. Burschell war keiner der Großen. Er schrieb wenig, galt auch unter Freunden als zu „faul“, um ein bedeutendes erzählerisches Werk zu schaffen, den entscheidenden Wurf, der ihm einen guten Platz in der Geschichte der Poesie gesichert hätte. Er neigte zur kleinen Form; als Literat eine Randfigur, doch zugleich ein relativ uneitler und genauer Zeitzeuge. In seiner Autobiographie berichtet er anschaulich, mit gelegentlichen Längen, über den Alltag z.B. des Krieges. Das Spektakuläre scheint er zu meiden. Er geht auch nicht radikal mit sich und der Welt ins Gericht, bleibt ein Pfälzer Genießer und Eigenbrötler mit der Neigung zum Dialekt, intelligent und humorvoll kultiviert. Vor allem die Heidelberger Geistesgeschichte der Vorkriegszeit hat er um einige originelle Aspekte bereichert. „Sein Schrifttum“, meinte der stets unberechenbare Ernst Bloch, „ist vornehm, wenn es auch nicht ‚faustisch‘ ist.“

Michael Buselmeier

Neue Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte

Selbstständige Veröffentlichungen

- Barsch, Dieter et al. (Hrsg.): Hundert Jahre Geographie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (1895–1995). (Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Heidelberg) Heidelberg 1996
- Bender, Helmut (Hrsg.): Die Badische Revolution 1848–1849. „Überschwang und Begeisterung, weltfremder Idealismus und kühnes Wagen“. Auszüge aus: „Die deutsche Revolution 1848–1849 von Hans Blum (Florenz 1897). Waldkircher Verlagsanstalt, Waldkirch 1997
- Blum, Peter (Hrsg.): Leben in Heidelberg von 1880–1960. Reihe Archivbilder Deutschland. Sutto Verlag Erfurt 1997
- Braun, Armin (Hrsg.): Oskar Vulpius – Leben und Werk. Guderjahn, Heidelberg 1997
- Braun, Michael: Emil Maier (1876–1932). Eine politische Biografie. Schriftenreihe des Stadtarchivs Heft 7. Verlag Guderjahn, Heidelberg 1997
- Burschell, Friedrich: Erinnerungen 1898–1918. Hrsg. von Roland Kischke. Stadtarchiv Ludwigshafen, Bd. 23. Ludwigshafen 1997
- Derwein, Herbert: Handschusheim und seine Geschichte. 2. mit zus. Abb. versehene Aufl.. Guderjahn, Heidelberg 1997
- Fink, Oliver: Theater auf dem Schloss. Zur Geschichte der Heidelberger Festspiele. Schriftenreihe des Stadtarchivs. Sonderveröffentlichungen. Verlag Brigitte Guderjahn, Heidelberg 1997
- Frei, Alfred Georg; Hochstiehl, Kurt: Wegbereiter der Demokratie. Verlag B. Braun, Karlsruhe 1997
- Freitag, Sabine (Hrsg.): Die 48er. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49. C.H. Beck, München 1998
- Freiwillige Feuerwehr: Fünfundsechzig Jahre Freiwillige Feuerwehr Pfaffengrund 1922–1997. City-Druck, Heidelberg 1997
- Friedrich, Holger: Für Freiheit, Recht und Einigkeit. Sinsheim zur Zeit der Badischen Revolution 1848/49. Sinsheim 1997
- Hartmann, Dagmar: Die Heidelberger Architekten Jacob Henkenhaf (1855–1927) und Friedrich Ebert (1850–1914): Villen und Mietshäuser. Magisterarbeit, Kunsthistorisches Institut der Universität Heidelberg
- Heidelberger Alumni, Juli 1997. Hrsg. Akademisches Auslandsamt der Universität Heidelberg. Heidelberg 1997
- Heidelberger Geschichtsverein (Hrsg.): Heidelberg – Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, Jahrgang 2, 1997
- Heidelberger Jahrbücher XLI. Herausgegeben von der Universitätsgesellschaft. Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, New York 1997
- Jones, Peter W.: Felix und Cecilie Mendelssohn Bartholdy. Das Tagebuch der Hochzeitsreise nebst Briefen an die Familien. Atlantis Musikbuch Verlag, Zürich, Mainz 1997
- Keller, Werner u.a. (Hrsg.): Leben für Versöhnung. Über Hermann Maas (Überarbeitete und erweiterte Neuauflage von: Redet freundlich mit Jerusalem, 1986). Hans Thoma Verlag, Karlsruhe 1997
- Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Herausgegeben von der Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus am Institut

- für Geschichte der Universität Karlsruhe. Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1997
- Krischke, Roland und Frieder Hepp Hrsg.): Kurt Wildhagen, – 1949. Der Weise von Heidelberg. Herausgegeben für das Kurpfälzische Museum Heidelberg von. Programm „Heidelberger Verlagsanstalt“ im Universitätsverlag C. Winter, Heidelberg 1997
- Lejeune, Eckart J.; Schultz, Hans Jürgen: Die Nachkommen des Frankfurter Seidenhändlers Anselm Ochs und seiner Frau Johanna Steinthal. Eine Genealogie über 9 Generationen von 1737 bis 1996. Privatdruck Berglen und Kronberg 1996
- Lemberg, Margret: Eine Königin ohne Reich. Das Leben der Winterkönigin Elisabeth Stuart und ihre Briefe nach Hessen. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 46, Kleine Schriften 3). N.G. Elwert Verlag, Marburg 1996
- Ludwig, Renate (Hrsg.): Kelten, Kastele, Kurfürsten. Archäologie am unteren Neckar. (Schriftenreihe des Kurpfälzischen Museums). Theiss, Stuttgart 1997
- Ludwig, Renate; Rabold, Britta (Hrsg.): Kulturgeschichten. Archäologie am Unteren Neckar. Begleitheft zur Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg . Archäologische Informationen aus Baden-Württemberg, Heft 34 (Landesdenkmalamt Baden Württemberg). Stuttgart 1997
- Lurz, Meinhold: Die Freiherren von Venningen. Herausgegeben vom Heimatverein Kraichgau. Sonderveröffentlichung 17. Sinsheim 1997
- Neumann, Harald: Henriette Feuerbach. Stille und Größe einer Frau. Verlag Wissenschaft & Praxis, Sternenfels 1997
- Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49. Infor Verlagsgesellschaft, Karlsruhe 1997 (Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive beim Baden-Württembergischen Städtetag)
- Schneider, Herbert: Stadtentwicklung als politischer Prozess. Stadtentwicklungsstrategien in Heidelberg, Wuppertal, Dresden und Trier. (Städte und Regionen in Europa, Bd. 2). Opladen 1997
- Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz (Schriftenreihe zur Politischen Landeskunde Baden-Württemberg 25). Kohlhammer, Stuttgart 1997
- Stadtarchiv Heidelberg: Heidelberg kommt in Fahrt. Historischer Bildkalender des Stadtarchivs 1998. Verlag Guderjahn, Heidelberg 1997
- Stadtteilverein Handschuhsheim (Hrsg.): Jahrbuch 1997. Druckerei Odenwälder, Buchen-Walldürn 1997
- Stemper, Anneliese: Die Medaillen der Pfalzgrafen und Kurfürsten bei Rhein. Herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften. Heidelberg 1997
- Studentenwerk Heidelberg (Hrsg.): 75 Jahre Studentenwerk Heidelberg. Heidelberg 1997
- Wagner, Günter; Beinhauer, Karl (Hrsg.): Der Homo Heidelbergensis von Mauer – Das Auftreten des Menschen in Europa. Universitätsverlag C. Winter, Heidelberg 1997
- Werner, Franz: Hermann Helmholtz Heidelberger Jahre (1858–1871) . Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg 8. Springer, Berlin, Heidelberg 1997
- Wundt, Friedrich Peter: Geschichte und Beschreibung der Stadt Heidelberg. Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe Mannheim 1805. Buchhandlung Ex Libris/Daniel Streiff, Heidelberg, und Verlag für Kunstreproduktionen Christoph Schmidt, Neustadt an der Aisch 1997

Zimmern, Friedrich-Carl; Zimmern, Elisabeth (Hrsg.): Familienbriefe. Briefe von, über und an Siegmund Zimmern und seine Geschwister von 1851 bis 1874. Privatdruck, Hamburg 1997

Artikel und selbstständige Beiträge nach Epochen geordnet

1. Vor- und Frühgeschichte

Ludwig, Renate (Hrsg.): Kelten, Kastelle, Kurfürsten. Archäologie am unteren Neckar (Schriftenreihe des Kurpfälzischen Museums). Theiss, Stuttgart 1997

Ludwig, Renate; Rabold, Britta (Hrsg.): Kulturgeschichten. Archäologie am Unteren Neckar. Begleitheft zur Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg. Archäologische Informationen aus Baden-Württemberg, Heft 34 (Landesdenkmalamt Baden Württemberg). Stuttgart 1997

Ludwig, Renate; Wendt, Achim: Funde und Ausgrabungen in Heidelberg 1996/1997. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 251–259

Ludwig, Renate: Heidelberg vor 1900 Jahren – Neue Entdeckungen zur Römerzeit. In: Ludwig, Renate; Rabold, Britta (Hrsg.): Kulturgeschichten. Archäologie am Unteren Neckar, S. 21–26

Sinn, Peter: Das geologische Fundament Heidelbergs. Stadtbild und Siedlungsgeschichte. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 75–104

Wagner, Günter; Beinhauer, Karl (Hrsg.): Der Homo Heidelbergensis von Mauer – Das Auftreten des Menschen in Europa. Universitätsverlag C. Winter, Heidelberg 1997

2. 8.–16. Jahrhundert

Lurz, Meinhold: Die Freiherren von Venningen. Herausgegeben vom Heimatverein Kraichgau. Sonderveröffentlichung 17. Sinsheim 1997

Lutz, Dietrich: Von Kirchen und Klöstern. In: Ludwig, Renate; Rabold, Britta (Hrsg.): Kulturgeschichten. Archäologie am Unteren Neckar, S. 56–64

Wendt, Achim: Heidelberg – Von der Stauferburg zur kurpfälzischen Hauptstadt. In: Ludwig, Renate; Rabold, Britta (Hrsg.): Kulturgeschichten. Archäologie am Unteren Neckar, S. 78–92

Wendt, Achim: Spurensicherung zwischen Altbausanierung und Abrißbirne. Zwei Beispiele zur Archäologie Heidelberger Hinterhöfe. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 119–136

3. 13.–18. Jahrhundert

Goetze, Jochen: „Zu buwen ein liberii.“ – Das erste Gebäude der Universitätsbibliothek im 15. Jahrhundert. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 105–118

Lurz, Meinhold: Die Freiherren von Venningen. Herausgegeben vom Heimatverein Kraichgau. Sonderveröffentlichung 17. Sinsheim 1997

- Mörz, Stefan: Zwischen verspäteter Gegenreformation und Aufgeklärtem Absolutismus. Die Kurpfalz im letzten Jahrhundert ihres Bestehens. In: Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz, Stuttgart 1997, S. 193-204
- Scheible, Heinz: Reformation und Calvinismus. In: Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz, Stuttgart 1997, S. 177-192
- Stemper, Anneliese: Die Medaillen der Pfalzgrafen und Kurfürsten bei Rhein. Herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften. Heidelberg 1997
- Wendt, Achim: Heidelberg – Von der Stauferburg zur kurpfälzischen Hauptstadt. In: Ludwig, Renate; Rabold, Britta (Hrsg.): Kulturgeschichten. Archäologie am Unteren Neckar, S. 78-92

4. 18- und 19. Jahrhundert

- Mumm, Hans-Martin: Das Haus Zimmern und seine Gäste. Die Haspelgasse 12 von 1795-1881. Teil 1. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 9-34
- Paul, Roland: Die Pfalz – Ein Ein- und Auswanderungsland. In: Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz, Stuttgart 1997, S. 205-229

5. 19. Jahrhundert

- Badische Heimat/Mein Heimatland. Die Revolution in Baden 1848/49. Jahrg.77, Heft 3, Sept. 1997. Freiburg, Karlsruhe 1997
- Bahns, Jörn: Vom genius loci – Heidelberg in der Malerei der Romantik. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 33-54
- Bender, Helmut (Hrsg.): Die Badische Revolution 1848-1849. „Überschwang und Begeisterung, weltfremder Idealismus und kühnes Wagen“. Auszüge aus: „Die deutsche Revolution 1848-1849 von Hans Blum (Florenz 1897). Waldkircher Verlagsanstalt, Waldkirch 1997
- Frei, Alfred Georg; Hochstiehl, Kurt: Wegbereiter der Demokratie. Verlag B. Braun, Karlsruhe 1997
- Freitag, Sabine (Hrsg.): Die 48er. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49. C.H. Beck, München 1998
- Friedrich, Holger: Für Freiheit, Recht und Einigkeit. Sinsheim zur Zeit der Badischen Revolution 1848/49. Sinsheim 1997
- Goetze, Jochen: Die Uferstraße in Heidelberg . Der Bau des Neckarstadens 1896/7. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 163-180
- Himmelheber, Susanne: Das Universitätsmuseum. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 297-304
- Hübinger, Gangolf: Georg Gottfried Gervinus. Aussichten auf Reformen und Revolutionen in Europa. In: Freitag, Sabine (Hrsg.): Die 48er. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, S. 249-262
- Hutter, Franz-Josef: Reichstagswahlen und Sozialstruktur in Stadt und Wahlkreis Heidelberg 1871-1912/14. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 35-66

- Jones, Peter W.: Felix und Cecilie Mendelssohn Bartholdy. Das Tagebuch der Hochzeitsreise nebst Briefen an die Familien. Atlantis Musikbuch Verlag, Zürich, Mainz 1997
- Lindner, Erik: Gabriel Riesser. Der Advokat der Einheit. In: Freitag, Sabine (Hrsg.): Die 48er. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, S. 160–170
- Muhs, Rudolf: Karl Blind: Ein Talent in der Wichtigmacherei. In: Freitag, Sabine (Hrsg.): Die 48er. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, S. 81–98
- Neumann, Harald: Henriette Feuerbach. Stille und Größe einer Frau. Verlag Wissenschaft & Praxis, Sternenfels 1997
- Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49. Infor Verlagsgesellschaft, Karlsruhe 1997 (Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive beim Baden-Württembergischen Städtetag)
- Scheidle, Ilona: „Weiß es der Fisch nicht, so weiß es der Herr.“ Das Vermächtnis der Anna Blum, erster weiblicher „Ehrenbürger“ Heidelbergs. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 181–188
- Werner, Franz: Hermann Helmholtz Heidelberger Jahre (1858–1871). Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg 8. Springer, Berlin, Heidelberg 1997
- Zimmern, Friedrich-Carl; Zimmern, Elisabeth (Hrsg.): Familienbriefe. Briefe von, über und an Siegmund Zimmern und seine Geschwister von 1851 bis 1874. Privatdruck, Hamburg 1997

6. 19. Und 20. Jahrhundert

- Buselmeier, Michael: Zwischen Professorenkreisen und literarischen Cafés. Der Literat Kurt Wildhagen. In: Kurt Wildhagen (1871–1949). Der Weise von Heidelberg, in: Krischke; Hepp: Der Weise von Heidelberg, S. 11–17
- Himmelheber, Susanne: Zu Kurt Wildhagens Bildnissen. In: Krischke; Hepp: Der Weise von Heidelberg, S. 69–77
- Kreutz, Wilhelm: Zur politischen Entwicklung der bayerischen und badischen Pfalz vom Ende der napoleonischen Herrschaft bis zur Gründung der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. In: Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz, Stuttgart 1997, S. 51–98
- Krischke, Roland: Kurt Wildhagen. Ein Lebensbild. In: Krischke; Hepp: Der Weise von Heidelberg, S. 18–48
- Philipp, Michael: Sokratische Pädagogik. Kurt Wildhagen und Wolfgang Frommel. In: Krischke; Hepp: Der Weise von Heidelberg, S. 49–68

7. 20. Jahrhundert

- Arnold, Brigitte: „Deutscher Student, es ist nicht nötig, dass Du lebst, wohl aber, dass Du Deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst.“ Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg. In: Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Konstanz 1997, S. 567–594
- Belz, Lothar: Die Entdeckung der Provinz. Baden und Württemberg im „Dritten Reich“ – Ein Forschungsüberblick. In: Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Konstanz 1997, S. 827–845

- Biser, Eugen: Karl Löwith: Kritiker - Deuter - Lehrer. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 275-284
- Braun, Armin (Hrsg.): Oskar Vulpius – Leben und Werk. Guderjahn, Heidelberg 1997
- Braun, Michael: Emil Maier (1876-1932) Eine politische Biografie. Schriftenreihe des Stadtarchivs Heft 7. Verlag Guderjahn, Heidelberg 1997
- Burschell, Friedrich: Erinnerungen 1898-1918. Herausgegeben von Roland Krischke. Stadtarchiv Ludwigshafen, Bd. 23, Ludwigshafen 1997
- Fink, Oliver: Theater auf dem Schloss. Zur Geschichte der Heidelberger Festspiele. Schriftenreihe des Stadtarchivs. Sonderveröffentlichungen. Verlag Brigitte Guderjahn, Heidelberg 1997
- Freiwillige Feuerwehr: Fünfundsiebzig Jahre Freiwillige Feuerwehr Pfaffengrund 1922-1997. City-Druck, Heidelberg 1997
- Fricke, Werner: Einhundert Jahre Bevölkerungsurbanisierung im Rhein-Neckar-Raum in ihren raum-zeitlichen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen. In: Hundert Jahre Geographie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (1895-1995). Herausgegeben von Dieter Barsch u.a. Geographisches Institut der Universität Heidelberg, 1996
- Giovannini, Norbert: „Was wir uns damals dachten und was daraus geworden ist.“ Eine Heidelberger Rede des Schriftstellers und Politikers Carlo Mierendorff (1932). HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 209-230
- Heidelberger Alumni, Juli 1997. Hrsg. Akademisches Auslandsamt der Universität Heidelberg. Heidelberg 1997
- Kaegi, Dominik: „Es ist mit unserem Leben etwas ganz anderes geworden.“ Zwei Briefe von Löwith und Jaspers. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 285-296
- Keller, Werner u.a. (Hrsg.): Leben für Versöhnung. Über Hermann Maas (Überarbeitete und erweiterte Neuauflage von: Redet freundlich mit Jerusalem, 1986). Hans Thoma Verlag, Karlsruhe, 1997
- Kristen, Kurt: 100 Jahre Mund- Zahn- und Kieferklinik an der Universität Heidelberg (1895-1995). Heidelberger Jahrbücher XL
- Krochmalnik, Daniel: Tora und Wissenschaft. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 239-240
- Küper, Wilfried: Gustav Radbruch - Leben und Lehre in Heidelberg. Heidelberger Jahrbücher Bd. XL
- Lenartz, Ulrike: Ein badischer „Preuße“. Paul Schmitthenner, Badischer Staatsminister. In: Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Konstanz 1997, S. 623-654
- Ludger Syré: Der Führer vom Oberrhein. Robert Wagner, Gauleiter, Reichsstatthalter in Baden und Chef der Zivilverwaltung im Elsaß. In: Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Konstanz 1997, S. 733-780
- Matz, Klaus-Jürgen: Der Rhein-Neckar-Raum in der deutschen Neugliederungsdiskussion seit 1919. In: Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz, Stuttgart 1997, S. 240-257
- Merz, Ludwig: Jugendzeit am Neckar. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 67-74
- Pralle, Norma: Zwischen Partei, Amt und persönlichen Interessen. Karl Pflaumer, Badischer Innenminister. In: Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Konstanz 1997, S. 539-566

- Putlitz, Gisbert Frhr. zu: Integration und Identifikation. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 235–238
- Roser, Hubert: Parteistatthalter in Badens NS-Kaderschmiede. Wilhelm Seiler, NSDAP-Kreisleiter von Heidelberg. In: Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Konstanz 1997, S. 655–682
- Sandkaulen, Birgit: Philosophie in Heidelberg. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 133–142
- Schipperges, Thomas: Ein israelischer Komponist aus Heidelberg. Gedenkblatt für Karl Salomon (Karel Salomon) (1897–1974). HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 189–208
- Schneider, Herbert: Stadtentwicklung als politischer Prozess. Stadtentwicklungsstrategien in Heidelberg, Wuppertal, Dresden und Trier. (Städte und Regionen in Europa, Bd. 2). Opladen 1997
- Schrecke, Katja: Zwischen Heimaterde und Reichsdienst. Otto Wacker, Badischer Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz. In: Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Konstanz 1997, S. 705–732
- Stadtarchiv Heidelberg : Heidelberg kommt in Fahrt. Historischer Bildkalender des Stadtarchivs 1998. Verlag Guderjahn, Heidelberg 1997
- Studentenwerk Heidelberg (Hrsg.): 75 Jahre Studentenwerk Heidelberg. Heidelberg 1997
- Ulmer, Peter: Karl Löwith. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 263–266
- Weisenburger, Elvira: Der „Rassepapst“. Hans Friedrich Karl Günther, Professor für Rassenkunde. In: Kißener, Michael; Scholtyseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. Konstanz 1997, S. 161–200
- Wieland, Wolfgang: Karl Löwith in Heidelberg. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 267–274

8. Zu mehreren Zeitabschnitten

- Borchmeyer, Dieter: Heidelberg als geistige Lebensform. Neue Bücher im Umkreis der 800-Jahr-Feier der Stadt. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 305–328
- Czer, Andreas: Heidelberg. In: Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz, Stuttgart 1997, S. 268–290
- Derwein, Herbert: Handschuhsheim und seine Geschichte. 2. mit zus. Abb. Versehene Aufl. Guderjahn, Heidelberg 1997
- Himmelheber, Susanne: Das Universitätsmuseum. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 297–304
- Lejeune, Eckart J.; Schultz, Hans Jürgen: Die Nachkommen des Frankfurter Seidenhändlers Anselm Ochs und seiner Frau Johanna Steinthal. Eine Genealogie über 9 Generationen von 1737 bis 1996. Privatdruck Berglen und Kronberg
- Lemberg, Margret: Eine Königin ohne Reich. Das Leben der Winterkönigin Elisabeth Stuart und ihre Briefe nach Hessen. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 46, Kleine Schriften 3). N.G. Elwert Verlag, Marburg 1996
- Lexikon der Naturwissenschaftler, Astronomen, Biologen, Chemiker, Geologen, Mediziner, Physiker. Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg, Berlin, Oxford 1997

- Ludwig, Renate (Hrsg.): Kelten, Kastelle, Kurfürsten. Archäologie am unteren Neckar (Schriftenreihe des Kurpfälzischen Museums). Theiss, Stuttgart 1997
- Neuer, Dieter: Das Kirchheimer Heimatmuseum. HJG, Jahrgang 2, 1997, S. 247–250
- Sandkaulen, Birgit: Philosophie in Heidelberg. In: Heidelberger Jahrbücher XLI, S. 133–142
- Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz (Schriftenreihe zur Politischen Landeskunde Baden-Württemberg 25). Kohlhammer, Stuttgart 1997
- Schweickert, Alexander: Die Region, die Kur, die Kurpfalz. Notizen zur Ereignisgeschichte. In: Schweickert, Alexander (Hrsg.): Kurpfalz, Stuttgart 1997, S. 25–50
- Wundt, Friedrich Peter: Geschichte und Beschreibung der Stadt Heidelberg. Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe Mannheim 1805. Buchhandlung Ex Libris/Daniel Streiff, Heidelberg, und Verlag für Kunstreproduktionen Christoph Schmidt, Neustadt an der Aisch 1997

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Dr. Dietrich Bahls, geb. 1938, Rechtsanwalt, Stadtführer. Friedrichstr. 11, 69117 Heidelberg (p)
- Jo-Hannes Bauer, M.A., geb. 1955, Journalist und Medienpädgoge. Blumenstraße 63, 69115 Heidelberg (p)
- Christian Burkhart M.A., geb. 1965, Historiker, freier Journalist. Heimatmuseum der Gemeinde Dossenheim. Altes Rathaus, Rathausstraße 47, 69221 Dossenheim (d)
- Michael Buselmeier, geb. 1938, freier Schriftsteller. Kühler Grund 58, 69126 Heidelberg (p)
- Dr. Norbert Giovannini, geb. 1948, Hauptschullehrer und Lehrbeauftragter. Zähringerstr. 45, 69115 Heidelberg (p)
- Dr. Jochen Goetze, geb. 1937, Dozent am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Grabengasse 3-5, 69117 Heidelberg (d)
- Eugen Holl, geb. 1934, Postbeamter a. D., Leiter des Tiefburgarchivs Handschuhshiem. Haydnstr. 5, 69121 Heidelberg (p)
- Dr. Klaus Kempter, Historiker. Hirschgasse 13, 69120 Heidelberg (p)
- Dr. Martin Krauß, geb. 1960, Leiter des Unternehmensarchivs der Bilfinger+Berger Bauaktiengesellschaft in Mannheim. Viernheimer Weg 18, 69123 Heidelberg (p)
- Inge Kumlehn, geb. 1955, freiberufliche Restauratorin, Historikerin. Waldstr. 29, 69207 Sandhausen (p)
- Dr. Renate Ludwig, geb. 1955, Konservatorin und Leiterin der Archäologischen Abteilung des Kurpfälzischen Museums. Hauptstraße 97, 69117 Heidelberg (d)
- Dr. Wilfried Maag, geb. 1957, freiberuflicher Dipl. Mineraloge und Restaurator. Waldstr. 29, 69207 Sandhausen (p)
- Ludwig Merz, geb. 1908, Fachschulrat a.D., Träger der Bürgermedaille der Stadt Heidelberg. Quinckestraße 18, 69120 Heidelberg (p)
- Hans-Martin Mumm, geb. 1948, Kulturamtsleiter der Stadt Heidelberg. Kaiserstr. 10, 69115 Heidelberg (p)
- Petra Nellen, geb. 1963, Historikerin. In der Unteren Rombach 10, 69118 Heidelberg (p)
- Günter Plümacher, geb. 1933, bis zum Beginn des Ruhestands Bildschirmersasser und Korrektor. Rudolf-Diesel-Str. 7, 69214 Eppelheim (p)
- Dr. Anneliese Seeliger-Zeiss, Leiterin der Inschriftenkommission der Akademie der Wissenschaften. Karlstr. 4, 69117 Heidelberg (d)
- Dr. Gheorghe Stanomir, geb. 1949, Philologe. Peterhofweg 4, 69118 Heidelberg (p)
- Prof. Dr. Jörg Thierfelder, Prof. für Evangelische Theologie/Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, Honorarprofessor an der Universität Heidelberg. Im Greut 29/3, 73770 Denkendorf (p)
- Achim Wendt, geb. 1968, Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes, Arbeitsstelle Heidelberg. Czernyning 23, 6915 Heidelberg (d)
- Malte Woydt, politischer Referent. 41 Rue J. Coosemans, B-1030 Bruxelles (p)
- Robert Zepf, M.S.C., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Seminars der Universität Heidelberg. Neue Universität, Südflügel, Grabengasse 3-5, 69117 Heidelberg (d)

